

Die Teilnahme eines Dritten bei der Bearbeitung von internationalen Konflikten: die USA und der israelisch palästinensische Konflikt (1993-1998)

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des Doktorgrades

der

Philosophischen Fakultät

der

Westfälischen Wilhelms-Universität

zu

Münster (Westf.)

vorgelegt von

Boryana Aleksandrova

aus Jambol, Bulgarien

2007

Tag der mündlichen Prüfung: 28. April 2008

Dekan: Prof. Dr. Dr. h.c. Wichard Woyke

Referent: Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhard Meyers

Korreferent: Prof. em. Dr. Karl Hahn

Danksagung

Mein Dank gilt an erster Stelle meinem Doktorvater Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhard Meyers, der mich bei der Anfertigung der vorliegenden Arbeit hilfreich und geduldig unterstützt hat. Herrn Prof. em. Dr. Karl Hahn möchte ich für die Zweitbegutachtung der Dissertation danken. Des Weiteren bedanke ich mich bei Frau Prof. em. Dr. Karin Priester für ihre Bereitschaft, als Nebenfachprüferin zur Verfügung zu stehen. Frau Christine Eglseder vom Promotionsprüfungsamt der Philosophischen Fakultät danke ich für die freundliche Beratung.

Im Laufe meiner Recherchen standen mir die MitarbeiterInnen der Universitätsbibliotheken in Münster, insbesondere der Universitäts- und Landesbibliothek (ULB), der Zweigbibliothek Sozialwissenschaften und des Instituts für Arabistik und Islamwissenschaft, mit wertvollen Ratschlägen zur Seite. Ferner gilt mein Dank der Geschäftsführerin der Kölner Bibliothek zur Geschichte des deutschen Judentums GERMANIA JUDAICA Frau Dr. Annette Haller, der Leiterin der Bonner Arbeitsstelle Friedensforschung Frau Dr. Regine Mehl und dem Bibliothekar der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) Herrn Dr. Stephan Nitz, die mir während meiner Forschungsaufenthalte in den drei erwähnten Einrichtungen behilflich waren. Das Deutsche Übersee-Institut in Hamburg gab mir nützliche Hinweise bei der Durchführung meiner Literaturrecherchen.

Ich danke ganz herzlich Frau Ute Wenzel und Herrn Gerhard Meerpohl, die die Endfassung meiner Arbeit kritisch korrigiert haben, aber auch mich ermuntert und ermutigt haben, das Promotionsverfahren nicht aufzugeben.

Für die finanzielle Unterstützung von 2001 bis 2004 gebührt mein Dank dem Deutschen Akademischen Austausch Dienst (DAAD).

Mein Arbeitsprozess wurde inspiriert durch die Friedensarbeit der Mediengruppe von Amnesty International im Bezirk Münster-Osnabrück, der regionalen Gruppe des globalisierungskritischen Netzwerkes ATTAC in Münster, des Interkulturellen Zentrums „Don Quijote“ in Münster sowie zahlreiche israelische, palästinensische und US-amerikanische Nichtregierungsinitiativen. Sie alle haben mir geholfen, sich mit der Bearbeitung eines internationalen Konflikts umfassend und kritisch auseinanderzusetzen.

Mein ausdrücklicher Dank gilt auch Frau Hannelore Mathews für ihre Aufgeschlossenheit und Warmherzigkeit, mit denen sie mir half, diverse Klippen meines Aufenthalts in Münster zu überwinden. Allen anderen FreundInnen in Bulgarien, Deutschland und anderswo, insbesondere Milena Popova, Dr. Gabriella Fényes, Marie Bounolleau und Martin Esser danke ich für ihren lieben Beistand.

Nicht zuletzt haben mich meine Eltern unermüdlich alle die Promotionsjahre unterstützt. Meine Schwester Katerina fand immer die Zeit, mir technische Hilfe für die Dissertation zu leisten und mich anderswie zu bestärken.

Inhaltsverzeichnis:

Verzeichnis der Schaubilder, Tabellen und Abbildungen:	III
Abkürzungen:	V
Glossar:	VI
Einleitung	1
Kapitel 1. Theoretische Einführung	11
1.1 Der internationale Konflikt	11
1.1.1 Konfliktbegriff	11
1.1.2 Konfliktmodell	11
1.1.2.1 Symmetrie und Asymmetrie der internationalen Konflikte	14
1.1.2.2 Das Gewaltkonzept	15
1.1.3 Konfliktparteien. Der Track I	18
1.1.4 Konfliktdimensionen	20
1.1.5 Konfliktodynamik	21
1.2 Konfliktbearbeitung	23
1.2.1 Zivilisierung des Konflikts	23
1.2.2 Formen der Konfliktbearbeitung	25
1.2.3 Das Friedenskonzept	29
1.3 Die dritte Partei	31
1.3.1 Definitive Klärung	31
1.3.2 Internationale/globale Aspekte der Teilnahme eines Dritten	34
1.3.3 Die dritte Partei als kollektive Einheit	39
1.3.4 Strategien und Mittel der Intervention des Dritten	41
1.4 Fazit	45
Kapitel 2. Der israelisch palästinensische Konflikt	49
2.1 Entwicklung der lokalen Konfliktodynamik	49
2.1.1 Anfang und Konsolidierung des Konflikts (1897-1948)	49
2.1.1.1 Erste Schritte des Zionismus in Palästina	49
2.1.1.2 Jüdisches nationalpolitisches Bewusstsein	53
2.1.1.3 Reaktionen der arabischen Palästinenser	59
2.1.1.4 Fazit	64
2.1.2 Weitere Eskalation des Konflikts	66
2.1.2.1 Die Konfliktspirale von 1948 bis 1992	66
2.1.2.2 Der Staat Israel als Konfliktpartei	79
2.1.2.3 Der palästinensische Widerstand	88
2.2 Regionale und internationale/globale Projektionen des Konflikts 1948-1992	99

2.3 Fazit.....	114
Kapitel 3. Grundprämisse der Rolle der Regierung Clinton im israelisch palästinensischen Konflikt.....	117
3.1 Innenpolitische Zusammenhänge.....	117
3.1.1 Formierung des politischen Prozesses in den USA.....	117
3.1.2 Politisch sozietales Konnotationen.....	126
3.1.3 Politisch kulturelle Implikationen.....	137
3.1.4 Zusammensetzung des Tracks I (1993-1996).....	143
3.2 Regionale und globale Erwägungen der Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit dem israelisch palästinensischen Konflikt.....	151
Kapitel 4. Politisch praxeologische Schritte der US-Administration (1993-1998)	166
4.1 Die Regierungszeit von Jitzhak Rabin (1992-1995).....	166
4.1.1 Der neue Ministerpräsident.....	166
4.1.2 Die Osloer Vereinbarungen vom 13. September 1993.....	172
4.1.3 Das Interimsabkommen vom 28. September 1995.....	196
4.2 Die Regierungszeit von Schimon Peres (1995-1996).....	205
4.3 Die Regierungszeit von Benjamin Netanjahu (1996-1998).....	212
4.3.1 Der Track I während der zweiten Amtsperiode von Bill Clinton (1997-1998)....	212
4.3.2 Verschärfung der regionalen Perspektive des Weißen Hauses.....	217
4.3.3 Zusammenstellung der Likud-Regierung.....	221
4.3.4 Unterzeichnung des Hebron-Abkommens vom 17. Januar 1997.....	223
4.3.5 Auf dem Weg zum Wye-River-Memorandum vom 23. Oktober 1998.....	232
Schlussfolgerungen	243
Anhang :	256
Anhang 1: Abbildung 23.....	256
Anhang 2: Abbildung 24.....	257
Anhang 3: Abbildung 25.....	258
Anhang 4: Tabelle 6.....	259
Anhang 5: Tabelle 7.....	260
Anhang 6: Resolution 194 (1948) der UNO-Generalversammlung.....	261
Anhang 7: Resolution 242 (1967) des UNO-Sicherheitsrates.....	263
Anhang 8: Resolution 425 (1978) des UNO-Sicherheitsrates.....	264
Anhang 9: Strategiepapier "The Clinton Administration's Approach to the Middle East" (1993).....	265
Anhang 10: Der Clinton-Plan (Dezember, 2000).....	270
Literatur- und Quellenverzeichnis:	273

Verzeichnis der Schaubilder, Tabellen und Abbildungen:

Schaubilder:

Schaubild 1: Das Konfliktmodell.....	12
Schaubild 2: Typologie der Gewalt.....	17
Schaubild 3: Die Konfliktodynamik	22
Schaubild 4: Formen der Konfliktlösung in Anbetracht der verschiedenen Etappen der Konfliktodynamik	27
Schaubild 5: Der erweiterte Begriff von Frieden.....	31
Schaubild 6: Die dritte Partei und die positive Konfliktbearbeitung	33
Schaubild 7: Instrumentalisierung des Konflikts bzw. der Konfliktbearbeitung durch die dritte Partei.....	33
Schaubild 8: Instrumentalisierung der dritten Partei durch eine der Konfliktparteien	34
Schaubild 9: Die dritte Partei als kollektive Einheit	41

Tabellen:

Tabelle 1: Jüdische Einwanderer nach Palästina (1919-1949).....	51
Tabelle 2: Die Bevölkerung Israels nach Religion und Bevölkerungsgruppe (1950-1993)	69
Tabelle 3: Anteil der israelischen Neueinwanderer an der Gesamtbevölkerung (1948-1993)	69
Tabelle 4: Jüdische Bevölkerung Israels nach Geburtsort und Herkunft des Vaters	80
Tabelle 5: Kürzungen bei US-Kreditgarantien (1993-1997).....	150
Tabelle 6: Israels Wirtschaft im Vergleich zu ausgewählten Ländern.....	259
Tabelle 7: Militärausgaben und militärische Personalstärke ausgewählter Länder	260

Abbildungen:

Abb. 1: Staatsgründung Israels.....	52
Abb. 2: Palästinensische Flüchtlingslager (1993)	67
Abb. 3: Die palästinensische Diaspora (1993).....	68
Abb. 4: Israelische Siedlungen in den besetzten palästinensischen/arabischen Gebieten (1991)	71
Abb. 5: Grundwasserressourcen in Palästina	73
Abb. 6: Israelische Sicherheitsansprüche in Palästina	75
Abb. 7: Israelische Besatzungszone im Südlibanon (1992).....	104
Abb. 8: Transport des Golferdöls	112
Abb. 9: Meinungsumfrage: Is Government Run for Special Interests?	119
Abb. 10: Spitzenpositionen in der US-Gesellschaft.....	120
Abb. 11: Formierung des politischen Prozesses in den USA: der Blick von oben nach unten	121
Abb. 12: Staatsorgane der Vereinigten Staaten von Amerika.....	123
Abb. 13: Das Executive Office des amerikanischen Präsidenten	124
Abb. 14: Interessengruppen in den USA.....	125
Abb. 15: Die jüdische Diaspora (1995).....	127
Abb. 16: Amerikanische Wirtschaftshilfe für die Westbank und den Gaza-Streifen (1993-1998).....	148
Abb. 17: Das Gaza-Jericho-Abkommen vom 04. Mai 1994.....	186
Abb. 18: Das Interimsabkommen vom 28. September 1995 (Oslo II)	200
Abb. 19: Das Hebron-Abkommen vom 17. Januar 1997	227
Abb. 20: Die Idee von Großjerusalem	233
Abb. 21: Der Allon-Plus-Plan von Benjamin Netanjahu	235
Abb. 22: Die erste Phase der zweiten israelischen Truppenumgruppierung.....	241
Abb. 23: Phasen jüdischer Unabhängigkeit in Palästina v. Z.	256
Abb. 24: Jerusalem: Die Altstadt.	257

Abb. 25: Öl- und Gastransportwege aus der zentralasiatischen Region des Kaspischen Meers.....	258
---	-----

Abkürzungen:

AIPAC	American Israel Public Affairs Committee (Amerikanisch-israelischer Ausschuss für öffentliche Angelegenheiten)
ALF	Arab Liberation Front (Arabische Befreiungsfront)
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BSP	Bruttosozialprodukt
CFR	Council on Foreign Relations (Rat für auswärtige Beziehungen)
DFLP	Democratic Front for the Liberation of Palestine (Demokratische Volksfront zur Befreiung Palästinas)
FMEP	Foundation for Middle East Peace
IAEA	International Atomic Energy Agency (Internationale Atomenergiebehörde)
IDF	Israel Defense Forces (Israelische Streitkräfte)
JMCC	Jerusalem Media&Communication Centre (Jerusalemmer Medien- und Kommunikationszentrum)
MENA	Middle East and North Africa Economic Forum (Wirtschaftsforum für Nahost und Nordafrika)
PA	Palästinensische Autonomiebehörde
PAC	Political Action Committee (Politisches Initiativkomitee)
PCP	Palestinian Communist Party (Palästinensische Kommunistische Partei)
PFLP	Popular Front for the Liberation of Palestine (Volksfront zur Befreiung Palästinas)
PFLP-GC	Popular Front for the Liberation of Palestine – General Command (Volksfront zur Befreiung Palästinas – Generalkommando)
PLO	Palestine Liberation Organisation (Palästinensische Befreiungsorganisation)
PNF	Palästinensische Nationale Front
PNR	Palästinensischer Nationalrat
PPSF	Palestine Popular Struggle Front (Palästinensische Volkskampffront)
PSR	Palestinian Center for Policy and Survey Research (Palästinensisches Zentrum für Politik- und Umfrageforschung)
SIPRI	Stockholm International Peace Research Institute (Stockholmer Internationales Friedensforschungsinstitut)
UNO	United Nations Organisation (Organisation der Vereinten Nationen)
UNRWA	United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees (UNO-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge)
WINEP	The Washington Institute for Near East Policy (Washingtoner Institut für Nahostpolitik)
ZOA	The Zionist Organisation of America (Zionistische Organisation Amerikas)
ZWO	Zionistische Weltorganisation

Glossar:

Die Dissertation bedient sich bestimmter Begriffe, die in der Literatur Objekt etymologischer, ideologischer, theologischer, völkerrechtlicher oder rein historischer Diskurse sind. Im Folgenden wird ihr Inhalt für die gegenwärtige Arbeit fixiert. Die in den einzelnen Abschnitten zusätzlich auftauchenden Namen und Termini werden in ihrem jeweiligen Kontext erläutert.

<i>Alija</i> (Pl. Alijot)	(Hebr.: Aufstieg) Ursprünglich Aufstieg der frommen Juden zum Tempel in Jerusalem; unter dem Einfluss des Zionismus die Einwanderung der Juden nach Palästina; bis heute Bezeichnung für die Einwanderung von Juden nach Israel. (Vgl. Informationen zur politischen Bildung. Israel. Geschichte. Wirtschaft. Gesellschaft. Nr. 247. 2. Quartal 1995. S.76)
<i>Aschkenas</i> (Pl. Aschkenasim)	(Häbr.: Deutschland/deutsch). Bezeichnung für Juden und deren Nachkommen ursprünglich aus Deutschland und Osteuropa; heute auch übertragbar auf aus Ost-, West-, und Mitteleuropa und Amerika kommende Juden und deren Nachkommen. (Vgl. Informationen zur politischen Bildung. Israel. Geschichte. Wirtschaft. Gesellschaft. Nr. 247. 2. Quartal 1995. S.76-77)
<i>Besatzung/Okkupation</i>	1. Die israelische Besetzung der Sinaihalbinsel von 1956 bis 1982 und der Westbank (Westjordanland), des Gaza-Streifens, Ostjerusalems und der Golanhöhen infolge des israelisch arabischen Kriegs 1967. Nach 1982 bleibt Südlibanon unter israelischer Okkupation. 2. Das militärische Regime, unter dem die arabische Bevölkerung der Westbank, des Gaza-Streifens und Ostjerusalems seit 1967 lebt.
<i>Besetzte Gebiete</i>	die Sinaihalbinsel (1956-1982); die Westbank, der Gaza-Streifens, Ostjerusalem und die Golanhöhen nach 1967; Südlibanon nach 1982 (bis 2000).
<i>Bruttoinlandsprodukt</i>	umfasst die im Inland entstandenen wirtschaftlichen Leistungen (Wertschöpfung), einschl. der von Ausländern im Inland erbrachten Leistungen. (Vgl. Gabler-Wirtschafts-Lexikon. 13.Aufl. (Nachdruck) 7.Bd. Wiesbaden. 1995. S.3028-3029)
<i>Bruttosozialprodukt</i>	Maß für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft für eine gegebene Periode. Es entspricht dem Wert aller von Inländern, also Institutionen und Personen, die ihren ständigen Sitz bzw. Wohnsitz im Inland haben, produzierten Güter (Waren und Dienstleistungen) und enthält keine Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die an Ausländer fließen. Es schließt dagegen entsprechende Einkommen ein, die Inländer aus dem Ausland beziehen. (Vgl. Gabler-Wirtschafts-Lexikon. 13.Aufl. (Nachdruck) 7.Bd. Wiesbaden. 1995. S.3028-3029)
<i>Jischuw/Jeschuw</i>	(Hebr.: bewohntes Land). Die Gesamtheit der jüdischen Siedlungen und ihrer Bewohner in Palästina vom Beginn der zionistisch motivierten Einwanderung bis zur Staatsgründung Israels. (Vgl. Informationen zur politischen Bildung. Israel. Geschichte. Wirtschaft. Gesellschaft. Nr. 247. 2. Quartal 1995. S.76-77)
<i>Judäa</i>	Zur Römerzeit der Name des Gebiets, das etwa dem alten Königreich Juda entsprach. Hier: der südliche Teil des Westjordanlandes, biblische Konnotationen. (Vgl. Hennig, Kurt (Hrsg. d. dt. Aus.): Jerusalemer Bibellexikon. Neuhausen-Stuttgart. 1990. S.457)
<i>Golfkooperationsrat</i>	Organisation für politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit von sechs Staaten am Persischen Golf: Saudi-Arabien, Kuwait, Bahrain, Katar, Vereinigte Arabische Emirate, Oman.
<i>Grüne Linie</i>	Die Waffenstillstandslinie vor dem Krieg 1967 (1949-1967), die das international anerkannte israelische Territorium von den im selben Krieg durch Israel besetzten Gebieten unterscheiden soll (Vgl. Abb.4).
<i>Kibbuz</i>	(Hebr.: Siedlung) Auf sozialistischen Prinzipien beruhende Gemeinschaftssiedlung. (Vgl. Informationen zur politischen Bildung. Israel. Geschichte. Wirtschaft. Gesellschaft. Nr. 247. 2. Quartal 1995. S. 76-77)
<i>Moschaw</i>	Genossenschaftlich organisierte Siedlung – im Unterschied zum Kibbuz höherer Anteil von persönlichem Privateigentum. (Vgl. Informationen zur politischen Bildung. Israel. Geschichte. Wirtschaft. Gesellschaft. Nr. 247. 2. Quartal 1995. S. 76-77)

<i>Political Action Committee (PAC)</i>	in den Vereinigten Staaten gesetzlich vorgesehenes Initiativkomitee zur Beschaffung von finanziellen Mitteln zur Unterstützung eines bestimmten Wahlkandidaten oder zur Bekämpfung eines anderen.
<i>Palästina</i>	<p>Generell lässt sich die Bezeichnung „Palästina“ in dreifachem Sinne verstehen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Geografisches Gebiet, das sich in der neuesten Zeit vom Libanon im Norden bis zum Golf von Elat im Süden, von der Mittelmeerküste im Westen bis zu den Bergländern östlich des Jordangrabens erstreckt (Vgl. Schoeps, Julius H.: Neues Lexikon des Judentums. Gütersloh/München. 1992. S.353). Der Name „Palästina“ wurde im 2. Jahrhundert n. Chr. von dem römischen Kaiser Hadrian als Name einer römischen Provinz gegeben, die einen ähnlichen, aber nicht absolut identischen Umfang hatte. (Vgl. Ansprenger, Franz: Juden und Araber in einem Land. Die politischen Beziehungen der beiden Völker im Mandatsgebiet Palästina und im Staat Israel. 1.Aufl. München. 1978. S.19) 2. Nationalpolitisch oder theologisch interpretiertes Territorium, das von den Israelis als <i>Erez Israel</i> und von den Palästinensern als <i>Falastin</i> betrachtet wird. 3. Völkerrechtliches Subjekt mit speziellem Status im Rahmen der Organisation der Vereinten Nationen. Die Generalversammlung anerkennt die Proklamation des Staats Palästina durch den Palästinensischen Nationalrat in Algerien am 15. November 1988 (Res. 43/177, 15. Dez 1988) und entscheidet die Bezeichnung „Palästina“ anstelle der Bezeichnung „Palästinensische Befreiungsorganisation“ (PLO) im Rahmen des UNO-Systems zu benutzen. (Vgl. Lukacs, Yehuda (Hrsg.): The Israeli-Palstinian Conflict: A documentary Record. Cambridge. u.a. 1992. S.411-415; Vgl. Osman'czyk, Edmund Jan: Encyclopedia of the United Nations and International Agreements. Bd.3. 3.Aufl. London. 2003.S.1741) <p>In der gegenwärtigen Arbeit wird der Begriff in seiner ersten Bedeutung verwandt.</p>
<i>Palästinenser</i>	die arabische Bevölkerung Palästinas sowie der ausgewanderte Teil von ihr in anderen arabischen Ländern und im Rest der Welt.
<i>Palästinensischer Nationalrat</i>	legislatives Organ der PLO mit wichtigen Entscheidungsfunktionen, Quasiparlament im Exil; formuliert Richtlinien für das PLO-Exekutivkomitee, die höchste Exekutive der PLO.
<i>Samarien</i>	Eine geographisch unklar definierte biblische Landschaft in Palästina. Hier: der nördliche Teil des Westjordanlandes, biblische Konnotationen. (Vgl. Hennig, Kurt (Hrsg. d. dt. Aus.): Jerusalemer Bibellexikon. Neuhausen-Stuttgart. 1990. S.761)
<i>Sepharad (Pl. Sephardim)</i>	(Hebr.: Sepharad, Spanien) Bezeichnung für die jüdischen Einwanderer und deren Nachkommen aus Spanien, Portugal, Südosteuropa, Nordafrika und Asien, heute oft mit den orientalischen Juden gleichgesetzt. (Vgl. Informationen zur politischen Bildung. Israel. Geschichte. Wirtschaft. Gesellschaft. Nr. 247. 2. Quartal 1995. S.76-77)
<i>US-Militärhilfe</i>	<p>durch die amerikanische Regierung einem anderen Land zur Verfügung gestellte Summe, um amerikanische Waffen, militärische Leistungen und Training kaufen zu können. Dem U.S. Arms Export Control Act zufolge dürfen die von den USA exportierten Waffen nicht zu nichtdefensiven Zwecken benutzt werden. Die Militärhilfe wird entweder in Form von Foreign Military Sales (FMS) gegeben, bei denen die ausländischen Aufträge über das Pentagon erfolgen, oder als Direct Commercial Sales (DCS), bei denen die jeweiligen ausländischen Regierungen unmittelbar in Kontakt mit den Waffenproduzenten treten.(Vgl. Hartung, William D. u. Frida Berrigan: U.S. Arms Transfers and Security Assistance to Israel.</p> <p>In: http://www.worldpolicy.org/projects/arms/reports/israel050602.html Stand Mai 2002, abgerufen am 07.11.2007)</p>
<i>US-Wirtschaftshilfe</i>	<p>durch die amerikanische Regierung einem anderen Land zur Verfügung gestellte finanzielle Hilfe, die zur Unterstützung von wirtschaftlichen Projekten z. B. Entwicklung und Infrastruktur dienen soll. Obwohl sie keine direkte Anwendung im militärischen Bereich findet, ermöglicht ihre Gewährung dem jeweiligen Empfangsland, eigene Mittel zu sparen und diese in militärischen Unternehmen zu investieren. (Vgl. Federation of American Scientists: US Foreign Military Assistance.</p> <p>In: http://www.fas.org/asmp/profiles/aid/aidindex.htm Stand März 2002, abgerufen am 07. 11.2007)</p>

Einleitung

Die vorliegende Arbeit konzentriert sich auf die Teilnahme der Vereinigten Staaten von Amerika an den Versöhnungsversuchen zwischen Israel und den Palästinensern im Zeitraum von 1993 bis 1998. Präsentiert werden die bestimmenden Faktoren des Verhaltens und die Schritte der US-Administration während der Unterzeichnung und Ausführung der Übereinkünfte Oslo I (1993), Gaza-Jericho-Abkommen (1994), Oslo II (1995) sowie der Vereinbarung über Hebron (1997) und des Wye-River-Memorandums (1998). Politisch historisch beschränkt sich die Arbeit auf die Amtszeit des amerikanischen Präsidenten Bill Clinton und die Regierungsperioden von Jitzhak Rabin, Schimon Peres und Benjamin Netanjahu auf israelischer sowie die Leitung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) bzw. der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) unter Yasser Arafat auf palästinensischer Seite.

Das Vorhaben geht auf die *verschiedenen Aspekte* der Einmischung der höchsten Vertreter des amerikanischen Staats in den israelisch palästinensischen Verhandlungsprozess ein. Es werden die internationalen/globalen, regionalen und lokalen Bedingungen und Instrumente (Strategien und Mittel) ihres Eingreifens verfolgt. Diese Überlegungen werden ergänzt durch die Erörterung der gesamten Formierung des US-außenpolitischen Prozesses und die Rolle von zusätzlichen politisch sozietalen und politisch kulturellen Paradigmen in der Nahostpolitik Washingtons. Ein bedeutsamer Teil der Arbeit befasst sich parallel mit der Darstellung der Struktur und der Dynamik des Konflikts, so dass die Schnittstelle zwischen den Aktivitäten des Dritten und den Konfliktrealitäten gesichert wird. Die Effektivität seiner Teilnahme wird nach dem theoretischen Konzept der Konfliktlösung als der Errichtung eines dauerhaften kooperativen Beziehungsmusters zwischen den Gegnern gemessen.

Welche Umstände hatten eine Auswirkung auf das Zustandekommen und die entsprechende Form des Engagements der USA? Wie waren ihre Initiativen lokal, in der Region und in der Welt organisiert? Hat die Administration Clintons tatsächlich zum Frieden in Palästina beigetragen oder eine Gelegenheit verpasst, so dass der Konflikt immer noch brennt? Nach welchen Prinzipien sollte sie eingegriffen haben? Unter dieser Voraussetzung, wo sind die Grenzen ihrer Möglichkeiten oder Defizite ihrer Beteiligung und warum? Lässt sich die Konfliktbearbeitung durch starke staatliche dritte Parteien fördern? Wenn ja, wie?

Erstrangig für das Manuskript sind die Anschauungen der Friedens- und Konfliktforschung. Dementsprechend werden die Vereinigten Staaten hier als ein *staatlicher Dritter* (eine *dritte* Partei) betrachtet. Überwiegend wird der Dritte als ein (politisch pauschaler) Akteur bezeichnet, der den Verlauf eines Konflikts in Richtung seiner Beendigung positiv zu beeinflussen versucht. Im Kontext dieser *funktionalen* Analyseart behaupten bestimmte Friedens- und Konfliktforscher, dass die dritte Partei ihre Intervention für ihre eigenen Intentionen instru-

mentalisieren kann und/oder dass Verbindungen zwischen ihr und dem Konflikt selbst bestehen können – beides mit einer gewissen Auswirkung auf die Ergebnisse der Einmischung des Dritten. Um dessen Eingreifen präzise und vollständig analysieren zu können, beziehen diese Autoren also strategische außenpolitische und/oder innenpolitische Variablen ein. (Zum Begriff und zur Natur des Dritten Vgl. 1.3)

In diesem Sinne soll das Erforschen der amerikanischen Teilnahme an der Bearbeitung der israelisch palästinensischen Auseinandersetzung von 1993 bis 1998 zeigen, dass die Rolle einer dritten Partei als viel mehr als eine für den Verhandlungsprozess vorteilhafte funktionale Präsenz zu verstehen ist. Zentral für die dieser Arbeit zugrunde liegende Hypothese ist somit, dass die Relationen, in denen die USA mit der Regelung des israelisch palästinensischen Konflikts in den 90er Jahren standen, *ambivalent* anzusehen sind. Die US-Förderung des Osloer Prozesses ist als Verfolgung von eigenen außenpolitischen Prioritäten zu analysieren. Asymmetrische Verbindungen zwischen dem Dritten und den Konfliktparteien sind zu erkennen. Komplexe innen- und außenpolitische, transnationale und globale Macht- und Herrschaftsmechanismen und nicht politisch moralische Aufforderungen waren führend für die Haltung Washingtons. Die Resultate seines Eingreifens konnten nicht nur mit dem Führungsstil der höchsten US-Vertreter, von ihnen angewandten Interventionsinstrumenten oder dem Verhalten der Konfliktparteien erklärt werden. Damit reiht sich das vorliegende Vorhaben denjenigen Status quo *kritischen* Studien an, die für eine theoretische und realpolitisch orientierte empirische Prüfung des Konzepts des Dritten sowie dessen politisch moralische Beleuchtung plädieren.

Genauer wird die Intervention der Vereinigten Staaten bei dem Osloer Prozess *kritisch, normativ ontologisch* und *historisch fundiert* erläutert. Der Schwerpunkt liegt in der kritischen Auseinandersetzung mit ihr. Das Vorhaben geht von kompetitiven internationalen/globalen, regionalen und innenpolitischen Verhältnissen aus, wo sich verschiedenartige Determinanten, so „... wie etwa die des Staatenantagonismus, der Machtrivalität, des Hegemoniestrebens oder des Gleichgewichts“¹, mehr als bei allen anderen sozialen Verhältnissen treffen. Das konkrete, empirisch zu beschreibende Verhalten der dritten Partei wird vor diesem allgemeinen Hintergrund hinterfragt. Entsprechen die Motive für ihren Eingriff ähnlichen Berücksichtigungen? Welche und wessen Interessen werden dann vertreten? Ferner wird die amerikanische Bereitschaft untersucht, gerecht und gewaltfrei zu handeln und Frieden zwischen den beiden Kontrahenten zu etablieren. Die Resultate ihrer Einmischung werden verglichen in der

¹ Meyers, Reinhard: Weltpolitik in Grundbegriffen. Bd. 1: Ein lehr- und ideengeschichtlicher Grundriß. Düsseldorf. 1979. S.11.

letzten Hinsicht mit dem Zustand der Konfliktkonstellation am Ende der angegebenen Forschungsperiode. Insgesamt wird nach der Logik des Verhaltens des Dritten gefragt.

Bestehende *Macht-* und *Abhängigkeitskonfigurationen* in der Welt, in der Region Nahost und in den USA in den 90er Jahren und der politische Wille, solche Gegebenheiten in eine langfristige *friedliche* Koexistenz umzuwandeln, sind die beiden Leitfäden und das Hauptkenntnisinteresse dieses Manuskripts. Es wird danach gestrebt, den LeserInnen informativ-emanzipatorisches Wissen über die Besonderheiten der internationalen/nahöstlichen Diplomatie am Ende des 20. Jahrhunderts zu vermitteln. Die Arbeit soll dazu aufrufen, die jeweilige politisch praxeologische Tätigkeit nach friedenswissenschaftlich entwickelten Kriterien für Völkerverständigung zu beurteilen. Sie will davor warnen, Friedenschancen politisch zu instrumentalisieren. Die am Ende gezogene Schlussfolgerung ist für die Analyse zukünftiger Konfliktbehandlungsprozesse zu benutzen.

Im Mittelpunkt stehen die *politischen* Konnotationen der Thematik. Spezieller interessiert sich die Dissertation für die Aktivitäten des *Tracks I*. Mit dem Track I werden die offiziellen Regierungs/Leitungsvertreter einer kohärenten politischen Einheit bezeichnet.² Die Darstellung militärischer, wirtschaftlicher, kultureller, sozialer und umweltpolitischer Dimensionen erfüllt einen ergänzenden Zweck. Wichtig ist festzustellen, wie diese zur Formierung politischer und sozialer Realitäten beitragen und wie und ob sie sich durch politische Prozesse beeinflussen lassen.

Die Arbeit gliedert sich in einen *theoriegeleiteten* und einen *empirieorientierten* Teil und folgt dadurch einer deduktiven, qualitativen Analyse. Ein fachübergreifender theoretischer Rahmen auf der Basis von friedens- und konflikttheoretischen Konzepten wird aufgebaut. Die Mei-

² Die Friedens- und Konfliktforscher unterscheiden zwischen Track I, Track II und Track III. Mit dem *Track II* werden assoziiert einflussreiche Personen oder zivilgesellschaftliche Vertreter (ethnische und religiöse Führer, Wissenschaftler oder humanitär tätige Vertreter), die keine offiziellen Entscheidungsträger für die jeweilige Konfliktpartei sind. Sie haben aber einen guten Zugang zu solchen und können ihre Gemeinschaften stark beeinflussen. Auf dieser Ebene werden organisiert Problemlösungsworkshops, Trainings in Konfliktlösung, Seminare. Das Ziel ist, die Kommunikation und die Verständigung zwischen den Konfliktparteien zu verbessern und neue Dialogforen zu finden. Ein Beispiel für Track-II-Aktivitäten in Bezug auf den israelisch palästinensischen Konflikt sind die Workshops von Prof. Herbert Kelman mit führenden israelischen und palästinensischen Vertretern. Der *Track III* umfasst die Arbeit auf Graswurzelebene. Dazu zählen kommunale Führer, lokale NGOs, Flüchtlingslagerführer und andere einheimische Vertreter, die sich aktiv mit Konflikttransformation und Friedenskonsolidierung engagieren. Sie ermutigen die intergesellschaftliche Kooperation und Kommunikation zwischen den Konfliktparteien. Ein Beispiel für Track-III-Aktivitäten in Bezug auf den israelisch palästinensischen Konflikt sind die Initiativen im Rahmen des Programms „People-to-People“, unterstützt durch die norwegische Regierung. (Zu den Begriffen Track I, II und III Vgl. Austin, Alex/Fischer, Martina/Ropers, Norbert (Hrsg.): *Transforming Ethnopolitical Conflict. The Berghof Handbook*. Wiesbaden. 2004. S.464-466; Lederach, J.P.: *Building Peace. Sustainable Reconciliation in Divided Societies*. Washington, D.C. 1997. S.38-43) Hinweisende Artikel über die Aktivitäten aller Tracks sind zu finden in: *Journal of Peace Research*. Special Issue on International Mediation. Jg.28. Nr.1. 1991; Vgl. auch Kelman C., Herbert: *Informal Mediation by the Scholar/Practitioner*. In: Bercovitch, Jacob/ Rubin, Jeffrey Z. (Hrsg.): *Mediation in International Relations. Multiple Approaches to Conflict Management*. Basingstoke u. a. 1992. S.64-96)

nung wird vertreten, dass nur dies der Weg wäre, die Positionierung der USA bezüglich des historischen (Erfahrung zwischen den Konfliktparteien, Verhältnisse zum Dritten) und situativen (lokal, regional, international/global) Kontextes der israelisch palästinensischen Verhandlungen im Laufe der 90er Jahre vielseitig darzulegen. „Why should peace studies be narrower than, for instance, health studies (medical science)? ... Why draw borderlines at all in a field so terribly important in its consequences, and so attractive to the inquisitive mind?“³ Dieser Rahmen soll als eine hinweisende analytische Leitlinie und keine endgültig verfasste Theorie des Dritten aufgefasst werden. Die Historizität der Ereignisse und die wissenschaftlichen Entwicklungen sollten an dieser Stelle beachtet werden.

Zunächst werden geklärt die Kategorien des internationalen Konflikts – Gegensätze, Struktur, Verhalten, Perzeptionen, Konfliktdynamik, Gewalt, Parteien, und die der Konfliktlösung – Konflikttransformation und Frieden. Es folgen die Definition des Dritten und seine Erläuterung als internationales/globales Subjekt bzw. als kollektive Einheit. In Anbetracht der Effizienz seiner Interventionsstrategien und Einsatzmittel werden er und die breiteren Konfliktkonnotationen als konzeptuell untrennbar gesehen.⁴ Durch die Einführung des Modells der Konfliktlösung nach dem Transformationsansatz (Vgl. unten) sowie ethisch normativer Kriterien können realpolitische Verhaltensweisen mit idealtypischen Friedenskriterien verglichen werden. „Wenn der Sache des Friedens überhaupt ein Dienst erwiesen werden kann, so nur in unbarmherzigem Realismus.“⁵

Der empirische Teil operationalisiert die Einwirkung von inneren machtpolitischen, politisch administrativen, sozietalen und kulturellen Paradigmen auf die Nahostpolitik Washingtons sowie ihrer globalen, regionalen und lokalen Bedingungen.

Um fundamentale Aufschlüsse über die Konfliktkonstellation 1993 zu erlangen, geht das Vorhaben auf die Jahre ihrer Formierung zurück. Führend ist ein *historisch* legitimiertes, retrospektives Interpretationsprisma. Um der Komplexität der jeweiligen Entwicklungen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, gilt es zu unterstreichen, „... dass man die Geschichte nicht einfach wegschicken kann (wie das, was in der Schule an der Tafel steht) (...) Alles in unserer Welt ist miteinander verbunden, und nichts, was geschieht, ist völlig isoliert und von

³ Galtung, Johan: Cultural Violence. In: Journal of Peace Research. Jg.27. Nr.3. 1990. S.303.

⁴ Zu diesem Punkt vgl. Baumgarten, Helga: Palästina: Befreiung in den Staat. Die palästinensische Nationalbewegung seit 1948. Fr/M. 1991; Baumgarten, Helga: Arafat zwischen Kampf und Demokratie. 1. Aufl. München. 2002; Chomsky, Noam: Offene Wunde Nahost. Israel, die Palästinenser und die US-Politik. 1. Aufl. Hamburg. 2002.

⁵ Schneider, Reinhold: Der Friede der Welt. In: Schneider, Reinhold u. C.F.v.Weizsäcker u. Immanuel Kant: Der Friede der Welt - Schicksal der Menschheit. Herderbücherei (Hrsg.) Freiburg im Breisgau u.a. 1974. S.82.

fremden Faktoren unbeeinflusst. Auch über Unrecht und Leiden müssen wir also in weiten historischen, kulturellen und sozioökonomischen Zusammenhängen reden⁶.

Es wird angenommen, dass die chronologischen Wurzeln des Konflikts in der Entstehungsgeschichte des Staats Israel liegen. Ohne die Details der jeweiligen Entwicklungen zu unterschätzen, wird hauptsächlich ein historisch analytischer Grundriss von der Einwanderung der ersten Zionisten am Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Regierungsübernahme von Jitzhak Rabin 1992 unternommen. Zu berücksichtigen sind die daraus resultierenden *geschichtspolitischen Konsequenzen* für die Modifikation der Konfliktkomponenten.

Was die Auslegung viertausend Jahre menschlicher Geschichte im Land Palästina durch die heutigen Israelis und Palästinenser angeht, wird dies angesichts der faktischen Etablierung der beiden Gegner dort am Beginn der 90er Jahre ausschließlich als Teil der Behandlung der jeweiligen Konfliktdimensionen angeschnitten.⁷ Wichtig wäre die politische Relevanz dieser Frage – ihr Verständnis seitens der Kontrahenten als eine Anerkennungsfrage. Voraus gegeben der tiefen Verwurzelung des Konflikts, können und sollten jegliche Lösungskonzepte nur auf die Zukunft ausgerichtet sein.⁸

Die Beteiligung eines Dritten an der Bewältigung eines internationalen Konflikts ist ein relativ breit behandeltes Thema in der Friedens- und Konfliktforschung. Die wenigen Aufsätze, die konkret die amerikanische Intervention bei der Bearbeitung des nahöstlichen Konflikts behandeln, sind durchaus theoretisch.⁹

Auf diesem Gebiet ist ein allgemeiner, in manchen Fällen umstrittener, und interdisziplinär organisierter kategorialer Apparat bezüglich des Konflikts, der Konfliktlösung und der dritten Partei zu finden. Dort wird das Konfliktmodell von Johan Galtung (1969) mit seinen drei Elementen – Konfliktsituation, Konfliktverhalten und Konfliktattitüden, als der erfolgreichste Ausgangspunkt angenommen, die Konfliktstruktur in ihrer Vielfalt, die De/Eskalation der Konfliktdynamik und die Suche nach Wegen der Konfliktbewältigung adäquat zu präsentieren. Für alle Konfliktspekte spielt die Kategorie der Gewalt, direkt, strukturell und kulturell, eine wichtige Rolle. Sowohl materielle Streitfragen als auch grundlegende strukturelle, breite systematische und sozialpsychologische Dimensionen des Konflikts sind präsent. Im Gegensatz zu *deskriptiv* organisierten Konfliktanalysen kann auf diese Weise der eigentliche Maß-

⁶ Said, Edward W.: Gedanken zum Orientalismus. Für eine Kultur der Einfühlung. In: Le Monde diplomatique. dt. Ausg. 09/9 Jg. Sept. 2003. S.12.

⁷ Vgl. dazu auch Chomsky, Noam: a.a.O. S.99-100.

⁸ Vgl. Galtung, Johan: Solving Conflicts: A Peace Research Perspective. Honolulu. 1989. S.39.

⁹ Vgl. dazu exemplarisch Galtung, Johan: Peace Problems: Some Case Studies. Essays in Peace Research. Bd. 5. Copenhagen. 1980; Miall, Hugh u. Oliver Ramsbotham u. Tom Woodhouse: Contemporary Conflict Resolution. The Prevention, Management and Transformation of Deadly Conflicts. Cambridge. 1999.

stab der (in der Vergangenheit) stattgefundenen Wandlungen einer Konfrontation nachvollzogen werden.

Um dieser *mehrschichtigen* Konfliktauffassung gerecht zu werden, beginnt seit der Mitte der 90er Jahre das Konzept der Konfliktlösung sich als eine allumfassende Konflikttransformation durchzusetzen. Alle drei Konfliktkomponenten sind dann befriedet und eine nachhaltige Friedenssicherung (Frieden als Gegenbegriff zu Gewalt) ist erreicht. „In more specific terms, the framework suggests a comprehensive approach to the transformation of conflict that addresses structural issues, social dynamics of relationship building, and the development of a supportive infrastructure for peace.“¹⁰ Das Erreichen eines Waffenstillstandes oder die Unterzeichnung eines politischen Abkommens zwischen den streitenden Parteien gelten nicht als Hauptindikatoren einer erfolgreichen Konfliktlösung. Damit erlaubt diese fortschrittliche Forschungsperspektive, für die Zeiten des Kalten Krieges charakteristische akteurbezogene und Status quo treue Forschungsergebnisse zu hinterfragen. Dennoch muss sie noch mehr im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung und in der politikwissenschaftlichen Literatur im Allgemeinen verfestigt werden. Dies wird als eine der Aufgaben der gegenwärtigen Arbeit vorgenommen.

Des Weiteren wird im Friedens- und Konfliktforschungsfeld vermieden, die Konfliktparteien als „anonyme Gleiche, ohne spezifische Charakteristiken“¹¹ wahrzunehmen. Sie werden als heterogene Einheiten angesehen, wo die innen- bzw. außenpolitische Signifikanz einzelner gesellschaftlicher Elemente im Hinblick auf den jeweiligen Konflikt und seine Lösung ausdrücklich behandelt wird.¹²

Eine zentrale Position nehmen die Ideen der Zivilisierung des Konflikts und dessen gerechte Regelung ein, für deren Verwirklichung die Konzepte der Gewalteinämmung nicht gewachsen sind¹³. Jeder Staat, oder seine politischen Eliten, tritt demnach als bewusst handelnder Akteur auf der internationalen Bühne auf. Seine „Rationalität“ sollte ihren höchsten Ausdruck in Form von Verantwortung und Bereitschaft zum Aufbau einer weltweit wirksamen Kultur konstruktiver Konfliktbearbeitung finden.

Bei den Friedens- und Konfliktforschern kommt die staatliche dritte Partei hauptsächlich im theoretischen Kontext der Konfliktbearbeitung vor. Der Dritte wird betrachtet als ein unterstützender Akteur, dessen Führungsstil und kommunikative Fähigkeiten eine große Bedeu-

¹⁰ Lederach, J.P.: a.a.O. S.21.

¹¹ O'Brien, William V.: Law and Morality in Israel's War with the PLO. London. 1991. S.320.

¹² Vgl. Tibi, Bassam: Eliten und Elitenwandel. In: Steinbach, Udo/Rüdiger Robert (Hrsg.): Der Nahe und Mittlere Osten. Politik. Gesellschaft. Wirtschaft. Geschichte. Kultur. Opladen. 1988. S.289.

¹³ Vgl. Ropers, Norbert: Friedliche Einmischung. Strukturen, Prozesse und Strategien zur konstruktiven Bearbeitung ethnopolitischer Konflikte. Berghof Report Nr.1. S.92. In: <http://www.berghof-center.org/uploads/download/br1d.pdf> Stand Okt. 1995, abgerufen am 26.10. 2007.

tung zugeschrieben wird. In einem beträchtlichen Maße wird seine Tätigkeit assoziiert mit Konfliktregelung (conflict settlement) und Friedensschaffung (peacemaking) (Vgl. 1.2.2) d.h. mit leistungsorientierter, zeitlich begrenzter, vornehmlich Status quo orientierter politisch diplomatischer Arbeit. In der Periode des Kalten Kriegs waren die Kunst der amtlichen Diplomatie, die Abschreckung, die Geheimkontakte, die Einbeziehung von Druck und Verlockungen, einschl. von militärischen Mitteln berücksichtigt. In den 90er Jahren gewannen das Schlagen von Kommunikationsbrücken, der Informationsaustausch, die Guten Dienste, die Vermittlung und das Ausarbeiten von konkreten Lösungsvorschlägen¹⁴ immer mehr an Bedeutung.

Erst mit der Evolution des Verständnisses der Konfliktlösung als einer grundsätzlichen Konfliktumwandlung erfolgt die Rückkoppelung der Aktivitäten des Dritten mit der breiten Konfliktstruktur – dies jedenfalls nicht einstimmig im gesamten Forschungsbereich.¹⁵ Der Ausgleich von strukturellen Konfliktsymmetrien seinerseits sowie die Dauerhaftigkeit der Einmischungskonsequenzen werden akzentuiert.¹⁶

Ein vollständiger theoretischer Ansatz des (staatlichen) Dritten fehlt. Begriffliche und methodische Unzulänglichkeiten sind in der Friedens- und Konfliktforschung immer noch zu identifizieren. Nicht alle möglichen Relationen der dritten Partei zum entsprechenden Konflikt werden eindeutig und endgültig definiert.

Es wird klar angenommen, dass sie nicht unmittelbar in die Gegensätze der Konfliktparteien verwickelt ist und nicht als streitende Partei zu nennen ist. Diese selbständige Positionierung des Dritten wird aber nicht vollständig berücksichtigt (Vgl. 1.3.1). Sein Verhalten als Staat im Rahmen eines vornehmlich nach Macht- und Herrschaftskalkülen funktionierenden internationalen/globalen Systems der 90er Jahre wird unterschätzt.

Ein Überblick darüber wird im gegenwärtigen Manuskript mithilfe der Theorien der internationalen Beziehungen und völkerrechtlich ausgerichteter Arbeiten angeboten. Im ersten Fall bedient sich die Arbeit der traditionellen „realistischen“ Schule, wo die Akteure als Verfolger von strategischen nationalen Kosten-Nutzen-Kalkülen auftreten, sowie einem innovativen

¹⁴ Zur Bedeutung der Guten Dienste und der Vermittlung vgl. Mitchell, C. R.: *The Structure of International Conflict*. Chippenham, Wiltshire. 1981; Bercovitch, Jacob (Hrsg.): *Resolving International Conflicts. The Theory and Practice of Mediation*. Boulder. 1996.

¹⁵ Eine Übersicht über die Evolution des theoretischen Rahmens des Dritten ist zu finden bei: Reimann, Cordula: *Assessing the State-of-the-Art in Conflict Transformation*. In: Austin, Alex/Fischer, Martina/Ropers, Norbert (Hrsg.): *Transforming Ethnopolitical Conflict. The Berghof Handbook*. Wiesbaden. 2004. S.41-66; Miall, Hugh u. Oliver Ramsbotham u. Tom Woodhouse: a.a.O.

Der Dritte im Rahmen des Transformationsparadigmas ist zu finden bei: Lederach, J.P.: a.a.O.; Galtung, Johan: *Peace by Peaceful Means. Peace and Conflict, Development and Civilization*. Oslo. 1996. S.103-113; Curle, Adam: *Making Peace*. London. 1. Aufl. 1971.

¹⁶ Vgl. Paffenholz, Thania: *Designing Transformation and Intervention Processes*. In: Austin, Alex/Fischer, Martina/Ropers, Norbert (Hrsg.): *Transforming Ethnopolitical Conflict. The Berghof Handbook*. Wiesbaden. 2004. S.161.

kritischen Diskurs in Bezug auf die sich am Ende des 20. Jahrhunderts entfaltenden Globalisierungsprozesse aus der Perspektive der politischen Ökonomie. Exemplarisch zu benennen hier sind die Studien von Jan Aart Scholte, Michael Cox, Robert Cox, Susan Strange, Stephen Gill usw. Die staatliche Souveränität, von den Vertretern des „Realismus“ zum höchstgültigen Charakteristikum eines internationalen Akteurs erklärt, wird zugunsten ihrer „Soziologisierung“ in Frage gestellt. Es besteht die Notwendigkeit, „... den Begriff der Souveränität für eine sozialwissenschaftliche Analyse zu ersetzen durch den Begriff der Unabhängigkeit bzw. durch den des Handlungsspielraums oder der Handlungskompetenz, ggf. auch durch den Begriff der Autonomie.“¹⁷ Weit aufzufassende, Wirtschaft tragende, soziale Faktoren werden unter dem Zeichen ihrer weltweiten Ausdehnung und formaler und informeller Vernetzung auch als bedeutend für das internationale Verhalten staatlicher Repräsentanten erkannt.¹⁸ Die Rede ist von der „globalen“ Problematisierung der Außenpolitik und dadurch der regionalen Intervention der US-Regierung beim Osloer Prozess der 90er Jahre. Im zweiten Fall werden die formal diplomatischen Ressourcen innerhalb des Teilsystems des Völkerrechts dargestellt, die eine dritte Partei beachten oder von ihnen abweichen kann.

In der Friedens- und Konfliktforschung wird außerdem gewissermaßen dazu geneigt, einen Staat als Dritten als einen monolithischen politischen Akteur zu präsentieren. Aufgrund der Recherchen von Margaret Hermann, Johannes Botes und Christopher Mitchell wird er in der vorliegenden Arbeit theoretisch als eine kollektive Einheit dargestellt (Vgl. 1.3.3). Sowohl das Gewicht des Führungsstils seiner höchsten Vertreter als auch administrativ-bürokratische Gesetzmäßigkeiten des Zusammenwirkens seines außenpolitischen Prozesses, die Rolle von (widerspruchsloser Duldung von) Lobbygruppen, der öffentlichen Meinung und breiterer politisch sozietaler Einflüsse auf seine Außenpolitik werden berücksichtigt.

Ethisch normative Nuancen werden noch in einem geringen Grad in Verbindung zu den Aktionen der dritten Partei gebracht. „What is notably missing from most conflict management research efforts is any type of explicit normative theoretical grounding, which would be essential for the proper understanding, and evaluation of conflict management success.“¹⁹ Es wird breit akzeptiert, dass die offiziellen Repräsentanten des Dritten bei ihren Interventionen am häufigsten dieselbe Kategorie von Vertretern im Rahmen der Konfliktparteien beeinflussen oder von ihnen beeinflusst werden. Seltener werden Bezugspunkte für mögliche Einwirkung der dritten Partei auf innengesellschaftliche Elemente und vice versa gesucht. Das ge-

¹⁷ Pfetsch, Frank R.: Internationale Politik. Stuttgart u.a. 1994. S.129.

¹⁸ Cox, Robert W.: Social Forces, States, and World Orders: Beyond International Relations Theory. In: Cox, Robert W. with Timothy J. Sinclair: Approaches to World Order. Cambridge. 1996. S.105.

¹⁹ Reimann, Cordula: a.a.O. S.58. Die Autorin benutzt den Begriff „conflict management“ (Konfliktbewältigung) als ein Schirmkonzept, das alle Arten von Aktivitäten umfasst, die den Umgang mit dem jeweiligen Konflikt in Richtung seiner Beendigung voraussetzen.

genwärtige Manuskript versucht durch den Aufbau eines detaillierten theoretischen Rahmens aufmerksam auf die bisher genannten theoretischen Forschungsdesiderate zu machen und diese zugunsten einer Status quo kritischen Behandlung der dritten Partei zu überwinden.

Die praxeologische Messbarkeit der Konflikt- und Transformationsproblematik bleibt ein offenes Forschungsfeld.²⁰ Politisch kulturelle Aspekte sind relativ selten in den einzelnen Werken präsent. Der empirische Teil der vorliegenden Arbeit wendet sich darum an strategische Forschungen, die sich mit dem geostrategischen, jahrzehntelang dauernden Verhältnis des Weißen Hauses zum Nahen Osten, zum Staat Israel und zur Beendigung der israelisch palästinensischen Konfrontation beschäftigen.²¹ Das Verhalten der Vereinigten Staaten auf völkerrechtlich relevanten Weltforen und bezüglich Normen des internationalen Rechts, die den israelisch palästinensischen Konflikt regeln, wird berücksichtigt.²² Politisch kulturelle Ähnlichkeiten zwischen Israel und den USA werden gesucht.²³ Hilfreich für die Darstellung des Verlaufs des US-außenpolitischen Prozesses waren die politisch soziologischen Analysen von Thomas Dye als Teil des amerikanischen Power Structure Research. Als bahnbrechend für die Darstellung der Entwicklung der israelisch palästinensischen Auseinandersetzung können die Analysen einiger israelischer, Zionismus kritischer Forscher wie Livia Rokach, Ilan Pappé, Benny Morris, Avi Shlaim und Baruch Kimmerling bezeichnet werden.

Die Termini *Einmischung*, *Intervention*, *Intervenieren*, *Eingriff* und *Eingreifen* werden als äquivalente und völlig neutrale Synonyme des Worts Teilnahme benutzt. Assoziationen, die diese Begriffe nach der Art der Einsatzmittel seitens des Dritten abgrenzen, sind nicht zu beachten. Diese Vereinheitlichung erfolgt aus praktischen Gründen.

Das Vorhaben geht nicht ein auf die direkte Anwendung militärischer Einsatzmittel, die in der Literatur hoch umstrittenen „humanitären Interventionen“ in gewalttätige innerstaatliche Konfrontationen und gerichtliche oder andere Schlichtungsverfahren. Im letzten Fall sind die

²⁰ Vgl. Mitchell, C.R.: *Classifying Conflicts: Asymmetry and Resolution*. In: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science: Resolving Regional Conflicts: International Perspectives*. Jg.518. Nov. 1991. S.35.

²¹ Vgl. exemplarisch Quandt, William B.: *Peace Process. American Diplomacy and the Arab-Israeli Conflict since 1967*. Harrisonburg. 2001; Kaim, Markus: *Macht oder Ohnmacht der USA im nahen Osten? Die Politik der Clinton-Administration im israelisch-palästinensischen Konflikt*. HSFK-Report 3/1999; Clarke, Duncan L. u. Daniel B. O'Connor u. Jason D. Ellis: *Send Guns and Money: Security Assistance and U.S. Foreign Policy*. Westport. 1997. S.172-179.

²² Zu völkerrechtlichen Studien vgl. exemplarisch Kassim, Anis F.: *The Oslo Process: Just a Solution*. In: *Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization*. Bd.76. Heft 2-3. 2001. S.241-256. Osman'czyk, Edmund Jan: *Encyclopedia of the United Nations and International Agreements*. 3.Aufl. Bde. 1-4. London. 2003; O'Brien, William V.: a.a.O. (1)

²³ Vgl. exemplarisch Perthes, Volker: *Die Nahostpolitik der USA: Klare Interessen, unklare Politik?* In: Klein, Uta/Thranhardt, Dieter (Hrsg.): *Gewaltspirale ohne Ende? Konfliktstrukturen und Friedenschancen im Nahen Osten*. Schwalbach/Ts. 2002. S.67-80.

Gegner und die dritte Partei eher als formale Einheiten verstanden, die sich an formelle Entscheidungsprozeduren und/oder Rechtstechniken halten, so wie sie im Art. 33(1) der UNO-Charta als Mittel friedlicher Streitbeilegung genannt sind. Die traditionellen Formen der Vermittlung und die Guten Dienste, in demselben Artikel gezählt, und die (Nicht)Aktivierung des Weltsicherheitsrats werden im Zusammenhang mit der gesamten Forschungsperspektive der Arbeit analysiert.²⁴

Als technisches Hauptuntersuchungsverfahren dient die Bearbeitung von relevanter Sekundärliteratur und veröffentlichten Quellen. Unter der Bedingung, dass die Dissertation auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland verfasst wurde, und im Hinblick auf den persönlichen fremdsprachlichen Zugang muss angemerkt werden, dass die deutsch- und englischsprachigen Materialien überwiegen. In der Periode 1993-1998 unterschriebene israelisch palästinensische Abkommen, offizielle Reden der Track-I-Repräsentanten der USA und der streitenden Parteien, Aussagen ihrer Auswärtigen Dienste, reichhaltige journalistische Arbeiten, Statistiken (sozial- und militärpolitische Informationen), Bevölkerungsumfragen, Karten und Abbildungen wurden benutzt.

Um den Zielen des Manuskripts näher zu kommen, sind im Folgenden die Natur und Struktur des internationalen Konflikts zu präsentieren. Als Erstes werden der Konfliktbegriff, das Konfliktmodell, die Konfliktparteien, die Konfliktaustragungsebenen, die Konfliktdynamik und die Konfliktdimensionen beschrieben.

²⁴ Übersicht über dieses Problem bei Bilder, Richard B.: International Third-Party Dispute Settlement. In: Thompson, W. Scott u. a. (Hrsg.): Approaches to Peace: an Intellectual Map. Washington, D.C. 2. Aufl. 1992. S.191-226; Wolfrum, Rüdiger (Hrsg.): Handbuch Vereinte Nationen. 2. Aufl. München. 1991. S.813-816; Ropers, Norbert: Streitbeilegung, friedliche. In: Volger, Helmut (Hrsg.): Lexikon der Vereinten Nationen. München. 2000. S.507-512; Krysmanski, Hans Jürgen: Soziologie des Konflikts. Materialien und Modelle. Reinbek.1971. S.144.

Kapitel 1. Theoretische Einführung

1.1 Der internationale Konflikt

1.1.1 Konfliktbegriff

Die internationalen Konflikte werden hier als *soziale Tatbestände* definiert, „... an denen mindestens zwei Parteien beteiligt sind, die auf Unterschieden in der sozialen Lage und/oder auf Unterschieden in der Interessenkonstellation der Konfliktparteien beruhen“²⁵.

Sie stellen ein allgegenwärtiges Charakteristikum des internationalen Lebens dar und werden nicht nur als negative Disharmonien aufgefasst, die „... als Unfall, als ein aus dem sozialen Zusammenhang herausfallendes Ereignis erscheinen“²⁶, sondern auch als *Resultat* von oder *Impulse* für sozialen Wandel. Im letzten Fall sind sie Faktoren, die „... eher ein Fortschreiten als einen Rückgang in der Anpassung bestimmter sozialer Beziehungen oder Gruppen zur Folge haben“²⁷. Jede reale Konfliktkonstellation zeichnet sich durch „ein ganz bestimmtes Koordinatensystem von Raum, Zeit und gesellschaftlich-politischer Verortung“²⁸ aus. Ihre Hauptelemente werden in dem darauf folgenden Konfliktmodell schematisch angeschnitten.

1.1.2 Konfliktmodell

Die internationalen Konflikte charakterisieren sich durch eine hohe Komplexität. Christopher Mitchell bezeichnet sie als „vage“ oder „vieldeutig“ und plädiert für ihre „multiple Bestimmung“.²⁹ Vorstellungen wie territoriale Ansprüche, diplomatische Missverständnisse, Armeeneinsätze oder Frustrationen, Feindseligkeit und Angst sind mit ihnen zu verknüpfen. Das Konfliktmodell des norwegischen Soziologen und Friedensforschers Johan Galtung vereinigt auf eine umfassende aber auch eine kompakte Weise die Grundbestandteile des Konflikts.

Der wird als ein Dreieck konzipiert, das aus Konflikt (K), Konfliktverhalten (V) und Konfliktattitüden (A) besteht. Alle drei Komponenten sind bei einem völlig entfalteten Konflikt vorhanden.³⁰ Die letzten zwei werden als Konfliktfolgen angegeben, die als Austragungsformen bzw. Merkmale seiner Ausprägung zu verstehen sind.³¹

²⁵ Bonacker, Thorsten u. Peter Imbusch: Begriffe der Friedens- und Konfliktforschung: Konflikt, Gewalt, Krieg, Frieden. In: Imbusch, Peter/Zoll, Ralf (Hrsg.): Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung mit Quellen. Bd.1. Opladen. 1996. S.65. Eigene Hervorhebung.

²⁶ Krysmanski, Hans Jürgen: a.a.O. (1) S.7.

²⁷ Coser, Lewis A.: Theorie sozialer Konflikte. Neuwied/Rhein u. a. 1965. S.10.

²⁸ Reinhard, Meyers: a.a.O. (1) S.149; Vgl. dazu auch Galtung, Johan: a.a.O. (3) S.77.

²⁹ Vgl. Mitchell, C. R.: a.a.O. (1) S.16.

³⁰ Vgl. Miall, Hugh u. Oliver Ramsbotham u. Tom Woodhouse: a.a.O. S.15.

³¹ Vgl. Bonacker, Thorsten u. Peter Imbusch: a.a.O. S.64.

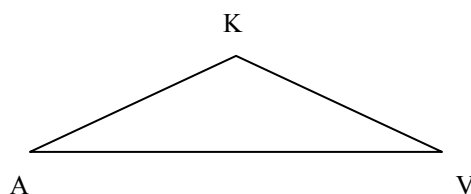


Schaubild 1: Das Konfliktmodell (Quelle: Galtung, Johan: Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. 1. Aufl. Reinbek. 1975. S. 112)

Der *Konflikt*, die unterliegende Konfliktsituation, ist der eigentliche Gegensatz, der in den widerstreitenden Zielsetzungen und Wertvorstellungen der Konfliktparteien und/oder deren inkompatibler gemeinsamer sozialer Konstellation Ausdruck findet. „Es ist offensichtlich eine Frage, wie Konflikte wissenschaftlich wahrgenommen und interpretiert werden: Sind Konflikte nur Wert- oder Zielkonflikte, oder gibt es auch solche, die "objektiv" d.h. unabhängig von der jeweiligen (gesellschaftlichen) Wahrnehmung, vorhanden sind?“³² Daraufhin sind *manifeste*, wenigstens von der einen streitenden Partei erkannte, und *latente*, die tieferen Grundlagen der Beziehungen der Konfliktparteien betreffende und möglicherweise von ihnen unerkannte Konflikte zu unterscheiden. In dieser Hinsicht spricht Herman Schmid von einem subjektivistischen (manifest) und einem objektivistischen (latent) Konfliktmodell.³³ Die subjektivistische Definition legt den Akzent auf die Akteure, ihre Attitüden und ihr Verhalten. Diese sind die bedeutsamsten Indikatoren des Konflikts. Diesem „Konfliktreduktionismus“ setzt er ein alternatives objektivistisches Modell entgegen, nach dem der Konflikt in die Struktur des Systems eingebaut ist. „Konflikt ist die zentrale Komponente, die zu Verhalten und Attitüde führt oder nicht führt.“³⁴

Der Konflikt ist auf einen konkreten *Konfliktgegenstand* gerichtet. „Der Konfliktgegenstand läßt sich sowohl hinsichtlich knapper Güter als auch Normierungen abstrakt erschließen.“³⁵ Im Laufe der Zeit, besonders bei intensiven langjährigen Konflikten, setzen sich die Konfliktparteien für immer neue Konflikthalte ein und machen das ganze Konfliktfeld schwieriger zu bearbeiten. Christopher Mitchell gibt folgende ausführliche Klassifikation an:

1. „Issues concerned with the (exclusive) use, or ownership of resources (goals of obtaining land, raw materials, water supplies, access routes, houses, jobs).
2. Issues concerned with the exclusive right to resources, or the control of both existing resources and potential future resources (goals of obtaining legal right or ‘sovereignty’, political power or control). ...

³² Wellmann, Arend: Konflikt, Gewalt und Krieg in der „gewaltfreien Konfliktbearbeitung“ – Anmerkungen aus kritischer Perspektive. In: Vogt, Wolfgang R. (Hrsg.): Gewalt und Konfliktbearbeitung. Befunde – Konzepte – Handeln. 1. Aufl. Baden-Baden. 1997. S.119.

³³ Vgl. Schmid, Herman: Friedensforschung und Politik. In: Senghaas, Dieter (Hrsg.): Kritische Friedensforschung. 1. Aufl. Fr/M. 1971. S.40-47.

³⁴ Ebd. S.45.

³⁵ Bonacker, Thorsten u. Peter Imbusch: a.a.O. S.66.

3. Issues concerned with the continued existence of one of the parties in its present form, or in some form acceptable to members of that party ('goals of survival'). ...
4. Issues concerned with status, prestige and precedence (goals of coming first, doing better than, depriving the other of, or not losing face because of).
5. Issues concerned with beliefs, attitudes, behaviour and (often) socio-economic organisation of another entity, with efforts to make that entity conform to desired and 'desirable' standards. This appears to be the basic implication of an 'ideological' conflict...³⁶.

Der Konfliktgegenstand verknüpft die Interessen der jeweiligen Konfliktgegner in einer organischen interaktiven³⁷ Wechselwirkung. Die Optionen lassen sich mit Hilfe der Spieltheorien darstellen als *Nullsumme-Resultat*, wobei die eine Partei seine Positionen verloren hat und die andere alle ihren Erwartungen erfüllen kann, als *Kompromiss*, wenn jede Seite etwas von ihren Bestrebungen geopfert hat³⁸, als gemeinsamer *Verlust*, so dass alle Akteure massive Misserfolge erleiden, und als *Positive-Summe-Resultat*, das durch neue kreative Lösungen alle Parteien Gewinn erzielen lässt.

Werden die entsprechenden Zielsetzungen und Wertvorstellungen aufgrund der konkreten Interessen oder der objektiven sozialen Situation der Parteien festgelegt, treten die Konflikte in ein aktives Stadium ein. Dann formieren sich die Konfliktattitüden und das Konfliktverhalten, die positiv oder negativ sein können, bei einem gewalttätigen Konflikt aber tendieren, sich zerstörerisch auszuwirken.³⁹ Für einen komplizierten und durchdrungenen internationalen Konflikt, wie den israelisch palästinensischen, sind alle drei Konfliktkomponenten zu berücksichtigen, umso mehr als sie verschiedene Rollen während der verschiedenen Konfliktphasen zu spielen vermögen.

Die *Konfliktattitüden* sind die subjektiven psychologischen Wahrnehmungen der Konfliktparteien, die sich einerseits auf den umstrittenen Konfliktgegenstand, andererseits auf die „feindliche“ Konfliktpartei übertragen. „Attitude includes emotive (feeling), cognitive (belief) and conative (will) elements.“⁴⁰ Eine Vielfalt von Emotionen – Misstrauen, Ärger, Angst, Verdacht, und/oder Stereotypen – Feindbilder und Vorurteile, und/oder Aggressivitätsexpressionen und Unwillen können den Konfliktverlauf verschärfen. Die Individuen neigen dazu, die Zugehörigkeit zu ihrer eigenen Konfliktpartei zu verstärken.⁴¹ Eine Abgrenzung des Bekannten und Sicherem (des Weißen) durch den Unbekannten (das Schwarze) wird beobachtet.⁴² Identitätsstiftende Gruppenphänomene wie Nationalismus, Ethnozentrismus, Rassenvorurteile, Überlegenheit gegenüber dem Fremden oder Wichtigkeit der eigenen Gruppeninteressen,

³⁶ Mitchell, C. R.: a.a.O. (1) S.43-44.

³⁷ Vgl. Krysmanski, Hans Jürgen: a.a.O. (1) S.222.

³⁸ Mitchell, C.R.: a.a.O. (1) S.143.

³⁹ Vgl. Galtung, Jonan: Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. 3. Aufl. Reinbek. 1978. S.112.

⁴⁰ Miall, Hugh u. Oliver Ramsbotham u. Tom Woodhouse: a.a.O. S.14.

⁴¹ Vgl. Mitchell, C. R.: a.a.O. (1) S.85.

⁴² Vgl. Ebd. S.77.

die mehr oder weniger im alltäglichen Leben der Mitglieder jeder festen politischen Gemeinschaft präsent sein können, vertiefen sich im Laufe des Konfliktverlaufs.⁴³ Selektive Mechanismen zur Überwindung stressiger Erlebnisse und Gegensätzlichkeit während einer internationalen Konfliktsituation treten in Kraft, was in der wissenschaftlichen Literatur als Reduktion kognitiver Dissonanzen beschrieben wird. Das würde später für die Konfliktbearbeitung bedeuten, getroffene politische Vereinbarungen dauerhaft unter der Bevölkerung zu sichern.

Die dritte Komponente des Konfliktdreiecks Galtungs bezieht sich auf jene konkreten Aktivitäten der Konfliktparteien, durch die sie auf die Positionen des Gegners einzuwirken versuchen. Das *Konfliktverhalten* gehört zu der manifesten Phase des Konflikts und schließt eine Vielzahl von Handlungen ein, von militärischen Einsätzen über Verhandlungen und Schlichtung bis zu kooperativen Initiativen und der Integration der streitenden Parteien (Vgl. 1.1.3).⁴⁴ Darum muss unterstellt werden, dass das Konfliktverhalten eine Kommunikationsform darstellt, die eine Transmission von Informationen zwischen den rivalisierenden Seiten bedeutet.⁴⁵

1.1.2.1 Symmetrie und Asymmetrie der internationalen Konflikte

Wie oben verdeutlicht, impliziert das Verständnis des Konflikts, der so problematisch ist wie der israelisch palästinensische, zwei theoretische Analyseebenen – die *akteurbezogene* und *strukturbezogene*.⁴⁶ Empirisch sind sie mit den von den Parteien „deklarierten“ inkompatiblen Zielen, geübten Verhaltensweisen, entwickelten Perzeptionen *und/oder* ihren grundlegenden Positionsunterschieden zu identifizieren.⁴⁷ Im *weitesten* Sinne stellen die Friedens- und Konfliktforscher die (A)Symmetrie der internationalen Konflikte in Verbindung zu den beiden Analyseebenen. Hier wird sie im *engeren* Sinne im Hinblick auf die strukturellen Konfliktkomponenten differenziert.

„Wenn wir von einem symmetrischen, einem gleichgewichtigen Konflikt sprechen, meinen wir einen Konflikt zwischen zwei Kontrahenten, die auf der gleichen Stufe stehen, d.h. daß sie beide von derselben Art sind, z. B. Nationen, und daß sie die gleichen Hilfsquellen zur

⁴³ Vgl. Ebd. S.85-86; Vgl. dazu auch Galtung, Johan: Theorien des Friedens. In: Senghaas, Dieter (Hrsg.): Kritische Friedensforschung. 1.Aufl. Fr./M. 1971. S.242.

⁴⁴ Vgl. Ebd. S.122.

⁴⁵ Vgl. Ebd. S.143.

⁴⁶ Die erste Analyseebene wird assoziiert in der Wissenschaft mit der sog. nordamerikanischen Schule. Ihre Auffassungen gelten als „minimalistisch“, pragmatisch, kriegspräventionsorientierten und konkret definiert. Die zweite Analyseebene wird assoziiert mit der sog. „maximalistischen“ Schule der europäischen Strukturalisten und den Anhängern einer „integrierten“ Friedensforschung. Ihre Auffassungen gelten als umfassender aber vager formuliert. (Vgl. Miall, Hugh u. Oliver Ramsbotham u. Tom Woodhouse: a.a.O. S.43; Vgl. Vogt, R. Wolfgang: Ist Gewalt zivilisierbar? Zur kritisch-reflexiven Friedenstheorie der Zivilisierung. In: Vogt, R. Wolfgang (Hrsg.): Gewalt und Konfliktbearbeitung. Befunde – Konzepte – Handeln. 1.Aufl. Baden-Baden. 1997. S.17-53)

⁴⁷ Vgl. Mitchell, C.R.: a.a.O. (2) S.25.

Verfügung haben. Ein asymmetrischer, ein ungleichgewichtiger Konflikt entsteht zwischen ungleichen Parteien – die also auf verschiedenen Stufen stehen, nicht die gleichen Hilfsquellen haben, ja sogar von unterschiedlicher Art sein können.⁴⁸ Die Rede ist von einer *formellen* und einer *funktionalen, topdog/underdog*, Asymmetrie. Die formellen Unterschiede ziehen nach sich den Wunsch der Konfliktparteien, die gleiche, zumindest eine anerkannte Stellung in der nach dem Souveränitätsprinzip konsolidierten Staaten/Völkergemeinschaft zu genießen und Zugang zu in diesem Rahmen offiziell konsentierten politischen Mitteln zu bekommen.⁴⁹ „In international or transnational conflicts, either for reasons of precedent or tactical advantage, governments will seldom negotiate with the representatives of non-governmental groups.“⁵⁰ Im Falle der funktionalen Asymmetrie sind die vorhandenen realpolitischen Kapazitäten⁵¹ der Konfliktgegner zu prüfen, ihre Zielsetzungen im gleichen Maße auszulegen und zu verteidigen: finanzielle und wirtschaftliche Werte, militärische Bedrohlichkeit, Verbündete, technisch organisatorische Durchsetzungsfähigkeiten, Ressourcenvor- und Nachteile, Bevölkerungsgegebenheiten.⁵² Zu vergleichen ist nicht jede einzelne Charakteristik der einen Partei mit ihrer korrespondierenden Größe bei dem Gegner. Das ist in einer bunten internationalen Welt ohnehin nicht zu erwarten. Gemeint wird das *allgemeine Gewicht*, auf das sich die Summe der gezählten Indikatoren für jeden Kontrahenten beläuft. Der *topdog* ist daran interessiert, die Differenz aufrecht zu erhalten oder zu vergrößern, um wie auch immer geartete Vorteile daraus zu ziehen. Der *underdog* will die Differenz ausgleichen oder gar sie zu seinen Gunsten umkehren oder, wenn beides nicht möglich ist, die Nachteile beseitigen, die er hieraus erfährt.⁵³

1.1.2.2 Das Gewaltkonzept

Um eine effektivere Einsicht in die akteurbezogene und strukturelle Natur der internationalen Konflikte erzielen zu können, müsste auf den Begriff der *Gewalt* als „Gegenbegriff zu Frieden ... in allen ihren internationalen und innergesellschaftlichen Erscheinungsformen“⁵⁴, dessen sich die Friedens- und Konfliktforschung seit langem bedient, nicht verzichtet werden. Dieser Terminus sowie die der *Zivilisierung des Konflikts* und des *Friedens* stehen im Zent-

⁴⁸ Galtung, Johan: a.a.O. (4) S.236.

⁴⁹ Vgl. Mitchell, C.R.: Mitchell, C.R.: a.a.O. (2) S.30.

⁵⁰ Mitchell, C.R.:a.a.O. (1) S.208-209.

⁵¹ Vgl. Mitchell, C.R.: a.a.O. (2) S.31-32.

⁵² Die letzten zwei Kriterien werden hier in ihrer „manipulativen“ und nicht ihrer „objektiven“ Funktion berücksichtigt. Wichtig wäre, ob die Konfliktparteien mit deren Hilfe den Konflikt weiter intensivieren. Als Ressourcen werden gezählt die geographische Lage, die Rohstoffvorräte, die vorhandenen Wasserquellen, die natürlichen territorialen Gegebenheiten.

⁵³ Vgl. Meyer, Berthold: Formen der Konfliktregelung. Eine Einführung mit Quellen. Opladen. 1997. S.42.

⁵⁴ Koppe, Karlheinz: Geschichte der Friedens- und Konfliktforschung. In: Imbusch, Peter/Zoll, Ralf (Hrsg.): Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung mit Quellen. Bd.1. Opladen. 1996. S.48.

rum eines heftigen wissenschaftlichen Definitionsdiskurses. Ohne die Bedeutung der Schärfe einer solchen Debatte für die Tiefe der theoretischen Forschungsergebnisse zu unterschätzen, werden die Begriffe in der vorliegenden Studie nicht als ihr Objekt oder Endziel betrachtet, sondern als grundlegende Kriterien für die Analyse des israelisch palästinensischen Konflikts und der Versuche seiner Behandlung in den 90er Jahren.

In Anlehnung an Johan Galtung findet das Gewaltkonzept Ausdruck in drei verschiedenen Dimensionen, die nicht immer voneinander abzugrenzen sind: Gewalt als Austragungsform von Konflikten, Gewalt, begründet in den gesellschaftlichen Verhältnissen⁵⁵, und Gewalt als die ungleiche Verteilung der Chancen zur Definition der geltenden Symbole einer Gesellschaft⁵⁶. Einmal lässt sich Gewalt als Mittel der negativen physischen und/oder psychischen Einwirkung auf Menschen⁵⁷ verstehen. Es handelt sich um ein destruktives Potential, das als Resultat einer Subjekt-Objekt-Beziehung vorkommt d.h. es erscheint in einer *direkten/personalen* Form. Die Aufmerksamkeit wird auf die Art des Konfliktverhaltens und den funktional-instrumentalen Charakter der Gewalt gelenkt.⁵⁸ Sie wird als Handlungsstrategie, als Reaktion auf eigene Gewalt- und Ohnmachtserfahrung analysiert.⁵⁹ Ermordung, Verstümmelung, Belagerung, Sanktionen, Repressionen, Inhaftierung, „zweite-Klasse“-Bürger-Optionen, Vertreibung usw. sind mit der direkten Gewalt bei einem internationalen Konflikt zu verbinden.⁶⁰

Nebst der personalen (direkten) ist die *strukturelle (indirekte)* Gewalt als nächster Gewalttyp zu benennen (Vgl. Schaubild 2).⁶¹ Während die Konsequenzen des Gewalteinsatzes „... im ersten Fall auf konkrete Personen als Akteure zurückzuführen sind, ist das im zweiten Fall unmöglich geworden: ... die Gewalt ist in das System eingebaut und äußert sich in ungleichen Machtverhältnissen und folglich in ungleichen Lebenschancen“⁶². Vier Merkmale der strukturellen Gewalt wurden von Galtung definiert:

- „... Ausbeutung ist gegeben, wenn zwei Partner in einer Beziehung stehen, in der immer nur einer den Vorteil hat, sei es aufgrund besseren Wissens (sogenanntes Herrschaftswissen), sei es aufgrund wirtschaftlicher oder politischer Macht;
- Durchdringung

⁵⁵ Vgl. Meyers, Reinhard: Begriff und Probleme des Friedens. Grundwissen Politik. Bd.11. Opladen. 1994. S.37.

⁵⁶ Vgl. Bonacker, Thorsten u. Peter Imbusch: a.a.O. S.81.

⁵⁷ Vgl. Ebd. S.76; Galtung, Johan: a.a.O. (1) S.10-11.

⁵⁸ Vgl. Meyers, Reinhard: a.a.O. (3) S.35.

⁵⁹ Vgl. Gugel, Günther u. Uli Jäger: Gewalt muß nicht sein. Eine Einführung in friedenspädagogisches Denken und Handeln. 1.Aufl. Tübingen. 1994. S.22.

⁶⁰ Vgl. Galtung, Johan: a.a.O. (7) Tabelle S.292.

⁶¹ Vgl. Galtung, Johan: a.a.O. (1) S.12.

⁶² Galtung, Johan: a.a.O. (1) S.12; Vgl. dazu auch Dencik, Lars: Plädoyer für eine revolutionäre Konfliktforschung. In: Senghaas, Dieter (Hrsg.): Kritische Friedensforschung. 1. Aufl. Fr/M. 1988. S.257; Galtung, Johan: a.a.O. (7) S.291.

auch Penetration und Manipulation genannt – ist gegeben, wenn eine kleine Gruppe das Bewußtsein der Masse, beispielsweise durch die Medien (Rundfunk/Fernsehen), durch Konsumzwang oder durch das Schulsystem (einschl. der Verweigerung von Bildung – Analphabetismus) kontrolliert;

- Marginalisierung

ist gegeben, wenn politische Macht bestimmte ökonomische, administrative oder kulturelle Zentren fördert, aber deren Peripherien (Randgebiete) nur ausbeutet, und/oder wenn politisch-administrative, militärische oder ökonomische Eliten die Emanzipation der Massen verhindern (Randgruppenbildung); Marginalisierung ist also sowohl geographisch wie auch gesellschaftlich zu verstehen;

- Fragmentierung

Hinter diesem Begriff versteckt sich das uralte Machtprinzip des *divide et impera* (teile und herrsche): Gruppen werden wegen ihrer rassistischen oder religiösen Zugehörigkeit diskriminiert oder gegeneinander ausgespielt.⁶³

Das Konzept der strukturellen Gewalt überschreitet das Paradigma der Konfliktsymmetrie. Um herrschende strukturelle Gewalt aufzeigen zu können, ist es notwendig, nicht nur die Differenzen der Kapazitäten bzw. des Status der Konfliktparteien darzulegen, sondern auch die ungerechte Verteilung der Entscheidungsgewalt bezüglich der gesellschaftlichen Ressourcen⁶⁴ und die Folgen der daraus entstandenen Abhängigkeitsverhältnisse für die Entfaltungsmöglichkeiten der Kontrahenten. Damit ist die strukturelle Gewaltdimension ein Indiz für eine vertikale topdogs/underdogs Dominanzstruktur. Umgekehrt ist das aber nicht unbedingt der Fall.

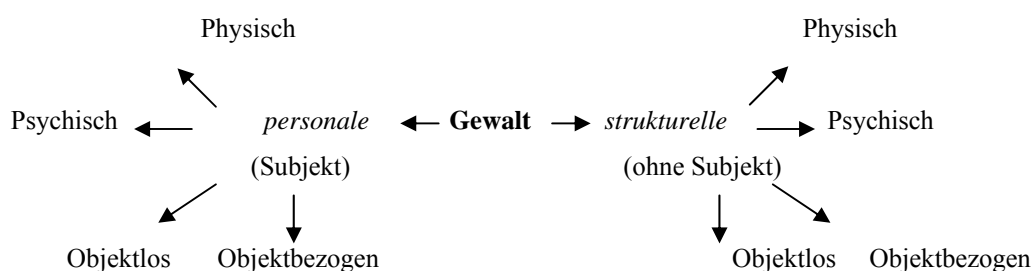


Schaubild 2: Typologie der Gewalt (Quelle: Galtung, Johan: Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. 1. Aufl. Reinbek. 1975. S. 15, eigene Modifikation)

Die dritte Gewaltdimension wurde von Galtung als *kulturelle* Gewalt bestimmt. „By ‚cultural violence‘ we mean those aspects of culture, the symbolic sphere of our existence – exemplified by religion and ideology, language and art, empirical science and formal science (logic, mathematics) – that can be used to justify or legitimize direct or structural violence.“⁶⁵ „Demnach besteht die Eigenart kultureller Gewalt in der Verdeckung und Aufrechterhaltung struktureller oder personeller Gewalt durch ideologische Diskurse ...“⁶⁶. Im Kontext der internationalen Konflikte lässt sie sich in der Auswirkung von Nationalismus, Ethnozentrismus, Ras-

⁶³ Vgl. Meyers, Reinhard: a.a.O. (3) S.37-38.

⁶⁴ Vgl. Bonacker, Thorsten u. Peter Imbusch: a.a.O. S.79-80.

⁶⁵ Galtung, Johan: a.a.O. S. (7) S.291.

⁶⁶ Bonacker, Thorsten u. Peter Imbusch: a.a.O. S.81.

sismus, religiösen Motivationen, Propaganda, Okkupations- und Diktaturordnungsformen usw. äußern.

Die tieferen anthropologischen oder ideengeschichtlichen Wurzeln der Kulturkonnotationen werden in der Arbeit nicht bearbeitet. Dieser Gewalttyp bleibt mit den einzelnen Konfliktdimensionen verbunden (Vgl. 1.1.4) und wird in Bezug auf die Erklärung der Struktur des internationalen Konflikts und des Prozesses und der Reichweite der politischen Bemühungen seiner Bearbeitung beachtet.

Was seinerseits das viel diskutierte Anwenden von diplomatischem, politischem oder wirtschaftlichem Druck betrifft, was in unmittelbarer Verbindung zu den Aktivitäten der dritten Partei steht und als praktiziertes Instrument des realen politischen Lebens oft zu registrieren ist, kann als Gewalt interpretiert werden, aber nur, wenn dieser Druck den Weg zu einer dauerhaften Lösung umschlägt, verhindert oder gar sperrt. Er ist gleichzeitig mit positiven friedensstiftenden Schritten und Rhetorik zu kombinieren. Das Kriterium könnte sein der Endzustand der gemeinsamen Beziehungen der Konfliktparteien im Vergleich zu der Ausgangsphase der Konfliktbearbeitungsversuche, und nicht der Erfolg der Durchsetzung von engen einseitigen Interessen oder Positionen.

1.1.3 Konfliktparteien. Der Track I

Angesichts des festgelegten Forschungsinteresses, den Charakter eines internationalen Konflikts, wie des israelisch palästinensischen, nachzuvollziehen, wird folgender Hinweis auf die rivalisierenden Gegner gegeben: *„Ein Konflikt ist dann als international zu bezeichnen, wenn sich ... zwei Staaten bzw. im Konfliktverlauf Staatlichkeit erlangende Gruppierungen (nationale Unabhängigkeitsbewegungen) gegenüberstehen.“*⁶⁷ So sind Nationalstaaten, Nationen, die irgendwelche repräsentativen Organe besitzen (z.B. Nationales Komitee, Exilregierung) oder nationale Befreiungsbewegungen⁶⁸ als Parteien eines internationalen Konflikts zu betrachten. Staatenähnliche Gebilde, wie der Heilige Stuhl, oder eine Vielzahl von Staatengruppen, Blöcken und Bündnissen, oder zwischenstaatliche Organisationen⁶⁹ nehmen am Austrag eines internationalen Konflikts teil. Die Teilnehmer an der Konfliktbewältigung können generell über die Reichweite dieser Definition hinausgehen und nicht auf Staatlichkeit bezogene

⁶⁷ Pfetsch, Frank. R. u. Peter Billing: Datenbuch nationaler und internationaler Konflikte. 1.Aufl. Baden-Baden. 1994. S.21. Eigene Hervorhebung.

⁶⁸ Vgl. Paenson, Isaak: Handbuch der Terminologie des Völkerrechts (Friedensrecht) und der Internationalen Organisationen. München. 1993. S.21-23.

⁶⁹ Vgl. Pfetsch, Frank. R. u. Peter Billing: a.a.O. S.15.

Akteure einschließen. Als „klassisch“⁷⁰ werden die Konflikte betrachtet, die die Überschreitung oder die Entstehung einer Staatsgrenze beinhalten.

Die Konfliktparteien lassen sich als komplexe Gebilde⁷¹ klassifizieren, und der Track I wird in seiner Relation zu weiteren gesellschaftlichen Gruppen betrachtet. Keine völlig „rationalen (absehbaren)“ Reaktionen der Kontrahenten sind im Laufe ihrer Verhältnisse zu prognostizieren.

Die Regierenden/Leiter jeder streitenden Seite sind demnach im Kontext ihrer Führungsposition zu untersuchen. Erstens ist das die Position eines Vertreters der jeweiligen Gemeinschaft gegenüber dem Konfliktgegner, repräsentative Funktion. Zweitens erfüllen sie die Funktion eines hohen Entscheidungsträgers für ihre eigene Partei. Ihr Verhalten hängt in diesem Punkt mit dem Milieu zusammen, in dem die Leitung einer Gemeinschaft formiert wird⁷² (pluralistisch und nicht pluralistisch getroffene politische Entscheidungen). Das Verhalten breiter Bevölkerungsmassen, spezieller gesellschaftspolitischer Segmente oder einzelner (häufig mit der offiziellen Führung konkurrierender) Personen ist in Rücksicht zu nehmen. Interessen dieser Faktoren erweisen sich in bestimmter Art und Weise durch den gegebenen internationalen Konflikt betroffen und sie beteiligen sich aktiv an bzw. verhindern die Konfliktaustragung und -bearbeitung. Entwicklungen in anderen Bereichen könnten ihnen auch zum Anlass dienen, sich hinter oder gegen den Track I während eines Konfliktlösungsprozesses zu stellen. Drittens agieren die Track-I-Vertreter als Machtausübende, machtpolitische Funktion. Eng mit den verantwortungspolitischen Akzenten einer Führung oder deren Missachtung anzusehen (Vgl. 1.2.1), geht es hier um die objektive Gegebenheit, zu beeinflussen und maßgebend für die Haltung der Öffentlichkeit oder Einzelgruppen während eines Konfliktverlaufs und seiner Bewältigung zu sein. Viertens sind die offiziellen Repräsentanten der Konfliktparteien Individuen mit eigenem Führungsstil in einem konkreten historischen Zeitrahmen, performativische Funktion. Eine Reihe von Determinanten, von persönlichen Erfahrungsbezügen⁷³, besonders in Verbindung zu dem spezifischen Problem, über die Betrachtung seiner Lösung als Priorität bis zu seiner Instrumentalisierung wegen eigener Machtanstreben sollen hier berücksichtigt werden. „‘Collective‘ decisions depend upon the intra-party politicking and bureaucratic processes within the overall party, upon hierarchies, and lines of communication,

⁷⁰ Schössler, Dietmar: Krieg und bewaffneter Gruppenkonflikt. In: Tauras, Olaf/Meyers, Reinhard/Bellers, Jürgen (Hrsg.): Internationale Politik. Reihe Politikwissenschaft III. Hamburg. 1994. S.249.

⁷¹ Vgl. Mitchell, C.R.: a.a.O. (1) S.160.

⁷² Vgl. Herman, Margaret G.: Leaders, Leadership, and Flexibility: Influences on Heads of Government as Negotiators and Mediators. In: The Annals of the American Academy of Political and Social Science. Bd.542. Nov.1995. S.163-166.

⁷³ Vgl. Senghaas-Knobloch, Eva: Subjektivität in der internationalen Politik. Über das Zusammenspiel persönlicher und institutioneller Faktoren in der Konfliktverarbeitung. In: Berthold, Meyer: Formen der Konfliktregulierung: Eine Einführung mit Quellen. Opladen. 1997. S.135-136.

upon structure and the existence of rival factions within that structure, and upon group and individual values and ambitions.“⁷⁴

1.1.4 Konfliktdimensionen

Die internationalen Konflikte zeichnen sich durch eine vielfältige Dimensionalität aus. Die wird mit der Ursächlichkeit, den Formen der Konfliktaustragung und der Initiierung und Anwendung von Konfliktbearbeitungsstrategien assoziiert.

Die politische Dimension wird “... auf nationale und internationale Machtpositionen ... und auf die politische Ordnung und/oder Selbstbestimmung und Autonomie“⁷⁵ bezogen. Gemeint werden die Konstituierung der streitenden Parteien als politische Einheiten, ihr regierendes Regime, ihr Zugriff auf Güter, die ihre Verhandlungsposition in der Welt der internationalen/globalen Politik begünstigen oder erschweren, und deren Wechselwirkung. „Zu den bevorzugten politischen Mitteln gehören die Inanspruchnahme der Diplomatie und der Einsatz von Propaganda und Massenmedien zur Beeinflussung der Weltöffentlichkeit.“⁷⁶ Zu rechnen sind auch Abschreckung, Geheimdiplomatie, Verbündeten, diplomatische Korrespondenz, Informationsaustausch, Verhandlungen, Teilnahme an der Arbeit von Konferenzen und Gremien, Mitgliedschaft in einer Organisation, öffentliche Arbeit, Unterzeichnung von Abkommen usw.

Die militärische Dimension zeigt sich in dem direkten oder indirekten Bezug der Konfliktparteien auf militärische Mittel oder ihr Verzicht darauf: Aufrüstung, Importieren von Waffentechnologien (ökonomisch bedingt), Bildung von Bündnissen, konventionelle Kriege, Guerillakriege, Volksrebellionen, terroristische Aktionen⁷⁷, Gewalteindämmung, Beendigung der kriegerischen Auseinandersetzungen, dauerhafte Abrüstung. Einbezogen werden die offiziellen politischen Repräsentanten, der militärisch industrielle Komplex, der Business-Sektor.

⁷⁴ Mitchell, C.R.: a.a.O. (1) S.160.

⁷⁵ Pfetsch, Frank. R. u. Peter Billing: a.a.O. S.32.

⁷⁶ Robert, Rüdiger: Nahostkonflikt. In: Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik. 8.Aufl. Opladen. 2000. S.311.

⁷⁷ Es existiert in der Forschungsliteratur keine einheitliche Definition des *Terrorismus*. In der vorliegenden Arbeit wird er als das Verbreiten von Angst und Schrecken durch organisiert und überraschend begangene Gewalttaten angenommen, um politische Ziele zu erreichen. Beabsichtigt ist die Wirkung auf dritte, nicht direkt durch die jeweiligen Gewalttaten betroffene, Gegner, die eingeschüchtert und zu einer Verhaltensänderung gebracht werden sollten. Terrorismus kann sowohl durch oppositionelle Kräfte gegen eine etablierte soziale Ordnung als auch durch Staaten gegen ihre eigenen Bürger oder die anderer Staaten ausgeübt werden. (Vgl. Hirschmann, Kai: Internationaler Terrorismus. In: Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik. 9. Aufl. Bonn. 2004. S. 254; Vgl. Meggle, Georg: Was ist Terrorismus? In: Kronfeld-Goharani, Ulrike (Hrsg.): Friedensbedrohung Terrorismus. Ursachen, Folgen und Gegenstrategien. 2005. S.15-36. In: <http://www.uni-leipzig.de/~philos/meggle/&publikationen/2005g.pdf> S.9, abgerufen am 26.02.2007; Vgl. Rappoport, David C.: Terrorism. In: Encyclopedia of Violence, Peace, Conflict. Bd.3. USA. 1999. S.497-509; Vgl. Nolan, Cathal J.: The Longman Guide to World Affairs. New York. 1995. S.285+S.369; Vgl. Wilkinson, Paul: Terrorism. In: World Encyclopedia of Peace. Bd.2. Exeter. 1986. S.451-452; Vgl. Definition of Terrorism in: http://www.wordiq.com/definition/Definition_of_terrorism abgerufen am 15.11.2006)

Wirtschaftlich werden die Konflikte „... mit Hilfe des Zugangs zu Rohstoffen, Nahrungsmitteln, industriellen ... Produkten, technischem Know-how und Kapitalquellen geführt“⁷⁸. Umgekehrt werden wirtschaftliche Aufbauprogramme als erforderlich bei der friedlichen Transformation der Verhältnisse der streitenden Parteien angenommen.

Die kulturellen Konfliktdimensionen betreffen primär das „menschliche Element“⁷⁹ und sind verbunden mit der Auswirkung von ideologischen Faktoren bei dem Verhalten der Kontrahenten. Der Prozess der Konfliktbearbeitung selbst impliziert gezielte langfristige Bemühungen, Weltbilder zu ändern und eine stabile Friedenskultur zu errichten. Sozial wirken sich die internationalen Konflikte in der Vernichtung (bis zur Gefährdung ihres Überlebens) oder Wiederherstellung und Entwicklung von tragenden sozialen Strukturen der jeweiligen Gesellschaften aus. Die Umweltzerstörung im Ergebnis von militärischen Aktionen oder der Vernachlässigung des Umweltgleichgewichts infolge von armen gesellschaftlichen Verhältnissen während der Konfliktdauer kann nicht weniger bedrohlich für die weitere Existenz der entsprechenden Gemeinschaften sein. Im Gegensatz dazu wird während der Konfliktregelung die Kooperation hinsichtlich der Überwindung solcher Probleme gefördert. „Die Notwendigkeit ... ergibt sich nicht nur wegen zunehmender ökologisch-ökonomischer Interdependenzen, der Komplexität physikalisch-chemischer Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge, der Langfristigkeit der Wirkungen und der möglichen Irreversibilität von Umweltschädigungen, sondern auch und besonders wegen der Vielzahl der politischen Akteure, der Widersprüchlichkeit ihrer Interessen und der Unterschiedlichkeit ihrer ökonomischen und technischen Handlungspotenziale.“⁸⁰ Die Darstellung der Konfliktdimensionen verweist darauf, wie viele Konflikaspekte bedeutsam für eine tragfähige Konfliktlösung sind.

1.1.5 Konfliktodynamik

Ein weiteres Charakteristikum des Wesens der internationalen Konflikte ist ihre Dynamik. Die manifestiert sich in der Entfaltung verschiedener Phasen, in dem sich Konfliktformen zwischen den Polen der Dissoziation und Assoziation der Konfliktparteien entwickeln. Ein ganzer zyklischer Vorgang oder seine einzelnen Etappen, von dem Entstehen der jeweiligen Inkompatibilitäten, über das Praktizieren gewaltsamer Aktivitäten bis zu der Transformation des Konfliktgeschehens und einer langfristigen Friedenskonsolidierung vollziehen sich.

⁷⁸ Robert, Rüdiger: a.a.O. S.312.

⁷⁹ Vgl. Fisher, Ronald J.: *The Social Psychology of Intergroup and International Conflict Resolution*. New York. 1990. S.147.

⁸⁰ Simonis, U.E.: *Weltumweltpolitik*. In: Woyke (Hrsg.): *Handwörterbuch Internationale Politik*. 8. Aufl. Opladen. 2000. S.525.

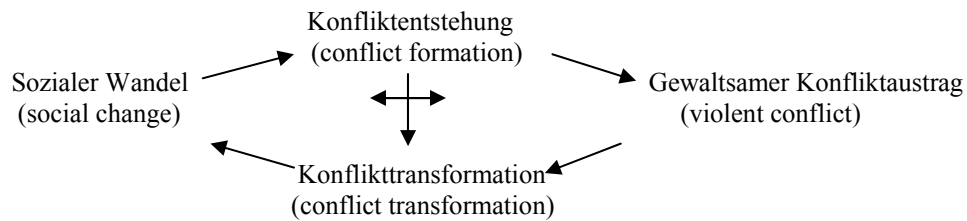


Schaubild 3: Die Konfliktdynamik (Quelle: Miall, Hugh u. Oliver Ramsbotham u. Tom Woodhouse: Contemporary Conflict Resolution. The Prevention, Management and Transformation of Deadly Conflicts. Cambridge. 1999. S.16, eigene Modifikation und Übersetzung)

Dynamische (De)Eskalationsspiralen können in jeder Ecke des Konfliktdreiecks ansetzen und sich gegenseitig beeinflussen. Das Erkennen der Konfliktsituation führt weiter zu negativen Attitüden und feindlichen Aktionen. Ähnlicherweise ist es möglich, dass die Konfliktattitüden oder das Konfliktverhalten weitere Spannungen produzieren. Selbst wenn die Konfliktsituation latent für lange Zeit bleibt, kann sie die Beziehungen der Konfliktparteien indirekt belasten. Umgekehrt erklären die Kontrahenten zu einem bestimmten Zeitpunkt ihre Bereitschaft nach Kooperationsmöglichkeiten zu suchen. Christopher Mitchell nennt die beiden Tendenzen negative (malign) und positive (benign) Spiralen.⁸¹

Darüber hinaus wird ein vertikales Wachstum der Konfliktdynamik beobachtet, mit Produktion von zusätzlichen Streitfragen und Verschärfung der Konfliktdimensionen, und ein horizontales, mit Einbeziehung von neuen Parteien, Betroffenen oder Interessenten (Vgl. 1.3.1). Einerseits generieren die ursprünglichen Inkompatibilitäten sekundäre Zielsetzungen, die Erweiterung des Konfliktgegenstands und Polarisierung der Konfliktbeziehung nach sich ziehen. Andererseits überspringt der Konflikt seine lokale Situierung und nimmt *regionale* oder *internationale/globale* Dimensionen ein, wobei seine Struktur häufig verändert wird. Die Entwicklung der horizontalen Konfliktdynamik kann dabei zur Opferung von externen Teilnehmern durch die Kontrahenten führen, so dass diese Kosten erleiden, zur indirekten Einbeziehung von externen Akteuren durch die Konfliktparteien, so dass sich deren Einflussmöglichkeiten im Laufe des Konflikts vermehren,⁸² und/oder zur Instrumentalisierung der Konfliktverhältnisse durch äußere Teilnehmer (Vgl. 1.3.1). Die Region dient hier „... zur Bezeichnung eines homogenen (geographisch abgrenzbaren) Raumes, dessen physische und gesellschaftlich-kulturelle Grundzüge sich von denen benachbarter Räume unterscheiden. ...; darüber hinaus mag eine Region oft auch gemeinsame politische Institutionen aufweisen“⁸³. Im Grund-

⁸¹ Vgl. Mitchell, C. R.: a.a.O. (1) S. 63.

⁸² Vgl. Mitchell, C.R.: a.a.O. (1) S.133-134.

⁸³ Meyers, Reinhard: a.a.O. (1) S.214-215.

satz gilt, dass Konflikte der Region zugeordnet werden, in der sie sich ereignen.⁸⁴ In den realen Konfliktsituationen beteiligen sich häufig Akteure aus einer Region an der Austragung/Bearbeitung eines Konflikts in einer anderen Region. Die internationale/globalen Ansatzebene ihrerseits geht auf die Gesamtheit internationaler/globaler Beziehungen hinaus, „... wie sie etwa durch die Bildung und Auflösung von Koalitionen, die Frequenz und Dauer spezifischer Machtkonstellationen, Modifizierung der Stabilität des Systems, Veränderung seiner formalen politischen Institutionen oder Rollen, Normen und Verhaltensweisen repräsentiert werden.“⁸⁵ Auf die Problematik wird detaillierter bei der Behandlung der dritten Partei eingegangen.

1.2 Konfliktbearbeitung

1.2.1 Zivilisierung des Konflikts

Die Untersuchung des Problems der Bearbeitung von internationalen Konflikten wird in der gesamten Studie im Licht der fundierenden normativen Prämisse der Friedens- und Konfliktforschung gesehen, d.h. der ethisch normativ begründeten ebenso wie philosophisch rational legitimierten Gerechtigkeitsvorstellungen⁸⁶ und der Zivilisierung des Konflikts. Vielmehr werden sie angenommen als Korrektiv bei der Analyse der Einmischung des Dritten.

Die Notwendigkeit, den Frieden in der Welt moralisch umzudenken, wurde im 18. Jahrhundert vom Philosophen Immanuel Kant als ein moralisches Prinzip des Guten⁸⁷ postuliert. „Obgleich der Satz: *Ehrlichkeit ist die beste Politik*, eine Theorie enthält, der die Praxis leider! sehr häufig widerspricht: so ist doch der gleichfalls theoretische: *Ehrlichkeit ist besser denn alle Politik*, über allen Entwurf unendlich erhaben, ja die unumgängliche Bedingung der letzteren.“⁸⁸ Die ethische Pflicht, die internationale Politik gerecht zu gestalten, sieht Kant als die wichtigste Aufgabe der praktischen Vernunft. „Es gibt also *objektiv* (in der Theorie) gar keinen Streit zwischen Moral und der Politik. Dagegen *subjektiv* (in dem selbstsüchtigen Hange der Menschen, der aber, weil er nicht auf Vernunftmaximen gegründet ist, noch nicht Praxis genannt werden muß) wird und mag er immer bleiben ...“⁸⁹. Im Gegensatz zum „rationalen“, Nutzen maximierenden Akteur im Sinne der neoklassischen Ökonomie⁹⁰, der nur an seinem

⁸⁴ Vgl. Pfetsch, Frank. R. u. Peter Billing: a.a.O. S.39.

⁸⁵ Meyers, Reinhard: a.a.O. (1) S.211.

⁸⁶ Vgl. Meyers, Reinhard: a.a.O. (3) S.13.

⁸⁷ Vgl. Kant, Immanuel: Zum ewigen Frieden. 1795. In: Schneider, Reinhold u. Carl Friedrich von Weizsäcker u. Immanuel Kant: Friede der Welt – Schicksal der Menschheit. Herderbücherei (Hrsg.). Freiburg im Breisgau u.a. 1974. S.149.

⁸⁸ Ebd. S.140. Die Hervorhebung gehört zum originalen Text.

⁸⁹ Ebd. S.149. Die Hervorhebung gehört zum originalen Text.

⁹⁰ Vgl. Kum, M. Joseph: African Interstate Conflict: A Perceptual Approach. In: Journal of Peace Research. Jg.27. Nr.4. 1990. S.446.

eigenen Wohlergehen interessiert bleibt, wird hier das klassische liberale Leitbild von den menschlichen Handlungen übernommen.⁹¹ „Men – and nation-states made by men – are imperfect and will always be capable of producing evil. Nonetheless, most men, and nation-states, are rational enough to realize that it is in their best interests to live together in peace and order.“⁹² „Zu Recht wird aus dieser Aussage die Vorstellung abgeleitet, daß Menschen lernen können, wie man friedlich zusammenleben und wie Frieden auch weltweit vorbereitet werden kann.“⁹³

Die Frage, ob und inwieweit die aus der geschichtlich politischen Entwicklung des „Westens“ stammende, vernunftgeleitete Denktradition bei der Formulierung und praktischer Anwendung von Konfliktbearbeitungsmethoden in durch andere kulturell-politische Traditionen geprägten Weltregionen anzuwenden ist, ist Objekt eines heftigen Diskurses unter den Friedens-theoretikern. „The point is not to abandon conflict resolution because it is western, but to find ways to enrich western and non-western traditions through their mutual encounter.“⁹⁴

In derselben Hinsicht ist die Notwendigkeit anzusehen, die Zurückdrängung und Aufhebung von Gewalt bei konfliktären Situationen zu erreichen⁹⁵. Dies wurde in der Friedens- und Konflikttheorie in Anlehnung an den Soziologen Norbert Elias als „Zivilisierung“ des Konflikts bezeichnet.⁹⁶ Der Prozess der „Zivilisierung“ des Verhaltens ist erkennbar in den Veränderungen der Umgangsformen in Richtung Zunahme der Affektkontrolle, anders gesagt, im Zurückdrängen des Animalischen in Menschen⁹⁷. Fremdwänge, die in Form von herrschenden gesellschaftlichen Codes und Aufforderungen existieren, transformieren sich in Selbstzwänge d.h. die Kontrolle bewegt sich von außen nach innen. In unserem Sinne soll der Zivilisationsprozess dazu führen, dass die streitenden Parteien „auf physische Gewalt als Mittel der Konfliktaustragung verzichten“⁹⁸ und den Ausbruch aktueller Gewaltsamkeit durch Regeln und Verfahren vorbeugen⁹⁹. „In seinem Verlauf wird jener kulturelle Wandel immer bedeutsamer, der zur moralischen Delegitimierung von Gewalt führt oder zumindest Art und Anzahl jener Fälle, in denen Gewalt noch als legitim angesehen werden darf, einschränkt.“¹⁰⁰

⁹¹ Vgl. Thompson, W. Scott u.a. (Hrsg.): *Approaches to Peace. An Intellectual Map*. 2. Aufl. Washington, D.C. 1992. S.xiv.

⁹² Ebd. S.xiv.

⁹³ Gugel, Günther u. Uli Jäger: a.a.O. S.25.

⁹⁴ Miall, Hugh und Oliver Ramsbotham u. Tom Woodhouse: a.a.O. S.4.

⁹⁵ Vgl. Meyers, Reinhard: a.a.O. (3) S.40-41.

⁹⁶ Vgl. Elias, Norbert: *Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen*. 1.Aufl. Bd.1. Baden-Baden. 1997. S.166-167.

⁹⁷ Vgl. Wilterdink, Nico: *Die Zivilisationstheorie im Kreuzfeuer der Diskussion*. In: Gleichmann, Peter u.a. (Hrsg.): *Macht und Zivilisation. Fr./M.*. 1984. S.287.

⁹⁸ Bonacker, Thorsten u. Peter Imbusch: a.a.O. S.77.

⁹⁹ Vgl. Meyers, Reinhard: a.a.O. (3) S.40.

¹⁰⁰ Ebd. S.42.

Gegensätze zu befrieden, würde dann für die jeweiligen Konfliktgegner beinhalten, nicht von der *strategischen* oder *taktischen* Kalkulation ihrer Kosten und Nutzen auszugehen. Entscheidend sind die Normen, „... die eine gerechtere und zivilisiertere Weltgesellschaft gewährleisten sollen ...“¹⁰¹, in dem die Imperative des ausgewogenen Gleichgewichts und der Gewaltfreiheit¹⁰² komplementär und bewusst angewandt werden. An dieser Stelle erreichen die jeweiligen Funktionen der Vertreter des Tracks I bezüglich der Beilegung einer internationalen Auseinandersetzung ihren *verantwortungspolitischen* Maßstab (Vgl. 1.1.3). „Denn die eigentliche Provokation – die der Vernunft, der Zivilität, der Humanität und der politischen Moral – liegt in dem, was diejenigen, die Außenpolitik betreiben und für sie verantwortlich sind, uns tagtäglich zumuten.“¹⁰³

1.2.2 Formen der Konfliktbearbeitung

Die *Konfliktbearbeitung* umfasst in diesem Vorhaben alle Arten von Aktivitäten, die den Umgang mit dem jeweiligen Konflikt in Richtung seiner Beendigung voraussetzen. Die Friedens- und Konflikttheorie bedient sich einer Menge von Begriffen, die sich unter dieser Rubrik anreihen. Weil die Einmischung des Dritten ausführlich im kommenden Unterkapitel präsentiert wird, werden im Folgenden die Aktionsmodelle der entsprechenden Konfliktparteien als wichtige Hinweise für seine Handlungsspielräume schärfer gefasst. Ohne unifizierend zu sein, werden sie primär für die Zwecke der Arbeit definitorisch erörtert.¹⁰⁴ Empirisch praxeologisch lassen sie sich grundsätzlich im Laufe einer Vorverhandlungsetappe, der Durchführung von Verhandlungen, einer Implementierungsperiode und/oder ihrer Parallelität aufdecken. Der Verhandlungsprozess ist nun als ein *intersubjektiver* und ein *kontextueller* Sachverhalt aufzuschlüsseln, bei welchem akteur- und strukturbezogene Nuancen direkt oder indirekt, selbständig oder verflochten enthalten sind. Die horizontale (regional, global) und vertikale Konfliktodynamik bleibt dabei anwesend.

Konfliktbewältigung (*conflict management*) wird gebraucht zur Bezeichnung der positiven/konstruktiven Initiativen, die die negativen Effekte und die weitere Eskalation des (offenen) Konflikts zu verhindern/kontrollieren und/oder ihn zu beenden suchen.

¹⁰¹ Bertrand, Maurice: UNO. Geschichte und Bilanz. 1.Aufl. Fr/M. 1995. S.112.

¹⁰² Vgl. Meyers, Reinhard: a.a.O. (3) S.43.

¹⁰³ Krippendorf, Ekkehart: Kritik der Außenpolitik. 1.Aufl. Fr/M. 2000. S.9.

¹⁰⁴ Die Begriffe wurden zum größten Teil dem Glossar des Handbuchs des Berghof-Forschungszentrums für konstruktive Konfliktbearbeitung entnommen. (Vgl. Austin, Alex/Fischer, Martina/Ropers, Norbert (Hrsg.): Transforming Ethnopolitical Conflict. The Berghof Handbook. Wiesbaden. 2004. S.464-466) Die deutschen Termini sind Produkt eigener Übersetzung und Modifikation. Die Begriffe *peacekeeping* und *peace enforcement*, die im Glossar stehen, werden hier nicht berücksichtigt, weil sie die Anwendung militärischer Einsatzmittel unter bestimmten Bedingungen nicht ausschließen, was das Forschungsinteresse der vorliegenden Arbeit überschreitet.

Konfliktregelung (conflict settlement) beinhaltet das Schließen eines Abkommens zwischen den Konfliktgegnern auf politischer Ebene, das das Beenden der kriegerischen Phase eines Konflikts ermöglicht. Die fundamentalen Konfliktursachen werden nicht unbedingt untersucht.

Friedensschaffung (peacemaking) bezeichnet hauptsächlich die Vermittlungsinterventionen des Tracks I (Vgl. 1.3.4), die die Beendigung der gewalttätigen Phase einer Auseinandersetzung visieren und nach einer politischen Regelung durch die Führer der Konfliktparteien, damit nach einem konkreten Resultat, ausgerichtet sind.

Konflikttransformation (conflict transformation) umfasst den langfristigen Umgang mit den tief liegenden Konfliktursachen, der die negativen Erscheinungsformen des Konflikts in konstruktive Charakteristiken umgestalten kann. Strukturelle, verhaltens- und attitudenbezogene Konflikaspekte werden angesprochen und der Weg zur Konfliktprävention wird vorbereitet. Der Terminus betrifft insbesondere asymmetrische Konfliktmodelle, wo ungerechte soziale Beziehungen transformiert werden müssen. „By placing its primary emphasis on the question of social justice, the conflict transformation ... elaborates on the notion of conflict as a positive agent for social change.“¹⁰⁵

Friedenskonsolidierung (peacebuilding) betrifft sämtliche Maßnahmen während aller Konfliktphasen zur endgültigen Gewaltüberwindung und Vollbringung eines beständigen Friedens zwischen den streitenden Seiten. Strukturelle und intersubjektive Konfliktelemente werden bearbeitet. Dazu zählen Termini wie wirtschaftliche Entwicklung, soziale Gerechtigkeit, humanitäre Hilfe, „empowerment“ von bestimmten gesellschaftlichen Gruppen, Versöhnung (reconciliation).

Post-Konflikt-Rehabilitation (post-conflict rehabilitation) betrifft den nachhaltigen Wiederaufbau einer Gesellschaft nach der Beendigung der kriegerischen Konfliktphase. Strukturelle, verhaltens- und attitudenbezogene Konfliktkomponenten werden geprüft: Trauma-Arbeit, Rückführung und Reintegration von Opfern, Versöhnung, restaurative Gerechtigkeit, Wiedererrichtung der materiellen Infrastruktur und der Regierungsinstitutionen.

Konfliktprävention (conflict prevention) handelt von dem Identifizieren und der vorbeugenden Abschaffung jener Situationen, die in einen gewalttätigen Konflikt übergehen können.

Konfliktlösung/Konfliktbeilegung wird als ein umfassender Umwandlungsprozess und dessen Resultat verstanden, der die Bearbeitung aller drei Elemente des Konfliktdreiecks von Johan Galtung adressiert. Es erfolgt eine quantitative und qualitative Umwandlung der Konfliktsituation sowie der jeweiligen Konfliktparteien. Der friedliche Zustand ihrer Beziehungen und die

¹⁰⁵ Reimann, Cordula: a.a.O. S.54.

wirkungsvolle zukünftige Konfliktprävention werden dauerhaft erreicht.¹⁰⁶ In ihrer Folgerichtigkeit angesehen, gehören die vorher erwähnten Begriffe teilweise zum so formulierten theoretischen Rahmen der Konfliktlösung als ihre Formen. Die Konfliktlösung wird als der am weitesten gehende Ausdruck der Konfliktbearbeitung begriffen. “This broad view ... is necessary to correct the misperception that conflict resolution rests on the assumption of harmony of interests between actors On the contrary, ... (it, d.Verf.) requires real changes in parties’ interests, goals or self-definitions.”¹⁰⁷

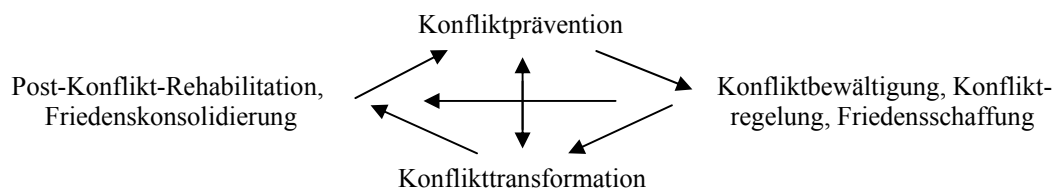


Schaubild 4: Formen der Konfliktlösung in Anbetracht der verschiedenen Etappen der Konfliktodynamik (Vgl. Schaubild 3). (Quelle: Miall, Hugh u. Oliver Ramsbotham u. Tom Woodhouse: Contemporary Conflict Resolution. The Prevention, Management and Transformation of Deadly Conflicts. Cambridge. 1999. S.16, eigene Modifikation und Übersetzung)

Was die Transformation des *Konfliktverhaltens* angeht, so richtet sie sich auf Senken der Opferzahlen, Beenden der kriegerischen Auseinandersetzungen, Informations- und Handlungsaustausch, Dialog, Schließen von Übereinkünften, Verwirklichung gemeinsamer Aufbauprojekte und der Errichtung neuer Organisationsformen. Dies wäre im Anschluss an den Zivilisierungsgedanken ein hoher Punkt der Eindämmung der direkten/physischen Gewalt sowie ein „rationaler“ Vorsprung auf konstruktives Verhalten.

Der Akzent bei der Modellierung der *Konfliktattitüden* liegt auf dem Schaffen von Verständnis und einem vertrauensvollen Arbeitsmilieu zwischen den Gegnern, so dass ihre wechselseitige Wahrnehmung redefiniert, der Konfliktgegenstand umformuliert und die Implementierung der getroffenen Übereinkünfte glaubwürdig garantiert werden kann.¹⁰⁸ Das Wählen des Treffpunkts und des Rangs der verhandelnden Personen – Nationalleader oder technische Spezialisten, die gute zeitliche Koordinierung, die Form der Übereinkommen¹⁰⁹, ihre präzise Ausführung und zusätzliche Versöhnungsgesten können das Tempo und die Endergebnisse prozessual positiv beeinflussen.

Um Frieden zwischen den Konfliktparteien zu erringen, muss er gleichzeitig innerhalb ihrer erlangt werden. In ihrem heterogenen Rahmen ist die Übertragung der Vereinbarungen auf die breite Bevölkerung zu akzentuieren und die friedensstrebenden/stabilisierenden gesellschaftlichen Elemente sind zu unterstützen. Die Wahl muss getroffen werden zwischen diesen, für

¹⁰⁶ Vgl. Miall, Hugh u. Oliver Ramsbotham u. Tom Woodhouse: a.a.O. S.5-22.

¹⁰⁷ Miall, Hugh u. Oliver Ramsbotham u. Tom Woodhouse: a.a.O. S.158.

¹⁰⁸ Vgl. Galtung, Johan: a.a.O. (3) S.110; Vgl. Mitchell, C.R.: a.a.O. (1) S.54.

¹⁰⁹ Vgl. Mitchell, C.R.: a.a.O. (1) S.197.

die der Frieden den Verlust von Status bedeutet, und diejenigen, die die Konfliktbeilegung mit Sicherheit und Wohlfahrt identifizieren.¹¹⁰ „Moderate politicians and constituencies, who may have been silenced or displaced by the climate of violence, will be keen to re-establish normal politics. Ordinary people will welcome a return to peace and wish to put the distress of war behind them. There is, therefore, a large reservoir of potential support that peacemakers should be able to foster.“¹¹¹ Die bedeutendste Aufgabe der Leiter der streitenden Seiten lässt sich im Unternehmen solcher Schritte gegenüber der Öffentlichkeit oder ihren Einzelsegmenten ausdeuten, die die herrschende „Gruppenirrationalität“ in „Rationalität“ umwandeln können.

Die Transformation der dritten Ecke des Konfliktdreiecks geht auf die verfolgten *Interessen* und die *strukturell* bedingten *Unterschiede* ein. Zwei grundlegende Methoden sind den Konfliktgegnern beim Schließen eines Abkommens behilflich: Zerlegung des Konfliktgegenstands in Einzelteile („fractionating the conflict“) und Zusammenfügen einiger oder aller seiner Aspekte („package deal“). Beim ersten Schema konzentrieren sich die Kontrahenten anfangs auf technisch praktische Probleme und vermeiden die unmittelbare Beschäftigung mit fundamentalen Prinzipien ihrer Verhältnisse. Die Erwartung ist, das so entstandene Vertrauen auf hoch umstrittene Punkte übertragen („spill-over effect“) und schließlich eine Vereinbarung treffen zu können. Das zweite Modell dagegen erlaubt, dass die beiden Parteien ihre als Verlust empfundenen Positionen in einem Bereich durch Gewinne in einem anderen kompensieren und damit einen Kompromiss schließen können.¹¹² Die erste Formel liefert den leichteren Zugang zu Kernfragen, könnte aber die Aufschiebung einer endgültigen Vereinbarung, sogar das Scheitern des Verhandlungsprozesses, verursachen. Die zweite ist oft bei beschleunigten Verhandlungsprozessen und umfassenden Konfliktgegenständen bevorzugt. Traditionell werden die Konfliktparteien während der Beilegung ihrer Gegensätze assistiert, sich von einem Nullsumme-Resultat zu einer Positive-Summe-Situation zu bewegen (Vgl. 1.1.2).

Die Umorientierung der strukturellen Konfliktgrundlagen spiegelt sich in der Abschaffung von strukturellen Asymmetrien und/oder struktureller Gewalt, der Schaffung von horizontalen anstelle von vertikalen Konfliktstrukturen und der umfangreichen Verwirklichung des positiven Friedens (Vgl. 1.2.3) wider. Zwei Strategien sind in Anbetracht der Anerkennung bzw. Verbesserung des (Verhandlungs)Status der Gegner (formelle Asymmetrie) anzuwenden: dissoziative und assoziative. Die *dissoziative* Methode impliziert eine geographische und/oder soziale Trennung der Gegner.¹¹³ Sie ist hier die Vorbedingung politischer, wirtschaftlicher

¹¹⁰ Vgl. Miall, Hugh u. Oliver Ramsbotham u. Tom Woodhouse: a.a.O. S.155.

¹¹¹ Ebd. S.155.

¹¹² Vgl. Mitchell, C.R.: a.a.O. (1) S.218-219.

¹¹³ Vgl. Galtung, Johan: a.a.O. (4) S.237.

oder verteidigungsfähiger Selbständigkeit, Autonomie, Unabhängigkeit, „... Selbstachtung und Autarkie ... bis der Konflikt gleichgewichtig geworden ist...“¹¹⁴. Erst auf diese Weise bildet sich eine ausgewogene Basis für erfolgreiche *assoziative* Kooperation¹¹⁵ bis zur Entstehung von integrativen/interdependenten Strukturen¹¹⁶ und Befriedung aller Konfliktdimensionen heraus. Unterzeichnung von selbst gesicherten politischen Abkommen, Aufbau von gemeinsamen (supra/transnationalen) Organisationen, Gründung von Konföderationen, Föderationen oder einheitlichen (pluralistischen) Staaten könnten das Endergebnis dieser Bemühungen sein, wobei die Interdependenzstufe immer höher wird.¹¹⁷ Bei der funktionalen Asymmetrie sind die materiellen Kapazitäten der Konfliktparteien auszugleichen. Gerade bei diesen Konfliktlösungsaspekten ist die Rolle des Dritten nicht zu unterschätzen.

So ist eine umspannende Konfliktbeilegung mit *Gradualismus*¹¹⁸, *Konsequenz*, *Flexibilität* und *Permanenz* zu verknüpfen. Sie verlangt die parallelen Anstrengungen beider/aller Konfliktparteien. „... it is basically a bilateral process (...) It does take one party to make a war, but at least two to make a peace.“¹¹⁹ Es wird nicht nach der endgültigen Aufhebung der Konflikte als „soziale Erscheinungsform“¹²⁰ oder dem Vollzug von statischen Endzielen gestrebt, sondern nach der Errichtung von Transformationskapazitäten und der Zuschreibung neuer Richtlinien des Konfliktbeziehungsmusters.¹²¹ Im Sinne, dass die Konflikttakteure dynamische Einheiten darstellen und unter ihnen natürlicherweise ständig Interessengegensätze entstehen, sind *stabile/dauerhafte* Lösungen ausschließlich im Rahmen dieser realitätsbezogenen Dialektik der Entwicklung des internationalen Systems zu produzieren.

1.2.3 Das Friedenskonzept

Der Frieden wird als das allerwichtigste Ziel der Konfliktbearbeitung und das umfangreichste Resultat der Konfliktlösungsbemühungen aufgefasst. Die Evolution des wissenschaftlichen Friedensverständnisses hat dazu beigetragen, dass der Frieden heutzutage nicht nur als Vermeiden militärischer Angriffe und kriegerischer Feldzüge interpretiert wird, sondern auch als ein allumfassender Zustand staatlicher und gesellschaftlicher Existenz, als Weg dauerhafter Transformationen, als Ziel schwieriger Aufbauprozesse, als Vision zahlreicher Menschen und Aktivisten oder als Mission einer konsequenten Friedenserziehung. Aufgrund der wissenschaftlichen Ergebnisse der kritischen Friedensforschung wird er als Gegenkonzept zu Ge-

¹¹⁴ Ebd. S.245.

¹¹⁵ Vgl. Galtung, Johan: a.a.O. (3) S.109.

¹¹⁶ Vgl. Galtung, Johan: a.a.O. (4) S.239-240.

¹¹⁷ Vgl. Ebd.

¹¹⁸ Vgl. Koppe, Karlheinz: a.a.O. S.27.

¹¹⁹ Mitchell, C.R.: a.a.O. (1) S.165.

¹²⁰ Bonacker, Thorsten u. Peter Imbusch: a.a.O. S.64.

¹²¹ Vgl. Mitchell, C.R.: a.a.O. (1) S.8; Vgl. Galtung, Johan: a.a.O. (9) S.90.

walt, in ihren verschiedenen Erscheinungsformen, dargestellt. „...Frieden definiert als *Abwesenheit von personaler Gewalt* und *Abwesenheit von struktureller Gewalt*. Wir bezeichnen diese beiden Formen als negativen Frieden bzw. positiven Frieden.“¹²² (Vgl. Schaubild 5) Auf die Relevanz und den Umgang mit den kulturellen Dimensionen der Gewalt wurde schon einmal oben hingewiesen.

So basiert das Konzept des *negativen* Friedens auf dem Gedanken der Aufhebung organisierter Gewalt in einer Subjekt-Objekt-Beziehung.¹²³ „Die biologische Existenz der meisten Menschen ... wird nicht durch Gewehrkegel oder Napalm geschädigt ...“¹²⁴. Die diplomatischen Vereinbarungen und politischen Abkommen gelten als Indikatoren eines Ruhezustandes¹²⁵. Dem negativen Frieden wird das Konzept des *positiven* Friedens gegenübergestellt.

Durch diese Forschungsperspektive ist die „Unteilbarkeit“ des Friedens und die Einbeziehung innerer gesellschaftlicher Dimensionen in die Analyse zu erschließen. Ausgangspunkt der Friedensstrategien sind sowohl das feindliche Verhalten und die ablehnenden Perzeptionen der Konfliktgegner als auch die tiefen strukturellen Konfliktparadigmen. Der Frieden wird als jener Zustand der gesellschaftlichen Verhältnisse betrachtet, der „die Selbstverwirklichung des Individuums“¹²⁶ unter den Bedingungen der gleichen Realisierungschancen des Einzelnen, der freien politischen Partizipation, der Beachtung der Menschenrechte, der sozialen Gerechtigkeit und kulturellen Toleranz erlaubt. Die Konfliktparteien sind auf dem Wege einer langfristigen Friedenskonsolidierung und ihre enge Integration kann realisiert werden.¹²⁷

Der Frieden ist auch der Reifungsprozess, der unter dem „Gewaltverzicht bei der Durchsetzung von Ansprüchen“¹²⁸ zu einer solchen Realität führen würde. Besonders wichtig sind also seine Regeln und Wege. „Dieser Prozeß kann nicht in einen Endzustand münden, der einmal erreicht ist und nicht wieder verloren werden kann. ... so kann auf der Grundlage der Abwesenheit von Krieg immer weiter an dessen Verwirklichung gearbeitet werden.“¹²⁹

¹²² Galtung, Johan: a.a.O. (1) S.32. Die Hervorhebung gehört zum originalen Text.

¹²³ Vgl. Meyers, Reinhard: a.a.O. (3) S.65-66.

¹²⁴ Dencik, Lars: Plädoyer für eine revolutionäre Konfliktforschung. In: Senghaas, Dieter (Hrsg.): Kritische Friedensforschung. 1.Aufl. Fr/M. 1988. S.256.

¹²⁵ Vgl. Wellmann, Arend: a.a.O. S.122.

¹²⁶ Meyers, Reinhard: a.a.O. (3) S.67.

¹²⁷ Vgl. Gugel, Günther u. Uli Jäger: a.a.O. S.23.

¹²⁸ Czempiel, Ernst-Otto: Der Friede – sein Begriff, seine Strategien. In: Senghaas, Dieter (Hrsg.): Den Frieden denken. 1.Aufl. Fr/M. 1995. S.168.

¹²⁹ Gugel, Günther u. Uli Jäger: a.a.O. S.24; Vgl. auch Galtung, Johan: Peace, War and Defence. Essays in Peace Reseach. Bd.2. Copenhagen. 1976. S.301.

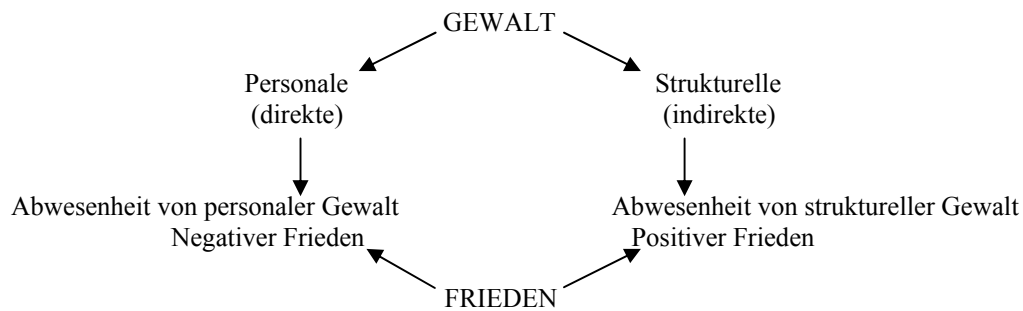


Schaubild 5: Der erweiterte Begriff von Frieden. (Quelle: Galtung, Johan: Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. 1. Aufl. Reinbek. 1975. S.33, eigene Modifikation)

Es ist zusammenzufassen, dass die Betrachtung der Bearbeitungsversuche von internationalen Konflikten keine Simplifizierung zulässt, besonders wenn man die Perspektive eines Dritten für ihre friedliche Bewältigung ins Visier hat.

1.3 Die dritte Partei

1.3.1 Definitive Klärung

Der Begriff des *Dritten* wird in der Forschungsliteratur nicht einstimmig akzeptiert. Termini wie „n + Erste Partei“¹³⁰ oder „n Partei“¹³¹ sind vor dem Hintergrund multilateraler Konflikte angesichts der Zahl der Gegner verbreitet. Dabei bleiben die meisten Autoren in sich einig, dass der Konflikt seine eigentümliche innere Logik trägt, und dass die dritte Partei als Außenstehender in Bezug auf, nicht als Initiator der Konfliktkompatibilitäten betrachtet werden muss.¹³² Dementsprechend wird der Dritte hier als eine für die unmittelbaren Konfliktgegensätze *äußere* Partei definiert, die *nicht* als Kontrahent in der Konfliktkonstellation zählt. Diese Formulierung ermöglicht, den Dritten in verschiedenen Umgebungen zu berücksichtigen.

Das Eingreifen einer dritten Partei wird mehrheitlich begriffen als eine *positive funktionale* Beeinflussung des Konflikts in Richtung seiner Beendigung mit verschiedenen Methoden in einem bestimmten Moment oder für eine bestimmte Zeit (Vgl. Schaubild 6). Der Dritte wird beschrieben als ein Unterstützer, Vermittler oder Entwicklungshelfer. “ ‘Third-party intervention’ has ... been defined as ‘intervention into a dispute ... whose purpose it is to act as an instrument for bringing about a peaceful settlement of that dispute, while creating structures whereby the foundations of a lasting settlement may be laid ...’¹³³

¹³⁰ Vgl. Galtung, Johan: The Role of the „Third Party“. In: Peaceful Settlement of Conflict – A Task for Civil Society: „Third Party Intervention“. Loccum Protokolle 9/94. 1. Aufl. Rehburg-Loccum. 1995. S.368 -377.

¹³¹ Vgl. Mitchell, C.R.: a.a.O. (1) S.133.

¹³² Vgl. Bercovitch, Jacob u. Allison Houston: The Study of International Mediation: Theoretical Issues and Empirical Evidence. In: Bercovitch, Jacob (Hrsg.): Resolving International Conflicts. The Theory and Practice of Mediation. Boulder. 1996. S.12-13; Vgl. Mitchell, C.R.: a.a.O. (1) S.250; Kriesberg, Louis: Formal and Quasi-Mediators in International Disputes: An Exploratory Analysis. In: Journal of Peace Research. Jg.28 Nr.1. 1991. S.23.

¹³³ Bilder, Richard B.: International Third-Party Dispute Settlement. In: Thompson, W. Scott u. a. (Hrsg.): Approaches to Peace: an Intellectual Map. Washington, D.C. 2. Aufl. 1992. S.193.

Die Resultate jener Studien aber, die sich auf die Einmischung eines *staatlichen* Dritten während des Konfliktbearbeitungsprozesses konzentrieren, sind teilweise durch eine hohe *Ambivalenz* gekennzeichnet. Die Verfasser differenzieren hier die Situation aus, bei der der Dritte durch die Bearbeitung des jeweiligen Konflikts danach strebt, eigene Motivationen zu bestätigen und Machtansprüche, sogar Gewaltauswirkungen, geltend zu machen (Vgl. Schaubild 7). Falls er sich mit der durch die Gegner erlangten Konfliktbeilegungsformula nicht begnüge, wären diese die Umstände, unter denen seinerseits eine *Konfliktlösung* (Vgl. 1.2.2) verhindert werden könnte. Zartman und Touval gehen auf denjenigen Vermittlungsvorgang ein, in den die intervenierenden Mediatoren mit gut gerechneten Kosten-und-Nutzen-Kalkülen eintreten und Machtpolitik zu ihrem Vorteil betreiben.¹³⁴ Christopher Mitchell unterstreicht die Notwendigkeit, anfänglich Mechanismen aufzubauen, um die Zurückziehung von Schirmherren, die ihre Beweggründe und ihre Konfliktagenda entwickeln, zu ermöglichen, und erst dann mit der Beilegung von Streitfragen zu beginnen.¹³⁵

In der theoretischen Literatur, im Gegensatz zu empirisch orientierten Arbeiten, wird eine mögliche (parallele) Positionierung des Dritten in Anbetracht des Konflikts selbst selten gesucht. Um die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Bearbeitung des israelisch palästinensischen Konflikts besser klären zu können, werden an dieser Stelle Hinweise darüber gegeben. In diesem Fall muss über einen Dritten gesprochen werden, der in enger Verbindung zu einzelnen Konfliktkomponenten stehen und dadurch *relevant* für die *Konfliktstruktur* und/oder *Konfliktaustragung* sein kann. Machtpositionen der dritten Partei werden dann bestätigt, deren Interessen werden befriedigt (Vgl. Schaubild 7). Es wäre auch die Situation, wo sie strukturelle, kulturell begründet oder nicht, Gewalt bezüglich der beiden oder der einen Partei anwenden könnte, diesmal aufgrund ihrer regionalen, internationalen/globalen Kapazitäten und Befugnisse. Für Johan Galtung verwandelt sich dann die ganze Konfliktformation in *Konfliktdeformation*.¹³⁶ William O'Brien nennt es eine indirekte Aggression, wenn er über die Gewährung von Unterschlupf und materiellen und politisch militärischen Hilfsmaßnahmen an die Konfliktparteien von außen spricht.¹³⁷ Frank Pfetsch qualifiziert die Konfliktparteien als *direkt* und *extern*.¹³⁸ „Von Bedeutung für die Art der Beteiligung ist, mit welchen Mitteln der extern Beteiligte in das Geschehen eingreift; ...“.¹³⁹ Der Autor verweist auf die

¹³⁴ Vgl. Zartman, William I. u. Saadia Touval: International Mediation: Conflict Resolution and Power Politics. In: Journal of Social Issues. Jg. 41. Nr.2. 1985. S.27-45.

¹³⁵ Mitchell, C.R.: a.a.O. (2) S.37.

¹³⁶ Galtung, Johan: a.a.O. (9) S.89.

¹³⁷ O'Brien, William V.: The Rule of Law in Small Wars. In: The Annals of the American Academy of Political and Social Science. Small Wars. Bd.541. Sept.1995. S.40.

¹³⁸ Vgl. Pfetsch, Frank. R. u. Peter Billing: a.a.O. S.30.

¹³⁹ Ebd. S.30. Die Hervorhebungen gehören zum originalen Text.

Internationalisierung der zwischenstaatlichen und inneren Konflikte. „Internationale Dimensionen kann ein Konflikt annehmen, wenn

- er durch ausländische Waffenlieferungen angeheizt wird,
- eine ausländische Macht Einfluß ausübt, d.h. eine der Konfliktparteien diplomatisch-politisch unterstützt,
- Bestrebungen von Konfliktparteien in ein anderes Land übergreifen und dort aufgegriffen werden.
- eine ausländische Macht als direkt beteiligter militärischer Akteur auftritt (Intervention); dabei kann es sich um einen Anrainerstaat, um eine Regionalmacht oder um eine international anerkannte Großmacht handeln. Es gibt also Stufen der geopolitischen Lagerung von (militärisch)intervenierenden Mächten;¹⁴⁰

Die entsprechenden Studien schließen die Situation nicht aus, wo sich die Gegner der Kapazitäten oder der Anwesenheit des Dritten bedienen. Er ist in dieser Auffassung ein Faktor des aktiven und passiven Instrumentariums der streitenden Seiten (Vgl. Schaubild 8). Berthold Meyer unterscheidet zwischen einer „*dyadischen* Konfliktaustragung, in der zwei Parteien auf sich gestellt sind“, einer triadischen Konstellation, „wenn die *Dritte Partei* vermittelt, schlichtet oder richtet“ und einer Situation, in der die unterlegene Partei sich „Verstärkung im Sinne eines *Bündnis-* oder *Koalitionspartners*“¹⁴¹ holt. Ähnlich verweist Christopher Mitchell auf drei Arten von dritten Parteien: solche, die die Gegner zusammenführen, um an einem Kompromiss zu arbeiten; solche, die gezielt oder nicht einbezogen (geopfert) werden; solche, die durch eine der Konfliktparteien indirekt involviert werden, so dass sie ein bestimmtes Vorhaben verwirklichen kann.¹⁴² Richard Cottam hält die Präsenz des Dritten auch für ein strategisches und/oder taktisches Element in den Optionen der Kontrahenten. „The third country focus serves the analytic purpose of summarizing the relative advantage in leverage that a particular actor brings to a dyadic relationship as a consequence of its relationships with a range of third countries. (...) It can be also useful in constructing an overall bargaining picture of each actor.“¹⁴³

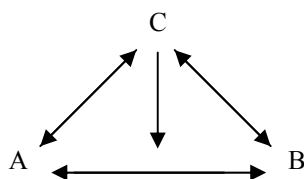


Schaubild 6: Die dritte Partei und die positive Konfliktbearbeitung

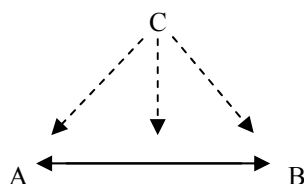


Schaubild 7: Instrumentalisierung des Konflikts bzw. der Konfliktbearbeitung durch die dritte Partei

¹⁴⁰ Ebd. S.20.

¹⁴¹ Meyer, Berthold: a.a.O. (1) S.42. Die Hervorhebungen gehören zum originalen Text.

¹⁴² Vgl. Mitchell, C.R.: a.a.O. (1) S.133-134.

¹⁴³ Cottam, Richard: Understanding Negotiation: The Academic Contribution. In: Pew Case Studies in International Affairs. Case 413. Washington, D.C. 1986. S.18.

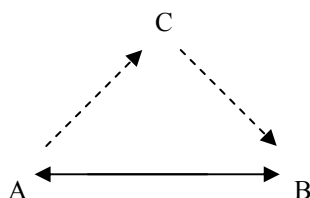


Schaubild 8: Instrumentalisierung der dritten Partei durch eine der Konfliktparteien

Dass die verschiedenen Rollen des Dritten teilweise parallel gespielt werden können, ist es nicht auszuschließen. Die obigen Überlegungen machen noch einmal darauf aufmerksam, welche mannigfaltigen Anregungen die Teilnahme eines staatlichen Dritten am Prozess der Beilegung von internationalen Konflikten nach sich zieht. Unentbehrlich für einen kompletten Entwurf wäre die Darstellung seiner Besonderheiten als ein Subjekt, das im Rahmen des internationalen/globalen Machtsystems agiert.

1.3.2 Internationale/globale Aspekte der Teilnahme eines Dritten

Das Verhalten jedes Staats im Rahmen des internationalen/globalen politischen Systems im Allgemeinen und hinsichtlich eines gegebenen Konflikts im Einzelnen lässt sich traditionell dreidimensional beleuchten: *formal völkerrechtlich*, *faktisch politisch* und *normativ ethisch*. Darüber hinaus ist dieser Fragenkomplex mit dem Problem der *Parteilichkeit* und *Neutralität* verbunden.

Das analytische Prisma des Völkerrechts beschäftigt sich mit den nach den Normen der internationalen Rechtsordnung gestalteten Beziehungen staatlicher und staatsähnlicher Subjekte. Hinsichtlich des Dritten wird sein Umgang mit den hier vorhandenen Möglichkeiten visiert, Initiativen zur Erhaltung oder Wiederherstellung des Weltfriedens in Gang zu setzen, die Überschreitung völkerrechtlicher Prinzipien zu signalisieren und sich ihr zu widersetzen. Als Hauptforum für den Vollzug solcher Aktivitäten werden die Organisation der Vereinten Nationen und ihre Organe herangezogen.

Doch lässt die Wirklichkeit der Annahme schwierig widerstreiten, „... daß die Regelungen der (UNO, d. Verf.) Charta selbst hervorragend seien, ihre Umsetzung durch die Mitgliedstaaten und das Sekretariat jedoch mangelhaft“¹⁴⁴. „... the twentieth century proved to be the most violent and destructive in all human history, with armed conflict taking the lives of over 100 million people and political violence responsible for 170 million more deaths.“¹⁴⁵ Gefragt werden muss also nach faktisch politischen Handlungsbedingungen in der Welt und dem Wil-

¹⁴⁴ Bertrand, Maurice: a.a.O. S.145.

¹⁴⁵ Carnegie Commission on Preventing Deadly Conflict: Preventing Deadly Conflict: Final Report. New York. 1997. S.11.

len, vorhandene Kapazitäten konstruktiv anzuwenden¹⁴⁶. Somit unterliegt die Analyse des Dritten der Aufnahme außerrechtlicher Determinanten.¹⁴⁷

Ausgangspunkt solcher Überlegungen im Manuskript ist die im Rahmen der Theorien der internationalen Beziehungen laufende *kritische* Debatte bezüglich der Gestaltung der Weltpolitik am Ende des 20. Jahrhunderts. Das internationale System und es erklärende Konzepte werden demnach hier in ihrer historischen Umwandlung betrachtet, was Susan Strange „Ungewissheit“ der Begrifflichkeit der Sozialwissenschaften nennt¹⁴⁸, zumal „angesichts der postmodernen Unübersichtlichkeit der Realität“¹⁴⁹. In Anlehnung an Robert Cox wird als Grundannahme gelten, dass das während des Kalten Kriegs vorherrschende theoretische Paradigma des (Neo)Realismus, das sicherheits- und militärpolitische Aspekte des internationalen Lebens, das Prinzip des „Balance of Power“ und die Nationalstaaten als Hauptakteure in den Vordergrund gestellt hatte, nicht imstande ist, der Komplexität der Welt in den 90er Jahren gerecht zu werden.¹⁵⁰

Erstens wird die Abgrenzung des staatlichen vom breit aufgefassten gesellschaftlichen Sektor und die explizite Relation der Außen- und Innenpolitik zur Domäne des Staats als überholt eingeschätzt. Zur angemessenen analytischen Einheit soll der sog. *staatlich gesellschaftliche Komplex*¹⁵¹ dienen. Zweitens wirkt sich auf das Weltgeschehen der 90er Jahre das Phänomen der *Globalisierung* aus. Unter der Globalisierung wird ein Prozess der Vertiefung und Beschleunigung von mannigfaltigen grenzüberschreitenden sozialen Transaktionen bei deren gleichzeitiger räumlicher Ausdehnung verstanden, mit dem Ergebnis, dass die Welt sich in eine relativ grenzlose soziale Sphäre verwandelt.¹⁵² Es handelt sich nicht darum, bestimmte

¹⁴⁶ Vgl. Touval, Saadia: Mediator's Flexibility and the U.N. Security Council. In: The Annals of the American Academy of Political and Social Science. Flexibility in International Negotiation and Mediation. Bd..542. Nov. 1995. S.204.

¹⁴⁷ Vgl. Grewe, Wilhelm G.: Spiel der Kräfte in der Weltpolitik. Theorie und Praxis der internationalen Beziehungen. Düsseldorf. 1981. S.23.

¹⁴⁸ Vgl. Strange, Susan: Territory, State, Authority and Economy: A New Realist Ontology of Global Political Economy. In: Cox, Robert (Hrsg.): The New Realism. Perspectives on Multilateralism and World Order. New York. 1997. S.3.

¹⁴⁹ Vogt, R. Wolfgang: a.a.O. S.19.

¹⁵⁰ Vgl. Sinclair, Timothy J.: Beyond International Relations Theory: Robert W. Cox and Approaches to world Order. In: Cox, Robert W. with Timothy J. Sinclair: Approaches to World Order. Cambridge. 1996. S.13; Vgl. Rosenau, James N.: Imposing Global Orders: a Synthesised Ontology for a Turbulent Era. In: Gill, Stephen/Mittelman, James H. (Hrsg.): Innovation and Transformation in International Studies. Cambridge. 1997. S.220-235; Vgl. Cox, Robert W.: a.a.O. (1) S.102; Vgl. Gill, Steven: Transformation and Innovation in the Study of World Order. In: Gill, Stephen/Mittelman, James H.: Innovation and Transformation in International Studies. Cambridge. 1997. S.5-24.

¹⁵¹ Vgl. Cox, Robert W.: a.a.O. (1) S.86.

¹⁵² Die hier angegebene Definition der Globalisierung stützt sich auf Menzel, Ulrich: Zwischen Idealismus und Realismus. Die Lehre von den internationalen Beziehungen. 1. Aufl. Fr/M. 2001. S.226. und Scholte, Jan Aart: The Globalization of World Politics. In: Baylis, John/Smith, Steve (Hrsg.): The Globalization of World Politics. An Introduction to International Relations. 2.Aufl. New York. 2001. S.14-15.

Als typische Indikatoren der Globalisierung werden aufgezeigt die wachsende Integration der nationalen Ökonomien, die wachsende Sensibilität für ökologische Interdependenz, die Proliferation von Unternehmen, sozialen

Bedingungen für alle Menschen in allen Orten auf der Erde gleichzeitig zu produzieren, sondern darum, dass vieles unabhängig von territorialen Grenzen und Distanzen passiert.¹⁵³

Als führend für das Phänomen der Globalisierung bezeichnen die Autoren die hoch technologisierte, neoliberale, fortschreitende Expansion eines ursprünglich westlich ansässigen Kapitalismus, die ihre Anfänge in den 70er und 80er Jahren hat.¹⁵⁴ In seiner Analyse kommt Michael Cox zu der Schlussfolgerung: „... what will almost certainly turn out to be the single most important trend of the post-communist era: the triumph of capitalism as a world system, one that transformed the lives of most of humanity for better or worse, swept away barriers to the operation of the market around the world (often with devastating social consequences), and transformed the character of international politics.“¹⁵⁵ Stephen Hobden und Richard Wyn Jones fassen die Grundzüge des neoliberalen Entwicklungstrends folgenderweise zusammen: Reduzierung der staatlichen Ausgaben, Inflation, Privatisierung, Förderung freier Märkte.¹⁵⁶ Robert Cox subsumiert sie unter dem Stichwort „Hyperliberalismus“: Wettbewerbsfähigkeit, Deregulierung, Privatisierung, Restrukturierung.¹⁵⁷ Nicholas Gyuatt unterstreicht das Praktizieren von freiem Handel, freiem Kapitalverkehr, und Monetarismus anstelle von Sozialpolitik und Schaffung von Arbeitsplätzen.¹⁵⁸ Es wird beobachtet, dass die Globalisierungstendenz nicht geradlinig, sondern dialektisch verläuft. „... the concept of globalization is a dialectical one: as defined here it is also taken to include, by its very nature, politico-economic and socio-cultural counter-tendencies. These are both progressive and reactionary in nature, but what many of them have in common is that they seek collectively to countervail and to find alternatives to the dominant neo-liberal pattern of political economy ... “.¹⁵⁹

Für das Gebiet der internationalen Politik postulieren die beiden analytischen Prämissen die Formierung von neuen, über- und unterstaatlichen Machtzentren mit transnationalem Einfluss. Darunter - der Internationale Währungsfonds und die Weltbank, die sich in den 90er Jahren auf die politische Transformation von ehemaligen „sozialistischen“ Staaten konzent-

Bewegungen, intergouvernementalen, global agierenden Ausschüssen, die Kommunikationsrevolution, die die Formierung eines globalen Bewusstseins fördert.

¹⁵³ Vgl. Scholte, Jan Aart: a.a.O. S.17.

¹⁵⁴ Vgl. Gill, Stephen: Global Structural Change and Multilateralism. In: Gill, Stephen (Hrsg.): Globalization, Democratization and Multilateralism. Houndmills u.a. 1997. S.6-14; Kees van der Pijl: Restructuring the Atlantic Ruling Class in the 1970s and 1980s. In: Gill, Stephen (Hrsg.): Atlantic Relations: Beyond the Reagan Era. New York. 1989. S.70-74.

¹⁵⁵ Cox, Michael: International History since 1989. In: Baylis, John/Smith, Steve (Hrsg.): The Globalization of World Politics. An Introduction to International Relations. 2.Aufl. New York. 2001. S.119-120.

¹⁵⁶ Vgl. Hobden, Stephen u. Richard Wyn Jones: Marxist Theories of International Realitions. In: Baylis, John/Smith, Steve (Hrsg.): The Globalization of World Politics. An Introduction to International Relations. 2.Aufl. New York. 2001. S.213.

¹⁵⁷ Vgl. Cox, Robert: Influences and Commitments. In: Cox, Robert W. with Timothy J. Sinclair: Approaches to World Order. Cambridge. 1996. S.31.

¹⁵⁸ Vgl. Guyatt, Nicholas: Another American Century? The United States and the World since 9/11. Dhaka u. a. 2003. S.43 (Fußnote 28).

¹⁵⁹ Gill, Stephen: a.a.O. (2) S.5.

rieren, so dass sie als kapitalistische Marktwirtschaften funktionieren können.¹⁶⁰ Vorschläge zur Schaffung einer UNO-Unternehmenskammer neben der Generalversammlung der staatlichen Repräsentanten werden in Umlauf gesetzt.¹⁶¹ Die Konsultationen der sog. Gruppe G-7 (G-8 mit Russland) der wirtschaftlich am stärksten entwickelten Länder über makroökonomische- und politische Fragen intensivieren sich. Das Weltwirtschaftsforum, 1971 gegründet, umfasst in der angegebenen Zeitperiode 900 der größten wirtschaftlichen Unternehmen in der Welt, kooperiert mit Regierungschefs, ist bei der Entstehung der Welthandelsorganisation tätig und mischt sich bei der Regelung von internationalen Konflikten ein. Durch Großunternehmen gesponserte, global agierende Stiftungen wie die Ford-Stiftung, die Soros-Stiftung und der Council on Foreign Relations regulieren auch die politischen Realitäten in der Welt. Parteien, Verbände, Wirtschaftsunternehmen, gesellschaftliche Gruppen/Organisationseinheiten usw. unterhalten ihrerseits grenzüberschreitende Beziehungen mit Relation auf die Optionen eines Staats.

Im Hinblick auf die Behandlung eines staatlichen Dritten spiegelt sich diese Realität in der Vermehrung der Signifikanz der Gebundenheiten und Abhängigkeiten in der staatlichen Welt wider. „The foreign policy environment is ... increasingly dominated by international interdependence ...“¹⁶² Genauso intensiv wird die Konkurrenz unter den staatlichen Subjekten. Der außenpolitische Fokus wird in Richtung deren Bereitschaft verlegt wettbewerbsfähig zu sein.

Ferner werden die innen- und außenpolitische Souveränität des modernen Nationalstaats sowie der Bereich der zwischenstaatlichen Kompetenz funktional durchbrochen und damit transformiert, jedenfalls in verschiedenem Maße für die einzelnen Länder. Traditionelle staatliche Interessendomänen ziehen sich vor den Handlungsspielräumen der neuen Machtzentren zurück oder werden auf diese zielgerichtet übertragen.¹⁶³ „More generally, contemporary states have frequently served the interests of global capital in addition to (and sometimes to the detriment of) national capital.“¹⁶⁴ In diesem Zusammenhang ist in der entsprechenden Zeitperiode festzustellen, dass die Initiierung von Regeln und Normen im globalen weltpolitischen System weniger Resultat von repräsentativen oder partizipationsfundierten Strukturen ist.¹⁶⁵ Eine andere Hierarchie wird aufgebaut. Die Tragweite des privaten (Wirt-

¹⁶⁰ Vgl. Cox, Michael: a.a.O. S.120.

¹⁶¹ Scholte, Jan Aart: a.a.O. S.26.

¹⁶² Schneider, William: From Foreign Policy to “Politics as Usual”. In: Deese, David A.: The New Politics of American Foreign Policy. New York. S.xi.

¹⁶³ So differenziert Jan Aart Scholte zwischen einer internationalen und einer sich globalisierenden Weltpolitik. Während in der „internationalen“ Sphäre hauptsächlich souveräne Nationaleinheiten diktieren, bezieht sich nun die „globalisierte“ Sphäre auf das Funktionieren transnationaler Netzwerke. (Vgl. Scholte, Jan Aart: a.a.O. S.15)

¹⁶⁴ Scholte, Jan Aart: a.a.O. S.26.

¹⁶⁵ Vgl. Scholte, Jan Aart: a.a.O. S.30.

schafts)Sektors vergrößert sich zum Nachteil des öffentlichen.¹⁶⁶ „Globalisierung und Privatisierung hängen zusammen.“¹⁶⁷

Die amerikanischen außenpolitischen Strategien und Taktiken hinsichtlich des israelisch palästinensischen Konflikts müssen prinzipiell in demselben Kontext verstanden werden. Der Dritte ist einerseits ein souveräner Betreiber nationaler militärischer, politischer und wirtschaftlicher Ressourcen, aufgrund dessen er seine eigenen Ambitionen realisieren will und die Machtansprüche anderer Akteure des internationalen Systems bzw. der Konfliktgegner anheizen oder verhindern kann. Andererseits operiert er unter den Bedingungen der globalwirtschaftlichen Ordnung, deren Bindeglied er selbst ist – umgekehrt deren Akteure, Ideologien und Netzwerke sein Verhalten voraussetzten.

Es sind die ethisch normativen Kriterien, die die Untersuchung jeder Einmischungsinitiative vervollständigen sollen. Hier wird die Arbeit wieder dem Imperativ der Kantschen praktischen Vernunft folgen. In der Abwesenheit einer effektiv und universal funktionierenden Durchsetzungsinstanz im Verkehr der Staaten¹⁶⁸ und vor dem Hintergrund der globalpolitischen Realitäten wächst die Herausforderung, *verantwortlich* auf unharmonische Weltgeschehnisse zu reagieren.¹⁶⁹ „Schließlich kann darauf hingewiesen werden, daß die Ansammlung von Machtpotentialen in einem Staat nicht per se verwerflich ist, dann nämlich, wenn davon pazifizierende Wirkungen ausgehen.“¹⁷⁰

Aus dem Obigen wird die Frage gestellt, wie das Konzept der *Neutralität* zu bearbeiten ist. In Anbetracht an Zartman und Touval kann einem verflochtenen internationalen System eine absolute „Unparteilichkeit“ gegenüber den streitenden Kontrahenten selten bewiesen werden.¹⁷¹ Es ist zu erwarten, dass bestehende Kontakte die Kommunikation zwischen den Konfliktparteien, die Akzeptanz des Dritten durch einen oder die beiden Konfliktgegner und seine Überzeugungskraft vermehren könnten. In ihrer *instrumentalen* Variante werden aber diese Kanäle durch die „Klienten“ oder den Dritten ausgenutzt und können die Eingriffsversuche verlangsamen oder sogar scheitern. In dieser Situation tritt jede operative Neutralität zugunsten einer tief verwurzelten Parteilichkeit und zuungunsten jeder dauerhaften Gerechtigkeit des Konfliktverhältnisses ab. „In cooperating with third parties, the basis may be laid for a new structure of dominance, with a new elite of conflict managers.“¹⁷² Die ethisch moralischen

¹⁶⁶ Vgl. Scholte, Jan Aart: a.a.O. S.24-27.

¹⁶⁷ Krysmanski, Hans Jürgen: Hirten & Wölfe. Wie Geld- und Machteliten sich die Welt aneignen oder: Einladung zum Power Structure Research. 1.Aufl. Münster. 2004. S.10.

¹⁶⁸ Vgl. Meyers, Reinhard: a.a.O. (3) S.43.

¹⁶⁹ Vgl. Carnegie Commission: a.a.O. S.105.

¹⁷⁰ Pfetsch, Frank R.: a.a.O. S.157.

¹⁷¹ Vgl. Zartman, William I. u. Touval, Saadia: a.a.O. S.35-37.

¹⁷² Galtung, Johan: a.a.O. (2) S.296.

Anforderungen für Transparenz, Offenheit und Abschließen eines für die beiden Konfliktseiten erwünschten Abkommens sollen dann wieder ins Visier kommen.¹⁷³ Es ist die Neutralität vor solchen Imperativen, die nicht zugelassen werden soll.

1.3.3 Die dritte Partei als kollektive Einheit

Die Einmischung des Tracks I eines Staats in die Bearbeitung von internationalen Konflikten wird in Verbindung mit seiner inneren Dynamik gestellt. Der Dritte wird als eine heterogene Organisation betrachtet, die auf ein aktives Zusammenspiel von breiten gesellschaftlichen, bürokratischen/regierungsgebundenen und speziellen gruppenbezogenen Segmenten zurückzuführen ist. Schließlich kommt der jeweilige diplomatische Vertreter mit seinen eigenen Fähigkeiten vor.

Margaret Hermann legt ein umfassendes Konzept der Determinanten der Initiierung von Vermittlungsschritten vor: die Charakteristiken des Leiters; die Erwartungen der die geleitete Gesellschaft bildenden Segmente; die Natur der Beziehung zwischen dem Leiter und den einzelnen Segmenten; der Kontext, in dem die Leitung des Landes formiert wird.¹⁷⁴ Bezogen auf den persönlichen Stil des Vermittlers, Schlichters oder Facilitators wird gefragt, „wie situativ-institutionelle und individuelle Prozesse zusammenwirken“¹⁷⁵. Die Verfasserin bringt vier Images eines politischen Leiters zur Sprache - Kreuzfahrer, Verkäufer, Delegierter und Brandschützer¹⁷⁶. Jacob Bercovitch führt eine lange Liste von erwünschten persönlichen Eigenschaften. „Als besonders wichtig bezeichnen erfahrene internationale Mediatoren Intelligenz, Ausdauer, Energie, Geduld und Humor.“¹⁷⁷ Vertrauen zu dem Vermittler, seine Glaubwürdigkeit und Kompetenz zählen auch zu den notwendigen Vorbedingungen für eine wirksame Mediation.¹⁷⁸ Die Charakteristiken der Person könnten durch die Überwindung von Kommunikationsbrücken zur Entspannung der Verhandlungsatmosphäre entscheidend beitragen oder den Verhandlungsprozess in eine durch ihn gewünschte Richtung lenken.

Im Bewusstsein für die Simplifikation jedes Schemas werden die nächsten zwei Komponenten des Konzepts von Margaret Hermann zusammenfassend angerissen. Organisatorische, bürokratische und gesellschaftliche Faktoren fallen hier ins Gewicht. Johannes Botes und

¹⁷³ Vgl. Galtung Johan: a.a.O. (8) S.368-377.

¹⁷⁴ Vgl. Herman, Margaret G.: a.a.O. S.148-149; Das Konzept wurde in der Arbeit modifiziert.

¹⁷⁵ Senghaas-Knobloch, Eva: a.a.O. S.137.

¹⁷⁶ Die Kreuzfahrer folgen ihrer Vision und versuchen sie durch die Transformation des politischen Systems zu verwirklichen. Die Verkäufer verlassen sich auf intensive Überzeugungsarbeit, um ihre Ideen zu realisieren. Die Delegierten arbeiten im Namen ihrer Wähler und Anhänger. Die Brandschützer reagieren vor allem auf die Veränderungen der Umgebung, die die Existenz ihrer Wähler bedrohen. Vgl. Hermann, Margaret: a.a.O. S.149.

¹⁷⁷ Bercovitch, Jacob: Mediation in der Staatenwelt. Bedingungen für Erfolg oder Scheitern internationaler Vermittlungsbemühungen. In: Meyer, Berthold: Formen der Konfliktregelung: Eine Einführung mit Quellen. Opladen. 1997. S.195.

¹⁷⁸ Vgl. Ebd. S.195.

Christopher Mitchell¹⁷⁹ haben sie als konzentrische Kreise symbolisch zusammengesetzt (Vgl. Schaubild 9). Unmittelbar sind die Vertreter eines Landes von Beratern, Kollegen und/oder Höherstehenden umgeben (immediat): eigene Institution, Administration des Präsidenten, einzelne Ministerien und andere Regierungsgremien, Parlament, Nachrichtendienste usw. Danach kommen diejenigen Personen bzw. Institutionen, die direkten Zugang zum innersten Kreis des jeweiligen staatlichen Repräsentanten haben (intermediat). Das periphere Fragment besteht aus über das jeweilige Problem informierten Gruppen, der breiten Bevölkerung, am Verlauf des außenpolitischen Prozesses interessierten sozialen Kräften oder anderen Elementen, alle die mit relativ begrenztem Zugang zu einem offiziellen Vertreter, aber deren Einstellungen und Verhaltensweisen ihn indirekt beeinflussen könnten. Die zweite und dritte Schicht sind in einer real existierenden Situation schwierig voneinander abzugrenzen: Lobby- und Interessengruppen, spezielle Organisationen, nationale und internationale Medien, öffentliche Meinung, Wählerschaft, tief greifende strukturelle gesellschaftliche Zusammenhänge. Das bessere Verständnis des Konfliktbearbeitungsprozesses verlangt, alle die Segmente in ihrem Zusammenwirken zu beobachten.

Zwei wichtige Kriterien setzen das Verhältnis zwischen dem offiziellen Vertreter des Dritten und den die gegebene politische Einheit konstituierenden Schichten und Gruppen voraus. Das erste geht auf die Größe, die Organisation und die Aktionskapazitäten des jeweiligen Fragments ein. Martin Beck übernimmt die Meinung, „... dass es organisierte gesellschaftliche Interessen sind, die sich per Unterstützung für oder Druck gegen eine Kooperation Einfluß verschaffen können“¹⁸⁰. Das zweite Kriterium unterscheidet zwischen solchen Segmenten, die am entsprechenden Konflikt stark, direkt oder indirekt, interessiert sind und solchen, die wenig daran interessiert sind. Dabei sind die letzten durch ihre politischen Leiter leichter zu beeinflussen und gegebenenfalls zu mobilisieren, wobei die ersten schwierig zu bewegen bleiben. Käme es eventuell zu der Situation, dass mehrere gesellschaftliche Gruppen ihre Aufmerksamkeit nach demselben Problem richten, könnte das politische Überleben einer öffentlichen Person gefährdet werden.¹⁸¹ Damit wird auf das letzte Element des Modells von Margaret Hermann gestoßen, den Kontext, in dem die Leitung des Landes entsteht. Wichtig hier sind bürokratisch technische Determinanten wie Mandatszeit, administrative Vorbereitung usw. oder die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Machtausübung im jeweiligen Staat. Ver-

¹⁷⁹ Vgl. Botes, Johannes u. Christopher Mitchell: Constraints on Third Party Flexibility. In: The Annals of the American Academy of Political and Social Science. Flexibility in International Negotiation and Mediation. Bd. 542. Nov. 1995. S. 174-178. Das Modell der beiden Autoren wurde in der Arbeit modifiziert.

¹⁸⁰ Beck, Martin: Defekte Architektur und gesellschaftliche Widerstände – Zur Problematik des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses. In: Die Friedens-Warte. Bd. 76. Heft 2-3. 2001. S. 187. (Der Autor stützt sich an dieser Stelle auf Bernhard Zangl. Vgl. Anmerkung 15, S. 185)

¹⁸¹ Vgl. Hermann, Margaret: a.a.O. S. 156-160.

fassungspolitische Prinzipien und strukturelle faktisch politische Machteinflüsse sind zu beleuchten.

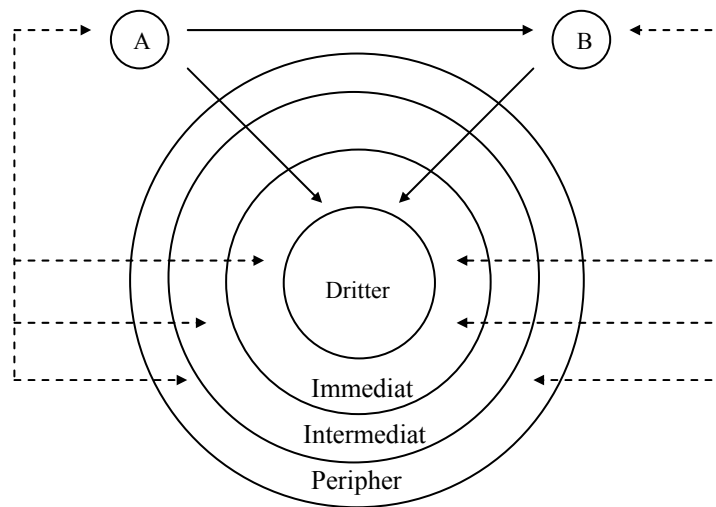


Schaubild 9: Die dritte Partei als kollektive Einheit (Quelle: Botes, Johannes u. Christopher Mitchell: Constraints on Third Party Flexibility. In: The Annals of the American Academy of Political and Social Science. Vol.542. Nov.1995. S. 175, eigene Übersetzung und Modifikation)

Die bisherigen Überlegungen werden durch die Wahrscheinlichkeit der engen Beziehungen eines speziellen Segments mit einer oder anderer Konfliktpartei zusätzlich detailliert. Vielmehr könnte eine der streitenden Parteien mit mehreren Segmenten im Rahmen des Dritten in Verbindung stehen. Botes und Mitchell weisen unter diesen Umständen auf die Bilanz der Verbindungen („the balance of linkage“) hin.¹⁸²

Die kollektive Natur der dritten Partei kommt im Hinblick auf die Flexibilität und Effektivität ihrer Vertreter vor. Fördert oder beeinträchtigt sie die Bemühungen, Anstoß zur Transformation eines internationalen Konflikts zu geben? Handelt es von einer Ressource oder einem Hindernis? Eine wirksame Einmischung würde die Unterstützung und die materiellen und intellektuellen Kapazitäten aller dafür zuständigen oder auf andere Art und Weise engagierten gesellschaftlichen Segmente brauchen. Gerade in dem Punkt kann sie zulassen, durch deren Verhalten und Bedürfnisse manipuliert zu werden. „Sie (die Regierenden, d. Verf.) alle kennen die Herrschaftstechniken, die Tricks und Methoden von Machterwerb und Machterhaltung – und sie haben alle, wenn auch auf unterschiedliche Art und mit unterschiedlichen Konsequenzen, Angst vor dem Machtverlust.“¹⁸³

1.3.4 Strategien und Mittel der Intervention des Dritten

Demnächst werden die praxisbezogenen Interventionsstrategien und -Mittel des Tracks I der dritten Partei bezüglich der *Beilegung* eines internationalen Konflikts *idealtypisch* angeschnit-

¹⁸² Vgl. Botes, Johannes u. Christopher Mitchell: a.a.O. S.174.

¹⁸³ Krippendorff, Ekkehart: a.a.O. (2) S.90.

ten. Die *Strategien* beziehen sich auf die Methoden, mit denen die Behandlung der intersubjektiven und kontextuellen Konfliktimplikationen geplant und verwirklicht werden können. Die *Mittel* umfassen die materiellen und immateriellen Ressourcen und Instrumente dafür. Sie sind in drei Kategorien zusammenzufassen, *materiell-technisch, kommunikativ-kognitiv, soziokulturell*¹⁸⁴, und werden parallel zu den jeweiligen Strategien aufgelistet. Beide sind auf *lokaler, regionaler* und *internationaler/globaler* Ebene in Gang zu setzen.

Bei einer umfassenden Ermittlung sind die Aktivitäten des Dritten, die Konfliktbearbeitungsmechanismen, denen sich die Konfliktparteien bedienen (Vgl. 1.2.2), und die Veränderung der Konfliktkomponenten nicht zu trennen. Alle drei sollen sich prozessual und inhaltlich in permanenter wechselseitiger Wirkung befinden. Im Einklang damit muss die Intervention der dritten Partei als ein dynamischer, adaptiver und fortschreitender Prozess begriffen werden. Die *Konfliktlösung* (als eine grundlegende Konflikttransformation) wird als ihr höchstes Ziel angesehen. *Komplementäre* Eingriffsmodelle sind auch zu folgen. In dieser Hinsicht entwickeln Ronald J. Fisher und Loreleigh Keashly das so genannte „Kontingenzmodell“ (contingency approach to intervention)¹⁸⁵. Für die beiden Autoren stehen verschiedene Einmischungsiniciativen im Zusammenhang mit der Eskalationsdynamik des Konflikts, wobei die „heißen“ Konfliktphasen eine direktive (manipulative) Intervention benötigen. Ähnlich verbindet Louis Kriesberg die Eingriffsaktivitäten mit vier Deeskalationsstufen: Vorbereitung für Deeskalation, Initiierung von Verhandlungen, Durchführung von Verhandlungen, Implementierung von Abkommen.¹⁸⁶ Im Rahmen des Transformationsansatzes fügen Adam Curle¹⁸⁷ und J. P. Lederach¹⁸⁸ zu der linearen Perspektive der Konfliktodynamik die Wichtigkeit der Status quo Problematik für die Tätigkeit des Dritten hinzu. „Viewed this way, protracted violent conflicts turn out to be primarily the result of unequal and suppressive social and political structures. Dealing effectively with it, therefore, will call for the empowerment and recognition of marginalized groups in the form of non-violent struggle. Only in this way will it be possible to deal with issues of immediate concern at the local level, or to put the appropriate pressure on Track I (...), to end the violence and enter into good-faith negotiations.“¹⁸⁹ Als Ergänzung dieser Analysen müssen die Handlungen der offiziellen Diplomatie der dritten Partei als *langfristige* Bemühungen aufgefasst werden. William Zartman schlägt das Konzept des „reifen Moments“ („ripe moment“) vor, bei dem die gegenseitige Erschöpfung der Kon-

¹⁸⁴ Vgl. Lederach, J. P.: a.a.O. S.93-97.

¹⁸⁵ Vgl. Fisher, Ron: Methods of Third-Party Intervention (Berghof Handbook for Conflict Transformation – Onlineausgabe). In: http://www.berghof-handbook.net/articles/fisher_hb.pdf Stand 2004, abgerufen am 27.06.2003. S.12-17.

¹⁸⁶ Vgl. Kriesberg, Louis: a.a.O. (1) S.19-27.

¹⁸⁷ Vgl. Curle, Adam: a.a.O. S.173-189.

¹⁸⁸ Lederach, J.P.: a.a.O. S.67-85.

¹⁸⁹ Reimann, Cordula: a.a.O. S.52.

fliktparteien oder die zu erwartende Zuspitzung der Konfliktdynamik als Indizien für den Dritten dienen sollen, aktiv zu werden¹⁹⁰. Die Idee wird hier als notwendig, aber einschränkend und im Widerspruch mit den normativ ethischen Anforderungen an den Dritten betrachtet.¹⁹¹ In der vorliegenden Arbeit wird das von Thania Paffenholz ausgearbeitete Paradigma der „Gelegenheitsfenster“ („windows of opportunities“) hervorgehoben. „For while the term „moment“ implies a very short time frame and thereby limited opportunity for intervention, „windows“ can be opened and closed, and consequently reflect the reality that the chances for intervention come and go and must be continually monitored and analysed.“¹⁹² Im Unterschied zum unaufhörlichen und ständig erneuerbaren Prozess der Konfliktlösung sollte die Einmischung der dritten Partei mit einer *Ausgangsstrategie* rechnen. Die externen Akteure müssen die Abgabe der Steuerung der Interventionsmechanismen an die streitenden Parteien allmählich vorbereiten. Der Prozess soll nachhaltig sein und nicht die Intervention des externen Akteurs.¹⁹³

Nehmen wir den Verhandlungsprozess als entscheidenden Orientierungspunkt sind die Initiativen des Dritten in *Vorverhandlungs- Verhandlungs- Implementierungs- und Aufbauinterventionsphasen* zu untersuchen. Die einzelnen Strategien und Mittel sind nicht unbedingt geradlinig und/oder kohärent anzuwenden. Eher wäre das Stichwort „Adäquatheit“ je nach den gegebenen historischen Herausforderungen des Konfliktkontextes hinweisend.

Analyse/Recherche – Dem Beginn jeder Intervention soll eine tief fundierte Analyse des gesamten Konflikts vorangehen. Die Aufmerksamkeit auf eigentümliche regionale und lokale Konfliktbesonderheiten sowie interkulturelle Details¹⁹⁴ ist zu sensibilisieren.

Aufklärung – Gemeint werden Kontakte mit den Konfliktparteien und/oder Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Welt/Staatengemeinschaft, die sich nach der Erziehung der Bereitschaft auf friedliche Koexistenz richten. Aufruf zum Beenden der kriegerischen Phase des Konflikts, Ankündigung von breit angelegten Friedensvisionen, Mobilisierung der internationalen Solidarität durch multilaterale Konferenzen, Unterstreichen von allgemein akzeptierten rechtspolitischen Normen, Vertretung an und Aktivierung von Gremien zugunsten der Beilegung der Krise sind hier zu erwähnen. Der Zugang zu Medien und anderen Kommunikationsmitteln kann zur Schaffung einer speziellen Verhandlungsatmosphäre beitragen und sogar schwer anzuredende innenpolitische Kräfte der streitenden Seiten indirekt adressieren. Umso mehr

¹⁹⁰ Vgl. Zartman, William I.: Conflict and Resolution: Contest, Cost, and Change. In: The Annals of the American Academy of Political and Social Science: Resolving Regional Conflicts: International Perspectives. Bd.518. Nov.1991. S.11.

¹⁹¹ Vgl. Miall, Hugh u. Oliver Ramsbotham u. Tom Woodhouse: a.a.O. S.163.

¹⁹² Paffenholz, Thania: a.a.O. S.161.

¹⁹³ Vgl. Ebd. S.165.

¹⁹⁴ Vgl. Cohen, Reymond: Cultural Aspects of International Mediation. In: Bercovitch, Jacob (Hrsg.): Resolving International Conflicts. The Theory and Practice of Mediation. Boulder. 1996. S.107-128.

als eine Aufklärungstätigkeit dauerhafte Veränderungen sowohl der Beziehungen der Konfliktparteien als auch des gesamten regionalen und internationalen/globalen Konfliktkontextes nach sich zieht. Es ist genau der Punkt, wo sich die „zivilisatorischen“ und beruflichen Pflichten eines politischen Trägers treffen. „By virtue of both their power and public prominence, these leaders bear a serious responsibility for utilizing their public influence for constructive purposes. In both word and deed, they can shape an agenda for cooperation, caring, and decent human relations.“¹⁹⁵

Facilitation/Gute Dienste – Der Facilitator unternimmt den Versuch, den Konfliktparteien „... zu direkten Begegnungen zu verhelfen und mit ihnen an den jeweiligen Perzeptionen des Konflikts zu arbeiten“¹⁹⁶. Gemeint wird die Entfernung von wahrnehmungsorientierten Barrieren. Bei den Guten Diensten geht es zusätzlich „... um die Verbesserung der sozialen Rahmenbedingungen bei den direkten Gesprächen“¹⁹⁷. Dazu sind zu zählen das Organisieren von Vorverhandlungsrunden, das Anbieten von speziellen Trefforten, unoffizielle Gespräche mit den voneinander getrennten Konfliktparteien. Die beiden Strategien sollten die Kontrahenten stimulieren, dialogische Verhaltensformen aufzunehmen und ihren Streit als Positive-Summe-Ergebnis zu lösen.

Mediation/Vermittlung – Diese Strategie lässt sich als eine aktive Verhaltensoption der dritten Partei charakterisieren. Das Schließen eines Waffenstillstandes oder eines politischen Abkommens wird als Endziel der Intervention angestrebt. Zartman und Touval assoziieren ihr Wesen mit drei Rollen¹⁹⁸: Kommunikation, Formulierung und Manipulierung. Kommunikation – der Vermittler belebt die gestörte Kommunikation zwischen den Kontrahenten wieder oder handelt als Träger von Information bzw. Konzessionsbereitschaft zwischen ihnen. Formulierung – der Vermittler schlägt innovative Formeln für die Bearbeitung des Konflikts vor oder assistiert den Konfliktparteien, ihre Streitfragen neu zu definieren. „Andere Möglichkeiten, Einfluß zu nehmen, bestehen darin, auf die Kosten von Nicht-Regelungen hinzuweisen, über positive Erfahrungen mit Vereinbarungen in ähnlichen Konflikten zu berichten oder das Umfeld der Konfliktaustragung zu verändern.“¹⁹⁹ Die kommunikative und formulierende Rolle sind Rollen eines Facilitators. Bei der Manipulierung ist der Mediator „... an einer substantiellen Regelung des Konflikts interessiert“²⁰⁰ und arbeitet daran, die beiden Parteien durch Druck und Verlockungen zu einer Vereinbarung oder anderem Resultat zu bewegen. Überre-

¹⁹⁵ Carnegie Commission: a.a.O. S.157.

¹⁹⁶ Ropers, Norbert: a.a.O. (1) S.54.

¹⁹⁷ Ebd.

¹⁹⁸ Zu den drei Rollen des Vermittlers vgl. Zartman u. Touval: a.a. O. S.38-39.

¹⁹⁹ Ropers, Norbert: a.a.O. (1) S.57.

²⁰⁰ Ebd. S.56.

dung, Garantie für Belohnung, Abschreckung, Androhung einer Bestrafung, Durchführung von Sanktionen²⁰¹ zählen zu der manipulativen Funktion des Vermittlers.

Parität wahrende/herstellende Aktivitäten – Der Dritte kümmert sich um den quantitativen und qualitativen Ausgleich der streitenden Parteien, so dass ihre formelle und funktionale Symmetrie (Vgl. 1.1.2.1) behalten oder ihre Asymmetrie kompensiert werden kann. Diplomatisch politische Lobbyarbeit zum Vorteil des schwächeren Akteurs, rechtspolitische Aktivitäten im Rahmen von internationalen Organisationen, legitimierende Gesten, materielle Förderung finanzieller und wirtschaftlicher Art oder Entziehung von solcher, Strafmaßnahmen, so dass ein günstiger Verhandlungsstatus für die beiden Gegner geschaffen werden kann. Abrüstungsprojekte treten in Kraft. „We are faced with systemic issues of how to deal with the production, transfer, and ready availability of weapons for warmaking, which fuel and make possible an extraordinary level of armed violence. This effect is compounded by a general international tolerance of the resort to armed struggle and defense as a means for dealing with political, economic, and socio-cultural differences.“²⁰² Eine bedeutende Konsequenz dieser Strategie wäre das Gewinnen des Vertrauens gegenüber dem Dritten sowie die Entmutigung von friedensfeindlichen innergesellschaftlichen Gruppen.

Hilfe bei der Implementierung des Abkommens/Follow-up Mechanismen – Die dritte Partei beteiligt sich an der Durchführung der Abkommensklauseln durch organisatorische Unterstützung, Entwicklungshilfe, regionale und internationale Konferenzen, politische oder finanzielle Garantien, Monitoring (Beobachtungsinitiativen). Versöhnungsmechanismen stimulieren die streitenden Seiten zu neuen Treffen.

Bei allen angesprochenen Strategien und Mitteln spielt zusätzlich der Rang des Repräsentanten der dritten Partei eine Rolle.²⁰³ In der internationalen Staatenwelt trägt ein Staatsoberhaupt politische Prominenz und Respekt mit sich, wenn nicht Druck.²⁰⁴ Seine Anwesenheit, vielmehr seine Selbstverpflichtung zum Verlauf des Konfliktbearbeitungsprozesses, erfüllt in diesem Zusammenhang eine legitimierende Aufgabe.

1.4 Fazit

Im gegenwärtigen Kapitel wurden die theoretischen Prämissen der gesamten Arbeit systematisiert. Die wurden unter den Grundkonzepten des internationalen Konflikts, der Konfliktbe-

²⁰¹ Vgl. Pfetsch, Frank R.: a.a.O. S.154.

²⁰² Lederach, J.P.: a.a.O. S.149.

²⁰³ Die Frage, ob die Präsenz führender Vertreter der dritten Partei positive Impulse dem Konfliktbearbeitungsprozess gibt, bleibt wegen der Vielfalt der bekannten und geforschten Konfliktlösungsergebnisse in der Literatur umstritten. Hier wird auf diejenigen Argumente verwiesen, die die Bedeutung dieser Präsenz nicht ausschließen und sie als ein anderes Einflußmittel präsentieren.

²⁰⁴ Vgl. Bercovitch, Jacob u. Allison Houston: a.a.O. S.27.

arbeitung und des Dritten eingeordnet. Alle drei Konzepte werden als unentbehrlich zur Klärung der *ambivalenten* Natur eines Dritten und dessen Rolle bei der Bearbeitung eines internationalen Konflikts betrachtet.

Der internationale Konflikt wurde als ein Phänomen definiert, das auf die inkompatiblen Unterschiede in der sozialen Lage und/oder der Interessenkonstellation von zwei Staaten oder nach Staatlichkeit strebenden Gruppierungen (nationale Unabhängigkeitsbewegungen) basiert. Ein umfassendes Konfliktmodell mit drei Konfliktelementen (Konfliktsituation, Konfliktattitüden und Konfliktverhalten) in dynamischer Wechselwirkung wurde dargestellt. Mögliche Asymmetrien oder/und Gewaltpunkte des Konfliktmodells wurden erörtert. *Akteurbezogene* und *strukturbezogene* Nuancen der Konfliktproblematik konnten dadurch differenziert werden. Die mannigfaltigen Ausprägungsformen/Konsequenzen eines internationalen Konflikts bzw. Aspekte, die während dessen Bearbeitung durch die jeweiligen höchsten politischen Vertreter (Track I) der Konfliktgegner und der dritten Partei zu berücksichtigen sind, wurden ergänzt durch den Hinweis auf die verschiedenen Konfliktdimensionen: politisch, militärisch, wirtschaftlich, kulturell, sozial, ökologisch. Zusätzlich wurde eingegangen auf die heterogene Zusammensetzung der einzelnen Konfliktparteien und die Funktionen, die ihre politischen Leiter in einer Konfliktsituation zu erfüllen haben.

Die nachfolgende historische quantitative und qualitative Wiedergabe der Ereignisse in Palästina seit dem Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Jahre 1992 wird die einzelnen Konfliktelemente des israelisch palästinensischen Konflikts und ihre Wandlung im Laufe der Jahre zum Ausdruck bringen. Damit ist zum Kern der Konfliktkonstellation am Anfang der 90er Jahre zu kommen – der langjährigen Unterdrückung der unterlegenen (palästinensischen) Seite und der daraus folgenden gewaltigen Konfliktsymmetrien. Die Endergebnisse der israelischen bzw. palästinensischen Schritte und der US-Einmischung von 1993 bis 1998 (der Endzustand der Konfliktkonstellation) werden mithilfe derselben theoretischen Kategorien geprüft. Im Gegensatz zu neopositivistisch ausgerichteten politischen Studien, die die internationalen Konflikte hauptsächlich als Interessendifferenzen betrachten (Vgl. Einleitung), versucht das vorliegende Vorhaben, sich an die Forschungen anzuschließen, die einen Konflikt in seiner strukturellen und psychologischen Tiefe und systematischen Breite vollständig analysieren.

In Übereinstimmung mit den komplexen Charakteristiken des internationalen Konflikts wurde weiter das Konzept der Konfliktbearbeitung in allen seinen Facetten abgehandelt. Als höchster Ausdruck der Konfliktbearbeitungsaktivitäten wurde die Konfliktlösung präsentiert. Darunter ist ein tief und breit vollzogener *Transformationsprozess* aller Konfliktelemente zu verstehen, so dass der positive Frieden errichtet werden kann. Der „zivilisierte“ (gewaltfreie) und gerechte Umgang mit einem Konflikt seitens der Konfliktgegner und des Dritten wurde

als die wichtigste Voraussetzung für die Bereitschaft angenommen, die jeweiligen Konfliktverhältnisse friedlich umzugestalten.

Auf der Grundlage dieser theoretischen Linie werden danach die Inhalte und die (Nicht)Implementierung der Abkommen Oslo I (1993), Gaza-Jericho-Abkommen (1994), Oslo II (1995) sowie der Vereinbarung über Hebron (1997) und des Wye-River-Memorandums (1998) illustriert und dadurch das Scheitern der israelisch palästinensischen Interimsverhandlungsergebnisse einschl. der amerikanischen Initiativen diesbezüglich erklärt werden können. Wie genau ist die amerikanische Einmischung zu qualifizieren – als Konfliktbewältigung, Konfliktregelung, Friedensschaffung, Konflikttransformation, Friedenskonsolidierung, Post-Konflikt-Rehabilitation, Konfliktprävention oder Konfliktbeilegung? Haben die USA tatsächlich zu einer grundlegenden Umwandlung der israelisch palästinensischen Beziehungen beigetragen? Der empirische Teil wird auf diese Weise die in der Literatur noch defizitäre theoretisch analytische Verbindung zwischen dem Dritten und den breiteren Konfliktkomponenten explizit verfestigen. Die empirisch nachvollziehbaren Aktivitäten der Akteure werden im Lichte von genauso mangelhaft in der Literatur vertretenen politisch moralischen Anforderungen beleuchtet.

Die theoretische Klärung der Begriffe des Konflikts und der Konfliktbearbeitung wird als notwendig zum Verständnis der ambivalenten Identität eines staatlichen Dritten aufgefasst. In der Arbeit wurden nämlich die Instrumentalisierung des Konfliktbearbeitungsprozesses seinerseits und/oder verschiedene Relationen der dritten Partei zur Konfliktstruktur als möglich festgelegt. Ihre eigenen Interessen im Zusammenhang mit der Konfliktbearbeitung und ihre Machtkapazitäten zur Erfüllung von diesen Interessen wurden in Erwägung gezogen. Der Einfluss innenpolitischer Determinanten wurde als eine andere Variable für die ambivalente Haltung des Dritten festgelegt. Folglich wurde er behandelt in zwei einzelnen Unterkapiteln als ein selbständiger, den Gesetzmäßigkeiten der internationalen/globalen Weltpolitik folgender Akteur sowie als eine kollektive Einheit. Als Letztes dienten zur Erklärung seiner Haltung als Dritten die ihm zur Verfügung stehenden konkreten Interventionsstrategien: Analyse/Recherche, Aufklärung, Facilitation/Gute Dienste, Vermittlung, Parität während/herstellende Aktivitäten, Hilfe bei der Implementierung des Abkommens/Follow-up Mechanismen.

Die Track-I-Aktionen der dritten Partei werden in der Konflikttheorie gewissermaßen immer noch hauptsächlich funktional betrachtet d.h. ihre Regierungsvertreter werden als jemand angesehen, der die Konfliktparteien zusammen bringt und bei der Regelung ihrer Beziehungen positiv begleitet. Im Einklang mit der für dieses Manuskript zentralen *kritischen* Forschungsperspektive werden im empirischen Teil die Formierung des politischen Prozesses in den

USA, der Einfluss politisch sozietales und politisch kultureller Implikationen auf die US-Nahostpolitik, die Zusammensetzung des Clintons Nahostteams, die strategischen regionalen und globalen Interessen der Vereinigten Staaten im Nahen Osten dargestellt. Die Ermittlung der konkreten Schritte der offiziellen amerikanischen Diplomatie im israelisch palästinensischen Fall 1993-1998 wird somit beweisen, dass führend für die US-Teilnahme die Maximierung von eigenen Positionsgewinnen in der Region und der Welt war. Eine wichtige Rolle spielte auch die Duldung der Tätigkeit der proisraelischen Lobby in den hohen Regierungskreisen in Washington. Gleichzeitig trugen die USA zur Stabilisierung der asymmetrischen Konfliktstruktur bei. Allen drei Tatsachen zufolge zusammen mit manchen lokalen Konfliktrealitäten erwies sich das Weiße Haus als ein erfolgloser Dritter – dazu kein politisch moralisch handelnder Dritter. Damit wird die vorliegende Arbeit versuchen, stärker Machtzusammenhänge (außenpolitischer, innenpolitischer und globaler Art) in die Analyse der Natur und der Initiativen des Dritten einzubeziehen.

Kapitel 2. Der israelisch palästinensische Konflikt

2.1 Entwicklung der lokalen Konfliktodynamik

Die nachfolgenden Unterkapitel werden den Hauptforschungsintentionen der vorliegenden Arbeit d.h. der Beschäftigung mit der *Track-I-Diplomatie* weiter folgen. Es werden vornehmlich diejenigen Ereignisse in Palästina auf dieser Ebene herangezogen, die die Eskalation des Konflikts verursachten. Genauso werden die Züge des sich formierenden nationalpolitischen Bewusstseins unter den Juden und den Arabern beleuchtet, die ihre führenden Eliten vertraten und relevant für die Verschärfung der gegenseitigen Beziehungen waren. Beispiele von jüdisch arabischem gesellschaftlichem Zusammenleben und Kooperation vor und nach der Gründung des Staats Israel werden aus praktisch analytischen und nicht historischen Gründen wenig dargestellt.²⁰⁵

2.1.1 Anfang und Konsolidierung des Konflikts (1897-1948)

2.1.1.1 Erste Schritte des Zionismus in Palästina

Im Hinblick auf das „Aufkommen des (auch jüdischen) Nationalismus in Europa“²⁰⁶ als politischen Selbstbestimmungs- und Organisationsmodells entstand Ende des 19. Jahrhunderts die Zionistische Bewegung (mehr zu den Entstehungsumständen und Besonderheiten des jüdischen nationalpolitischen Bewusstseins Vgl. 2.1.1.2). Der 1897 von Theodor Herzl in Basel einberufene 1. Zionistische Weltkongress stellte einen Meilenstein in ihrer Entwicklung dar. Das Programm, dem auf dem Kongress zugestimmt wurde, sah als ihr Hauptziel die Gründung eines jüdischen Staats in Palästina vor. Die Kolonisierung des Landes durch seine Besiedlung, die weltweite Mobilisierung des Judentums, die Stärkung des jüdischen Nationalbewusstseins und das Erlangen von diplomatischer Unterstützung verschiedener Regierungen wurden dabei in Aussicht genommen.²⁰⁷ „Die Schaffung von territorialen und demografischen Fakten sollte parallel, wenn nicht vorrangig zur Diplomatie erfolgen. Dieses Kalkül sollte sich wie ein roter Faden durch die weitere Geschichte ... (des Konflikts, d. Verf.) hindurchsetzen.“²⁰⁸ Die Zionistische Weltorganisation wurde ins Leben gerufen.

²⁰⁵ In seinem Buch „A History of Modern Palestine. One Land, Two Peoples“ (2006) plädiert Prof. Ilan Pappé für eine neue Interpretation der jüdisch arabischen Geschichte in Palästina. Führend sollten die gesellschaftliche Komponente und das „menschliche Element“ sein. Dadurch sollten die Haltung und die Schritte der Track-I-Diplomatie auf den beiden Seiten kritisch analysiert und schon vorhandene Potentiale an Normalität besser realisiert werden.

²⁰⁶ Brockhaus. Die Enzyklopädie in 24 Bänden: Zionismus. Bd. 22. 20. Aufl. Leipzig-Mannheim. 1999. S.590.

²⁰⁷ Vgl. Lukacs, Yehuda (Hrsg.): The Israeli-Palestinian Conflict: A Documentary Record. Cambridge u.a. 1992. S.11-12; Moore, John Norton (Hrsg.): The Arab-Israeli Conflict. Documents. Bd.3. Princeton. 1974. S.4. Im Text von Lukacs steht für das Wort Kolonisierung das englische „colonization“, in dem von Moore - „settlement“. Eigene Übersetzung ins Deutsche.

²⁰⁸ Mejcher, Helmut: Die Anfänge des Nahostkonflikts, 1897-1920. In: Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization. Bd. 76. Heft 2-3. S.161.

Drei grundsätzliche zionistische Richtungen waren zu unterscheiden – politischer, praktischer und religiöser Zionismus, die später zur Herausbildung politischer Parteien führten. Der *politische* Zionismus war anfangs mit den diplomatischen Bemühungen Herzls, die Ziele der zionistischen Weltbewegung im internationalen Kräftefeld abzusichern, zu assoziieren. Die Anhänger des *praktischen* Zionismus dagegen trieben eine planmäßige landwirtschaftliche Besiedlung Palästinas voran. „Erst im zweiten Schritt sollte dann die Legalisierung dieser Siedlungen erfolgen. Somit sollte in unauffälligen Etappen die Grundlage für einen zukünftigen Staat gelegt werden.“²⁰⁹ Die dritte zionistische Strömung war *orthodox* eingestimmt und setzte sich für die Verfechtung *jüdisch religiöser* Anliegen im Rahmen der ZWO. Die Mizrahi-Bewegung (1902) sah den zukünftigen Staat als eine Übergangsstufe zum Kommen des Messias und Beginn der Erlösung an.

Die erste Einwanderungswelle (*Alija*) jüdischer Immigranten nach Palästina machte sich auf den Weg zwischen 1882 und 1904. Dort sollte sie sich mit der „seit dem Beginn der islamischen Geschichte und der Ausbreitung des Islams unmittelbar nach dem Tode des Propheten Muhammad“²¹⁰ (Vgl. 2.2) gesiedelten, überwiegend arabischen Bevölkerung treffen. Zu jenem Zeitpunkt war Palästina Teil des Osmanischen Reichs, ohne eine einheitliche administrative Einheit zu bilden. Dort lebten im Jahre 1919 515 000 Muslime, gut 65 000 Juden, gut 62 000 Christen, 150 Samaritaner und etwa 5 000 Menschen anderen Glaubens.²¹¹

Die jüdische Einwanderung und der politische Lobbyismus der ZWO wurden aktiv von der britischen Diplomatie begünstigt, die sich in der Balfour-Deklaration von 1917 (durch die Franzosen und Amerikaner unterstützt) verpflichtete, die Errichtung einer jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina zu fördern²¹². Nachdem es von britischen Truppen im Jahre 1917 besetzt wurde, erhielt Großbritannien 1922 offiziell das Völkerbundsmandat über dieses Territorium, in dessen Text die Bestimmungen der Balfour-Deklaration integriert wurden²¹³. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts hatte sich die strategische Bedeutung der Lage des Nahen Ostens verändert. 1869 wurde der Suez-Kanal eröffnet, was für die traditionellen nahöstlichen Handelswege in Richtung Westen eine wirtschaftliche Katastrophe bedeutete. Mit der Niederlage des Osmanischen Reichs im russisch türkischen Krieg 1878 wurde andererseits eine Ära britisch russischer Rivalität um Suprematie an den Dardanellen eingeleitet. 1882 baute Lon-

²⁰⁹ Bornefeld, Andreas: Anfänge des Zionismus. In: Bornefeld, Andreas: Israels Siedlungspolitik. Grundlagen des Nahostkonflikts. In: <http://www.bornpower.de/israel/zion.htm> abgerufen am 03.11. 2007

²¹⁰ Steinbach, Udo: Israelisch-Arabischer Konflikt. In: Steinbach, Udo/ Robert, Rüdiger (Hrsg.): Der Nahe und Mittlere Osten. Politik. Gesellschaft. Wirtschaft. Geschichte. Kultur. Opladen. 1988. S.640.

²¹¹ Vgl. The Statistical Yearbook. Statistical and Historical Annual of the States of the World for the Year 1920. 57th Annual Publication. London. 1920. S.1332.

²¹² Moore, John Norton (Hrsg.): a.a.O. S.31-32.

²¹³ Das offizielle Völkerbundsmandat erstreckte sich über das gesamte Territorium dies- und jenseits des Jordan (Cis- und Transjordanien). Die britische Regierung verzichtete auf die Anwendung der Bestimmungen der Balfour-Deklaration auf Transjordanien.

don seine Bastion in Ägypten durch die Besetzung dieses Landes aus. Die Suezroute wurde geopolitisch und handelspolitisch die Lebensader des Britischen Imperiums, und die Verstärkung seiner Stützpunkte im südöstlichen Mittelmeerraum wurde besonders wichtig. Neben dem Gravitationszentrum des Suezkanals ließ auch der imperialistische Kampf um Märkte und Rohstoffressourcen (vor allem die Ölvorkommen in Mesopotamien) das Eingreifen von Großmächten in die Region als eine Konstante und der israelisch palästinensische Konflikt in seinen Anfangsjahren als einen Zielkonflikt internationaler Politik²¹⁴ erkennen.

Vor Ort drückte sich die britische Politik in der Tolerierung der Immigration, der Ermöglichung des jüdischen Landaufkaufs und der zur Verfügung gestellten politischen, administrativen, wirtschaftlichen, finanziellen und kulturellen Autonomiefreiheit aus, die die neue Gemeinschaft genoss (trotz britisch jüdischer Zusammenstöße zu diversen Anlässen wie z.B. jüdischer Bohrung ungenehmigter Brunnen oder energischer Landkäufe²¹⁵). Nach den drei weiteren Alijot (1904-1914; 1919-1923; 1924-1931) und der Zeit der nationalsozialistischen Judenausrottung (Vgl. Tabelle 1) wohnten in Palästina 1946 1 143 336 Muslime, 608 225 Juden, 145 060 Christen und 15 488 anderen Glaubens.²¹⁶

1919	1, 806	1927	3, 595	1935	64, 147	1943	9, 867
1920	8, 223	1928	3, 086	1936	31, 671	1944	16, 476
1921	9, 339	1929	6, 566	1937	12, 475	1945	13, 984
1922	8, 128	1930	6, 433	1938	15, 253	1946	17, 761
1923	7, 991	1931	5, 533	1939	18, 433	1947	21, 542
1924	13, 553	1932	11, 289	1940	5, 611	1948	120, 332
1925	34, 641	1933	31, 977	1941	4, 270	1949	239, 038
1926	13, 910	1934	44, 143	1942	3, 052		

Tabelle 1: Jüdische Einwanderer nach Palästina 1919-1949, einschl. Personen, die das Territorium als Reisende betraten aber sich nachher als Immigranten registrieren ließen (Quelle: The Statistical Yearbook. Statistical and Historical Annual of the States of the World for the Year 1950. 87th Annual Publication. London. 1950. S.1139. Eigene Übersetzung und Modifikation.)

Trotz reichhaltiger Spenden des Judentums weltweit konnten bis 1948 erst 7% des Landes (ca. 20% des fruchtbarsten Agrarlandes²¹⁷) im jüdischen Besitz genommen werden (Vgl. Abb.1b).²¹⁸ Der ganze Kolonisierungsprozess wurde stark durch die Jewish Agency for Palestine, die ZWO-Vertretung in Palästina, und den Jewish National Fund gefördert, der das Land als *unveräußerliches Eigentum des jüdischen Volks* abkaufte und es den Immigranten verpachtete. Dabei lebten 74% der gesamten jüdischen Bevölkerung zu jenem Zeitpunkt in 28 Siedlungen städtischer Art. Den Rest von insgesamt 318 Siedlungen bildeten die sog. Agrar-

²¹⁴ Vgl. Mejcher, Helmut: a.a.O. S.147-149.

²¹⁵ Vgl. Wasserstein, Bernard: Israel und Palästina. Warum kämpfen sie und wie können sie aufhören. München. 2003. S.71.

²¹⁶ Vgl. The Statistical Yearbook. a.a.O. 85th Annual Publication. London. 1948. S.1138.

²¹⁷ Vgl. Hourani, Albert: Die Geschichte der arabischen Völker. 2.Aufl. Fr/M. 2001. S.396; Vgl. Wasserstein, Bernard: a.a.O. S.45.

²¹⁸ Vgl. Herz, Dietmar u. Julia Steets: Palästina: Gaza und Westbank – Geschichte, Politik, Kultur. München. 2001. S.29.

kolonien (*Kibbuzim und Moschawim*). Ein geringer Teil der palästinensischen Juden blieb außerhalb der neuen Siedlungen. Eine intensive landwirtschaftliche und industrielle Entwicklung wurde in Kraft gesetzt, deren Produkte ins Ausland, hauptsächlich Großbritannien, exportiert werden konnten. Auch der „... internationale Handel blieb in den Händen der Europäer oder der Mitglieder christlicher und jüdischer Glaubensgemeinschaften, die in engem Kontakt mit den ersten standen.“²¹⁹

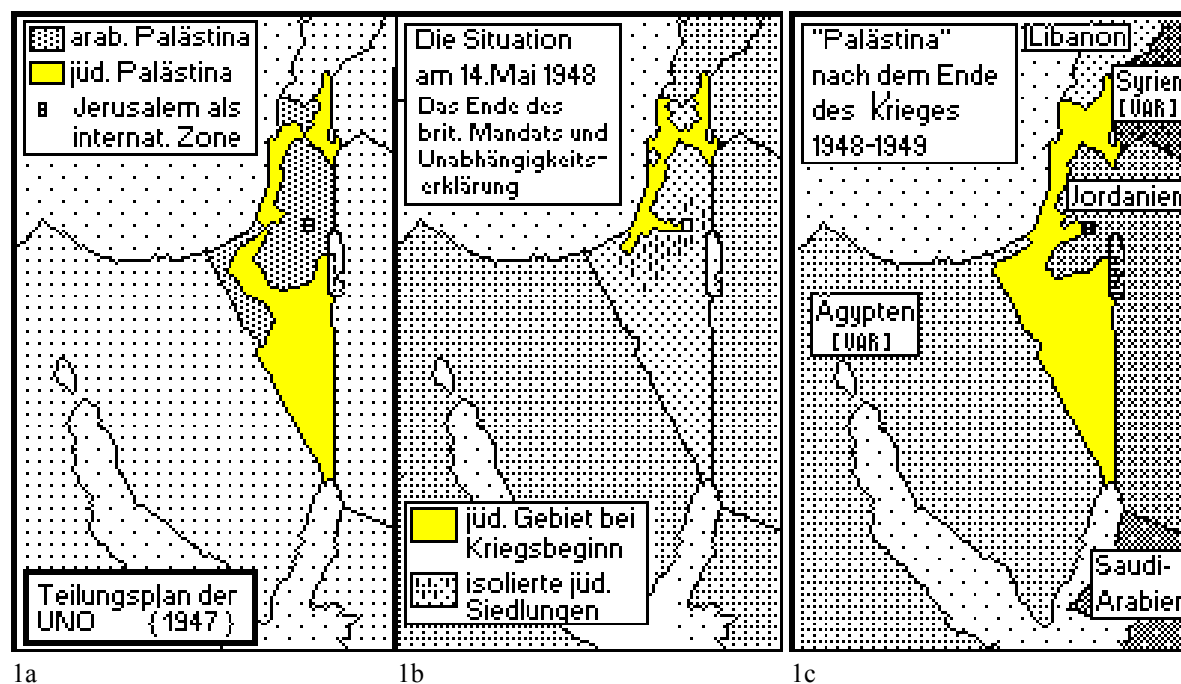


Abb. 1: Staatsgründung Israels

- 1a: UNO-Teilungsplan für Palästina 1947, integriert in Resolution 181 der Generalversammlung aus dem Jahre 1947²²⁰
- 1b: Israelische Unabhängigkeitserklärung am 14. Mai 1948
- 1c: Palästina nach dem Ende des israelisch arabischen Krieges 1948-1949

(Quelle: haGalil online: Geschichte des modernen Staates Israel:

<http://www.hagalil.com/israel/geschichte/geschichte.htm> abgerufen am 26.09.2005, eigene Modifikation)

Die jüdische Bevölkerung Palästinas wählte ihre Versammlung, die zur Bewilligung des Budgets des Generalrats (*Va'ad Leumi*) und Sammlung von Gebühren autorisiert war. Der Generalrat repräsentierte die Gemeinschaft vor der lokalen britischen Regierung und kümmerte sich um die Ausbildungs- und teilweise Gesundheitsangelegenheiten. Lokale Komitees ergänzten die administrative Selbstverwaltung der Kolonien. Diese unterhielten außerdem ihre eigenen Schulen mit vielfältigem Angebot, in denen auf Hebräisch unterrichtet wurde, so dass sich in Palästina allmählich ein duales Ausbildungssystem entwickelte. Das Technische Institut in Haifa, die Hebräische Universität in Jerusalem und eine Nationalbibliothek wurden er-

²¹⁹ Vgl. Hourani, Albert: a.a.O. S.398.

²²⁰ Vgl. Resolution 181(II) 1947 der UNO Generalversammlung. In: <http://daccessdds.un.org/doc/RESOLUTION/GEN/NR0/038/88/IMG/NR003888.pdf?OpenElement> abgerufen am 21.09.2005.

öffnet. Alle Nationalitäten in Palästina verfügten über Religionsfreiheit. Jerusalem galt als Sitz verschiedener Religionen. Die Juden hatten einen Hauptrabbi für *Aschkenasim* und einen für *Sephardim*. Ihr persönlicher Status fiel primär in der Kompetenz des Rabbinats zusammen.

Die meisten Einwanderer stammten aus Ost- und Mitteleuropa und gehörten damit zu den Aschkenasim. Aus ihren Reihen und deren Nachfolgern, besonders der zweiten Alija, rekrutierten sich die zukünftigen israelischen politischen und militärischen Leitungseliten und monopolisierten quasi die Staatsmacht²²¹. Dem „europäischen“ zionistischen Establishment würde damit bevorstehen, sich mit einer bunten ethnischen Bevölkerungspräsenz in Palästina auseinanderzusetzen. Dabei besaß die de facto Bevölkerungsmannigfaltigkeit der jüdischen Einwanderer das objektive Potenzial, sich zu einer nach innen und außen gerichteten Pluralität²²² zu entwickeln.

2.1.1.2 Jüdisches nationalpolitisches Bewusstsein

Eine innerzionistische Kontroverse entzündete sich an der Zielsetzung einer „Nation“ und wenn, welcher.²²³ Die Anhänger des kulturellen Zionismus (M. Buber usw.) setzten sich für jüdisch arabische Annäherung und die *binationale* Staatsidee ein und zeigten Bereitschaft zu konstitutionellen Kompromissen. Sie waren der Auffassung, dass der Zionismus etwas anderes als reiner jüdischer Nationalismus war.²²⁴ Organisationen wie Brit Shalom, die Liga für jüdisch arabische Verständigung und später Ihud vertraten solche Prinzipien. „Mit der Proklamation des jüdischen Nationalstaates war diese Richtung zionistischen Denkens in eine Randposition geraten.“²²⁵

Die meisten Neuankömmlinge, auch wenn sie ursprünglich nicht explizit von zionistischen Überzeugungen geleitet worden waren²²⁶, erklärten sich zu den *jüdisch national* orientierten Strömungen des Zionismus. „Nationaler Konsens“ war für sie der Schlüsselbegriff für alle Problemstellungen.²²⁷ Während der Osloer Verhandlungen würden die israelischen Leiter des gesamten politischen Spektrums auf das Behalten des jüdischen Charakters des Staats bestehen und sich der Rückkehr von palästinensischen Flüchtlingen in Gebiete, die schon unter israelischer Souveränität standen, generell widersetzen.

²²¹ Vgl. Davis, Uri: Israel: Utopia Incorporated. London. 1977. S.23-26.

²²² Vgl. Nieuwenhuijze, C.A.O.: Sociology of the Middle East. A Stocktaking and Interpretation. Leiden. 1971. S.258.

²²³ Steinbach, Udo: Ideengeschichte im Zeichen von Kolonialismus, Unabhängigkeitsbewegung und Modernisierung. In: Steinbach, Udo/ Robert, Rüdiger (Hrsg.): Der Nahe und Mittlere Osten. Politik. Gesellschaft. Wirtschaft. Geschichte. Kultur. Opladen. 1988. S.171.

²²⁴ Vgl. Ebd.

²²⁵ Ebd.

²²⁶ Wasserstein, Bernard: a.a.O. S.13.

²²⁷ Vgl. Steinbach, Udo: a.a.O. (1). S.171.

Einerseits trug der zionistische Ethnozentrismus die Spuren der sich in Europa verbreitenden *nationalpolitischen Ideenmuster*. Daneben kristallisierte er sich vor dem Hintergrund jüdischer *Verfolgung* (Polen und Russland) und Absonderung auf dem alten Kontinent am Ende des 19. Jahrhunderts.²²⁸ „The violent non-communication between Jews and other Europeans must necessarily have thrown (and kept) the Jews in isolation. (...) It could have resulted in an unusual degree of self-centredness, this being the means for self-continuation under adverse circumstances caused by largely unpredictable action by ‘the others’.“²²⁹ Angesichts des Holocaust verstärkte sich das Gefühl, bedroht zu sein, und ein allumfassendes, introvertiertes Sicherheitstrauma etablierte sich. Die Sicherheit des Landes zu garantieren, würde zu den Hauptanforderungen Israels in den 90er Jahren gehören. Gleichzeitig, auch wenn historisch entstanden und säkular orientiert, wurden die Anstrengungen des Zionismus mit *spezifischen*, religiös begründeten *Archetypen* untermauert. Die Fixierung auf Palästina als „Heimstätte“ und das Hebräische als Nationalsprache bezog sich auf biblische Schriften, die die Präsenz des jüdischen Volks im Lande vor 4000 Jahren bis zu seiner Vertreibung durch die Römer im 1. Jahrhundert n. Chr. (Vgl. Abb.23, Anhang) beschrieben. Den Höhepunkt jüdischen Glaubens und Selbstverständnisses stellte Jerusalem mit den Resten des Tempels dar (errichtet ursprünglich unter dem König Salomo, mehrmals zerstört und wieder aufgebaut), unter ihnen die sog. Klagemauer, „... wo die Juden seit Jahrhunderten beten und die Zerstörung ihres Tempels beklagen“²³⁰ (Vgl. Abb.24, Anhang). „Es zeigte sich, daß im Judentum heute nicht weniger als in der Vergangenheit die religiöse Botschaft eng mit politischen Forderungen verknüpft ist. ... und auch die laizistischen Kräfte Israels beziehen das Prinzip der Nationalität aus der Tora.“²³¹

Ziel der zionistischen Kolonisation in den vorstaatlichen Jahren war die Übernahme des *gesamten* Palästina.²³² So der israelische Historiker Benny Morris: „... Zionism was politically expansionist in the sense that from the start, its aim was to turn all of Palestine (and in the movement’s pre-1921 maps, the East Bank of the Jordan and the area south of the Litani River as well) into a Jewish state.“²³³ Sowohl *ahistorische*, religiös getragene nationale Ansprüche für jüdische Exklusivität im ganzen Land als auch *strategische*, ressourcenbezogene (Wasser, Ackerland) und militärische, Überlegungen wurden dabei verfolgt. In Bezug auf die

²²⁸ Vgl. Robert, Rüdiger: a.a.O. S.307.

²²⁹ Vgl. Nieuwenhuijze, C.A.O.: a.a.O. S.244.

²³⁰ Elon, Amos: Jerusalem. Innenansichten einer Spiegelstadt. Reinbek. 1992. S.23.

²³¹ Vgl. Palmieri, Ivano u. Pietro Palumbo u. Giovanni Zuanazzi: Der Mensch in der Geschichte. Demokratien, Diktatoren und Visionäre. Das 20. Jahrhundert. München. 2000. S.312.

²³² Vgl. Kimmerling, Baruch: Politizid. Ariel Sharons Krieg gegen das palästinensische Volk. Kreuzlingen/München. 2003. S.38.

²³³ Morris, Benny: Righteous Victims: A History of the Zionist-Arab Conflict, 1881-2001. 2. Aufl. New York. 2001. S.677.

grundlegenden Positionen Israels zu den jeweiligen Streitfragen in den 90er Jahren würde diese Tatsache eher eine Ähnlichkeit als eine Differenz zwischen den Ansichten der Arbeiterpartei und des Likud, damals den beiden größten Parteien in Israel, nach sich ziehen.²³⁴

„Einigendes Band für die Juden in der Diaspora waren über die Jahrhunderte stets der messianische Gedanke und die Idee von Heimkehr und Wiedererrichtung eines jüdischen Staates in dem ihnen 'von Gott gegebenen Land'.“²³⁵ Nach 1967 würden religiöse und nationalreligiöse Lobbyisten versuchen, den Weg für die israelischen Siedlungen in der Westbank und dem Gaza-Streifen freizumachen. „The role and place of Judaism in Israel is recognizedly a thorny matter. It might well be even more contested than it actually is, but for an awareness of Islam standing outside the gate.“²³⁶ Die Eroberung der beiden Gebiete 1967 würde andererseits beruhen u.a. auf Berücksichtigungen wie das Niederschlagen des palästinensischen Widerstands von dort aus auf israelisches Territorium. Die Idee von „Großisrael“ sollte sich als ein roter Faden durch die Geschichte des israelisch palästinensischen Konflikts ziehen.

Ferner formierten sich die ersten Generationen unter dem ideologischen Einfluss von Vorbildern wie dem *harten* Landpionier, dem *furchtlosen* Soldaten und dem *unnachgiebigen* Politiker – der Anfang einer Tradition von Glorifizierung der Taten zionistischer Aktivisten zum Nachteil ihrer kritischen realpolitischen Überprüfung.²³⁷ Im Wesentlichen waren die neuen Einwanderer vor Ort Stadtbewohner geworden. „Der typische jüdische Immigrant in Palästina wohnte in einer der drei großen Städte: in Jerusalem, Haifa oder Tel Aviv. Aber der Landwirt

²³⁴ Vgl. Chomsky, Noam: a.a.O. S.19-20.

Prof. Ilan Pappé vergleicht in diesem Zusammenhang die politischen Programme der beiden Parteien aus dem Jahre 1996. Beide setzten sich für die Behaltung der jüdischen Siedlungen in den 1967 okkupierten palästinensischen Gebieten. Die meisten Siedlungen sollten unter israelischer Souveränität bleiben. Beide betrachteten ganz Jerusalem als israelische Hauptstadt. Beide schienen, einen mit stark begrenzter Souveränität und reduziertem territorialem Umfang palästinensischen Staat zu akzeptieren. (Vgl. Pappé, Ilan: A History of Modern Palestine. One Land, Two Peoples. 2. Aufl. Cambridge. 2006. S.273)

²³⁵ Informationen zur politischen Bildung. Israel. Geschichte. Wirtschaft. Gesellschaft. Nr. 247. 2. Quartal 1995. S.5; Vgl. auch Hattstein, Markus: Weltreligionen. Köln. 1997. S.65.
Für biblische Zitate Vgl. Gen.13,12-15ff; Gen.15, 18ff; Num.13, 29ff; Gen.17, 3-8ff (Böckler, Annette (Hrsg.): Buch der Friedenspfade. Die Tora. Berlin. 2001.)

Die Metapher der Verheißung und Erwähltheit sind auch für das Christentum und den Islam charakteristisch und werden in dieser Arbeit nicht als konfliktträchtig per se betrachtet. (Vgl. dazu Galtung, Johan: Solving Conflicts. A Peace Research Perspective. Honolulu. 1989. S.38.) Hinsichtlich des Gegenstands und der Dynamik der israelisch palästinensischen Konfrontation muss darauf aufmerksam gemacht werden, dass umstrittene Einstellungen wie diese zur Rechtfertigung territorialer Ansprüche in Verletzung des auf demselben Territorium etablierten Lebens vor und nach der Entstehung des Staats Israel dienten. (Vgl. Hennig, Kurt (Hrsg. d. dt. Aus.): Jerusalem Bibellexikon. Neuhausen-Stuttgart. 1990. S.471.; Maier, Johann u. Peter Schäfer: Kleines Lexikon des Judentums. Bd.16. Stuttgart/Konstanz. 1981. S.148)

²³⁶ Nieuwenhuijze, C.A.O.: a.a.O. S.249.

Den ersten Zionisten war es wichtig, christliche Verbündete in der Region zu gewinnen, um der muslimischen Mehrheit gegenüber stark zu sein. (Vgl. Kimmerling, Baruch: a.a.O. (1) S.80-81; Vgl. Rokach, Livia: Israel's Sacred Terrorism: A Study Based on Moshe Sharett's Personal Diary, and Other Documents. (AAUG Information Paper Series: No. 23) 3.Aufl. 1986. (Chapter 5: Let Us Create a Maronite State in Lebanon) In: <http://www.chss.montclair.edu/english/furr/essays/rokach.html> abgerufen am 22.09.2001)

²³⁷ Vgl. Wasserstein, Bernard: a.a.O. S.33-36.

in den kollektiven Siedlungen, den *kibbuzim*, war für die Juden ein wichtiges Symbol.²³⁸ Die Notwendigkeit, eine unübertreffliche regionale militärische Größe zu sein und Stärke zur Absicherung jüdischer Vormachtstellungen in möglichst vielen Bereichen zu zeigen, wurde als wichtig angenommen.

Gegenüber den Arabern in Palästina reagierte der jüdische Nationalismus politisch im Grunde genommen subjektiv, konfliktträchtig und expansiv. Die klare Vorstellung wurde verfolgt, zielstrebig ein von ihnen mehrheitlich bewohntes Territorium zu erwerben.²³⁹ Beträchtliche demographische Veränderungen in Form von ‚Transfer‘ von Arabern aus Palästina nach Transjordanien oder auch noch darüber hinaus²⁴⁰ sollten dabei unternommen werden. „From its early inception and up to the 1930s, Zionist thinkers propagated the need to ethnically cleanse the indigenous population of Palestine if the dream of a Jewish state were to come true.“²⁴¹ Als krasses Beispiel erwies sich die Doktrin Plan D²⁴², die das jüdische Militär im März 1948²⁴³ (noch vor dem israelisch arabischen Krieg 1948-1949) konzipiert und während dessen mit der Zustimmung der jüdischen Politiker angewandt hat. Ein Territorium größer als Israel im UNO-Teilungsplan 1947 (Vgl. unten) zugeschrieben worden war, wurde in diesem Krieg erobert. Tausende von Palästinensern wurden aus ihrer Heimat absichtlich vertrieben oder verließen sie aus Vorsicht und Angst vor dem Krieg, ohne jemals ihr Recht auf Rückkehr²⁴⁴ ausüben zu dürfen.

Kulturell politisch zeichnete sich der Zionismus durch die Abwesenheit einer konstruktiven Wahrnehmung der lokalen arabischen Anstrengungen für politische Emanzipation aus (Vgl. 2.1.1.3). „... zionistischerseits wurde – und wird – der arabisch-muslimische Orient eher als Ort asiatischer (oder fundamentalistischer) Barbarei und jahrhundertelanger Lethargie emp-

²³⁸ Vgl. Hourani, Albert: a.a.O. S.396.

²³⁹ Auf dem 1. Zionistenkongress 1897 wurde darüber diskutiert, einen jüdischen Staat in Argentinien zu gründen. Dies wurde von den Delegierten abgelehnt. 1902/1903 schlug Großbritannien zu dem Zweck Zypern oder El-Arisch auf der Sinaihalbinsel vor. Später zog es diesen Vorschlag wegen eigener Kalküle zurück. Die letzte britische Offerte, der sog. „Nachtasyl“ im ostafrikanischen Protektorat Uganda bzw. Kenya, wurde auf dem 6. Zionistischen Kongress 1903 zurückgewiesen. (Vgl. Mejer, Helmut: a.a.O. S.150-155)

²⁴⁰ Vgl. Wasserstein, Bernard: a.a.O. S.96-99.

²⁴¹ Pappe, Ilan: Pappe on How Israel was Founded on Ethnic Cleansing. In: Socialist Worker online. Issue 2011. 29.07.2006. In: http://www.socialistworker.co.uk/article.php?article_id=9307#top abgerufen am 29.01.2007.

²⁴² Ausführlich zur Doktrin Plan D Vgl. Journal of Palestine Studies: Plan Dalet Revisited. Special Edition. Jg.XVIII. Nr.1. Herbst 1988. Heft 69. S.3-70; Morris, Benny: a.a.O. S.205-206; Kimmerling, Baruch: a.a.O. (1) S.23-30; Pappe, Ilan: The Ethnic Cleansing of Palestine. Oxford. 2006: Vgl. verschiedene Rezensionen des Buches unter: <http://www.ilanpappe.org/books.html> abgerufen am 30.05.2007; Ders.: a.a.O. (5) S.128-140; Ders.: Die Dämonen von 'Al Nakbah'. In: <http://www.zmag.de/artikel.php?id=138> Stand 17.05.2002, abgerufen am 29.01.2007; Hourani, Albert: a.a.O. S.437.

²⁴³ Vgl. Pappe, Ilan: a.a.O. : a.a.O. (5) S.128.

²⁴⁴ Das Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge wurde von der UNO-Generalversammlung 1948 anerkannt. (Vgl. Resolution A/RES/194 (III) vom 11.12.1948 der UNO-Generalversammlung. In: <http://domino.un.org/UNISPAL.NSF/a06f2943c226015c85256c40005d359c/c758572b78d1cd0085256bcf0077e51a!OpenDocument>)

funden, ein Klischee, das die ägyptischen, osmanischen und islamischen Reformanstrengungen des 19. Jahrhunderts ignorierte und eine eigene *mission civilisatrice* begründen wollte.“²⁴⁵

Die Eigenarten des jüdischen Nationalismus spiegelten sich in den politischen und militärischen Aktivitäten und der Organisation der einzelnen zionistischen Strömungen wider. Für den *politischen* Zionismus symbolisierten der UNO-Teilungsplan für Palästina 1947²⁴⁶ (Vgl. Abb.1a) und die Etablierung des Staats nach dem Krieg 1948-1949 eine bedeutende Errungenschaft. In dieser Tradition stand auch der von Wladimir Jabotinsky inspirierte, stark nationalistische *Revisionismus*. 1925 gründete Jabotinsky die Ha Tzohar-Partei als Gegenpol zu den wachsenden sozialistischen Parteien. „Er kritisierte insbesondere die Abweichung vom Gründungskurs von Herzl“²⁴⁷, trennte sich von der ZWO 1935-1946 und setzte sich militant für eine sofortige Staatsgründung ein. Die Revisionisten traten ursprünglich für ein „Großisrael“ beidseits des Jordan ein, also auf dem ganzen Mandatsgebiet von Großbritannien (Cis- und Transjordanien). Die Masseneinwanderung von Juden in kürzester Zeit, auch wenn dabei soziale, ökonomische, ökologische oder erzieherische Ziele in Gefahr geraten könnten, sowie die intensive industrielle Entwicklung waren von erstrangiger Bedeutung für sie.²⁴⁸ Unter den radikalen revisionistischen Organisationen zählten Irgun und Lehi (Vgl. unten). 1948 wurde die Herut-Partei unter der Führung von Menachem Begin ins Leben gerufen, die als Keimzelle für den späteren Likud-Block diente.

Unter den *praktischen* Zionisten überwogen diejenigen, die das Leben im neu kolonisierten Land nach *sozialistischen* Vorstellungen regulieren wollten. „Auf Grund des starken Übergewichts von Einwanderern aus Osteuropa, die größtenteils in ihrer alten Heimat sozialistischen Gruppen angehörten, dominierten innerhalb des *Jischuw* die sozialistisch orientierten Gruppierungen, die sich schon bald zu Blöcken zusammenschlossen.“²⁴⁹ Im Jahre 1930 entstand die Mapai (Arbeiterpartei im Lande Israel). Trotz nachfolgender Transformationen bildete sie den Kern der später regierenden Arbeiterpartei. 1948 kam es zur Bildung von Mapam (Partei der Vereinigten Arbeiter), die sich an vielen israelischen Koalitionsregierungen beteiligte und in den 90er als Teil des Meretz-Blocks aktiv war. Im Jahre 1920 wurde auch die Gewerkschaft Histadrut gegründet, die die Angelegenheiten der jüdischen Arbeiter koordinierte.²⁵⁰

²⁴⁵ Mejerer, Helmut: a.a.O. S.170. Die Hervorhebung gehört zum originalen Text.

²⁴⁶ Vgl. Resolution 181(II) 1947 der UNO Generalversammlung. In: <http://daccessdds.un.org/doc/RESOLUTION/GEN/NR0/038/88/IMG/NR003888.pdf?OpenElement> abgerufen am 21.09.2005.

²⁴⁷ Bornefeld, Andreas: Revisionisten. In: Bornefeld, Andreas: Israels Siedlungspolitik. Grundlagen des Nahostkonflikts. In: <http://www.bornpower.de/israel/revisio.htm> abgerufen am 28.01. 2004

²⁴⁸ Vgl. Ebd.

²⁴⁹ Steinbach, Udo: a.a.O. (1) S.169.

²⁵⁰ Vgl. Davis, Uri: a.a.O. S.125-155. Eigene Übersetzung.

Anfangs strebten die praktischen Zionisten eine Art sozialistisches Bündnis mit den arabischen Massen gegen die arabischen Großgrundbesitzer an. Seit den 30er Jahren kollidierten ihre pazifistischen Ideale wachsend mit den Imperativen der Machtpolitik und wichen zunehmend, auch in der Politik der späteren Arbeiterpartei, ideologischen und geostrategischen Argumenten ab, so dass sie in einem moralischen Dilemma steckten.²⁵¹

Die *religiöse* zionistische Strömung akzeptierte die Ziele des säkularen Zionismus erst einmal pragmatisch und sorgte sich in der vorstaatlichen Phase in erster Linie um den Aufbau eines separaten, religiösen und sozialen Netzwerkes. Organisiert politisch in der Mizrahi-Partei und der 1922 entstandenen Arbeiterbewegung Ha-Poel ha-Mizrahi wurde sie seit 1948 durch die *Nationalreligiöse Partei* in den Koalitionsregierungen der Arbeiterparteien vertreten. Seine Sympathisanten setzten sich aktiv für die Verwirklichung von religiösen Inhalten in der Politik ein.

Im Gegensatz zu den religiösen Zionisten erklärten sich die *ultraorthodox* orientierten Zuwanderer anfangs gegen die politischen Ideen des Zionismus, in dem sie einen aktiven Eingriff in den Verlauf der jüdischen Geschichte und einen falschen Messianismus sahen. Sie erwarteten die Verwirklichung eines Gottesstaats in Palästina und lebten streng nach dem Vorbild der religiösen Gesetze (Halacha) in isolierten Gemeinschaften mit Talmud- Tora(für die jüngeren Kinder)- und Jeschiwot(für die älteren Kinder)- Schulen. In der politischen Arena des Jschuw waren die meisten in der *Agudat-Israel-Partei* organisiert, die in der vorstaatlichen Phase wenig Einfluss auf die zentralen politischen Institutionen der Juden ausübte. Charismatische Führer wie der Lubawitscher Rebbe und Baba Sali bestimmten ihre Geschicke. Nachdem die ultraorthodoxen europäischen Zentren während des Zweiten Weltkriegs vernichtet und notgedrungen nach Israel und in die USA verlagert wurden (z.B. Habad Organisation der Lubawitscher, Zentrum Brooklyn, New York; Satmarer Chassidim von Rabbi Joel Teitelbaum, Zentrum Williamburg, New York, in Israel seit 1935 durch Neture Kartha vertreten), veränderte die Partei ihre Position und begann einen Kampf um den israelischen Staat zu führen, den sie nach ihren religiösen Vorstellungen verändern wollte.²⁵² Einige Sekten wie Neture Kartha behielten ihre antizionistischen Einstellungen.

²⁵¹ Vgl. Bornefeld, Andreas: Die „Araberfrage“. In: Bornefeld, Andreas: Israels Siedlungspolitik. Grundlagen des Nahostkonflikts. In: <http://www.bornpower.de/israel/araber.htm> abgerufen am 28.01.2004.

²⁵² Die Information über das religiöse Lager wurde ausgefertigt aufgrund folgender Materialien: Judaism in Israel http://atheism.about.com/library/world/AJ/bl_IsraelJudaism.html Stand Dez. 1988, abgerufen am 15.12.2003.; Bornefeld, Andreas: Die Orthodoxen in Israel. In: Bornefeld, Andreas: Israels Siedlungspolitik. Grundlagen des Nahostkonflikts. In: <http://www.bornpower.de/israel/araber.htm> abgerufen am 28.01.2004; Encyclopedia of the Orient http://lexicorient.com/e.o/neturei_karta.htm abgerufen am 13.12.2003.; The Making of the State - Five Historical Decisions. Ben Gurion Centenary 1886-1986 (Jewish Agency for Israel) <http://www.jafi.org.il/education/50/act/bg/bg3.htm> Stand Juli 1998, abgerufen am 13.12.2003.; Informationen zur politischen Bildung. a.a.O. S.44-47.

Schritt für Schritt formierte sich auch eine jüdische militärische Infrastruktur, die in der vorstaatlichen Periode vornehmlich aus drei Untergrundorganisationen bestand. Die Haganah, deren Mitglieder 1944 bis zu 36 000 zählten, galt als Vorläufer der modernen israelischen Armee.²⁵³ Nach der arabischen Revolte 1929 etablierte sie sich als eine alle zionistischen Richtungen umfassende, hierarchische Struktur, die über eigene Waffendepots verfügte. Am Anfang der 30er Jahre stand sie unter der Kontrolle der Mapai und Histadrut und der Führung von David Ben Gurion, dem ersten israelischen Ministerpräsidenten. Ihr aktiver Mitglied war auch Jitzhak Rabin. Während des Großen Arabischen Aufstands 1936-1939 kooperierte Haganah mit der britischen Administration und kämpfte während des Zweiten Weltkriegs für das Britische Kommando. Im Jahre 1931 gründete eine Gruppe ehemaliger Haganah-Mitglieder Irgun (Irgun Tzevai Leumi), die sich nachher formell an die Herut-Partei anschloss (agierte als Parteiarmee der Revisionisten) und seit 1943 unter der Leitung des späteren Ministerpräsidenten Menachem Begin stand. Nach einer Zerspaltung der Irgun entstand Lehi (Lohamei Herut Israel), in der ein anderer zukünftiger Ministerpräsident, Itzhak Schamir, eine führende Rolle spielte. Irgun und Lehi engagierten sich in terroristischen Aktionen gegen arabische und britische (besonders Lehi) Ziele, zu welchen das Deir-Yasin-Massaker (1948), etwa 200 Araber wurden getötet, die Jaffa-Attacke (1948) und die Ermordung des UN-Vermittlers für den Nahen Osten Graf Folke Bernadotte (Jerusalem, 1948) zu rechnen sind. In den Jahren 1945-1946 handelten Haganah, Irgun und Lehi zusammen.²⁵⁴

2.1.1.3 Reaktionen der arabischen Palästinenser

Inzwischen hatte der Nationalismus begonnen, sich im arabischen Palästina zu entfalten. In den beiden Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg gewann er deutlichere politische Konturen. Das Osmanische Reich war in jenem Moment im Wesentlichen ein türkisch arabischer Staat geworden. Innerhalb seiner arabischen Nahostprovinzen und speziell in den tradierten Verwaltungsgrenzen des größeren syrischen Kulturraums²⁵⁵ (etwa Syrien, Libanon, Palästina, Jordanien und Teile der Südosttürkei) war es zu einer intensiven, gemeinsamen (panarabischen) nationalpolitischen Selbstbesinnung gekommen. In der Anfangsphase bildete sich eine vom Zusammengehörigkeitsgefühl getragene Bewegung (vor allem in Damaskus), die sich vorrangig auf die Probleme der eigenen Identität und der politischen Struktur des Reiches richtete. Die arabische Vergangenheit und die jahrhundertlange islamische Tradition, die jedoch nicht unverändert blieb, wurden zurückgerufen. Allmählich wurden Wünsche für Unabhängigkeit bekannt gemacht.

²⁵³ Vgl. Informationen zur politischen Bildung. a.a.O. S.7.

²⁵⁴ Vgl. Davis, Uri: Israel: a.a.O. S.125-155; Chomsky, Noam: a.a.O. S.30-36.

²⁵⁵ Vgl. Mejcher, Helmut: a.a.O. S.170.

Nach dem Scheitern des Versuchs der Jungtürken im Jahre 1908, das Osmanische Reich zu liberalisieren, erhoben die Syrer immer nachdrücklicher ihre Forderung nach Besserstellung und Dezentralisierung der einzelnen Provinzen.²⁵⁶ 1916 rebellierte Scherif Husain aus Mekka, dem die Briten Hoffnungen auf arabische Unabhängigkeit, einschl. Palästina, gemacht hatten²⁵⁷, gegen den Sultan, und kämpfte bei der Eroberung Palästinas und Syriens durch die Entente-Mächte an ihrer Seite. Diese Territorien waren 1916 schon im geheimen anglofranzösischen Sykes-Picot-Abkommen²⁵⁸ in Einflusszonen geteilt (*Balkanisierung* des Nahen Ostens²⁵⁹) worden und verwandelten sich 1920 offiziell in britische und französische Mandatsgebiete.²⁶⁰ Ein ununterbrochener arabischer (muslimisch ausgeprägt) Selbstbestimmungsraum von Syrien bis Ägypten (von Asien bis Afrika) war unter den oben angerissenen strategischen Umständen um den Suez-Kanal herum am Ende des 19. Jahrhunderts für die anglofranzösische Politik nicht wünschenswert. „Damit war die Entwicklung des lokalen arabisch-jüdischen Konflikts in Palästina zum größeren regionalen und sogar internationalen Nahostkonflikt vorgezeichnet.“²⁶¹ Von dem Moment an würden sich einzelne Großmächte bemühen, „entwicklungspolitische Impulse für eine soziale und regionale Integration von Arabern und Juden“²⁶² zu produzieren, um diesen Konflikt beizulegen.

In Palästina setzte man sich mit dem Nationalismus, Osmanismus, dem islamischen Reformismus und dem Phänomen des Zionismus auseinander.²⁶³ Der palästinensische (arabische) Selbstbestimmungsanspruch hatte mehrheitlich „... insofern einen religiösen Aspekt, als Palästina zum einen Teil des ‚Gebiets des Islams‘ (dār al-islām) ist und zum anderen in ihm Jerusalem, eine der heiligsten Städte des Islams, gelegen ist.“²⁶⁴ Der al-Haram asch-Scharif (jüdische Bezeichnung: Tempelberg) in Jerusalem mit der Omar-Moschee (Felsendom) und der Al-Aksa-Moschee, galt als eine der drei heiligsten islamischen Stätten (Vgl. Abb.24, An-

²⁵⁶ Vgl. Hourani, Albert: a.a.O. S.378-379.

Das kollektive arabische Selbstbewusstsein kam auch auf den Allgemeinen Syrischen Nationalkongressen (1919, 1920) mit palästinensischer Teilnahme zum Vorschein.

²⁵⁷ Vgl. Moore, John Norton: a.a.O. S.5-21.

²⁵⁸ Vgl. Moore, John Norton: a.a.O. S.24-28.

²⁵⁹ Vgl. Mejcher, Helmut: a.a.O. S.170.

²⁶⁰ 1919 einigten sich Faisal, der Sohn von Husain, und Chaim Weizman, ZWO, über die Schaffung eines (großen) Arabischen Staats und Palästina. Unter der Bedingung, dass die arabischen Bauer und Pächter in ihren Rechten geschützt und in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung unterstützt würden, sollte die massenhafte jüdische Immigration nach Palästina stimuliert werden. Die gesamte Vereinbarung sollte ihre Gültigkeit sofort verlieren falls die arabische Unabhängigkeit nicht erreicht wurde. (Vgl. Das Weimann-Faisal-Abkommen ist abrufbar unter: <http://www.jewishvirtuallibrary.org/jsource/History/faisaltext.html> abgerufen am 25.09.2005)

Die tatsächlichen Umstände in Palästina und in der Region sowie die Frage nach der breiten gesellschaftlichen Legitimität des Abkommens stellen die Bedeutung des Dokuments in Frage.

²⁶¹ Mejcher, Helmut: a.a.O. S.170.

²⁶² Ebd. S.177.

²⁶³ Vgl. Hourani, Albert: a.a.O. S.401.

²⁶⁴ Steinbach, Udo: a.a.O. (2) S. 640.

hang).²⁶⁵ „During the Twentieth century, the place already steeped in religious symbolism assumed a potent nationalist significance as well. The emotional appeal of ... the Mosques have become a powerful symbol of the Palestinian national identity with their pictures found at nearly every Palestinian home (including those of Christians).“²⁶⁶

Im Jahre 1901 kam es zu den ersten Spannungen zwischen jüdischen Einwanderern und palästinensischen Bauern in der Region von Tiberias. 1909 wurden die zionistischen Aktivitäten im osmanischen Parlament in Istanbul durch einen palästinensischen Abgeordneten aus Jaffa zur Sprache gebracht. Kritik gegen den jüdischen Landerwerb wurde in Zeitungen in Kairo, Damaskus, Beirut und Haifa ("Al-Karmil") ausgeübt und in der im Jahre 1911 zum ersten Mal herausgegebenen palästinensischen Zeitung „Filastine“, die sich an ihre Leser als Palästinenser wand. Der 1919 in Jerusalem tagende Erste Palästinensische Nationalkongress sandte zwei Memoranden an die Friedenskonferenz in Paris, um gegen die Balfour-Deklaration zu protestieren und Unabhängigkeit zu verlangen.²⁶⁷

Entscheidend für die Verschärfung des Konflikts wirkte sich die Mandatszeit aus. Für die primär bäuerliche lokale Bevölkerung, insbesondere die Pächter und Arbeitnehmer, bedeutete der Landaufkauf durch die neuen Immigranten von arabischen Grundbesitzern eine fortschrittliche Zunahme deren Landlosigkeit²⁶⁸ und deren billige Rekrutierung als Arbeitskraft (Fellachen), die für den Architekten der jüdischen Besiedlung Arthur Ruppin als unersetzbar galt²⁶⁹. Die britische Politik wurde für die Palästinenser (Araber) zum Symbol der Doppeltzungigkeit des starken Westens. Der Kampf gegen seinen „Brückenkopf“ in der Region²⁷⁰ war zugleich ein Kampf für die eigene sozial-wirtschaftliche Existenz sowie politische Freiheit.

Die arabischen Palästinenser richteten keine aktiv handelnden Institutionen der kommunalen Selbstverwaltung ein. Einzelne Personen waren in verschiedenen Ministerien der britischen Administration oder in lokalen Verwaltungsräten tätig. Ihnen fehlten die finanziellen Investitionen, die die jüdische Diaspora zur Verfügung stellen konnte, um die durchgehende landwirtschaftliche und industrielle Entwicklung des Jischuw zu ermöglichen. Die religiösen Angelegenheiten der Muslime wurden durch den Muslimischen Generalrat geleitet, der parallel die Shari'a Gerichte, die sich mit dem Personenrecht beschäftigten, und die Waqf, religiöse

²⁶⁵ Vgl. Elon, Amos: a.a.O. S.23; Vgl. The Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs: Dictionary of Palestinian Political Term. In: http://www.passia.org/index_pfacts.htm Stand Mai 2003, abgerufen am 20.02.2004.

²⁶⁶ The Other Israel. Sept.-Oct. 1996. Nr.74-75. S.8.

²⁶⁷ Vgl. Khalil Sakakini Cultural Center: Chronologie der palästinensischen Al-Nakba. In: <http://www.alnakba.org/chronology/chronology.htm> abgerufen am 01.12.2006.

²⁶⁸ Vgl. Wasserstein, Bernard: a.a.O. S.45-53.

²⁶⁹ Vgl. Mejcher, Helmut: a.a.O. S.160-162.

²⁷⁰ Vgl. Steinbach, Udo: a.a.O. (2) S.646.

muslimische Stiftungen, koordinierte. Die arabischen Schulen waren am häufigsten auf Grundschulebene eingerichtet (partiell wurden sie von der britischen Administration unterstützt). „Die Ausbildung auf Mittelschulebene und darüber lag ... zum großen Teil in den Händen christlicher Missionen, die von Europäern oder Amerikanern geführt wurden.“²⁷¹ Insgesamt war die Ausbildung, noch mehr die Mädchen- und Hochschulbildung, hauptsächlich auf die Reichen und Privilegierten beschränkt.²⁷²

„Soziale und politische Loyalitäten waren in dieser Gesellschaft vertikal organisiert.“²⁷³ Zum großen Teil gehörten die Führer der arabischen nationalistischen Bewegung in Palästina den alten Familien der städtischen und/oder religiösen Notabeln und Großgrundbesitzer an, andere waren im osmanischen Heer aufgestiegen.²⁷⁴ „Der zentrale Konflikt ... war dementsprechend der Machtkampf zwischen diesen führenden Notabelfamilien ...“²⁷⁵ (z.B. die Husainis und die Nashashibis in Jerusalem, die Abboushi und die Abdul Hadi Familien in der Gegend von Jenin) „Dieser Faktionismus bildete den bestimmenden Faktor für den mangelnden Zusammenhalt der palästinensischen Gesellschaft und weist hin auf die Problematik der Herausbildung einer nationalen Gesellschaft.“²⁷⁶

Die allgemeine Situation der arabischen Bevölkerung in Palästina resultierte in einen teilweise spontan organisierten, teilweise uneinheitlichen Widerstand. Der bekannteste unter dessen Leitern war Haj Amin al-Husseini, der erste Präsident des Muslimischen Generalrats – energisch beteiligt an der Beeinflussung der arabischen Revolten 1929 und 1936-39. 1920 wählte der Palästinensische Nationalkongress ein Exekutives Komitee, das den politischen Kampf bis 1935 koordinierte. In den 30er Jahren wurden die ersten regulären Parteien gegründet – Istiqlal-(Unabhängigkeit)-Partei, Reformpartei, Palästinensische Arabische Partei, Verteidigungspartei. Angesichts der unruhigen Situation in Palästina wurde es im Vergleich zu anderen Mandatsgebieten Großbritanniens unter dessen direkte Kontrolle gestellt.

Nach den erfolglosen Schritten der Zionisten und von Baron Rothschild, das Eigentum über die Klagemauer und die nahe liegenden Viertel im 19. Jahrhundert zu erwerben, führten die Versuche jüdischer religiöser Anführer im Jahre 1928, den Status quo zu verändern, zu gewaltigen arabischen Protesten in verschiedenen Orten, die mit der Tötung von 67 Juden in

²⁷¹ Vgl. Hourani, Albert: a.a.O. S.399.

²⁷² Vgl. Ebd. S.399; Vgl. 83th Annual Publication. London. 1946. S.198.

²⁷³ Baumgarten, Helga: a.a.O. (1) S.32.

²⁷⁴ Zu den führenden Personen der arabischen Nationalbewegung in Palästina Vgl. The Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs: Palestine Facts: Personalities. In: http://www.passia.org/index_pfacts.htm abgerufen am 21.03.2007.

²⁷⁵ Baumgarten, Helga: a.a.O. (1) S.32.

²⁷⁶ Ebd.

Hebron und der Vertreibung der dortigen jüdischen Bevölkerung 1929 endeten.²⁷⁷ Die jüdische Einwanderung, die sich nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland besonders vermehrt hatte (Vgl. Tabelle 1), löste 1936 einen gewaltigen arabischen Aufstand aus, der selbst für die britischen Sicherheitskräfte schwierig zu bewältigen war. 1937 legte eine Königliche Kommission (die Peel-Kommission) nach ihrer Untersuchung der Konfliktverhältnisse einen Teilungsplan für Palästina vor, der einen kleinen jüdischen und einen größeren, an Transjordanien angeschlossenen arabischen Staat vorsah.²⁷⁸ Die arabischen Nationalisten akzeptierten ihn nicht und ein beträchtlicher Teil der Zionisten bekämpften ihn vehement als zu gering.²⁷⁹ Als 1939 durch ein britisches Weißbuch die legale jüdische Immigration für die nächsten fünf Jahre stark zu reduzieren war²⁸⁰, intensivierte sich der bewaffnete jüdische Widerstand.

1947 übergab Großbritannien ihr Palästina-Mandat den Vereinten Nationen. Vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Greuelthaten gegenüber dem jüdischen Volk in Europa ließ die Organisation in demselben Jahr einen Teilungsplan von einem speziellen Ausschuss ausarbeiten. Etwa 43% des Territoriums des Mandatsgebiets wurden für einen arabischen Staat bestimmt, 56% für einen jüdischen (bei ca. 7% jüdisch real besiedeltem Gebiet 1948, Vgl. 2.1.1.1) und einen internationalen Status für Jerusalem.²⁸¹ (Vgl. Abb.1a) Die jüdische Seite bestätigte den Plan, die arabischen Vertreter und die Palästinenser lehnten ihn ab. Der vorher jahrzehntelang systematisch betriebene jüdische Besiedlungs- und Entwicklungsprozess in Palästina erhielt seine erste breite internationale Legitimierung – dies unter dem Zeichen einer territorialen Asymmetrie zum Nachteil der einheimischen Bevölkerung. Nachdem Großbritannien seine letzten Truppen aus Palästina abgezogen hatte, wurde der Staat Israel am 14. Mai 1948 offiziell proklamiert.

Wegen der hohen Kriegskosten und der dadurch entstandenen Gebundenheit an seinen amerikanischen Verbündeten wurde es für Großbritannien immer schwieriger, alleine den Verlauf der Ereignisse in Palästina in die Bahn zu lenken. Die Rivalität um Märkte (1946 waren die

²⁷⁷ Ausführlich dazu: Palestine Facts: What was the Controversy over the Western Wall during the Mandate Period. In: http://www.palestinefacts.org/pf_mandate_western_wall.php Stand 2004, abgerufen am 23.02.2004.; Khalil Sakakini Cultural Center: Chronology. In: <http://www.alnakba.org/chronology/second.htm> Stand 1998, abgerufen am 11.12.2003; Vgl. Israelisches Außenministerium: Hebron: Historical Background and Statistics. In: <http://www.mfa.gov.il/MFA/Peace+Process/Guide+to+the+Peace+Process/Hebron+-+Background.htm> Stand 28. Okt. 1996, abgerufen am 20.09.2005.

²⁷⁸ Vgl. Moore, John Norton: a.a.O. S.150-183.

²⁷⁹ Vgl. Wasserstein, Bernard: a.a.O. S.94.

²⁸⁰ Vgl. Moore, John Norton: a.a.O. S.210-221.

²⁸¹ Vgl. Herz, Dietmar u. Julia Steets: a.a.O. S.30.

Der UNO Teilungsplan wurde integriert in Resolution 181 (II) der Generalversammlung. Vgl. <http://daccessdds.un.org/doc/RESOLUTION/GEN/NR0/038/88/IMG/NR003888.pdf?OpenElement> abgerufen am 21.09.2005.

USA das drittgrößte Importland für Palästina, ausschließlich der Importprodukte für das Militär und die N.A.A.F.I. (Marketenderei- und Truppenbetreuungsinstitution der britischen Streitkräfte)²⁸²) und Erdölförderung sowie der beginnende Kalte Krieg machten andererseits ein stärkeres amerikanisches und sowjetisches Regierungengagement im Nahen Osten unentbehrlich. Zu jenem Zeitpunkt war die Lobbyarbeit der jüdischen Gemeinschaft nicht nur in Großbritannien sondern auch in den Vereinigten Staaten viel aktiver geworden. Die war mit den Bemühungen des prominenten Juristen aus Boston Louis D. Brandeis, die amerikanische Zustimmung für die Balfour-Deklaration und Hilfeleistungen für die jüdische Gemeinschaft in Palästina während des Ersten Weltkriegs zu erlangen, in Gang gesetzt worden. „Was sich nach der Staatsgründung Israels bzw. in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts als eine Konstante des Nahostkonflikts erweisen sollte, nämlich die Austragung dieses Konflikts auch in der amerikanischen Innenpolitik bzw. auf dem Capitol, hat ihre Wurzeln im Lobbyismus der amerikanischen Zionisten im Jahre 1917.“²⁸³ 1922 wurde die britische Politik hinsichtlich der Errichtung einer jüdischen Heimstätte in Palästina offiziell in einer Resolution des US-Kongresses befürwortet.²⁸⁴ 1945 wandte sich Präsident Truman an den britischen Premierminister Clement Attlee, die Einwanderung von 100 000 auf dem alten Kontinent gedrängten Juden nach Palästina zu erlauben, um ihnen einen Zufluchtsort zu sichern.²⁸⁵ „Zudem wären die Überlebenden der Schoah in ihrer Mehrzahl wahrscheinlich lieber in die Vereinigten Staaten ausgewandert, wenn sich ihnen diese Möglichkeit geboten hätte, aber die zionistische Bewegung auch in den USA selbst gab ihrer Ansiedlung in einem jüdischen Staat den Vorzug.“²⁸⁶ Es sollte sich im Laufe der weiteren Eskalierung des israelisch palästinensischen Konflikts ein günstiges Bündel von persönlichen Beziehungen und Lobbyismusstrukturen, Hilfsmaßnahmen und innen- und außenpolitischen Strategien für die eine Konfliktpartei formieren.²⁸⁷

2.1.1.4 Fazit

In der frühen Periode der israelisch palästinensischen Auseinandersetzung zeigten sich bereits „... die Grundmuster, die auch seine weitere Geschichte bis ins 21. Jahrhundert bestimmen sollten“²⁸⁸. Eine Umwandlung in Richtung Konsolidierung der Konfliktrealitäten wurde in Gang gesetzt.

²⁸² The Statistical Yearbook. a.a.O. 85th Annual Publication London. 1948. S.1144 (Tabelle).

²⁸³ Mejcher, Helmut: a.a.O. S.164.

²⁸⁴ Vgl. Moore, John Norton: a.a.O. S. 234.

²⁸⁵ Vgl. Moore, John Norton: a.a.O. S.255.

²⁸⁶ Chomsky, Noam: a.a.O. S.32-33. und Fußnote 9 auf Seite 109 in demselben Buch.

²⁸⁷ Vgl. Mejcher, Helmut: a.a.O. S.166.

²⁸⁸ Mejcher, Helmut: a.a.O. S.177.

Die nationale Symbolik zwei Bevölkerungsgruppen begann, exklusive Rechte für sich zu beanspruchen und politische und militärische Aktionen zu legitimieren. Im Kern richteten sich die subjektiven ideologischen Ansprüche der beiden streitenden Seiten auf Selbstbestimmung auf demselben Territorium. Realpolitisch ging es um die historische Behinderung der zahlenmäßig überwiegenden, seit Jahrhunderten vor Ort ansässigen Araber, ihre natürlichen politischen Definitionsparameter in die Tat umzusetzen. In dieser Etappe war über zwei nationalpolitisch nicht endgültig konstituierte Kontrahenten zu sprechen.

In ihrer konfliktbedingten Koexistenz entwickelten sie sich kommunal, administrativ und sozial voneinander separiert, „... waren jedoch wirtschaftlich in verschiedenen Bereichen voneinander abhängig.“²⁸⁹ Eine strukturelle (formelle und funktionale) Konfliktsymmetrie fing an, sich zu formieren – mit der zionistischen Seite als *topdog* und der palästinensischen als *underdog*. Feindselige Attitüden und destruktives Verhalten waren beiden Gegnern zuzuschreiben. Der Erwerb von Land als unveräußerlichem Eigentum des jüdischen Volks und dessen organisatorische Stärkung in Palästina stießen auf zunehmende arabisch palästinensische Ohnmacht²⁹⁰ und riefen negative Reaktionen hervor. „The defeats and expulsions of the Palestinians by the Zionists before they declared the independence of the new Jewish state of Israel were more important for the Palestinian history than the better-chronicled war over Palestine that followed between the Arab armies and Israel.“²⁹¹

Von Beginn an nahm die Eskalationsspirale vertikale und horizontale Charakteristiken ein (zu der Zustimmung des jordanischen Monarchen der Teilung Palästinas und der britisch jordanischen Kooperation in dieser Hinsicht Vgl. 2.2). Während sich die arabische Bevölkerung in Palästina vor 1948 generell einem gemeinsamen arabisch syrischen kulturell-politischen Selbstverständnisareal als zugehörig empfand und vice versa (Vgl. 2.2), begünstigten die durch den europäischen Kolonialismus gezogenen Mandatsgrenzen den arabischen Regionalismus institutionell und dadurch die sozioökonomische und politische Konsolidierung der Gesellschaft in Palästina.²⁹²

Schon die Genesis des Konflikts enthielt eine Konfliktdeformation durch einen Dritten. Die energische britische Intervention (mit französischer und amerikanischer Zustimmung) – in Unterstützung der zionistischen Bemühungen als diplomatischer und bürokratischer Schirm – trug wesentlich zur Entstehung von Unterschieden in der sozialen Lage der streitenden Seiten bei. Die dritte Partei war sowohl mit der eigentlichen Konfliktstruktur als auch mit diplomatischen, administrativen und militärischen Konfliktbearbeitungsmaßnahmen zu identifizieren,

²⁸⁹ Kimmerling, Baruch: a.a.O. (1) S.22.

²⁹⁰ Vgl. Mejcher, Helmut: a.a.O. S.177-178.

²⁹¹ Khalidi, Rashid u. Phyllis Bennis: Modern Palestine. In: Bahr Lauren S./Johns, Bernard (Hrsg.): Collier's Encyclopedia. Bd.18. New York. 1995. S.369.

²⁹² Vgl. Baumgarten, Helga: a.a.O. (1) S.40.

um eigene Vorhaben im Nahen Osten zu verwirklichen. Dazu sollte die arabische Bevölkerung unter den Bedingungen einer von ihrer „überlegenen Kultur“ und „zivilisatorischen Mission“ überzeugten Mandatsadministration leben, die entschlossen war, eigene Standards für Gerechtigkeit, Ordnung und Wohlstand aufzuerlegen²⁹³. Das „balance of linkage“ zwischen ihr und den Konfliktparteien wog unumstritten zugunsten der zionistischen Aktivisten. Genauso wichtig war die zionistische Lobbyarbeit bei der beteiligten dritten Partei(en) d.h. die Instrumentalisierung des Dritten durch einen der Gegner.

2.1.2 Weitere Eskalation des Konflikts

2.1.2.1 Die Konfliktspirale von 1948 bis 1992

Die Verkündigung des israelischen Staats führte zum arabisch israelischen Krieg 1948-1949. In Übereinstimmung mit der schon früher entworfenen sog. Doktrin Plan D (Vgl. 2.1.1.2) verwirklichte Israel im Laufe des Kriegs seine erste bedeutende unumkehrbare territoriale Erweiterung. Nach dem Kriegsende befanden sich schon etwa 75% des gesamten Palästina (ca. 20.700 km²), inkl. Westjerusalems, unter seiner Herrschaft.²⁹⁴ Damit wurde das durch UNO 1947 für einen jüdischen Staat vorgesehene Territorium überschritten (Vgl. Abb.1). Die 1949 verabredeten Waffenstillstandslinien wurden als Grenzen des neuen Staats international anerkannt. Durch ihre Anerkennung sowie die Anerkennung der späteren Resolution 242 des UN-Sicherheitsrats, in der Israel aufgefordert wurde, sich aus den 1967 eroberten Gebieten zurückzuziehen (Vgl. unten), wurde der vorangegangene jüdische Siedlungsprozess praktisch mit anerkannt²⁹⁵. 1949 blieben der Gaza-Streifen unter ägyptischer und die Westbank und der östliche Teil von Jerusalem unter jordanischer Kontrolle.

In dem Sechs-Tage-Krieg 1967, „... einem Krieg, den Israel schon von langer Hand sorgfältig geplant hatte“²⁹⁶, wurden die letzten drei Gebiete durch Israel militärisch besetzt. Ostjerusalem wurde 1967 administrativ annektiert²⁹⁷ und 1980 zusammen mit Westjerusalem zur „ewigen und unteilbaren Hauptstadt Israels“²⁹⁸ erklärt.

²⁹³ Vgl. Hourani, Albert: a.a.O. S.396.

²⁹⁴ Vgl. Osman'czyk, Edmund Jan: a.a.O. Bd.2. S.1178.

²⁹⁵ Vgl. Hass, Amira: Hass, Amira: Morgen wird alles schlimmer. Berichte aus Palästina und Israel. München. 2006. S.205.

²⁹⁶ Kimmerling, Baruch: a.a.O. (1) S.34. Zu den provokatorischen Handlungen Israels in Bezug auf die Westbank und den Gaza-Streifen Vgl. Rokach, Livia: a.a.O. (Introduction)

²⁹⁷ Moore, John Norton: a.a.O. S.950.

²⁹⁸ Vgl. Israelisches Außenministerium: Basic Law: Jerusalem, Capital of Israel. In:

<http://www.mfa.gov.il/mfa/go.asp?MFAH00hf0> Die deutsche Übersetzung in den Anführungszeichen wurde übernommen von Ries, Matthias: a.a.O. S.208.

Official UNRWA Palestinian Refugee Camps, November 1993

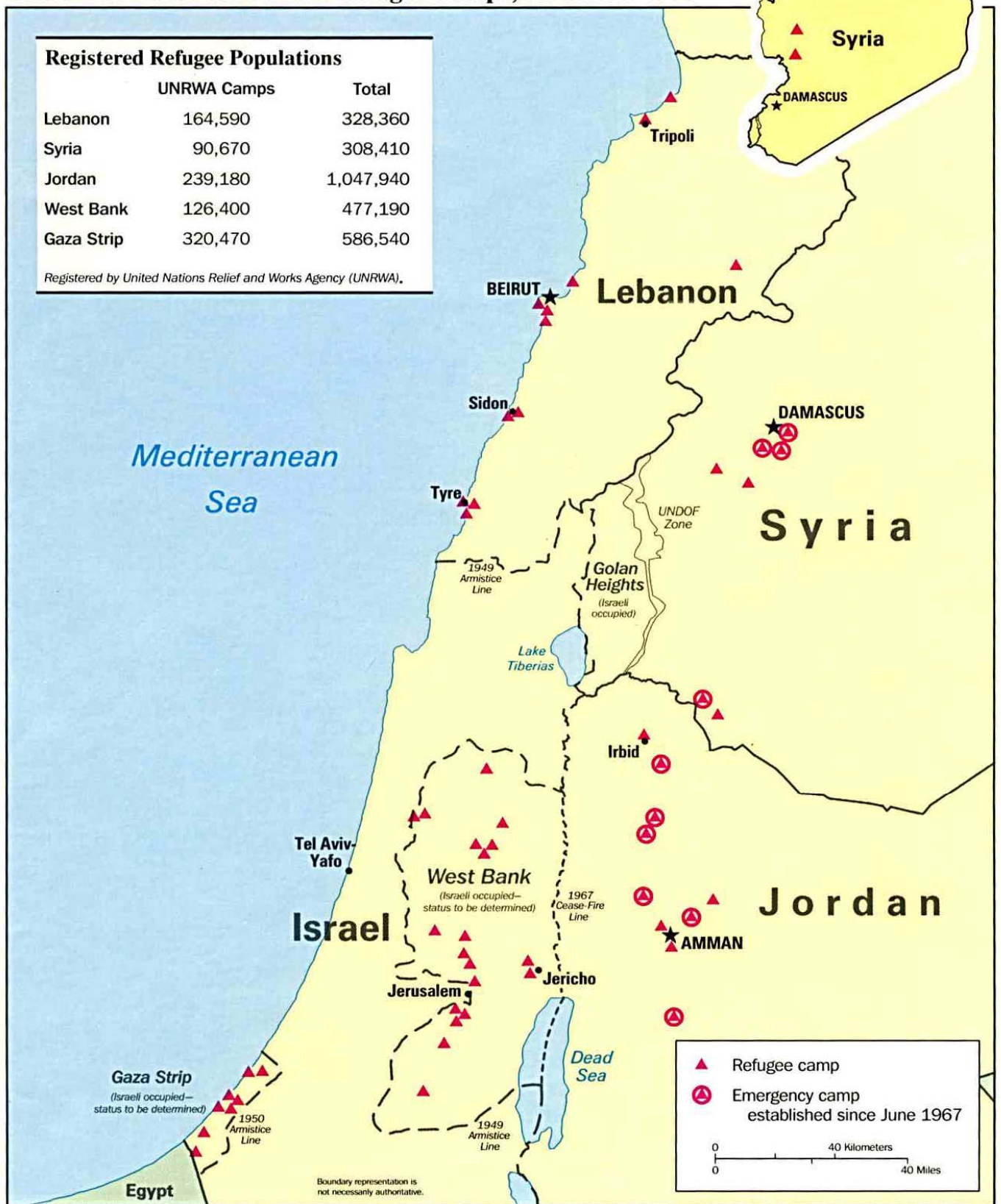


Abb. 2: Palästinensische Flüchtlingslager nach offiziellen Angaben von UNRWA, November 1993 (Quelle: University of Texas Libraries: Map Collection: http://www.lib.utexas.edu/maps/middle_east_and_asia/p_refugee_camps.jpg abgerufen am 26.09.2005)

Parallel fanden demographische Veränderungen entlang der Konfliktspirale statt. Etwa 750 000 Flüchtlinge²⁹⁹, beinahe zwei Drittel der arabischen Bevölkerung Palästinas, verließen ihre einheimischen Siedlungen und wurden in Jordanien, Libanon, Syrien, der Westbank und dem Gaza-Streifen untergebracht. Ihre Dörfer und Stadtteile wurden in rein jüdische Orte umgewandelt.³⁰⁰ Eine weitere Auswanderungswelle von 200 000 Menschen aus der Westbank wurde durch die israelischen Militärhandlungen 1967 in Richtung Jordanien ausgelöst.³⁰¹ Das Phänomen der palästinensischen Flüchtlingslager (Vgl. Abb.2) und der palästinensischen Diaspora im Allgemeinen (Vgl. Abb.3) mit allen daraus folgenden sozialen, wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen wurde zur Welt gebracht (Vgl. 2.1.2.3).

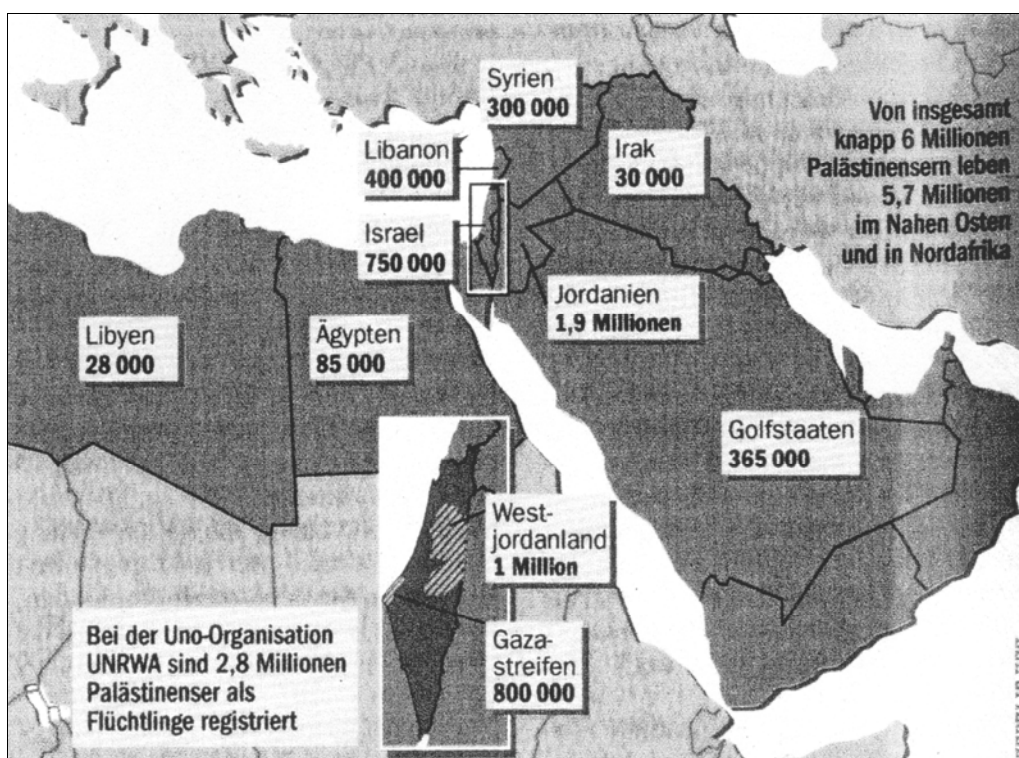


Abb. 3: Die palästinensische Diaspora (1993) (Quelle: Der Spiegel, Jg.47, Heft 39/1993, S.178)

Im Jahre 1993 wurden über 2,8 Millionen Menschen von UNRWA (UNO-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge) als Flüchtlinge registriert. Von diesen lebten etwa 38% (mehr als 1 Million Menschen) in der Westbank und dem Gaza-Streifen.³⁰² Keinem der palästinensischen Flüchtlinge wurde die Rückkehr in seine Heimat durch Israel erlaubt.

Zum anderen wurden die Bedingungen zur Vermehrung der Zahl der jüdischen Bevölkerung Israels/Palästinas geschaffen (Vgl. Tabelle 2). Neue Brisanz erhielt diese Entwicklung nach

²⁹⁹ UNRWA Angaben (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East), publiziert in: The International Year Book and Statesmen's Who's Who 1994/95. 42. Aufl. East Grinstead. 1994. S.57.

³⁰⁰ Vgl. Pappe, Ilan: a.a.O. (2)

³⁰¹ Vgl. Wasserstein, Bernard: a.a.O. S.366; Pappe, Ilan: a.a.O. (2)

³⁰² UNRWA Angaben (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East), publiziert in: The International Year Book and Statesmen's Who's Who 1994/95. 42nd edition. East Grinstead. 1994. S.57.

der Staatsgründung mit der Einwanderungswelle aus arabischen Staaten (einige Juden wurden vertrieben nach der Gründung Israels, viele wurden durch die israelische Regierung zu diesem Zweck umworben³⁰³) und ab 1990 durch die ImmigrantInnen aus der ehemaligen Sowjetunion. (Vgl. Tabelle 3)

Jahr	Drusen	Christen	Muslime	Juden	Bevölkerung am Jahresende
1950	15, 0	36, 0	116, 1	1, 203, 0	1, 370, 1
1960	23, 3	49, 6	166, 3	1, 911, 3	2, 150, 4
1970	35, 9	75, 5	328, 6	2, 582, 0	3, 022, 1
1980	50, 7	89, 9	498, 3	3, 282, 7	3, 921, 7
1990	82, 6	114, 7	677, 7	3, 946, 7	4, 821, 7
1991	84, 8	128, 0	701, 4	4, 144, 6	5, 058, 8
1992	87, 1	140, 9	725, 4	4, 242, 5	5, 195, 9
1993	89, 3	151, 8	751, 4	4, 335, 2	5, 325, 8

Tabelle 2: Die Bevölkerung Israels nach Religion und Bevölkerungsgruppe 1950-1993 (am Ende des jeweiligen Jahres, in Tausend) (Quelle: Israelisches Zentralamt für Statistik: http://194.90.153.197/shnaton54/st02_01.pdf , eigene Übersetzung und Modifikation)

Jahr	Einwanderer des vorangegangenen Jahres	Bevölkerung am Jahresende
1948	119, 0	872, 7
1960	24, 5	2, 150, 4
1970	36, 8	3, 022, 1
1980	20, 4	3, 921, 7
1990	199, 5	4, 821, 7
1991	176, 1	5, 058, 8
1992	77, 1	5, 195, 9
1993	76, 8	5, 325, 8

Tabelle 3: Anteil der israelischen Neueinwanderer an der Gesamtbevölkerung 1948-1993 (in Tausend), berechnet nach Angaben des israelischen Zentralamtes für Statistik. (Quelle: Informationen zur politischen Bildung. Israel. Geschichte. Wirtschaft. Gesellschaft. Nr. 247. 2. Quartal 1995. S.64, eigene Modifikation)

Eine eigene Brisanz erhielten die territorialen und demographischen Dimensionen des Konflikts in den 1967 durch Israel okkupierten Territorien Palästinas, noch mehr weil sie bis dahin hauptsächlich von einer schnell anwachsenden arabischen Bevölkerung besiedelt worden waren. So wurde dort palästinensischer Grund beschlagnahmt und zu israelischem Staatsland erklärt, das vollständig mit jüdischem Land gleichgesetzt wurde³⁰⁴ und jüdische Siedlungen wurden gegründet „Als wichtigste Methoden, palästinensisches Land unter israelische Kontrolle zu bringen, sind zu nennen: ‚Beschlagnahme für militärische Zwecke, ‚Schließung‘ für militärische Übungen, Übernahme von jordanischem Staatsland, Übernahme des Eigentums von Abwesenden durch einen Treuhänder, Enteignung für öffentliche Zwecke, Erklärung von nicht registriertem Land zu Staatsland, Wiederinbesitznahme ehemals jüdischen Bodens und

³⁰³ Vgl: Zu den zielstrebigem Bemühungen der zionistischen Leiter des jungen israelischen Staats, Juden aus dem Nahen Osten und Nordafrika als Ersatz für die ausgewanderten palästinensischen (vor allem landwirtschaftlichen) Arbeitskräfte anzuziehen Vgl. Davis, Uri: a.a.O. S.34-35.

³⁰⁴ Vgl. Hass, Amira: a.a.O. S.198-199.

Kauf.“³⁰⁵ Den Palästinensern dagegen wurde der Hausbau erschwert und eine beabsichtigte Planlosigkeit ihrer Wohnorte war zu beobachten.³⁰⁶ Separate Straßen, die ausschließlich von Juden benutzt werden durften, verbanden die jüdischen Wohnorte miteinander quer über die Westbank. Als die Israelis die Westbank unter eigene Kontrolle gebracht hatten, besaßen sie de jure nur 3000 ha (=0,5 %) des Gebietes, überwiegend vor 1948 in Besitz gekommen. 1991 waren dies nach verschiedenen Schätzungen zwischen 50 und 65 %, plus 40% des Gaza-Streifens.³⁰⁷

Eine spezielle Rolle spielte die israelische Politik bezüglich Ostjerusalems. Als es sich unter jordanischer Souveränität befand, zählten zu seinem Umfang 6 km². Bei seiner Annexion durch Israel 1967 wurden weitere 64 km² von dem Umgebungsland im Westjordanland seinem Areal administrativ hinzugefügt, zum Nachteil palästinensischer Dörfer und Städte.³⁰⁸

“One central goal has dictated municipal planning policy: to create a demographic and geographic reality that will preempt any challenge to Israeli sovereignty in East Jerusalem.”³⁰⁹

Als Konsequenz betrugen das gesamte israelische Territorium 1993 auf 20, 770 km², einschl. 70 km² selbst eingemeindeten Territoriums in und um Ostjerusalem herum, der Gaza-Streifen auf 378 km² ³¹⁰ und die Westbank, ohne Ostjerusalem vor 1967, auf 5, 633 km².³¹¹ Die Vereinten Nationen betrachten die pre-1967-Grenzen Israels (die *Grüne Linie*) als die internationalen Grenzen des Staats.³¹²

Seit 1967 setzte sich die Präsenz jüdischer Siedlungen progressiv außerhalb der Grünen Linie durch³¹³ (die UNO qualifiziert(e) diese Schritte als illegal) (Vgl. Abb.4). Der Akzent wurde auf die Westbank gelegt. Aufgrund der Statistiken des israelischen Statistikamtes konstatiert Foundation for Middle East Peace, dass dort und im Gaza-Streifen (ohne Ostjerusalem) im Jahre 1993 116 400 jüdische Siedler leben.³¹⁴

³⁰⁵ Baumgarten, Helga: a.a.O. (1) S.270.

³⁰⁶ Vgl. Hass, Amira: a.a.O. S.198-199.

³⁰⁷ Ausführlich zum Ausbau der israelischen Siedlungen Vgl. Bornefeld, Andreas: Israels Siedlungspolitik. Grundlagen des Nahostkonflikts. In: <http://www.bornpower.de/israel/index.htm> abgerufen am 28.01.2004; Baumgarten, Helga: a.a.O. (1) S.270-271.

³⁰⁸ Vgl. Felner, Eitan: A Policy of Discrimination: Land Expropriation, Planning and Building in East Jerusalem. S.10. (B'Tselem: Publications) In:

http://www.btselem.org/Download/199505_Policy_of_Discrimination_Eng.doc Stand Mai 1995, abgerufen am 26.03.2007.

³⁰⁹ Ebd. S.5.

³¹⁰ Vgl. Osman'czyk, Edmund Jan: a.a.O. Bd.2. S.765.

³¹¹ Vgl. Osman'czyk, Edmund Jan: a.a.O. Bd.4. S.2682.

³¹² Vgl. Osman'czyk, Edmund Jan: a.a.O. Bd.3. S.1741.

³¹³ Vgl. Peace Now: Settlements List. In: <http://www.peacenow.org.il/site/en/peace.asp?pi=57> abgerufen am 29.09.2006.

³¹⁴ Vgl. The Foundation for Middle East Peace: Israeli Settler Population 1972-2006. In:

http://www.fmep.org/settlement_info/stats_data/settler_populations/Israeli_settler_population_in_occupied_territories.html abgerufen am 01.11.2007.



Abb. 4: Israelische Siedlungen in den besetzten palästinensischen/arabischen Gebieten 1991 (Quelle: United Nations Information System on the Question of Palestine UNISPAL: <http://domino.un.org/UNISPAL.NSF/cf02d057b04d356385256ddb006dc02f/c9a6bcd52cbcbd2e85256e28005a2008!OpenDocument> Stand Sept. 1991, abgerufen am 07.07.2005)

Nach Angaben der Weltbank leben in den beiden Gebieten in jenem Jahr 1,8 Millionen arabische Palästinenser³¹⁵. 152 800 Juden lebten im annektierten Ostjerusalem.³¹⁶

„Nach 1967 wurde Tausenden von Palästinensern, die im Westjordanland oder dem Gaza-Streifen geboren waren, sich 1967 jedoch zufällig im Ausland aufgehalten hatten, das Bleibe-recht vorenthalten.“³¹⁷ Denjenigen in Ostjerusalem, die in jenem Jahr vor Ort waren, wurde ein sog. Daueraufenthalt gestattet. Unter bestimmten Bedingungen wurde es ihnen erlaubt, israelische Staatsbürgerschaft zu beantragen (aus politischen Gründen verzichteten die meis-ten von ihnen darauf)³¹⁸.

„Die israelische Besetzung der Westbank, Ost-Jerusalems und des Gaza-Streifens vom Juni 1967 nahm sehr schnell dauerhafte Formen an, erhielt eine immer komplexere Struktur und wurde nach und nach zum System.“³¹⁹ Ideologische, ressourcenbezogene, politische und mili-tärische Überlegungen wurden durch die israelischen Regierungen ins Spiel gebracht. Baruch Kimmerling verweist auf „... den Wunsch des gesamten Spektrums der israelischen Gesell-schaft (nach 1967, d. Verf.), das historische Herzland des jüdischen Volkes in der Westbank zu annektieren, ohne die arabischen Einwohner mit zu übernehmen“³²⁰ (zu den zentralen Re-gionen der alten jüdischen Königreiche Vgl. Abb.23, Anhang). „Ferner gelang es Gush Emu-nim (der Siedlerbewegung, d. Verf., Vgl. 2.1.2.2), ... , die verborgenen Codes einer politi-schen Gesellschaft aus Immigranten und Siedlern wieder aufzufrischen, die seit 1948 ihre Gültigkeit verloren hatten. Daher wurden auch die weltlichen Eliten zu Verbündeten von Gush Eminus, da sie der religiöse Kodex der Juden (*Halacha*) und eine gewisse Sympathie für die Handlungen von Gush Emunim verbanden.“³²¹ In einer extremen Variante strebte das religiöse Lager die komplette Besiedlung der gegebenen Territorien an. Provokativ tauchten manche (national)religiöse Siedlungen in den am dichtesten bevölkerten arabischen Regionen (z. B. Ariel, Kiryat Arba), sogar mitten in der Stadt Hebron auf.

Im Anschluss an die Besetzung begann Israel, die wichtigsten natürlichen Ressourcen der neuen Territorien (Land, Wasser und Steinbrüche) für seine eigenen Zwecke zu enteignen.³²²

³¹⁵ Vgl. Diwan, Ishac u. Michael Walton: Zur Wirtschaftslage in den Regionen Westbank und Gaza: Vom ab-hängigen zum autonomen Wachstum. In: Finanzierung&Entwicklung. 31.Jg. Nr.3 Sept. 1994. S.3.

³¹⁶ Vgl. The Foundation for Middle East Peace: Israeli Settler Population 1972-2006. In: http://www.fmep.org/settlement_info/stats_data/settler_populations/Israeli_settler_population_in_occupied_terri-tories.html abgerufen am 01.11.2007.

³¹⁷ Hass, Amira: a.a.O. S.204.

³¹⁸ Vgl. Felner, Eitan: A Policy of Discrimination: Land Expropriation, Planning and Building in East Jerusalem. S.11. (B'Tselem: Publications) In: http://www.btselem.org/Download/199505_Policy_of_Discrimination_Eng.doc Stand Mai 1995, abgerufen am 26.03.2007.

³¹⁹ Baumgarten, Helga: a.a.O. (1) S.270.

³²⁰ Kimmerling, Baruch: a.a.O. (1) S.15.

³²¹ Kimmerling, Baruch: a.a.O. (1) S.38. Die Hervorhebung gehört zum originalen Text.

³²² Vgl. Hass, Amira: a.a.O. S.197.

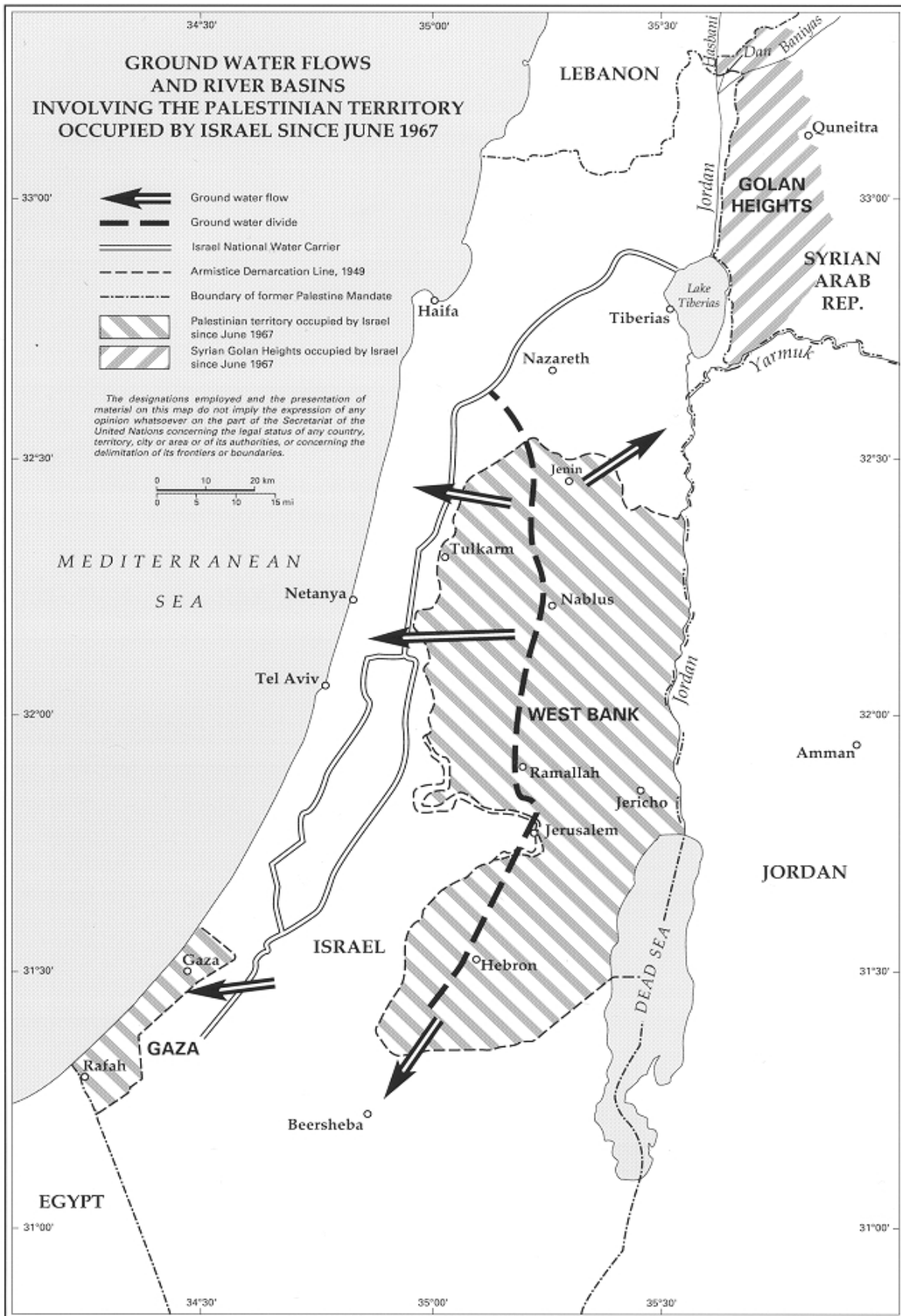


Abb. 5: Grundwasserressourcen in Palästina (Quelle: United Nations Information System on the Question of Palestine UNISPAL:

<http://domino.un.org/UNISPAL.NSF/cf02d057b04d356385256ddb006dc02f/2038e590b06d602285256e2800735c01!OpenDocument> Stand 1. 09. 1991, abgerufen am 01.06.2004)

Die Israelis hingen „... in zunehmendem Maß von den wasserführenden Schichten des Inlands ab, die sich vornehmlich unter dem Westjordanland befinden“³²³ (etwa ein Viertel des in Israel verwendeten Wassers³²⁴). (Vgl. Abb.5) „... zumal die Siedler auch noch niedrigere Preise für das Wasser bezahlten. Im Gazastreifen wurden den israelischen Siedlern in den achtziger Jahren zwei- bis dreimal so hohe Wasserquoten zugeteilt wie ihren palästinensischen Nachbarn.“³²⁵ Nicht zuletzt wurden im Rahmen der einzelnen Regierungskoalitionen innenpolitischen Machtansprüchen Vorrecht gegeben und Abtretungen vor der Siedlerbewegung oder (national)religiösen Parteien/Gruppen gemacht, die sich nach der Zurückgewinnung der biblischen „Judäa“ und „Samaritanien“ sehnten. Lange Jahre wurde der Siedlungsbau administrativ erweitert, finanziert und mit notwendiger Infrastruktur durch die Regierungen ausgerüstet – dabei wurden jegliche Existenz bezogene Sicherheitsargumente übertroffen.

In der Öffentlichkeit wurden die Übernahme der Westbank und des Gaza-Streifens und ihre territoriale Zerstückerung durch die Siedlungen und militärische Einrichtungen Israels ständig mit strategischen Sicherheitsgründen gerechtfertigt (Vgl. Abb.6). Die Wichtigkeit dieser Territorien für das Überleben und die Verteidigung des Landes wurde unterstrichen. Gleichzeitig wurde alle die Jahre bis 1993 offiziell daran festgehalten, dass sie für den Frieden mit den arabischen Staaten austauschbar waren.³²⁶ Der sog. Jerusalem-Sattel, der sich von Jerusalem über Jericho bis hin zum Jordan-Tal erstreckt und den Jordaniern als Aufmarschgebiet gedient hat, und die westliche Bergkette im nördlichen Teil der Westbank, die einen Überblick auf die Hälfte der israelischen Küstenlinie anbietet,³²⁷ gewannen für Israel an Bedeutung. Dazu sollten Siedlungen im Jordan-Tal die palästinensischen Wohnräume in der Westbank einkreisen und die Kontinuität zwischen dem Norden Israels und der Negev-Wüste im Süden ermöglichen. Die Siedlungen in der Nähe von Rafah im Gaza-Streifen sollten die Grenzen gegen Ägypten absichern.³²⁸

³²³ Wasserstein, Bernard: a.a.O. S.82.

³²⁴ Vgl. Ebd. S.84.

³²⁵ Ebd. S.82.

³²⁶ Vgl. Ebd. S.106-107; Kimmerling, Baruch: a.a.O. (1) S.35.

³²⁷ Seit 1994, als das erste palästinensische Selbstmordattentat ausgeübt wurde, behauptet Israel, dass es ihm die Kontrolle über den westlichen Teil der Westbank wichtig sei, um nicht nur mit existentiellen Gefahren umgehen, sondern auch über eine Pufferzone entlang der Grünen Linie gegen terroristische Akte verfügen zu können. (Vgl. Gvirtzman, Haim: Maps of Israeli Interests in Judea and Samaria. Determining the Extent of the Additional Withdrawals: The Map of Defense Interests. (Begin-Sadat Center for Strategic Studies, Bar-Ilan University: Security and Policy Studies Nr.34) In: <http://www.biu.ac.il/Besa/books/maps.htm> Stand 08.02.1998, abgerufen am 27.03.2007.)

³²⁸ Zu den israelischen militärstrategischen Überlegungen Vgl. Bornpower, Andreas: Israels Siedlungspolitik: Der Allon-Plan als Grundlage. In: <http://www.bornpower.de/israel/allon.htm> abgerufen am 26.03.2007.

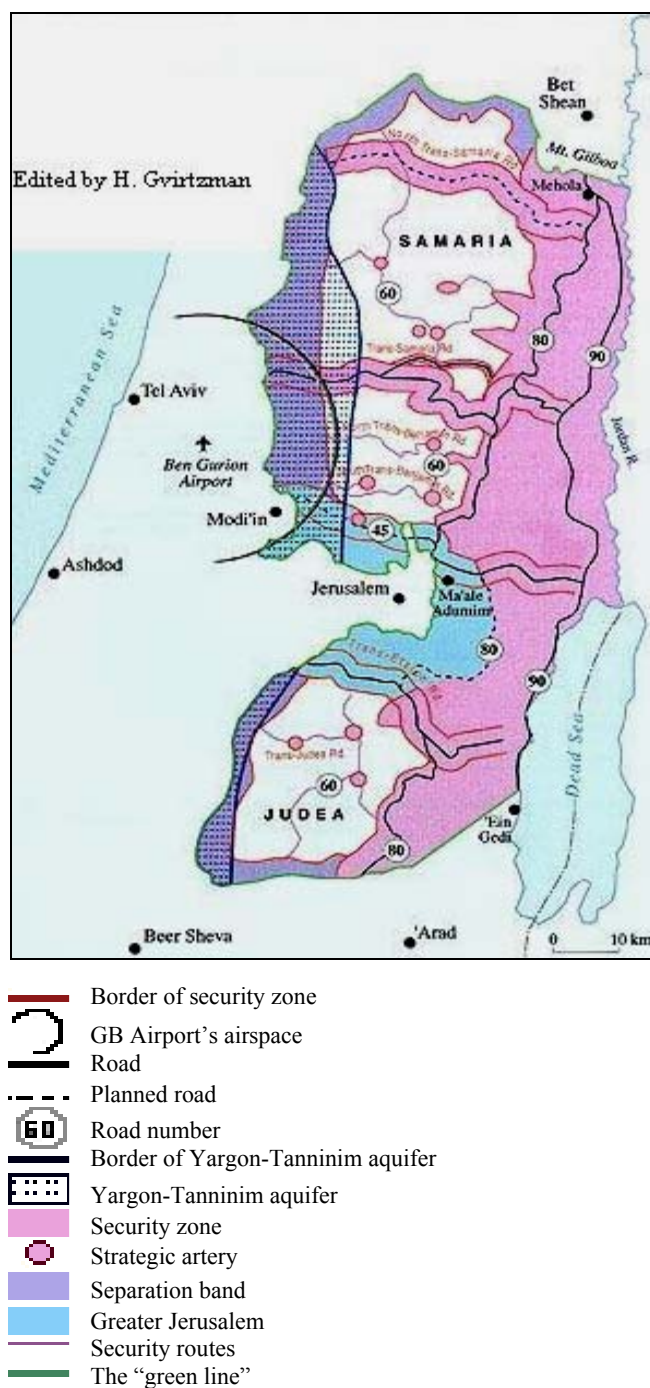


Abb. 6: Israelische Sicherheitsansprüche in Palästina (Quelle: Gvirtzman, Haim: Maps of Israeli Interests in Judea and Samaria. Security and Policy Studies Nr.34, Begin Begin-Sadat Center for Strategic Studies, Bar-Ilan University: The Map of Defense Interests. In: <http://www.biu.ac.il/SOC/besa/books/maps/mapdef.htm> Stand 23.12.1997, abgerufen am 03.11.2007, eigene Modifikation)

„Obwohl der Siedlungsprozess nicht auf einen landesweiten ideologischen Konsens bauen konnte und sogar Gegenstand erbitterter Kontroversen innerhalb der politischen Landschaft Israels war ... wäre es niemals zu der Besiedlung gekommen, wenn der israelische Staat diese Bezirke nicht als offene Grenzgebiete angesehen hätte.“³²⁹

³²⁹ Kimmerling, Baruch: a.a.O. (1) S.41.

Nichtsdestoweniger hatten die Geographie und Demographie der Zuspitzung des israelisch palästinensischen Konflikts sozioökonomische Konsequenzen zur Folge. Die Ressourcen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Palästina, inkl. in den okkupierten Territorien, standen ausschließlich in israelischen Händen.³³⁰ Der Hauptwirtschaftssektor im Westjordanland und Gaza-Streifen, die Landwirtschaft, litt zusätzlich unter Zerstörung von Bäumen und landwirtschaftlichen Flächen, Exportrestriktionen, israelischer Subventionspolitik zugunsten der israelischen Landwirtschaft, streng begrenzter Bewässerung, keinen Steuervergünstigungen für die hohen Zollsätze beim Import von agrarischen Inputs. Ähnliche Maßnahmen führten zu einem unterentwickelten Industriesektor ohne bedeutende Investitionen, der vor allem auf der Verarbeitung in kleinen Werkstätten basierte und seit 1968 auf 8% des BIP stagnierte. Das BIP pro Kopf der Bevölkerung in Gaza betrug 1993 1 700\$ und in der Westbank 2 000\$ (in Israel 15 000\$).

Die besetzten Westbank, Gaza-Streifen und Ostjerusalem funktionierten für Israel als der zweitgrößte Exportmarkt und eine billige, nichtorganisierte³³¹ Arbeitskraft- und eine günstige Steuerquelle. Ende der 60er Jahre wurde der israelische Arbeitsmarkt für palästinensische Arbeiter geöffnet (vor allem im Bereich der Landwirtschaft und des Bauwesens). „Tatsächlich verbesserte sich die persönliche wirtschaftliche Lage von Zehntausenden von palästinensischen Familien. Israel verhinderte jedoch jede allgemeine wirtschaftliche Verbesserung innerhalb der eroberten Gebiete. Die von den Palästinensern bezahlten Zölle und Steuergelder wanderten in die israelische Staatskasse.³³² In Wirklichkeit kam es zu starker palästinensischer Abhängigkeit von ausländischen Arbeitsplätzen und Vernachlässigung der eigenen Produktionsbasis (all dies vor dem Hintergrund hoher Geburtszahlen). Anfang der 90er Jahre waren etwa 120 000 Palästinenser in Israel beschäftigt (7% der Gesamtbeschäftigten in Israel). Qualifizierte palästinensische Arbeitskräfte befanden sich kontinuierlich in den reichen Staaten der Golfregion. Von 1949 bis 1981 wurden 550 000 Arbeitsmigranten aus der Westbank und dem Gaza-Streifen verzeichnet.³³³ Nach dem Ausbruch der ersten Intifada 1987 (Vgl. 2.2.2.3) verschlechterte sich die Situation durch die israelischen Ausgangssperren beim gleichzeitigen Ankommen der russischen Einwanderer, und die palästinensischen Arbeitsplät-

³³⁰ Die Informationen über die Wirtschaftslage in den besetzten palästinensischen Gebieten stützen sich auf folgende Materialien: Abed, George T. u. Abdelali Tazi: Den Grundstein legen: Eine Fiskalpolitik für die palästinensische Autonomie. In: Finanzierung&Entwicklung. 31.Jg. Nr.3. Sept. 1994. S.14-17; Diwan, Ishac u. Michael Walton: a.a.O; Garg, Prem C. u. Samir El-Khour: Entwicklungshilfe für die Regionen Westbank und Gaza. In: Finanzierung &Entwicklung. 31. Jg. Nr.3.Sept. 1994. S.7-9; Nashashibi, Karim u. Oussama Kanaan: Welche Handelsregelungen für die Westbank und Gaza? In: Finanzierung &Entwicklung. 31. Jg. Nr.3.Sept. 1994. S.10-13; Khalidi, Rashid u. Phyllis Bennis: a.a.O. S.372; The International Institute for Strategic Studies: The Military Balance 1994-95. London. 1994. S.127 und S. 131.

³³¹ Vgl. Hass, Amira: a.a.O. S.199.

³³² Ebd.

³³³ Vgl. Baumgarten, Helga: Palästina: a.a.O. (1) S.279.

ze verringerten sich. Als prekär zeichnete sich die wirtschaftliche Situation in den palästinensischen Flüchtlingslagern im Ausland aus.

Politisch angesehen würden die Zerstreung in mehreren Ländern bzw. die Besatzung des palästinensischen Volks entsprechende Folgen für seine Formierung und seinen Status als (anerkannte/nicht anerkannte) Nation, die Entfaltung seines Widerstands und die Einladung seiner Repräsentanten zu eventuellen Friedensverhandlungen nach sich ziehen (Vgl. 2.1.2.3). In Palästina wurde das Leben der Palästinenser am Ende 1992 seit 25 Jahren von den Regelungen einer alldurchdringenden militärischen Verwaltung bestimmt. 1981 war die Zivilverwaltung als ihr eigenständiger Arm in der Westbank und dem Gaza-Streifen von der israelischen Regierung eingerichtet worden, die nicht zuletzt ein Netz von palästinensischen Kollaborateuren errichtete.³³⁴ Dadurch wurde ein „Mangel an ausgebildeten Palästinensern für die Verwaltungsämter“³³⁵ am Anfang der 90er Jahre registriert. „Den Höhepunkt dieser Beschränkung und Außerkraftsetzung grundlegender Bürger- und Menschenrechte bildet das Verbot jeder politischen Betätigung.“³³⁶ Die politischen Versammlungen in den okkupierten Territorien wurden untersagt, die Pressefreiheit streng zensiert, das Wahlrecht, „geschweige denn das Recht auf nationale Selbstbestimmung“,³³⁷ eliminiert. Die Deportationen von Palästinensern, die Folterung in den israelischen Gefängnissen und die gegenseitigen Tötungen (mehr dazu Vgl. 2.1.2.2 und 2.1.2.3) waren eine Konstante der Konfliktdynamik im Zuge der Jahre. Nach Statistiken der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem wurden nur zwischen dem Ausbruch der ersten Intifada 1987 und der Unterzeichnung der Prinzipiendeklaration 1993 1070 palästinensische Zivilisten durch IDF und 47 israelische durch Palästinenser getötet. 61 Palästinenser wurden durch israelische Zivilisten getötet und 43 israelische Soldaten durch palästinensische Zivilisten.³³⁸

Am Vorabend des Golfkriegs 1991 wurden für die Palästinenser aus der Westbank und dem Gaza-Streifen ein sog. Passsystem und die es begleitende Abriegelung ihrer Wohngebiete eingeführt.³³⁹ Sowohl die wachsende Sorge, dass die immer noch andauernde Intifada auf Israel übergreifen konnte, als auch der Wunsch, die Zahl der palästinensischen Arbeitskräfte in Israel zu reduzieren und sie durch die Immigranten aus der Sowjetunion oder ausländische Gastarbeiter zu ersetzen, führten die israelische Armee und Regierung ursprünglich dazu, dieses Kontroll- und Überwachungsmechanismus aufzuerlegen (anstelle eine seriöse politische

³³⁴ Mehr zu den Mechanismen der Kontrolle der palästinensischen Bevölkerung und des Territoriums der Westbank und des Gaza-Streifens, die die Zivilverwaltung möglich machte Vgl. Hass, Amira: a.a.O. S.200.

³³⁵ Diwan, Ishac a. Michael Walton: a.a.O. S.6.

³³⁶ Baumgarten, Helga: a.a.O. (1) S.273.

³³⁷ Ebd.

³³⁸ Vgl. B'Tselem: Statistics – Total casualties since December 1987. In: <http://www.btselem.org> abgerufen am 04.12.2003.

³³⁹ Ausführlich zum Passsystem Vgl. Hass, Amira: a.a.O. S.13-34.

Lösung der Probleme zu suchen). Während vorher allen Palästinensern eine generelle Einreisegenehmigung nach Israel zugestanden worden war, galt von dem Moment an eine generelle Verweigerung ihrer Bewegungsfreiheit mit Ausnahme einiger ausdrücklich genannter Kategorien: Arbeiter, Kaufleute, Menschen, die eine medizinische Behandlung benötigten, Kollaborateure und wichtige palästinensische Persönlichkeiten. In der Praxis wurde dieses System perfektioniert und heute inzwischen drastisch verschärft. „Im Laufe der Zeit entwickelte sich aus den ursprünglich ad hoc beschlossenen militärisch-bürokratischen Maßnahmen eine bewußte Strategie mit einem eindeutigen politischen Ziel: die Trennung der beiden Völker mit dem *Anschein* einer politischen Trennung, wobei jedoch nur eine Regierung, die israelische, tatsächlich die Macht hatte, das Schicksal beider Völker zu bestimmen.“³⁴⁰

Die Jahre der israelischen Okkupation trugen zur Verschärfung der gegenseitigen Konfliktperzeptionen unter der Bevölkerung bei. Misstrauen und Unsicherheit nisteten sich ein. Umso mehr als die beiden Völker in sozialer und politischer Hinsicht weiter voneinander getrennt existierten. Bis Anfang der 90er Jahre nahmen die Israelis die palästinensische Präsenz vornehmlich durch die billig beschäftigten Arbeiter aus den okkupierten Territorien und die (Regierungs- und Mediennachrichten für palästinensische) Guerilla- und Terrorattacken gegen israelische Bürger von fern wahr. Für die Palästinenser in der Westbank und dem Gaza-Streifen symbolisierte die israelische militärische Präsenz in ihren Wohnorten und die Siedler den Besatzer. Der israelische Politikdozent Neve Gordon beschreibt die Situation so: „... Indem die (israelischen, d. Verf.) Friedensaktivisten militärisches Sperrgebiet betreten, verstoßen sie gegen die Militärbelagerung. So können sie die psychologischen, physischen und politischen Barrieren überwinden, die die israelische Regierung errichtet hat. Diese Barrieren sind darauf ausgerichtet, und zwar gezielt, alle Akte der Solidarität mit den okkupierten Palästinensern zu verhindern und die Zusammenarbeit zwischen beiden Völkern zu behindern. Und die ... düngen den Samen des Hasses nur noch mehr, gießen zusätzliches Öl ins Feuer unseres Konflikts.“³⁴¹ Für die Palästinenser außerhalb Palästina war Israel der Zerstörer ihrer Lebensparameter, seine tatsächliche Entwicklung und Etablierung blieb vielen lange Jahre fremd.

Nicht an letzter Stelle hat die israelisch palästinensische Konfrontation umweltpolitische Spuren nach sich hinterlassen. Die Nichtentwicklung einer gemeinsamen konsequenten Umweltschutzpolitik drohte am Anfang der 90er Jahre mit dem Explodieren einer „ökologischen Zeitbombe“. „Hundert Jahre einer rasanten Entwicklung (Israels, d. Verf.) haben die Landschaft Palästinas tatsächlich verändert. Ein gewaltiger Bevölkerungszuwachs, intensive Landwirtschaft, gefühllose Städteplanung, Straßenbau in großem Maßstab und die Entwick-

³⁴⁰ Hass, Amira: a.a.O. S.31.

³⁴¹ Gordon, Neve: Komm' zum Essen, wenn der Krieg vorbei ist. In: <http://www.zmag.de/artikel.php?id=545> Stand 30.03.2003, abgerufen am 08.04.2003.

lung einer industriellen Wirtschaft haben an der Ökologie Palästinas katastrophale Schäden angerichtet. (...) Die Palästinenser haben keine Souveränität über ihre Umwelt, und ihre wirtschaftliche Entwicklung ist sehr viel langsamer vonstatten gegangen als die in Israel. Dennoch hat der Druck der wachsenden Bevölkerung auf die natürliche Umwelt in den Palästiniensergebieten, ebenso wie in Israel, einen kritischen Punkt erreicht.“³⁴²

2.1.2.2 Der Staat Israel als Konfliktpartei

Die Züge der jüdischen Gemeinschaft in Palästina als Konfliktpartei in Anbetracht der Palästinenser aus der vorstaatlichen Phase spitzten sich nach 1948 zu (Vgl. 2.1.1.2). Je nach der jeweiligen Regierungsperiode bekamen einzelne Merkmale mehr Gewicht bzw. nahmen ab. Modifikationen fanden dazu statt.

Nach der Staatsgründung wurde Israel durch die internationale Staatengemeinschaft diplomatisch allmählich anerkannt (die USA und die Sowjetunion taten dies gleich nach seiner Proklamation). Die Rede war nicht mehr von einer nationalpolitischen Bewegung, sondern von einem allen völkerrechtlichen und faktisch politischen Charakteristiken genießenden *staatlichen* Akteur. 1949 wurde es zum Mitglied der Vereinten Nationen aufgenommen.

Trotz Konjunkturschwankungen dehnte sich seine auf verstärkte Industrialisierung gesetzte *Wirtschaft* rasch aus. Mit 11,330 Dollar BSP pro Kopf der Bevölkerung für das Jahr 1991, vorausgesetzt 1,570 Dollar für 1969, 5,270 Dollar für 1983 und 8,940 Dollar für 1988,³⁴³ stand Israel nach der Weltbankklassifikation fest in der Gruppe der Länder mit hohem Einkommen (7,620 Dollar BSP pro Kopf der Bevölkerung und höher)³⁴⁴ (Vgl. Tabelle 6, Anhang). Durch wissenschaftlichen und beruflichen Austausch mit hoch entwickelten Industrieländern verbesserte das Land seinen Zugang zu Technologien und Know-how-Informationen. Finanzielle Hilfe wurde ihm von der jüdischen Diaspora bereitgestellt. Es genoss großzügige Zuschüsse seitens der USA, mit denen sich die Beziehungen in den 50ern vertieften.³⁴⁵ Seit der Unterzeichnung des israelisch ägyptischen Friedensabkommens im Jahre 1978 (Vgl. 2.2) wurde ihm US-Wirtschaftshilfe in Höhe von 1,2 Milliarden Dollar und US-Militärhilfe in Höhe von 1,8 Milliarden Dollar, plus andere finanzielle Privilegien, jährlich geleistet, beide in Form von Zuschüssen. (Für Ägypten wurden 1,3 Milliarden Dollar militärische und 815 Millionen wirtschaftliche Hilfe, Kredite und Zuschüsse, zur Verfügung gestellt).³⁴⁶

³⁴² Wasserstein, Bernard: a.a.O. S.66.

³⁴³ Die BSP-Angaben für die jeweiligen Jahre stammen aus: The World Bank Atlas 1971, 1986, 1990, 1992. Washington, D.C.

³⁴⁴ Zur Klassifikation der Weltbank Vgl. The World Bank: Social Indicators of Development 1991-1992. Baltimore u. a. 1992. S.378-379.

³⁴⁵ Vgl. Davis, Uri: a.a.O. S.107.

³⁴⁶ Vgl. Clarke, Duncan L. u. Daniel B. O'Connor u. Jason D. Ellis: a.a.O. S.168.

Allmählich veränderten sich die ethno-politische und soziale Struktur der Gesellschaft und die damit verbundenen politischen Orientierungen der israelischen Bürger. Die europäisch stämmigen Aschkenasim etablierten sich als die wohlhabende (mittlere) Klasse, die vor allem für die Arbeiterpartei oder kleinere linke Parteien stimmte. Im Unterschied zur vorstaatlichen kamen während der staatlichen Phase viele Juden asiatischen und afrikanischen Ursprungs nach Palästina. 1990 stellten sie die überwiegende Mehrheit (+/- 40%) der jüdischen Bevölkerung (Vgl. Tabelle 4) dar.³⁴⁷

Die jüdische Bevölkerung Israels nach Geburtsland	1990 (%)	1995 (%)
Geboren in Israel, nach der Herkunft des Vaters (insg.)	61, 9	61,2
Vater geboren in Israel	22, 3	25, 1
Vater geboren in Asien	12, 0	10, 5
Vater geboren in Afrika	12, 3	11, 3
Vater geboren in Europa/Amerika	15, 3	14, 3
Geboren im Ausland (insg.)	38, 1	38, 8
Geboren in Asien	6, 9	5, 6
Geboren in Afrika	8, 1	7, 2
Geboren in Europa/Amerika	23, 1	26, 0

Tabelle 4: Jüdische Bevölkerung Israels nach Geburtsort und Herkunft des Vaters (Quelle: Israelisches Zentralamt für Statistik: Statistical Abstract of Israel 1996 (Nr 47): Population by Religion, Origin, Place of Birth and Period of Immigration. (Tabelle Nr. 2.24) In: <http://www.cbs.gov.il/archive/shnaton47/shnatone.htm> abgerufen am 04.11.2007, eigene Übersetzung)

Als Ergebnis einer Integrationspolitik, die Udo Steinbach nach auf einer europäisch nationalistischen Wertestruktur basierte³⁴⁸, ergab sich eine ungünstige und mangelnde soziale und wirtschaftliche Eingliederung der Sephardim in die Gesellschaft. Ihre überwiegende Zugehörigkeit zu einem arabischen kulturellen Milieu erweckte in den Aschkenasim tief eingetragene Ängste vor „Levantisierung“ des Staats. Ohnehin von arabischen Völkern umkreist, sollte Israel sich auf die Errungenschaften der europäischen Zivilisation stützen. Arabische und palästinensische Ansprüche auf Palästina sollten abgeleitet werden. Ihre Absonderung formierte die Sephardim als „religiöser, proletarischer und nationalistischer“, den rechten Likud-Block und/oder die religiösen Parteien unterstützend und in weit höherem Prozentsatz als die aschkenasischen Juden auf eine schärfere Abgrenzung gegenüber den Arabern bedacht.³⁴⁹ „The Oriental Jew (...) ... is (properly) afraid that the victory of the Palestinian resistance would simply result in forcing him out of his poor and overcrowded shelter and alienating job back into the tent camp (...) Many thousands of Oriental-Jewish families lived ‘in transit’

Zu einem erheblichen Teil benutzt Israel seine *Wirtschaftsdotationen*, um seine militärischen Schulden den USA gegenüber tilgen zu können. (Vgl. Federation of American Scientists: Ways and Means. In: <http://www.fas.org/asmp/library/handbook/WaysandMeans.html> abgerufen am 07.07.2004)

³⁴⁷ Erst die Einwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion in den 90er Jahren veränderte dieses Verhältnis. 1995 erhöhte sich der Prozentsatz der Aschkenasim auf 41,1% zum Nachteil der Sephardim (34, 1%). Viele der sowjetischen ImmigrantInnen neigten aber dazu, ihre russischen Wurzeln durch eigene Zeitungen und TV-Kanäle zu behalten. (1990-91: 313 800 russische Immigranten; 1992-94: 188 400; 1995-96: 119 300; 1997-98: 102 000. Vgl. Israelisches Zentralamt für Statistik: http://194.90.153.197/shnaton54/st02_25.pdf)

³⁴⁸ Steinbach, Udo: a.a.O. (1) S.171.

³⁴⁹ Vgl. Informationen zur politischen Bildung. a.a.O. S.41

as refugees for close to a decade after their transfer to Israel in the early 50s. (...) The implications of a possible Palestinian resistance victory for the affluent and rich Ashkenazi Jew are significantly different. A Palestinian victory will destroy all that he stands for: the continued existence of the exclusively Jewish state of Israel ... would undoubtedly rob him of his privileged political and economic position as a participant in the administration of the state. It is not, however, likely to place him in material jeopardy.”³⁵⁰ Obwohl mit der Zeit abgenommen, hatte die Polarisierung zwischen dem „ersten“ (aschkenasischen) und dem „zweiten“ (orientalischen) Israel in den 90er Jahren noch nicht an Bedeutung verloren. 1993 waren 41 (von 120) Abgeordneten in der Knesset orientalischer Herkunft.

Umso schwieriger verlief die Integration der arabischen (palästinensischen) Bürger, des „dritten Israels“. Sprachliche, religiöse und kulturelle Differenzen und erhebliche Vorurteile ihnen gegenüber behinderten den jüdisch arabischen Dialog in Israel. Hinzu kamen der andauernde arabisch israelische Konflikt, die Einkommensunterschiede (etwa 65% der Einkommen der Aschkenazim) und die Spannungen in Bezug auf Bodenbesitz und Bodenrecht. In jeder Knesset fanden sich etliche arabische Abgeordnete, die sich für einen (lange Jahre verbotenen) israelisch palästinensischen (PLO) Dialog einsetzten. Trotz mehrerer Vorbehalte votierten die israelischen Araber für die Arbeiterpartei und andere linke Parteien oder die arabischen Parteien. Nach einem Spruch des Obersten Gerichtshofs waren solche arabischen Parteien zugelassen, die den (israelischen) Staat selbst nicht bekämpfen. Unterschieden wird zwischen den Arabern, die im Innern Israels wohnen, und denen aus annektiertem Ostjerusalem. Die letzten besitzen keinen israelischen Pass, sondern einen speziellen Ausweis für Ostjerusalem und dürfen nicht die Knesset wählen, nur den Stadtrat. Im Gegensatz zu den Palästinensern in den besetzten Gebieten genießen sie „Vorteile“ wie die nationale israelische Krankenversicherung. Die jüdische Mehrheit und die arabische (palästinensische) Minderheit innerhalb Israel hatten wirtschaftliche, kommunale und politische Kontakte, aber kaum persönliche und gesellschaftliche.³⁵¹

Der Trend, eigene Politik,- Entwicklungs,- und Sicherheitsvorstellungen *militärisch* durchzubringen, setzte sich nach der Verkündung des Staats auf der Track-I-Ebene fort. In diesem Zusammenhang äußert Eckehart Ehrenberg die Meinung, dass sich in Israel „... *Militarismus* zumindest als Ergebnis anhaltender Militarisierung einstellt“³⁵². Der Autor begreift den Militarismus als eine Geisteshaltung, die Dominanz militärischen Denkens und damit die Bevorzugung, wenn nicht Verherrlichung militärischer Mittel zur innen- und außenpolitischen

³⁵⁰ Davis, Uri: a.a.O. S.117.

³⁵¹ Vgl. Informationen zur politischen Bildung. a.a.O. S.41, S.22 und S.23.

³⁵² Ehrenberg, Eckehart: Die Militarisierung der Region im Jahrzehnt der Ölpreissteigerungen. In: Steinbach, Udo/Robert, Rüdiger (Hrsg.): Der Nahe und Mittlere Osten. Politik. Gesellschaft. Wirtschaft. Geschichte. Kultur. Opladen. 1988. S.271.

Problembewältigung bedeutet. Die Militarisierung dagegen ist mit der Zunahme militärischer Mittel (wie Militärpersonal und Waffen) zu verbinden. Militarismus strebt stets nach Militarisierung und findet in dieser seinen äußeren Ausdruck.³⁵³

So resultierten die guten ökonomischen Indikatoren Israels gewissermaßen aus der profitablen Entwicklung seiner blühenden *Militärindustrie*. „Israel verfügt zweifellos über die umfangreichste und eigenständigste Rüstungsindustrie in der Region.“³⁵⁴ In der SIPRI-Klassifikation der führenden Exporteure von konventionellen Waffen für die Periode 1987-1991 lag Israel mit 1 172 000 000 Dollar an zwölfter Stelle in der Welt. Davon fielen 819 Millionen Dollar dem Handel mit Entwicklungsländern und 352 Millionen Dollar dem Handel mit Industrieländern zu.³⁵⁵ Dem gleichen Forschungsinstitut nach waren drei israelische Firmen unter den führenden 100 Weltwaffenproduzenten am Anfang der 90er zu ordnen (keine anderen Vertreter aus dem Nahen Osten stehen in dieser Klassifikation): Israel Aircraft Industries (Nr. 34 in der Liste; 17 100 Beschäftigten), Israel Military Industries (Nr. 81; 8 500 Beschäftigte), Rafael (Nr. 83; 5 100 Beschäftigten)³⁵⁶. Die drei waren stark subventionierte staatliche Unternehmen.³⁵⁷

Von Anfang an verfolgte der junge Staat gegenüber den Palästinensern (und seinen arabischen Nachbarn) eine Außen- und Sicherheitspolitik der *Stärke*. In einer Studie, basiert auf dem persönlichen Tagebuch von Moshe Sharett (1948-1956 israelischer Außenminister; 1954-1955 Ministerpräsident), charakterisiert Livia Rokach als eines der *strategischen* Hauptziele Israels noch in seinen ersten Jahren seine Umwandlung in und Etablierung als Regionalmacht.³⁵⁸ Alle die Jahre danach unterhielt die Regierung ein hohes Verteidigungsbudget und eine massiv ausgerüstete Vielzahlarmee (Vgl. Tabelle 7, Anhang). Bei insgesamt etwa 5,5 Millionen israelischen Einwohnern in 1992 sollten durch ein spezielles Mobilisierungssystem theoretisch in 24 Stunden 645 000 Soldaten (davon etwa 500 000 Reservisten) einberufen werden.³⁵⁹ Holger Berschel geht auf die Versuche Israels ein, nicht nur eine deutliche

³⁵³ Vgl. Ebd.

³⁵⁴ Ebd. S.282; Vgl. auch Davis, Uri: a.a.O. S.99.

³⁵⁵ Vgl. SIPRI Yearbook 1992. World Armaments and Disarmament. 1992. S.272. (Tabelle). Die Daten sind in 1990 Preise gerechnet.

Israel wurde erlaubt, von seiner *US-Militärhilfe* Waffen für 475 Millionen Dollar von einheimischen Produzenten abzukaufen. . (Vgl. Hartung, William D. u. Frida Berrigan: U.S. Arms Transfers and Security Assistance to Israel. In: <http://www.worldpolicy.org/projects/arms/reports/israel050602.html> Stand May 2002, abgerufen am 15.07.2004)

³⁵⁶ Vgl. SIPRI Yearbook. World Armaments and Disarmament. 1993. S.470-475. (Tabelle)

³⁵⁷ Vgl. Ebd. S.428. (Tabelle)

³⁵⁸ Vgl: Rokach, Livia: a.a.O. (Introduction)

³⁵⁹ Wehrpflichtig sind in Israel alle (jüdischen) Männer (3 Jahre) sowie unverheiratete Frauen zwischen 18 und 26 (20 Monate). Männer bleiben bis zum Alter von 55 Jahren Reservisten, unverheiratete Frauen – bis zum Alter von 38 Jahren. Religiöse Frauen und Schüler der orthodoxen Jeschiwot-Schulen sind von der Wehrpflicht befreit, weil nach deren Selbstverständnis ihre vorrangige Aufgabe das Studium der Thora ist. Die arabischen und anderen nichtjüdischen Bürger Israels sind von der Wehrpflicht ausgenommen. Sie könnten theoretisch als

Überlegenheit auf dem Gebiet der konventionellen Kriegführung zu erlangen, sondern auch bald nach der Staatsgründung Atomwaffen zu entwickeln (mehr zu den regionalen Aufrüstungsprozessen Vgl. 2.2).³⁶⁰

Ferner verweist derselbe Autor auf das israelische Streben, eine den Gegebenheiten angepasste *offensive* Militärstrategie zu entwickeln.³⁶¹ Baruch Kimmerling spricht darüber, dass die Sicherheitsdoktrin des Militärs kontinuierlich auf *Angriff* ausgerichtet war.³⁶² Um sein wichtigstes strategisches Ziel erreichen zu können d.h. Regionalmacht zu sein, sollten, Livia Rokach nach, neue Territorien (mindestens das gesamte Palästina) durch Krieg erobert werden, palästinensische und arabische Anforderungen bezüglich Palästinas durch die Zerstreuung der palästinensischen Flüchtlinge von 1948 zu Randgebieten der arabischen Welt bzw. außerhalb der arabischen Staaten isoliert werden, den Panarabismus entkräftet und Marionettenregierungen nah zu Israel zur Welt gebracht werden.³⁶³ (über die ressourcenbezogenen Berücksichtigungen Israels hinsichtlich der 1967 okkupierten palästinensischen Gebiete wurde im Unterkapitel 2.1.2.1 schon einmal diskutiert). Nach der Ausführung des Plans D 1948 (Vgl. 2.1.1.2 und 2.1.2.1) folgten israelischerseits jahrelang provokative militärische Operationen, sei es entlang der israelisch arabischen Grenzen sei es auf arabischem Territorium, die letztendlich auf den Ausbruch regionaler Krisen zielten.³⁶⁴

Die modernen Sicherheitsbedürfnisse des Staats wurden infolgedessen mehrmals gefährdet. Die als Resultat der traumatischen Vergangenheit des jüdischen Volks verwurzelten Bevölkerungsexistenzängste konnten in der Tat nicht beruhigt werden. Aufgrund ihrer Forschungen hinsichtlich der 50er Jahre bezieht Livia Rokach die Position, dass solche Ängste schon damals durch hochrangige israelische Leiter instrumentalisiert wurden, um Spannung unter der Bevölkerung und den israelischen Soldaten zu kreieren (the myth of Israel's security):

Freiwillige dienen. Meistens dienen Beduinen, Drusen und Tscherkessen. (Vgl. Informationen zur politischen Bildung. a.a.O. S.38-42. Die Angaben sind für 1992-93)

³⁶⁰ Vgl. Berschel, Holger: Proliferation von Massenvernichtungswaffen im Nahen und Mittleren Osten und Nordafrika: Israel. In: <http://www.weltpolitik.net/Regionen/Naher%20u.%20Mittlerer%20Osten/Gesamregion/Analysen/Fortsetzung%203%3A%20Proliferation%20von%20Massenvernichtungswaffen.html> Stand 23. März 2004, abgerufen am 31.10.2007.

³⁶¹ Vgl. Berschel, Holger: a.a.O. Die Hervorhebung gehört nicht zum originalen Text.

³⁶² Vgl. Kimmerling, Baruch: a.a.O. (1) S.33.

³⁶³ Vgl. Rokach, Livia: a.a.O. (Introduction)

³⁶⁴ Spätestens seit 1953 wurde ein Krieg gegen Ägypten für die Eroberung des Gaza-Streifens und der Sinai-Halbinsel geplant (Vgl. Rokach, Livia: a.a.O (Introduction); Vgl. Morris, Benny: a.a.O. S.683). Nichtsdestoweniger wünschte sich Israel einen Krieg wie den im Jahre 1967, damit es sich westlich und nördlich territorial ausdehnen kann (Vgl. Rokach, Livia: a.a.O (Introduction); Kimmerling, Baruch: a.a.O. (1) S.34). Obwohl Israel vor einem koordinierten Angriff von Ägypten und Jordanien 1973 durch Jordanien gewarnt worden war, unternahm es keine Schritte, um den Angriff zu verhindern (Vgl. Kimmerling, Baruch: a.a.O. (1) S.58 (Fußnote) u. S.65 (Fußnote)) Die israelischen Interventionen in den Libanon 1978 und 1982 zielten einerseits auf die Etablierung einer christlichen Partnerregierung dort. Andererseits sollten die PLO-Kämpfer und die palästinensischen Flüchtlinge aus dem Süden des Landes vertrieben werden.

„The creation of a siege mentality in Israeli society was necessary to complement the prefabricated myth of the Arab threat. The two elements were intended to feed each other. Although Israeli society faced a serious risk of social and cultural disintegration under the impact of a mass immigration of Asian and North African Jews into the pre-state's ideologically homogeneous community, the purpose of the siege mentality was not so much that of attaining a defensive cohesiveness in Israel's Jewish society. It was calculated principally to ‚eliminate the moral brakes' required for a society to fully support a police which constituted a complete reversal of the collective ethical code on which its formal education was based and from which it was supposed to derive its vital strength.“³⁶⁵

Toine Van Teeffele, der sich in seiner Dissertation mit der Darstellung des israelisch palästinensischen Konflikts in der populären westlichen Literatur befasst hat, bestätigt den starken manipulativen Einfluss des israelischen Staats bei der Präsentation der palästinensischen bzw. israelischen Position vor der breiten Öffentlichkeit in Israel und im Westen.³⁶⁶ Auch 2006 hob der Soziologe Baruch Kimmerling in einem Artikel für die israelische Zeitung Ha'aretz hervor als eines der de facto Motive hinter der Politik des jeweiligen israelischen Ministerpräsidenten Ehud Olmert und seines Verteidigungsministers Amir Peretz gegenüber den Palästinensern Folgendes: „The ... aim is to inflame the hatred and the desire for revenge on both sides, to prove again and again the axiom of former prime minister Ehud Barak to the effect that ‚there is no partner'“.³⁶⁷

Funktionale Verflechtungen verfestigten außerdem den Einfluss militärischer Perspektiven auf die Politik Israels. Den Wehrdienstpflichtigen z.B. wurde eine Grund- und Berufsausbildung angeboten, was einen eigenartigen Integrationsbeitrag für die Gesellschaft sicherte. „Für viele Offiziere höheren Ranges wurde die militärische Karriere zum sicheren Sprungbrett in Führungsfunktionen der Wirtschaft und Politik.“³⁶⁸ Während der Regierungszeit von Jitzhak Rabin waren 13 der 120 Knesset-Angeordneten nur die ehemaligen Militärs höchsten Rangs, viele davon als Mitglieder der Arbeiterpartei.³⁶⁹ Die Figur des unbesiegbaren Soldaten als Garanten des physischen Überlebens des Staats und eines der wichtigsten Symbole der nationalen Identifikation und Selbstbehauptungswillens blieb ein konsequent gepflegtes ideologisches Element des *nationalen Mythos*, einschl. durch die Regierung.

Die rationalen Militärdoktrinen mischten sich auch mit anderen tief verwurzelten national-ideologischen, politisch territorialen und demographischen, Überlegungen zusammen³⁷⁰ (Vgl. 2.1.1.2 und 2.1.2.2), „... und alle Überlegungen widersprachen Kants moralischen Imperativ,

³⁶⁵ Rokach, Livia: a.a.O. (Introduction)

³⁶⁶ Vgl. Van Teeffele, Toine: Israelis Better at Manipulating Media. In: <http://english.aljazeera.net/NR/exeres/0944B35C-4811-4F44-88EF-F96684DF85F7.htm> Stand 08.12.2003, abgerufen am 07.05.2006.

³⁶⁷ Kimmerling, Baruch: Above the Government. In: Ha'aretz (Onlineausgabe). So, 19. Nov. 2006. In: <http://www.haaretz.com/hasen/spages/788603.html> Stand 19.11.2006, abgerufen am 02.04.2007.

³⁶⁸ Neustadt, Amnon: Israel und die Normalität des Friedens. Ein schwieriger Anpassungsprozeß. In: Europa Archiv. Folge 15/1994. S.424. Zit. In: Informationen zur politischen Bildung. a.a.O. S.38.

³⁶⁹ Vgl. The Jerusalem Report: Brass in the House. In: The Jerusalem Report. Jg.V. Nr.26. 4. Mai 1995. S.13.

³⁷⁰ Vgl. Kimmerling, Baruch: a.a.O. (1) S.34.

nichts Böses zu tun, wie auch der Forderung des Juden Sage Hillel, niemandem etwas anzutun, was man nicht auch für sich selbst akzeptieren würde³⁷¹.

Mit der israelischen Besetzung der Westbank, des Gaza-Streifens und Ostjerusalems 1967 wurde die Idee, dem Gesamtpalästina einen jüdischen Charakter zuzuschreiben, in der Gesellschaft als Ganzem wiederbelebt, von bestimmten Kreisen politisch sehr intensiv gepflegt und von der Regierungspolitik begünstigt (innenpolitische Machterwägungen wurden im letzten Fall auch berücksichtigt) – erst einmal bei den Regierungskoalitionen der bis 1977 regierenden Arbeiterpartei, danach bei dem Likud-Block bis zur Mandatszeit von Jitzhak Rabin. Es „... begann gerade in dieser Zeit der wiedererwachte revisionistische Zionismus mit einem religiösen Zionismus zu verschmelzen, dessen plötzliche Entstehung auf die Eroberung der Klagemauer und der Altstadt von Jerusalem zurückzuführen war.“³⁷² In den 70er Jahren wurde die Bewegung der Siedler im Westjordanland „Gush Emunim“ ins Leben gerufen.³⁷³ Neue nationalistische und/oder religiöse Parteien wurden gegründet. Die Zahl der ultraorthodoxen Gemeinschaften, ihre Aktivitäten hinsichtlich der Verstärkung der Rolle der Religion in Israel und die staatlichen Finanzmittel für ihre Parteien vermehrten sich.³⁷⁴ „Die Juden oder jüdischen Gruppierungen, die keine Siedler waren und nicht die politische Meinung von Gush Emunim vertraten – oder sogar dagegen waren –, wurden durch das gemeinsame, übergeordnete Ziel, den israelischen Staat so ‚jüdisch‘ zu formen wie nur möglich, zu Verbündeten.“³⁷⁵ (Vgl. 2.1.2.1)

Die physische und materielle Beherrschung der Parameter des palästinensischen Lebens hatte, um die israelische Journalistin Amira Hass zu zitieren, noch eine weitere Dimension: „... die Verstärkung und Förderung eines Gefühls der ‚Überlegenheit des jüdischen Volks‘ Bewußt oder unbewußt wird diese Überlegenheit juristisch und praktisch als Erklärung dafür benutzt, daß es richtig, natürlich und gerecht sei, eine eindeutig diskriminierende Politik der geplanten Ungleichheit zu verfolgen.“³⁷⁶

³⁷¹ Vgl. Kimmerling, Baruch: a.a.O. (1) S.15.

³⁷² Wasserstein: a.a.O. S.108-109.

³⁷³ In der ersten Hälfte der 90er Jahre kooperierten nur ca. 20% der Siedler aktiv mit der Gusch-Emunim-Bewegung (die meisten Siedler wählten die okkupierten Territorien wegen der finanziellen Unterstützung der Regierung). Sie konnte sich trotzdem durchsetzen dank persönlicher Sympathien einzelner Regierungsmitglieder, staatlicher Dotationen für den Siedlungsbau, der Arbeit ihrer Lobbygruppe Yesha Council, der Nationalreligiösen Partei, politischer Affiliationen mit den Ministerien für Inneres und Religion und der Duldung der übrigen Siedler. (Vgl. Halevi, Yossi Klein: Shock Troops. In: The Jerusalem Report. Jg.VII. Nr.10. 19. Sept.1996. S.14-16)

³⁷⁴ Nationalistisch motiviert waren die Techija-Partei (radikal), die Zomet-Partei, die Moledet-Partei (bestand offen auf dem „Transfer“ der palästinensischen Araber außerhalb der Landesgrenzen, einschl. der Westbank und des Gaza-Streifens). Es entstanden die Schass-Partei, die sich als die stärkste religiös-politische Kraft profilierte, Degel-ha-Thora (extrem religiös), die Kach-Partei des amerikanisch stämmigen Rabbiners Meir Kahane und von ihr abgespaltene Kahane-Chai-Gruppierung (rassistische Position gegenüber jedem Nichtjuden). (Vgl. Halevi, Yossi Klein: Shock Troops. In: The Jerusalem Report. Jg.VII. Nr.10. 19. Sept. 1996. S.14-16)

³⁷⁵ Kimmerling, Baruch: a.a.O. (1) S.37.

³⁷⁶ Hass, Amira: a.a.O. S.207.

Auf dem Gegenpol führte die nationalistische Regierungspolitik der Stärke zu Protesten. „Nach 1973 verließ die Öffentlichkeit nicht nur die Euphorie, die nach dem Krieg von 1967 herrschte, sondern es wurde auch zunehmend deutlich, wie komplex die Situation war, in der man sich befand.“³⁷⁷ Dies war ein Anzeichen von Krisenhaftigkeit, die durch die israelische Invasion im Libanon 1982 und die Intifada weiter an Schärfe gewann (Vgl. 2.2). „Resultate des Krieges waren für Israel ein lädiertes Ruf in der Weltöffentlichkeit, immer größere Spannungen mit Teilen der jüdischen Diaspora (besonders in den USA, d. Verf.) sowie wachsende ökonomische Probleme. ...: Krise seines politischen Lebens, seiner Ideologie und seiner Armee.“³⁷⁸

Zentral für die Protestwelle war die Peace-Now-Bewegung, „... der von Anfang an so viel Feindseligkeit entgegengebracht wurde, vor allem aus der unteren sozialen Schicht der jüdischen Bevölkerung“³⁷⁹. „Für sie waren die besetzten Gebiete eine einzigartige Gelegenheit zur Friedenssicherung, durch sie bot sich die Möglichkeit, von den Arabern die Anerkennung des Rechts auf einen jüdischen Staat einzufordern bzw. gegen Rückgabe eines Großteils der eroberten Gebiete einzutauschen.“³⁸⁰ Bei der am 25. September 1982 von der Peace-Now-Bewegung organisierten Kundgebung in Tel Aviv gegen das Massaker in den Palästinenserlagern Sabra und Shatila bei Beirut demonstrierten etwa 350 000 Menschen.

Andere Friedensgruppen waren Oz ve Schalom und Gusch Schalom. Menschenrechts- und Frauenorganisationen (Association for Civil Rights in Israel, Rabbis for Human Rights, B'Tselem; Frauen in Schwarz) setzten sich für den Dialog zwischen Israel und der PLO, die von der Knesset 1986 offiziell verboten wurde. Immer mehr Israelis versuchten, „... den Reservedienst zu umgehen, und die Zahl der Wehrdienstverweigerer wuchs sprunghaft“³⁸¹. Als Antwort auf den Libanon-Krieg wurde die Soldatenfriedensbewegung Yesh G'vul (Es gibt eine Grenze!) gegründet.³⁸²

Vor dem Hintergrund der Osloer Vereinbarungen in den 90er Jahren wurden viele der zionistischen Mythen in intellektuellen Kreisen sowie unter der breiteren Bevölkerung weiter in

³⁷⁷ Kimmerling, Baruch: a.a.O. (1) S.69.

³⁷⁸ Baumgarten, Helga: a.a.O. (1) S.283.

³⁷⁹ Kimmerling, Baruch: a.a.O. (1) S.70.

³⁸⁰ Ebd.

Das Mainstream der israelischen Friedensbewegung setzte sich für einen *jüdischen* Staat in seinen *vor-1967-Grenzen* – im Unterschied zu der durch kleinere Gruppen vertretenen Idee für die Schaffung einer gemeinsamen jüdisch arabischen Entität in ganz Palästina. Der israelische Prof. Ilan Pappé schließt diese Tatsache in einem Artikel folgenderweise zusammen: „In this situation the Israeli ‚left‘ urges downsizing the territory, the right calls for downsizing the Palestinians.“ (Pappé, Ilan: a.a.O. (6))

³⁸¹ Baumgarten, Helga: a.a.O. (1) S.282.

³⁸² Ausführlich zu den israelischen „Refuseniks“ in: <http://www.nimn.org/refuse/about.html> abgerufen am 26.01.2004.

Frage gestellt.³⁸³ In einer komplexen Gesellschaft und noch komplexeren Umwelt pochte das Dilemma – jüdisch national oder pluralistisch liberal – an der israelischen Tür. „From this consideration of internal complexity as a matter to be recognized (first, as being real and then, as being of positive significance), it is only one step to proceed towards considering complexity in a wider Middle Eastern framework.“³⁸⁴

Die Idealisierung des zionistischen Unternehmens wurde auch durch den sich in Israel Schritt für Schritt vollziehenden Wertewandel von einer kollektivistischen zu einer individualistischen und konsumorientierten Gesellschaft der „post-zionistischen Helden“ der Massenkultur abgeschwächt. „Aus dem sozialistisch-kollektiven Traum ist ein amerikanischer geworden; weniger durch McDonald’s und Jeans als durch individualistisches Denken.“³⁸⁵

Am 30. Oktober 1991 wurde die Madrider Konferenz für den Nahen Osten gestartet. Das Forum wurde von den USA als diejenige Möglichkeit gedacht, aufgrund ihrer unumstrittenen strategischen Vormachtstellung in der Region nach dem Zurückdrängen von Saddam Hussein aus Kuwait, eine neue Stabilität dort zu konstruieren. Eine Reihe bilateraler Gespräche erfolgte zwischen Israel und je Syrien, dem Libanon, Jordanien und palästinensischen Teilnehmern. Regionale multilaterale Gespräche fanden parallel in Washington und anderen Städten im Madrider Rahmen statt. Trotz der politisch ideologischen Überzeugungen des damaligen israelischen Ministerpräsidenten Jitzhak Schamir gelang es dem Präsidenten Bush, ihn zu überzeugen, daran teilzunehmen. Dieser brauchte die US-Garantie für einen Kredit von 10 Milliarden Dollar. Die Unterbringung Tausender von sowjetischen Juden musste finanziert werden.³⁸⁶ Schließlich musste Israel in der Atmosphäre des Endes des Kalten Kriegs einsehen, dass „... es seine direkte Besatzung (der palästinensischen Territorien, d. Verf.) nicht ungestört fortsetzen konnte ...“³⁸⁷.

Zwei Momente in der Gestaltung der Konferenz sollten die Israelis dagegen begnügen. Wie sie bestanden hatten, trafen sich die Teilnehmer nicht unter der Ägide der UNO zusammen (wie es die arabischen Staaten und die Sowjetunion bis dahin gefordert hatten), sondern unter amerikanischer Schirmherrschaft (mit symbolischer russischer Präsenz). „Angesichts ihrer Haltung in der Territorialfrage und zum Prinzip des Rechts auf nationale Selbstbestimmung war es der israelischen Regierung wohl bewußt, daß sich eine Internationalisierung der bevor-

³⁸³ Vgl. Ben-David, Calev: Heroes under Attack. In: The Jerusalem Report. Jg.V. Nr.17. 29.Dez.1994. S.12-17.

³⁸⁴ Nieuwenhuijze, C.A.O.: a.a.O. S.258.

³⁸⁵ Dachs, Gisela: Abschied von der Jugend. Zit. In: Informationen zur politischen Bildung. a.a.O. S.45. Die Hervorhebungen gehören zum originalen Zitat.

³⁸⁶ Vgl. Zu der neuen regionalen Konstellation vgl. Rodman, Peter W.: Middle East Diplomacy after the Gulf War. In: Foreign Affairs. Jg.70. Nr.2. 1991. S.4-9.

³⁸⁷ Hass, Amira: a.a.O. S.30.

stehenden Verhandlungen nicht zu ihren Gunsten auswirken würde.“³⁸⁸ Zweitens sollten keine Vertreter der PLO zugelassen und die palästinensischen Repräsentanten als Teil einer gemeinsamen jordanisch palästinensischen Delegation empfangen werden.

In Bezug auf ihre arabischen Nachbarländer erklärte die israelische Regierung in Madrid ihren generellen Wunsch, bilaterale Verträge mit ihnen zu unterzeichnen. Für die Palästinenser sah sie pragmatisch ein Interimsautonomieabkommen vor.³⁸⁹ Detaillierter war diese Ansicht einmal in einer unter amerikanischem Einfluss 1989 entstandenen Friedensinitiative³⁹⁰ vorgestellt. Den Arabern im Gaza-Streifen und in der Westbank, ohne das administrativ erweiterte und annektierte Ostjerusalem, waren Wahlen, fünfjährige Selbstverwaltung und Verhandlungen über die endgültige Lösung der israelisch palästinensischen Auseinandersetzung angeboten. Sowohl palästinensische Unabhängigkeit als auch Gespräche mit der PLO blieben ausgeschlossen. In Madrid zeigte sich aber Jitzhak Schamir handlungsunwillig.

2.1.2.3 Der palästinensische Widerstand

Das Jahr 1948 bildete „... den zentralen Bruch in der palästinensischen Geschichte des 20. Jahrhunderts“³⁹¹. Hunderttausende von arabischen Einwohnern verließen das ehemalige britische Mandatsgebiet nach der Gründung des israelischen Staats – sei es aus Vorsicht, sei es in Panik oder als Folge der gezielten israelischen Vertreibungshandlungen³⁹² während der Ausführung des Plans D (Vgl. 2.1.1.2). Seitdem lebten sie als arabische Minderheit in Israel, als Jordanier in der Westbank (1950 wurde sie durch Jordanien annektiert) und als überwiegend marginalisierte Flüchtlinge in Libanon, Syrien, Jordanien und im Gaza-Streifen (zwischen 1949 und 1967 unter ägyptischer Militärverwaltung).³⁹³ 1967 wurden das Westjordanland und der Gaza-Streifen den Realitäten der israelischen Besatzung ausgesetzt. Neue 200 000 Menschen flüchteten vom westlichen Ufer des Jordan zum Ostufer.³⁹⁴ Der palästinensischen Selbstbestimmung wurde „... eine Sonderentwicklung aufoktroziert, die sie ... aus dem Gesamtzusammenhang der neuentstandenen nahöstlichen Staatenwelt herauslöste.“³⁹⁵ Praktisch

³⁸⁸ Ries, Matthias: a.a.O. S.40.

³⁸⁹ Vgl. Eröffnungsrede von Jitzhak Schamir, Ministerpräsident von Israel, Madrid, 31. Okt. 1991. In: <http://www.mfa.gov.il/MFA/Archive/Peace%20Process/1991/ADDRESS%20BY%20MR%20YITZHAK%20SHAMIR%20-%2031-Oct-91> abgerufen am 30.12.2005

³⁹⁰ Vgl. Israel's Peace Initiative, May 14 1989. In: <http://www.mfa.gov.il/MFA/Peace+Process/Guide+to+the+Peace+Process/Israel-s+Peace+Initiative+-+May+14-+1989.htm> Stand 14. Mai.1989, abgerufen am 30.12.2005.

³⁹¹ Baumgarten, Helga: a.a.O. (1) S.28.

³⁹² Vgl. Hourani, Albert: a.a.O. S.437.

³⁹³ Vgl. Baumgarten, Helga: a.a.O. (1) S.28.

³⁹⁴ Vgl. Wasserstein, Bernard: a.a.O. S.27.

³⁹⁵ Baumgarten, Helga: a.a.O. (1) S.41.

ging aus diesen Ereignissen die gewaltige politische und wirtschaftliche Fragmentierung und soziale Auflösung der Palästinenser hervor.³⁹⁶ (Vgl. Abb.2 und Abb.3)

Die aus ihrer arabischen Hülle kristallisierende nationale palästinensische Identität sollte sich nun sowohl innerhalb als auch außerhalb Palästinas bestätigen. Mit der Gründung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) 1964 in Kairo unter der Leitung von Yasser Arafat wurde ein wichtiges Kapitel der palästinensischen Nationalbewegung geöffnet. Die Organisation wuchs zur führenden Position in dem Befreiungskampf und fand ihre Legitimierung in der Massenunterstützung der Palästinenser in der Diaspora und in den okkupierten Territorien. Im Jahre 1974 wurde sie durch den arabischen Gipfel in Rabat für den einzigen legitimen Repräsentanten des palästinensischen Volks erklärt. Im selben Jahr bestätigte UNO das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und gewährte ihr Beobachterstatus.

Die PLO war eine säkular orientierte Assoziation palästinensischer Widerstandsorganisationen verschiedener Größe, Auswirkung, ideologischer Orientierung und interner und externer Herrschaftsambitionen. Vereinigend für dieses „Konglomerat von Systemen und Subsystemen, Unterorganisationen und Büros“³⁹⁷ war das politische Ziel der Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staats. Die Hauptfraktionen waren die Fatah (Yasser Arafat), PFLP (Volksfront zur Befreiung Palästinas, George Habash), DFLP (Demokratische Volksfront zur Befreiung Palästinas, Nayef Hawatmeh), ALF (Arabische Befreiungsfront), PPSF (Palästinensische Volkskampffront, Samir Ghosheh), PCP (Palästinensische Kommunistische Partei, Bashir al-Barghuti). Als die einflussreichste Strömung erwies sich die Fatah und die Evolution ihrer Kampfanalysen und Methoden setzte sich durch. PFLP-GC (Volksfront zur Befreiung Palästinas – Generalkommando, Ahmed Jibril), Saiqa, Fatah Uprising usw. zeigten sich dagegen nicht einverstanden mit ihrer Linie.

Zentrales Erlebnis für die palästinensischen Führer in den 60er Jahren war „... die persönlich-existentielle Erfahrung jüdisch-israelischer Gewaltanwendung.“³⁹⁸ Als ihre Hauptwiderstandsmethode wählten sie ihrerseits die gewaltsamen Aktionen. In ihrer Charta 1968 erklärte die PLO den UNO-Teilungsplan aus dem Jahre 1947 und die Verkündung des israelischen Staats für illegal. Der bewaffnete Kampf sollte der Hauptweg sein, die totale Befreiung Palästinas in den Grenzen des Mandats Großbritanniens zu erreichen.³⁹⁹ 20 Jahre versuchte die PLO primär durch die Einsetzung militärischer Mittel gegen israelische Ziele in der Westbank, im Gaza-Streifen, in Israel und in Drittländern Stimmen für ihre Sache zu mobilisieren. Dieser Kampf leistete für die Mehrheit der Palästinenser nämlich einen positiven und identi-

³⁹⁶ Vgl. Wasserstein, Bernard: a.a.O. S.53.

³⁹⁷ Baumgarten, Helga: a.a.O. (1) S.235.

³⁹⁸ Ebd. S.63.

³⁹⁹ Vgl. Moore, John Norton: a.a.O. S.706-711.

tätsstiftenden Effekt: emotional stellte er das durch die israelische Armee und später auch noch durch jüdische Siedler zerstörte Selbstgefühl und Selbstvertrauen wieder her, politisch barg er die Hoffnung auf Erfolg in der Implementierung der nationalen Bestrebungen – trotz der überwältigend erscheinenden Überlegenheit der IDF.⁴⁰⁰ Viele israelische Zivilisten fielen solchen Aktionen zum Opfer, darunter auch terroristischen. „Far too many Israelis have become victims of the conflict, with basic damage being done to their images of reality Among these casualties of the conflict would be the ability to perceive changes of the Other, on the Palestinian side.“⁴⁰¹

Generell wurde die Rolle der arabischen Staaten im Krieg 1948 als negativ erfahren,⁴⁰² eine andere weiter führende Konstante im palästinensischen Nationalkampf. Hier musste die PLO im Laufe der Jahre häufig zwischen den partikularen Herrschaftsinteressen einzelner arabischer Regimes und den Chancen, von ihnen unterstützt zu werden, lavieren (Vgl. 2.2). Abwechselnd fand ihr Kommando Unterschlupf in oder wurde aus diversen Staaten der Region vertrieben. Zusammen mit den Beiträgen der palästinensischen Bevölkerung verließ sie sich auf ihre finanzielle Förderung. Bis zum Zweiten Golfkrieg waren Saudi-Arabien und Kuwait ihre wichtigsten finanziellen Stützen.⁴⁰³ Die verbalen Sympathiebekundungen arabischer Regierungen für das palästinensische Schicksal und ihre Initiativen vor verschiedenen politischen Fora, z.B. der Generalversammlung der Vereinten Nationen und der arabischen Liga, wurden für die Organisation durch Schritte wie die Annahme der UN-Sicherheitsresolution 242 durch Ägypten und Jordanien (Syrien folgte 1972) jedoch in Frage gestellt.⁴⁰⁴ (Resolution 242 des Sicherheitsrats aus dem Jahre 1967 verlangte den israelischen Rückzug aus den von ihm im selben Jahr okkupierten Gebieten und postulierte das Recht jedes *Staats* in der Region, friedlich in sicheren und anerkannten Grenzen zu existieren.)⁴⁰⁵ Desillusioniert von den bestehenden Machtverhältnissen in der Region und der Welt nahm die PLO/Fatah-Führung parallel zum bewaffneten Kampf einen realpolitischen diplomatischen Kompromisskurs ein, der in der öffentlich angekündigten Bereitschaft zur Zwei-Staaten-Lösung des Konflikts 1988 kulminierte und seitdem die palästinensische Nationalbewegung dominierte. Im Gaza-Streifen und in der Westbank entfaltete sich inzwischen ein anderer Aspekt des Widerstands in vollem Gange.

⁴⁰⁰ Vgl. Baumgarten, Helga: a.a.O. (1) S.262.

⁴⁰¹ Galtung, Johan: Nonviolence and Israel/Palestine. Honolulu. 1989. S.70.

⁴⁰² Vgl. Baumgarten, Helga: a.a.O. (1) S.63.

⁴⁰³ Vgl. Ebd. S.327.

⁴⁰⁴ Vgl. Ebd. S.240.

⁴⁰⁵ Vgl. Resolution 242 (1967) des UNO-Sicherheitsrats. In:

<http://domino.un.org/UNISPAL.NSF/d744b47860e5c97e85256c40005d01d6/7d35e1f729df491c85256ee700686136!OpenDocument>

Durch die Entstehung der palästinensischen Flüchtlingsströme 1948 verloren die traditionellen Trennungslinien zwischen Nomaden und sesshafter Bevölkerung, zwischen Oberschicht und Bauern, Stadt und Land, Muslimen und Christen an Bedeutung.⁴⁰⁶ Infolge dieses sozialen und wirtschaftlichen Risses der zahlenmäßig schnell wachsenden Bevölkerung wurden die Prozesse ihrer Urbanisierung beschleunigt. Erziehung und Bildung wurden nun als ein wichtiger Zugang zu einem Arbeitsplatz sowie „... das höchste Gut betrachtet, nach dem zu streben sich lohnte, um besser für das ‘palästinensische Los’ gewappnet zu sein.“⁴⁰⁷ „From a refugee camp population with recent rural roots and a low rate of literacy, the Palestinians transformed themselves into a literate, educated, skilled, highly mobile, urban population.“⁴⁰⁸ Im Gaza-Streifen und Westjordanland war eine konstruktive Entfaltung dieser Kräfte bei den Restriktionen seitens des israelischen Verwaltungsregimes gehindert und konnte nur unter der Bedingung konjunktureller Wachstumsperioden und politischer Zulässigkeit in den Golfstaaten oder anderswo, wo ausgebildete palästinensische Arbeitskräfte tätig waren, kompensiert werden (Vgl. 2.1.2.1). Dieter Senghaas verweist an dieser Stelle auf die “Chaos-Macht”, die jede amputierte Industrialisierung, der Verlust an eigener Ernährungsgrundlage, die Urbanisierung und Marginalisierung nach sich zieht. „Solche sozioökonomischen Veränderungen, gekoppelt mit der sich ausweitenden Alphabetisierung breiter Bevölkerungsschichten, werden zur Grundlage von Politisierung und Nationalismus. Und wo sich ein so zustande kommender Nationalismus ausbreitet, werden einerseits wahrscheinlich zwischenstaatliche Konflikte zunehmen, aber andererseits wird gleichzeitig dem Interventionismus durch die Weltmächte den Boden entzogen.“⁴⁰⁹ Vor diesem Hintergrund sind die Massenorganisation und die Verbreitung des Antiamerikanismus unter den Palästinensern in den besetzten Gebieten zu verdeutlichen.

Eine neue Generation von Palästinensern war zur Welt gekommen seit 1967. Die hatten die Erfahrung von Niederlage ihrer Eltern nicht direkt gemacht und waren von ihr nicht unmittelbar beeinflusst. Sie wuchsen als eine neue Widerstandsgeneration auf.⁴¹⁰ Unter den Jugendlichen mit qualifiziertem Schulabschluss und akademischem Grad drängte sich der Schluss, „... daß nur eine grundsätzlich veränderte Situation, d.h. die Beendigung der Besatzung, dem einzelnen überhaupt Zukunftschancen bieten konnte. Damit ... verbanden sich individuelle Zukunftsperspektiven untrennbar mit dem kollektiven Schicksal der Nation“⁴¹¹. „Ab 1983 verschlechterten sich die Migrationsmöglichkeiten aufgrund der ökonomischen Rezession, die

⁴⁰⁶ Vgl. Wasserstein, Bernard: a.a.O. S.53.

⁴⁰⁷ Baumgarten, Helga: a.a.O. (1) S.280.

⁴⁰⁸ Khalidi, Rashid u. Phyllis Bennis: a.a.O. S.368.

⁴⁰⁹ Senghaas, Dieter: a.a.O. S.170.

⁴¹⁰ Vgl. Harub, Khalid: Hamas: Political Thought and Practice. USA. 2000. S.37.

⁴¹¹ Baumgarten, Helga: a.a.O. (1) S.281.

auch in den Golfstaaten Folgen zeitigte, einer restriktiveren Visa-Politik dieser Länder sowie wegen verschärfter jordanischer Einreisebestimmungen, deren Ziel es war, die Migration aus der Westbank weitestgehend zu verhindern. 1983 migrierten noch fast 10 000 Palästinenser, 1984 waren es schließlich nur noch 3 000.⁴¹² Die am stärksten politisierte Gruppe in der palästinensischen Gesellschaft, die Schüler und die Studenten, waren nun gezwungen vor Ort zu bleiben.

Auf diesem Boden entzündete sich das Feuer der ersten Intifada (1987-1993), des palästinensischen Aufstands, die massenhafte Demonstrationen, interne Streiks, wirtschaftliche Boykottaktionen oder andere Formen des zivilen Ungehorsams und Werfen von Steinen gegen israelische Panzer und Militärpersonal überall im Gaza-Streifen und in der Westbank hervorrief.⁴¹³ „Erst die Intifada war der Wendepunkt, an dem die Palästinenser aus dem unerschütterlichen Selbstbewusstsein heraus, daß sie sich als politisch handelndes Subjekt ihren Platz in der Geschichte der Nationen und Nationalstaaten erobert hatten, ... im Spiel der Diplomatie ... als Berufsspieler in das Geschehen eingreifen konnten“⁴¹⁴. Wiederhall aus der ganzen Welt kam auf das palästinensische Problem. Besorgt von möglichen Unruhen in dem eigenen Königreich gab der jordanische König Hussein seinen Anspruch auf Souveränität über die Westbank und Ostjerusalem im Juli 1988 auf, mit Ausnahme der islamischen religiösen Stätten. Mit dem Ausbruch der Intifada wurde der Akzent des Nationalkampfes endgültig auf die besetzten Gebiete verlegt.

Unter diesen Umständen proklamierte der PNR in Algier am 15. November 1988 einen unabhängigen palästinensischen Staat mit Hauptstadt Ostjerusalem. Dabei berief sich die PLO auf die UNO-Resolution 181 aus dem Jahre 1947 als Legitimitätsbasis für ihre Entscheidung und stimmte dadurch unumkehrbar der Teilung vom historischen Palästina zu. Die Anwendung von Gewalt und terroristischen Mitteln gegen die territoriale Integrität anderer Staaten wurden denunziert. Die Errichtung eines säkularen und demokratischen Staats wurde angestrebt.⁴¹⁵ Im Dezember 1988 anerkannte Yasser Arafat in einer Ansprache vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen den israelischen Staat verbal, wies auf die UNO-Resolutionen 242 (1967) und 338 (1973)⁴¹⁶ als Grundlage für die Einberufung einer internationalen Konferenz unter der Ägide von UNO zur Lösung des Nahostkonflikts hin und forderte den israelischen

⁴¹² Ebd. S.280.

⁴¹³ Vgl. Sharp, Gene: The Intifada and Nonviolent Struggle. In: Journal of Palestine Studies. Jg.XIX. Nr.1. Herbst 1989. Heft 73. S.3-13.

⁴¹⁴ Helga, Baumgarten: a.a.O. (1) S.316.

⁴¹⁵ Vgl. Lukacs, Yehuda (Hrsg.): a.a.O. S.411-415.

⁴¹⁶ Resolution 338 des UNO Sicherheitsrats bestätigt die Aufforderungen der Resolution 242 (1967). Das Dokument ist abrufbar unter:

<http://domino.un.org/UNISPAL.NSF/d744b47860e5c97e85256c40005d01d6/7fb7c26fcbe80a31852560c50065f878!OpenDocument> abgerufen am 01.10.2006.

Rückzug aus den 1967 besetzten Gebieten auf, inkl. Ostjerusalem. Von dem Moment an wurde von Arafat immer wieder verlangt, sei es von Seiten der USA und Europas, sei es später, nach Oslo, auch von Politikern in Israel, in neuen Formulierungen auf den Terror zu verzichten. Die formelle Bestätigung der Nichtrelevanz der PLO-Charta bildete dabei das größte Problem.⁴¹⁷

Als Folge dieser Schritte erklärten die USA am 14. Dezember 1988 die Aufnahme eines Dialogs mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation. Unterstrichen wurde von den Vereinigten Staaten die offizielle Annahme der Resolutionen 242 und 338 durch die PLO (die Relevanz der Resolution 181 für die PLO blieb durch die USA unerwähnt), die Anerkennung des israelischen Rechts auf unabhängige Existenz und den Verzicht auf Terror. Im Vergleich zur Resolution 181 schrieben die Resolutionen 242 und 338 einen geringeren territorialen Umfang den Palästinensern zu und behandelten sie nicht als Volk oder Nation, sondern ausschließlich als Flüchtlinge. Im Juni 1990, im Anschluss an eine versuchte Guerillaoperation durch die ALF und trotz der offiziellen Distanzierung der PLO-Führung unter Arafat von der Aktion, wurde dieser Dialog abgebrochen. Ohnehin brachten die amerikanisch palästinensischen Kontakte in dieser Zeitperiode bei der kontinuierlichen Ablehnung des damaligen israelischen Premierministers Jitzhak Shamir keine Bewegung in Richtung Verhandlungen für den Nahen Osten.⁴¹⁸ Während des irakischen Angriffs gegen Kuwait am 2. August 1990 vertiefte sich die Kluft zwischen der PLO und der stärksten Außenmacht für die Region.

Nachdem die Organisation 1983 ihre Basen im Libanon als Resultat des israelischen Einmarsches ins Land verloren hatte und ihre neu situierte Zentrale in Tunis 1985 durch Israel bombardiert worden war, wurden ihre Aktivitäten nach und nach in den Irak verlagert und von der dortigen Regierung in den späten 80er Jahren finanziell und politisch unterstützt. Am 12. August 1990 initiierte Saddam Hussein das sog. „linkage“ („Koppelung“) aller Fälle von Besetzung in der arabischen Region. „Im Klartext hieß das: Im Gegenzug zur Räumung Kuwaits durch die irakische Armee sollte sich die israelische Armee aus den besetzten palästinensischen Gebieten und die syrische Armee aus dem Libanon zurückziehen.“⁴¹⁹ Diese Entwicklungen zusammen mit der zu dieser Zeit schon stagnierenden Intifada brachten Yasser Arafat und die Tausenden von demonstrierenden jungen Leuten im Gaza-Streifen und in der Westbank dazu, neue Hoffnungen für ihre Not zu nähren und sich an die Seite der Iraker in diesem Konflikt zu stellen. Jordanien mit seinem großen palästinensischen Bevölkerungsanteil folgte diesem Zug. Die Golfkrise 1990-1991 verursachte somit die Reduzierung der Finanzierungs-

⁴¹⁷ Vgl. Baumgarten, Helga: a.a.O. (2) S.145.

⁴¹⁸ Vgl. Ebd. S.146-151.

⁴¹⁹ Ebd. S.158.

mittel für die PLO von äußeren arabischen Quellen, insbesondere den Golfstaaten, die sich der irakischen Aggression widersetzen.

Die Schwäche der palästinensischen Position im Allgemeinen und der PLO im Speziellen, war bei der Eröffnung der Madrider Konferenz weiterhin zu spüren. Die Palästinenser wurden lediglich als Teil der jordanischen Delegation zugelassen. Ausgewählt wurden nur Vertreter aus den besetzten Gebieten, und keine offiziellen PLO-Repräsentanten. Erst nach intensivem Druck konnten sie separate israelisch palästinensische Verhandlungen durchsetzen. In seiner Eröffnungsrede umriss Dr. Haidar Abdel Shafi den palästinensischen Standpunkt. Die Antwort auf die palästinensischen Bestrebungen sollte ein Staat in allen durch Israel 1967 okkupierten palästinensischen Gebieten mit Hauptstadt Ostjerusalem aufgrund der UNO-Resolution 181 sein. Die palästinensischen Flüchtlinge, die Vertriebenen seit 1967 und die Deportierten hatten das Recht auf Rückkehr. Das Landeigentum und die Wasserrechte der Palästinenser im Gaza-Streifen und Westjordanland sollten wieder erstellt werden. Eine zukünftige Konföderation mit Jordanien als ein freiwilliges Unternehmen wurde auch in Aussicht gestellt.⁴²⁰

Die Abwesenheit der PLO in Madrid entbehrte dieser Initiative der breiten nationalen Legitimierung, über die die Organisation verfügte, zugunsten Israels. In einem inneren palästinensischen Kontext dagegen drohte diese Situation an, die Ansprüche der PLO/Fatah-Führung, „... ihre Hegemonie ... überall durchzusetzen, nicht zuletzt ... in den besetzten Gebieten“⁴²¹, in Frage zu stellen. Schon Ende der 70er Jahre hatten sich die ersten Spannungen zwischen „draußen“ und „drinnen“ gezeigt.

1973 entstand im Gaza-Streifen und Westjordanland die Palästinensische Nationale Front (PNF), eine Dachorganisation von Mitgliedern und Anhängern von Fatah, PDFLP, kurzfristig auch PFLP, der Ba'ath-Partei, der PCP und unabhängigen Politikern, die sich als integraler Teil der gesamten Palästinensischen Nationalbewegung, der PLO, betrachtete. Während Arafat es darum ging, alle sozioökonomischen Schichten und politischen Kräfte für ein pragmatisches nationalistisches Programm zu mobilisieren und diese unter Kontrolle zu halten, strebte die PNF, darunter die Kommunistische Partei und PDFLP an führender Stelle, eine Befreiung an, die auch eine sozial-revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft der besetzten Gebiete bringen sollte. Die ideologisch programmatischen Differenzen ergänzten sich durch die Unzufriedenheit mit dem neopatriarchalischen und undurchsichtigen Führungsstil Arafats. „The PLO structure eventually became bureaucratized and was affected in some measure by cor-

⁴²⁰ Vgl. Eröffnungsrede von Dr. Haider Abdul Shafi, Leiter der palästinensischen Vertretung, Madrid, 31. Okt. 1991. In: <http://www.mfa.gov.il/MFA/Archive/Peace%20Process/1991/ADDRESS%20BY%20DR%20HAIDER%20ABDUL%20SHAFI-%20-%2031-Oct-91> abgerufen am 30.12.2005

⁴²¹ Baumgarten, Helga: a.a.O. (1) S.256.

ruption.“⁴²² Doch ließen die überlegene Ideologie und die materiellen Kapazitäten Fatah bis Mitte der 80er Jahre ausschlaggebend in Westbank und Gaza-Streifen werden.⁴²³ „Drinne“ zu sein bedeutete außerdem für die PNF-Politiker, sich für bestimmte Verhandlungspositionen unabhängig von Außenfaktoren einsetzen zu können.

Der Wunsch also, verlorenes politisches Kapital auf der internationalen Ebene, insbesondere amerikanisches Gutheißen, nachzuholen, und in den okkupierten Territorien präsent zu sein, trieb die PLO dazu an, sich aktiv am Madrider Prozess im Hintergrund zu beteiligen. „Nach dem Beschluss in Algier und auf der Basis der unstreitbaren Erfolge der Intifada ... sah Arafat sich nun kurz vor dem Ziel: der Anerkennung der PLO durch die USA und die Einbeziehung der PLO in alle weiteren Pläne zur Beilegung des Nahostkonflikts.“⁴²⁴ Die potenzielle Möglichkeit zur Verstärkung des Aufsehens und der finanziellen Ressourcen der palästinensischen Funktionäre in den besetzten Gebieten in Form von Auslandshilfe aber, machte die PLO-Rolle in Madrid blockierend. „Für die PLO gab es daher wenig Anreiz, sich auf ein Abkommen im Madrider beziehungsweise Washingtoner Verhandlungsrahmen einzulassen.“⁴²⁵ Bei der starren israelischen Haltung auf der anderen Seite scheiterten die Madrider Bemühungen mit der zehnten bilateralen Verhandlungsrunde im Juli 1993 endgültig.⁴²⁶

Das Ende der 70er Jahre zeichnete auch den Aufstieg islamisch fundamentalistischer militäristischer Tendenzen im palästinensischen Widerstand ab. Im Jahre 1979 wurde Islamischer Jihad und 1987 die Hamas gegründet. Die Letzte war die einflussreichste islamistische Organisation in den okkupierten Territorien in den 90er Jahren und wird hier hauptsächlich dargestellt. Palästinensisch nationalistische, islamisch religiöse und modern-politische Merkmale charakterisierten ihr Wesen. „... Hamas is a modern political movement involved in a struggle for power, whose oppositional discourse is based on religious references. It is a national organization that is ... pragmatic and clear-sighted in its analysis of international politics.“⁴²⁷ Zwei langwierige Prozesse verknüpften sich in ihrer Entstehung: die Dynamik der palästinensischen Politik in Bezug auf den Kampf gegen Israel und die allgemeine Verbreitung des Phänomens des politisierten Islams im Nahen Osten seit den 70er Jahren. Die Enttäuschung mit der zunehmenden wirtschaftlichen und sozialen Not in den besetzten Gebieten, die Misserfolge der palästinensischen Nationalbewegung, das abnehmende arabische Interesse daran

⁴²² Khalidi, Rashid u. Phyllis Bennis: a.a.O. S.371; Vgl. dazu auch eine Publikation in Jerusalem Post vom 13. März 2001 (S.1 and S.14) gelesen in: Freund, Wolfgang (Hrsg.): Looking into Hamas and Other Constituents of the Palestinian-Israeli Confrontation. Fr/M. 2002. S.138-139.

⁴²³ Vgl. Helga, Baumgarten: a.a.O. (1) S.318.

⁴²⁴ Baumgarten, Helga: a.a.O. (2) S.146.

⁴²⁵ Ries, Matthias: a.a.O. S.45.

⁴²⁶ Vgl. Baumgarten, Helga: a.a.O. (2) S.164-171.

⁴²⁷ Nüsse, Andrea: Muslim Palestine: the Ideology of Hamas. Amsterdam. 1998. S.2.

und die ungünstige Weltkonstellation für die palästinensische Sache erwiesen sich einerseits als maßgebend für das Steigen des Konfrontationsbewusstseins unter den palästinensischen Islamisten. Sie nahmen intensiv an der Intifada teil, und die Hamas gab den 8. Dezember 1987 (der Tag des Intifada-Beginns) als das offizielle Datum ihrer Formierung an, obwohl ihr erstes Kommuniké erst ein paar Tage später herausgegeben wurde. Das Scheitern vieler linker und säkular-nationalistischer Bewegungen in der Region beim Erreichen ihrer Programmziele, der regionale Trend zur Aufwertung der Rolle von traditionellen islamischen Konzepten als Alternative zu den existierenden politischen Ordnungen im Nahen Osten und das Kommen an die Macht von Ayatollah Khomeini im Iran dienten andererseits auch zur Aktivierung des palästinensischen Islamismus: er als lokaler Ausdruck umfassenderer Entwicklungen. “The 1979 Iranian Revolution and the assassination of the Egyptian President Anwar as-Sadat in 1981 marked the emergence of a new understanding of the relationship between religion and politics in the Arab world. The political dimension of Islam, which the secular principal of the separation between religion and state negated, increasingly gained a more central social relevance.”⁴²⁸

Sowohl Hamas als auch Islamischer Jihad hatten ihre Wurzeln in der palästinensischen Muslimbrüderschaft, die durch palästinensische Zweige der Muslimbrüderschaft in Ägypten in den 40er Jahren ins Leben gerufen worden war. Die beiden palästinensischen Organisationen identifizierten sich aber hauptsächlich mit ihren lokalen Realitäten. Von 1967 bis Anfang der 80er Jahre konzentrierten sich die palästinensischen Muslimbrüder auf soziale Wohltätigkeitsinitiativen, die Glaubensschulung und soziale (Um)Erziehung vieler junger Leute, um sie für den Kampf gegen den Zionismus im Namen des Islams zu mobilisieren. Es wurden Moscheen aufgebaut und islamische Klubs und Assoziationen gegründet. Mit der Entstehung von Hamas und Islamischem Jihad wurden die Intifada und der Kampf mit militärischen Mitteln entschieden zu den Strategien der Muslimbrüder hinzugefügt.⁴²⁹

Deklariertes Ziel von Hamas war die Befreiung von ganz Palästina und die Errichtung eines Staats dort nach islamischen Gesetzen. Der Zionismus, und daher das Judentum, wurden als Aggressor angenommen, die islamisches Land usurpiert hatten und darum gekämpft werden mussten. Nach ihrer Interpretation von Islam verfügte Israel über keine historische Legitimation für seine Existenz und sollte vernichtet werden. Juden, Christen und Muslime dagegen würden zusammen unter dem Banner des Islams leben.⁴³⁰ Hamas und andere oppositionelle islamische Kräfte erkannten den gesamten Madrider Prozess nicht an und beteiligten sich

⁴²⁸ Hamzawy, Amr: Normative Dimensions of Contemporary Arab Debates on Civil Society. In: Hamzawy, Amr (Hrsg.): Civil Society in the Middle East. 1. Aufl. Berlin. 2003. S.14.

⁴²⁹ Zur Entstehung von Hamas in den 80er Jahren vgl. Harub, Khalid: a.a.O. S.29-41.

⁴³⁰ Vgl. hier die Hamas Charta. In: Harub, Khalid: a.a.O. S.267-291.

stattdessen an der vom Iran am 22. Oktober 1991, nur acht Tage vor der Eröffnung der Sitzung in Madrid, in Teheran zusammengerufenen Konferenz zur Ablehnung dieser regionalen Initiative.⁴³¹ (Vgl. 2.2)

Je nach ihren Vorstellungen setzte sich Hamas grundsätzlich für die Demokratisierung der palästinensischen Gesellschaft ein und kritisierte später scharf die Korruptionsfälle und den Mangel an Transparenz in der PA⁴³². Doch die Frage nach einer konkreten Gestaltung des Lebens der Palästinenser nach ihrer Intifada wurde von ihr im Laufe der 90er Jahren nicht beantwortet.⁴³³

Ein Wendepunkt in der militärischen Strategie von Hamas war ihre Entscheidung nach dem Hebron-Massaker 1994, bei dem ein jüdischer Siedler 29 Palästinenser während ihrer Gebetszeit in der Hebron Moschee erschoss (Vgl. 4.1.2), Zivilisten auf dem Territorium Israels direkt anzugreifen. (vorher hatte Hamas ihre Angriffe gegen israelische Militärobjekte/subjekte sowie Siedler in den besetzten Gebieten gerichtet, wobei die letzten als militärische Ziele interpretiert wurden – sowohl wegen deren Besitzes von Waffen als auch deren Attacken gegen Palästinenser.) Obwohl sie als ein Racheakt gestartet waren, bestätigten sich die jeweiligen (Selbstmord)Anschläge dauerhaft als eine Form von strategisch politischer Gewaltanwendung – begriffen als Zielen auf die schwachen Stellen eines übermächtigen Feindes.⁴³⁴ Als solche erfolgten sie in der Tat als gezielte, monatelange Kampagnen und es ermangelte die Bereitschaft von freiwilligen Personen nicht, sich selbst und andere im Namen ihrer nationalen Bestrebungen in den Tod zu reißen.⁴³⁵

Im Hinblick auf die PLO/PA, die Schwankungen der Volksunterstützung ihren militärischen Operationen gegenüber und externe Parteien zeigte sich Hamas gewissermaßen pragmatisch. Im Allgemeinen war die PLO von Hamas als eine brüderliche arabisch palästinensische Organisation betrachtet. Die Schuld an der Unterzeichnung der von den Islamisten verneinten Osloer Abkommen wurde nicht der PLO als Ganzem sondern eher ihrer „machtsüchtigen“ Führerschaft gegeben. Seit ihren Anfangsjahren zeichneten sich die Beziehungen zwischen Hamas und Fatah durch Spannung und Konkurrenzkampf aus. Nachdem die PA die Kontrolle über bestimmte palästinensische Gebiete 1994 übernahm, richtete Hamas Kritik auf diese verbal, ohne Aktionen gegen ihre Vertreter zu unternehmen.

Je nach dem jeweiligen politischen Moment orientierte sich die Position der PLO-Leitung hinsichtlich der Hamas. So wurde Hamas beschuldigt, mit dem Einverständnis Israels in die

⁴³¹ Vgl. Ebd. S.177.

⁴³² Vgl. Nüsse, Andrea: a.a.O. S.166.

⁴³³ Vgl. Harub, Khalid: a.a.O. S.71-72.

⁴³⁴ Vgl. Ebd. S.246-248.

⁴³⁵ Vgl. Pape, Robert A.: Dying to Win. The Strategic Logic of Suicide Terrorism. New York. 2005. S.20-21.

Welt gekommen zu sein, um die PLO abzuschwächen. Andererseits wurden die Islamisten von Yasser Arafat als eine bedeutende politische Kraft in der palästinensischen Gesellschaft aufgefasst. Sie wurden mehrmals eingeladen sich der PLO, später der PA anzuschließen. Am Ende 1996 z.B. fanden zwischen den beiden Seiten Gespräche in Kairo statt, infolgedessen Hamas auf Attacken während der palästinensischen Wahlen im Januar 1996 verzichtete. Im August 1997 wurde eine gemeinsame Versöhnungsrunde in Ramallah organisiert, die ohne greifbare Ergebnisse endete. Parallel kam es zwischen den neu geschaffenen palästinensischen Polizeikräften und der Hamas zu Spannungen und/oder direkten Zusammenstößen – Resultat nicht nur von israelischem Druck, sondern auch von dem Wunsch der PA, oppositionelle Bewegungen zum Schweigen zu bringen. Die PA versuchte, die Graswurzelbasis der Hamas zu minimieren. Den Islamisten wurde vorgeworfen, den Friedensprozess zu torpedieren und sich mit dem Iran zugunsten dessen Außeninteressen zu verbünden.⁴³⁶

Für Hamas war die Volksunterstützung eine sehr wichtige Vorbedingung für die Fortsetzung des bewaffneten Kampfs als Mittel zum Erreichen ihrer langfristigen Ziele – noch mehr vor dem Hintergrund der durch sie abgelehnten israelisch palästinensischen Verhandlungen und der öffentlichen Erwartungen davon. Damit die Organisation diesen Kampf, speziell die Tötung von israelischen Zivilisten, vor der breiten palästinensischen Öffentlichkeit rechtfertigen und weiter führen konnte, knüpfte sie ihre Operationen in publik an konkrete israelische Aktionen an (z.B. die Ermordung ihres Aktivisten Yahya Ayyash im Januar 1996).⁴³⁷ „Through this policy, Hamas tried to justify its actions to the public at large in order to continue the armed struggle as long as possible, particularly after the establishment of the PA. Hamas also tried to exploit popular anger and bitterness engendered by Israeli attacks by carrying out its operations while the atmosphere of anger and bitterness was still high.“⁴³⁸ Innenpolitisch betrachtet, konkurrierten Hamas und Islamischer Jihad durch ihre militärischen Kampagnen in den 90er Jahren mit der PA um Popularität unter der Bevölkerung – besonders erfolgreich bei Momenten des Stillstands des Osloer Prozesses.⁴³⁹

Lavierend verhielt sich Hamas im Hinblick auf Außenparteien. „Many of the fundamental lines of policy adopted by Fateh – notably maintaining a posture of neutrality among Arab states, observing the principle of non-interference in the internal affairs of Arab states, determining the organization’s position toward third parties on the basis of their positions on the Palestine problem, and its attitude toward Arab, Islamic, and even Western states – later were

⁴³⁶ Zu den politischen Beziehungen zwischen der Hamas und der PLO/PA vgl. Harub, Khalid: a.a.O. S.88-109.

⁴³⁷ Zum Zusammenhang zwischen den bewaffneten Aktionen von Hamas und der Volksunterstützung dafür vgl. Ebd. S.245-251.

⁴³⁸ Ebd. S.249.

⁴³⁹ Vgl. Pape, Robert A.: a.a.O. S.20; Harub, Khalid: a.a.O. S.250-251.

embraced by Hamas.”⁴⁴⁰ Selbst in Bezug auf die USA, die als höchsten Ausdruck des westlichen Imperialismus in der Region betrachtet wurden, blieb die Position von Hamas reduziert auf verbale Verurteilung, und keine Aktionen im Allgemeinen oder das Attackieren von US-Zielen in der Region wurden unternommen.⁴⁴¹ Im Januar und Februar 1993 fanden Kontakte zwischen den beiden statt.

In einer überwiegend muslimischen Bevölkerung, die sich aber in ihrer Mehrheit hinter den durch die PLO repräsentierten modernen palästinensischen Nationalismus, der die volle Integration von islamischen und säkular-nationalistischen Konzepten erlaubte, gestellt hatte, konnten Auffassungen wie diese von Hamas nur unter extremen politischen und sozialen Bedingungen massenhaft einen Widerhall finden. „In einer Situation, in der eine Lösung des Konflikts nicht absehbar ist, haben derart radikale Optionen naturgemäß große Anziehungskraft.“⁴⁴²

2.2 Regionale und internationale/globale Projektionen des Konflikts 1948-1992

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die horizontalen Aspekte des israelisch palästinensischen Konflikts perpetuiert d.h. er sollte sich weiter von Bedeutung für regionale und internationale/globale Verhältnisse erweisen. Hinsichtlich der ersten Ebene galten nun Ägypten, Libanon, Syrien und Jordanien als unmittelbare Teilnehmer, die reale Streitfragen wie Grenzen, Gebiete, Flüchtlinge, Wasserverteilung und Verkehrswege mit Israel teilten. Die Region Naher Osten⁴⁴³ mit ihrer eigenartigen Spezifik, spezieller die arabisch islamische Welt, ergänzte diese Perspektive.⁴⁴⁴ Die Haltung zum israelisch palästinensischen Problem von internationalen/globalen (Groß)Mächten, Institutionen und breit aufzufassenden sozialen und wirtschaftlichen Kräften (Vgl. 1.3.2), inkl. der jüdischen bzw. palästinensischen Diaspora, waren als sein internationaler/globaler Bezugsrahmen zu betrachten. Die horizontale Zuspitzung des Konflikts produzierte auch eine vertikale Verschärfung – neue Streitfragen wurden einbezogen und die einzelnen Konfliktdimensionen wurden intensiver. Im Hinblick auf das Thema der

⁴⁴⁰ Harub, Khalid: a.a.O. S.41.

⁴⁴¹ Vgl. Ebd. S.198.

⁴⁴² Baumgarten, Helga: a.a.O. (1) S.322.

⁴⁴³ In dieser Arbeit wird der Nahe Osten in Anlehnung an Reinhard Stewig aufgefasst als ein einheitlicher geographischer Raum, der aus zwei Flügeln besteht, einem nordafrikanischen und einem südwestasiatischen (=vorderasiatischen). Zum westlichen Flügel gehören: Mauretanien, Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen, Ägypten, der Sudan, Djibouti und Somalia; zum östlichen Flügel gehören: Türkei, Iran, Afghanistan, Pakistan, Libanon, Syrien, der Irak, Israel, Jordanien, Kuwait, Bahrain, Katar, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Oman, Nord- und Südjemen. (Vgl. Stewig, Reinhard: Natürliche und historisch-sozio-ökonomische Grundlagen der Raumstruktur. In: Steinbach, Udo/Robert, Rüdiger (Hrsg.): Der Nahe und Mittlere Osten. Politik. Gesellschaft. Wirtschaft. Geschichte. Kultur. Opladen. 1988. S.16)

⁴⁴⁴ Vgl. Steinbach, Udo: a.a.O. (2) S.646.

vorliegenden Arbeit wird der Akzent auf die Track-I-Diplomatie am Vorabend der 90er Jahre gelegt, wobei relevante nichtgouvernementale Determinanten berücksichtigt werden.

Die israelisch palästinensische Auseinandersetzung entwickelte sich in der regionalen Umgebung des Nahen Ostens: ein durch das Stiften der drei großen Religionen Judentum, Christentum und Islam, das Vorhandensein von mehr als zwei Dritteln der Weltölreserven, mangelnde politische Legitimität der herrschenden Regimes und beträchtliche wirtschaftliche Diskrepanz im Rahmen der einzelnen Gesellschaften gekennzeichneter Erdteil (eine gewisse Ausnahme bei den letzten zwei Kategorien machte Israel).

Historisch betrachtet war die Region seit dem 7. Jahrhundert n. Chr. das Hauptverbreitungsgebiet des Islams geblieben.⁴⁴⁵ Vor diesem Hintergrund ist die Betrachtung Palästinas als Teil des Gebiets des Islams mit Jerusalem als wichtigem religiösem Zentrum seitens der islamischen Welt zu beleuchten. Entstanden zwischen 610 und 632 in Mekka und Medina, Saudi-Arabien, erreichten im Laufe der Verbreitung des Islams auch die arabische Sprache und arabische Kulturzüge weite Gebiete in Nordafrika im Westen und im Fruchtbaren Halbmond im Osten bis an die Gebirgräume an der nördlichen Peripherie (Türkei, Iran, Afghanistan, Pakistan)⁴⁴⁶. In einem bestimmten geographischen Umfang also waren Voraussetzungen für die Formierung einer „arabischen“ Einigkeit vorhanden.⁴⁴⁷ Ihren politischen Höhepunkt bildete der Panarabismus, jener Solidaritätsdrang unter den arabischen Staaten und Völkern, dessen geistige und historische Wurzeln noch in die Epoche des Osmanischen Reiches zurückgehen und in erster Linie im Hinblick auf die Erfordernisse des anti-kolonialen Kampfes geschmiedet wurden⁴⁴⁸. So wurde Palästina in seiner Nachbarschaft als arabisches Territorium verstanden.

In beiden Hinsichten wurden das zionistische Unternehmen und Israel als Bedrohung des Status quo sowie als „... ein Implantat des Imperialismus und Kolonialismus, das die Herrschaft der Kolonialmächte zu perpetuieren schien ...“⁴⁴⁹ angesehen – daher „... die traditionelle Ablehnung der Araber gegen das Recht der Juden, in dieser Region überhaupt einen Staat zu

⁴⁴⁵ Vgl. Stewig, Reinhard: a.a.O. S.17-18.

⁴⁴⁶ Vgl. Stewig, Reinhard: a.a.O. S.15. Der Begriff „Fruchtbarer Halbmond“ bezeichnet einen speziellen Teilraum des Nahen und Mittleren Ostens, ..., nämlich jenes sichelförmige Gebiet zwischen dem östlichen Mittelmeer und dem Arabisch-Persischen Golf, zwischen den südtürkischen bzw. südpersischen Gebirgsketten und den großen Wüstengebieten der Arabischen Halbinsel, das sich durch etwas höhere Niederschläge innerhalb des sonst ariden Nahen und Mittleren Ostens auszeichnet. (Vgl. Ebd.)

⁴⁴⁷ Vgl. Stewig, Reinhard: a.a.O. S.36. Der Autor unterstreicht hier die Entstehung der Arabischen Bewegung – des Versuchs, die Araber zu gemeinsamem politischem Handeln und kultureller Zusammenarbeit zu gewinnen, und die Gründung der Arabischen Liga 1945.

⁴⁴⁸ Vgl. Steinbach, Udo: a.a.O. (2) S.646.

⁴⁴⁹ Ebd.

errichten⁴⁵⁰. Nach 1948 war eine Tendenz eines arabischen *Zusammengehens* hinsichtlich der Palästina-Frage zu beobachten.

Eine mehrdimensionale israelisch arabischer Konfliktspirale wurde in Gang gesetzt. Im März 1945 war die Arabische Liga von Ägypten, Irak, Libanon, Saudi-Arabien, Syrien, Transjordanien und Jemen ins Leben gerufen worden. In ihrem Gründungsdokument wurde der arabischer Charakter Palästinas betont und die Teilnahme eines palästinensischer Repräsentanten an der Arbeit der Liga bewilligt.⁴⁵¹ Im Dezember desselben Jahres entschied sich die Liga für einen Wirtschaftsboykott gegenüber Waren, produziert von „zionistischer“ Firmen, nach 1948 – gegenüber dem neuen Staat. Der Boykott nahm nebst seinem primären Charakter, Verbot von Wirtschaftsbeziehungen zu Israel, auch sekundäre und tertiäre Aspekte ein. „Im Rahmen des sekundären Boykotts werden Firmen aus Drittländern, die Beziehungen zu Israel unterhalten, boykottiert. ... Beim tertiären Boykott handelt es sich um Sanktionen gegen Unternehmen wegen enger Beziehungen zu anderen Firmen, die im Rahmen des sekundären Boykotts auf der Boykott-Liste stehen.“⁴⁵² Der indirekte Boykott beeinträchtigte vor allem die Kontakte des israelischen Staats mit westlichen Konzernen. Mit Hilfe eines zentralen Boykott-Büros wurde der Boykott bis Anfang der 90er Jahre offiziell immer noch koordiniert.

Stunden nach der israelischen Staatserklärung griffen die Armeen von Ägypten, Jordanien, Syrien, Libanon und dem Irak das Territorium des ehemaligen britischen Mandatsgebiets Palästina an.⁴⁵³ Offene militärische Konfrontationsphasen (1956, 1967, 1973, 1982), provoziert entscheidend durch Israel oder (weniger) die arabischen Staaten⁴⁵⁴, typisierten weiter den re-

⁴⁵⁰ Kimmerling, Baruch: a.a.O. (1) S.62.

⁴⁵¹ Vgl. Moore, John Norton: a.a.O. S.235-242.

⁴⁵² Informationen zur politischen Bildung. a.a.O. S.68

⁴⁵³ Neuere Geschichtsforschungen zeigen, dass es im Laufe des ersten israelisch arabischer Krieges (1948-1949) keine Gefahr für die Existenz Israels bestand. Rhetorische Aufrufe zu seiner Vernichtung wurden arabischerseits nicht in die Praxis umgesetzt. Die schlecht ausgerüsteten, unerfahrenen und nicht gemeinsam koordinierten arabischer Armeen sollten die besser bewaffneten, stark motivierten und strategisch geleiteten israelischen Truppen bekämpfen. Sie waren nicht imstande, dies zu tun. Maßgebend für die arabische Motivation waren eigene politisch territoriale Kalküle hinsichtlich der für einen *arabischer* Staat durch die UNO bestimmten Territorien in Palästina (für Jordanien war dies die Westbank, für Ägypten – der Gaza-Streifen und Teile der Westbank, für Irak – der Landkorridor durch Untergaliläa entlang der damaligen Pipeline Mosul-Haifa) *sowie* die Rettung der vor den israelischen Soldaten fliehenden Palästinenser. Die stärksten arabischer Armeen (Jordanien zusammen mit Irak und Ägypten) waren vornehmlich in den durch die UNO als arabischer designierten Gebieten aktiv. Libanon intervenierte nur symbolisch. Die syrischer Truppen blieben gefangen in zwei winzigen Ecken am Ostufer des Sees Genezareth und zwischen dem See Genezareth und dem See Huleh im Norden. Im Zuge des Krieges vergrößert außerdem Israel sein Territorium unumkehrbar. (Vgl. Morris, Benny: a.a.O. S.215-252; Vgl. Pappe, Ilan: a.a.O. (5) S.287; Ders.: a.a. O. (7); Vgl. Shlaim, Avi: *Collusion across the Jordan: King Abdullah, the Zionist Movement, and the Partition of Palestine*. New York. 1988. Vgl. Book Review by Mary C. Wilson. In: *The American Historical Review*. Jg. 95. Nr.1. Febr. 1990. S.220-221; Vgl. Book Review by Ann M. Lesch. In: *Journal of Palestine Studies*. Jg.XIX. Nr.2. Winter 1990. Heft 74. S.108-110)

⁴⁵⁴ Der israelische Historiker Benny Morris weist aufgrund seiner Recherchen darauf hin, dass die arabischer Staatsleiter einen Krieg gegen Israel sowohl im Jahre 1948 als auch nachher bis zu den Jahren 1967-1968 nicht seriös in Erwägung gezogen haben. Jedes Regime war beschäftigt hauptsächlich mit internen Problemen und betrachtete seine arabischer Nachbarn als eine größere Gefahr für seine Existenz als Israel. (Vgl. Morris, Benny: a.a.O. S.687) Vorausgesetzt der israelischen militärischer Macht konzentrierten sich Kairo und Damaskus bei

gionalen Charakter des Konflikts (ausführlich zu der offensiven Militärstrategie Israels vgl. 2.1.2.2). Massive Ausgaben für Aufrüstung, sogar Verbreitung von nichtkonventionellen Waffen, folgten im Laufe der Konfliktjahre. In den späten 50er und frühen 60er Jahren hatte Israel schon unter der strengen Aufsicht von Schimon Peres sein Atomwaffenprogramm angefangen, wobei die Schätzungen über die gegenwärtige Anzahl der israelischen Nuklearwaffen zwischen 100 und 172 rangieren.⁴⁵⁵ Bio- und Chemiewaffenprogramme wurden von ihm betrieben. „Insofern hat Israel durch sein Bestehen ... auf eigener militärischer Stärke ... den nahöstlichen Rüstungswettbewerb zumindest verstärkt wenn nicht mitverursacht.“⁴⁵⁶ Appetit auf diverse Massenvernichtungswaffen und/oder entsprechende Trägersysteme war in Syrien, Ägypten, dem Irak und dem Iran nachzuvollziehen, sei es in Form von eigener Forschung sei es als Erwerb.⁴⁵⁷ Anspornend für diese Akteure waren dabei nicht nur die israelischen Fortschritte auf dem Weg der Waffenentwicklung sondern auch das eigene politische Prestige, die Führungsstellung in der arabischen oder muslimischen Welt und andere interregionale Kämpfe wie „... der Konflikt um die Vormachtstellung am persischen Golf, der von Saudi-Arabien, dem Iran und dem Irak ausgetragen wird.“⁴⁵⁸ Saddam Hussein ließ während des zweiten Golfkrieges Scud-Raketen den israelischen Staat angreifen. Ein Todesopfer, mehrere Verletzte und beschädigte Gebäude wurden gemeldet. 1981 hatte Israel den irakischen Atomforschungsreaktor Osirak zerstört. All dies verschärfte die feindlichen Konfliktattitüden unter der Bevölkerung aller Seiten.

Zwischen den Seiten setzte sich auch eine politisch diplomatische Entfremdung an. In den frühen 50ern verlangten die arabischen Staaten von Israel als Vorbedingung für seine offizielle Anerkennung, dass es sich auf das ihm 1947 durch die UNO zugesprochene Territorium zurückzieht und alle palästinensischen Flüchtlinge in ihre Heimat zurücklässt (vorher war die jeweilige UNO-Resolution arabischerseits abgelehnt worden). Israel wies diese Anforderungen zurück.⁴⁵⁹ Direkt nach dem Krieg 1967 beschloss die israelische Regierung alle eroberten Gebiete an Ägypten und Syrien zurückzugeben (ohne die Westbank, d. Verf.), wenn es dafür zu einem endgültigen Frieden käme. Washington, das diesen Vorschlag an die arabischen

der Vorbereitung des Kriegs 1973 hauptsächlich auf die Zurückgewinnung ihrer eigenen Territorien. Ägypten – die Sinai-Halbinsel, und Syrien – die Golanhöhen. (Vgl. Morris, Benny: a.a.O. S.688.)

⁴⁵⁵ Vgl. Berschel, Holger: Proliferation von Massenvernichtungswaffen im Nahen und Mittleren Osten und Nordafrika: Israel. In:

<http://www.weltpolitik.net/Regionen/Naher%20u.%20Mittlerer%20Osten/Gesamregion/Analysen/Fortsetzung%203A%20Proliferation%20von%20Massenvernichtungswaffen.html> Stand 23.03.2004, abgerufen am

31.10.2007; Vgl. Evron, Yair: Israel's Nuclear Dilemma. London. 1994. S.11; Vgl. Rafalovich, Israel: Nuclear Middle East. In:

<http://www.weltpolitik.net/Regionen/Naher%20u.%20Mittlerer%20Osten/Nahostkonflikt/Analysen/Nuclear%20Middle%20East.html> Stand 19.12.2003, abgerufen am 27.04.2006.

⁴⁵⁶ Berschel, Holger: a.a.O. (Einleitung)

⁴⁵⁷ Vgl. Berschel, Holger: a.a.O.

⁴⁵⁸ Berschel, Holger: a.a.O. (Einleitung)

⁴⁵⁹ Vgl. Kimmerling, Baruch: Politicide. Ariel Sharon's War Against the Palestinians. London u.a. 2003. S.46.

Staaten weiter leiten sollte, hat dies nicht getan. Auf ihrer Konferenz 1968 in Khartum richteten die arabischen Staatsleiter, die die israelische Botschaft nie erhalten hatten, ihre „drei Neins“ an Israel: nein zu Verhandlungen, nein zu Anerkennung und nein zum Frieden.⁴⁶⁰ 1982, nach der israelischen Intervention im Libanon und dem Massaker in den palästinensischen Lagern Sabra und Schatila durch von Israel unterstützte christliche Milizen, schlugen die arabischen Staaten bei ihrem Gipfeltreffen in Fez zum ersten Mal vor, mit Israel in seinen post-1967-Grenzen in Frieden zu leben, wenn in der Westbank, dem Gaza-Streifen und Ostjerusalem ein palästinensischer Staat gegründet werden würde.⁴⁶¹ Die israelische Regierung baute auf dieser Initiative nicht weiter auf. Im Rahmen der UNO-Generalversammlung fanden die arabischen Gegner Israels zusätzlich eine Plattform zur gemeinsamen Verurteilung des israelischen Verhaltens gegenüber den Palästinensern und zur Aufforderung einer für sie gerechten Lösung.

Als Konsequenz wurden die syrischen Golanhöhen 1967 durch Israel besetzt und 1981 de jure annektiert. Die einheimische Bevölkerung wurde teilweise vertrieben und israelische Siedler bewohnten seitdem die Gegend (1993 lebten zwischen 12 000 und 14 000 Siedler in mehr als 30 Siedlungen⁴⁶², Vgl. Abb.4). Besonders wichtig für die israelische Partei war der Berg Hermon. An seinem Fuße entsprangen die Quellflüsse des Jordan, über den Israel einen großen Teil seines Trinkwassers bezog. Reichliche Pflanzenarten, darunter Weintrauben, konnten bei den relativ hohen Niederschlägen (in einer traditionell ariden Weltregion) angebaut werden. Um die israelische Siedlung Newe Atiw wurde das einzige israelische Wintersportgebiet errichtet. Für Israel war Hermon außerdem ein militärstrategischer Beobachtungsposten auf weite Gebiete Westsyriens. Eine vollständige Rückgabe der Anhöhen würde für die Syrer Zugang zum See Genezareth, bei weitem dem bedeutendsten Süßwasserreservoir des israelischen Staats, nach sich ziehen.⁴⁶³ Die Israelis assoziierten auch biblische Konnotationen mit den Golanhöhen.⁴⁶⁴ Darüber hinaus wurden in Syrien Hunderttausende palästinensische Flüchtlinge untergebracht (Vgl. Abb.2).

⁴⁶⁰ Vgl. Kimmerling, Baruch: a.a.O. (1) S.61-62.

⁴⁶¹ Vgl. Der Fez-Plan ist abrufbar unter:

<http://domino.un.org/UNISPAL.NSF/0a2a053971ccb56885256cef0073c6d4/a65756251b75f6ad852562810074e5f4!OpenDocument>

⁴⁶² Vgl. CIA World Factbook 1993: Syria. In: <http://www.umsl.edu/services/govdocs/wofact93/wf940220.txt> Stand Juli 1994, abgerufen am 20.04.2006; Vgl. The Jerusalem Report: Exclusive Poll: 62 Percent Oppose a Land-for-Peace Deal on the Golan Heights. In: The Jerusalem Report. Jg. IV. Nr.7. 3. Juni 1993. S.4; Vgl. The Foundation for Middle East Peace: Israeli Settler Population 1972-2006. In: http://www.fmep.org/settlement_info/stats_data/settler_populations/Israeli_settler_population_in_occupied_territories.html abgerufen am 01.11.2007.

⁴⁶³ Vgl. Herz, Dietmar u. Julia Steets: a.a.O. S.120.

⁴⁶⁴ Vgl. Allgemeine Informationen über den Berg Hermon. In: <http://de.wikipedia.org/wiki/Hermon> Stand 06.02.2006, abgerufen am 20.04.2006.

Genauso instabil sah die Lage an der israelisch libanesischen Grenze aus. Das kleine Land, auch Zufluchtsort für palästinensische Flüchtlinge (Vgl. Abb.2), wurde seit den späten 60er Jahren durch die PLO als Basis für die Vorbereitung und den Vollzug ihrer Operationen gegen Israel benutzt. Nördliche israelische Siedlungen waren mehrmals Objekt solcher Angriffe. Das Streben Israels, ein freundliches christliches Regime im Norden in die Welt zu bringen, das ihm u.a. Schutz vor der palästinensischen Präsenz dort garantieren würde⁴⁶⁵, führte zur israelischen Interventionen in den Libanon 1978 und 1982. 1982 blieb ein Streifen Land im Süden unter seiner Okkupation (Vgl. Abb.7), was zur Geburt der schiitischen Hisbollah beitrug und ihr Kämpfer für die kommenden Jahre sicherte.⁴⁶⁶

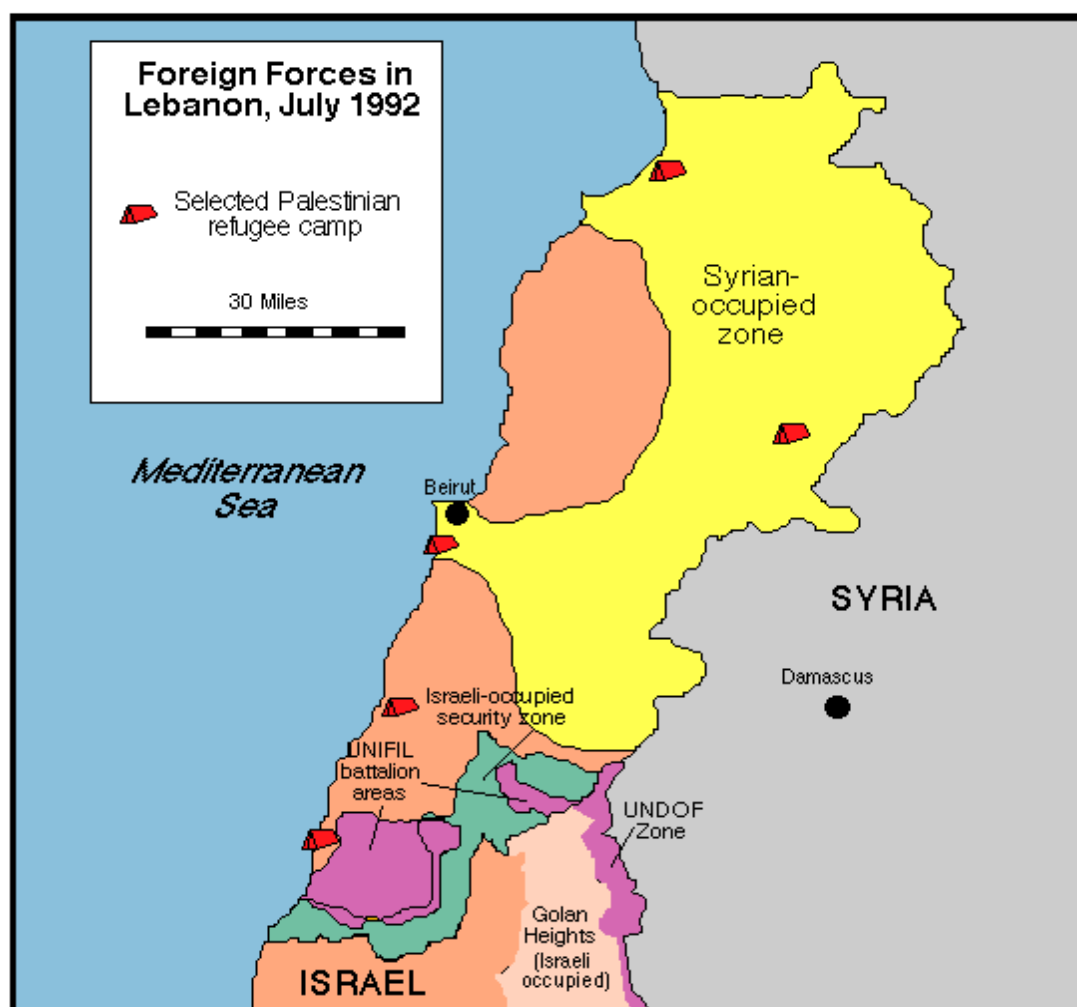


Abb. 7: Israelische Besatzungszone im Südlibanon 1992 (Quelle: Dartmouth College, Department Government: <http://www.dartmouth.edu/~gov46/forgn-forces-leb-july-1992.gif> abgerufen am 20.09.2005)

⁴⁶⁵ Vgl. Jaber, Hala: *Born with a Vengeance*. New York. u.a 1997. S.16-17; Vgl. Rokach, Livia: a.a.O. (Chapter 5: Let Us Create a Maronite State in Lebanon)

⁴⁶⁶ Die Schiiten im Libanon hatten lange als marginalisierte Bevölkerung in einem durch christliche Regierungen dominierten Staat gelebt. Seit den späten 50er Jahren wurden sie als Folge der Tätigkeit islamischer Prediger politisiert. Sie wurden zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen aufgerufen. Obwohl sie selbst Schwierigkeiten mit der PLO erlebt hatten, einschl. Erpressungen und Raubüberfälle, sympathisierten sie ungebrochen mit der Not der Palästinenser. Ihr Schicksal diente ihnen als Beispiel, die eigenen Dörfer nicht zu verlassen sondern zu kämpfen. (Vgl. Jaber, Hala: a.a.O. S.7-17.)

Religiöse und nationalpolitische Motive unterfütterten die Ideologie von Hisbollah. Israel wurde als Usurpator von islamischem Land, inkl. Palästina, Besatzer sowie westlicher Agent betrachtet, der zu eliminieren war. Die USA wurden als der größte Feind nach Israel qualifiziert und die arabischen Regimes, spezieller Saudi-Arabien und die Golfstaaten, wurden wegen ihrer Verbindungen mit dem Westen verurteilt. „Hezbollah’s initial goal was to launch a revolt against the Israeli occupation, which would eventually grow to embrace the task of ridding Lebanon from the presence of Western forces and influence. These aims would be conducted under the banner of Islam, the sponsorship of Iran and with the blessing of Syria.“⁴⁶⁷

Der ständig laufende Stellungskrieg im Südlibanon zwischen den Hisbollah-Aktivisten und der IDF kostete das Leben israelischer Soldaten und die Sicherheit der nördlichen israelischen Siedlungen und zerstörte den Alltag der einheimischen libanesischen Bevölkerung.

Jordanien seinerseits hatte winzige territoriale Probleme mit Israel, doch wesentliche demographische, historische und kulturelle Berücksichtigungen: 60 Prozent seiner Bevölkerung waren palästinensischen Ursprungs, darunter mehr als eine Million offiziell registrierte Flüchtlinge. Jahrelang wurden PLO-Militäreinheiten im Lande untergebracht, bis die Regierung sie 1970-1971 abschob. Nach dem zweiten Golfkrieg übte die Rückkehr vieler palästinensischer WirtschaftsmigrantInnen aus den Golfstaaten Druck auf die jordanische Wirtschaft.

Doch zeigten noch die tatsächlichen Umstände der Teilung Palästinas nach der Proklamation Israels *pragmatische* Spaltungslinien im arabischen Zusammenhandeln. „... 1947/48 half die ehemalige Mandatsmacht ihrem Protegé östlich des Jordans, Emir Abdallah, das den Palästinensern im UN-Teilungsplan zugesprochene Land an der Stelle der palästinensischen Führung unter Kontrolle zu nehmen, zu okkupieren und schließlich, 1950, zu annektieren.“⁴⁶⁸ Im Zuge der Ereignisse intensivierten sich die Schwankungen in der arabischen Selbstidentifikation mit Palästina im Spannungsfeld zwischen den Polen des gesamt-arabischen und einzelstaatlichen Arabischen Nationalismus.⁴⁶⁹ Das Einverständnis der arabischen Regimes, technische Ressourcen und politische Potenziale im Namen der palästinensischen Sache angesichts der Überlegenheit Israels tatsächlich zu riskieren, wurde abgeschwächt. Bis zur Madrider Konferenz war die Präsenz des 1948 gegründeten Staats in der Region von ihnen hingenommen worden. Nach inoffiziellen Angaben hatte der israelisch arabische Handel vor der Unter-

⁴⁶⁷ Jaber, Hala: a.a.O. S.20-21.

⁴⁶⁸ Baumgarten, Helga: a.a.O. (1) S.41. Ausführlicher dazu S.41-51; Vgl Pappe, Ilan: Power and History in the Middle East: A Conversation with Ilan Pappe. In: Logos. A Journal of Modern Society&Culture. Jg.3. Heft 1. Winter 2004. In: http://www.logosjournal.com/issue_3.1.pdf abgerufen am 29.01.2007; Vgl. Shlaim, Avi: a.a.O.

⁴⁶⁹ Vgl. Steinbach, Udo: a.a.O. (2) S.646.

zeichnung der Prinzipiendeklaration im September 1993 zwischen 400 und 600 Millionen Dollar jährlich erreicht.⁴⁷⁰

1979 wurde der ägyptisch israelische Friedensvertrag (Camp David I) unterschrieben. Diktiert eher aus innenpolitischen Kalkulationen und durch starken amerikanischen Druck ließ das Abkommen die Palästinenser prozessual und substanziell isoliert. Für sie wurde Autonomie in der Westbank und dem Gaza-Streifen, ohne Ostjerusalem, vorgesehen, ohne später ausgehandelt oder ausgeführt zu werden. „By that process the Palestinians were fragmented and their unity denied. (...) Moreover, the procedural rules given in the accord are of such a kind as to give Israel a de facto veto on all essential points in any future process.“⁴⁷¹ Als Widerspiegelung der israelisch arabischen Feindseligkeiten auf der anderen Seite versteinerte die Übereinkunft bald in einen „kalten“ Frieden.

Besorgt, dass Yasser Arafat Verhandlungsbereitschaft „unabhängig von der syrischen Interessenlage“⁴⁷², d.h. der untrennbaren Behandlung der palästinensischen Selbstbestimmung und der Rückgabe der Golanhöhen, zeigte, bot Hafez al-Assad Unterschlupf für die der PLO in Opposition stehenden palästinensischen Kräfte⁴⁷³ an. Ähnlich versuchte er die Position der libanesischen Regierung hinsichtlich deren Beziehungen zu Israel zu kontrollieren (inzwischen wurden seit 1976 im Norden des Landes syrische Truppen stationiert) und die im Süden Libanons agierenden Hisbollah und palästinensische Anti-Arafat-Fraktionen zu unterstützen. Obwohl die libanesischen Regierung in militärischen Krisenzeiten das Recht von Hisbollah auf Widerstand anerkannte, stellte das Anwachsen ihrer Infrastruktur und Organisation dabei eine Herausforderung für ihre Macht und Legitimität dar.

Wenn der demographische Faktor und die Etablierung des eigenen Widerstands der Palästinenser in allen seinen Facetten das territoriale Herrschaftsstreben des Haschemitischen Königshauses im Hinblick auf Palästina zurücktreten ließen, war es König Hussein aus denselben Gründen wichtig, sich von nahem an der Regelung des israelisch palästinensischen Konflikts zu beteiligen. Wirtschaftliche Kalkulationen zählten auch dazu. Um Waren nach Europa exportieren zu können, würden die jordanischen Unterhändler bei den Osloer Verhandlungen darauf bestehen, einen größeren Zugang zu dem Gaza-Streifen und dem geplanten Hafen an der dortigen Küste zu bekommen.⁴⁷⁴ Damit der palästinensische Markt beherrscht werden kann, würden Israel und Jordanien ihre staatlichen Währungen als das einzige offizielle Zah-

⁴⁷⁰ Vgl. Sandler, Neal: Best Deal Forward. In: The Jerusalem Report. Jg.IV. Nr.9. 9. Sept.1993. S.39.

⁴⁷¹ Galtung, Johan: a.a.O. (5) S.36.

⁴⁷² Steinbach, Udo: a.a.O. (2) S.658.

⁴⁷³ Vgl. Interview mit Warren Christopher in Newsmaker am 30.04.1996. In:

<http://dosfan.lib.uic.edu/ERC/briefing/dossec/1996/9604/960430dossec.html> Stand 10.06.1999, abgerufen am 07.03.2006.

⁴⁷⁴ Vgl. Klieman, Aharon: Constructive Ambiguity in Middle East Peace-Making. Tel Aviv. 1999. S.83.

lungsmittel in den okkupierten Territorien aufzwingen. Die Option einer jordanisch palästinensischen Konföderation blieb offen.

Als Saddam Hussein 1990 als Voraussetzung für den Rückzug seiner Truppen aus Kuwait die israelische Räumung von dem Gaza-Streifen und der Westbank und die syrische des Libanon ankündigte, verurteilte Libanon den Golfkrieg, Syrien schloss sich an der internationalen Koalition unter US-Leitung an, Jordanien und die PLO stellten sich hinter den Irak.

Der Widerstreit zwischen panarabischen und partikular-nationalistischen Interessen war deutlich in den Positionen präsent, die bei der Eröffnung der Madrider Konferenz zu Wort gebracht wurden. Libanon, Syrien und Jordanien erklärten sich solidarisch mit der „arabischen“ Sache und den palästinensischen Bestrebungen. Die Resolutionen 242 und 338 wurden als Basis für die Einberufung des Forums akzeptiert und sollten vollständig implementiert werden. Libanon bestand auf den vollen Rückzug Israels aus dem Süden seines Territoriums (verlangt in der Resolution 425 des UNO-Sicherheitsrats). Dabei durfte keine direkte Verbindung zwischen dieser israelischen Pflicht und dem israelisch palästinensischen territorialen Kompromiss erstellt werden. Libanon sah den israelischen Abzug als die notwendige Voraussetzung, um die Sicherheitslage im Süden zu stabilisieren. Die palästinensischen Flüchtlinge mussten zurück in ihr Heimatland.⁴⁷⁵ Syrien setzte sich dagegen für eine allumfassende Lösung des Konflikts: die Golanhöhen, die Westbank, Jerusalem, der Gaza-Streifen und Südlibanon sollten parallel durch Israel geräumt werden. Multilaterale Gespräche, die nicht auf die Erfüllung der Resolution 242 als Vorbedingung für eine zukünftige regionale Kooperation beruhen, wurden bloß als eine Möglichkeit für Israel angesehen, seine wirtschaftlichen Beziehungen zu der arabischen Welt zu verbessern, ohne die politischen Streitigkeiten beizulegen.⁴⁷⁶ Syrien und Libanon beteiligten sich nicht an den nachfolgenden multilateralen Gesprächen. Jordanien unterstrich den engen Zusammenhang zwischen dem palästinensischen Problem und seiner eigenen Gegenwart und Zukunft, gab ihre Präferenz für eine unabhängige palästinensische Delegation an, ohne die gemeinsame jordanisch palästinensische Vertretung zu kritisieren, bestand auf das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser in ihrer Heimat, die Behandlung der palästinensischen Flüchtlinge nach den entsprechenden UNO-Resolutionen und die Wiederherstellung von arabischer Souveränität im arabischen Teil von Jerusalem. Dazu kündigte sein Vertreter die Notwendigkeit des israelischen Rückzugs aus dem Libanon

⁴⁷⁵ Vgl. Eröffnungsrede von Farez Bouez, Außenminister von Libanon, Madrid, 31. Okt. 1991. In: <http://www.mfa.gov.il/MFA/Archive/Peace%20Process/1991/STATEMENT%20BY%20MR%20FARES%20BOUEZ%20-%2031-Oct-91> abgerufen am 30.12.2005.

⁴⁷⁶ Vgl. Eröffnungsrede von Farouk al-Shara, Außenminister von Syrien, Madrid, 31. Okt. 1991. In: <http://www.mfa.gov.il/MFA/Archive/Peace%20Process/1991/STATEMENT%20OF%20MR%20FAROUK%20AL-SHARA%20-%2031-Oct-91> abgerufen am 30.12.2005.

und das Erreichen eines allumfassenden Friedens an, der die Bearbeitung von regionalen Fragen wie Waffenkontrolle, Sicherheit, Wasser, Umwelt, Wirtschaft usw. erleichtern würde.⁴⁷⁷

Die israelisch palästinensische Thematik bildete einen wichtigen Eckstein der iranischen Außenpolitik in der Region. Mit Ayatollah Khomeini stieg das Interesse Irans, seine regionalen Machtansprüche auch durch islamische Missionen im Nahen Osten zu garantieren. In diesem Rahmen förderte der Staat die islamistischen Bewegungen in Palästina technisch materiell, finanziell, rhetorisch und politisch diplomatisch. Unmittelbar nach der israelischen Invasion (1982) wurden 1 500 revolutionäre iranische Wächter auch in den Südlibanon geschickt⁴⁷⁸ und weitere Hilfe wurde für Hisbollah geleistet. Acht Tage vor dem Treffen in Madrid wurde in Teheran die „Internationale Konferenz zur Unterstützung der islamischen Revolution des palästinensischen Volks“ zusammengerufen – ein Forum, das oppositionelle religiöse und säkular orientierte palästinensische Kräfte sammelte und zur Formierung der Gruppe der Zehn später führte. Das iranische Parlament verabschiedete das „Gesetz zur Unterstützung der islamischen Revolution des palästinensischen Volks“, der letzte Freitag des heiligen Monats Ramadan wurde zum Internationalen Jerusalem-Tag erklärt, Khomeini sowie sein Nachfolger Khamenei deklarierten jeden Frieden mit Israel für rechtswidrig. Im Februar 1992 öffnete Hamas ihr Office in Teheran.⁴⁷⁹

Ausgeprägt war auch das Engagement Saudi-Arabiens in Bezug auf Palästina. Die in diesem Golfstaat praktizierte islamische Strömung verstand sich als ein spezieller Wächter der heiligen muslimischen Stätten in Ostjerusalem und legte einen besonderen Wert auf die politischen Ereignisse im Lande. Was islamistische Trends dort betraf, zeigte sich das saudische Regime genauso wie die meisten arabischen und nicht-arabischen islamischen Regierungen aufmerksam aber zurückhaltend. Einerseits folgten die palästinensischen Islamisten und Hisbollah in ihrer Politik einem gewissen Pragmatismus. So sandte Hamas ihre Vertreter nach Jordanien, Libyen, Katar, Saudi-Arabien, Sudan, Syrien und Jemen, um Kontakte mit den offiziellen Behörden zu knüpfen. „The movement always has given priority to maintenance of the links – however weak – that it had established with governments over activist links with grass-roots organizations.“⁴⁸⁰ Hisbollah erhielt acht Sitze im libanesischen Parlament 1992. Gleichzeitig fanden die national-politischen Unabhängigkeitsbestrebungen von Hamas und Islamischem Jihad Sympathien in ähnlichen oder nichtislamisch begründeten, ihren Regimes

⁴⁷⁷ Vgl. Eröffnungsrede von Dr. Kamel Abu Jaber, Außenminister von Jordanien, Madrid, 31. Okt. 1991. In: <http://www.mfa.gov.il/MFA/Archive/Peace%20Process/1991/ADDRESS%20BY%20DR%20KAMEL%20ABU%20JABER%20-%2031-Oct-91> abgerufen am 30.12.2005.

⁴⁷⁸ Vgl. Jaber, Hala: a.a.O. S.20.

⁴⁷⁹ Zu dem iranischen Interesse am israelisch-palästinensischen Problem Vgl. Harub, Khalid: a.a.O. S.176-180.

⁴⁸⁰ Ebd. S.173.

und deren Kooperation mit den USA oppositionell eingestellten, nationalistischen Kreisen in anderen arabischen Ländern. Dazu verstanden sich Hamas und Hisbollah symbolisch als Teil einer regionalen/globalen revolutionären islamischen Bewegung, einer nach den von ihnen interpretierten Geboten des Islams gerechte innergesellschaftliche Transformation bringenden Erscheinung. Das autoritäre Verhalten vieler arabischer Regierungen stünde häufig im Widerspruch mit solchen Vorstellungen.⁴⁸¹ Die beiden palästinensischen Organisationen schlossen aber die Anwendung von Gewalt zum Erreichen ihrer Ziele nicht aus. Besonders beunruhigend für die arabischen Track-I-Eliten waren die militärischen Aktionen von Hamas – 1992 wurde der israelische Hauptfeldwebel Nissim Toledano entführt und ermordet. Die 1994 von Hamas gestarteten terroristischen Selbstmordattentate gegen Objekte auf israelischem Territorium erregten in arabischen Hauptstädten immer wieder Besorgnis, was in der Abschlusserklärung des Antiterror-Treffens vom 13. März 1996 in Scharm el-Scheich gipfelte (Vgl. 4.2). Umso mehr als 1989 Islamisten im jordanischen Parlament gewählt wurden, im selben Jahr im Sudan an die Macht kamen und starke politische Ansprüche in Algerien und Tunesien erhoben hatten.

Hamas selbst wandte sich rhetorisch an die arabischen und im breiteren Sinne islamischen Völker, um Unterstützung für die Ziele der Bewegung zu suchen. Realpolitisch blieben ihre Hauptaktivitäten in den okkupierten palästinensischen Gebieten lokalisiert.⁴⁸² „Through its ardent and emotional rhetoric, Hamas managed to retain a modicum of moral and material support that allowed it to continue and to retain considerable independence from official sources. However, those statements were not sufficient ... to move the masses in the Islamic world in such a way as to influence the march of events relating to the Palestinian cause, particularly in the case of the peace process.“⁴⁸³ Aufgrund einer komplexen inneren und äußeren Machtbalance (Vgl. auch unten) und trotz der Krise in den Beziehungen zwischen den Golfstaaten und der PLO während des zweiten Golfkriegs war für den Großteil des arabischen Establishments in den 90er Jahren sie, danach die PA, der legitime Repräsentant der Palästinenser.⁴⁸⁴ Auf der Madrider Konferenz war eine umfangreiche arabische Teilnahme zu registrieren, und als Jitzhak Rabin 413 Aktivisten von Hamas und Islamischem Jihad ins Exil in

⁴⁸¹ Vgl. Ebd. S.148.

⁴⁸² Vgl. Ebd. S.180-185; Vgl Pape, Robert A.: a.a.O. S.243.

⁴⁸³ Harub, Khalid: a.a.O. S.189.

⁴⁸⁴ Berichten zufolge wurde finanzielle Hilfe aus den Golfstaaten, u. a. Saudi Arabien und Kuwait, für Hamas geliefert. Dabei sollte es sich hauptsächlich um private Geldspenden handeln, die durch verschiedene islamische Stiftungen oder Einzelsponsoren zur Verfügung gestellt wurden. (Vgl. Harub, Haled: a.a.O. S.164; Vgl. Prados, Alfred B.: Saudi Arabia: Current Issues and U.S. Relations. (US Congressional Research Service: Issue Brief for Congress.) S.CRS-9. In: <http://www.fas.org/sgp/crs/mideast/IB93113.pdf> Stand 24. Febr. 2006, abgerufen am 07.03.2006)

den Libanon im Dezember 1992 verbannte (Vgl. 4.1.2), kehrten die arabischen Führer nach einer viermonatigen Protestunterbrechung zum Verhandlungstisch zurück. Zu dem Zeitpunkt hatten sich ihre informellen Kontakte mit Israel vermehrt.

Die palästinensische Thematik war außerdem in der breiten öffentlichen Meinung in der Region explizit anwesend. Die physische Präsenz und das tief greifende Elend von Millionen palästinensischen Flüchtlingen in diversen israelischen Nachbarstaaten, die Mobilisierung des nationalen palästinensischen Widerstands dort, die vertriebenen Libanesen und Syrer infolge der israelisch arabischen Kriege, sowie die Identifikationssymbolik von Palästina und die palästinensische Misere in den besetzten Gebieten war für die arabischen Bevölkerungsmassen maßgebend. Daraus ergab sich eine Enttäuschung mit der Doppelzüngigkeit der USA und der eigenen Regierungen sowie der Ohnmacht der letzten in Anbetracht der okkupierten Territorien. Die Misserfolge des palästinensischen Widerstands wurden mit einheimischer politischer und sozialer Unterdrückung und misslungener wirtschaftlicher Entwicklung gleichgestellt – noch eine für die herrschenden Regimes unbequeme Variable. Nicht umsonst hatte das Madrider Forum aus der Perspektive vieler arabischer Leiter u.a. die Verbreitung der Intifada in anderen Ländern zu verhindern.

Der israelisch palästinensische Konflikt sollte sich auf die Regulierung und Sicherstellung (für äußere Parteien) des regionalen/globalen Handels mit dem wichtigsten Rohstoff in der Region, dem Erdöl, auswirken. Aus oben erörterten Gründen stellte seine Eskalation indirekt den inneren Status quo von traditionellen regionalen Ölexporteurs und die Sicherheit der Öltransferwegen in Frage. Die Intensivierung der Konfliktschneise während der Intifada sowie der zweite Golfkrieg lösten Panik auf den Ölmärkten aus und drohten am Vorabend des Jahrzehnts mit einer neuen Preiskrise an, die die OPEC-Länder nur durch größere Exportmengen kompensiert konnten (nach dem israelisch arabischen Krieg 1973 verhängten diese Länder Embargo auf ihre Ölexporte und hoben erheblich die Ölpreise an; eine weltweite Wirtschaftskrise resultierte daraus). Dazu standen seit 1948 wichtige Öltransportwege im südöstlichen Mittelmeerraum in Richtung Westen gesperrt. So die US-Agentur für Energie: „... a comprehensive settlement of the Arab-Israeli conflict could affect Middle East oil flows significantly.“⁴⁸⁵ Die geographische Situierung von Israel, den palästinensischen Gebieten und Jordanien zwischen dem Mittelmeer und der Arabischen Halbinsel verbarg in sich ein hohes Potenzial für alternative Transitkorridore für das Öl des Persischen Golfs. Generell wurde es per Tanker über den Suez-Kanal oder um das Kap der guten Hoffnung in Südafrika herum (zeit-

⁴⁸⁵ US Energy Information Administration: Country Analysis Briefs: Eastern Mediterranean Region. In: <http://www.eia.doe.gov/cabs/eastmed.html> Stand August 2005, abgerufen am 16.01.2006.

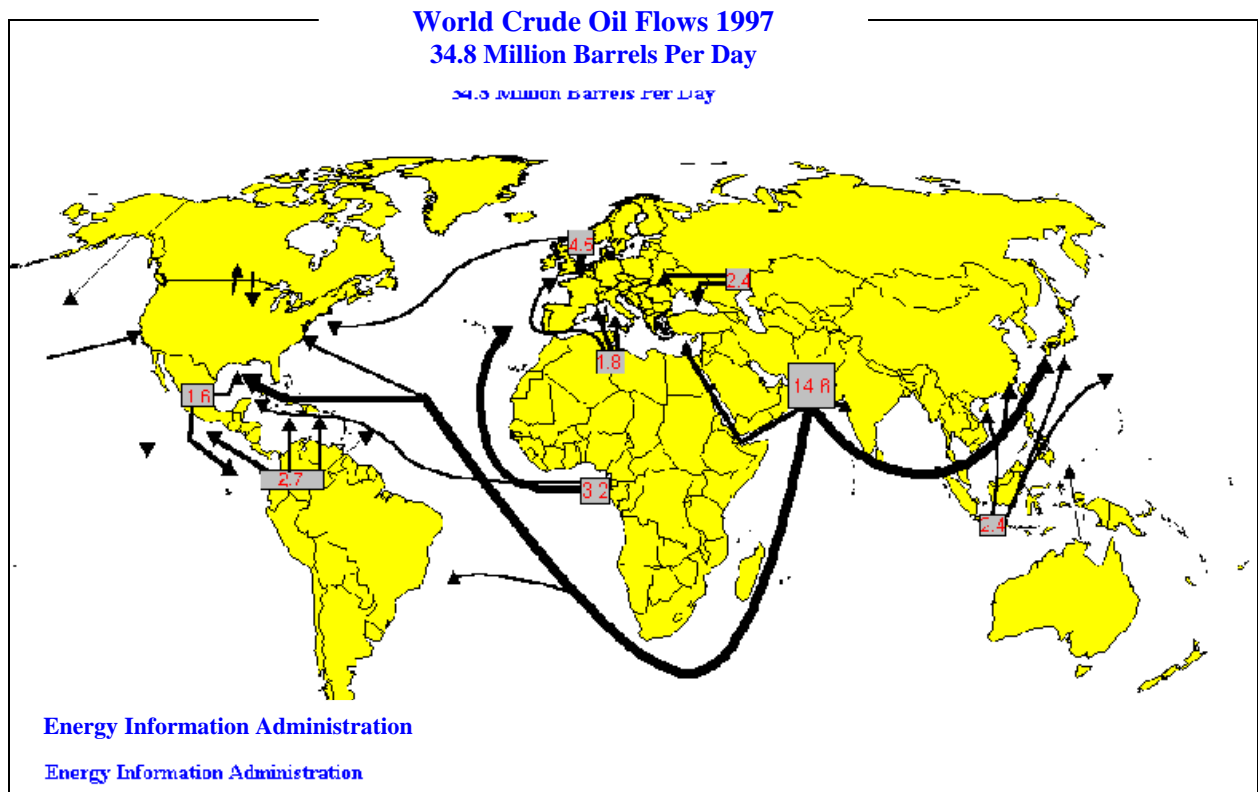
lich anspruchsvoll, ökologisch unfreundlich oder politisch unsicher – die Straße von Hormus an der Ausfahrt aus dem Persischen Golf und die Straße von Bab el Mandab an der Einfahrt in das Rote Meer wurden von Staaten überwacht, deren Regimes und/oder allgemeine politische Situation den Transport aus verschiedenen Gründen verlangsamen konnten) *oder* per Pipeline aus dem Irak über die Türkei oder über die Sumed (Suez-Mediterranean) Pipeline (viel sparsamere und sichere Wege) exportiert (Vgl. Abb.8a,8b). Die Kapazitäten von zwei Pipelines dagegen, nämlich der TAP-Linie (Transarabische Pipeline, Vgl. Abb.8c) und teilweise der TIP-Linie (Transisraelische Pipeline) wurden als Konsequenz von den politischen Ereignissen in Palästina blockiert. Der Bau der ersten Transportlinie wurde in den 40er Jahren gestartet, um Saudi-Arabien mit dem Hafen von Haifa, (damals britisches Mandatsgebiet, heute Israel) über Jordanien zu verbinden. Nach der Gründung Israels wurde die Marschroute verändert, so dass die Pipeline über Jordanien und Syrien (über die Golanhöhen) in der libanesischen Stadt Sidon endete. Wegen des Bürgerkriegs im Libanon wurde die libanesische Sektion 1983 komplett geschlossen. Bis 1990 versorgte Saudi-Arabien nur noch Jordanien mit Öl, als es empört über die jordanische proirakische Position während des Golfkriegs damit aufhörte. Nach Schätzungen der US-Agentur für Energie würde die Ausfuhr von Golföl für Europa und die USA über die TAP-Linie via Haifa 40% weniger kosten als die Ausfuhr über den Suez-Kanal.⁴⁸⁶ Die TIP-Linie wurde 1968 für den Durchfluss iranischen Öls vom israelischen Hafen von Eilat am Roten Meer über Ashkelon an der Mittelmeerküste für westliche Länder konstruiert. 1979 wurden die israelisch iranischen Beziehungen abgebrochen und eine Zeitweile wurde ägyptisches Öl über den Weg exportiert – bis zum Ausbruch der ersten Intifada als Ägypten und Israel sich voneinander politisch distanzieren. Als Alternative zum Suez-Kanal oder zur Sumed-Pipeline wurde die TIP-Linie für arabisches Öl nicht weiter benutzt (2003 kamen die ersten Aufträge für den Transport von russischem und kazachischem Öl vom Norden nach Süden für die asiatischen Märkte).⁴⁸⁷

⁴⁸⁶ Informationen über die TAP-Linie sind abrufbar unter: US Energy Information Administration: Country Analysis Briefs: Eastern Mediterranean Region. In: <http://www.eia.doe.gov/cabs/eastmed.html> Stand August 2005, abgerufen am 25.11.2005; Trans-Arabian Pipeline Company. In: <http://en.wikipedia.org/wiki/Tapline> Stand 11.04.2006, abgerufen am 24.04.2006; Al Mashriq online: Tapline. In: <http://almashriq.hiof.no/lebanon/300/380/388/tapline/> abgerufen am 24.04.2006.

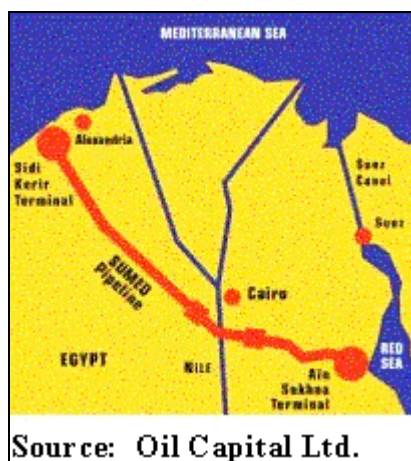
⁴⁸⁷ Informationen über die TIP-Linie sind abrufbar unter: US Energy Information Administration: Country Analysis Briefs: Eastern Mediterranean Region. In: <http://www.eia.doe.gov/cabs/eastmed.html> Stand August 2005, abgerufen am 25.11.2005; Eilat-Ashkelon Pipeline Company: <http://www.eapc.co.il/> abgerufen am 25.11.2005; Luft, Gal: A Shortcut for Russian Oil to Asia. In: <http://www.iags.org/n0331044.htm> Stand 31.03.2004, abgerufen am 24.04.2006.

Abb. 8: Transport des Golferdöls

- 8a: Welttransport vom Rohöl 1997 (Quelle: US-Agentur für Energie: Country Analysis Briefs: World Oil Transit Chokepoints: <http://www.eia.doe.gov/emeu/security/oilflow2.gif> Stand April 2004, abgerufen am 25.11.2005)
- 8b: Die Sumed-Pipeline (Quelle: US-Agentur für Energie: Country Analysis Briefs: World Oil Transit Chokepoints: Suez/Sumed: http://www.eia.doe.gov/emeu/cabs/World_Oil_Transit_Chokepoints/Suez.html Stand Nov. 2005, abgerufen am 16.01.2006)
- 8c: Die Tap-Pipeline (Transarabische Pipeline) (Quelle: <http://www.pbs.org/wnet/wideangle/shows/saudi/map.html> Stand 2004, abgerufen am 23.11. 2005)



8a



8b



8c

Regional-strategisch betrachtet war die Sicherheitslage im Nahen Osten eine mitzurechnende Größe auch für den Transfer der ergiebigen Öl- und Gasvorkommen aus der ihn direkt angrenzenden zentralasiatischen Region des Kaspischen Meers. Sowohl westliche als auch fernöstliche Wirtschaften waren an den geopolitischen Entwicklungen in und um diese Region herum stark interessiert.⁴⁸⁸ (Vgl. Abb.25, Anhang)

Die israelisch palästinensische Konfrontation, speziell der arabische Boykott und das allgemeine politische Klima, trugen zusammen mit inneren Bürokratieschranken, Korruption, sozialen und wirtschaftlichen Schwächen auch zur Verunsicherung äußerer internationaler/globaler Investoren und Handelsakteure in der arabischen Welt bei (die große Ausnahme waren hier die Waffen- und Ölindustrie). 1997 unterstrich Jan Kalicki, Berater bei dem US-Handelsministerium, dass nur 3 Prozent der Weltinvestitionen dem Nahen Osten zufließen.⁴⁸⁹ Genauso niedrig lag das Engagement der regionalen Konfliktbetroffenen in Anbetracht der Umwelt schädlichen Folgen ihrer militärischen und politischen Spannungen – von verminten Zonen und Vernachlässigung des Naturzustands ihren Grenzen entlang, über die geringe Kooperation bei der Nutzung von für diese Region knappen Ressourcen (z. B. Wasser) bis zur Lagerung von Waffen. Darunter zählten die chemischen Vorräte in diversen Ländern und die israelische Nuklearanlage in Dimona. Bis heute ist Israel dem Nichtverbreitungsvertrag nicht beigetreten und seine Arsenale werden von außen nicht kontrolliert.

Inzwischen war die globale politische Konstellation durch den Untergang des sog. kommunistischen Blocks bedeutend verändert worden. In der Zeit des Kalten Kriegs war die Region in Einflussphären zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion verteilt und ins Kräftegleichgewicht dieser Konfrontation eingefügt worden. Dabei ging es den USA darum, die Stärke der israelischen Seite auf allen möglichen Fronten zu perpetuieren, inkl. bei ausschlaggebenden Sitzungen des UNO-Sicherheitsrats. Die Palästinenser (und in verschiedenen Perioden und mit unterschiedlicher Intensität einige ihrer arabischen Mitstreiter) sollten ihrerseits Objekt des Interesses und der Förderung von Moskau sein. Tatsächlich wurden von außen Versuche stabilisiert, die israelisch palästinensische/israelisch arabische Auseinandersetzung nach machtpolitisch orientierten Maßstäben zu bearbeiten. Die Friedenskultur in der Region wurde zur Seite geschoben.

Am Vorabend des letzten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts befand sich der Nahe Osten unter der absoluten politisch diplomatischen und militärischen Vormachtstellung der Vereinigten

⁴⁸⁸ Zu den Öl- und Gasvorkommen am Kaspischen Meer und ihrem Transport in Richtung Westen und Fernosten vgl. Council on Foreign Relations: Caspian Sea Discourse Library. In: <http://www.treemedia.com/cfrlibrary/library/library.html> Stand 1999, abgerufen am 22.02.2005.

⁴⁸⁹ Vgl. Jan Kalicki wurde zitiert in: Murden, Simon W.: Islam, the Middle East, and the New Global Hegemony. Boulder (USA) u. a. 2002. S.112.

Staaten von Amerika (Vgl. 3.2). Sowohl Druck von außen zu vermeiden als auch die eigene Positionierung gegenüber der US Supermacht zu verbessern und politische, wirtschaftliche und militärische Dividenden für sich zu gewinnen, drängten die meisten arabischen Staaten, darunter auch Syrien, dazu, an der Madrider Konferenz teilzunehmen. „Asad has made it abundantly clear that his game plan is to deal with the Israelis openly and through the US. ... ‘Only the US can underwrite Asad’s economic needs...’. ..., Asad’s first prize, once the peace-making moves forward, is likely to be Syria’s removal from the US list of terrorist states. This has more than symbolic value.”⁴⁹⁰

Parallel dazu wirkten sich auf die Region wirtschaftliche Globalisierungsprozesse und ihre politischen Implikationen aus (Vgl. 1.3.2). Nachdrücklicher wurde die israelisch palästinensische Konfrontation zum Interessenobjekt des Weltwirtschaftsforums in Davos, der Weltbank, der US-Denkfabrik CFR usw. So wurde der Entwurf des Gaza-Jericho-Abkommens auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos zwischen Schimon Peres und Yasser Arafat 1994 ausgehandelt. Zusammen mit dem Forum, dem CFR und des Weißen Hauses wurden regionale Wirtschaftskonferenzen für den Nahen Osten und Nordafrika (MENA) von 1994 bis 1997 ins Leben gerufen. Finanzielle und technische Hilfe wurde für die palästinensische Seite und andere Länder in der Region von der Weltbank geleistet. Der amerikanischen Regierung mit ihren Einflussmöglichkeiten fiel hier einen besonders großen Anteil zu (Vgl. 1.3.2). In diesem Rahmen spannte sich über die Region auch eine global bedingte ökonomische und politische Konkurrenz (Vgl. 3.2).

Aktiv, obwohl mit unterschiedlichem Erfolg, handelten in den 90er Jahren die Vereinten Nationen und die Vertreter der jüdischen bzw. palästinensischen Diaspora – eine Frage, die im kommenden Kapitel detailliert angesprochen werden wird (Vgl. Abb.3; Abb.15)

2.3 Fazit

Der israelisch palästinensische Konflikt wurde in seiner post-1948-Phase weiter polarisiert: eine quantitative und qualitative Umwandlung der Konfliktparteien und ihrer Verhältnisse war zu beobachten. Die Etablierung des israelischen Staats mit seiner entsprechenden sozialen, politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kohärenz und politisch diplomatischen Auftrittsmöglichkeiten in einer in Nationalstaaten verteilten internationalen Welt war einerseits festzustellen. Die territoriale, soziale und wirtschaftliche Zerstreuung und politische Niederschlagung der arabischen Einwohner Palästinas charakterisierten die Entwicklung der anderen Konfliktpartei. Zwei Ereignisse waren in der letzten Hinsicht maßgebend: die massenhafte palästinensische Auswanderung direkt nach der Gründung Israels und die israelische

⁴⁹⁰ Susser, Leslie: Is Asad About to Come Clean? In: The Jerusalem Report. Jg.IV.Nr.18. 13.Jan.1994. S.23.

Besetzung der Westbank, des Gaza-Streifens und Ostjerusalems 1967 mit allen daraus folgenden Konsequenzen einer alldurchdringenden Okkupation dieser Gebiete.

Während sich Israel auf die Nichtzulassung der Rückkehr palästinensischer Flüchtlinge und die Kontrollmechanismen der neu eroberten palästinensischen Territorien konzentrierte, kristallisierte im Aus- und Inland der (organisierte) Widerstand der Palästinenser – parallel als Prozess der Reifung und Bestätigung ihrer eigenen Nationalidentität aus der Hülle des arabischen Nationalismus heraus (als ihr einflussreichster Vertreter formierte sich die PLO). Israelischerseits gipfelten die Entwicklungen in dem Libanonkrieg 1982 und der Einführung des neuen Passsystems für die palästinensischen Einwohner des Westjordanlands und des Gaza-Streifens 1991. Unter den palästinensischen Aktivitäten zählten u.a. Terrorüberfälle weltweit und zahlreiche Guerillaaktionen entlang der israelischen Grenzen.

Nach 1967 verstärkte sich in Israel die Auswirkung nationalistischer und religiöser Strömungen auf die Politik. Ziel solcher Bestrebungen war die Herrschaft über ganz Palästina. In den 70er und 80er Jahren breitete sich andererseits langsam eine Protestbewegung aus, die in ihrem Mainstream die israelische Regierungspolitik der Stärke gegenüber den Palästinensern in Frage stellte und den israelischen Rückzug hinter die Grenzen vor 1967 forderte. Die israelische Regierung neigte dagegen unwillig dazu, den Palästinensern eine Art Autonomie westlich des Jordan und im Gaza-Streifen, ohne das ausgebaute Ostjerusalem, anzubieten – eine Position, die in den Camp-David-Vereinbarungen 1978, in der sog. Friedensinitiative 1989 und während der Madrider Konferenz Ausdruck fand. Eine selbständige palästinensische oder gemeinsame jüdisch arabische Entität in Palästina wurde dagegen ausgeschlossen. Mit der PLO fanden (auch in Madrid) keine Kontakte statt.

1988 anerkannte diese unter Yasser Arafat die Existenz Israels und erklärte sich bereit, auf die Anwendung terroristischer Mittel zu verzichten und einen Staat im Gaza-Streifen, in der Westbank und Ostjerusalem zu gründen – in einem viel kleineren territorialen Umfang als es der palästinensischen Seite 1947 (durch die damals starken Großmächte) zugesprochen worden war. Diese Ansicht präsentierten auch die palästinensischen Delegierten auf der Madrider Konferenz.

Energische Konfliktperzeptionen der Nichtakzeptanz des anderen richteten sich jahrelang gegeneinander sowohl auf Bevölkerungs- als auch Führungsebene aus. Am Vorabend der Osloer Abkommen stand also die Gewinnung des „inneren“ Friedens für die israelischen Leiter und der „nicht-Intifada“ für die PLO noch bevor.

Der Trend – die palästinensische Sache als eine gemeinsame arabische Sache zu verteidigen, blieb auch nach dem Ende des zweiten Weltkriegs mit der Gründung formell selbständiger arabischer Staaten bestehen. Eine mehrschichtige israelisch arabische Konfrontationsspirale,

einschl. kriegerischer Auseinandersetzungen, wurde in Gang gesetzt. Am Vorabend der 90er Jahre waren neben den palästinensischen Territorien auch der Südlibanon und die syrischen Golanhöhen durch Israel okkupiert.

Gleichzeitig nahm das arabische Zusammenhalten hinsichtlich Palästinas im Zuge der Ereignisse entschieden zum Vorteil partikularer nationaler Interessen ab und kompromittierte oder opferte in bestimmten Fällen den Kampf der Palästinenser. So stand die PLO bei der Eröffnung der Madrider Verhandlungen von Syrien unterminiert, von Saudi-Arabien und Kuwait finanziell abgeschwächt und von Jordanien halb unterstützt. Auf Bestehen Schamirs beteiligte sie sich an der Arbeit des Forums nicht, sondern (mit ihr verbundene) Gesandte aus den okkupierten Territorien. Dazu hatte Israel schon einmal versucht, ihre Bedeutung in der Westbank und im Gaza-Streifen durch Duldung der politischen Aktivitäten von Hamas herabzusetzen.

Der Wille des palästinensischen Volks war aber unmissverständlich zur Sprache gebracht worden. „An dieser Stelle ist auf ein fast tragisches Paradox hinzuweisen. Während nämlich die Intifada den historischen Höhepunkt der palästinensischen Selbständigkeit und Unabhängigkeit darstellt, legt sie gleichzeitig unbarmherzig offen, wie stark die Palästinenser in ihrem Kampf um Unabhängigkeit von außen abhängig sind ...“⁴⁹¹

⁴⁹¹ Baumgarten, Helga: a.a.O. (1) S. 333-334.

Kapitel 3. Grundprämisse der Rolle der Regierung Clinton im israelisch palästinensischen Konflikt

Es sind die Träger des *präsidialen Amtes* – eng umgeben von persönlichen Beratern und begleitet von Kabinettsministern, die wegen ihrer institutionell-strukturellen Spitzenpositionierung bei der öffentlichen Initiierung und Ausführung von außenpolitischen Entscheidungen als primäre Akteure der amerikanischen Track-I-Diplomatie gelten. In Übereinstimmung mit dem in der Arbeit aufgebauten theoretischen Rahmen des Dritten wird deren Verhalten in Anbetracht des israelisch palästinensischen Konflikts in seinem gesamten *innen-* und *außenpolitischen* Kontext und in Bezug auf den persönlichen Führungsstil von Bill Clinton betrachtet. Das Letzte wird bei der Erläuterung der politisch praxeologischen Schritte seiner Administration im nächsten Kapitel illustriert werden.

3.1 Innenpolitische Zusammenhänge

Innenpolitisch wird das US-Engagement mit der israelisch palästinensischen Konfrontation durch einen komplexen allgemeinen politischen Prozess, politisch sozietale Gegebenheiten der amerikanischen Gesellschaft und daraus resultierende „balances of linkage“ mit den Israelis und den Palästinensern und politisch kulturelle Konnotationen determiniert.

3.1.1 Formierung des politischen Prozesses in den USA

„If you want to understand government, don't begin by reading the Constitution. It conveys precious little of today's statecraft.“⁴⁹² Das Zustandekommen von Aktivitäten im Namen der Track-I-Diplomatie in den Vereinigten Staaten ist nämlich vor einem komplexen, zweiphasig zusammengesetzten Hintergrund anzuordnen. Sei es eine bunte und offene Gesellschaft wie die amerikanische in den 90er Jahren, folgt der US-politische Prozess vornehmlich einer auf eine begrenzte Zahl von innenpolitischen Faktoren und ihre entsprechenden Interessen ausgerichteten Logik. Die in Regierungskreisen überwiegenden visionären, ideologischen und historischen Debatten werden als ein subtiler Wettstreit zwischen diesen Faktoren aufgefasst.⁴⁹³ Eine detaillierte Darstellung dieses Phänomens bietet der amerikanische Politikwissenschaftler Thomas Dye an.⁴⁹⁴ Er geht davon aus, dass die Verwaltungs- bzw. Herrschaftsmechanismen in hoch entwickelten Gesellschaften *institutionalisiert* sind d.h. sie sind nicht auf einzelne Personen zurückzuführen, sondern in hohen Positionen in *verschiedenen* gesellschaftlichen

⁴⁹² Zit. in: Karen, O'Connor u. Larry J. Sabato: American Government. Continuity and Change. New York. 2000. S.587.

⁴⁹³ Vgl. Mallat, Chibli: Clinton's Foreign Legacy in Perspective. In:

<http://www.mallat.com/articles/foreign%20in%20perspective.htm> Stand Mai 2000, abgerufen am 10.03.2003.

⁴⁹⁴ Vgl. Dye, Thomas R.: Who's Running America? The Clinton Years. 6.Aufl. New Jersey. 1995; Ders.: Top Down Policy Making. New York. 2001; Ders.: Politics in America. 3.Aufl. New Jersey. 2002.

Institutionen akkumuliert. „... the elite are the individuals who occupy positions of authority in large institutions. ... It is true, of course, that not all power is institutionalized. ... But great power is found only in institutional roles.”⁴⁹⁵ In Anlehnung an die Soziologen Max Weber und Emile Durkheim weist der Autor darauf hin, dass die modernen Industriegesellschaften sich durch *spezialisierte* soziale Strukturen/Institutionen auszeichnen, die gleichzeitig auf eine *Koordinierung* angewiesen sind. Zum einen hatte die fortgeschrittene sozioökonomische Entwicklung zur Entstehung von separaten wirtschaftlichen, politischen, bürokratischen und militärischen Eliten geführt. Vorbedingungen für einen möglichen politischen Pluralismus wurden gesichert.⁴⁹⁶ Zum anderen hatte die Notwendigkeit von gesellschaftlicher Abstimmung die Kohäsion dieser Eliten nach sich gezogen. Die Autonomie der einzelnen Institutionen wurde limitiert und das Machtgefüge in der Gesellschaft zentralisiert.⁴⁹⁷ Der begrenzte Umfang der Elitengruppen, ihre Rekrutierungswege, die Wertevereinheitlichung unter ihnen und ihre Übereinstimmung hinsichtlich der Regeln, Konflikte zu lösen und die Dauerhaftigkeit des jeweiligen Systems zu bewahren, spielten hier eine Rolle. “Finally, unifying values also legitimize the exercise of power by elites over masses, so the preservation of the value system performs the dual function of providing the basis of elite unity, while at the same time rationalizing and justifying for the masses the exercise of elite power.”⁴⁹⁸

In seinen Arbeiten stützt sich Thomas Dye auf reichhaltige biographische Datenbanken, deren Bestände von 5000 auf über 7000 Einzelprofile im Laufe von mehr als 30 Jahren gestiegen sind. Es folgen Publikationen über die Regierungszeit der Präsidenten Nixon, Ford, Carter, Reagan, Bush und Clinton. Objektive Schwierigkeiten, allgemein gültige Schlussfolgerungen zu ziehen, sind für Dye immer noch vorhanden. „Serious difficulties confront the social scientist who wishes to move away from anecdote and ideology to serious scientific research on national elites – research that “names names”, attempts operational definitions, develops testable hypothesis, and produces some reliable information about national leadership.”⁴⁹⁹

Die Zusammensetzung der einzelnen Institutionen, die Beziehungen zwischen den jeweiligen Machträgern, ihre Konzentration und ihr Wandel, der Entscheidungsprozess bei wichtigen Fragen und neuen nationalen Programmen werden von ihm geprüft. Der Wissenschaftler erkennt, dass im Unterschied zu in unmittelbaren Ereignissen involvierten Personen, für die der Alltag konkurrenzorientiert, abwechslungsreich und manchmal chaotisch sein kann, der politische Prozess in den USA aus der langjährigen Distanz eines Außenstehenden außerordentlich strukturiert verläuft. So konzipiert er ein *oligarchisches* politisches Modell, das Merkma-

⁴⁹⁵ Dye, Thomas R.: a.a.O. (1) S.4.

⁴⁹⁶ Ebd. S.243.

⁴⁹⁷ Vgl. Ebd. S.241.

⁴⁹⁸ Ebd. S.242.

⁴⁹⁹ Ebd. S.240.

le sowohl des pluralistischen als auch zentralistischen Prismas enthält. Demnach ist der amerikanische Track I als die Spitze einer spezifischen Machtinstitution zu betrachten, die von einem mehr oder weniger quantitativ und qualitativ reduzierten, hierarchisch organisierten Machtsystem umgeben und beeinflusst ist. Im Folgenden wird das Modell in erster Linie in Bezug auf die Interaktionen seiner Elemente skizziert.

Unter den mehr als 265 Millionen Amerikanern waren es in den 90er Jahren nur einige Tausend, die sich direkt am Treffen von Entscheidungen über Krieg und Frieden, Arbeitslöhne und Preise, Beschäftigung und Produktion, Rechtswesen, Steuern, Gesundheitswesen und Wohlfahrt beteiligten.⁵⁰⁰ In dieser Hinsicht identifiziert Dye 7 314 Spitzenpositionen. „Elites may be very responsible to public opinion, or they may ignore the usually apathetic and ill-informed masses.“⁵⁰¹ (Vgl. eine jahrzehntelang durchgeführte Meinungsumfrage Abb.9)

<i>Would you say the government is pretty much run by a few big interests looking out for themselves or that it is run for the benefit of all people?</i>			
Year	Benefit of all*	Few Big Interests	Don't Know, Depends
1964	64%	29%	7%
1974	25%	66%	9%
1984	39%	55%	6%
1992	20%	75%	4%
1994	19%	76%	5%
1996	27%	70%	3%

* Because of rounding, rows may not add to 100
Source: American National Election Studies

Abb. 9: Meinungsumfrage: Is Government Run for Special Interests? (Quelle: Cooper, Joseph (Hrsg.): Congress and the Decline of Public Trust. Colorado&Oxford. 1999. S.191, eigene Modifikation)

Zweitens stellt der Autor eine partielle Verflechtung (interlocking) des menschlichen Faktors bzw. der herrschenden institutionellen Strukturen fest. Es waren 5 778 Individuen aus vielfältigen gesellschaftlichen Sektoren, die die Spitzenpositionen besetzten (Vgl. Abb.10). Fast ein Viertel von diesen Personen engagierte sich in mehr als einer einzigen Institution. Führende Vertreter von Corporations (Großkonzerne), Banken, Stiftungen, Zeitungen, Fernsehnetzwerken und kulturellen Einrichtungen waren gleichzeitig Mitglieder des Vorstandes diverser Organisationen, leisteten Dienst bei solchen nacheinander oder beteiligten sich an der Arbeit von Thinktanks (Denkfabriken) und Policy-Planning-Gruppen.

⁵⁰⁰ Vgl. Dye, Thomas R.: a.a.O. (3) S.20.

⁵⁰¹ Ebd.

<i>Corporate Sectors</i>	<i>Number of Leadership Positions</i>
1. Industrial corporations (100)	1, 475
2. Utilities, communications, transportation (50)	668
3. Banks (50)	1, 092
4. Insurance (50)	611
5. Investments (15)	479
Total	4, 325
<i>Public Interest Sectors</i>	
6. Mass media (18)	220
7. Law (25)	758
8. Education (25)	892
9. Foundations (50)	402
10. Civic and cultural Organisations (12)	433
Total	2, 705
<i>Governmental Sectors</i>	
11. Legislative, executive, judicial	236
12. Military	48
Total	7, 314

Abb. 10: Spitzenpositionen in der US-Gesellschaft (Quelle: Dye, Thomas R.: *Who's Running America? The Clinton Years*. 6.Aufl. New Jersey. 1995. S.11, eigene Modifikation)

Die Konzentration von institutionellen Ressourcen ist ein drittes Charakteristikum der Machtstruktur in Amerika:

„These top positions, taken collectively, control almost three quarters of the nation's industrial assets; one half of all assets in communication and utilities; over one half of all U.S. banking assets; over three quarters of all insurance assets; and they direct Wall Street's largest investment firms. They control the television networks, the influential news agencies, and the major newspaper chains. They control nearly 40 percent of all the assets of private foundations and two thirds of all private university endowments. They direct the nation's largest and best-known New York and Washington law firms as well as the nation's major civic and cultural organizations. They occupy key federal governmental positions in the executive, legislative, and judicial branches. And they occupy all the top command positions in the Army, Navy, Air Force, and Marines.“⁵⁰²

Die Kontrolle über die ökonomischen Institutionen erwies sich bei alledem von großer Bedeutung für den gesamten Verlauf des politischen Lebens in den Vereinigten Staaten. In den 90er Jahren überwog in den USA das private (sich globalisierende, d.Verf.) korporative Kapital (corporate wealth) als grundsätzliche Organisationsform von wirtschaftlichen Ressourcen.⁵⁰³ Viertens konstatiert Dye einen relativen Konsens über fundamentale Werte wie freie Marktwirtschaft, beschränkte Regierungseinmischung, Rechtsstaatlichkeit und Abschaffung der Rassendiskriminierung. Meinungsverschiedenheiten kommen innerhalb dieser grundsätzlichen Überzeugungen vor. Schließlich zeichnet sich die Mehrheit der Inhaber der Spitzenpositionen durch ihre Zugehörigkeit zu Familien mit mittlerem oder höherem sozialem Status und ihre Ausbildung an privaten Eliteschulen und Universitäten aus.

⁵⁰² Dye, Thomas R.: a.a.O. (1) S.11.

⁵⁰³ Die gegenwärtige Corporation lässt sich als eine Aktiengesellschaft verstehen, bei der die einzelnen Aktionäre (die tatsächlichen Eigentümer) generell einen sehr geringen Einfluss auf ihre Leitung ausüben. Das wird einem selbständigen Management überlassen. Ausführlich dazu vgl. North, Douglass C.: Corporation. In: *Encyclopedia Americana*. Int. Ausg. Bd.8. New York. 1965. S.2-15.

Das oligarchische Modell setzt fest, dass die Erforschung, Planung and Formulierung der nationalen politischen Entscheidungen ursprünglich von großen Corporations (Konzernen) und individuellen privaten Quellen finanziell gefördert wird. Diese stellen entsprechenden Stiftungen, Universitäten, Thinktanks und Policy-Planning-Gruppen Mittel in Form von Dotationen, Zuschüssen oder Verträgen zur Verfügung. Oftmals sitzen viele Vorstandsvorsitzende, Vorstandsmitglieder und Haupteigentümer in ihren Kuratorien, um Aufsicht über den Verbrauch der Mittel zu führen. Daher stellt die Welt des korporativen und individuellen Kapitals nicht nur finanzielle Ressourcen bereit, sondern kann auch die Grundrichtung der Erforschung und Planung von gesellschaftlichen Prioritäten bestimmen. (Vgl. Abb.11)

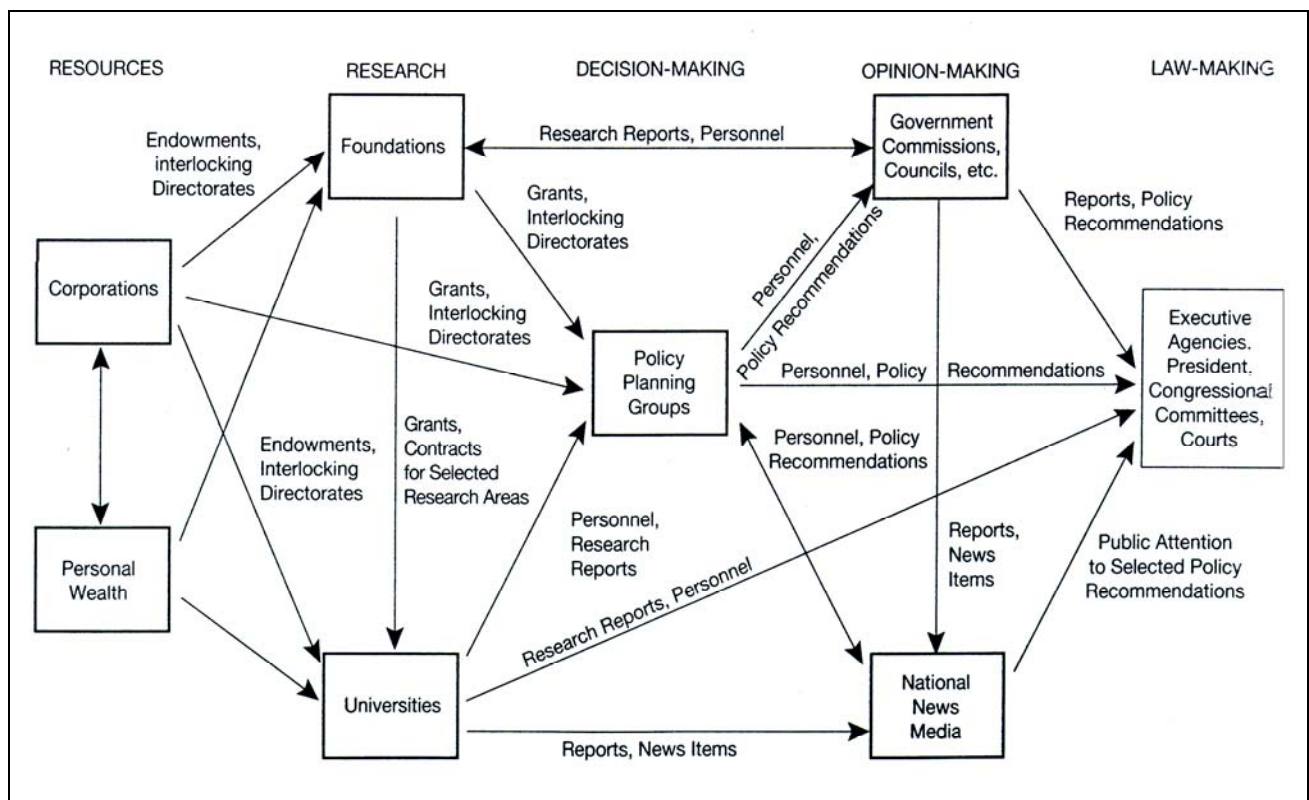


Abb. 11: Formierung des politischen Prozesses in den USA: der Blick von oben nach unten (Quelle: Dye, Thomas R.: Who's Running America? The Clinton Years. 6.Aufl. New Jersey. 1995. S.221)

Die Aufgabe der Stiftungen besteht darin, allgemeine Richtlinien diesbezüglich festzulegen, die in einer späteren Phase im Auftrag der Regierung detailliert untersucht werden. Die Universitäten folgen notwendigerweise den Belangen der Stiftungen oder legen zusätzliche Empfehlungen vor. Maßgebliche Koordinationszentren des gesamten politischen Prozesses sind die Policy-Planning-Gruppen.⁵⁰⁴ Dort treffen sich Vertreter von Corporations, finanziellen Institutionen, Universitäten, Stiftungen, Thinktanks, Massenmedien, mächtigen Rechtskanzleien und einflussreiche Repräsentanten der Regierung. Es läuft ein aktiver Informationsaus-

⁵⁰⁴ Vgl. dazu auch: Falke, Andreas: Der Einfluß der intermediären Institutionen auf die Außenpolitik. In: Jäger, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. München. 1995. S.444-447.

tausch mit den Mitarbeitern des Präsidenten, der einzelnen Ministerien und der Kongressausschüsse. Die von den Stiftungen und Universitäten als „relevantes nationales Interesse“ wahrgenommenen Themen werden nachgeprüft mit der Aufgabe, konkrete Strategien und Programme auszuarbeiten.

1992 schlugen z.B. das Institute for International Economics and das Carnegie Endowment die Schaffung eines Economic Council und eines Domestic Council vor und die Konzentrierung der ganzen Regierungskoordination in ihnen zusammen mit dem National Security Council.⁵⁰⁵ Die beiden Organe wurden von der Clinton-Administration ins Leben gerufen. Im Bereich der Außenpolitik sind die Foren des Council on Foreign Relations (CFR), der Brookings Institution, des American Enterprise Institute (AEI), des Center for Strategic and International Studies (CSIS) oder des Washington Institute for Near East Policy (WINEP) u.a. zu erwähnen. „Besides generating new ideas for senior governmental officials, think tanks provide a steady stream of experts to serve in incoming administrations and on congressional staffs. ... In addition ... think tanks provide departing officials with institutional settings in which they can share insights gleaned from governmental service, remain engaged in pressing foreign policy debates, and constitute an informal shadow foreign affairs establishment.“⁵⁰⁶ So war Warren Christopher, Außenminister während der ersten Regierungsperiode von Bill Clinton, bevor er sein Amt antrat, als stellvertretender Vorsitzender des CFR tätig gewesen⁵⁰⁷, und im Nachhinein saß er im Beratungsgremium des WINEP.

Die von den Denkfabriken und Policy-Planning-Gruppen vorbereiteten Analysen werden ferner dem Weißen Haus, anderen Ämtern der Exekutive, dem Kongress und den Massenmedien zur Verfügung gestellt. Erste Versionen von Gesetzesvorlagen zirkulieren. Wichtig ist die Teilnahme der Medien bei der Formierung der öffentlichen Meinung in Bezug darauf, was als Problem für die US-Gesellschaft definiert werden kann. „The groundwork is laid for making policy into law. Soon the work of the people at the top will be reflected in the actions of the ‘proximate policy-makers’.“⁵⁰⁸

Es folgt die *finale* Phase in einem umfassenden Prozess, in der zwischen der Exekutive, dem Kongress, der Bürokratie und den Organen der Rechtsprechung weiter konkurriert, verhandelt, debattiert und nach Interessenausgleichen und Kompromissen unter Berücksichtigung

⁵⁰⁵ Vgl. Special Report: Policymaking for a New Era (recommendations adapted from a memorandum to the president-elect from a bipartisan commission co-sponsored by the Cranegie Endowment for International Peace and the Institute for International Economics). In: Foreign Affairs. Jg.71. Nr.5. Winter 1992/93. S.175-189.

⁵⁰⁶ Haass, Richard N.: Think Tanks and U.S. Foreign Policy: A Policy-Maker’s Perspective. In: U.S. Foreign Policy Agenda. Jg.7. Nr.3. Nov. 2002. In: <http://usinfo.state.gov/journals/itps/1102/ijpe/pj73haass.htm> Stand November 2002, abgerufen am 21.05.2004.

⁵⁰⁷ US Department of State: Biographie von Warren Christopher: <http://dosfan.lib.uic.edu/ERC/biographies/christopher.html> Stand März 2001, abgerufen am 12.01.2004.

⁵⁰⁸ Dye, Thomas R.: a.a.O. (1) S.223.

der Rolle der politischen Parteien, Interessenverbände und der Wählerschaft gesucht wird (Vgl. Abb.12). Die formale Gesetzgebung aber beschäftigt sich eher mit den Mitteln als mit den Zielen einer im Voraus konsolidierten Agenda, die, wenn nicht in den ersten Jahren einer Präsidentschaft, dann auch später auf die Tagesordnung der Exekutive gesetzt wird. Es wird nach den Auftragnehmern der Implementierung der konkreten Programme gefragt, nach den finanziellen Mitteln und der Periode ihrer Verteilung.

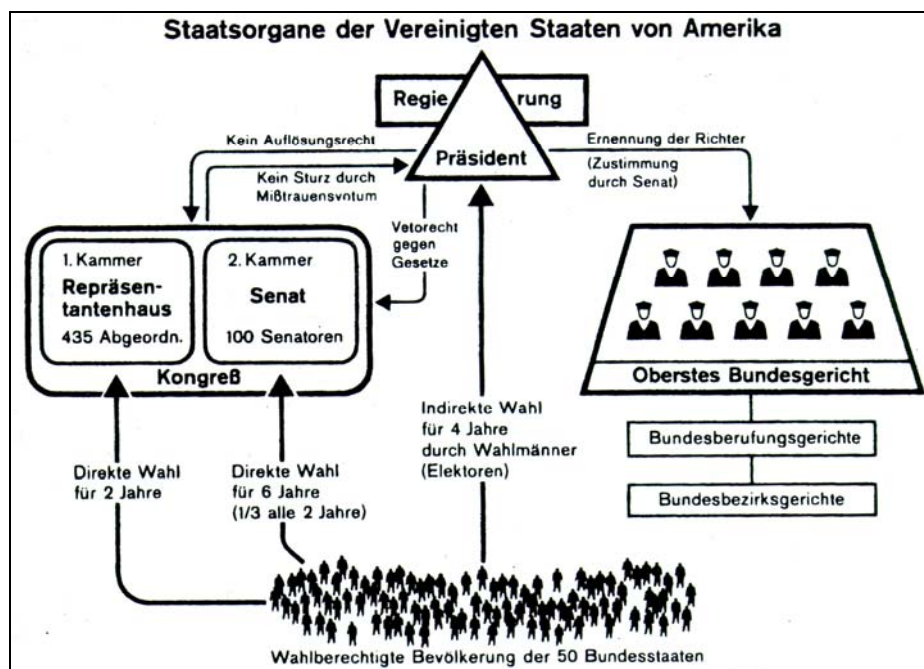


Abb. 12: Staatsorgane der Vereinigten Staaten von Amerika (Quelle: Wersich, Rüdiger B. (Hrsg.): USA Lexikon. Berlin. S.791)

Im Vergleich zu anderen Sphären des öffentlichen politischen Systems dominieren in der Außenpolitik der Präsident und die Exekutive.⁵⁰⁹ „Dem Präsidenten wachsen im Bereich der Außenpolitik Kompetenzen jenseits derer zu, die in der Verfassung explizit benannt sind ...“⁵¹⁰ Er ist oberster Repräsentant der amerikanischen Nation nach außen, Regierungschef, Gesetzgeber – kann Gesetzesentwürfe im Kongress einbringen und soll die als letzter unterschreiben, oberster Befehlshaber der Streitkräfte und oberster Diplomat seines Landes – kann Verträge mit anderen Nationen schließen.⁵¹¹ In der Ausführung seiner Funktionen ist er von Ministern, von den Einheiten des Executive Office of the President (EOP) (Vgl. Abb.13) und von persönlichen Beratern umgeben. Eng verbunden mit der Durchführung von außenpolitischen Initiativen ist das Außenministerium mit den Botschaften und Missionen der USA.⁵¹²

⁵⁰⁹ Vgl. Karen, O'Connor u. Larry J. Sabato: a.a.O. S.738.

⁵¹⁰ Shell, Kurt: Kongreß und Präsident. In: Adams, Willi Paul/Lösche, Peter (Hrsg.): Länderbericht USA. Schriftenreihe. Bd.357. Bonn. 1998. S.236.

⁵¹¹ Vgl. Kremp, Werner: Politische Institutionen einst und jetzt. In: Wasser, Hartmut (Hrsg.): USA: Geschichte-Politik-Gesellschaft-Wirtschaft. 3.Aufl. Opladen. 1996. S.110-111.

⁵¹² Vgl. Fonder, Melanie u. Mary Shaffrey: American Government. Indianapolis. 2002. S.73.

Weitere Kompetenzen besitzt auch das Verteidigungsministerium, das für die militärische Präsenz im Ausland, inkl. im Nahen Osten, und für die Rüstungspolitik und damit die Rüstungsexporte der Regierung hohe Verantwortung trägt. „Durch die amerikanische Weltmacht-politik und ihren Rüstungsbedarf wurde das Pentagon als Wirtschaftsfaktor erheblich aufgewertet. Es ist nicht nur selbst Arbeitgeber, sondern auch Auftraggeber und Beschäftigungsgarant für die an der Rüstung beteiligten Unternehmen. Das Verteidigungsministerium ist dabei mehr als ein Kunde, nämlich auch Planer und Anreger.“⁵¹³ Eng damit verknüpft sind private militärgeliebte (multinationale) Kapitalien. Im Rahmen des EOP assistieren der National Security Council und der National Economic Council dem Präsidenten im außenpolitischen Bereich, unterstützt zusätzlich durch die amerikanischen Geheimdienste (z.B. CIA). „The president now commands a vast military-industrial complex supported by a large foreign policy and intelligence network.“⁵¹⁴ Die institutionell-strukturell bedingte hohe öffentliche Positionierung des Präsidenten eines der stärksten Staaten in der Welt impliziert die Tatsache, dass sein Amt „eines der mächtigsten politischen Ämter auf der Erde“⁵¹⁵ ist.

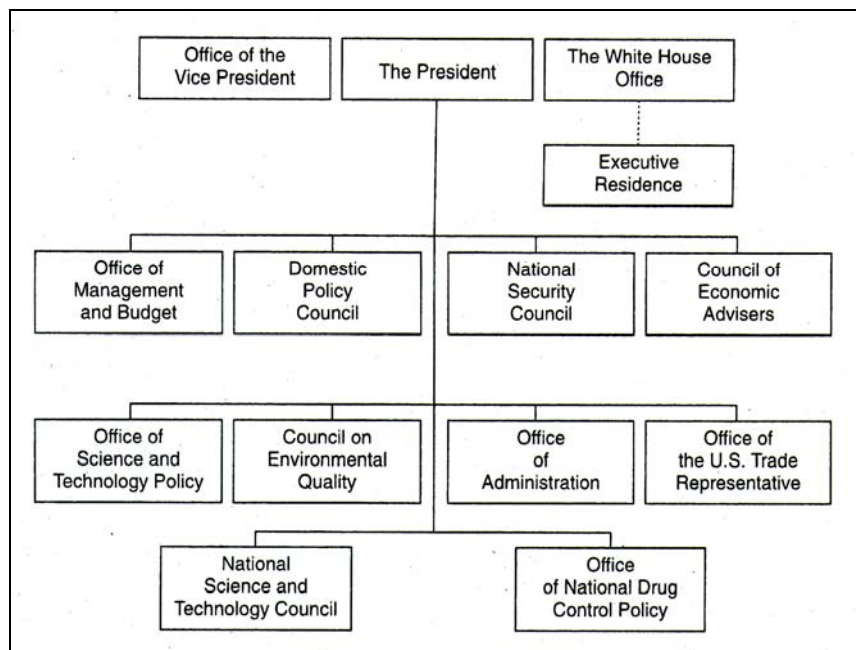


Abb. 13: Das Executive Office des amerikanischen Präsidenten (Quelle: Adams, Willi Paul/Lösche, Peter (Hrsg.): Länderbericht USA. Schriftenreihe. Bd. 357. Bonn. 1998. S.240)

„The president is powerful but not omnipotent in the field of foreign policy.“⁵¹⁶ Internationale und innenpolitische Faktoren spielen hier eine Rolle. Zu den Zweiten zählen der Kongress, die Bürokratie, die Massenmedien, die öffentliche Meinung, die Wählerschaft und die Dauer

⁵¹³ Rode, Reinhard: Die amerikanische Wirtschaft. Binnenentwicklung und Außenverflechtung. In: Wasser, Hartmut (Hrsg.): USA: Geschichte-Politik-Gesellschaft-Wirtschaft. 3.Aufl. Opladen. 1996. S.173.

⁵¹⁴ Karen, O'Connor u. Larry J. Sabato: a.a.O. S.716.

⁵¹⁵ Kremp, Werner: a.a.O. S.110.

⁵¹⁶ Karen, O'Connor u. Larry J. Sabato: a.a.O. S.720.

seiner Amtszeit. Sowohl durch seine Kompetenzen, den Haushalt, inkl. Gewährung von amerikanischer Wirtschafts- und Militärhilfe und Kreditgarantien, zu bewilligen, Waffenlieferungen zu bestätigen und Aufsicht über die Initiativen des Präsidenten auszuüben, als auch durch seine parteipolitischen Trennungslinien ist der Kongress imstande, die präsidialen Befugnisse zu beschränken. Der Senat ist außerdem zur Zustimmung zu internationalen Verträgen und zu Ernennungen von Ministern, Botschaftern u.a. bevollmächtigt.⁵¹⁷ Gleichzeitig sind auf allen bis dahin kommentierten Ebenen die Aktivitäten von Lobbygruppen zu registrieren, die von formellen Kontakten mit jeweiligen Amtsinhabern, über Einladungen zu Mittagessen, Golf, Partys und anderen Festivitäten und die Arbeit mit den Medien bis zur Aktivierung von Wahlstimmen und Bereitstellung von Wahlkampffinanzierung reichen (Vgl. Abb.14).

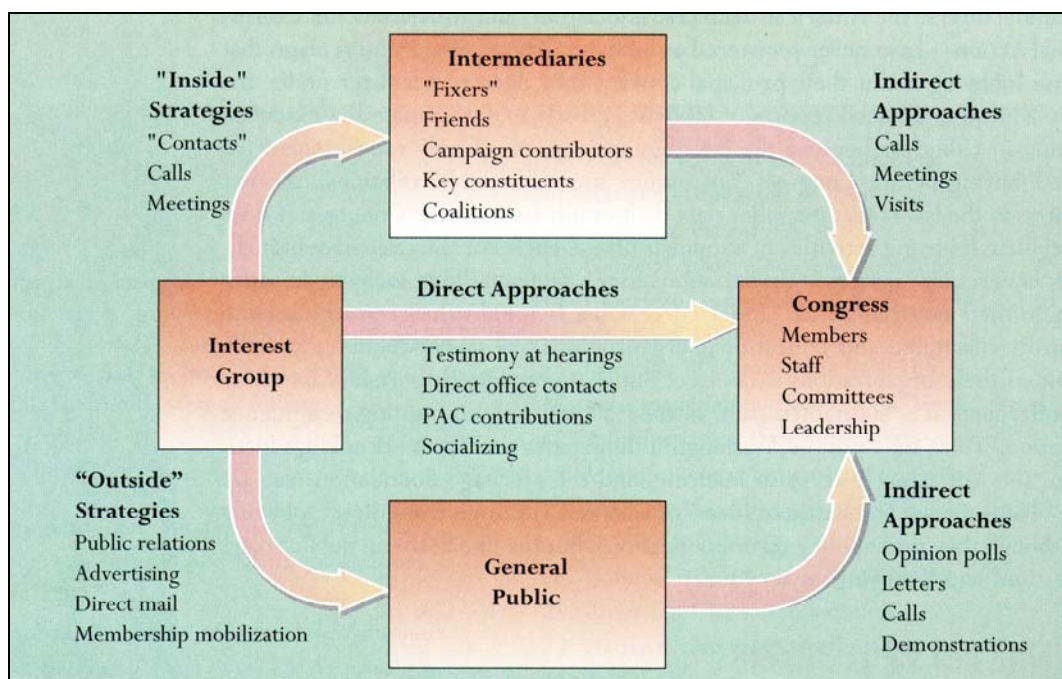


Abb. 14: Interessengruppen in den USA (Quelle: Dye, Thomas R.: Politics in America. 3.Aufl. New Jersey. 2002. S.302)

Aus dem obigen ist zu schließen, dass sich der politische Prozess in den Vereinigten Staaten mit der Zunahme der Komplexität der Gesellschaft entwickelt hat. In den 90er Jahren verlief er einerseits in Form eines singularischen, durch professionelle Experten geleiteten, Ideenaustausches und andererseits als ein pluralistisch und öffentlich (public) ausgetragener Wettkampf zwischen den verschiedenen Regierungsinstitutionen. In diesem Sinne warfen die Untersuchungen von Thomas Dye mehr Licht auf die tieferen funktionalen Zusammenhänge für die Initiativen der Track-I-Diplomatie.

⁵¹⁷ Ausführlich zu der Arbeit des amerikanischen Kongresses Vgl. Gitelson, Alan R. u. Robert L. Dudley u. Melvin J. Dubnick: American Government. 7.Aufl. Boston.2004. S.266-295; US-Kongress: Onlinebibliothek Thomas (The Library of Congress Thomas): <http://thomas.loc.gov/>

3.1.2 Politisch sozietae Konnotationen

Die Behandlung der innenpolitischen Zusammenhänge der amerikanischen Auseinandersetzung mit dem israelisch palästinensischen Konflikt wird durch die Erläuterung der Rolle der jüdischen bzw. arabischen Gemeinschaft in den USA ergänzt werden.

Nach Angaben des World Jewish Congress lebten in den Vereinigten Staaten Mitte der 90er Jahre 5,8 Millionen Menschen jüdischen Glaubens (Vgl. Abb.15).⁵¹⁸ Der Judaismus war neben dem Protestantismus und Katholizismus eine der drei größten Religionen Amerikas, untergliedert in einzelne Denominationen: Reformismus, Konservatismus, Orthodoxie, Ultra-Orthodoxie, Re-Konstruktivismus⁵¹⁹. Während Juden in früheren Zeiten Objekt offener Restriktionen (z.B. Universitätsquoten) und antisemitischer Stimmungen gewesen waren, wurden sie in ihrer Mehrheit seit den 50 Jahren immer stärker in den US-Alltag integriert.⁵²⁰ 40 Jahre später waren sie sozial relativ hoch situiert.⁵²¹ Politisch etablierten sie sich als eine der aktivsten Bevölkerungsgruppen.⁵²² „While the Jewish identity of the immigrant generation was primarily religious and cultural, the Jewish identity of their children and grandchildren was primarily political and philanthropic. For the latter, American Jewry was not a distinct cultural entity but an interest group with distinctive claims.“⁵²³

Als wesentlich für das Thema der vorliegenden Arbeit erweisen sich vor allem die zielstrebigen (organisierten) Bemühungen von Vertretern der jüdischen Gemeinschaft, individuell und kollektiv, durch politische und breitere soziale Kontakte und finanzielle Aktionen, Einfluss auf die Verwaltungsmechanismen in den Vereinigten Staaten zugunsten Israels zu nehmen. Prinzipiell waren sie sich einig hinsichtlich der sicheren Existenz und Prosperität des israelischen Staats und seiner ununterbrochenen allumfassenden US-Unterstützung. Differenzen entstanden im Hinblick auf zwei mehr oder weniger miteinander verbundene Punkte. Erstens – die Interpretation der Verwirklichung dieser Bedingungen bezüglich der Lösung der Frage der palästinensischen Selbstbestimmung und der zukünftigen israelisch palästinensisch arabischen Beziehungen. Zweitens – das Thema über die religiöse Toleranz in Israel. Zentral war hier die Gültigkeit der Konvertierungen zum Judentum und damit die Frage, wer als Jude zu betrachten ist. Das orthodoxe israelische Oberrabbinat bestand darauf, dass nur von ihm ausgeführte Konvertierungen anerkannt sein müssen. Der überwiegende Teil der jüdischen Diaspo-

⁵¹⁸ Vgl. The Jerusalem Report: World Jewish Congress 1936-1995. A Special Supplement In: The Jerusalem Report. Jg.5. Nr.26. 4. Mai.1995. S.II.

⁵¹⁹ Vgl. Goldberg, J. J.: Who speaks for the Jews? In: The Jerusalem Report. Jg.4. Nr.4. 1. Juli 1993. S.29.

⁵²⁰ Ausführlich dazu vgl. Shapiro, Edward S.: The Ordeal of Success: American Jewry Since World War II. In: American Jewish History. Jg. LXXXI. Nr.1. 1992-93. Herbst 1993. S.81-100.

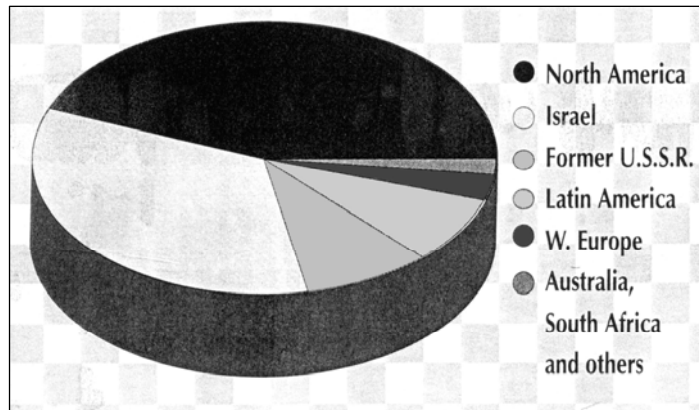
⁵²¹ Vgl. Gilbert, Martin: Das jüdische Jahrhundert. 1.Aufl. München. 2001. S.312.

⁵²² Goldberg, J.J.: Who Speaks for the Jews? In: The Jerusalem Report. Jg.4. Nr.4. 1. Juli 1993. S.29.

⁵²³ Shapiro, Edward S.: a.a.O. S.98.

ra in den Vereinigten Staaten bekannte sich aber zum Konservativ- und Reformjudentum und widersetzte sich darauf der Geltung der Orthodoxie in der Konvertierungsfrage. Nach der

Where the World's Jews Live



United States	5,8 million	Austria	8, 000	Bolivia	700
Israel	4,42 million	Colombia	8, 000	Gibraltar	600
France	600, 000	Morocco	7, 500	Luxembourg	600
Russia	600, 000	Denmark	7, 000	Monaco	500
Ukraine	446, 000	Lithuania	6, 500	Kenya	450
Canada	360, 000	Slovakia	6, 000	Bosnia	400
		Czech Re-		Cuba	400
Britain	300, 000	public	6, 000	Virgin Islands	400
Argentina	250, 000	India	6, 000	Curacao	350
South Africa	114, 000	Tadjikistan	5, 000	Zaire	320
Australia	100, 000	New Zealand	5, 000	Syria	300
Brazil	100, 000	Peru	5, 000	Armenia	300
Hungary	80, 000	Greece	5, 000	Portugal	300
Germany	60, 000	Panama	4, 500	Jamaica	300
Uzbekistan	45, 000	Kyrgyzstan	4, 500	Singapore	300
Moldova	40, 000	Bulgaria	4, 000	Thailand	200
Mexico	40, 000	Estonia	3, 000	Bahamas	200
Belgium	35, 000	Ethiopia	3, 000	Iraq	200
Belarus	34, 000	Serbia and	2, 500		
Italy	31, 000	Montenegro		Dominican Republic	150
Uruguay	30, 000	Costa Rica	2, 500	Surinam	150
Holland	30, 000	Tunisia	2, 000	Honduras	120
Iran	25, 000	Croatia	2, 000	El Salvador	120
Azerbaijan	25, 000	Hong Kong	2, 000		
Turkey	20, 000	Turkmenistan	2, 000	<i>Largest Jewish cities</i>	
Switzerland	19, 000	Puerto Rico	2, 000	<i>in the Diaspora</i>	
Venezuela	18, 000	Ireland	1, 800	Greater New York	1,45 million
Chile	17, 000	Finland	1, 300	Los Angeles	490,000
Sweden	16, 000	Ecuador	1, 000	Paris	350,000
Kazakhstan	15, 000	Japan	1, 000	Philadelphia	254,000
Romania	15, 000	Norway	1, 000	Greater Chicago	248,000
Spain	15, 000	Zimbabwe	975	Boston	208,000
Latvia	15, 000	Paraguay	900	London	200,000
Georgia	13, 000	Yemen	800	Moscow	200,000
Poland	10, 000	Guatemala	800	Buenos Aires	200,000
				Miami	189,000
				Toronto	175,000
				Greater Washington	165,000
				Ft. Lauderdale	140,000
				San Francisco	128,000
				Kiev	110,000
				St. Petersburg	100,000
				Montreal	100,000
				* Source: Academic demographic	
				surveys and reports from	
				communities to the World	
				Jewish Congress	

Abb. 15: Die jüdische Diaspora (1995) (Quelle: The Jerusalem Report. Jg.V.Nr.26. 4.Mai.1995. S.II.)

Meinung von Mark Rosenblum von der Nichtregierungsorganisation Peace Now: „There is an empirical overlap between those who oppose the peace process and those who believe in social coercion concerning questions of faith ... Israel's peace and its religious openness are both contingent on democratic forces.“⁵²⁴

Einzelne amerikanische Juden/Vereine unternahmen Initiativen in Washington und/oder Israel, um bestimmte Schritte einer israelischen Regierung zu unterminieren. Umgekehrt mobilisierten amtierende oder oppositionelle politische Kräfte in Israel ihnen nahe stehende Sympathisanten in den Vereinigten Staaten gegen die Politik der entsprechenden US-Administration oder ihre Konkurrenz zu Hause. (Zusätzlich wurden die amerikanisch israelischen Relationen durch vielfältige Verwandtschaften zwischen jüdischen Familien auf den beiden Seiten des Ozeans vorbedingt.)

Am stärksten organisiert und finanziell gesponsert zeigten sich dabei die konservativen, unter ihnen auch die religiös motivierten, Interessen im Rahmen des amerikanischen Judentums (sie bildeten auch den Kern der Geldgeber für jüdische Political Action Committees (PACs)⁵²⁵). Wichtig in diesem Kontext wäre, auf die Symptome eines anderen, aufwärts gehenden Trends in den 90er Jahren einzugehen – der Formierung eines rechts stehenden, Republikanisch wählenden jüdischen Blocks in New York und Südkalifornien, bestehend hauptsächlich aus (ultra-)orthodoxen Gläubigen und Juden aus den reichen vorstädtischen Gegenden der beiden Regionen. Allmählich „... wuchs ... die Zahl derer, die sich ganz orthodox verhielten. So gewannen die ultraorthodoxen chassidischen Sekten ... in den USA neuen Zulauf, und nicht nur die traditionelle Form der Religionsausübung, sondern auch eine traditionelle Art, der eigenen – jüdischen – Persönlichkeit Ausdruck zu verleihen, wurde wiederbelebt. ... und sie versuchen voller Eifer, ‚abtrünnige‘ Juden dazu zu bekehren, den religiösen Geboten wieder strikt zu folgen.“⁵²⁶ Viele von ihnen registrierten sich regelmäßig für die US-Wahlen und beanspruchten entsprechende Stellen in der Politik. Damals wurde dieses Phänomen hauptsächlich während der Kongress- und Kommunalwahlen beobachtet.⁵²⁷ „Peace is seen, in this milieu, as a further threat, an opening up to the wide world of doors which the rabbis and their fanatic followers wish firmly closed.“⁵²⁸ Dazu muss angemerkt werden, dass gerade die Juden mit rechten politischen Einstellungen zu der zu diesem Zeitpunkt in Amerika aufwachenden neo-

⁵²⁴ Mark Rosenblum ist zitiert. In: Gordon, Neve: The Jewish Lobby. In: <http://www.zmag.org/zmag/articles/gordonoct98.htm> Stand Okt.1998, abgerufen am 06.03.2005.

⁵²⁵ Vgl. Beiser, Vince: Are Pro-Israel PACs Packing It in Prematurely? In: The Jerusalem Report. Jg.VII.Nr.13. 31.Okt.1996. S.10.

⁵²⁶ Gilbert, Martin: a.a.O. S.314-315.

⁵²⁷ Vgl. Zogby, James: Jewish Voters in the 1998 Elections. In: <http://www.aaiusa.org/washington-watch/1397/w072798> Stand 28.07.1998, abgerufen am 01.11.2007; Vgl. Gilbert, Martin: a.a.O. S.314-315.

⁵²⁸ Avnery, Uri: Bingo!. In: The Other Israel. Nr.87. Febr.1999. S.4.

konservativen außenpolitischen Ideologie tendierten. Bedeutend für die politischen Verhältnisse in den USA ist auch die allgemeine jüdische Wahlpartizipation (Vgl. unten).

Die leistungsfähigste unter den konservativen jüdischen Vereinigungen war die Kongress Lobbygruppe AIPAC (American Israel Public Affairs Committee). Entstanden aus der Bewegung des amerikanischen Zionismus in den 50er Jahren kümmerte es sich bei allen möglichen Regierungskonstellationen im Weißen Haus sowie in Israel um die Koordinierung der amerikanisch israelischen Beziehungen, die Sicherung amerikanischer Wirtschafts- und Militärhilfe für Israel und die Blockierung von Waffenexporten für die arabischen Staaten. Dazu kam die Einsetzung für solide US-Bestrafungssaktionen gegenüber dem Irak und dem Iran. „Each year, AIPAC is involved in more than 100 legislative and policy initiatives involving Middle East policy or aimed at broadening and deepening the U.S.-Israel bond.“⁵²⁹ AIPAC kooperiert mit nichtjüdischen proisraelischen Sympathisanten. Jährlich werden mehr als 1 Million Dollar für direkte Lobbyarbeit ausgegeben.⁵³⁰

Traditionell folgte AIPAC einem harten politischen Kurs. Nachdem in Israel die Likud-Partei zwei Jahrzehnte regiert hatte und durch AIPAC unterstützt wurde, blieb die Organisation während der israelischen Wahlen 1992 derselben Partei treu. Im Vorfeld und nach dem Treffen der Osloer Vereinbarungen kam es zu heftigen inneren Konfrontationen hinsichtlich der Politik Rabins. Unter den amerikanischen Juden sehr beliebt⁵³¹, kritisierte er das AIPAC-Verhalten bei einer Veranstaltung in Washington im August 1992 und es dauerte eine Weile bis die Lobby sich für die Abkommen öffentlich einsetzte.⁵³²

Andere jüdische Organisationen in dieser Kategorie waren die Anti-Defamation-League B'nai B'rith, die Americans for Safe Israel, Pro-Israel – Spenden für die Siedler in den besetzten Gebieten, die Zionistische Organisation Amerikas (ZOA) – enge Verbindungen mit dem Likud-Block. Klein aber extrem in ihren Ansichten war die Letzte. Nebst einer aggressiven schwarz-weißen anti-Oslo-Rhetorik akzentuierte die ZOA drei Themen auf dem Capitol Hill: die Versetzung der US-Botschaft nach Jerusalem, Verneinung einer eventuellen amerikanischen Truppenpräsenz auf den Golanhöhen, Verhinderung der Hilfe für die Palästinensische Autonomiebehörde.⁵³³ Infolge der Einmischung ihres Präsidenten Morton Klein musste u.a. der als stellvertretende Außenminister nominierte Strobe Talbott sich wegen kritischer Likud-

⁵²⁹ Vgl. AIPAC: What is AIPAC? In: http://www.aipac.org/about_AIPAC/Learn_About_AIPAC/26.asp abgerufen am 01.11.2007.

Als registrierte Lobbygruppe im Kongress ist AIPAC nicht erlaubt, Wahlkampfmittel direkt zur Verfügung zu stellen.

⁵³⁰ Vgl. Center for Responsive Politics: Pro-Israel: Background. In: <http://www.opensecrets.org/industries/background.asp?Ind=Q05&cycle=2006> abgerufen am 01.11.2007.

⁵³¹ Kaim, Markus: a.a.O. S.20.

⁵³² Vgl. Broder, Jonathan: What's a Lobby to Do? In: The Jerusalem Report. Jg.4. Nr.20. Febr.1994. S.29.

⁵³³ Vgl. Gordon, Neve: a.a.O. (2).

Materialien, die er als Time Kommentator früher geschrieben hatte, während seines Zustimmungshearings entschuldigen. Jüdische Interessen bedienten sich auch mehrerer Public-Relations-Firmen in New York sowie gut finanzierter Thinktanks z.B. dem Jewish Institute for National Security Affairs, dem Freeman Center for Strategic Studies in Houston, dem WINEP.

Nicht an letzter Stelle sind die zahlreichen Organisationen der orthodoxen und ultra-orthodoxen Juden zu erwähnen: Rabbinical Council of America, Rabbinical Alliance of America, Union of Orthodox Congregations, Agudath Israel of America, der Hebron Fund in New York – „... der als politischer Arm der Siedlerbewegung in den USA die jüdische Gemeinde in Hebron finanziell und organisatorisch unterstützt“⁵³⁴, die Satmarer Chassidim, die Lubawitscher Chabad Bewegung usw. Oft wurden von ihnen orthodoxe und ultra-orthodoxe Formationen in Israel direkt finanziert. An der Spitze eines internationalen Netzwerks mit jährlichem Budget von 200 Millionen Dollar, Zehntausenden von Gefolgsleuten, 1 400 Schulen und 4 000 missionarischen Familien in der ganzen Welt, politisch diplomatischen Kontakten in Amerika (z.B. Zusammenarbeit mit dem orthodoxen Senator Joe Lieberman) und anderen Staaten war der Lubawitscher Rebbe Menachem Mendel Schneerson imstande, die Politik in Israel wie kein anderer Diaspora Leader zu beeinflussen. 1990 gelang es ihm die Wahl von Schimon Peres zum Ministerpräsidenten zu verhindern, in dem ein Chabad-Knessetmitglied überzeugt wurde, gegen die damals vorgeschlagene Regierungskoalition zu stimmen.⁵³⁵ Ultra-orthodoxe Juden gaben ihre Stimmen auch bei israelischen Wahlen ab. Obwohl sie ihren Wohnsitz im Ausland hatten, kamen sie als de jure israelische Bürger speziell zu diesem Zweck nach Israel.⁵³⁶

Die so skizzierten Tendenzen fanden einen besonders großen Widerhall in der Republikanischen Partei. „And in the wake of the Republican landslide in November (1994, d.Verf.), a new coalition has come together: the Israeli opposition, the small but influential conservative minority in U.S. Jewry – and the new majority on the Hill.“⁵³⁷ (Vgl. 3.1.4)

Als wahrscheinlich die umfangreichste jüdische Assoziation in den USA galt die Konferenz der Präsidenten der Größten Amerikanischen Judenorganisationen. In der Regel konzentrierte sie sich auf Lobbyismus der US-Administration, obwohl viele ihrer Mitglieder in Kontakt mit AIPAC waren. In diesem Dachverband trafen sich vielfältige Vertreter des rechten (gegen-Rabin) und linken politischen Spektrums. Die Sympathisanten der liberalen jüdischen Organi-

⁵³⁴ Kaim, Markus: a.a.O. S.21; Vgl. The Hebron Fund: <http://www.hebron.org.il/>

⁵³⁵ Vgl. Halevi, Yossi Klein: Can Chabad Outlive the Rebbe? In: The Jerusalem Report. Jg.4. Nr.24. S.18-23; Gutwirth, Jacques: Hassidism and Urban Life. In: The Jewish Journal of Sociology. Jg.38. Nr.2. Dez.1996. S.105-113; The Chabad Lubavitch Centers: <http://www.chabad.org/centers/default.asp?AID=6268>

⁵³⁶ Vgl. Avnery, Uri: Bingo!. In: The Other Israel. Nr.87. Febr.1999. S.11-12.

⁵³⁷ Broder, Jonathan: Friends of Bibi. In The Jerusalem Report. Jg.5. Nr.16. 15.Dez.1994. S.32.

sationen (beides Rabin-freundlich und Rabin-kritisch) gehörten in ihrem Großteil dem Reformjudentum. Solche waren der American Jewish Congress und Americans for Peace Now – die amerikanische Partner-Organisation der israelischen Peace Now. Assoziationen wie das Israel Policy Forum, das New Israel Fund oder die ad hoc Lobbygruppe Beit Shalom, in der sich 16 jüdische Organisationen zusammengeschlossen hatten, setzten sich aktiv für die Selbstbestimmung der Palästinenser und die Osloer Verhandlungen ein. Beit Shalom versuchte alternative Wege zum Kongress zu finden - Faxen, regelmäßige Telefonate mit Abgeordneten und andere Formen von Basismobilisierung, um finanzielle Abhängigkeiten und Korruptionsmodelle zu umgehen. Für die analytischen Zwecke der vorliegenden Arbeit lässt sich an dieser Stelle der AIPAC-Aktivist Douglas Blomfield aus einem BBC-Interview zitieren: „AIPAC has one enormous advantage. It really doesn't have any opposition.“⁵³⁸

Neben der Einflussnahme auf politisch ideologische Diskurse und der massiven Vertretung bei der Legislative und Exekutive, schloss die Tätigkeit der jüdischen Gemeinschaft in Amerika die Bereitstellung von beträchtlichen Geldsummen während amerikanischer Wahlkampagnen und bei alltäglicher Gelegenheit ein. Im ersten Fall wurden diese durch PACs, als individuelle Leistung oder bei privaten Salonempfangen gesammelt⁵³⁹, im Zweiten waren es Mitgliedbeiträge, Jahresbudgets und Sonderspenden von Bedeutung. Politisch wurden die finanziellen Mittel nicht eindeutig kanalisiert. Die bei der US-Präsidentschaftskampagne 1992 vom Center for Responsive Politics als „pro-israelisch“ verzeichneten Beträge von PACs und Einzelindividuen für den Republikaner Jack Kemp waren 19,500 Dollar, für Bill Clinton 19,300 Dollar, für George Bush 13,250 Dollar, ohne die für andere Kandidaten ausgegeben Spenden zu unterschätzen.⁵⁴⁰ Bei Kongresswahlen setzen die PACs „... Wahlkampfunterstützungen gezielt für bzw. gegen Kongresskandidaten gemäß derer politischen Position ein. Indem sie somit die Zusammensetzung des Kongresses in einem pro-israelischen Sinne verändern helfen, erleichtern sie die direkte Lobby-Tätigkeit ...“.⁵⁴¹ 1992 haben proisraelische Quellen 2,611,176 Dollar für Demokratische (158 Personen) und 665,686 Dollar für Republikanische (83 Personen) Insassen des Repräsentantenhauses spendiert. 35 Demokraten und 18

⁵³⁸ BBC Interview: Pro-Israel Lobby on Capitol Hill. In:

<http://news.bbc.co.uk/1/hi/programmes/newsnight/3010371.stm> Stand 8.05.2003, abgerufen am 06.03.2005.

⁵³⁹ Vgl. Beiser, Vince: Are Pro-Israel PACs Packing It in Prematurely? In: The Jerusalem Report. Jg.VII. Nr.13. 31.Okt.1996. S.10.

⁵⁴⁰ Center for Responsive Politics: Pro-Israel: Top 20 Presidential Candidates. In:

<http://www.opensecrets.org/industries/recips.asp?Ind=Q05&Cycle=1992&recipdetail=P&Mem=N&sortorder=U> abgerufen am 01.11.2007.

* Spenden mit ideologischem Charakter werden vom Centre for Responsive Politics nur dann als solche gerechnet, wenn sie explizit einem pro-israelischen oder pro-arabischen PAC zur Verfügung gestellt und durch ihn dem jeweiligen Kandidat weitergeleitet wurden. Darum könnten die verfügbaren Daten künstlich niedriger als in der Wirklichkeit spendierte Geldmittel liegen.

⁵⁴¹ Kaim, Markus: a.a.O. S.18.

Republikaner im Senat erhielten 2,496,500 bzw. 1,462,923 Dollar.⁵⁴² 1994 wurden 137 Repräsentanten von der Demokratischen Partei mit 1,776,914 Dollar und 57 von der Republikanischen mit 470,547 Dollar gesponsert. 30 Demokraten (1,972,275 Dollar) und 16 Republikaner (663,367 Dollar) im Senat wurden zusätzlich unterstützt.⁵⁴³ „Unfortunately what this points to is the sad reality that when money and voters and winning elections are at stake, principles and understanding take a back seat to politics.“⁵⁴⁴

Politischen Einfluss in den Vereinigten Staaten und Israel übten auch einzelne jüdische Magnaten aus. Zwei der bedeutendsten Geldbeschaffer des israelischen Wahlkampfes waren Ted Arison, der bei Netanjahu die größte Bank Israels, die privatisierte Bank Hapoalim, kaufte,⁵⁴⁵ und Ronald Lauder, Philanthrop und späterer Vorsitzender der Konferenz der Präsidenten der Größten Judenorganisationen in America. Die israelische Zeitung Ha'aretz berichtete, dass der Letzte sich in geheimen Gesprächen mit Syrien bis zu der Unterzeichnung des Wye-Abkommens engagierte, unabhängig von Washington. „Lauder flew to the area in his private plane seven or eight times to hold high-level meetings, including a meeting with Assad in Damascus.“⁵⁴⁶ Der ultra-orthodoxe Millionär Erwin Moskowitz aus Florida zählte auch unter Netanjahus Finanziers. Im Laufe von zwei Jahrzehnten hatte er Land in Ostjerusalem gekauft, z.B. im arabischen Viertel Ras al-Amud, und der extrem rechten Organisation Ateret Cohanim mehrere Gebäude im muslimischen Teil der Altstadt zur Verfügung gestellt. Zusätzlich war Moskowitz Mitglied in vielen rechten jüdischen Organisationen in den Vereinigten Staaten. Er gehörte dem Vorstand der ZOA an und sponserte das Jewish Institute for National Security Affairs und zahlreiche Politiker und Lobbyorganisationen.⁵⁴⁷

Eine intensive politische Sensibilität und Wahlbeteiligung der jüdischen Gemeinschaft waren in den USA zu beobachten.⁵⁴⁸ Als breite Wählerschaft setzte sie sich vornehmlich mit der Demokratischen Partei, liberalen innenpolitischen und (nuancierten) außenpolitischen Nei-

⁵⁴² Center for Responsive Politics: Pro-Israel: Money to Congress. 1992. In: <http://www.opensecrets.org/industries/summary.asp?Ind=Q05&recipdetail=A&sortorder=U&Cycle=1992> abgerufen am 01.11.2007.

⁵⁴³ Center for Responsive Politics: Pro-Israel: Money to Congress. 1994. In: <http://www.opensecrets.org/industries/summary.asp?Ind=Q05&recipdetail=A&sortorder=U&Cycle=1994> abgerufen am 01.11.2007.

⁵⁴⁴ Zogby, James: Jewish Voters in the 1998 Elections. In: <http://www.aaiusa.org/washington-watch/1397/w072798> Stand 28.07.1998, abgerufen am 01.11.2007.

⁵⁴⁵ Vgl. The Other Israel: Permanent Crisis. In: The Other Israel. Nr.82. Jan.1998. S.6.

⁵⁴⁶ Schiff, Ze'ev: Syria Agreed to Foreign Troops on Hermon. In: Ha'aretz (Engl. Ausg.). 28.Mai.1999.; Vgl. Schiff, Ze'ev: Netanyahu's Failed Historic Opportunity. In: Ha'aretz (Engl. Ausg.). 7.Juli. 1999.

⁵⁴⁷ Vgl. Susser, Leslie: The Mayor and the Millionaire. In: The Jerusalem Report. Jg.VIII. Nr.12. 16.Okt.1997. S.14-20; Vgl. Christison, Kathleen u. Bill: A Rose by Another Name. The Bush Administration's Dual Loyalties. In: <http://counterpunch.org/christison1213.html> Stand 13.12.2002, abgerufen am 01.03.2005.

⁵⁴⁸ Vgl. Schwelien, Michael: Tanz am Abgrund. Über das schwierige Verhältnis zwischen Amerika und Israel. In: Die Zeit. 53. Jg. Nr.21. 14. Mai 1998. S.10.

gungen gleich.⁵⁴⁹ Dazu wohnte sie in solchen US-Staaten konzentriert, denen eine bedeutende Zahl von Wahlstimmen für die Präsidentschaftswahl zufallen: New York, California, Florida. „By 1990, barely half of America’s Jews lived in Northeast. By then there were more Jews in San Francisco than in Baltimore, more in Phoenix than Pittsburgh, and as many in San Diego as in Detroit. The Jewish population of Los Angeles exceeded that of any city in the world with the exception of New York ...”.⁵⁵⁰ 1992 stimmen zwischen 80 und 90 % der amerikanischen Juden für Bill Clinton.⁵⁵¹ Nach Meinungsumfragen aus dem Jahre 1994 befürworteten 88 % von ihnen den israelisch palästinensischen Verhandlungsprozess.⁵⁵²

Die Unterzeichnung des Osloer Abkommens spitzte die Spannungen unter den unterschiedlichen jüdischen Strömungen und politischen Gremien zu⁵⁵³ - ein Riss zum Vorteil des rechten politischen Spektrums. Während seines Mandats als Likud-Vorsitzender (1993-1996) war Benjamin Netanjahu ein häufiger Gast auf dem Capitol Hill.⁵⁵⁴ „The ability to use Congress as a lever against Administration pressure has always been a key aspect of Israel's U.S. strategy. This has been true whether the two branches of government were of the same party or not. It is especially true ... when this Republican leadership is so wedded to the Likud party and its policies.”⁵⁵⁵

Trotz innerer Spaltungen waren die proisraelischen Lobbyisten immer in der Lage, ein breit akzeptiertes positives Bild Israels in den USA zu schaffen und sich sogar gegen solche starken Lobbygruppen wie die der Öl- und Waffenindustrie, die viele arabische Staaten als wichtige Partner hatten, durchzusetzen. „’And in Washington, image is everything’, says one congressional aide.”⁵⁵⁶ Umso beeindruckender waren ihre Aktionen im Vergleich zu dem Maßstab der Initiativen der arabisch stämmigen Amerikaner.

⁵⁴⁹ Vgl. Ben-David, Calev: Not all the President’s Jews. In: <http://www.jpost.com/servlet/Satellite?pagename=JPost/JPArticle/ShowFull&cid=1074013807795> Stand Januar 2004, abgerufen am 13.01.2004.

⁵⁵⁰ Shapiro; Edward S.: a.a.O. S.96.

⁵⁵¹ Vgl. Ben-David, Calev: Not All the President’s Jews. In: <http://www.jpost.com/servlet/Satellite?pagename=JPost/JPArticle/ShowFull&cid=1074013807795> Stand Januar 2004, abgerufen am 13.01.2004; Crotty, William: Political Parties in the 1996 Election: The Party as Team or the Candidates as Superstars? In: Maisel, L. Sandy (Hrsg.): The Parties Respond. Changes in American Parties and Campaigns. 3.Aufl. Colorado&Oxford 1998. S.216.(Tabelle)

⁵⁵² Vgl. Broder, Jonathan: Maverick. In: The Jerusalem Report. Jg.5 Nr.3. Juni.1994. S.33.

⁵⁵³ Vgl. Kaim Markus: a.a.O. S.19.

⁵⁵⁴ Vgl. Freedman, Robert O.: U.S. Policy toward the Middle East in Clinton’s Second Term. In: Middle East Review of International Affairs. Jg.3. Nr.1 März. 1999. In: http://www.ciaonet.org/olj/meria/meria99_freedman01.html abgerufen am 13.03.2005.

⁵⁵⁵ Zogby, James: The Battles of a Pro-Israel Congress. In: <http://www.aaiusa.org/washington-watch/1333/w042897> Stand 28.04.1997, abgerufen am 01.11.2007.

⁵⁵⁶ Susser, Leslie: Groggy Lobby. In: The Jerusalem Report. Jg.4. Nr.6. 29.Juli.1993. S.13.

Im Jahre 2000 betrug die Zahl der Amerikaner arabischer Abstammung in den Vereinigten Staaten ca. 3 Millionen Menschen.⁵⁵⁷ Sie zeichneten sich durch eine ethnisch nationale und religiöse Heterogenität. Der Großteil bezog ihre Wurzeln auf fünf Ursprungsländer/Territorien – Libanon, Syrien, Palästina, Ägypten, Irak.⁵⁵⁸ 6% davon (mehr als 250,000 Menschen) konnten als Palästinenser identifiziert werden.⁵⁵⁹ Ungefähr zwei Drittel von ihnen standen zum christlichen Glauben unterschiedlicher Denominationen (Katholisch, Orthodox, Protestantisch) und der Rest waren Muslime.⁵⁶⁰ Eine massivere Immigration dieser Bevölkerungsgruppe in die USA begann nach dem Zweiten Weltkrieg als Resultat mehrerer Konfliktauseinandersetzungen im Nahen Osten. Am Ende des 20. Jahrhunderts wohnte sie eher zerstreut durch das ganze Land mit größeren Ballungstäten in New York (200 000), Los Angeles (250 000), Dearborn (fast 100 000) u.a. Im Laufe der Jahre war eine progressive soziale Integration von einzelnen Vertretern dieser Gemeinschaft in diversen Sphären des Lebens in den Vereinigten Staaten zu beobachten.⁵⁶¹ Parallel dazu war eine unterschwellige Abgrenzung ihr gegenüber in der US-Gesellschaft abzubauen.⁵⁶² Profⁱⁿ Yvonne Haddad (Universität von Massachusetts) ging darauf ein: „... suspicion and hostility toward the Arab American com-

⁵⁵⁷ Es waren in der Literatur unterschiedliche Angaben bezüglich der Zahl der arabisch stämmigen Bevölkerung in den USA zu finden. Die Uneinigkeit der vorhandenen Daten war zurückzuführen auf die verschiedenen Umfragemethoden, den Mangel einer einheitlichen Definition der Kategorie „arabisch“, die geographische Zerstreuung der Mitglieder dieser Gemeinschaft, die hohe Stufe von gemischten Eheschließungen der dritten und vierten Generation, das Missverständnis oder Misstrauen neu angekommener ImmigrantInnen gegenüber den durchgeführten Umfragen.

Die 1990 durch die US-Regierung beauftragte Volkszählung setzt die Zahl auf ca. 870,000. Im Jahre 2000 waren das ca. 1,200,000 (Vgl. US Census Bureau: The Arab Population: 2000. Census 2000 Brief. S.3. (Tabelle) In: <http://www.census.gov/prod/2003pubs/c2kbr-23.pdf> Stand Dez. 2003 abgerufen am 13.05.2006). Das Arab American Institute (AAI) spricht von 3 Millionen arabisch-stämmigen Amerikanern in 2000 (Vgl. Samhan, Helen: Arab Americans. In: <http://www.aaiusa.org/definition.htm#Population%20Highlights> abgerufen am 13.05.2006). Markus Kaim verweist auf ca. 7 Millionen Menschen in dieser ethnischen Kategorie (Vgl. Kaim, Markus: a.a.O. S.23) Hier werden die Statistiken des AAI benutzt, die in der Literatur als autoritativ akzeptiert sind.

⁵⁵⁸ Vgl. Samhan, Helen: Arab Americans. In: <http://www.aaiusa.org/foundation/358/arab-americans> Stand 21.04.2006, abgerufen am 01.11.2007.

⁵⁵⁹ Die Schwierigkeiten beim Produzieren von genauen Angaben hinsichtlich der palästinensisch stämmigen Amerikaner liegt außer an den im Fn.557 ausgezählten Ursachen auch an den verschiedenen/mehreren Aufenthaltsländern dieser Kategorie von amerikanischen Bürgern bevor sie in die USA gekommen waren. Die 1990 durch die US-Regierung beauftragte Volkszählung setzt die Zahl auf ca. 48,000 (1990) und 72,112 (2000). (Vgl. US Census Bureau: The Arab Population: 2000. Census 2000 Brief. S. 3 (Tabelle) In: <http://www.census.gov/prod/2003pubs/c2kbr-23.pdf> Stand Dezember 2003 abgerufen am 13.05.2006) Für das Arab American Institute sind das 250,000 Menschen im Jahre 2000. (Arab American Institute: Population Estimates of Americans of Palestinian Ancestry. In: <http://www.aaiusa.org/issues/2550/population-estimates-of-americans-of-palestinian-ancestry> Stand 17.10.2006, abgerufen am 01.11.2007)

⁵⁶⁰ Vgl. Samhan, Helen: a.a.O.; Vgl. Broder, Jonathan: Arabs in America. On the Defensive. In: The Jerusalem Report. Jg.4. Nr.8. 26.Aug.1993. S.28-33.

⁵⁶¹ 1993 hatten drei Kongressmitglieder sowie mehrere Bürgermeister, Richter und kommunale Verwalter arabischen Ursprung. Persönlichkeiten wie der Majoritätsleader im Senat George Mitchell oder der ehemalige Generalstabchef John Sununu, Prof. Edward Said (Universität Columbia), Profⁱⁿ Yvonne Haddad (Universität von Massachusetts), andere arabische Intellektuellen und erfolgreiche Businessleute, der größte Teil davon zweite und dritte Generation, können weiter als Beispiele erwähnt werden.

⁵⁶² Vgl. Zogby, James: The Victories '96. In: <http://www.aaiusa.org/washington-watch/1310/w111196> Stand 11.11.1996, abgerufen am 01.11.2007.

munity goes back to the 1967 Six-Day War, when most Americans divided the middle East into Israeli heroes and Arab villains. The animosity deepened after the 1973 Arab oil embargo and the 1979 hostage crisis in Iran in which anger at the non-Arab Iranians was transferred to any Muslims and even Christian Arabs. It reached new depths during the Gulf War when many Arab Americans were harassed and even physically assaulted.”⁵⁶³ Das Kleinbusiness blieb dabei eine beträchtliche wirtschaftliche Stütze für die arabisch stämmigen Amerikaner. Ihre politische Aktivität im Allgemeinen und hinsichtlich des Nahostkonflikts im Speziellen zeigte sich viel weniger effizient im Vergleich zu dem Einfluss der jüdischen Assoziationen. Als eine bunt ausgestattete gesellschaftliche Gruppe fehlten natürliche Voraussetzungen für eine gemeinsame Mobilisierung. Die geringeren wirtschaftlichen Kapazitäten relativierten ihre Spendeaktivitäten. Nach Angaben der Organisation Open Secrets haben proarabische und promuslimische PACs für den Kongresswahlkampf im Jahre 1992 insgesamt 31 613 Dollar spendiert, 1994 – 22 496 Dollar.⁵⁶⁴ Bis in die 80er musste diese Bevölkerungsgruppe für die öffentliche Akzeptanz ihrer politischen Geldmittel immer noch kämpfen. Während der kommunalen Wahlen in New York (1989) und Philadelphia (1988) z.B. wiesen die beiden Demokratischen Kandidaten David Dinkins und Wilson Goode Tausende von Dollar zurück, um nicht als „proarabisch“ gebrandmarkt zu werden und die jüdische Befürwortung zu verlieren. Eine Wende war während der Präsidentschaftswahlen 2000 zu registrieren. Dabei war auf eine spät entstandene politische Organisationsinfrastruktur⁵⁶⁵ hinzuweisen. Die National Association of Arab-Americans (NAAA), gegründet 1972, das Arab-American Anti-Discrimination Committee (1980), der American Muslim Council, das Arab-American Institute (1985) und der Council of Presidents of National Arab Organizations, mit 14 Mitgliedsassoziationen, waren Organisationen, die für arabische und muslimische Interessen eintraten. Die ersten drei Institutionen handelten auch als Lobbygruppen. Die NAAA und der American Muslim Council haben zwischen 1997 und 2001 getrennt ca. 14 000\$ pro Jahr für Lobbyarbeit ausgegeben.⁵⁶⁶ Die NAAA war die Vereinigung, deren Aspirationen direkt auf die US-Politik bezüglich des israelisch palästinensischen Konflikts zielten. Zu der Programmatik ihrer 10 000 Mitglieder gehören die Anerkennung der PLO und eines palästinensischen Staats durch die USA, die Einschränkung der amerikanischen Waffenlieferungen an Israel und die Einstellung der Finanzhilfen, um den Ausbau von Siedlungen in den besetzten Gebieten zu

⁵⁶³ Broder, Jonathan: Arabs in America. On the Defensive. In: The Jerusalem Report. Jg.4. Nr.8. 26.Aug.1993. S.29.

⁵⁶⁴ Vgl. Center for Responsive Politics: Pro-Israel and Pro-Arab Interests: The Money: <http://www.opensecrets.org/news/pro-israel.pro-arab/pro-arab.asp> Stand 2004, abgerufen am 01.11.2007.

⁵⁶⁵ Vgl. Kaim, Markus: a.a.O. S.23.

⁵⁶⁶ Vgl. Center for Responsive Politics: Pro-Israel and Pro-Arab Interests: The Money: <http://www.opensecrets.org/news/pro-israel.pro-arab/index.asp> Stand 2004, abgerufen am 10.07.2004.

verhindern, die Opposition gegen die israelische Besetzung des Westjordanlandes, des Gaza-Streifens und der Golanhöhen, die Zurückdrängung des jüdischen Einflusses in der amerikanischen Nahostpolitik.⁵⁶⁷ Die proarabische Lobby setzte sich für die konsequente Einmischung der Clinton-Administration in den Osloer Prozess und ein dauerhaftes US-Engagement ein.⁵⁶⁸

Als Wählerschaft beteiligten sich die arabisch stämmigen Amerikaner immer aktiver an den Kongress- und Präsidentschaftswahlen im Laufe der Jahre, neigten aber nicht dazu, eine eindeutige Blockabstimmung für eine der beiden großen US-Parteien zu leisten. Sogar proisraelische Kongresskandidaten (z.B. der Demokratische Senator aus Michigan Carl Levin), die sich für die Entwicklung des ökonomischen Sektors der Kleinunternehmen einsetzten, wurden von ihnen unterstützt. Doch waren in Anbetracht der Präsidentschaftswahlen Fragen wie die Rechte des palästinensischen Volks, die territoriale Unversehrtheit von Libanon, die arabische Souveränität in Ostjerusalem, die Förderung der Demokratie und der Menschenrechte in arabischen Ländern und die (Nicht)Diskriminierung der arabisch stämmigen Amerikaner in den Vereinigten Staaten maßgebend. So erhielt Präsident Clinton 1996 53% der Stimmen dieser Bevölkerungsgruppe.⁵⁶⁹ Im Jahre 2000, wo es erneut zum Gewaltanstieg im Nahen Osten gekommen war, votierten für den Demokratischen Kandidaten 38%, den Republikanischen 45.5% und den unabhängigen Ralph Nader 13,5% von ihnen.⁵⁷⁰

Wie oben dargelegt, ist die Bedeutung der jüdischen und, allgemein formuliert, arabischen Gemeinschaft in der amerikanischen Gesellschaft bei der Formierung der US-Nahostpolitik mizurechnen. In dieser Etappe war die Rolle der arabisch stämmigen Amerikaner kaum mit der Machtpositionierung der Vertreter der jüdischen Bevölkerung zu vergleichen. Beide strebten aber nicht danach, die grundsätzlichen Parameter der US-außenpolitischen Entscheidungen hinsichtlich der Region wie die starke amerikanische Präsenz dort und die (direkte oder indirekte) Verfolgung von eigenen Interessen zu verändern, sondern sie nach ihren Verständnissen und Bedürfnissen auszurichten. Hier die Schlussfolgerung des Dozenten Joseph Mas-sad von der Columbia-Universität in Anbetracht der proisraelischen Lobby: „... the lobby is powerful in the United States because its major claims are about advancing US interests and

⁵⁶⁷ Vgl. Kaim, Markus: a.a.O. S.24.

⁵⁶⁸ Einzelne arabische, inkl. palästinensische, Organisationen (wie die Hamas), oder Projekte (Schulen, Universitäten) wurden mit privaten Geldmitteln durch jeweilige Stiftungen in den USA finanziert. (Vgl. Broder, Jonathan: Arabs in America. On the Defensive. In: The Jerusalem Report. Jg.4. Nr.8. 26.08.1993. S.28-33)

⁵⁶⁹ Vgl. Zogby, James: The Victories '96. In: <http://www.aaiusa.org/washington-watch/1310/w111196> Stand 11.11.1996, abgerufen am 01.11.2007.

⁵⁷⁰ Vgl. Zogby, James: How Arab Americans Voted and Why. In: <http://www.aaiusa.org/washington-watch/1533/w121800> Stand 18.12.2000, abgerufen am 01.11.2007; Vgl. Kurata, Philip: 2000 Elections Seen as Stunning Success for Arab Americans. In: http://www.usembassy.it/file2000_11/alia/a011140g.htm Stand 14.11.2000, abgerufen am 15.05.2006.

its support for Israel is contextualised in its support for the overall US strategy in the Middle East. ... The pro-Israel lobby could not sell its message and would not have any influence if Israel was a communist or anti-imperialist country or if Israel opposed US policy elsewhere in the world. ... In fact, the United States spends much more on its military bases in the Arab world, not to mention on those in Europe or Asia, than it does on Israel.”⁵⁷¹ Sowohl die jüdischen als auch die arabisch stämmigen Aktivisten standen den Regeln des Funktionierens des US-politischen Establishments (Vgl. 3.1.1) nah, und richteten sie nach ihren eigenen Zwecken aus.

3.1.3 Politisch kulturelle Implikationen

In der Literatur wird die Behandlung der US-Teilnahme an der Bearbeitung des israelisch palästinensischen Konflikts ergänzt durch die Erläuterung von einigen politisch kulturellen Aspekten. Ihr Effekt war sowohl direkt in der Arbeit des amerikanischen Nahostteams als auch im breiteren Kontext der Initiierung oder Verhinderung von politisch praxeologischen Schritten der Administration nachzuvollziehen.

Palästina wurde von der Bevölkerung in den Vereinigten Staaten mit einer tiefen christlich religiösen Israel-Affinität betrachtet. Mitte der 90er Jahre glaubten ca. 95% der Amerikaner an Gott⁵⁷² und 69% bekannten sich zur Mitgliedschaft in einer überwiegend christlichen Denomination.⁵⁷³ „... the Palestine, which most Westerners know through their religious upbringing in any variety of the Christian tradition was always peopled with Jews, never with Arabs. Jewish claims, hence fell on a cognitive ground prepared by biblical readings ...”.⁵⁷⁴ Christliche Vereinigungen wie die National Christian Leadership Conference for Israel, Americans for a Safe Israel oder Christian Friends of Israel in Charlotte forderten die Sicherheit Israels aus religiösen Gründen an und leisteten Widerstand gegen jedes Abkommen auf einer Land-für-Frieden-Basis. Aus ähnlichen Motiven traten Politiker und Wähler der sog. amerikanischen „bible belts“ für eine proisraelische Politik ein. Auch der US-Vizepräsident Al Gore (1993-2000) berief sich – in dieser religiösen Tradition – auf Israel als „verheißenes“

⁵⁷¹ Massad, Joseph: Blaming the Israel Lobby. It's US Policy that Inflames the Arab World. In: <http://www.zmag.org/content/showarticle.cfm?SectionID=107&ItemID=10010> Stand 29.03.2006, abgerufen am 11.04.2007.

⁵⁷² Wasser, Hartmut: Die Rolle der Ideologie in den Vereinigten Staaten. In: Wasser, Hartmut (Hrsg.): USA: Geschichte-Politik-Gesellschaft-Wirtschaft. 3.Aufl. Opladen. 1996. S.58.

⁵⁷³ Vgl. Wersich, Rüdiger B. (Hrsg.): USA Lexikon. Berlin. 1995. S.792 (Abbildung Religionsgemeinschaften in den USA); Vgl. Wasser, Hartmut: Die Rolle der Ideologie in den Vereinigten Staaten. In: Wasser, Hartmut (Hrsg.): USA: Geschichte-Politik-Gesellschaft-Wirtschaft. 3.Aufl. Opladen. 1996.a.a.O. S.58.

⁵⁷⁴ Galtung, Johan: a.a.O. (3) S.79.

Land.⁵⁷⁵ Einen besonderen Akzent auf diese Politik setzten die religiösen Rechten im Kongress sowie die US-Lobby der israelischen Likud-Partei (Vgl. 3.1.4).

Die Mehrheit der US-Bevölkerung sah außerdem im israelischen Regierungssystem ein institutionelles und philosophisch ideelles Äquivalent des amerikanischen politischen Lebens im Nahen Osten. Israel wurde angenommen als die einzige Demokratie in der Region. Offizieller Standpunkt des Weißen Hauses war, dass die israelisch amerikanischen Beziehungen einen speziellen Charakter besaßen, der u.a. auf „demokratischen Werten“ basierte. Diese Wahrnehmung erwies sich nach Volker Perthes als problematisch wegen des undemokratischen Verhaltens Israels vor allem im Verhältnis zur PA und der Tatsache, dass die USA wenig Interesse daran gezeigt haben, andere demokratische Tendenzen im Nahen Osten zu unterstützen – vielmehr hatten sie diese gelegentlich behindert.⁵⁷⁶ Höchstens sollten solche Entwicklungen unter einem Amerika(und Kommerz)-freundlichen Zeichen erfolgen. Um Präsidenten Clinton selbst zu zitieren: „Just as democracy helps make the world safe for commerce, commerce helps make the world safe for democracy. It’s a two-way street.“⁵⁷⁷ Hier die Meinung von Prof. Michael Mandelbaum von der Universität John Hopkins „... fewer governments would welcome an American role in fostering democracy in their countries than would seek Western help in establishing market institutions and practices.“⁵⁷⁸

Als technisch und technologisch hoch entwickelte Gesellschaft empfanden die Vereinigten Staaten Israel mit seinen Industrieerrungenschaften als einen „gleichgestellten“ Partner. „For the Western observer, impressed with a technical-economic culture resembling his own (whether he is a liberal of the conservative or social democratic persuasion) legitimacy of the Jewish cause has probably been increasingly derived from similarity.“⁵⁷⁹ Darauf bezogen formte sich das US-Verständnis für eine „zivilisatorische Mission“ Israels – seine Fähigkeiten zu Aufforstung und Wüstenbekämpfung wurden als eine Reproduktion des „amerikanischen Weges“ angesehen. „Die Besiedlung ’unzivilisierter’ Gebiete und die allmähliche Ausdehnung der Grenzen nach außen werden als Parallele zur amerikanischen Geschichte aufgefasst ...“⁵⁸⁰ „The argument is rejected, off hand, as colonialist – not because of any denial of Jewish *capability*, but of Jewish *right* to engage in this type of mission, except by the explicit, unextorted invitation by the people concerned.“⁵⁸¹

⁵⁷⁵ Vgl. Perthes, Volker: a.a.O. S.71.

⁵⁷⁶ Vgl. Perthes, Volker: a.a.O. S.71-72.

⁵⁷⁷ Clinton, Bill: Between Hope and History. Meeting America’s Challenges for the 21st Century. New York. Toronto. 1996. S.36.

⁵⁷⁸ Mandelbaum, Michael: The Bush Foreign Policy. In: Foreign Affairs. Jg.70. Nr.1. 1991. S.16.

⁵⁷⁹ Galtung, Johan: a.a.O. (3) S.79.

⁵⁸⁰ Perthes, Volker: a.a.O. S.72.

⁵⁸¹ Galtung, Johan: a.a.O. (3) S.79. Die Hervorhebungen gehören zum originalen Text.

Historisch betrachtet entwickelte sich in Amerika auch ein Mitleidgefühl dem Schicksal der Millionen in Europa vernichteten Juden gegenüber und daraus ein emotionales Engagement für den israelischen Staat. Die Einschränkung der offiziellen US-Einwanderungsquoten für jüdische Immigranten sowohl nach dem Zweiten Weltkrieg als auch nach dem Ende des kommunistischen Regimes in der Sowjetunion⁵⁸² zum Vorteil ihrer Auswanderung nach Israel spricht dafür, dass andere Faktoren eine größere Rolle bei nationalen außenpolitischen Entscheidungen in den USA spielten.

Als bedeutend für die Modellierung der amerikanisch israelischen politisch kulturellen Nähe erwies sich die Präsenz (Dominanz) der israelischen Perspektive des Nahostkonflikts in den US-Medien am Ende des 20. Jahrhunderts (Vgl. 3.1.4).

Auf der anderen Seite bestand in der amerikanischen Gesellschaft eine gewisse Unkenntnis, ein Fremd-Sein-Gefühl hinsichtlich der arabischen Länder/Völker und ihrer Positionen in Bezug auf die israelisch palästinensische Auseinandersetzung. Der Bericht des Forschungsdienstes bei der US-Kongressbibliothek über die wichtigsten Punkte der amerikanisch palästinensischen Beziehungen aus dem Jahre 2005 konstatierte: „... there is less empathy among Americans for Arab viewpoints because, some say, Arabs are “not like us.” Eastern Arab culture (dress, food, music, art, written and spoken language, religion) appears to have little in common with Western American culture, and Arab-Americans in the past have tended to assimilate more than some other ethnic groups and to avoid the public stage of advocacy for Arab causes.”⁵⁸³ In seiner arabischen (islamischen) Umgebung wurde die Existenz des israelischen Staats auf dieser Ebene (vor allem im Kongress) pauschal als „unsicher“ empfunden.

In demselben Zusammenhang erfolgte am Anfang der 90er Jahre in manchen konservativen Denkkreisen des US-Establishments eine extreme ideologische Pre-Orientierung. Nachdem sich mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion das jahrzehntelang gepflegte Feindbild des Kommunismus entleert hatte, rückte eine „neue Gefahr“ in ihren Blickwinkel: der Islam. Der Inspirator dieses Konzepts war der Harvard Professor Samuel Huntington. In einem 1993 in der CFR-Zeitschrift „Foreign Affairs“ publizierten Artikel kündigte er an, dass die zukünftigen Konfliktpotentiale in der Weltpolitik im Kampf zwischen den Kulturen stecken. „The fault lines between civilizations are replacing the political and ideological boundaries of the Cold War as the flash points for crisis and bloodshed.”⁵⁸⁴ Die grundsätzlichen Trennungslin-

⁵⁸² Vgl. Quandt, William B. : The Middle East in 1990. In: Foreign Affairs. Jg.70. Nr.1. 1991. S.57; Wasserstein, Bernard: a.a.O. S.13.

⁵⁸³ Mark, Clyde: Palestinians and Middle East Peace: Issues for the United States. (US Congressional Research Service: Issue Brief for Congress) S.CRS-2. In: <http://helsinki.usembassy.gov/pdfiles/IB92052.pdf> Stand 10.01.2005, abgerufen am 17.05.2006; Vgl auch Kimmerling, Baruch: a.a.O. (1) S.203.

⁵⁸⁴ Huntington, Samuel P.: The Clash of Civilizations? In: Foreign Affairs. Jg.72. Nr.3. Sommer 1993. S.29.

nien sollten dabei zwischen dem Westen und dem Rest der Welt verlaufen. Zentral in diesem Schema sei die westliche Auseinandersetzung mit einigen islamischen und konfuzianischen Staaten.⁵⁸⁵ „Violence ... occurs between Muslims, on the one hand, and Orthodox Serbs in the Balkans, Jews in Israel, Hindus in India, Buddhists in Burma and Catholics in the Philippines. Islam has bloody borders.“⁵⁸⁶ Die US-Intervention in den zweiten Golfkrieg wäre ein Höhepunkt in der westlich islamischen Konfrontation gewesen.

Anhänger von Huntingtons Pessimismus in Amerika neigten dazu, die islamische Zivilisation primär durch das Prisma des islamistischen Extremismus zu beobachten und die Kommunikation mit islamischen Völkern/Staaten auf einer konfliktträchtigen Basis zu reduzieren.⁵⁸⁷

„Few of these writers viewed Islam as a monolith, but all perceived Islamic hostility to the West and its values. ... and they believed that this conflict ought to count in US policymaking. The United States needed to reorient its policy thinking and security apparatus to meet these threats head on. Appeasement was not an option.“⁵⁸⁸

In dieser Hinsicht war festzustellen, dass der Präsident und sein Nahostteam keine politischen Exponenten genereller antiarabischer/islamischer Ansichten waren. Im Allgemeinen bezog sich Bill Clinton in seinen Reden vor israelischen und palästinensischen Partnern häufig auf Zitate aus oder Hinweise auf religiöse Texte der drei Religionen Judentum, Islam und Christentum. Als Kandidat für sein Amt 1996 führte er Wahlkampfberatungen mit der arabisch stämmigen Gemeinschaft, unterstützte im Nachhinein häufige Kontakte mit ihren Vertretern und, im Unterschied zu allen früheren Präsidenten, richtete regelmäßig Grußworte an alle Muslime in den Vereinigten Staaten anlässlich Ramadan und `Idu l-Adha.⁵⁸⁹ Im engen innenpolitischen Sinne genoss er Popularität sowohl in der arabisch stämmigen als auch in der jüdischen Bevölkerungsgruppe auch wegen der Anstellungen entsprechender Mitarbeiter von bei-

⁵⁸⁵ Vgl. Ebd. S.48.

⁵⁸⁶ Ebd. S.35.

⁵⁸⁷ Dagegen hatten sich unter arabischen/muslimischen Völkern als Resultat jahrzehntelang dauernder Versuche des Westens, ihre Regierungen und Ressourcen unter Kontrolle direkt oder indirekt zu halten, verallgemeinernde anti-westliche bzw. anti-amerikanische Stimmungen angehäuft. „... the region has slipped into an easy anti-Americanism that shows little understanding of what the US is really like as a society. Because the governments are relatively powerless to affect US policy toward them, they turn their energies to repressing and keeping down their own populations, with results in resentment, anger and helpless imprecations that do nothing to open up societies where secular ideas about human history and development have been overtaken by failure and frustration, as well as by an Islamism built out of rote learning and the obliteration of what are perceived to be other, competitive forms of secular knowledge. The gradual disappearance of the extraordinary tradition of Islamic ijthad or personal interpretation has been one of the major cultural disasters of our time, with the result that critical thinking and individual wrestling with the problems of the modern world have all but disappeared.“ (Said, Edward: Orientalism 25 Years Later. Worldly Humanism v. the Empire-Builders. In: http://www.amin.org/eng/edward_said/2003/aug06.html Stand 6.08.2003, abgerufen am 19.05.2006)

⁵⁸⁸ Murden, Simon W.: a.a.O. S.29.

⁵⁸⁹ Vgl. Amr, Hady: Taking a Seat at the Lunch Counter: Arabs, Muslims and the American Muslim Ballot Box. In: <http://www.mafhoum.com/press4/117S24.htm> Stand Okt.20.2002, abgerufen am 28.02.2005; Durán, Khalid: Muslims and the U.S. Election of '96. In: <http://www.meforum.org/article/345> Stand Juni 1997, abgerufen am 28.02.2005.

den Gruppen von ihnen im diplomatischen Dienst und im Weißen Haus. Mehrmals wurde von US-Regierungsangestellten unterstrichen, dass der Islam kein Feind der Vereinigten Staaten sei, sondern eine kulturelle Weltterrongenschaft, und nur seine extremistische Missinterpretation (insbesondere in Form von terroristischen Selbstmordattentaten) zu verurteilen war.

Zum letzten Punkt nämlich wurden die politischen Optionen Clintons im israelisch palästinensischen Konflikt durch ein ideologisches Prisma durchgesiebt. Der islamistische Selbstmordterrorismus in Palästina wurde einem religiösen Atavismus zugeschrieben, der, in den Worten von Bill Clinton, ein Affront gegen die zivilisierte Welt und die moralischen Grundsätze der drei Glaubensrichtungen Christentum, Judentum und Islam sei⁵⁹⁰. Demnach erschien dieses Phänomen hauptsächlich als eine radikale individuelle Geisteshaltung, deren Wurzeln in einer fundamentalistischen (reaktionären) Ideologie lägen, die gegen Frieden und Fortschritt nur Hass und Teilung predigte und ihre Überzeugungen mit Gewalt durchsetzen wollte⁵⁹¹. Auf dieser Basis wurden die Operationen von Hamas, Islamischem Jihad und Hisbollah gegen Israel verallgemeinernd mit anderen islamistischen Terroranschlägen, einschl. mit denen gegen amerikanische Objekte im Nahen Osten und anderswo, oder mit deren iranischer Sponsorship gleichgesetzt. Der (stabile) Frieden und die Demokratie als universale, Freiheit, Entwicklung und institutionellen Pluralismus implizierende Maßstäbe für Organisation von politischen Einheiten wurden dagegen tragende ideologische Ausgangspunkte bei der Rechtfertigung der Notwendigkeit für amerikanische Einmischung in die Region (in die israelisch palästinensischen Verhältnisse), vielmehr – als ihre höchste Ambition, beansprucht.

Auch wenn man sie als den richtigen Weg annimmt, blieb die US-Verpflichtung zur Demokratisierung der Region in Wirklichkeit ein rhetorisches Bekenntnis. Der Bericht der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch für 1998 lautete folgendermaßen: „The United States, through its military presence and sales, its foreign aid commitments, and the engagement of high-level official attention, continued to play the largest role of any outside power in the Middle East. There were few indications, however, that the Clinton administration attempted to use this potential leverage to promote human rights in the region. Washington gave no sign that grave and systematic abuses by close allies such as Egypt, Israel, Saudi

⁵⁹⁰ Vgl.: Eröffnungsansprache von Bill Clinton beim Antiterror-Gipfel am 13. März 1996 in Scharm el-Scheich. In: Internationale Politik (Europa Archiv). 51. Jg. Nr.9. Sept. 1996. S.105.

⁵⁹¹ Vgl. Hirschmann, Kai: Internationaler Terrorismus. In: Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik. 9. Aufl. Bonn. 2004. S. 258; Vgl. Remarks by Philip C. Wilcox, Jr., Coordinator for Counterterrorism before the National Jewish Community Relations Advisory Council February 8, 1995. In: http://dosfan.lib.uic.edu/ERC/arms/cterror_briefing/950208cterror.html stand März 2003, abgerufen am 15.11.2006

Arabia, and Bahrain would have any effect on U.S. relations with those countries.”⁵⁹² Raffinierte Arbeitsmethoden mit als „moderat“ bezeichneten Verbündeten in der Region wurden Status quo schonend fortgesetzt.

Der Protestcharakter der Aktionen von Hamas, Islamischem Jihad und Hisbollah, die national-politischen Ziele dieser Gruppen, die aus diesen Gründen vorhandene soziale Popularität bis hin zur Rekrutierung von Freiwilligen zur Ausführung von Attentaten wurden im Weißen Haus nicht gesehen. Aufgrund einer detaillierten empirischen Datenbank aller Selbstmordattentate, die zwischen 1980 und 2003 auf der ganzen Welt vollzogen wurden (insgesamt 315 Attacken), kommt Robert Pape zu der Schlussfolgerung, dass der Hauptbeweggrund der einzelnen Attentäter, der sie unterstützenden Organisationen und der Sympathisanten in der entsprechenden Gesellschaft der strategische Widerstand gegen politische Herrschaftsformen, vor allem Besatzung und Präsenz von ausländischen Truppen, war. „From Hezbollah in Lebanon to Hamas on the Westbank to the Liberation Tigers of Tamil Eelam in Shri Lanka, every group mounting a suicide campaign over the past two decades has had as a major objective – or as its central objective – coercing a foreign state that has military forces in what the terrorists see as their homeland to take those forces out.“⁵⁹³ Anschläge wurden im Namen verschiedener Religionen (Religion diente als Rekrutierungsmittel, nicht als Grundmotiv) nicht aber aufgrund von religiöser Überzeugung vollbracht. Die meisten unter den 315 Operationen waren die der Tamilischen Tiger (76), einer marxistisch leninistischen Gruppe, die sich jeder Religion widersetzte.⁵⁹⁴ Im Jahre 2000 wandten sich auch die marxistisch leninistische PFLP und die Fatah nahe stehenden Al-Aqsa-Märtyrerbrigaden den Selbstmordattentaten als politischem Mittel zu.⁵⁹⁵ Diese Tatsachen zu ignorieren bedeutete für die Vereinigten Staaten, das konkrete politisch soziale Entstehungsfeld islamistischen Terrorismus und den Grund der Unterstützung durch die Bevölkerung außer Acht zu lassen – damit aber auch die reale Identifizierung der Elemente des israelisch palästinensischen Konflikts zu verkennen sowie die Möglichkeit, passende Gegenstrategien zu seiner Lösung auszuarbeiten, zu verpassen. (Zwei andere in den US-Regierungskreisen artikulierte Erklärungen der Hauptursachen des islamistischen Terrorismus waren der Mangel an sozialer Prosperität und genuinen innenpolitischen Partizipationsmöglichkeiten unter den breiteren Bevölkerungsmassen in den jeweiligen Ursprungsländern der Attentäter sowie die Verfolgung von innenpolitischen Machtansprüchen seitens der einzelnen Gruppierungen – beides untersucht, aber von Robert Pape als tragende Gründe abgelehnt.)

⁵⁹² Human Rights Watch: World Report 1999: Middle East and North Africa: The Role of the International Community. In: <http://hrw.org/worldreport99/mideast/mideast3.html> Stand 1999, abgerufen am 10.03.2005.

⁵⁹³ Pape, Robert A.: S.21.

⁵⁹⁴ Vgl. Ebd. S.4.

⁵⁹⁵ Vgl. Ebd. S.20.

Bestimmend für die amerikanische Motivation, im israelisch palästinensischen Fall zu intervenieren, war die Maximierung eigener Herrschaftsinteressen bzw. das Erreichen der Ziele derjenigen, die am stärksten auf das Zustandekommen der US-außenpolitischen Richtlinien Einfluss nehmen – als „... ein denkwürdiges Zeugnis für die Rolle der Gewalt in den internationalen Beziehungen und für die Macht der Bewußtseinsbildung in einem soziokulturellen Umfeld, in dem erfolgreiche Vermarktung der höchste Wert ist ...“.⁵⁹⁶ (Vgl. auch 3.2)

Hier fand das Weiße Haus in Israel und unter palästinensischen und arabischen Businessleuten stabile Befürworter. Vor diesem Hintergrund strebten alle drei Gruppen parallel zu den Osloer Verhandlungen nach einer pragmatischen Durchsetzung ihrer Interessen in der Region zu ihrem ökonomischen Vorteil.⁵⁹⁷ In der Hoffnung auf Verbesserung des Lebensstandards in der Westbank und im Gaza-Streifen schlossen sich die palästinensischen Politiker an. Das größte Opfer der Prominenz der eigenen US-Erwartungen sollte letztendlich eine dringend gebrauchte und noch nicht zustande gekommene kooperative Friedenskultur im Nahen Osten sein.

3.1.4 Zusammensetzung des Tracks I (1993-1996)

Zentral für die innen- und außenpolitischen Vorhaben von Präsidenten Clinton waren deren wirtschaftliche Dimensionen. In seiner internationalen/globalen Politik zeigte er sich (und seine nächsten Mitarbeiter) als ein „multilateraler Internationalist“ – um die US-Interessen befriedigen zu können, sollte sich der amerikanische Staat aktiv im Ausland engagieren, wobei Verbündeten und internationale/globale Institutionen miteinbezogen werden mussten.

Am Anfang seiner Amtszeit bestätigte er, nicht tief greifend über die Nahostproblematik informiert zu sein.⁵⁹⁸ Für seine neu zusammengesetzte Regierung erwiesen sich die Analysen der konservativen proisraelischen Denkfabrik WINEP von wesentlicher Bedeutung. „In der Clinton-Administration saßen nicht weniger als elf Autoren, die für den Winep-Report von 1992 über die Beziehungen Israel-USA mit dem Titel "Enduring Partnership" verantwortlich waren. Zu ihnen zählten Clintons Nationaler Sicherheitsberater Anthony Lake, die UN-

⁵⁹⁶ Chomsky, Noam: a.a.O. S.323.

⁵⁹⁷ Vgl hier die Aussage von Uri Savir, dem Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, vor dem Internationalen Presseinstitut in Jerusalem am 25. März 1996: „... what makes government change policies are different elements than before. They are no longer so much of strategic nature, not so much of geographic nature, and not necessarily linked to natural resources. They are more related to economic factors, because everyone in this region is aware, again, of two things: one is the globalization process -- and, given the restrictions of everybody's economic system, still everybody wants to be part of this bandwagon; and secondly, as Emanuel Sharon asked: what is the alternative? The alternative, obviously, is much more costly. Any future Middle Eastern war would probably be, not just in human terms but in economic terms, economically unbearable for this region or internationally.“ (In: http://www.mfa.gov.il/MFA/MFAArchive/1990_1999/1996/3/Foreign+Ministry+Dir-Gen+Savir-+Regional+Economic.htm Stand 25.03.1996, abgerufen am 20.05.2006.)

⁵⁹⁸ Vgl. Quandt, William B.: a.a.O. (2) S.322.

Botschafterin ... Madeleine Albright und Verteidigungsminister Les Aspin.⁵⁹⁹ Die Ansichten des WINEP Gründers und überzeugten Zionisten, Martin Indyk, hatten die Aufmerksamkeit von Clintons Wahlkampfteam schon erregt.⁶⁰⁰ In der Plattform der Demokraten 1992 war zu lesen:

„Support for the peace process now underway in the Middle East, rooted in the tradition of the Camp David accords. Direct negotiations between Israel, her Arab neighbors and Palestinians, with no imposed solutions, are the only way to achieve enduring security for Israel and full peace for all parties in the region. The end of the Cold War does not alter America's deep interest in our longstanding special relationship with Israel, based on shared values, a mutual commitment to democracy, and a strategic alliance that benefits both nations. The United States must act effectively as an honest broker in the peace process. It must not, as has been the case with this Administration, encourage one side to believe that it will deliver unilateral concessions from the other. Jerusalem is the capital of the state of Israel and should remain an undivided city accessible to people of all faiths.“⁶⁰¹

Vorher für AIPAC tätig, pflegte Indyk als Direktor des 1985 entstandenen WINEP-Instituts aktive Kontakte mit den amerikanischen Medien, mit Demokraten und Republikanern sowie führenden Labor- und Likud-Persönlichkeiten in Israel. 1993 wurde er als Sonderberater von Bill Clinton und stellvertretender Direktor für Angelegenheiten des Nahen Ostens und Südasiens im Nationalen Sicherheitsrat angestellt. Seit demselben Jahr repräsentierte er das Weiße Haus bei der US-Israeli Science and Technology Commission⁶⁰². Von 1995 bis 1997 diente Martin Indyk als US-Botschafter in Israel.⁶⁰³ „Innerhalb der 1990er-Jahre propagierten das Winep und seine politischen Freunde die Ansichten des israelischen Ministerpräsidenten Rabin, dessen Kampf gegen die radikalen islamischen Strömungen Israel als verlässlichen Verbündeten erscheinen lassen musste.“⁶⁰⁴

Eine andere einflussreiche WINEP-Figur im Rahmen des Osloer Prozesses war Dennis Ross. Direktor des Politischen Planungsstabs im Außenministerium während der Administration von George Bush, wurde er Clintons Sonderkoordinator für den Friedensprozess. Bekannt war er für seine Verbindungen zu proisraelischen und neokonservativen Kreisen.⁶⁰⁵ Nach sei-

⁵⁹⁹ Beinin, Joel: Der Think Thank für Nahostpolitik. Bushs Außenhirn. In: <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2003/07/11.mondeText.artikel.a0013.idx.7> Stand Nov. 2003. abgerufen am 22.05.2004.

⁶⁰⁰ Vgl. Susser, Leslie: The Taboo Breaker. In: The Jerusalem Report. Jg.5. Nr.9. 8.Sept.1994. S.37.

⁶⁰¹ Vgl: 1992 Democratic Party Plattform: <http://gopher.udel.edu/htr/Psc105/Texts/demoplat.html> abgerufen am 01.07.2004.

⁶⁰² Vgl. The Jewish Virtual Library: U.S.-Israel Science and Technology Commission (USISTC). In: <http://www.jewishvirtuallibrary.org/jsource/US-Israel/usistc.html> Stand 2004, abgerufen am 22.05.2004.

Die Kommission wurde 1993 von Clinton zur Förderung der gegenseitigen Kontakte im Bereich der hohen Technologien, der Wissenschaft und der Konversion militärischer Technologien für zivile Zwecke gegründet.

⁶⁰³ Zur Biographie von Martin Indyk vgl. Susser, Leslie: The Taboo Breaker. In: The Jerusalem Report. Jg.5.

Nr.9. 8.Sept.1994. S.36-37; The Jewish Virtual Library: Martin Indyk. In: <http://www.us-israel.org/jsource/biography/Indyk.html> Stand 2004, abgerufen am 22.05.2004.; The Harry Walker Agency: Ambassador Martin S. Indyk. In: http://www.harrywalker.com/speakers_template.cfm?spea_id=478 Stand 2004, abgerufen am 22.05.2004.

⁶⁰⁴ Beinin, Joel: a.a.O. (2).

⁶⁰⁵ Vgl. Kaplan, Robert D.: The Arabists. The Romance of an American Elite. New York. 1995. S.287.

nem Ausscheiden aus der Regierung wurde er an die Spitze des WINEP berufen.⁶⁰⁶ Er und Martin Indyk waren zuständig für das Konzipieren der Nahostpolitik von Bill Clinton.⁶⁰⁷

Im Außenministerium wurde Bill Clinton zwischen 1993 und 1997 von Warren Christopher assistiert. Zum Leiter des Politischen Planungsstabs des Ministeriums wurde Samuel Lewis gewählt, der 1979 als erster jüdischer Amerikaner als Botschafter in Kairo arbeitete, lange Jahre US-Botschafter in Israel gewesen war und später zum Mitglied des Beratungsgremiums des WINEP eingeladen war. Edward Djerejian, langjähriger Diplomat im Nahen Osten, Mitarbeiter des CFR, Vorstandsmitglied mehrerer Institutionen und Nichtregierungsorganisationen war eine andere wirksame Figur im Außenministerium.⁶⁰⁸ Nationaler Sicherheitsberater wurde 1993 der konservative Antony Lake. Einbezogen in die israelisch palästinensischen Verhandlungen wurde der stellvertretende Nationale Sicherheitsberater Sandy Berger, der als ehemaliger Mitglied von American Friends of Peace Now die israelischen Siedlungen im Gaza-Streifen und in der Westbank als umstritten fand.⁶⁰⁹ Der Vizepräsident Al Gore war in der Zeit seiner Kongressarbeit proisraelisch orientiert gewesen. Unter seiner Ägide sollten demnächst wirtschaftliche Projekte mit amerikanischer Teilnahme in den besetzten Gebieten gefördert werden.⁶¹⁰

Ende 1993 gewann die Republikanische Partei die Mehrheit der Sitze im Repräsentantenhaus. 1995 geschah dasselbe im Senat.⁶¹¹ Obwohl der US-Kongress generell als proisraelisch galt, bedeutete dies für die israelisch palästinensische Agenda des Präsidenten ein vermehrtes ideologisches und machtpolitisches Oppositionspotential.

Schrittweise begann sich im Kongress in den 90er Jahren eine neue Generation von konservativen Politikern zu formieren, zu der sowohl Republikaner als auch Demokraten gehörten.⁶¹² Eine stärkere Ausprägung fand dieses Phänomen in den Reihen der Republikanischen Partei, deren Wahlkampfprogramm „Contract with America“ (1994), ausgearbeitet von dem Sprecher des Repräsentantenhauses Newt Gingrich (1995-1998), die ersten Zeichen dafür enthielt.

⁶⁰⁶ Vgl. Beinin, Joel: a.a.O. (2).

⁶⁰⁷ Vgl. Quandt, William B.: a.a.O. (2) S.323.

⁶⁰⁸ Vgl. The Eurasia Foundation: Edward Djerijian. In: http://www.eurasia.org/about/bio_djerejian.aspx abgerufen am 02.11.2007.

⁶⁰⁹ Vgl. Wöhlert, Torsten: Ehrlicher Makler? In: <http://www.freitag.de/2000/31/00310801.htm> Stand 28.07.2000. abgerufen am 22.05.2004.

⁶¹⁰ Vgl. Quandt, William B.: a.a.O. (2) S.322.

⁶¹¹ Vgl. US-Kongress: Repräsentantenhaus: Sekretariat: Political divisions of the U.S. Senate and House of Representatives from 1867 (40th Cong.) to 2000 (106th Cong.). In: <http://clerk.house.gov/members/electionInfo/1998/Table.htm> Stand 3.01.1999, abgerufen am 20.05.2006.

⁶¹² Fourie, Elsje: The Bush Presidency and the War in Iraq. Part II of a Special Basic Discussion Paper Series: Neoconservatism and US Foreign Policy: A View from Venus. In: <http://www.basicint.org/pubs/Papers/2004nc02.htm> Stand 01.11.2004, abgerufen am 05.03.2005.

Die meisten Anhänger dieser *neokonservativen*⁶¹³ Denkströmung gehörten zu den Kreisen der Konservativen Republikaner und der religiösen Rechten.⁶¹⁴

Bekannte neokonservative Ideologen waren Paul Wolfowitz, Jean Kirkpatrick, Richard Perle, Irving and William Kristol usw.⁶¹⁵ Mit dem Untergang der Regierung von Ronald Reagan 1988 zurückgetreten, drückten sie nach dem Ende des Kalten Kriegs ihre offene Unzufriedenheit aus mit der „Unentschlossenheit“ von George Bush, Saddam Hussein an der Macht zu dulden, und dem „Multilateralismus“ von Bill Clinton. Sie bestanden auf der Förderung des freien Handels, der Verstärkung der militärischen Komponente der nationalen Sicherheit und einem aggressiven Internationalismus, der Interventionsaktionen zur Verbreitung der Demokratie und der moralischen Werte Amerikas nicht ausschließen sollte, so dass die absolute US-Überlegenheit in der Welt erreicht werden konnte. (Demnach sorgten die Anhänger der neokonservativen Ideologie in der Republikanischen Partei für innenparteiliche Auseinandersetzungen mit den Vertretern anderer, eher isolationistischer US-Weltperspektiven.) Im Sommer 1996 umrissen William Kristol und Robert Kagan in ihrem Artikel „Toward a Neo-Reaganite Foreign Policy“ ihre Vision für diese neue Rolle der Vereinigten Staaten. „What should that role be? Benevolent global hegemony. Having defeated the ‘evil empire’, the United States enjoys strategic and ideological predominance. The first objective of U.S. foreign policy should be to preserve and enhance that predominance by strengthening America's security, supporting its friends, advancing its interests, and standing up for its principles around the world.“⁶¹⁶ Neokonservative Denkfabriken waren das Jewish Institute for National Security Affairs (JINSA), das Center for Security Policy und das American Enterprise Institute,⁶¹⁷ die als offizielle Berater die oben erwähnten Ideologen hatten.

Die Unterstützung von Israel diente den Neokonservativen als absoluter nahostpolitischer Imperativ. „Moreover, they have long argued that the United States should emulate Israel's tactics of pre-emptive attacks, especially Israel's strikes in the 1980s on nuclear facilities in

⁶¹³ Vgl. Pfaff, William: The Question of Hegemony. In: Foreign Affairs. Jg.80. Nr.1. Jan/Febr.2001. In: <http://www.cfr.org/about/mediacenter/bush-putin/fa-pfaff.html> abgerufen am 10.03.2005; Nussbaum, Bruce: Book Commentary on Lind, Michael: The Hijacking of the GOP. Up from Conservatism. Why the Right is Wrong for America. In: <http://www.businessweek.com/1996/36/b349128.htm> Stand 14.06.1997, abgerufen am 04.03.2005.

⁶¹⁴ Vgl. Zogby, James: American Jews, Republicans and Middle East Peace. In: <http://www.aajusa.org/washington-watch/1206/w120594> Stand 05.12.1994, abgerufen am 02.11.2007.

⁶¹⁵ Zur Geschichte und politischen Ideologie der Neokonservativen vgl. Edwards, Lee: The Origins of the Modern American Neoconservative Movement (The Heritage Foundation, Heritage Lecture #811). In: <http://www.heritage.org/Research/PoliticalPhilosophy/HL811.cfm> Stand 21.11.2003, abgerufen am 01.12.2006; Vgl. Answers.com: Neoconservatism. In: <http://www.answers.com/topic/neoconservatism-united-states> abgerufen am 04.03.2005.

⁶¹⁶ Kristol, William u. Robert Kagan: Toward a Neo-Reaganite Foreign Policy. In: Foreign Affairs. Juli/August 1996. In: <http://www.carnegieendowment.org/publications/index.cfm?fa=view&id=276> Stand 1996, abgerufen am 02.11.2007.

⁶¹⁷ Vgl. Beinlin, Joel: Pro-Israel Hawks and the Second Gulf War. In: <http://www.merip.org/mero/mero040603.html> Stand 06.03.2003, abgerufen am 01.03.2005.

Libya and Iraq.”⁶¹⁸ Aktive, gegenseitige, politische Kontakte wurden vornehmlich mit der Likud-Partei gepflegt, in der sie einen natürlichen ideologischen Partner sahen.⁶¹⁹ In der Regel bestanden zwischen der US-Republikanischen Partei und dem Likud nahe langjährige Kontakte.

Die Überlegungen hinsichtlich Israel und der Likud-Partei wurden speziell durch die anwachsende Fraktion der religiösen Rechten im Rahmen der Republikanischen Partei unterstützt.⁶²⁰

Hinter ihr standen mächtige protestantische Prediger mit einem breiten Basisnetzwerk von Anhängern, die sich in der Befolgung der jüdisch christlichen Wurzeln ihres Glaubens einem theologisch moralischen Engagement in Bezug auf das Heilige Land verpflichtet fühlten.

Der neokonservative Trend in der Republikanischen Partei wurde von zwei mächtigen Lobbygruppen auf dem Capitol Hill begrüßt: die Lobbyisten des militärisch industriellen Komplexes und des proisraelischen AIPAC.⁶²¹ Die erste Gruppe verfolgte hauptsächlich profitorientierte Businessinteressen. Der Lobbyist Dick Cheney z.B., der die Entwicklung von amerikanisch israelischen Raketenabwehrsystemen aktiv befürwortete, wurde von dem AIPAC Geschäftsführer Howard Kohr ein „engagierter Internationalist“ genannt. Seine Bewilligung von US-Waffenverkäufen an arabische Staaten wurde von Kohr kritisiert.⁶²²

Dieses Milieu im US-Parlament spiegelte sich in den Gesetzgebungsiniciativen der Abgeordneten hinsichtlich der gesamten Region Naher Osten und des israelisch palästinensischen Konflikts wider. So paarte sich die allgemeine amerikanische Zustimmung zur Prinzipienklärung (1993) mit einer breiten Abneigung des Kongresses, ihre Implementierung im Laufe der Zeit zu finanzieren.⁶²³ Das Middle East Peace Facilitation Act von 1993 bevollmächtigte die amerikanische Regierung zu Kontakten mit der PLO und ermöglichte die Zuweisung von wirtschaftlicher Hilfe für die palästinensischen Gebiete und die Wiedereröffnung des PLO-Offices in Washington im selben Jahr. Bei der am 1. Oktober 1993 veranstalteten Konferenz der Geberländer versprach die Administration 500 Millionen Dollar für die besetzten Gebiete im Laufe der nächsten 5 Jahre, von denen 125 Millionen Dollar als Kreditgarantien über die Overseas Private Investment Corporation (OPIC-Bundesagentur) und 375 Millionen Dollar

⁶¹⁸ Answers.com: Neoconservatism. In: <http://www.answers.com/topic/neoconservatism-united-states> abgerufen am 04.03.2005.

⁶¹⁹ Vgl. Shaw, John: Many Analysts Say Neoconservatives Driving U.S. Foreign Policy Agenda. In: http://www.washdiplomat.com/04-02/a3_04_02.html abgerufen am 04.03.2005.

⁶²⁰ Vgl. Zogby, James: The Religious Right and the Republicans. In: <http://www.aaiusa.org/washington-watch/1388/w052598> Stand 28.05.1998, abgerufen am 02.11.2007; Vieux, Steve: Godfather of the American Right, Review of the Book Neoconservatism: Autobiography of an Idea by Irving Kristol. In: <http://www.wpunj.edu/~newpol/issue23/vieux23.htm> abgerufen am 04.03.2005

⁶²¹ Vgl. Fourie, Elsje: a.a.O.

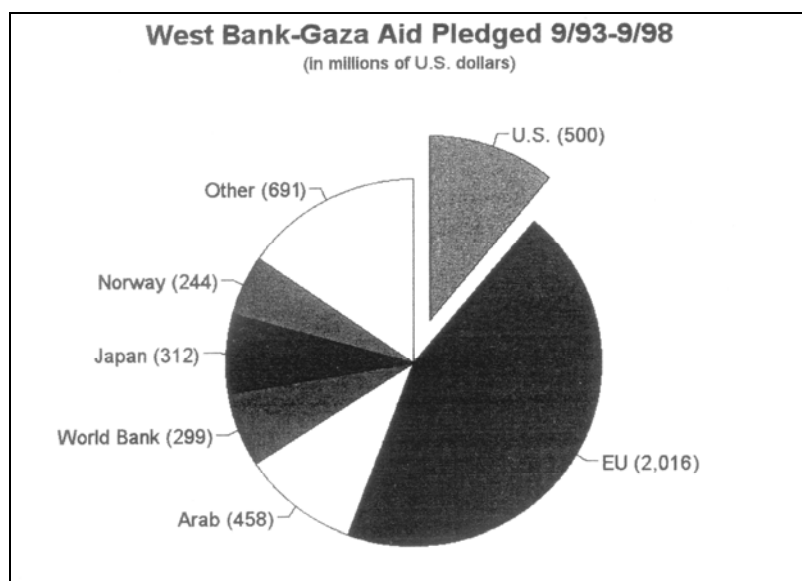
⁶²² Vgl. Samber, Sharon: Despite Disagreements, Cheney Earned Respect of Jewish Heads. (The Jewish News Weekly of Northern California) In: http://www.jewishsf.com/content/2-0-/module/displaystory/story_id/14129/edition_id/274/format/html/displaystory.html Stand 28.07.2000, abgerufen am 02.11.2007.

⁶²³ Ries, Matthias: a.a.O. S.102.

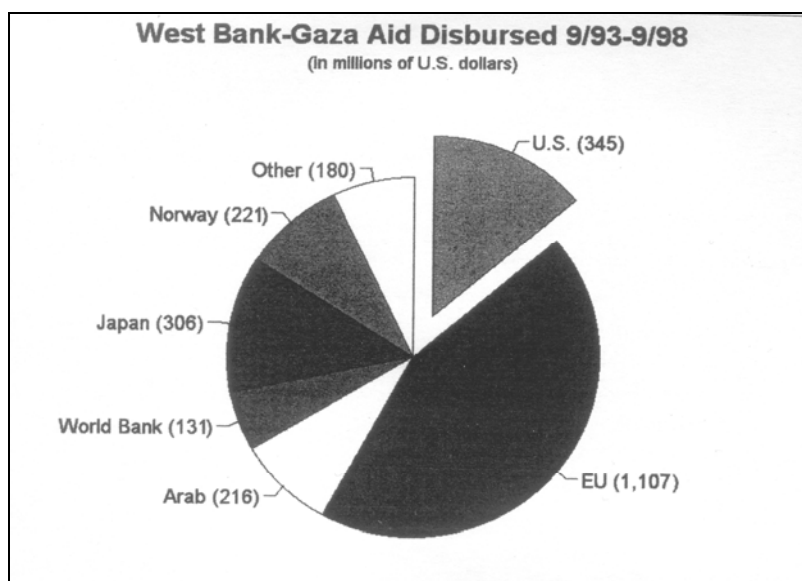
als Zuschüsse gewährt werden sollten.⁶²⁴ Mehrmals wurden die einzelnen Geldtransfers auf dem Capitol Hill gebremst. Insgesamt wurden die Westbank und der Gaza-Streifen für die Periode 1993-1998 mit 345 Millionen Dollar finanziert (Vgl. Abb.16a, 16b), wobei die fünf oder sechs Projekte, die über die OPIC subventioniert werden sollten, nach einem Jahr bürokratischer Prozeduren oder aus Mangel an passenden palästinensischen Partnern auf eins im Jahre 1995 geschrumpft waren.⁶²⁵

Abb. 16: Amerikanische Wirtschaftshilfe für die Westbank und den Gaza-Streifen (1993-1998) (Quelle: Clawson, Patrick L. u. Zoe Danon Gedal: Dollars and Diplomacy: the Impact of U.S. Economic Initiatives on Arab-Israeli Negotiations. Washington. 1999. S.22-23)

- 16a: Deklarierte Summe für die angegebene Periode
- 16b: Zur Verfügung gestellte Summe für die angegebene Periode



16a



16b

⁶²⁴ Vgl. Clawson, Patrick L. u. Zoe Danon Gedal: Dollars and Diplomacy: the Impact of U.S. Economic Initiatives on Arab-Israeli Negotiations. Washington. 1999. S.21-22.

⁶²⁵ Vgl. The Jerusalem Report. Jg.5. Nr.25. 20.Apr.1995. S.16.

Bis zum April 2001 wurden von den 125 Millionen Dollar Kreditgarantien 3 Millionen ausgezahlt.⁶²⁶ Keine von den Summen wurden der Palästinensischen Autonomiebehörde direkt übertragen⁶²⁷ und der Kongress verlangte vom Präsidenten Berichte über ihren Umgang mit den finanziellen Mitteln.⁶²⁸ Die USA leisteten dazu technische Hilfe auf Expertenniveau und blieben einer der größten Geldgeber für die seit 1993 unter riesigen finanziellen Defiziten leidende UNRWA⁶²⁹ (ohne sich direkt mit einer dauerhaften und gerechten Regelung des Lebens der palästinensischen Flüchtlinge zu engagieren).

Im Gegensatz dazu liefen die für Israel bestimmten Subventionen von Milliarden von Dollar als militärische und wirtschaftliche Hilfe ohne Verzögerung weiter. (Vgl. 2.2.2.2) Darüber wurden keine Berichte des Präsidenten vor dem Kongress vorgelegt. Vielmehr blieben die Klauseln des Arms Export Control Act unbeachtet, die festsetzen, US-militärische Hilfe zu stoppen, wenn sie für andere Zwecke als „legitime Selbstverteidigung“ benutzt wird.⁶³⁰ Den Berichten von Amnesty International nach waren zwischen 1993 bis 1996 mehrmals Fälle zu registrieren, in denen die amerikanischen Mittel zu nicht zu rechtfertigenden Tötungen durch die IDF missbraucht wurden.⁶³¹ Generell galt für die gesamte Hilfe seitens der Vereinigten Staaten, dass sie von Israel in den okkupierten Territorien nicht benutzt werden durfte. Das Weiße Haus wollte keinen Eindruck hinterlassen, es bewillige die israelische Annexion von Territorien ohne Verhandlungen.⁶³² In Bezug auf die finanziellen Zuschüsse konstatierte aber der Bericht des Kongressforschungsdienstes über die israelisch amerikanischen Beziehungen (2002): „Because U.S. economic aid is given to Israel as direct government-to-government budgetary support without any specific project accounting, and money is fungible, there is no way to tell how Israel uses U.S. aid.“⁶³³ Zusätzlich wurden verschiedene Projekte, verteilt in den Haushalten der einzelnen Ministerien, z.B. des Ministeriums für Landwirtschaft oder des Pentagons, gefördert. In den 90er Jahren haben sich die USA massiv an der Entwicklung des

⁶²⁶ Vgl. Mark, Clyde: a.a.O. (2) S. CRS-4.

⁶²⁷ Von 375 Millionen Dollar Zuschüssen wurden 36 Millionen über den Holst Fonds der Weltbank ausgegeben, und der Rest über private gemeinnützige Organisationen oder OPIC Verträge. (Vgl. Mark, Clyde: a.a.O. (2) S. CRS-4)

⁶²⁸ Vgl. Ebd. S. CRS-6.

⁶²⁹ Vgl. Vortrag des Generalkommissars des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA), Peter Hansen, vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) am 15. Mai 1997 in Bonn (Auszüge). In: Internationale Politik (Europa Archiv). Nr.8. 52. Jahr. August. 1997. Bonn. S.115-118; Vgl. Clawson, Patrick L. u. Zoe Danon Gedal: a.a.O. S.24.

⁶³⁰ Vgl. Mark, Clyde R.: Israeli-United States Relations (US Congressional Research Service: Issue Brief for Congress). CRS-12. In: <http://www.fas.org/sgp/crs/mideast/> Stand 16.03.2005, abgerufen am 12.01.2006.

⁶³¹ Vgl. Amnesty International: Berichte von 1993 bis 1996 (Amnesty International Reports), Fr/M 1993-1996.

⁶³² Vgl. Mark, Clyde R.: Israel: U.S. Foreign Assistance. (US Congressional Research Service: Issue Brief for Congress). S. CRS-5. In: <http://www.adc.org/IB85066.pdf> Stand 17.10.2002, abgerufen am 22.05.2006.

⁶³³ Ebd. S.CRS-7.

israelischen Raketenabwehrsystems „Arrow“ beteiligt⁶³⁴ und Waffen im Rahmen des Programms Excess Defense Articles (EDA) geliefert.⁶³⁵

Von 1993 bis 1998 wurden die US-Beiträge für die Integration der israelischen Immigranten auf je 80 Millionen Dollar (Zuschüsse) pro Jahr erhöht.⁶³⁶ Im Jahre 1992 wurden für Israel zusätzlich Kreditgarantien für 10 Milliarden Dollar über einen Zeitraum von fünf Jahren (2 Milliarden Dollar jährlich) zu demselben Zweck autorisiert. „Die Nutzung dieser Gelder für die Besiedlung in der Westbank war ausdrücklich verboten und alle diesbezüglichen Ausgaben sollten von der Kreditsumme abgezogen werden. Ausnahmen galten jedoch für 1 000 im Bau befindliche Wohnungen sowie für jährlich 1500 privat finanzierte Wohnungen, wobei der Staat seine Subventionen stark einschränken sollte.“⁶³⁷ Die zustande gekommenen Strafabzüge wurden durch „Sicherheitsaufschläge“ größtenteils kompensiert (Vgl. Tabelle 5).

	Jährlich durch den Kongress autorisierte Mittel	Reduktion der Mittel wegen israelisches Siedlungsbaus	Erstattete Summen durch die USA für die israelische Sicherheit	Gesamtstrafe	Gesamtkredit
1993	2, 000.0 \$	0	0	0	
1994	2, 000.0 \$	437. 0	0	437. 0	1, 569. 0 \$
1995	2, 000.0 \$	311. 8	95. 0	216. 8	1, 783. 2 \$
1996	2, 000.0 \$	303. 0	243. 0	60. 0	1, 940. 0 \$
1997	2, 000.0 \$	307. 0	247. 0	60. 0	1, 940. 0 \$
Total	10, 000.0 \$	1, 358. 8	585. 0	773. 8	9, 226. 2 \$

Tabelle 5: Kürzungen bei US-Kreditgarantien (1993-1997) (in Millionen US-Dollar) (Quelle: Mark, Clyde R.: Israel: U.S. Foreign Assistance. (US Congressional Research Service: Issue Brief for Congress) S. CRS-4. In: <http://www.adc.org/IB85066.pdf> Stand 17.10.2002, abgerufen am 22.05.2006)

1995 wurde gegen den Willen der Clinton-Administration der Jerusalem Embassy Relocation Act verabschiedet, der die Verlegung der Botschaft der Vereinigten Staaten nach Jerusalem forderte. Bis heute ist dieses Gesetz nicht implementiert. 1994 wurde der Anti-Economic Discrimination Act verabschiedet. Der verbot den Verkauf oder Ausleihen von US-Militärartikeln an Länder, die die amerikanischen Firmen hinsichtlich ihrer Einhaltung des arabischen Boykotts kontrollierten (die Regierung verfügte über Ausnahmeklauseln). Streng verhielt sich der Kongress gegenüber dem Irak, Iran und Syrien. Mit dem Antiterrorism and Effective Death Penalty Act (1996) sollte der Präsident Hilfe für diejenigen Staaten absagen,

⁶³⁴ Vgl. Berschel, Holger: Proliferation von Massenvernichtungswaffen im Nahen und Mittleren Osten und Nordafrika: Israel. In: <http://www.weltpolitik.net/Regionen/Naher%20u.%20Mittlerer%20Osten/Gesamtregion/Analysen/Fortsetzung%203A%20Proliferation%20von%20Massenvernichtungswaffen.html> Stand März 2004, abgerufen am 02.08.2004.

⁶³⁵ Hartung, William D. a. Frida Berrigan: a.a.O.

⁶³⁶ Vgl. Mark, Clyde R.: a.a.O. (6). S. CRS-3.

⁶³⁷ Bornefeld, Andreas: Israels Siedlungspolitik. Grundlagen des Nahostkonflikts: Die Haltung der USA. In: <http://www.bornepower.de/israel/92-usa.htm> abgerufen am 28.01.2004.

die ihrerseits Staaten auf der US-Terrorismus-Liste unterstützen oder ihnen Militärausrüstung liefern. Die finanziellen Beziehungen von Amerikanern mit solchen Staaten wurden zur strafbaren Handlung erklärt mit Ausnahme von Fällen, für die das Finanzministerium in Konsultationen mit dem Außenminister anders bestimmte (die Regierung verfügte über Ausnahmeklauseln). Es wurde votiert gegen das Leisten von Darlehen für Terrorismus fördernde Staaten, die durch internationale Organisationen mit amerikanischem Stimmrecht erteilt wurden. Generell wurde der Handel mit Syrien stark verringert, ähnlich – mit dem Iran. Nachdem im Jahre 1995 Bill Clinton die US-Investitionen und Handel mit dem Letzten untersagt hatte, schloss sich der Kongress 1996 mit dem Iran-Libya Sanctions Act an, das Sanktionen gegen ausländische Firmen vorsah, die im iranischen oder libyschen Ölsektor investierten (sekundärer Boykott). Der Kongress blockierte die US-Teilhabe an Weltbank-Darlehen für den Iran für Elektrizität, Bewässerung und Gesundheitsprojekte, wodurch die Bank ihre gesamten Beiträge bis 1999 ablehnte.⁶³⁸

Ob und inwieweit die amerikanische Nation, „... deren Bürger überwiegend nur ihr eigenes Land kennen und ihre geringen geographischen Kenntnisse mit noch geringeren Kenntnissen über die politisch-sozialen Verhältnisse des Orients verbinden“⁶³⁹, sich kritisch mit (offiziellen) Informationen über die Entwicklungen in der Region und/oder der Teilnahme der amerikanischen Track-I-Diplomatie in den 90er Jahren auseinandersetzen und etablierte Ansichten überwinden konnte, lässt sich durch den Hinweis auf die „... tendenziell pro-israelische Berichterstattung der amerikanischen Medien, die ... die öffentliche Meinung formen helfen“⁶⁴⁰, nicht leicht positiv beantworten. „Am beständigsten sind Umfrageergebnisse zu allgemeinen Sympathiebekundungen mit Israel oder seinen arabischen Nachbarstaaten, in denen Israel in der Regel viermal so populär erscheint wie die arabischen Länder.“⁶⁴¹

3.2 Regionale und globale Erwägungen der Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit dem israelisch palästinensischen Konflikt

Mit ihren regionalen und globalen Dimensionen (Vgl. dazu 2.2) drohte die israelisch palästinensische Auseinandersetzung, mit wichtigen durch die US-Administration vertretenen Interessen zu kollidieren. Während eines Auftritts vor der Universität Columbia zum Thema Frieden im Nahen Osten am Anfang seiner Dienstperiode (1993) erklärte Außenminister Christo-

⁶³⁸ Vgl. Katzman, Kenneth: Iran: Current Developments and U.S. Policy. (US Congressional Research Service: Issue Brief for Congress). S.CRS 10-12. In: <http://fpc.state.gov/documents/organization/9576.pdf> Stand 9.04.2002, abgerufen am 22.05.2006.

⁶³⁹ Perthes, Volker: a.a.O. S.72.

⁶⁴⁰ Kaim, Markus: a.a.O. S.25.

⁶⁴¹ Ebd. S.24.

pher: „In short, we must remain engaged not out of altruism, ... but because there are real American interests that will suffer if we are seduced by the isolationist myth.“⁶⁴² Demnächst werden die amerikanischen Machtüberlegungen in Form von strategischen *Interessen*, damit verbundenen *Sicherheitskalkülen* und *programmatischen Zielen* am Vorabend der Regierungszeit von Bill Clinton angeschnitten, ergänzt durch etliche *politisch praxeologische Initiativen*.

Mit dem Ende des Kalten Kriegs verloren die unmittelbaren Landverbindungen zwischen Europa, Asien und Afrika im Nahen Osten und die sie umgebenden Wasserwege ihren politisch ideologischen Charakter als Ort des sowjetisch amerikanischen Zusammenstosses. Regionale Züge und neue global-ökonomische Perspektiven traten in den Vordergrund für die US-Außenpolitik. Die Region stellte eine immense geostrategische Ressourcenherausforderung dar. Erstrangig für die amerikanischen Entscheidungsträger war die Kontrolle über die Reserven, die Stabilität des Preisniveaus, die Ausfuhr und die Sicherstellung gegenüber fremder Konkurrenz von Erdöl und Erdgas am Persischen Golf. Im Januar 2005 war das Land immer noch der größte Energieproduzent, -Konsument, und -Nettoimporteur auf der Erde.⁶⁴³ Die benötigten Energiemengen in allen Wirtschaftssektoren waren seit den 50er Jahren konsequent aufwärts gegangen. Die drei Grundenergiequellen für die USA am Ende des 20. Jahrhunderts waren (in rückläufiger Reihenfolge) Öl, Erdgas und Kohle, mit einem enormen Anstieg des Ölkonsums. Die bestehende Gesetzgrundlage und Regierungspolitik vorausgesetzt schloss die US-Agentur für Energie in ihrer Prognose (2004) bis 2025, dass keine Veränderung dieses Trends zu erwarten war.⁶⁴⁴ 1993 betrug die Energieeinfuhr 17,01% des Energiekonsums, 1998 – 22,28%, 2004 – ca. 29%. Zwischen 1993 und 1998 vermehrten sich die Nettoölimporte von 16,40% von der gesamten importierten Energie auf 20,94%, und die Nettoerdgaseinfuhren von 2,25% auf 3,06%. 2003 betrugen die beiden 24,07% (Öl) bzw. 3,40% (Erdgas).⁶⁴⁵ Dieselbe Agentur konstatierte im Januar 1996, dass zu dem Zeitpunkt der Persische Golf 22% der amerikanischen Ölimporte sicherte. Nach ihren damaligen Berechnungen

⁶⁴² Vgl. Speech by Secretary of State Warren Christopher plus Questions and Answers Session, Columbia University, 20.Sept.1993. In: <http://dosfan.lib.uic.edu/ERC/briefing/dossec/1993/9309/930920dossec.html> Stand 21.05.1999, abgerufen am 01.06.2006

⁶⁴³ Vgl. US-Agentur für Energie: Country Analysis Briefs: United States of America. In: <http://www.eia.doe.gov/cabs/usa.html> Stand Jan. 2005, abgerufen am 28.11.2005.

⁶⁴⁴ Vgl. US-Agentur für Energie: Annual Energy Review (2004): Energy Perspectives. In: http://www.eia.doe.gov/emeu/aer/ep/ep_frame.html Stand 2004, abgerufen am 26.05.2006.

⁶⁴⁵ Vgl. US-Agentur für Energie: Annual Energy Review (2004): Energy Imports, Exports, and Net Imports, Selected Years 1949-2004. (Tabelle). In: http://www.eia.doe.gov/emeu/aer/pdf/pages/sec1_11.pdf Stand 2004, abgerufen am 26.05.2006.

*Die gesamten Nettoenergieimporte entsprechen nicht völlig der mechanischen Summe ihrer in der Tabelle vorhandenen Komponenten, weil die Einzelangaben unterschiedlich gerechnet wurden.

würde diese Zahl im Jahre 2010 auf 48% anwachsen.⁶⁴⁶ Generell verfügen die Staaten in dieser Gegend (Bahrain, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Saudi Arabien, Vereinigte Arabische Emirate) über ca. zwei Drittel der Erdölreserven und 45% der bewiesenen Erdgasreserven in der Welt.⁶⁴⁷ Im Gegensatz dazu waren die einheimischen US-Energieträger ziemlich erschöpft.

In der Regel erlaubten die geologischen Gegebenheiten des Golfs, fossile Brennstoffe bei relativ niedrigen Kosten zu fördern. Doch hatten politische Entwicklungen vor Ort in der Vergangenheit, z.B. die Intifada und der Krieg 1990-1991, schon spontan dazu geführt, regionale Ölexportmengen unsicher zu machen und in der Folge die Ölpreise auf dem beunruhigten transnationalen Markt steigen zu lassen. In anderen Fällen wurde dies durch die Anrainerstaaten des Persischen Golfs instrumentalisiert. Mit Ausnahme von Bahrain gehörten sie mit noch fünf weiteren Entwicklungsländern in den 90er Jahren zum OPEC-Kartell und behielten sich dadurch das Recht, Quantität und Preis ihrer Ölproduktion abzusprechen. Für das amerikanische Business implizierten solche finanziellen Schwankungen nicht nur direkte, sondern auch indirekte globale Risiken. Blockierte Ölexporte und angehobene Ölpreise am Golf konnten nämlich den inzwischen transnational gewordenen Ölmarkt beeinflussen und/oder beträchtliche Schäden von Schlüsselwirtschaftspartnern wie die der EU und Japans anrichten und dadurch eigene Verluste bzw. ökonomische Instabilität in den USA verursachen.

Generell liefen die Ölexporte für westliche Kunden aus dem Persischen Golf über den Suezkanal und das Mittelmeer oder um das Kap der Guten Hoffnung in Afrika herum (Vgl. Abb.8a). Es gehörte zu den akutesten amerikanischen Zielen, Einfluss auf diese Wege zu nehmen und Fuß in den angrenzenden Ländern zu fassen. Die Überwachung des Indischen Ozeans sollte zusätzlich diese Optionen vom Osten her stabilisieren und Überblick über die Kommunikationsnetze zwischen den Ölproduzenten am Golf und dem Fernen Osten verschaffen. Hypothetisch günstigere Strecken verliefen über die sog. TAP-Line (Saudi-Arabien-Jordanien-Libanon oder Saudi Arabien-Jordanien-Israel) und TIP-Line (der Golf von Akaba-Israel-Mittelmeer). (ausführlich dazu Kapitel 2.2).

Gleichzeitig stellten die Energiebedürfnisse anderer mit der US-Wirtschaft konkurrierender ökonomischer Subjekte die Golflieferungen für Amerika in Frage. Die Region Naher Osten lag in geringer Entfernung von sich schnell entwickelnden Wirtschaften wie China, Südkorea, Japan, Singapur, Taiwan, Thailand, Pakistan und Indien, die als tatsächliche oder potenzielle Interessenten an Öl- und Gasexporten aus dem Persischen Golf angesehen wurden. Darüber hinaus waren europäische Konzerne traditionelle Konsumenten des Golföls. So hoben die

⁶⁴⁶ Vgl. US-Agentur für Energie: Oil Production Capacity Expansion Costs for the Persian Gulf. In: <http://tonto.eia.doe.gov/FTP/ROOT/petroleum/tr0606.pdf> Stand Januar 1996, abgerufen am 26.05.2006.

⁶⁴⁷ Vgl. US-Agentur für Energie: Country Analysis Briefs: Persian Gulf Oil and Gas Exports Factsheet. In: <http://www.eia.doe.gov/cabs/pgulf.html> Stand Sept.2004, abgerufen am 25.11.2005.

Mitarbeiter der konservativen Denkfabrik Rand Corporation, Graham E. Fuller, ehemaliger stellvertretender Direktor des CIA Nationalen Nachrichtenrats, und Ian O. Lesser, ehemaliges Mitglied des Politischen Planungsstabs des US-Außenministeriums dieses Problem hervor: „More and more other states’ energy needs and concerns will come into play in the production and pricing of Gulf oil. ... A tight oil market could compel actors to forge special security bonds with individual Gulf states One could even imagine, however unlikely, a return to the traditional competition for control of energy resources through exclusive arrangements and destabilizing arms-for-oil deals.“⁶⁴⁸ Für eine Periode bis 2025 sah die US-Agentur für Energie im Jahre 2005 für den jährlichen prozentualen Anstieg im Energiekonsum für China 4,1%, India 3,3%, Südkorea 2,1%, Russland 1,4% und Westeuropa 0,5% voraus.⁶⁴⁹

Des Weiteren lag der „unbefriedete“ Nahe Osten an der unmittelbaren Grenze der am Kaspischen Meer (Aserbaidschan, Russland, Kasachstan, Turkmenistan, Iran) und in Usbekistan am Anfang der 90er Jahre neu erforschten, viel versprechenden Öl- und Gasvorkommen (Vgl. Abb.25, Anhang), die großen Appetit in den USA, Europa, China, Japan, Pakistan, India, Korea, Russland und nahöstlichen Ländern (Israel, Iran, Türkei) erregten. Obwohl für Jahrzehnte unter sowjetischer Herrschaft, waren diese Territorien in kultureller, ethnisch nationaler, linguistischer und religiöser Hinsicht mit dem Nahen Osten verwandt.⁶⁵⁰ Ihre politische und wirtschaftliche Emanzipation bzw. Orientierung nach ihrer Unabhängigkeit stand damals bevor. Sowohl die Förderrechte als auch der Transfer ihrer Ressourcen in Richtung Westen wurden in offiziellen US-Kreisen betrachtet. Dabei wurde u.a. die Möglichkeit erkannt, die Abhängigkeit der Vereinigten Staaten vom Golföl zu verringern. Die Clinton Administration empfand hier den Iran als den größten Störfaktor. Der Iran hatte eine Küste am Kaspischen Meer und war die kürzeste Transferstrecke bis zu den schiffbaren Gewässern im Süden. Teheran versuchte gleichzeitig seine islamische Revolution nach Zentralasien zu exportieren oder auf anderen traditionellen Verbindungen aufzubauen, um die Regierungen dort zu beeinflussen und den Öl/Gasexport durch sein eigenes Territorium umzulenken. Das Ziel der amerikanischen Regierungspolitik war, durch entschiedene Isolierung des Iran seinen Spielraum (auch) in diesem Zusammenhang abzuschwächen und vice versa – dafür setzte sich auch die proisraelische Lobby in Washington ein. So sagt eine Studie der Heritage Foundation (1997): „Central Asia faces a key decision: It can work to develop the more economically promising and geopolitically feasible trade flows going from east to west through the Caucasus to Western Europe and the Mediterranean, or it can rely on Iran and Russia--both traditionally hege-

⁶⁴⁸ Fuller, Graham E. u. Ian O. Lesser: Persian Gulf Myths. In: Foreign Affairs. Jg. 76. Nr.3. Mai/Juni 1997.S.49.

⁶⁴⁹ Vgl. US-Agentur für Energie: International Energy Outlook (2005): World Total Energy Consumption by Region, Reference Case, 1990-2025 (Tabelle). In: http://www.eia.doe.gov/oiaf/ieo/pdf/ieoreftab_1.pdf Stand Juli 2005, abgerufen am 27.05.2006.

⁶⁵⁰ Vgl. Lewis, Bernard: Rethinking the Middle East. In: Foreign Affairs. Jg.71. Nr.4. Herbst. 1992. S.103-104.

monic powers in the region--and further trade in the north-south direction.” Bill Clinton unterstützte den Bau der Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline, die Aserbaidschan mit dem Mittelmeer verbinden sollte.

Zweitens ergänzten nicht-Öl-gebundene Handels- und Investitionsinteressen die globale geoökonomische Perspektive für die US-Administration hinsichtlich des Nahen Ostens. Für die nach den Worten von Jeffrey E. Garten, von 1993 bis 1995 Untersekretär für internationalen Handel, globalisierte⁶⁵¹, stark von Exporten abhängige und nach günstigen Investitionen im Ausland strebende amerikanische Wirtschaft bot sich also eine weitere Möglichkeit zur Steigerung des Umsatzes und Erweiterung ihrer Marktanteile an. Im Interview für The Jerusalem Report (1995) behauptete Martin Indyk: „Indyk sees trade as the key to ‚New Middle East‘ through three-way partnerships – the U.S., Israel and Arab parties. ... ‚Whether it be in the West Bank and Gaza, in Jordan and Egypt or further afield in the Middle East, we feel that kind of combination can be very helpful in terms of furthering our common interests in a peaceful, more stable Middle East.‘“⁶⁵² Umso mehr als europäische und sich rasant entwickelnde asiatische Nachbarn ähnliche Ansprüche auf die Region erhoben.

1990 betrugen die chinesischen Exporte für die gesamte Region 1,5 Milliarden Dollar. 1994 führte China nur für die Länder des Golfkooperationsrats Waren für 700 Millionen Dollar aus. Von 1990 bis 1993 stieg sein Handel mit dem Iran von 314 auf 700 Millionen Dollar. 1995 vereinbarten die beiden einen Warenaustausch in Höhe von 2 Milliarden Dollar. Dazu beteiligte sich China am Bau von Energiekraftwerken und Zementfabriken und teilte mit dem Iran einige Transportunternehmen.⁶⁵³ 2005, als die indischen Exporte für den Nahen Osten um 34% gestiegen waren, prophezeigte Mohamed Ali Alabbar, Vorsitzender von Emaar Properties in Dubai, die Entstehung eines starken Handelsblocks östlich der EU und westlich von ASEAN.⁶⁵⁴ Ebenso deklarierte der Außenminister von Singapur George Yeo 2005 in Pakistan während eines Expertenseminars zur Wirtschaftskooperation in Asien: „The growth of East, Southeast and South Asia will have a big impact on the Middle East. ... The Middle East is moving away from development models centred on dominant public sectors, often financed by petrodollars, towards a more outward-oriented market approach based on international

⁶⁵¹ Vgl. Garten, Jeffrey B.: Business and Foreign Policy. In: Foreign Affairs. Jg.76. Nr.3. Mai/Juni 1997. S.69.

⁶⁵² Susser, Leslie: Trading Complaints. In: The Jerusalem Report. Jg.6.Nr.2. 1.Juni.1995. S.37-39.

⁶⁵³ Vgl. Rubin, Barry: China’s Middle East Strategy. In: Middle East Review of International Affairs. Jg.3. Nr.1. März. 1999. In: <http://meria.biu.ac.il/journal/1999/issue1/jv3n1a4.html> Stand 01.12.1999, abgerufen am 30.05.2006.

⁶⁵⁴ Vgl. An Emerging India-Middle East Trading Bloc: Interview mit Mohamed Ali Alabbar, Vorsitzenden von Emaar Properties, Dubai. Indien-Gipfel des Weltwirtschaftsforums 2005. In: <http://www.weforum.org/site/homepublic.nsf/Content/An+emerging+India-Middle+East+trading+bloc> Stand 24. 11. 2005, abgerufen am 30.05.2006.

trade and the development of the private sector.“⁶⁵⁵

Vor dem Hintergrund der bisher beschriebenen Ambitionen Washingtons werden im Folgenden die Sicherheitskalkulationen der Administration von Bill Clinton zur Sprache gebracht. Relevant war in dieser Hinsicht die Haltung der regierenden nahöstlichen Regimes, der einheimischen Völker und bestimmter US-kritischer Kräfte darunter, einschl. militanter Gruppen, sowie Russlands und/oder Chinas als möglicher Außenakteure. Die Verbreitung von konventionellen und nichtkonventionellen Waffen wurde als die andere Variable für die Ausübung von US-Machtansprüchen verstanden. Ferner war der Nahe Osten in dieser Periode ein noch relativ geschlossener und regulierter Markt mit billigen Arbeitskräften. Doch erste Zeichen für Reformen seitens der lokalen Regierungen waren schon erkennbar.

Drei maßgebende Ereignisse gingen der Wahl des neuen Präsidenten voraus: das Ende des Kalten Kriegs, die Irak-Kuwait-Krise und die amerikanische Reaktion darauf, die Eröffnung der Madrider Konferenz im Oktober 1991. Der Rücktritt der Sowjetunion von der Bühne der Weltpolitik am Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre ließ die Vereinigten Staaten als die einzige militärische und politische Supermacht vor Ort agieren. Die irakische Aggression gegen Kuwait, die höchsten Alarm in vielen arabischen Hauptstädten ausgelöst hatte, führte einem überwältigenden US-militärischen Eingriff und der faktischen arabischen Duldung des nachfolgenden Diktats von wirtschaftlichen Sanktionen, politischem Druck und militärischen Strafmaßnahmen gegen Saddam Hussein und die irakische Bevölkerung. Die meisten regionalen Akteure, einschl. Israel, wurden andererseits zu einem bis dahin beispiellosen Treffen am Verhandlungstisch in Madrid aufgefordert. „Die US-Regierung erhielt nun die einzigartige Möglichkeit, ihre außenpolitischen Interessen im Nahen Osten in einem Verhandlungsablauf umzusetzen, der weder von außen gestört wurde noch sich auf die komplexen Beziehungen zwischen Moskau und Washington negativ auswirkte.“⁶⁵⁶

Doch eine völlige Zustimmung zu seiner Präsenz und Politik genoss Washington nicht. Israel, die Staaten des Golfkooperationsrats, vor allem Saudi-Arabien, Ägypten, die Türkei und in einem breiteren Umfang die Region des Mittelmeers waren am engsten an das US-Sicherheitsschema im Nahen Osten gebunden – sei es, je nach dem Einzelfall, durch militärische Stützpunkte, Marineeinrichtungen, Luftschutzbögen, vorgeschobene Waffenlager, Basen des Nachrichtendienstes oder als (mit Ausnahme von Israel) muslimische (arabische – ohne die Türkei) Verbündete für die politischen Initiativen des Weißen Hauses.

⁶⁵⁵ Aussage des Außenministers von Singapur George Yeo bei dem Expertenseminar im Rahmen des Asiatischen Kooperationsdialogs zur „Wirtschaftlichen Kooperation in Asien“, Islamabad, 05.04.2005. In: http://app.amed.sg/internet/amed/read_content.asp?View.65, abgerufen am 30.05.2006.

⁶⁵⁶ Ries, Matthias: a.a.O. S.50.

Der neu gewählte israelische Premierminister Jitzhak Rabin unterstrich die Bedeutung der Sicherheitsgarantien, die die USA seinem Land andauernd und explizit zur Verfügung stellte. Die gespannte amerikanisch israelische Arbeitsatmosphäre aus der Zeit von Jitzhak Schamir schien vorerst überwunden zu sein. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wurde der strategische Wert Israels im antisowjetischen Kampf im Nahen Osten⁶⁵⁷ teilweise überprüft. Es wurde vereinbart, dass es am zweiten Golfkrieg nicht teilnimmt und dass Operationen der Alliierten von seinem Boden nicht gestartet werden. Die Abwesenheit eines stabilen proamerikanischen Konsenses und die innenpolitischen Umstände in der arabischen Welt ließen aber die strategische Bedeutung des israelischen Staats auch jetzt nicht verschwinden. „The Arab contingent, certainly, cannot be counted upon to hold together forever once its immediate cause is removed; it is riven by too many rivalries, suspicions and contradictions.“⁶⁵⁸ Ein starkes Israel sollte auch wegen seiner Kooperation im Bereich der Ölindustrie und Landwirtschaft mit zentralasiatischen Republiken als Leitung für amerikanischen Einfluss dort dienen. Umgekehrt garantierte der amerikanische Einfluss in Zentralasien die israelischen Handelsmöglichkeiten dort. In Erwartung einer intensiven regionalen wirtschaftlichen Kooperation wurde das Land nicht zuletzt als das politische und technisch materielle Zentrum des zukünftigen gemeinsamen Markts im Nahen Osten aufgefasst, neben dem Interesse der US-Firmen an Investitionen in Israel.⁶⁵⁹

Die meisten arabischen Staaten am Golf verließen sich nach dem irakischen Waffengang 1990 erheblich auf amerikanische militärische und politisch diplomatische Unterstützung für ihre territoriale Unversehrtheit bzw. wirtschaftliche Existenz. Saudi-Arabien, auf dessen Territorium Saddam Hussein Scud-Raketen gefeuert hatte, versprach in seiner Dankbarkeit für die amerikanische Rettungsaktion nicht nur den Madrider Prozess zu unterstützen, sondern auch Syrien unter Druck zu setzen und die Finanzierung für die PLO oder radikale islamistische palästinensische Gruppen von seinem Boden zu stoppen. Ägypten, bekräftigt durch finanzielle Zuschüsse, die Annullierung seiner militärischen Schulden bei den USA und die politische Freundschaft Saudi-Arabiens, trat für die amerikanischen Friedensbemühungen und die Verbesserung der Beziehungen mit Syrien ein. Geostrategisch zeichnete sich das Land durch den Suezkanal und die Nachbarschaft zum Persischen Golf aus. Wegen seiner historisch politischen Führungsposition in unterschiedlichen arabischen Organisationen wurde Hosni Mubarak als ein unverzichtbarer regionaler Vermittler (von US-Interessen) in Washington betrachtet. Spezieller trug Kairo einen „moderaten“ Status, der US-oppositionelle

⁶⁵⁷ Mark, Clyde: a.a.O. (2) S.CRS-2.

⁶⁵⁸ Rodman, Peter W.: a.a.O. S.8.

⁶⁵⁹ Vgl. Sugarman, Margo Lipschitz: American Interests.In: The Jerusalem Report. Jg.IX. Nr.3. 8. Juni. 1998. S.42.

Regimes zu Kompromissen bringen sollte. 1978 wurde der israelisch ägyptische Friedensvertrag unterschrieben und die militärische und ökonomische Zusammenarbeit mit den USA verstärkt.

Die Türkei ihrerseits nahm als NATO-Mitglied eine Schlüsselposition zwischen dem Ägäischen Meer, dem Schwarzen Meer, dem Nahen Osten und Zentralasien ein. Türkische Luftstützpunkte wurden für Luftoperationen gegen den Irak während des zweiten Golfkrieges und bei der Überwachung der Nichtflugzone im Norden dieses Landes von 1991 bis 1996 (Operation Provide Comfort) benutzt. Der Staat beteiligte sich am ökonomischen Embargo gegen den Irak, war interessiert an Wasserprojekten im Madrider Rahmen und verfestigte seine Beziehungen zu Israel in den 90er Jahren in diversen Bereichen (trotz Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Lage der Palästinenser) bis zu einem Militärabkommen im Februar 1996, dem ersten zwischen einem islamischen Land und Israel. Seit 1996 wurde die israelisch türkische Annäherung durch Washington ermutigt.⁶⁶⁰

Irak, Iran und Syrien zählten dagegen als Feinde. Nachdem Saddam Hussein während des irakisch iranischen Kriegs (1980-1988) und weiter bis zum zweiten Golfkrieg durch die USA als Gegengewicht zum khomeinischen Iran militärisch und finanziell massiv unterstützt worden war⁶⁶¹, hat der Einmarsch seiner Truppen in Kuwait die Kontakte des Weißen Hauses mit Bagdad radikal verändert. Dazu unterstützte das irakische Regime offen die palästinensische Sache. Zu Beginn der ersten Clinton-Administration war Irak UN-Wirtschaftssanktionen unterworfen und Inspektionen seiner Produktionsanlagen von Massenvernichtungswaffen (chemisch, biologisch und atomar) und Trägerraketen. Im Norden und Süden des Landes waren durch die USA und ihre Alliierten einseitig Nichtflugzonen festgesetzt worden.

Iran wurde aufgefasst als ein ideologischer Gegner, der eine regionale Vormachtstellung anstrebte und den Schiffsverkehr am Golf gefährden konnte. Das Regime in Teheran widersetzte sich der US-geführte Madrider Initiative, setzte sich ein für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und gegen den israelischen Staat, förderte islamistische Trends in Palästina und der Region insgesamt und unterstützte säkulare Anti-Fatah-Fraktionen. Iran zog aus dem Einsatz von Chemiewaffen von Saddam Hussein gegen iranische Soldaten in den 80er Jahren die Lehre, der durch den Westen mehr oder weniger schweigend zur Kenntnis genommen

⁶⁶⁰ Vgl. Migdalovitz, Carol: Turkey: Issues for U.S. Policy (US Congressional Research Service: Issue Brief for Congress). In: <http://www.fas.org/man/crs/RL31429.pdf#search=%22CRS%20Report%20for%20congress%20%22Turkey%3A%20Issues%20for%20U.S.%20Policy%22%2022%20may%202002%22> Stand 22.05.2002, abgerufen am 29.08.2006.

⁶⁶¹ Vgl. Slabodkin, Gregory: The Enemy is ... Us. In: The Jerusalem Report. Jg.5. Nr.1. 19.Mai.1994. S.47-48; BBC Chronology: Saddam's Iraq: Key Events: Western Support 1980-1988). In: http://news.bbc.co.uk/1/shared/spl/hi/middle_east/02/iraq_events/html/western_support.stm abgerufen am 02.06.2006.

wurde, dass er sich bei einem Angriff einer auswärtigen Macht mit Massenvernichtungswaffen kaum auf die "internationale Gemeinschaft" bzw. die Hilfe westlicher Staaten verlassen können⁶⁶² „Da aber in der Region Rußland, Indien, Pakistan, der Irak und Israel an entsprechenden Waffen arbeiteten oder schon über sie verfügten, und auch ein Angriff der USA auf den Iran nie auszuschließen war, beschloß die iranische Führung, eigene Massenvernichtungswaffen zu entwickeln.“⁶⁶³ So intensivierte das Land seinerseits den regionalen Rüstungswettlauf in diesem Bereich. Sein Bio- und Chemiewaffenprogramm wurde während des ersten Golfkriegs angesetzt. Obwohl es 1991 der IAEA Inspektionen aller Atomanlagen im Land erlaubt hatte, und dabei keine Verletzungen des Nichtverbreitungsabkommens festgestellt werden konnten, gingen die USA weiterhin davon aus, dass es an der Entwicklung von Nuklearwaffen arbeitete.⁶⁶⁴ Zur damaligen Zeit verfügte das Land über Kurzstreckenraketen und versuchte Raketen größerer Reichweite zu erwerben. 1998 wurde die auf der technologischen Basis der nordkoreanischen No Dong Rakete entwickelte Schahab III (1300-1500 km Reichweite) zum ersten Mal getestet (wenige Monate nach der vergleichbaren pakistanischen Ghauri I).⁶⁶⁵

Syrien, gesponsert durch die saudische Regierung und in dem Versuch, seine Isolation in der arabischen Welt 1990 zu durchbrechen, suchte nach einer Annäherung mit den Vereinigten Staaten. Ihm fehlte das Ölvorkommen und die Unterstützung der Sowjetunion. Hafez al-Assad duldete die Präsenz mehrerer anti-Oslo-Gruppen auf syrischem Territorium, hielt Libanon weiter unter seiner Herrschaft und unterhielt eine große Armee und entsprechende Ausrüstung, darunter chemische Waffen. In allen drei Aspekten lagen die Militärkapazitäten qualitativ weit hinter denen von Israel und den USA – beides zum Nachteil eines konfliktfreien Nahen Ostens. Jordanien schwankte damals zwischen innenpolitischen Berücksichtigungen und außenpolitischen Loyalitäten zum Westen. Die PLO blieb regional und international isoliert.

Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks war die russische bzw. chinesische Position in Bezug auf den Nahen Osten noch unklar. Russland stand zerrissen von inneren politischen, sozialen und wirtschaftlichen Problemen. In der Gorbatschow-Jelzin-Ära war eine Annäherung mit den Vereinigten Staaten und eine positive Resonanz hinsichtlich der israelisch arabischen Verhandlungen in Moskau zu registrieren. Erst 1996 begann der russische Außenminister

⁶⁶² Vgl. Berschel, Holger: Proliferation von Massenvernichtungswaffen im Nahen und Mittleren Osten und Nordafrika: Iran. In: <http://www.weltpolitik.net/Regionen/Naher%20u.%20Mittlerer%20Osten/Gesamregion/Analysen/Fortsetzung%202%3A%20Proliferation%20von%20Massenvernichtungswaffen.html> Stand 23.März.2004, abgerufen am 02.06.2006.

⁶⁶³ Ebd.

⁶⁶⁴ Vgl. Ebd.

⁶⁶⁵ Ebd.

Jewgenij Primakov, bekannter Experte für die arabische Welt, Versuche zu unternehmen, die traditionelle sowjetische Rolle als Schirmherr arabischer Aspirationen zu beleben. Die stärksten amerikanischen Bedenken wurden erzwungen durch den Verkauf von Waffen und Technologiekomponenten an nahöstliche Regimes, insbesondere Iran und Syrien, die zur eventuellen Herstellung von Massenvernichtungswaffen führen konnten. Für Russland hatten diese Aktivitäten vornehmlich ökonomischen Charakter und konnten unter den bestehenden Umständen im Lande nicht immer von der Regierung kontrolliert werden. Ähnliche Ängste zeigte die Clinton-Administration gegenüber der chinesischen Regierung, die sonst die Osloer Abkommen befürwortete und trotz langjährigen Eintretens für die palästinensische Selbstbestimmung gute Kontakte mit Israel in den 90er Jahren entwickeln konnte. Druck gegen Beijing wurde kontinuierlich im Laufe von Nichtproliferationkonsultationen ausgeübt. „Given the plethora of issues in U.S.-China relations, these questions are not going to determine the bilateral linkage. At the same time, though, concessions on Middle East activities are a far cheaper way for China to give concessions to Washington – and thus maintain good ties – than on the regional Asian or domestic fronts.“⁶⁶⁶ Sowohl Russland als auch China waren in jener Periode nicht imstande oder nicht wirklich daran interessiert, die regionale politische Landschaft zu verändern. So setzten sich beide ein für eine diplomatische Lösung der Situation im Irak, ohne die US-Militäraktionen tatsächlich zu verhindern.

Im Hintergrund intensivierten sich die inneren sozialen, wirtschaftlichen und politischen Spannungen in den einzelnen Nahostländern und stellten die Legitimität ihrer Track-I-Diplomatie in Frage. Lange Jahre hatten lokale Herrscher eigenen Interessen gedient zum Nachteil der Bevölkerung, nicht ohne die aktive Unterstützung, zumindest unter Stillschweigen amerikanischer Regierungen. Je nach ihrem Verständnis drückten moderate intellektuelle Kreise sowie militante islamische Gruppierungen ihre Unzufriedenheit mit den staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen vor Ort und den bestehenden arabisch amerikanischen Verhältnissen aus. In den beiden Gruppen rief die miserable Lage des arabisch palästinensischen Brudervolks in großem Umfang Sympathien hervor. Die Bedeutung von Palästina und Jerusalem als islamische Stätten spielte zusätzlich eine Rolle. Für die Handelsbeziehungen mit dem Westen trugen beide Trends beim Antritt der Clinton-Administration Unsicherheit mit sich und implizierten direkt oder indirekt antiwestliche bzw. antiisraelische und propalästinensische Einstellungen.

Die US-Interessen im Nahen Osten nach dem Ende der Bipolarität in der Welt sowie früher skizzierte andere Determinanten der amerikanischen Politik in der Region fanden ihren Aus-

⁶⁶⁶ Rubin, Barry: a.a.O.

druck in den programmatischen Prioritäten der neuen Administration in Bezug auf die Region und, als Teil davon, auf den israelisch palästinensischen Konflikt. Diese wurden im Mai 1993 von Martin Indyk präsentiert: eine Demokratie fördernde Nahostpolitik, die die Verteidigung der amerikanischen Interessen in Kooperation mit Freunden und Verbündeten zum Ziel hatte; Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und der Aktionen von radikalen Organisationen; ein vollständiger Frieden in der Region. Der Nahe Osten wurde als ein Gleichgewichtsspielraum zwischen seinem östlichen und seinem westlichen Teil verstanden. Im Osten musste eine doppelte Eindämmung (dual containment), nämlich des Irak und des Iran, und im Westen der arabisch israelische Frieden verfolgt werden. Die Isolierung der gegnerischen Mächte Irak und Iran sollte die Versöhnung zwischen Israel und seinen Nachbarn erleichtern und die herrschenden Klientelregimes in Saudi-Arabien und den kleineren Golfstaaten schützen. Umgekehrt schien die erfolgreiche Förderung des nahöstlichen Friedensprozesses geeignet, die „Verweigerer“ von ihren ungünstigen Ansichten zu überzeugen.⁶⁶⁷

Die israelisch arabischen Gespräche waren weiter zu unterstützen, ohne den Inhalt ihrer Ergebnisse vorzuschreiben. Darüber hinaus würde der Verhandlungsprozess unter der Berücksichtigung der speziellen israelisch amerikanischen Beziehungen laufen müssen, wobei die militärische und technologische Kooperation zwischen Israel und den USA neue Impulse bekommen sollte. Die palästinensischen Unterhändler sollten sich zu jener Zeit mit Diskussionen über die Interimsselbstverwaltung im Gaza-Streifen und in der Westbank zufriedengeben, ohne über ihren endgültigen Status im Klaren zu sein. Darüber sollte im dritten Jahr der Interimsperiode diskutiert werden. Syrien müsste sich in einem real funktionierenden Frieden mit Israel engagieren.⁶⁶⁸

Die Kernidee dieses Ansatzes bestand darin, den Nahen Osten allumfassend zu kontrollieren. Die Beilegung der israelisch palästinensischen Konfrontation sollte nämlich unter amerikanischer Schirmherrschaft erfolgen und ein Bestandteil des regionalen Einmischungskonzepts des Weißen Hauses sein. Primär sollte die gesamte arabisch israelische Verständigung aufgrund der Anerkennung Israels in der Region erreicht werden. Ein israelisch syrisches Abkommen wurde im Weißen Haus darum energischer als ein israelisch palästinensischer Kompromiss angestrebt. Israel blieb ein entscheidender Stützpunkt im neuen US-Sicherheitsprojekt im Nahen Osten und seine militärische und politisch diplomatische Stärke sollte maximiert werden. Innenpolitische Variablen in den USA machten zusätzlich ein israelisches Übergewicht möglich. Doch sollten Fortschritte auf dem palästinensischen Track ver-

⁶⁶⁷ Vgl. Brzezinski, Zbigniew u. Brent Scowcroft u. Richard Murphy: Differentiated Containment. In: Foreign Affairs. Jg. 76. Nr.3. Mai/Juni 1997. S.22.

⁶⁶⁸ Vgl. Indyk, Martin: The Clinton Administration's Approach to the Middle East. In: <http://www.washingtoninstitute.org/templateC07.php?CID=61> Stand 2005, abgerufen am 02.11.2007

zeichnet werden, so dass der amerikanischen Präsenz in der Region nicht grundsätzlich widersprochen werden konnte. Durch massive wirtschaftliche Anreize⁶⁶⁹ und militärisch technische Unterstützung für die PA sollten die jeweiligen innenpolitischen Widerstände überwunden und eine breite Akzeptanz der US-Initiativen unter den Palästinensern gesichert werden. So der israelische Botschafter Zalman Shoval in Washington (1999): „Israel is a strategic ally; the Palestinians are seen as a problem that must be solved because it impacts on wider, U.S. Middle Eastern interests.“⁶⁷⁰ Für die Clinton-Administration war die Nahostpolitik im Allgemeinen und der Osloer Verhandlungsprozess im Speziellen als eine Priorität in den kommenden Jahren angenommen. Dementsprechend bezog die erste Auslandsreise des Außenministers Christopher Kairo, Amman, Damaskus, Riadh, Kuwait, Beirut und Jerusalem ein.

Um die Logik der konkreten politisch praxeologischen Schritte der Clinton-Regierung im Zusammenhang mit den israelisch palästinensischen Verhandlungen im nächsten Kapitel gründlicher verstehen zu können, werden an dieser Stelle die regionalen Aktivitäten der Vereinigten Staaten in den 90er Jahren kurz beleuchtet. Obwohl ihre im Jahre 1990 rund 700 Überseemilitärstützpunkte weltweit bis 1994 um mehr als ein Drittel reduziert wurden⁶⁷¹, wurde die US-Überwachung des Persischen Golfs in den 90er Jahren verstärkt (auch zum Vorteil der Militärindustrie in Amerika, die nach der Beendigung der amerikanisch sowjetischen Auseinandersetzung nach neuen Zielen suchte). Vor der irakischen Invasion in Kuwait war die offene militärische Präsenz der USA in Staaten am Golf gering. Danach, und so blieb es bis zum Ende der zweiten Clinton Administration, standen dort 20.000 Soldaten, 20 Militärschiffe und mehrere auf dem Lande stationierte Luftfahrzeuge jederzeit zur Verfügung. Alle sechs Mitglieder des Golfkooperationsrats erlaubten den Zutritt zu Militäranlagen auf ihrem Boden und Lagerung von Waffen und beteiligten sich an Übungen mit US-Truppen.⁶⁷² 1997 wurde in der Zeitschrift *Foreign Affairs* konstatiert: „The Pentagon pays out between \$ 30 billion and \$ 60 billion a year for defense of the Gulf (depending on how you cost it), a formidable sum for protecting the import into the United States of some \$30 billion worth of oil.“⁶⁷³ Seit 1992 war die Tendenz zu beobachten, mehr Erdöl aus nicht-OPEC-Ländern zu importieren.⁶⁷⁴ Was den Irak betraf, so beharrte Washington weiter auf den im Namen der Vereinten Nationen verhängten strengen wirtschaftlichen Sanktionen, sporadischen, zusammen mit Großbri-

⁶⁶⁹ Hacke, Christian: Die Politik der Clinton-Regierung im Nahen und Mittleren Osten. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. 50.Jg. Nr.B49/2000. S.14.

⁶⁷⁰ Zit. in: Susser, Leslie: *Everybody's Ally*. In: *The Jerusalem Report*. Jg.IX. Nr.18. 4.Jan.1999.S.18.

⁶⁷¹ Vgl. Clarke, Duncan L. u. Daniel B. O'Connor u. Jason D. Ellis: a.a.O. S.151.

⁶⁷² Vgl. Ebd. S.162.

⁶⁷³ Fuller, Graham E. u. Ian O. Lesser: a.a.O. S.43.

⁶⁷⁴ Vgl. US-Agentur für Energie: *Annual Energy Review (2004): Energy Perspectives*. In: http://www.eia.doe.gov/emeu/aer/ep/ep_frame.html Stand 2004, abgerufen am 26.05.2006.

tannien ausgeführten, die Souveränität einschränkenden Luftoperationen⁶⁷⁵, inkl. der Überwachung von zwei Nichtflugzonen im Norden und Süden des Landes. Kontakte mit irakischen oppositionellen Vertretern im Ausland, vor allem den Mitgliedern des Irakischen Nationalkongresses, wurden gepflegt und (Putsch)Versuche, Saddam Hussein zu stürzen, wurden durch die USA unterstützt. Als Hauptdruckmanöver gegen das irakische Regime galt jedoch die Forderung für seine vollständige Implementierung aller nach dem zweiten Golfkrieg beschlossenen Resolutionen des UNO-Sicherheitsrats, besonders derjenigen hinsichtlich der irakischen Produktion von Massenvernichtungswaffen. „Full Iraqi compliance with all relevant U.N. Security Council resolutions remains the objective of U.S. policy.“⁶⁷⁶

Gegenüber dem Iran bestanden die US-Maßnahmen in beschränkten unilateralen wirtschaftlichen Sanktionen und dem Bemühen, internationalen Konsens über die amerikanische Position zu erzielen. Unter dem Druck des mehrheitlich von der Republikanischen Partei besetzten Kongresses wurde 1995 ein allumfassendes Embargo über das Land verhängt. Im Jahre 1996 wurden mit dem Iran and Libya Sanctions Act Sanktionen gegen ausländische Firmen initiiert, die jährlich mehr als 40 Millionen Dollar in iranischen Energieressourcen investierten.⁶⁷⁷ (Vgl. Kap. 3.1.4)

In den 90er Jahren bekamen die Probleme Terrorismus und Nuklearwaffen mehr Gewicht im nahöstlichen Macht- und Sicherheitsdiskurs in den Vereinigten Staaten. Von 1993 bis 1998 wurden mehrere islamistische Terroranschläge gegen amerikanische Machtsymbole ausgeführt: 26. Februar 1993, World Trade Center, New York, 6 Todesopfer, mehrere Verletzte; 13. November 1995, US-militärisches Hauptquartier in Riadh, Saudi Arabien, 7 Todesopfer; 25. Juni 1996, Khobar Towers bei Dhahran, Saudi Arabien, 19 Amerikaner starben, mehrere Verletzte; 7. August 1998, US-Botschaften in Nairobi (Kenia) und Dar es Salaam (Tansania), 224 Tote. Nicht so sehr die direkte operative Verbindung zwischen diesen Vorfällen oder deren Initiatoren und dem israelisch palästinensischen Konflikt und seinen Akteuren erregte Besorgnis in Washington, sondern die Bereitschaft der einzelnen terroristischen Gruppen, von ihren Methoden gegenseitig zu lernen⁶⁷⁸ und symbolische Solidarität miteinander zu zeigen. Über die Neigung, diesen Gewaltaktionen pauschal einen fundamentalistischen, individuumbezogenen Charakter zuzuschreiben, wurde schon einmal gesprochen (Vgl. 3.1.3). Nach einer

⁶⁷⁵ Vgl. Gause III, F. Gregory: Getting It Backward on Iraq. In: Foreign Affairs. Jg.78. Nr.3. Mai/Juni 1999. S.58.

⁶⁷⁶ Letter from President Clinton to Congress on Iraq. October 27, 1994. In: <http://www.clintonfoundation.org/legacy/102794-presidential-letter-to-congress-on-iraq.htm> Stand 2005, abgerufen am 02.11.2007; Vgl. Presidential Letters to the Congress on Iraq 1993-96 <http://www.clintonfoundation.org/legacy2.htm?r=Top^Foreign%20Policy^Promoting%20Peace%20and%20Democracy^Iraq&cst=letters>

⁶⁷⁷ Brzezinski, Zbigniew u. Brent Scowcroft u. Richard Murphy: a.a.O. S.23.

⁶⁷⁸ Vgl. Pape, Robert A.: a.a.O. S.73.

Serie von Anschlägen von Hamas und Islamischem Jihad organisierte Präsident Clinton einen Antiterror-Gipfel in Scharm el-Scheich am 13. März 1996, so wie er bislang nicht stattgefunden hatte. Es waren 29 Staats- und Regierungschefs, darunter Israel, präsent.⁶⁷⁹ (zu der politischen Unterstützung, die das US-Staatsoberhaupt kurz vor den damals bevorstehenden israelischen Wahlen Schimon Peres leisten wollte Vgl. 4.2)

Nicht zuletzt assoziierten die amerikanischen Regierungskreise mit den israelisch palästinensischen Gesprächen eine Möglichkeit, die Wirtschaftsordnung im Nahen Osten in Richtung Liberalisierung und Privatisierung grundlegend umzustrukturieren. Vor dem Hintergrund der zusammenwachsenden globalen Ökonomie und in Kooperation mit entsprechenden Foren setzte sich Bill Clinton konsequent für freie profitorientierte marktwirtschaftliche Beziehungen und eine enge Zusammenarbeit zwischen privaten und staatlichen Akteuren vor Ort ein. Dazu gehörten: aktive Arbeit mit dem Weltwirtschaftsforum, der Weltbank⁶⁸⁰ und WTO⁶⁸¹, Einberufung von regionalen Wirtschaftsgipfeln (MENA) von 1994 bis 1997 in Casablanca, Amman, Kairo, Doha mit der Partizipation von multinationalen (häufig US-ansässigen) Konzernen wie Bechtel, General Electric, Dupont, Salomon Brothers, American Express, Philip Morris, die Arab Banking Group usw., das Bestehen auf der Aufhebung des arabischen Boykotts für amerikanische und israelische Firmen, die israelisch amerikanische Idee für die Schaffung einer Freihandelszone in der Region, der langfristige Trend zur Nutzung der US-Wirtschaftshilfe im Nahen Osten nicht nur als politisches sondern auch als ökonomisches Druckmittel für Wirtschaftsreformen und/oder ihre Ersetzung durch die Unterzeichnung von Freihandelsabkommen mit dem jeweiligen Partner und Verteilung von Krediten, gegen die lokale Begünstigung von amerikanischen Investitionen.⁶⁸² Die Wettbewerbsfähigkeit von US-

⁶⁷⁹ Vgl. Eröffnungsansprache des Präsidenten Bill Clinton beim Antiterror-Gipfel am 13. März 1996 in Scharm el-Scheich. In: Dokumente zu den Entwicklungen im Nahen Osten. Europa Archiv. 51.Jg. Nr. 9. Sept. 1996. S.105.

⁶⁸⁰ Der Direktor der Weltbank war traditionell amerikanischer Bürger und die USA besaßen mehr als 16% der Stimmen.

⁶⁸¹ Während der Regierungszeit von Bill Clinton wurden folgende nahöstliche Staaten Mitglieder der WTO: Israel (1995), Bahrain (1995), Ägypten (1995), Djibuti (1995), Jordanien (2000), Kuwait (1995), Marokko (1995), Katar (1996), Vereinigte Arabische Emirate (1996) (Vgl. WTO: http://www.wto.org/english/thewto_e/whatis_e/tif_e/org6_e.htm abgerufen am 31.05.2006)

⁶⁸² In den 90er Jahren wurde die allmähliche Abschaffung der US-Wirtschaftshilfe für Israel und Ägypten breit und weit in den USA diskutiert. Im ersten Fall wurde das Thema offiziell 1996 eröffnet, nachdem Benjamin Netanjahu einen Vorschlag diesbezüglich bei seinem Besuch im Kongress am 10. Juli offen machte. Es wurde entschieden, die gesamte Wirtschaftshilfe ab Finanzjahr 2000 in jährlichen 10%-Raten in den nächsten 10 Jahren zu beenden. Die Militärhilfe war dagegen auf 2,4 Milliarden Dollar zu erhöhen. Um den direkten Handel mit Ägypten zu stimulieren, wurde die Wirtschaftshilfe für das Finanzjahr 1999 um 40 Millionen Dollar reduziert – von 815 auf 775 Millionen Dollar. In Bezug auf Israel fielen die von einigen Kongressleuten zusätzlich aufgeführten Klauseln zu strukturellen Reformen (z.B. Privatisierung von staatlichen Betrieben), keiner Finanzierung des Siedlungsbaus in den besetzten Gebieten und zur Reduzierung des öffentlichen Sektors aus innenpolitischen Gründen aus. Für Ägypten wurden solche Empfehlungen im entsprechenden Dokument zum Hilfspaket explizit deklariert. (Vgl. Mark, Clyde R.: a.a.O. (6) S. CRS-5; Ders.: Egypt-United States Relations (US Congressional Research Service: Issue Brief for Congress). CRS-5. In: <http://fpc.state.gov/documents/organization/25431.pdf> Stand 10.10.2003, abgerufen 31.05.2006)

Unternehmen im Nahen Osten sollte erleichtert und gegenüber fremden Konkurrenten verbessert werden. Trotz der Teilnahme palästinensischer Firmen und Politiker an diesen wirtschaftlichen Initiativen wurde zur Verbesserung des Lebensstandards in der Westbank und dem Gaza-Streifen wenig beigetragen.

Am 24. Oktober 2000 unterzeichneten Jordanien, als erstes arabisches Land, und die USA ihr Freihandelsabkommen. 1997 unterschrieb das Land ein bilaterales Investitionsabkommen mit Washington. 1999 folgte Bahrain. (Vgl. die Seite des US-Handelsrepräsentanten: <http://www.ustr.gov/index.html> abgerufen am 31.05.2006) 1996 wurde die Wirtschaftshilfe für Oman beendet. (Vgl. Katzman, Kenneth: Oman: Reform, Security and U.S. Policy. (US Congressional Research Service: Issue Brief for Congress). S. CRS-3.In: <http://www.fas.org/sgp/crs/mideast/RS21534.pdf> Stand 28.06.2005, abgerufen am 25.06.2006)

Kapitel 4. Politisch praxeologische Schritte der US-Administration (1993-1998)

Im Folgenden wird die Haltung und Handlung der amerikanischen Track-I-Diplomatie bei ihrer Teilnahme an den Friedensversuchen zwischen den Israelis und den Palästinensern während der ersten und teilweise der zweiten Regierungsperiode von Bill Clinton geschildert. Dabei sind die US-Interventionen und/oder der Verzicht auf solche im Hinblick auf die Dynamik der Entwicklung der Konfliktparteien und ihres Verhältnisses und die regionalen und globalen Dimensionen des Konflikts und der Interessen der Vereinigten Staaten im Nahen Osten zu prüfen. Führendes Kriterium bleibt die Überwindung der schon festgestellten intersubjektiven Kommunikationsbrücken und stark ausgeprägten strukturellen, formellen und funktionalen, Konfliktsymmetrien zugunsten der israelischen Seite. Dem Letzten nach werden die einzelnen Unterkapitel nach den entsprechenden Regierungsperioden in Israel geteilt.

4.1 Die Regierungszeit von Jitzhak Rabin (1992-1995)

4.1.1 Der neue Ministerpräsident

Mit den Wahlen am 23. Juni 1992 kehrte die Arbeiterpartei nach 15 Jahren in der Opposition wieder an die Macht zurück. Die durch Jitzhak Rabin gebildete Regierungskoalition bestand aus der Arbeiterpartei (44 Sitze im Parlament), der liberalen linken Meretz-Partei (12 Sitze) und der stark religiösen Schass-Partei (6 Sitze) und wurde durch die Partei der israelischen Araber (Arabische Demokratische Partei, 2 Sitze) und die Kommunistische Partei (Hadasch, 3 Sitze) unterstützt. In der Knesset verfügten sie zusammen über mehr als die absolute Mehrheit von 61 Stimmen von insgesamt 120 Abgeordneten.⁶⁸³ Mit Ausnahme von Schass war dies eine für Verständigung mit den Palästinensern generell positiv eingestimmte Konstellation. „A favorable pro-peace composition in the Knesset such as the one that Rabin enjoyed has not emerged again since 1992.“⁶⁸⁴

Die Wahlergebnisse zeigten, dass die israelische Bevölkerung sich gegen die politischen Gänge, die sozialen Entscheidungen und die misslungene wirtschaftliche Politik von Jitzhak Schamir (Likud) erklärt hatte. Drei Faktoren wurden von Moshe Behar als entscheidend in diesem Sinne hervorgehoben. Erstens unterstrich der Autor die Folgen der ersten Intifada für den israelischen Alltag – parallel erlitt die israelische Wirtschaft zu jenem Zeitpunkt eine relative Rezession. Die fortwährende politische Instabilität wirkte sich auf alle staatlichen und ausländischen Investitionen negativ aus. Die militärischen Ausgaben für die besetzten Gebiete waren auf Kosten sozialer Programmen innerhalb der Grünen Linie enorm erhöht worden.

⁶⁸³ Vgl. Wahlergebnisse der Wahlen für die 13. Knesset in Israel (23. Juni 1992). In: http://www.knesset.gov.il/description/eng/eng_mimshal_res13.htm abgerufen am 06.06.2006.

⁶⁸⁴ Behar, Moshe: The Peace Process and the Israeli Domestic Policy in the 1990s. In: *Socialism and Democracy*. Jg.16. Nr.2. In: http://www.sdonline.org/32/israeli_domestic.htm abgerufen am 08.06.2006.

Die allgemeine Moral in der Gesellschaft wurde geschwächt. Familien der Reservesoldaten zeigten sich überfordert durch ihre zusätzlichen Dienststunden. Zweitens dauerte die kostspielige Expansion des Siedlungsbaus in der Westbank und dem Gaza-Streifen ununterbrochen an. Die sog. jüdischen Entwicklungsstädte innerhalb Israels mit ihrer hauptsächlich Arbeiterbevölkerung und die arabischen Israelis wurden dadurch finanziell zusätzlich vernachlässigt und waren politisch enttäuscht. Drittens benötigte der riesige Strom von russischen (und äthiopischen) ImmigrantInnen nach Israel große Summen für Unterkunft, Arbeitssicherung und Veranstaltung von Hebräischkursen. Jitzhak Shamir hatte diese Mittel als Folge anderer Prioritäten nicht in ausreichendem Maß zur Verfügung stellen können und hatte damit diese Bevölkerungsgruppe politisch entfremdet. Die erste Bush-Regierung hatte schon angedroht, die durch Israel beantragte Garantie für Kredite von 10 Milliarden Dollar abzusagen, falls der Bau der Siedlungen nicht gestoppt werden würde. All dies geschah vor dem Hintergrund der laufenden arabisch israelischen Gespräche im Madrider Rahmen und des wachsenden amerikanischen Drucks auf Schamir, Kompromisse auf dem Verhandlungstisch zu machen.

Die Mehrheit der Bevölkerung hatte sich gestellt hinter Jitzhak Rabin in der Hoffnung, eine politische und wirtschaftliche Wende zu erleben – darunter die Verhältnisse mit den Palästinensern zu regeln (was auch immer dies für die einzelnen Bürger bedeutete Vgl. 2.1.2.2). Das rechte politische Spektrum in Israel und die von ihm repräsentierten Siedler waren in ernsthafte Schwierigkeiten im öffentlichen Leben geraten. Nach der Wahlniederlage war Likud im Innern desorganisiert. Bei der Verkündung der Wahlergebnisse wurden in Washington und benachbarten nahöstlichen Ländern positive Signale gegeben.

Die Situation bot also dem neuen Ministerpräsidenten ein erhebliches politisches Startpotential zu Hause, in der Region und in der Welt an, Schritte auf dem Weg zum Frieden vorzunehmen – größer als die Auswirkung der in einem politischen Prozess üblichen strukturellen ökonomischen, finanziellen, institutionellen oder anderen Faktoren.⁶⁸⁵ „Simultaneous incentives to, and much needed investments in, marginalized Israeli communities inside pre-1967 Israel would have easily engendered even more support for Rabin.“⁶⁸⁶ Außerdem stand er wegen Washingtoner Wahlkampfhilfe für seinen Sieg in der Schuld der USA.⁶⁸⁷

Der Premier seinerseits warb während seiner Wahlkampagne 1992 für die Fortsetzung der Madrider Verhandlungen und die *prinzipielle* Beendigung des israelisch palästinensischen bzw. israelisch arabischen Konflikts (kein konkreter Plan wurde damals vorgelegt). Genauere Details seiner Vorstellung vom Endfrieden ließ er am umfassendsten erst mit der Unterzeichnung des Interimsabkommens 1995 offiziell ankündigen. In ihren Richtlinien vom 13. Juli

⁶⁸⁵ Ebd.

⁶⁸⁶ Ebd.

⁶⁸⁷ Vgl. Hacke, Christian: a.a.O. S.13.

1992 konzentrierte sich die Regierung auf die Interimsperiode ihrer Beziehungen mit der palästinensischen Seite. In diesem Zeitraum sollte den Palästinensern eine Art Autonomie als nationalpolitisches Existenzmodell dienen. Die äußeren territorialen Konturen der palästinensischen Selbstverwaltung sollten auf dem Gaza-Streifen und Westjordanland begrenzt sein. Ganz Jerusalem wurde als die ewige und unteilbare Hauptstadt Israels betrachtet. Die innere Verteilung von territorial-politischen Zuständigkeiten sollte an sicherheitsstrategische israelische Siedlungen entlang der „Konfrontationslinien“ mit den Palästinensern angrenzen (Vgl. 2.1.2.1). Bebauung, Infrastruktur und Entwicklungsprogramme in den besetzten Gebieten sollten zum Nutzen solcher Siedlungen überprüft werden.⁶⁸⁸ Insgesamt mussten die finanziellen Zuschüsse für die Siedlungen reduziert werden.⁶⁸⁹ Um die Bewilligung der Vereinigten Staaten für die erwünschten Kredite für die neuen ImmigrantInnen abzusichern, verpflichtete sich der Ministerpräsident im August 1992, die Subvention neuer Hausbauten in den okkupierten Territorien durch die Regierung und das Konfiszieren vom palästinensischen Land dafür zu stoppen. Offiziell ausgeschlossen blieben die schon begonnenen sowie privat finanzierten Wohnungsprojekte.⁶⁹⁰ „Permits for private construction of homes must be approved by the civilian administration in the territories and other official government bodies, and government-subsidized loans are awarded for such homes.“⁶⁹¹ Die Idee für eine jordanisch palästinensische Konföderation wurde unterstützt.

Hinsichtlich des Libanons und Jordanien trat Jitzhak Rabin ein für die von Jitzhak Schamir in seiner Eröffnungsrede bei der Madrider Konferenz ausgebreitete Position. Zu den Golanhö-

⁶⁸⁸ Vgl. Basic Policy Guidelines of the 25th Government - July 1992. In: <http://www.mfa.gov.il/MFA/Government/Previous+governments/2%20Basic%20Policy%20Guidelines%20of%20the%2025th%20Government-> Stand 13.07.1992, abgerufen am 06.06.2006.

⁶⁸⁹ Die israelische Regierung sponserte eine Vielzahl von Tätigkeiten in den Siedlungen in den besetzten Gebieten. Um einiges zu nennen, wies das Verteidigungsministerium riesige Zuschüsse für Sicherheit, Straßenbau und Verkehrsunterhalt an. (Angaben dieser Institution stehen nicht zur öffentlichen Verfügung.) Das Ministerium für Baumaßnahmen sicherte Hilfe beim Kauf oder Mieten von Wohnungen. Das Ministerium für Bildung subventionierte die Schulen der Siedlungen viel mehr als diejenigen in Israel selbst sowie religiöse Institute, die Arbeitsplätze für die Siedler anboten. Jährlich verteilte das Landwirtschaftsministerium ca. 150 Millionen israelische Schekel (NIS) unter den Siedlungen. Zusätzlich genossen die Ortsansässigen Personal- und Familienunterstützung wie Einkommensteuerabzüge und Befreiung vom Vorschulgeld. (Vgl. Swirski, Shlomo u. Etty Konor-Attias u. Alon Etkin: Government Funding of the Israeli Settlements in the West Bank, Gaza Strip and Golan Heights in the 1990s of Local Governments, Home Construction, and Road Building. In: Adva Center: Budget Analysis Project Reports. In: <http://www.adva.org/settele/settel.htm> Stand 27.01.2002, abgerufen am 07.06.2006; Vgl. Aronson Geoffrey: Rabin Should Take Measures to Reverse Settlement Course. Settlement Report. Jg.3. Nr.1. Jan.1993. (Foundation for Middle East Peace): In: http://www.fmep.org/reports/vol03/no1/02-rabin_should_take_measures_to_reverse_settlement_course.html abgerufen am 12.06.2006)

⁶⁹⁰ Vgl. Statement by Prime Minister Yitzhak Rabin following his Meeting with PLO Chairman Yasser Arafat, 19. January 1995. In: <http://www.mfa.gov.il/MFA/Archive/Speeches/STATEMENT%20BY%20PM%20RABIN%20FOLLOWING%20MEETING%20WITH%20PLO%20C> abgerufen am 12.06.2006

⁶⁹¹ Foundation for Middle East Peace: Is Rabin's Figuring Better than Shamir's? Settlement Report. Jg.3. Nr.1. Jan.1993. In: http://www.fmep.org/reports/vol03/no1/01-is_rabins_figuring_better_than_shamirs.html abgerufen am 12.06.2006.

hen äußerte der neue Ministerpräsident im Laufe der Wahlkampagne publik, dass sie unter israelischer Souveränität bleiben sollten. Die israelischen Siedlungen dort sollten denselben für die Westbank und den Gaza-Streifen vorgesehenen Baurestriktionen unterliegen. Die Beziehungen zu der arabischen Welt sollten nach der Vision vom Außenminister Schimon Peres für einen neuen Nahen Osten („The New Middle East“) gestaltet werden⁶⁹², nach der militärische Aufrüstung hinter die israelisch arabische wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Kooperation zurücktreten sollte. Es musste vermittelt werden, „... daß Frieden mit Prosperität einhergehe.“⁶⁹³ Zentral im regionalen Friedensschema sollten die Entwicklung Israels und der Abbau des arabischen Boykotts sein.

1922 in Jerusalem auf die Welt gekommen⁶⁹⁴ war Jitzhak Rabin Angehöriger der sog. Sabra-Generation, „... die in etwa den Zeitraum zwischen 1920 und 1950 abdeckte“⁶⁹⁵. Als vor Ort geborene jüdische Landarbeiter standen die Sabras für das individuelle Modell des sozialistischen Zionismus und waren eng am Lande gebunden. Aus ihren Reihen setzten sich die jüdischen militärischen Eliteeinheiten der vorstaatlichen Phase, besonders die Palmach, sowie der Großteil der regierenden Eliten der staatlichen Periode zusammen.⁶⁹⁶ Der gegenwärtige Ministerpräsident wurde nicht nur in den frühen Jahren des zionistischen Unternehmens in Palästina geboren. Er selbst gehörte zu den verherrlichten Figuren der israelischen Vergangenheit. Nach dem Abschluss eines Landwirtschaftsgymnasiums, schloss er sich der Palmach an und verbrachte dort und in der IDF 27 Jahre, darunter als Generalstabchef während des Sechstage-Kriegs 1967.

Während seines nachfolgenden Werdegangs in der Arbeiterpartei zeigte er sich imstande, militärische Erfahrungen an die jeweiligen regional- und internationalpolitischen Realitäten anzupassen. 1975 handelte er als Ministerpräsident mit US-Vermittlung das Interimsabkommen mit Ägypten aus und legte die Grundlage für die Camp-David-Vereinbarungen 1978. 1984 konzipierte er den Plan für den israelischen Rückzug in die Sicherheitszone im Südlibanon (Vgl. Abb.7). „Er hatte auch erkannt, daß die Intifada niemals durch konventionelle militärische Mittel zu besiegen war und daß Israel eine politische Lösung für das Schicksal der

⁶⁹² Peres, Schimon: Die Versöhnung. Der neue Nahe Osten. 1. Aufl. Berlin. 1993.

⁶⁹³ Rabin, Lea: Ich gehe weiter auf seinem Weg. Erinnerungen an Jitzhak Rabin. Ueberreuter, Korneuburg. 1997. S.312.

⁶⁹⁴ Zur Biografie von Jitzhak Rabin Vgl. Jewish Virtuel Library:

<http://www.jewishvirtuallibrary.org/jsourc/biography/rabin.html> abgerufen am 11.06.2006; Israelisches Außenministerium: <http://www.mfa.gov.il/MFA/Facts+About+Israel/State/Yitzhak+Rabin.htm> abgerufen am 11.06.2006.

⁶⁹⁵ Wasserstein, Bernard: a.a.O. S.33.

⁶⁹⁶ Vgl. Wasserstein, Bernard: a.a.O. S.33-35.

Palästinenser finden mußte.⁶⁹⁷ Ihm schien die andauernde Besatzung aus strategischer Sicht für die israelischen Sicherheitskräfte und die Sicherheit Israels schädlich zu sein, „... denn das israelische Militär lief Gefahr, sich von einer Truppe, die für die Kriegführung mit dem modernsten und technisch hochwärtigen Gerät ausgebildet war, in eine Polizeitruppe zu verwandeln, der die Fähigkeit zur Führung echter Kriege verloren ging“⁶⁹⁸. 1989 hatte er sich als Verteidigungsminister aktiv an einer Versöhnungsinitiative der israelischen Regierung mit den Palästinensern beteiligt.⁶⁹⁹ (Vgl. 2.1.2.2)

Abgesehen von innen- und parteipolitischen Gesetzmäßigkeiten des israelischen politischen Prozesses implizierte dieser Lebensweg am Vorabend der Unterzeichnung der Osloer Abkommen (1993) vier Verhandlungscharakteristiken von Jitzhak Rabin. So neigte er dazu, die politischen Gespräche mit den arabischen Kontrahenten durch das funktional militärische Prisma eines Sicherheitsarrangements zu betrachten. Der damalige Generalstabchef Ehud Barak wurde direkt in die Verhandlungen mit den Palästinensern, Jordanern und Syrern involviert, genauso Brigadier-General Spiegel bei den Verhandlungen über das Interimsabkommen und der stellvertretende Leiter von Mossad Ephraim Halevy bei dem israelisch-jordanischen Track. Lea Rabin schrieb in ihren Erinnerungen: „Die sozialen Seiten der Staatsangelegenheiten waren für Jitzhak persönlich niemals so wichtig wie die Beachtung von Einzelheiten auf dem Schlachtfeld, aber er erkannte, daß im Leben einer stabilen Nation beides wichtig ist.“⁷⁰⁰ Die palästinensischen Bestrebungen nach einer grundsätzlichen Umgestaltung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebensumstände in den okkupierten Territorien sollten dadurch häufig als eine militärische Herausforderung interpretiert werden. Die Förderung von moderaten, friedenswilligen Kräften im Gaza-Streifen, in der Westbank und in Israel sollte auf diese Weise behindert werden. An zweiter Stelle teilte Jitzhak Rabin Henry Kissingers Überzeugung, dass Diplomatie nur dann Erfolg haben kann, wenn sie durch entsprechende Stärke abgestützt wird. In seiner Knesset-Rede zur Ratifizierung der Osloer Vereinbarungen vom 21. September 1993 wurde dies von ihm unterstrichen.⁷⁰¹ Im Dezember 1995 wurde diese Vorstellung von Ehud Barak folgenderweise dargestellt:

„... Israel today, and in the foreseeable future, enjoys an overall strategic position of supremacy. The collapse of the Soviet Union, the defeat of Iraq in the Gulf War, Israel's special relationship with the United States, the IDF's confident advancement to the weapons and modes of warfare of the future, and above all the perception of Israel in the Arab consciousness as possessing nuclear capability -- all

⁶⁹⁷ Rabin, Lea: a.a.O. S.337.

⁶⁹⁸ Kimmerling, Baruch: a.a.O. S.101.

⁶⁹⁹ Vgl. Israel's Peace Initiative, May 14 1989. In:

<http://www.mfa.gov.il/MFA/Peace+Process/Guide+to+the+Peace+Process/Israel-s+Peace+Initiative+-+May+14+-+1989.htm> Stand 14.05.1989, abgerufen am 30.12.2005.

⁷⁰⁰ Rabin, Lea: a.a.O. S. 318.

⁷⁰¹ Vgl. Excerpts of PM Rabin Knesset Speech, 21. Sept. 1993. In:

<http://www.mfa.gov.il/MFA/Archive/Speeches/EXCERPTS+OF+PM+RABIN+KNESSET+SPEECH+-DOP+-+21-Sep.htm> Stand 21.09.1993, abgerufen am 30.12.2005.

these give rise to a position of overall strategic supremacy. This is true not only of Israel's military and strategic strength, but in the economic sphere as well: 5.5 million Israelis produce 85 billion dollars annually -- more than the 75 million Arabs in Egypt, Jordan, Syria, Lebanon and the Palestinians combined. ... The absorption of immigrants is perceived by the Arab world as one of the most important things that the State of Israel has experienced since its establishment.... All these -- Israel's political strength, its strategic military strength, its economic strength and its social strength -- combine to create the reality of Israeli supremacy; and it is this position of strength which allows Israel to coolly consider the advantages of peace in the Middle East -- peace with Syria, peace with Lebanon, seeking to establish relations with the countries of the Persian Gulf, the Arabian Peninsula and North Africa -- along with the considered risks that should be weighed in order to achieve this peace."⁷⁰²

Drittens ging der israelische Premier in seinem Friedensverständnis davon aus, dass der Charakter Israels als eines jüdischen Staats zu garantieren sei. Lea Rabin wieder: „Zur Frage der Grenzen sagte Jitzhak oft, sicherlich würde er das Westjordanland gern zu einem Teil Israels machen, aber das würde auch bedeuten, 1,2 Millionen Araber zu israelischen Bürgern zu machen und dadurch den Existenzgrund eines jüdischen Staates zu verändern.“⁷⁰³ Viertens zeigte sich bei Jitzhak Rabin als Unterhändler ein politisch diplomatischer Pragmatismus. Er war bereit zu Vereinbarungen, die aber zeitlich verzögert waren und größtmöglichen Vorteil für Israel brachten.

In einer Gesellschaft, die sich gerade erst traute, an dem lange gepflegten heroischen Mythos des zionistischen Unternehmens zu rütteln (Vgl. 2.1.2.2), erzeugte die Biografie des Premiers das notwendige Vertrauen für seine politischen Schritte in den 90er Jahren.

Zum persönlichen Führungsstil von Jitzhak Rabin hinsichtlich des israelisch palästinensischen Konflikts gehörte auch, öfters einzelgängerisch zu handeln. Rabin selber übernahm den Posten des Verteidigungsministers und stellte ein Verhandlungsteam an, das mehr ihm als dem Außenminister Peres berichtete.⁷⁰⁴ Im Laufe seiner Regierungszeit baute er ein sehr gutes Verhältnis zu Bill Clinton und Warren Christopher auf.⁷⁰⁵ Seine Beziehung zu Yasser Arafat sollte dagegen eher reserviert sein.⁷⁰⁶

⁷⁰² Foreign Minister Ehud Barak: Reply to No-Confidence Motion on the Negotiations with Syria. In: http://www.mfa.gov.il/MFA/MFAArchive/1990_1999/1995/12/FM+Barak+Negotiations+with+Syria+Knesset+Dec+25.htm abgerufen am 14.07.2006.

⁷⁰³ Rabin, Lea: a.a.O. S.340.

⁷⁰⁴ Vgl. Encyclopedia Britannica: History: The Rabin Government. In: <http://www.britannica.com/eb/article-219444> abgerufen am 12.06.2006.

⁷⁰⁵ Vgl. Rabin, Lea: a.a.O. S.341.

⁷⁰⁶ Lea Rabin spricht in ihren Erinnerungen von einem zunehmenden persönlichen Respekt Rabins vor Yasser Arafat, „... den er als starken und intelligenten Mann empfand, mit dem dennoch nicht leicht zusammenzuarbeiten war.“ Des Weiteren fügt sie hinzu: „Jitzhak glaubte schon, daß sich Arafat sehr bemühe, die Hamas unter Kontrolle zu halten. War er überzeugt, daß Arafat genug dafür tat, den Terroristen das Handwerk zu legen? Ich weiß es nicht. Es war vielleicht noch zu früh, um das zu beurteilen, als Jitzhak ermordet wurde.“ (Vgl. Rabin, Lea: a.a.O. S.355)

Die US-Außenministerin Madeleine Albright schreibt in ihrem Buch „Die Autobiographie“ zum Thema: „Er (Jitzhak Rabin, d. Verf.) misstraute den Palästinensern und vor allem Arafat, meinte jedoch, ein sorgfältig abgestimmter Frieden sei der einzig gangbare Weg für beide Seiten angesichts ihres Schicksals, als Nachbarn zusammenzuleben, die sich das gleiche Land teilten.“ (Vgl. Albright, Madeleine: Die Autobiographie. 1.Aufl. München. 2003. S.352.) Baruch Kimmerling bestätigt das Misstrauen Rabins gegenüber den Arabern im Allgemeinen und insbesondere den Palästinensern. (Vgl. Kimmerling, Baruch: a.a.O. (1) S.102)

4.1.2 Die Osloer Vereinbarungen vom 13. September 1993

Als sich das Clinton-Team den Madrider Gesprächen anschloss, steckten diese in einer Krise. In einer Woche im Dezember 1992 waren fünf israelische Soldaten von Hamas entführt und ermordet worden. Darauf hatte Jitzhak Rabin die Entscheidung getroffen, 413 Anhänger von Hamas und Islamischem Jihad (darunter mehrere Zivilisten) an die Grenze zu Libanon zu deportieren. Weil die libanesische Regierung ihre Aufnahme zurückwies, blieben sie im von Israel kontrollierten Streifen des Südlibanons bei schlechtem Zugang zu Nahrungsmitteln, Kleidung und medizinischer Pflege. Es folgten weltweite Proteste und die arabischen Teilnehmer verließen die Verhandlungen. Die Bush-Regierung votierte am 18. Dezember für die Resolution 799 des UNO-Sicherheitsrats, die die sofortige Rückkehr aller Vertriebenen verlangte.⁷⁰⁷

Die neu gebildete Clinton-Administration behielt den kritischen Ton bei, fokussierte ihn aber vornehmlich auf die Folgen der Ausweisungen für die Fortsetzung der laufenden Versöhnungsbemühungen im Nahen Osten. Öffentlich drückte sich die US-Unzufriedenheit mit dem Vorfall aus in der prinzipiellen Verurteilung jeder Deportation als Verstoß gegen das internationale Recht⁷⁰⁸ und in der Bekräftigung der Zustimmung zur Resolution 799. An alle Konfliktparteien wurde appelliert, die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Der von den palästinensischen Repräsentanten erwartete Schritt in dieser Richtung wurde als außerordentlich „mutig“ gepriesen.⁷⁰⁹ In Bezug auf Israel wurde nicht auf die rechtliche oder faktisch politische Lage in der Westbank und dem Gaza-Streifen eingegangen.

Durch den intensiven diplomatischen Druck von Warren Christopher wurde ein Kompromiss mit Israel am 1. Februar 1993 erreicht. Es wurde vereinbart, dass ca. 100 Deportierten die Rückkehr in den nächsten Tagen gestattet werden würde und dem Rest bis zum Ende des Jahres. Das stand im Widerspruch zur Resolution 799. Die USA verpflichteten sich, ihr Veto einzulegen gegen eventuelle Israel betreffende Sanktionen des Sicherheitsrats. Die PLO, die palästinensischen Verhandlungsvertreter in Washington und die verbannten Personen lehnten diese Abmachung ab.⁷¹⁰ Nach weiteren amerikanischen Interventionen konnten die Madrider

⁷⁰⁷ Vgl. Security Council Resolution 799. In: <http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/N92/831/38/IMG/N9283138.pdf?OpenElement> abgerufen am 20.06.2006.

⁷⁰⁸ Vgl. Opening Statement by Secretary of State Warren Christopher, News Conference on Middle East Peace Talks to Resume, 21.04.1993. In: <http://dosfan.lib.uic.edu/ERC/briefing/dossec/1993/9304/930421dossec3.html> Stand 21. Mai.1999, abgerufen am 20.06.2006.

⁷⁰⁹ Vgl. Opening Statement by Secretary of State Warren Christopher, News Conference on Middle East Peace Talks To Resume, 21.04.1993. In: <http://dosfan.lib.uic.edu/ERC/briefing/dossec/1993/9304/930421dossec3.html> Stand 21. Mai.1999, abgerufen am 20.06.2006.

⁷¹⁰ Zum erreichten Kompromiss hinsichtlich der 415 deportierten Hamas Anhänger vgl. Approaches Towards the Settlement of the Arab-Israeli Conflict and the Question of Palestine. Heft.21. Februar. 1993: In: <http://domino.un.org/unispal.NSF/3d14c9e5cdaa296d85256cbf005aa3eb/753f59f531d274df852560f60050151e!>

Verhandlungspartner im April wieder zusammengerufen werden. Das mit Jitzhak Rabin schon verabredete Rückkehrschema blieb in Kraft, aber in der Zeit verschoben.⁷¹¹

Die Verstimmung, die von der Verbannung ausgelöst worden war, weckte die Aufmerksamkeit des Weißen Hauses. Es bemühte sich, mit Hamas und ihrem Einfluss in den besetzten Gebieten näher bekannt zu werden. Im Januar und Februar wurden durch die amerikanische Botschaft in Amman Kontakte mit ihr hergestellt. Es wurde versucht, politische Konzessionen sowie den Verzicht auf militärische Aktionen mit ihr zu verabreden. Kurz nach dem islamistischen Bombenanschlag auf das World Trade Center am 26. Februar (keine Teilnahme von Hamas) brachen die Gespräche unter israelischem Druck sowie ausbleibendem Erfolg (im März) ab.⁷¹²

In der Hoffnung, den israelisch palästinensischen Track zu beleben, legte die amerikanische Diplomatie während der neunten Verhandlungsrunde im April und Mai einen Entwurf für eine Prinzipienklärung zwischen den beiden Gegnern vor. Als Protest gegen die Abstimmung des Papiers nur mit den Israelis und die Nichtleistung versprochener saudi-arabischer finanzieller Hilfe für die okkupierten Territorien wurde es durch die palästinensischen Repräsentanten nicht angenommen.⁷¹³ „Since the Palestinians were the weak party, the ones with the most to gain, they would simply have to go along with the Israeli-American approach. Or so it was thought in Washington.“⁷¹⁴ Auf Bestehen der Israelis und als Konsequenz eigenen Zweifels hielt außerdem das Weiße Haus die PLO lange Zeit möglichst fern vom Verhandlungstisch und konzentrierte sich auf die Arbeit mit den Delegierten aus den besetzten Gebieten.⁷¹⁵

Erstrangig für das US-Nahostteam war das Erreichen eines israelisch syrischen Abkommens. Aufgrund der militärischen und politischen Einflussmöglichkeiten von Hafez al-Assad wurde angenommen, dass damit den Weg für den Frieden mit Libanon und einen ungehemmten regionalen politischen und wirtschaftlichen Austausch frei gemacht werden konnte. Ähnliche Signale wurden von anderen arabischen Hauptstädten (vor allem den Golfstaaten) gesandt.

Inzwischen hatte Jitzhak Rabin seinen Akzent von einer nach dem Madrider Konzept parallelen Behandlung aller israelisch arabischen Streitpunkte auf die einzelnen bilateralen Schienen verlagert. (zum Madrider Rahmen Vgl. 2.1.2.2, 2.1.2.3 und 2.2) Zu Beginn seines Mandats

[OpenDocument](#) Stand 01.03.1993, abgerufen am 20.06.2006; Kempster, Norman a. Mark Fineman: Israel Bows to UN Pressure, Allows Deported Palestinians to Return. The Los Angeles Times. Jg.113. Nr.2. Febr. 2. 1993. S.2, abrufbar unter: <http://www-tech.mit.edu/V1113/N2/israel.02w.html> Stand 02.02.1993, abgerufen am 20.06.2006.

⁷¹¹ Vgl. Human Rights Watch World Report 1994: Israeli-occupied West Bank and Gaza Strip. In:

<http://www.hrw.org/reports/1994/WR94/Middle-06.htm> abgerufen am 20.06.2006.

⁷¹² Vgl. Harub, Khalid: a.a.O. S.195-196.

⁷¹³ Vgl. Susser, Leslie: Back to the Shuttle? In: The Jerusalem Report. Jg.IV. Nr.2. 3.Juni.1993. S.17.

⁷¹⁴ Quandt, William B.: a.a.O. (2) S.326.

⁷¹⁵ Vgl. Ebd. S.326.

war auch für ihn die Verständigung mit Syrien vorrangig, Monate später – die israelisch palästinensische. Ausgehend von der unruhigen Situation in dem Gaza-Streifen und in der Westbank, der günstigen regionalen Kräftekonstellation, der Atmosphäre des Madrider Prozesses und der US-Unterstützung für einen neuen Kurs erkannte er, dass direkte Kontakte mit der palästinensischen Diaspora unentbehrlich waren. Im Januar 1993 wurde das Kontaktsperregesetz aufgehoben, das solche Kontakte unter Strafe stellte. In Norwegen begannen geheime Treffen zwischen der PLO und Vertretern des israelischen Außenministeriums über die Einführung der palästinensischen Selbstverwaltung im Gaza-Streifen (dicht besiedelt, ohne bedeutende Ressourcen) und in der Stadt Jericho. Weil der palästinensische Kampf in jenem Moment so hilflos war und weil Yasser Arafat nach politischer Aufwertung durch die internationale Gemeinschaft strebte, gab er sein Einverständnis zu der Idee einer politisch und territorial eingeschränkten Autonomie trotz der Proteste von Politikern aus den okkupierten Territorien. Obwohl die Amerikaner von ihrem langjährigen norwegischen NATO-Verbündeten über die prozedurale Seite informiert wurden,⁷¹⁶ waren sie in den Osloer Kanal nicht involviert. Die Konfliktparteien hatten sich für eine stille Diplomatie entschieden, ohne die Teilnahme des Dritten. In diesen Monaten bestand die US-Teilnahme in einer konstanten Pendeldiplomatie in der Region und zwischen den Verhandlungsteams in Washington, um die Madrider Sitzungen aufrechtzuerhalten.

Nach einer Serie von palästinensischen Angriffen auf Israelis im Landesinnern entschloss sich Jitzhak Rabin am 31. März, die okkupierten Territorien auf unbestimmte Zeit abzusperren. Tausende von Palästinensern wurden von ihren Arbeitsstellen in Israel, ihrem urbanen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Zentrum Ostjerusalem und dem Verkehr zwischen ihren Städten abgeschnitten. „By the summer, the number of Palestinians with permits to work inside Israel had crept up to 50,000, less than half the number previously employed. However, the closure continued to harm the Palestinian economy and inconvenienced many Palestinians with compelling reasons to enter, or pass through, Israel or East Jerusalem.“⁷¹⁷ Im Mai wurde die Entscheidung getroffen, 2 000 ausländischen Bauarbeitern die Einreise nach Israel zu er-

⁷¹⁶ Zu den amerikanisch norwegischen Beziehungen im Rahmen des Osloer Prozesses vgl. Thune, Henrik u. Stale Ulrikson: Norway as an Allied Activist – Prestige and Pennance through Peace. (Norwegian Institute of International Affairs, Paper No.637, December 2002). In: <http://www.nupi.no/IPS/filestore/637.pdf> abgerufen am 07.07.2004; Waage, Hilde Henriksen: Peacemaking Is a Risky Business: Norway's Role in the Peace Process in the Middle East, 1993-96 (International Peace Research Institute, Oslo: Report.) In: http://www.prio.no/page/Publication_details/9429/45139.html (Schlussfolgerung des Berichts) abgerufen am 07.07.2004; Borch, Christian: Norwegen und die NATO. In: http://www.dep.no/odin/tysk/om_odin/adresser/032005-990112/dok-bn.html Stand 1995, abgerufen am 07.07.2004.

⁷¹⁷ Human Rights Watch: World Report 1994. In: http://www.hrw.org/reports/1994/WR94/Middle-06.htm#P333_174882 abgerufen am 20.06.2006.

lauben, um arabische Arbeitskräfte aus den okkupierten Territorien zu ersetzen.⁷¹⁸ (So verwandelte sich die israelische Praxis der Abriegelung in eine kollektive Straf- und Kontrollmaßnahme seit 1991 – bevor der erste terroristische Selbstmordanschlag in Israel geschah).

Die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem gab 124 durch die IDF und 5 durch israelische Zivilisten getötete Palästinenser in der Periode Januar-September 1993 an. 16 israelische Zivilisten und 15 Soldaten wurden durch Palästinenser getötet.⁷¹⁹ Folter in den israelischen Gefängnissen, rechtswidrige Verhaftungen, Häuserbeschädigungen seitens der israelischen Armee und Ermordung von palästinensischen Kollaborateuren durch einheimische Palästinenser wurden regelmäßig parallel zu den politischen Gesprächen vollzogen. Besorgt, die Verhandlungen nicht zu unterbrechen sowie innenamerikanische Einflussfaktoren nicht zu enttäuschen, wurde 1993 von Bill Clinton kein öffentlicher Hinweis auf Israels Verletzung von Menschenrechten gemacht. Einzelne Berichte zeigten dagegen, dass Washington gegen die lange Abriegelung und etliche israelische Misshandlungen hinter den Kulissen lobbierete.⁷²⁰

Mit dem neuen israelischen Kabinett wurde eine gewisse Lockerung bei der Durchführung von Demonstrationen und bezüglich der militärischen Pressezensur in den besetzten Gebieten beobachtet. Erste immer noch schwache Zeichen von offener Unzufriedenheit mit Yasser Arafat waren in den lokalen palästinensischen Zeitungen zu konstatieren. Die Madrider Friedensversuche ermöglichten den Palästinensern, ihren Blickwinkel von der Okkupation auf innere Probleme zu versetzen. Doch waren die palästinensische Unterdrückung und die PLO-Symbolik in jenen Jahren zu maßgeblich ausgeprägt, damit sich eine solche Kritik in vollem Gange entfaltet.⁷²¹

Eine Meinungsumfrage unter israelischen Juden von spätem Frühling 1993 ließ eine Zersplitterung unter den Befragten in Anbetracht der zukünftigen israelisch palästinensischen Beziehungen unterscheiden. Die Mehrheit erklärte sich für einen israelischen Abzug aus dem Gaza-Streifen. Fast gleichmäßig wurden die Stimmen zwischen denjenigen verteilt, die ein Landfür-Frieden-Abkommen für die Westbank befürworteten, und diesen, die sich dagegen widersetzen. Am unwilligsten zeigten sich die Umfrageteilnehmer bezüglich der Golanhöhen und Ostjerusalem. 62% ließen keine Räumung der Golanhöhen zu, sogar bei guten Sicherheitsgarantien für Israel, 19% neigten dazu, einen kleinen Teil an Syrien abzutreten und 9% waren

⁷¹⁸ Vgl. The Jerusalem Report. Jg.IV. Nr.1. 20.Mai.20.1993. S.4.

⁷¹⁹ B'Tselem: Statistics: Fatalities in the First Intifada. In: http://www.btselem.org/english/statistics/First_Intifada_Tables.asp abgerufen am 28.11.2003.

⁷²⁰ Vgl. Human Rights Watch: World Report 1994. In: http://www.hrw.org/reports/1994/WR94/Middle-06.htm#P333_174882 abgerufen am 20.06.2006.

⁷²¹ Vgl. Kershner, Isabel u. Khaled Abu Toameh: When No News is Good News. In: The Jerusalem Report. Jg.IV. Nr.4. 1.07.1993. S.25-26.

einverstanden, das ganze Territorium zurückzugeben. Zum Vergleich waren es im Januar desselben Jahres 65%, die die Golanhöhen unter israelischer Hoheit haben wollten, und nur 4%, die auf den ganzen Golan verzichten konnten. In Bezug auf Ostjerusalem waren die interviewten israelischen Bürger noch zurückhaltender.⁷²²

Der Anstieg der israelisch palästinensischen Spannung als Konsequenz der Blockierung der Bewegung in und zwischen dem Gaza-Streifen und der Westbank wurde durch die Ereignisse im Sommer im Südlibanon noch intensiviert. Im Zuge der Madrider Verhandlungen hatten Hisbollah und oppositionelle palästinensische Kräfte ihre Attacken dort vermehrt.⁷²³ Acht israelische Soldaten hatten ihr Leben in der Sicherheitszone im Juli verloren. Der Premier Rabin befahl von 25. bis 31. Juli die Operation „Rechenschaft“ (Operation „Accountability“) – den schwersten Boden- und Luftartilleriebeschuss Libanons seit 1982. Mehr als fünfzig Dörfer wurden betroffen, 130 Zivilisten und einige Guerillas starben, ganze Wohnviertel wurden zerstört, 200 000 Flüchtlinge gingen in Richtung Beirut, um einen sicheren Unterschlupf zu suchen.⁷²⁴ „The offensive served to bring the people even closer to Hezbollah’s Islamic Resistance and they turned their wrath against the occupation instead. It also reawakened a sense of bitterness against the West.“⁷²⁵ Der UNO-Sicherheitsrat ist nämlich nicht einmal zusammengekommen, um die Überproportionalität der israelischen Gewalt zu beraten. Washington zog vor, über die Verluste der libanesischen Zivilisten zu schweigen und gab Hisbollah und dem Iran die Schuld an dem Geschehenen. Die US-Aufmerksamkeit wurde in dieser Situation wieder auf die Verhinderung einer regionalen Eskalation und die Rettung des Madrider Prozesses gerichtet. Israel, Libanon und Syrien wurden zur Kooperation aufgerufen. Vielmehr wurden in der Öffentlichkeit jene Aktivitäten von Damaskus, die Hisbollah zurückhalten würden, als notwendig und positiv eingeschätzt.⁷²⁶ Eine Woche verbrachte Warren Christopher vor Ort, um einen Waffenstillstand ins Leben zu rufen. Zwischen Israel, Syrien und Libanon wurde eine informelle Übereinkunft erreicht, um den heißen Krieg an der israelisch libanesischen Grenze zu kontrollieren: Hisbollah verpflichtete sich, keine Raketen auf Nordisrael zu schießen, und Israel sollte keine libanesischen Zivilobjekte bei seiner Auseinandersetzung mit islamistischen Gruppen angreifen. Weder die Entwaffnung der Letzten

⁷²² Die Meinungsumfrage wurde von Jerusalem Report und dem Smith Research Center in Israel zwischen 28. April und 6. Mai 1993 durchgeführt. (Vgl. The Jerusalem Report. Jg.IV. Nr.2 3.Juni.1993. S.4)

⁷²³ Goodman, Hirsh: Why Israel Went Into Battle. In: The Jerusalem Report. Jg.IV. Nr.7. 12.August.1993. S.10-11.

⁷²⁴ Vgl. Jaber, Hala: a.a.O.S.172.

⁷²⁵ Ebd.

⁷²⁶ Vgl. Press Briefing, The White House, 27. July. 1993. In: <http://www.clintonfoundation.org/legacy/072793-press-briefing-by-dee-dee-myers.htm> abgerufen am 22.06.2006; Press Briefing, The White House, 30. July.1993. In: <http://www.clintonfoundation.org/legacy/073093-press-briefing-by-dee-dee-myers.htm> abgerufen am 22.06.2006; Remarks by President Clinton with CEOs, 28.July.1993. In: <http://www.clintonfoundation.org/legacy/072893-remarks-by-president-with-ceos.htm> abgerufen am 22.06.2006.

noch die Beendigung der israelischen Okkupation des Südlibanons wurden erwähnt, schriftlich postuliert oder in die Tat umgesetzt. Beirut und Damaskus betrachteten die Präsenz von Hisbollah auch ferner als ein Widerstandsrecht. 50,1% der palästinensischen Bevölkerung in der Westbank, im Gaza-Streifen und Ostjerusalem erklärten sich im August für den Rücktritt ihrer Vertreter und Beendigung der Madrider Verhandlungen.⁷²⁷

Die amerikanische Diplomatie fasste dieses Übereinkommen als ein Sprungbrett für einen israelisch syrischen Frieden auf, der nicht zuletzt die stagnierenden israelisch palästinensischen Gespräche stimulieren sollte. Progress zu einer Paketvereinbarung, inkl. politischer Normalisierung, israelischen Abmarsches aus dem Golan, Sicherheitsarrangements zwischen den beiden Seiten und Garantien Syriens, Hisbollah abzuhalten, wurde von Warren Christopher angestrebt. Inzwischen waren die PLO und Israel zu einer Verständigung gekommen.

Mit den Osloer Vereinbarungen vom 13. September 1993 – Austauschbriefe zwischen Yasser Arafat und Jitzhak Rabin⁷²⁸ und ein Grundlagenvertrag, wurde ein bedeutender Kommunikationsdurchbruch in den israelisch palästinensischen Beziehungen auf höchster diplomatischer Ebene vollzogen: die beiden Akteure wagten miteinander publik zu sprechen. Eine drastische Senkung des Ölpreises folgte im Nachhinein.⁷²⁹ Im Namen der PLO anerkannte Arafat das Recht des Staats Israel auf Existenz in Frieden und Sicherheit und nahm die UNO-Resolutionen 242 und 338 an. Er verpflichtete sich auf den Madrider Prozess und eine Koexistenz mit den Israelis ohne Gewalt und Terror und übernahm die Verantwortung dafür, dass alle PLO-Gruppen und alle Angehörigen der PLO dies einhalten. Die Bestimmungen der PLO-Charta, die Israel das Recht auf Existenz absprachen, wurden für nicht länger gültig erklärt. Der Palästinensische Nationalrat würde die dazu erforderlichen formellen Schritte unternehmen werden. Vieles davon hatte die PLO bzw. ihr Vorsitzender im Jahre 1988 klar übernommen (Vgl. 2.2). Dieses Mal fehlte die Erwähnung der UNO-Resolution 181 aus dem Jahre 1947, die einen palästinensischen Staat vorsah und ihm einen größeren territorialen Umfang als die 1967 okkupierten Territorien zuschrieb. Jitzhak Rabin seinerseits anerkannte die PLO als die Vertretung der Palästinenser sowie die Bereitschaft seiner Regierung, direkte Verhandlungen mit ihr aufzunehmen.

Es wurde die Einführung von palästinensischer Selbstverwaltung in die Westbank und den Gaza-Streifen für eine Übergangsperiode von maximal fünf Jahren prinzipiell entschieden. Verhandlungen über alle ihren einzelnen Aspekte sollten erst aufgenommen werden. Ein spä-

⁷²⁷ Vgl. JMCC: Public Opinion Poll Nr.2: On Palestinian Attitudes to Current Issues. August 1993. In: <http://www.jmcc.org/publicpoll/results/1993/no2.htm> abgerufen am 26.06.2006.

⁷²⁸ Vgl. Europa-Archiv. Zeitschrift für internationale Politik. 48. Jg. 1993. Dokumente. S. D525-D526.

⁷²⁹ Vgl. Sandler, Neal: In the Pipeline. In: The Jerusalem Report. Jg.IV. Nr.13. 4.Nov.1993. S.36.

testens im April 1994 auszuführender, partieller Rückzug der israelischen Truppen aus dem Gaza-Streifen und Jericho und die Errichtung der palästinensischen Autonomie dort, einschl. lokaler Polizeikräfte, sollte der Anfang dieses Unternehmens sein. Parallel sollte die Übertragung von Befugnissen in bestimmten Bereichen in dem Rest der Westbank erfolgen: Ausbildung und Kultur, Gesundheitswesen, soziale Sicherheit, direkte Steuern und Tourismus. Nicht mehr als 9 Monate nach dem Inkrafttreten der Prinzipienklärung (13 Oktober 1993) sollten Wahlen für einen Palästinensischen Rat mit exekutiven und legislativen Funktionen stattfinden, der dann völlig verantwortlich für die palästinensische Bevölkerung im Gaza-Streifen und in Jericho und die zivilen Angelegenheiten der Palästinenser im Westjordanland sein sollte. Spätestens im dritten Jahr sollten Verhandlungen über den endgültigen Status der israelisch palästinensischen Beziehungen beginnen, wo die kritischsten Fragen behandelt werden sollten: Jerusalem, Flüchtlinge, Siedlungen, Grenzen, Kooperation mit anderen Nachbarstaaten. Israel blieb für die Verteidigung und die Außenbeziehungen der Palästinenser und die innere Sicherheit der israelischen Siedler in der Westbank und im Gaza-Streifen zuständig. Zwei der vier Anhänge beschäftigten sich explizit mit der gegenseitigen israelisch palästinensischen bzw. der regionalen Wirtschaftskooperation.

Die Perspektive eines von den Palästinensern angestrebten eigenen Staats als Endlösung des Konflikts war in der Prinzipienklärung nicht präsent. „Der Text deutet zwar mit dem Verweis auf die legitimen Rechte der Palästinenser darauf hin und kann sicher auch so interpretiert werden, explizit enthalten ist die Formulierung aber nicht.“⁷³⁰ Ausgeschlossen vom zukünftigen Autonomiegebiet der Palästinenser war Ostjerusalem. Durch die Vereinbarung, die Frage der Siedlungen im Rahmen der Verhandlungen über den endgültigen Status zu regeln, wurde der Status quo noch einmal legalisiert.⁷³¹ Jericho und Gaza-Streifen sollten nicht durch einen Landkorridor, sondern den sog. sicheren Verkehrsdurchgang („safe passage“) verbunden werden. Für die beiden Gebiete wurden keine internationalen Aus/Eingänge vorgesehen und der zu bauende Hafen an der Gazaküste sollte von der israelischen Marine patrouilliert werden. Die exakte israelische Truppenpositionierung hinsichtlich des Gaza-Streifens und Jerichos wurde nicht spezifiziert. Während die palästinensische Seite von einem Rückzug („withdrawal“) sprach, bestand Israel auf eine Truppenverlegung („redeployment“). Hier und an anderen Stellen (z.B. der Begriff „dauerhafter Status“) trugen die nicht geklärten Details des Textes zu der Fortsetzung der nahöstlichen Tradition der „konstruktiven Ambivalenz“, die mit der Husseyn-MacMahon-Korrespondenz, über die Balfour-Deklaration, die Resolutionen

⁷³⁰ Baumgarten, Helga: a.a.O. (2) S.179.

⁷³¹ Vgl. Hass, Amira: a.a.O. S.205.

242 und 338 weiter getrieben wurde.⁷³² Nichtsdestoweniger problematisch sollte das Fehlen einer unabhängigen Instanz und eines formalen Regelwerks werden. „Das heißt aber letztlich, daß die Beziehungen zwischen dem Staat Israel und der palästinensischen Gesellschaft im Wesentlichen durch den Faktor Macht bestimmt waren. Wer die Macht hatte, konnte seine Interpretation der Osloer Abkommen durchsetzen.“⁷³³

Die Clinton-Administration begrüßte die Prinzipienklärung als ein historisches Ereignis. In ihrer Unterstützung wurde eine große Chance erkannt, die US-nahöstlichen Ansichten zu realisieren: Israel in sein regionales Umfeld zu integrieren, damit der eigene Einfluss stabilisiert werden kann. Washington organisierte eine intensive Kampagne für die Popularisierung des Dokuments und war der Gastgeber bei seiner offiziellen Unterzeichnung. Damit die Konfliktparteien fester mit ihm engagiert werden können, wurde auch die physische Präsenz von Yasser Arafat und Jitzhak Rabin in der amerikanischen Hauptstadt am 13. September gesichert.⁷³⁴ Die offiziellen Kontakte zwischen den Vereinigten Staaten und der PLO wurden wiederhergestellt. Am 15. September telefonierte der Präsident mit Hafez al-Assad, um um seine Unterstützung für die Vereinbarung zu bitten und für die Restriktion von oppositionellen palästinensischen Kräften auf syrischem Territorium zu plädieren.⁷³⁵ Jordanien wurden 275 Millionen Dollar von seinen Schulden bei den USA für das Finanzjahr 1993 erlassen.⁷³⁶ Eine aktive amerikanische politisch diplomatische Tätigkeit wurde in der gesamten Region unternommen. So konnte Jitzhak Rabin auf seinem Rückweg vom König von Marokko am 14. September empfangen werden. Als besonders wichtig in dieser Hinsicht wurden die Golfstaaten betrachtet. „In return for US strategic protection to the Gulf states, these states have generally provided tangible diplomatic and material support to other aspects of U.S. policy in the Middle East, including U.S. policy toward the Israeli-Palestinian dispute.“⁷³⁷ Nach dem Unterschreiben der Prinzipienklärung schlossen sie sich an die multilateralen Madrider Gespräche an. Möglichkeiten zur Einfuhr von Erdöl- und Gas aus der Golfregion für den eigenen Bedarf in Israel und zur Ausfuhr für die Märkte im Westen über die Eilat-Ashkelon-Pipeline (TIP-Line) wurden besprochen.⁷³⁸

⁷³² Vgl. Klieman, Aharon: a.a.O.

⁷³³ Baumgarten, Helga: a.a.O. (2) S.180.

⁷³⁴ Rabin, Lea: a.a.O. S.342-345; Interview of Secretary of State Warren Christopher by Bob Schiffer on CBS-TV'S „Face the Nation“, September 12 1993, Washington. In: <http://dosfan.lib.uic.edu/ERC/briefing/dossec/1993/9309/930912dossec.html> Stand 21.05. 1993, abgerufen am 23.06.2006.

⁷³⁵ Vgl. Human Rights Watch: World Report 1994: Lebanon. In: http://www.hrw.org/reports/1994/WR94/Middle-08.htm#P460_235890 abgerufen am 23.06.2006

⁷³⁶ Vgl. Clarke, Duncan L. u. Daniel B. O'Connor u. Jason D. Ellis: a.a.O. S.92.

⁷³⁷ Katzman, Kenneth: The Persian Gulf States: Post-War Issues for U.S. Policy (US Congressional Research Service: Issue Brief for Congress). S. CRS-17. In: <http://fpc.state.gov/documents/organization/22873.pdf> Stand 14.07.2003, abgerufen am 07.03.2006.

⁷³⁸ Vgl. Sandler, Neal: In the Pipeline. In: The Jerusalem Report. Jg.IV. Nr.13. 4.Nov.1993. S.36-37.

Einer der Bereiche, wo Bill Clinton am stärksten engagiert war, war die israelisch palästinensischen Abkommen finanziell abzustützen. Was Israel anging, wurde ihm durch die US-Administration bestätigt, seine jährliche Wirtschafts- und Militärhilfe ununterbrochen zu bekommen. Für die palästinensische Seite wurde der Akzent auf die Suche nach ausländischen Sponsoren im und außerhalb des Nahen Ostens gelegt. Im Oktober 1993 wurde eine Konferenz der Geberländer veranstaltet, auf der die US-Regierung 500 Millionen Dollar für die nächsten fünf Jahre versprach (die Vereinigten Staaten erweisen sich als der größte Einzelgeldgeber Vgl. Abb.16). Von dem Moment an würde es immer wieder Unzufriedenheit im Weißen Haus hervorrufen, wenn der Kongress sich weigerte, die Summe für das jeweilige Jahr rechtzeitig oder gänzlich zu liefern – etwas, was die israelische Regierung und AIPAC auch bestritten. Die auf der Konferenz angekündigten Mittel durften in Ostjerusalem bis zur Eröffnung der Verhandlungen über den dauerhaften Status der besetzten Gebiete nicht ausgegeben werden. Washington warb auf dem Forum für die Investitionsmöglichkeiten vor Ort seitens des internationalen/globalen privaten Sektors.⁷³⁹ Große Aufmerksamkeit auf und operative Hilfe für den palästinensischen Sicherheitsapparat wurden geleistet und der israelisch palästinensische Nachrichtendiensttausch wurde später aktiviert. Die amerikanische Regierung fing an, Angestellte der aufzubauenden Palästinensischen Autorität technisch vorzubereiten.

Die breite Bevölkerung in Israel und in den okkupierten palästinensischen Territorien reagierte positiv auf die „Zuerst-Gaza-plus-Jericho“-Formel des Grundlagenvertrags. Die Dahaf und Guttman Institute fanden im Oktober heraus, dass 60% der Israelis hinter dem Papier standen.⁷⁴⁰ Vergleichsweise die Palästinenser, wobei sie es ausdrücklich als eine vorübergehende Lösung annahmen. Die Umfrage des Palestinian Center for Policy and Survey Research (PSR) vom 10. und 11. September wies auf 64,9% hin, die die Vereinbarung bejahten. Rund 45% assoziierten sie mit der Errichtung eines palästinensischen Staats. 80,3% waren für einen demokratischen Dialog zwischen den palästinensischen politischen Gruppierungen. Fast gleichmäßig aber wurden die Befragten hinsichtlich der Notwendigkeit für die Fortsetzung der Intifada geteilt – 42,6% dafür und 46,5% dagegen.⁷⁴¹ Eine Woche nach der Unterzeichnung gab das Jerusalem Media&Communication Centre (JMCC) an, dass 68,6% von den Palästinensern es als ein Stufenkonzept bewilligten. Deutlich wurde Vertrauen gegenüber der

⁷³⁹ Press Conference by Secretary of State Warren Christopher, Secretary of Treasury Lloyd Bentsen, Russian Foreign Minister Andrei Kozyrev, during the Conference to Support Middle East Peace, October 1 1993. In: <http://dosfan.lib.uic.edu/ERC/briefing/dossec/1993/9310/931001dossec.html> Stand 21. 05.1999, abgerufen am 26.06.2006.

⁷⁴⁰ Die Umfragergebnisse der beiden Forschungsinstitute wurden zitiert in: The Jerusalem Report. Jg.IV. Nr.11. 7.Okt.1993. S.5.

⁷⁴¹ Vgl. PSR: Public Opinion Poll Nr.1: The Palestinian-Israeli Agreement: „Gaza-Jericho First“ September 10-11 1993. In: <http://www.pcpsr.org/survey/cprspolls/94/poll1.html> abgerufen am 26.06.2006.

PLO gezeigt. 60,1% betrachteten das Dokument als einen realistischen Schritt in Richtung eines palästinensischen Staats. 37,5% sahen in ihm eine Legitimierung der israelischen Okkupation.⁷⁴² Die Palästinenser empfingen die Osloer Vereinbarungen also mit Erleichterung und Begeisterung, befürworteten es gleichzeitig nicht bedingungslos. „Das Abkommen stieß bei den Palästinensern im Exil auf erheblichen Widerstand, weil sie sich durch die PLO-Führung, die auf das Rückkehrrecht der Exilierten verzichtet hatte, verraten fühlten. Sie hielten am Kernprinzip der palästinensischen Diaspora fest: nämlich, dass Rückkehrrecht ein Grundrecht sowohl einer jeden einzelnen Person als auch der Gemeinschaft ist, die gewaltsam aus ihrer Heimat vertrieben wurde.“⁷⁴³

Bestimmte gesellschaftliche Minoritätsgruppen in den besetzten Territorien sowie in Israel ließen sich von den Resultaten in Norwegen kaum überzeugen. Am 9. Oktober 1993 haben zehn palästinensische Gruppierungen, einschl. der Hamas und einiger PLO-Zweige, eine Deklaration in Damaskus verabschiedet, in der der Grundlagenvertrag als verräterisch bezeichnet worden war.⁷⁴⁴ Hamas, vor allem der Militärflügel der Organisation, Islamischer Jihad und Hisbollah anerkannten ihn nicht und bestanden auf der Weiterführung des bewaffneten Widerstands. Serien von Überfällen gegen israelische Einzel- und Gruppenziele würden zukünftig ausgeübt und mittels Arreste, Tötungen und Ruinierung von Häusern und palästinensischer Infrastruktur durch Israel vergolten werden.

Noch vor den Osloer Ereignissen hatten verbale Proteste und Straßendemonstrationen seitens der israelischen Siedler und Nationalisten und ihrer politischen Repräsentanten, insbesondere des Likud, gegen die Abtretung von Land angefangen.

Vor dem Hintergrund des Zögerns von Jitzhak Rabin, unproduktiver Verhandlungen und „heißer“ Konfliktrealitäten waren ein Jahr nach den Wahlen die Erwartungen des Großteils der Bevölkerung für eine politische Wende verblasst und den rechten Kräften war es gelungen, sich wieder zu mobilisieren. Bis zu der Massenveranstaltung am Tag seines Mordes 1995 blieb der Ministerpräsident selbst dem linken Lager fern. „Instead of rallying the government supporters, Rabin alternated between three kinds of response: ignoring the hostile demonstrations and getting on with the negotiations; lashing out at the settlers with his highly abrasive tongue; or – when the nationalists became too violent to tolerate – setting the police on them. At the same time, Rabin’s emissaries at the negotiating table pointed to the right-wing demonstrations, and demanded more concessions from Arafat.“⁷⁴⁵

⁷⁴² Vgl. JMCC: Public Opinion Poll Nr.3: On Palestinian Attitudes on PLO-Israel Agreement. 19/20/21 September 1993. In: <http://www.jmcc.org/publicpoll/results/1993/no3.htm> abgerufen am 26.06.2006.

⁷⁴³ Kimmerling, Baruch: a.a.O. S.107.

⁷⁴⁴ Vgl. Europa-Archiv. 48. Jg. 1993. S.552-553.

⁷⁴⁵ The Other Israel. Nr. 69-70. Nov-Dec 1995. S.2.

In der Knesset wurde den israelisch palästinensischen Vereinbarungen mit 61 gegen 50 Stimmen bei 8 Enthaltungen und einem fehlenden Abgeordneten am 23. September zugestimmt. Am 14. September hatte die Schass-Partei wegen Korruptionsanklage gegen ihren Leiter Ariyeh Deri, ideologischer Differenzen mit ihren Koalitionspartner Meretz und des Drucks des rechten politischen Spektrums in Anbetracht der Übereinkunft die Regierungskoalition verlassen, hat sich aber bei der Abstimmung enthalten. Die Regierungsmehrheit in der Knesset war damit auf das Minimum von 61 Stimmen geschrumpft, verfügte aber über das Blockierungsminimum. Im Juli drückte sich Jitzhak Rabin bewusst aus: „The June election gave us the largest party in the Knesset, 44 seats versus 32 for the Likud. We also have a blocking bloc of 61, which prevents any chance of a right-wing government, even if it were to include all the religious parties.“⁷⁴⁶

Demnächst versuchte Washington bei (in)offiziellen Gelegenheiten, den Schwung von Oslo in einen andauernden Prozess auf der lokalen, regionalen und internationalen/globalen Konfliktebene zu transformieren. Das Tempo beschleunigte sich in Krisenmomenten. Hier stimmten die israelischen und amerikanischen Interessen zu einem beträchtlichen Maße überein. Vielmehr verließ sich das Kabinett von Jitzhak Rabin häufig auf die diplomatischen Kanäle des Weißen Hauses, um Gutheißen in diversen arabischen Hauptstädten zu erwerben. US-Angestellte waren sehr erfolgreich in ihrer Kampagne für die Verbesserung des israelischen Images im Rahmen der Vereinten Nationen. Sei es aus (innen)politischen Gründen, sei es aus hohen Sympathien für den neuen israelischen Ministerpräsidenten, wurden vorgetretene Divergenzen zwischen Washington und Israel meistens im Verborgenen adressiert. Eine Mischung aus interarabischen Spannungen um Vormachtstellung unter den größeren Regionalmächten und um Selbständigkeit unter den kleineren, reine wirtschaftliche und innen- und außenpolitische sicherheitsbezogene Kalküle brachten die arabischen Herrscher andererseits dazu, Israel in ihre Pläne einzubeziehen. Diese Tatsache ermöglichte Amerika, Zuckerbrot- und Peitsche-Politik mittels Waffenlieferungen, Sicherheitsgarantien und politischer Kooperation auszuführen.

Am 14. September 1993 wurde in Washington eine israelisch jordanische Agenda unterzeichnet, deren Bestandteile letztlich in einem Friedensvertrag gipfelten.⁷⁴⁷ Die Osloer Übereinkunft wurde noch intensiver als Katalysator für den israelisch syrischen Track genutzt. Als z.B. Jitzhak Rabin bei seinem Besuch in Alexandria am 19. September erneut Vorbedingungen für einen Frieden mit Syrien vorlegte (Damaskus sollte die palästinensische Opposition

⁷⁴⁶ Zit in: Yitzhak Rabin in Interview mit Hirsh Goodman. In: The Jerusalem Report. Jg.5. Nr.5. 14. Juli. 1994. S.13.

⁷⁴⁷ Vgl. Europa-Archiv. Dokumente. 48.Jg. 1993. S.D541-542.

auf seinem Territorium kontrollieren und der libanesischen Armee erlauben, im Süden gegen Hisbollah zu handeln), wurde dies in den USA mit Unzufriedenheit als eine „Absperrungstaktik“ interpretiert. Der Präsident Assad dagegen musste beruhigt werden.⁷⁴⁸ Im Oktober flog der syrische Außenminister Faruk al-Schara in die Vereinigten Staaten – die erste Visite eines hohen Vertreters Syriens seit fast zwei Jahrzehnten, und im Januar 1994 traf Bill Clinton den Präsidenten Assad in Genf. In dieser Etappe wandte sich das Weiße Haus an Israel, den Rückzug aus dem Golan prinzipiell zu akzeptieren, und an Syrien, sich mit einer vollständigen Normalisierung der Beziehungen mit Israel prinzipiell zu engagieren. Die eigentliche Räumung der Golanhöhen sowie die Regelung der Verhältnisse zwischen den Kontrahenten sollte in nachfolgenden Phasen erfolgen.⁷⁴⁹ Als Sicherheitsgarantie für Israel war die Clinton-Administration bereit, US-Truppen auf dem Golan zu stationieren. Um seine Teilnahme an den Verhandlungen und seine Selbständigkeit sicherzustellen, wurde 1993 die politische, militärische und wirtschaftliche Unterstützung für Libanon erhöht. Die USA erwarteten von der Regierung, Hisbollah und oppositionelle palästinensische Kräfte im Süden des Landes zu entwerfen und aufzulösen und separat von Syrien, Gespräche mit Israel zu starten. Warren Christopher besuchte den Staat und Bill Clinton empfing den Premier Hariri in Amerika. Die militärische Hilfe wurde erweitert, inkl. der Aussetzung des achtjährigen Verbots von amerikanischer Lieferung von nicht-tödlicher Ausrüstung. Dank der Kontakte Washingtons zu internationalen/globalen Sponsoren wie Saudi-Arabien, Katar, Kuwait, Deutschland, Italien, Frankreich und der Weltbank verwandelte sich Libanon 1993 in den zweitgrößten Empfänger von ausländischer Wirtschaftshilfe pro Kopf der Bevölkerung im Nahen Osten nach Israel.⁷⁵⁰ Charakteristisch für die amerikanische Teilnahme an den israelisch palästinensischen Verhandlungen zu jenem Zeitpunkt blieb das Prinzip der Facilitation und der Guten Dienste und kein inhaltlicher Bezug wurde hergestellt. Beide Seiten wurden auf Fortschritte gedrungen, bis zu dem Punkt, der ihnen (speziell Israel) als „möglich“ galt. Nachdem das israelische Kabinett sich geweigert hatte, die detaillierten Diskussionen über die palästinensische Selbstverwaltung im Gaza-Streifen und in Jericho in Ostjerusalem zu veranstalten, begannen diese am 13. Oktober 1993 in Taba (Ägypten). Eine Herabsetzung der IDF-Tötungen von Palästinensern wurde beobachtet. Rund 760 Häftlinge, die meisten unter 18 Jahren oder im ungesunden Zustand, wurden am 25. und 26. Oktober freigelassen (trotzdem blieben am Anfang November ca. 11 000 Menschen in israelischen Militär- oder Zivilgefängnissen inhaftiert).

⁷⁴⁸ Vgl. Susser, Leslie: Peres Seeks End to Arab „State of War“. In: The Jerusalem Report. Jg.IV. Nr.12. 21.Okt.1993. S.5.

⁷⁴⁹ Vgl. Susser, Leslie: U.S. Pushing Hard for Israel-Syria Deal. In: The Jerusalem Report. Jg.IV. Nr.16. 16.Dez.1993. S.4-5.

⁷⁵⁰ Vgl. Human Rights Watch: World Report 1994: Lebanon. In: http://www.hrw.org/reports/1994/WR94/Middle-08.htm#P460_235890 abgerufen am 13.07.2006.

Am 22. Oktober wurde die Einschränkung des Verkehrs nach Ostjerusalem erleichtert: Ärzte, Rechtsanwälte, Patienten und muslimische Gläubige erhielten die Eintrittserlaubnis häufiger als vorher, und die Eintrittsprozedur für Männer über 40 Jahre und Frauen wurde vereinfacht.⁷⁵¹ Die Gespräche selbst und damit der Abzug der israelischen Soldaten aus dem Gaza-Streifen und Jericho wurden monatelang verschoben. So wie Israel das prozedurale Konzept von Oslo zu seinen Gunsten diktieren konnte d.h. jede nachfolgende Räumung von Territorien sollte in einzelnen Gesprächsrunden erfolgen, wurde nun lange über die Details jedes Sonderabkommens bis zur Erfüllung seiner Wünsche debattiert. In diesem Fall ging es um den Umfang des Selbstverwaltungsgebiets um Jericho, die Überwachung der Grenzübergänge nach Jordanien und Ägypten und die Sicherheit der israelischen Siedler.

Am 25. Februar 1994 erschoss ein jüdischer Siedler und Angehöriger der extremen Kach-Partei Baruch Goldstein 29 Palästinenser und sich selbst in der Ibrahim-Moschee in Hebron. Der Gaza-Streifen, die Westbank und viele arabische Dörfer und Städte in Israel gerieten in Aufruhr und die Zahl der palästinensischen Opfer wurde auf mehr als 50 gebracht. Die USA und die breite internationale Gemeinschaft verurteilten den Vorfall. Auf Bitte Israels und der PLO formierte die Clinton-Administration einen Ausschuss, um die Möglichkeit zur Beschränkung der Aktivitäten der extremen Kach und Kahane Chai in den USA zu prüfen. Wegen des in der Verfassung verankerten Grundrechts auf Redefreiheit erwies sich das als nicht realisierbar.⁷⁵² Auch diesmal wurde der Vorfall im Weißen Haus durch das Prisma der inzwischen abgebrochenen Verhandlungen beobachtet. Der Kontext der Präsenz der Siedler in den besetzten Gebieten, die israelische Okkupation, wurde nicht berührt. Es wurden Treffen zwischen jordanischen, syrischen, libanesischen und israelischen Repräsentanten zusammengerufen, um die bilateralen Gespräche zu erneuern. Israel und die PLO wurden davon überzeugt, hochrangige Kontakte aufzunehmen. Erst drei Tage nach den Ereignissen in Hebron traf der UNO-Sicherheitsrat zum ersten Mal zusammen, um sie zu beraten. Am 18. März wurde eine Resolution angenommen, die sie verurteilte, Israel zur Entwaffnung der Siedler und zum Garantieren der Sicherheit der Palästinenser aufrief (einschl. der Zulassung von internationaler oder ausländischer Präsenz in den besetzten Gebieten so wie sie in der Prinzipienklärung vereinbart worden war), die Fortsetzung des Verhandlungsprozesses und die Ausführung der Osloer Abkommen als notwendig postulierte. Die UN-Botschafterin Madeleine Albright bestand auf der seltenen Paragraph-für-Paragraph Abstimmungsprozedur, um sich bei den Paragraphen, die auf das „okkupierte palästinensische Territorium“ und Jerusalem als von Israel

⁷⁵¹ Human Rights Watch: World Report 1994: Israeli-occupied Westbank and Gazastrip. In: http://www.hrw.org/reports/1994/WR94/Middle-06.htm#P333_174882 abgerufen am 23.06.2006

⁷⁵² Vgl. Broder, Jonathan: Closing in on the Kahanists. In: The Jerusalem Report. Jg.V.Nr.1. 19.Mai.1994. S.32.

1967 besetzte Stadt eingingen, enthalten zu können. Über beides sollte bei der Klärung des endgültigen Status der Westbank, des Gaza-Streifens und Ostjerusalems diskutiert werden – seriöser Abtritt von der bisherigen offiziellen US-Betrachtung der Gebiete als okkupiert. Als Ganzes wurde die Resolution durch Konsens bewilligt und kein Votum fand statt. Die Vereinigten Staaten qualifizierten die Tat in Hebron jeweils als „extrem“, nicht als „terroristisch“.⁷⁵³

Jitzhak Rabin beschloss, zum ersten Mal internationale Beobachter in den palästinensischen Gebieten (Hebron) stationieren zu lassen, jedenfalls mit einem schwachen Mandat. Eine Ermittlungskommission wurde formiert und die Kach und Kahane Chai wurden verboten, der Arrest ihrer Führer wurde aber in der Zeit verschoben. Die 500 Siedler, die mitten 100 000 Palästinenser in Hebron wohnten und ihr Leben wegen der entsprechenden Sicherheitsmaßnahmen der IDF ungeheuer erschwerten, blieben in der Stadt. Im Rest der besetzten Gebiete behielten Tausende von Siedlern ihre Bewaffnung (die Lizenz zu deren Besitz wurde durch den Staat erteilt). Wegen der Unruhen wurden Ausgangssperren für einzelne Städte (für Hebron im Laufe von einem Monat) und Dörfer angeordnet und die Abriegelung der besetzten palästinensischen Territorien aufs Neue in ihrer ganzen Härte auferlegt. So erlaubte der israelische Premier den Siedlern bzw. den jeweiligen rechten Kräften, sich im politischen Sinne zu beruhigen und weiter zu mobilisieren. Unter den Palästinensern verfestigte sich das Misstrauen, das die Verspätung des israelischen Rückzugs aus dem Gaza-Streifen und Jericho schon produziert hatte. Doch sah der Premier Rabin ein, dass die Eskalation nur durch greifbare politisch diplomatische Fortschritte zu kompensieren war. Nun forderte er die Palästinenser mehrmals auf, zurück zum Verhandlungstisch zu kommen. Am Anfang März wurden etwa 800 von den bis zu 1000 versprochenen palästinensischen Gefangenen freigelassen. Nach dem Hebron-Massaker verübten Hamas und Islamischer Jihad im April heftige Attacken gegen die Bevölkerung in Afula, Ashdod und Hadera (darunter der erste palästinensische Selbstmordanschlag). 15 Israelis fielen zu ihrem Opfer. Pessimismus setzte sich auch im Rahmen der israelischen Gesellschaft an. Am 10. April wurde der Beschluss gefasst, 18,000 ausländische Arbeiter in hauptsächlich durch palästinensische Kräfte besetzten Bereichen der Landwirtschaft und des Bauwesens nach Israel zu erlauben.⁷⁵⁴

⁷⁵³ Vgl. Resolution 904 des UNO-Sicherheitsrats, 18. März 1994. In: <http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/N94/139/85/PDF/N9413985.pdf?OpenElement> abgerufen am 27.06.2006; Protokoll der Sitzung des UNO-Sicherheitsrats vom 18. März 1994. In: <http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/PRO/N94/852/94/PDF/N9485294.pdf?OpenElement> abgerufen am 27.06.2006.

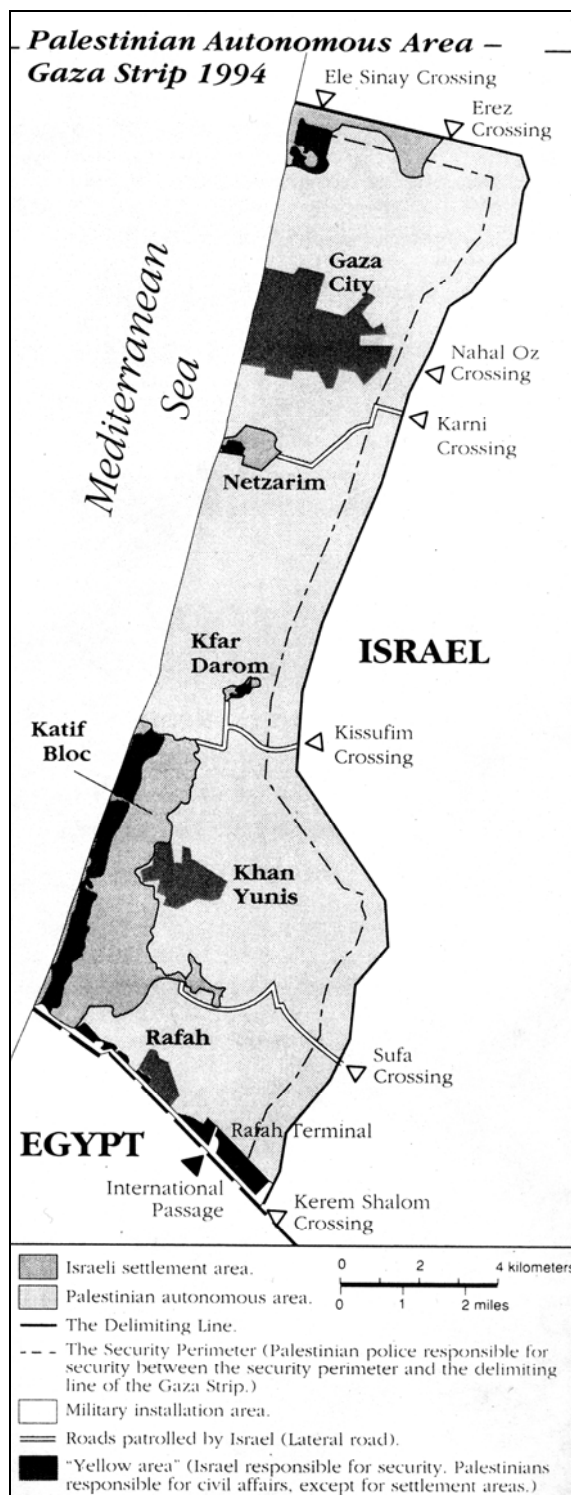
⁷⁵⁴ Vgl. The Jerusalem Report. Jg.IV.Nr.26. 5.Mai.1994. S.5.

Abb. 17: Das Gaza-Jericho-Abkommen vom 04. Mai 1994

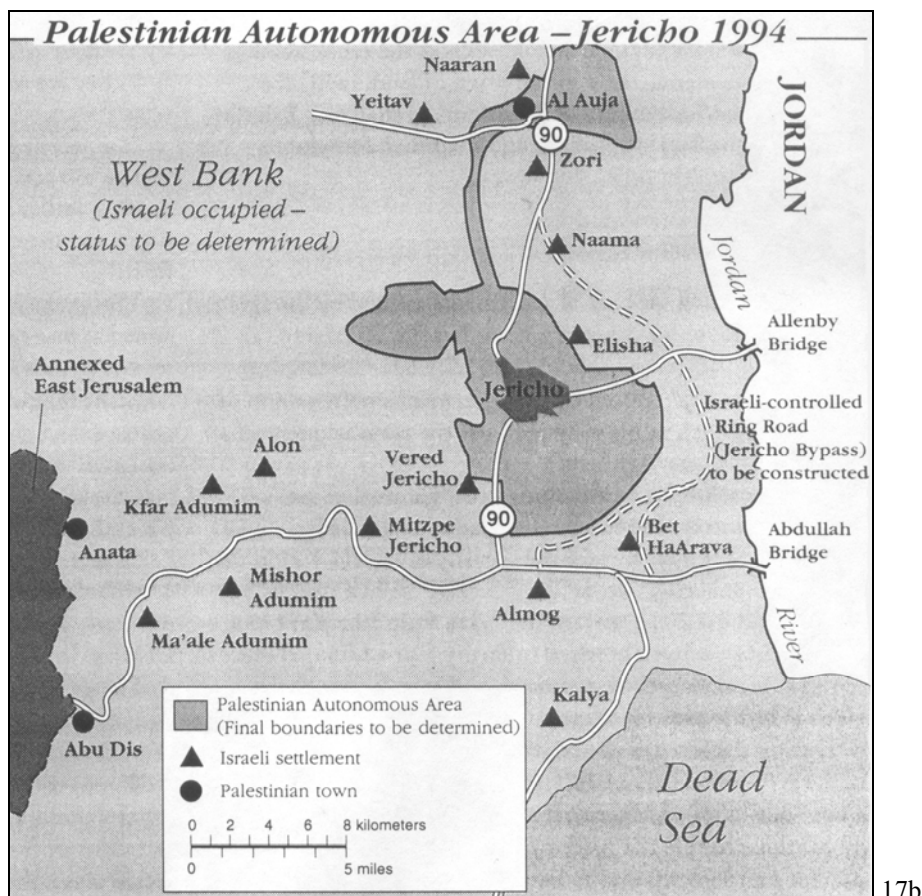
- 17a: Palästinensisches autonomes Gebiet – Gaza-Streifen (Quelle: Foundation for Middle East Peace FMEP:

http://www.fmep.org/maps/map_data/redeployment/palestinian_autonomous_gaza.html abgerufen am 03.10.2006

- 17b: Palästinensisches autonomes Gebiet – Jericho (Quelle: Foundation for Middle East Peace FMEP http://www.fmep.org/maps/map_data/redeployment/palestinian_autonomous_jericho.html abgerufen am 03.10.2006)



17a



Unter dem Eindruck der islamistischen Attentate⁷⁵⁵ wurde nach einer fünfmonatigen Vertagung das Gaza-Jericho-Abkommen⁷⁵⁶ (Vgl. Abb.17) mit ägyptischer Intervention und unter unmittelbarer amerikanischer Betreuung in der Präsenz von Warren Christopher in Kairo am 4. Mai 1994 beschleunigt unterschrieben. Als dessen Bestandteil wurde am 29. Mai in Paris das Protokoll über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Konfliktparteien vereinbart. Nach den Hamas-Aktionen 1993 und 1994 versuchte die Regierung von Jitzhak Rabin, geheim in Kontakt mit der Bewegung zu treten, um ihre Gewalt zu stoppen, sie politisch einzubinden und damit den Erfolg der Selbstverwaltung zu garantieren. Andererseits sollte Yasser Arafat unter Druck zu mehr Zugeständnissen gezwungen werden. Damals wies Hamas jeden Dialog mit Israel zurück.⁷⁵⁷

Damit wurde die Palästinensische Autonomiebehörde in dem Gaza-Streifen und dem Gebiet um Jericho herum errichtet. Die israelischen Sicherheitskräfte wurden in die Militärzone im Süden des Gaza-Streifens und in die Siedlungen verlegt, mit dem Recht, alle Wege unbeschränkt benutzen zu dürfen. Komplizierten Regeln, bei denen das israelische Militär das letzte Wort hatte, sollten die Palästinenser bei ihrer Bewegung an den Siedlungen vorbei, zwi-

⁷⁵⁵ Vgl. ausführlicher dazu Pape, Robert A.: a.a.O. S.67-70.

⁷⁵⁶ Das Dokument ist abrufbar unter: <http://www.mfa.gov.il/mfa/peace%20process/reference%20documents/> abgerufen am 17.03.2004.

⁷⁵⁷ Vgl. Harub, Khalid: a.a.O. S.205-207.

schen Gaza und Jericho und zwischen Gaza und Jericho und Drittstaaten folgen. (Vgl. Abb. 17a, 17b) Als die Macht an die neue Autonomiebehörde übergeben wurde, war das Gebiet bereits mit einem elektronischen Zaun komplett abgeriegelt.⁷⁵⁸ Die Gewässer am Gaza-Streifen blieben unter israelischer Kontrolle. Es wurde beschlossen, einen Hafen zu bauen, dessen Eröffnung bis Ende der 90er Jahre aus politischen Gründen durch die israelische Regierung immer noch abgelehnt wurde.⁷⁵⁹ Die israelische Wassergesellschaft Mekoroth konnte die Siedlungen und die Militärzone mit Wasser weiter versorgen, ohne die bis dahin existierenden Quoten in den besetzten Gebieten zu beeinträchtigen. Israel behielt die Oberhand auf den palästinensischen Exporten und Importen aus und in den Gaza-Streifen. Um ihre Gebundenheit an den israelischen und jordanischen Markt zu perpetuieren, wurden nur die Währungen dieser beiden Länder, und keine palästinensischen Zahlungsmittel, in den okkupierten Territorien zugelassen, dadurch wurden aber ihre finanzielle Selbständigkeit und Entwicklung verhindert. Die Palästinensische Autonomiebehörde durfte direkte Steuern erheben. Israel verpflichtete sich, ihr 75% der Einkommensteuereinnahmen der in Israel tätigen Palästinenser aus dem Gaza-Streifen und Jericho und die gesamten Einkommenssteuereinnahmen der Palästinenser aus den beiden Gebieten, die in den Siedlungen arbeiteten, sowie bestimmte Steuern in anderen Bereichen zu erstatten.

Zusammen mit den Gaza-Jericho-Unterlagen tauschten Rabin und Arafat zwei Briefe aus, in denen es festgelegt wurde, dass Arafat nach seiner Ankunft im Gaza-Streifen als Vorsitzender der Palästinensischen Autonomiebehörde oder Vorsitzender der PLO betitelt werden wird, und nicht als Präsident von Palästina. Im arabischen wurde das Wort Ra'is benutzt, das sowohl Vorsitzender als auch Präsident beinhaltete. Alle nachfolgenden Abkommen sollten von ihm oder seinen Repräsentanten in ihrer Funktion als PLO-Vertreter unterzeichnet werden, um jede Spur einer möglichen politischen palästinensischen Selbstbestimmung zu negieren.

Unter dem Jubel der Palästinenser kehrte Arafat im Juli 1994 aus seinem 27-jährigen Exil nach Gaza zurück. 500 Palästinenser wurden zusätzlich auf freien Fuß gesetzt. Im August wurde ein Abkommen über die israelische Übertragung von Befugnissen in einzelnen Zivilsphären im gesamten Westjordanland, ohne Ostjerusalem, unterzeichnet. Als nächster Schritt unterstützte die amerikanische Diplomatie die Durchführung von palästinensischen Wahlen.

Der Effekt der Geschehnisse wurde von der US-Regierung als ein wichtiges Signal in Bezug auf Jordanien eingeschätzt. Das nach internationaler diplomatischer Aufwertung nach seiner proirakischen Haltung während des Golfkriegs immer noch strebende Haschemitische Regime konnte zum nächsten Schritt auf dem Versöhnungsweg mit Israel überzeugt werden –

⁷⁵⁸ Vgl. Hass, Amira: a.a.O. S.25-26.

⁷⁵⁹ Vgl. Kaim, Markus: a.a.O. S.36.

im selben Monat wurde eine Deklaration vom König Hussein, Ministerpräsidenten Rabin und Bill Clinton in Washington unterzeichnet, in der sie ein endgültiges Ende des Kriegszustands zwischen den beiden Nachbarn proklamierten.⁷⁶⁰

Ferner arbeitete das Weiße Haus an den israelisch syrischen Verhandlungen. Am Anfang Mai vermittelte die US-Diplomatie an Assad ein israelisches Friedensangebot, das eine dreistufige Räumung der Golanhöhen vorsah, wobei nach der ersten Phase den vollen politischen Frieden seitens Damaskus erwartet wurde. Der Plan stieß auf Ablehnung in der syrischen Hauptstadt – die volle Normalisierung der Beziehungen mit Israel wurde dort mit einer vollen Räumung assoziiert.⁷⁶¹ Im Zuge der vergangenen zwei Jahre seiner Amtszeit hatte Jitzhak Rabin begonnen, über einen Abzug aus den Golanhöhen in der Öffentlichkeit zu sprechen. In einem Interview 1994 äußerte er sich: „I want to make peace with the Syrians, if they are prepared to prove that they are ready to do so. We know we’ll have to make painful compromises and are prepared for that.“⁷⁶² Nach Angaben des New York Times war es im Juli 1994, als er deklarierte, die israelischen Truppen bei jeweiligen syrischen Sicherheitsgarantien komplett abziehen zu lassen. „It was at that time, ... , that Mr. Rabin told Secretary of State Warren Christopher that Israel would be willing to withdraw from the Golan Heights to the lines that were in place before the 1967 war in return for security assurances and the full normalization of relations between the two countries. That assurance was the basis of talks between Syria and Israel that reached their peak at the Wye Plantation ... in early 1996.“⁷⁶³ Der Tami-Steinmetz-Friedensindex wies auf rund 38% der israelischen Bevölkerung im Sommer und Herbst 1994 hin, die Frieden mit Syrien in den nächsten Jahren erwarteten und ihn mit abgetretenem Territorium (nicht spezifiziert) verbinden konnten.⁷⁶⁴

Erfolgreicher waren die stillen amerikanischen Bemühungen, die breitere regionale Atmosphäre zum Vorteil Israels und sich selbst einzustellen. Bahrain, Katar und Oman waren 1994 Gastgeber einzelner Runden der multilateralen Gespräche. Darauf folgend wurde in Oman ein regionales Forschungszentrum für Wasserentsalzung gegründet. Vertreter aller sechs Mitgliedstaaten des Golfkooperationsrats trafen mit israelischen Kollegen in direkten Treffen oder am Rande von internationalen Foren. Im Dezember 1994 besuchte Jitzhak Rabin als ers-

⁷⁶⁰ Vgl. The Washington Declaration, Israel-Jordan-The United States, July 25th 1994. In: <http://www.mfa.gov.il/MFA/Peace+Process/Guide+to+the+Peace+Process/The+Washington+Declaration.htm> abgerufen am 28.06.2006.

⁷⁶¹ Vgl. Susser, Leslie: Asad isn't Waiting for Rabin to Phone. In: The Jerusalem Report. Jg.V. Nr.2. 2.Juni.1994. S.4-5.

⁷⁶² Zit in: Yitzhak Rabin in Interview mit Hirsh Goodman. In: The Jerusalem Report. Jg.5. Nr.5. S.14.

⁷⁶³ Jehl, Douglas: Arabs Want Israel to Feel U.S. Pressure. In: The New York Times. Jg.CXLVII. Nr.51,039. 16.Jan.1998. S. A6.

⁷⁶⁴ Vgl. The Tami Steinmetz Center for Peace Research: Peace Index 1994 (The Syrian Index). In: <http://www.tau.ac.il/peace/> abgerufen am 29.06.2006; Dieser Friedensindex spezifiziert nicht, ob es von einem kompletten oder partiellen Abzug aus dem Golan handeln sollte.

ter israelischer Premier Oman. In diesem Jahr wurde der sekundäre und tertiäre Boykott gegen Israel (zugunsten amerikanischer Firmen) von allen sechs Staaten abgeschafft. 1994 entschieden sich mit aktiver US-Unterstützung Marokko, Mauretanien und Tunesien, diplomatische Beziehungen mit Israel aufzunehmen. Im November wurde ein israelisches Liaison Office in Rabat (Marokko) geöffnet und vier Monate später ein marokkanisches in Israel.⁷⁶⁵

Mit dem partiellen israelischen Rückzug aus dem Gaza-Streifen und Jericho und der Formierung der palästinensischen Polizei nahmen die alltäglichen israelisch palästinensischen Zusammenstöße in diesen Territorien ab. Die gegenseitigen Reibungspunkte wurden an ihre Ausgänge, und im Gaza-Streifen - in der Nähe der israelischen Siedlungen und auf die Verkehrswege, verlegt. Palästinensische Inhaftierte aus diesen Gebieten saßen weiter in israelischen Gefängnissen. In dem Rest der Westbank war eine Art Zurückhaltung des militärischen Regimes zu konstatieren. „The level of certain abuses, including killings by the security forces, declined compared to previous years. No Palestinians were deported during the first ten months of 1994, and scores who had been deported in the past were permitted to return. No houses were demolished as a security-related sanction.“⁷⁶⁶ Die willkürlichen Arreste, die Folter, die Ausgangssperren und auf diese Weise der begrenzte Zugang zu Universitäten und Sozialanstalten blieben sonst Teil des Alltags der Palästinenser. Dies würde in den Osloer Jahren mit der andauernden Abhängigkeit des Gaza-Streifens und Westjordanlands von Israel als Hauptexportdestination, Arbeitsmarkt und äußeren Grenzkontrollen, fehlenden Investitionen in den okkupierten Territorien, Verzögerung der Projekte der Weltbank, nicht transparenten palästinensischen Finanzinstitutionen (Vgl. unten), Terroraktivitäten von Hamas und nicht entwickelter eigener Gesetzgebung zusammengehen. Die israelische Journalistin Amira Hass schreibt: „Besonders unter Rabin und Peres war die Anwendung der Abriegelung als wirtschaftliches Zwangsmittel ganz offenkundig.“⁷⁶⁷ Nachdem jahrzehntelang die Entstehung von selbständigen wirtschaftlichen Strukturen in den besetzten Gebieten verhindert und das wirtschaftliche Leben der Palästinenser an den israelischen Anforderungen orientiert worden war, führte die Realität der 90er Jahre letztendlich zur Verschlechterung des Lebensstandards in den besetzten Gebieten seit dem Abschluss der Osloer Vereinbarungen.⁷⁶⁸

⁷⁶⁵ Vgl. Israelisches Außenministerium: Israel Among the Nations – Middle East-North Africa. In: <http://www.mfa.gov.il/MFA/Foreign+Relations/Israel+Among+the+Nations/ISRAEL%20AMONG%20THE%20NATIONS-%20Middle%20East%20-%20North%20Afr> Stand 25. Apr. 2003, abgerufen am 01.07.2006.

⁷⁶⁶ Human Rights Watch: World Report 1995: Occupied Westbank and Gaza Strip. In: http://www.hrw.org/reports/1995/WR95/MIDEAST-07.htm#P405_130270 abgerufen am 29.06.2006.

⁷⁶⁷ Hass, Amira: a.a.O. S.30.

⁷⁶⁸ Vgl. Diwan, Ishac u. Radwan A. Shaban (Hrsg.): Development under Adversity. The Palestinian Economy under Transition. Summary. (Palestine Economic Policy Research Institute (MAS) und die Weltbank). In: [http://lnweb18.worldbank.org/mna/mena.nsf/34031e8758fc6363852567d60064a139/532356f7f0835558525681e005d4718/\\$FILE/engl.pdf](http://lnweb18.worldbank.org/mna/mena.nsf/34031e8758fc6363852567d60064a139/532356f7f0835558525681e005d4718/$FILE/engl.pdf) Stand 31.01.1999, abgerufen am 16.04.2007.

Ungeachtet der angekündigten restriktiven Siedlungspolitik von Jitzhak Rabin vermehrte sich die Siedlerzahl im Westjordanland und Gaza-Streifen. Neue, am häufigsten privat gebaute Wohneinheiten wurden von der Regierung in bestehenden Siedlungen zugelassen und durch günstige Hypotheken, Befreiung von Infrastrukturkosten und extra Ausgaben für die Sicherheit der Bürger usw. gesponsert. Besonders wurde die Gegend in der Nähe von Ostjerusalem, dem Etzion-Block (südlich von Jerusalem) und im westlichen Teil der Westbank (nördlich von Jerusalem) bebaut. Am 14. Dezember 1993 fand die Grundsteinzeremonie der neuen Siedlung Modi'in Illit in der Anwesenheit von Jitzhak Rabin und des Bauministers Binjamin Ben-Eliezer, die im Juni 2005 schon 28,500 Einwohner zählte.⁷⁶⁹ In Verbindung mit der bevorstehenden Zersplitterung des Westjordanlands in jüdischen und palästinensischen Enklaven erfolgte ein massiver Ausbau der israelischen Straßeninfrastruktur begleitet vom Konfiszieren von palästinensischem Agrarland und von der Vernichtung von verschiedenen Pflanzenarten. An die Siedler auf den Golanhöhen sandte der Ministerpräsident Rabin auch gemischte Signale (viele von ihnen hatten 1992 die Arbeiterpartei gewählt). 1994 wurden staatliche Zuschüsse für die Entwicklung der Weinkellerei von Katzrin, der größten israelischen Siedlung auf dem Golan, ausgegeben. Binjamin Ben-Eliezer war präsent bei der Zeremonie anlässlich der Endfertigung eines Wohnviertels dort mit 500 neuen Wohnungen.⁷⁷⁰ Nach Angaben des israelischen ADVA-Forschungszentrums erhielten die jüdischen Siedlungen in den 90er Jahren (1990-1999) den höchsten Beitrag pro Kopf der Bevölkerung von den durch die Nationalregierung an die lokalen Verwaltungsräte verteilten Subventionen: 3,679 NIS bei Durchschnitt von 1,458 NIS (im Vergleich wurden in den Entwicklungsstädten 2,308 NIS und in den arabischen Kommunen 1,720 NIS investiert).⁷⁷¹ Inzwischen waren Stimmen wie z.B. diejenigen der Siedler in Dugit im Gaza-Streifen schon zu hören, die bereit waren bei entsprechenden Regierungsmaßnahmen ins Innere Israels umzusiedeln.⁷⁷²

Für die US-Administration gehörte das Problem der Siedlungen zu jenen Fragen, die während der Verhandlungen über den dauerhaften Status geregelt und darum nicht in der Öffentlichkeit behandelt werden mussten. Von den Israel zur Verfügung gestellten fünfjährigen Kreditgarantien wurden Strafabzüge erhoben, als Summen von ihnen in den besetzten Gebieten genutzt wurden. In den meisten Fällen wurden die Kürzungen kompensiert (Vgl. 3.1.4). „Die eher

⁷⁶⁹ Vgl. Peace Now: Settlements List: Modi'in Illit. In:

<http://www.peacenow.org.il/site/en/peace.asp?pi=57&docid=250&pos=92&total=147&letter=12&list=20&listpos=18&all=false> abgerufen am 07.07.2006.

⁷⁷⁰ Vgl. Hirschberg, Peter: A Huge Price to Pay for Peace. In: The Jerusalem Report. Jg.IV. Nr.20. 10.Febr.1994. S.19.

⁷⁷¹ Vgl. Swirski, Shlomo u. Etty Konor-Attias u. Alon Etkin: a.a.O.

⁷⁷² Vgl. The Other Israel. Nr.61. Mai 1994: Chronicles of Peace Actions. In:

<http://www.israelipalestinianpeace.org/issues/61toi.htm> abgerufen am 02.07.2006.

ausgeglichene und gemäßigte Politik der Regierung Bush/Baker musste nun der offenen pro-israelischen Politik der Regierung Clinton weichen.⁷⁷³

Überall in den besetzten Gebieten verblassten die Intifada und die palästinensischen Gewaltproteste. Die Tötungen von palästinensischen Kollaborateuren durch ihre Landsleute waren 1994 durchaus präsent. Unregelmäßigkeiten zeigten die sich neu formierenden Sicherheitskräfte im Gaza-Streifen und in Jericho. Sei es unter israelischem und amerikanischem Druck für die Implementierung von Sicherheitsmaßnahmen, sei es wegen interner Machtkämpfe zwischen verschiedenen Fraktionen oder des Mangels von Erfahrung wurden auf ihrer Seite nicht wenige eigenmächtige, unrechtmäßige Festnahmen und aggressive Handlungen registriert. Verbot von einzelnen politischen Versammlungen und Korruptionsfälle gehörten zu der Praxis der sich etablierenden Palästinensischen Autonomiebehörde. Nach der Vereinbarung der Washingtoner Deklaration zwischen Israel und Jordanien wurde die projordanische Zeitung an-Nahar bis September 1994 geschlossen. Das Dokument sah eine spezielle Rolle für Jordanien in Bezug auf die heiligen muslimischen Stätten in Jerusalem vor – dies als Verstoß gegen die israelisch palästinensische Prinzipienklärung, die die Frage von Jerusalem als Teil der Verhandlungen über den endgültigen Status behandelte. Im Zuge der Monate wuchsen die PLO und die PA zusammen, ergänzt durch den dominanten Führungsstil von Yasser Arafat. Seine Leitungsfunktionen in der PLO wurden jetzt durch seine Posten als Ra'is und Oberbefehlshaber der palästinensischen Sicherheitskräfte und die überwiegende Kontrolle der Finanzen der palästinensischen Selbstverwaltung erweitert.⁷⁷⁴ Bedeutende Grundlagen der palästinensischen Rechtsstaatlichkeit und dadurch Dividenden des Osloer Verhandlungsprozesses wurden aufs Spiel gesetzt.

Das Nahostteam der ersten Clinton-Administration betrachtete die Versäumnisse der palästinensischen Machtausübung hauptsächlich als eine mögliche Störung des Verhandlungsprozesses. Yasser Arafat wurde als jemanden angesehen, der bereit war, Kompromisse mit Israel und Kooperation mit den USA offen zu betreiben. Seine persönliche Machtpositionierung (wie die anderer arabischer Herrscher) wurde insofern getadelt, als sie diese Voraussetzung beeinträchtigte und weniger die Verbesserung des palästinensischen Alltags überschritt. Die Maßnahmen der PA gegen Hamas wurden ermutigt. „Der palästinensische Terrorismus bildete ein Hauptproblem der US-palästinensischen Beziehungen und in der amerikanischen Rezeption eine der größten Gefährdungen des Nahostfriedensprozesses.“⁷⁷⁵ Mit Israel wurde die Kooperation gegen militaristische Organisationen verschärft. „With regard to the Palestinian

⁷⁷³ Baumgarten, Helga: a.a.O. (2) S.171.

⁷⁷⁴ Vgl. Kuttab, Daoud: Succession Politics in Palestine. In: http://www.amin.org/eng/daoud_kuttab/2004/nov5.html Stand 5.11.2004, abgerufen am 05.11.2005.

⁷⁷⁵ Kaim, Markus: a.a.O. S.39.

Authority, the U.S. has to its credit pledged to increase aid programs aimed at promoting the rule of law in the self-rule areas. It has endorsed free and fair elections as vital to Palestinian self-rule. But while senior officials publicly urged Palestinian authorities to establish fiscal accountability and prevent attacks on Israelis, they were more circumspect toward the human rights of Palestinians in the self-rule areas. Initial missteps by the Palestinian Authority, including the first death in detention and the banning of an-Nahar daily, occasioned no public comment by senior officials.⁷⁷⁶

Insbesondere wurden Anhänger von islamistischen Strömungen und der DFLP betroffen. Weil diese Organisationen unter den Bedingungen andauernder Abhängigkeit von Israel als pluralistische Opposition zu der PA, vielmehr als die Fortsetzung des Widerstands, unter den Palästinensern angenommen wurden, sollte Yasser Arafat häufig den Ausweg aus der Situation suchen, innenbürgerliche Unruhen zu vermeiden und/oder einen „Verräter“ genannt zu werden. Die meisten von deren Inhaftierten wurden spätestens nach drei Wochen freigelassen. Im September 1994 wurden Gespräche zwischen der PA und der Hamas durchgeführt – als ein Versuch, die Organisation mit den unterschriebenen Vereinbarungen politisch zu binden. Solche Stimmen konnten auch in Israel gehört werden. In Anbetracht der palästinensischen Wahlen war es sowohl Yasser Arafat als auch Jitzhak Rabin wichtig, die Hamas beteiligt zu haben. Dies wurde von ihr zurückgewiesen.

Am 14. Oktober ermordeten vier ihrer Aktivisten den israelischen Korporal Nahshon Wachsmann. Drei von ihnen stammten aus der Westbank und Jerusalem, die außerhalb der Kontrolle der PA waren – etwas, was durch die Israelis und Amerikaner verspätet publik anerkannt worden war. Mitten in dieser Krise arbeiteten die israelischen und palästinensischen Geheimdienste zusammen. Yasser Arafat befahl den Massenarrest von rund 400 Islamisten, ohne angeklagt zu werden. Die Vereinigten Staaten bezeichneten diesen an und für sich willkürlichen Akt als einen Schritt, der weiter nachvollzogen werden musste. Die meisten von den Gefangenen wurden in 10 Tagen freigelassen. Am 19. Oktober wurde in Tel Aviv ein Selbstmordanschlag ausgeübt, bei dem 22 Zivilisten starben. (Der Täter kam nicht aus dem Gaza-Streifen oder Jericho.) Jitzhak Rabin verstärkte die kollektive Abriegelung der besetzten Gebiete. Neue 19,000 ausländische Arbeiter würden nach Israel zugelassen werden.⁷⁷⁷ Der israelische Premier brachte seine Vision für Separation der beiden Völker offen zum Ausdruck.⁷⁷⁸

Am 11. November wurden 3 israelische Soldaten an der Kreuzung von Netzarim im Gaza-Streifen in einer Detonation durch Islamischen Jihad getötet. Die Organisation kündigte an,

⁷⁷⁶ Human Rights Watch: World Report 1995: Occupied Westbank and Gaza Strip. In: http://www.hrw.org/reports/1995/WR95/MIDEAST-07.htm#P405_130270 abgerufen am 29.06.2006.

⁷⁷⁷ Vgl. The Jerusalem Report. Jg.V.Nr.14. 17.Nov.1994. S.6.

⁷⁷⁸ Vgl. Horovitz, David u. Ehud Ya'ari: Can Hamas Blow Up the Peace Process? In: The Jerusalem Report. Jg.V. Nr.14. 17.Nov.1994. S.20.

sich wegen ihrem am 2. November in einer israelischen Autoexplosion getöteten Führer Hani Abed zu rächen. Die Zusammenstöße zwischen der palästinensischen Polizei und islamistischen Demonstranten gipfelten in der Erschießung von 15 Palästinensern und der Verwundung von mehreren. Nach den Worten von Dr. Eyad El Sarraj: „The legacy of the Israeli occupation and the seven-year Intifada is heavy and serious; our tradition of revenge and our culture of violence are deep-rooted. It looks like we will have to endure a painful passage in the process of establishing normality.“⁷⁷⁹ Die ohnehin vertagten Verhandlungen über die palästinensischen Wahlen und den nächsten israelischen Rückzug gerieten in Sackgasse. In seinem Versuch, den UNO-Sicherheitsrat zur Aufhebung des Ölembargos gegen den Irak zu bewegen, befahl Saddam Hussein im Oktober 1994 das Rücken irakischer Truppen in Richtung Süden. Die Vereinigten Staaten reagierten militärisch mit der Vermehrung der Zahl ihrer Truppen am Golf.

Die Antwort von Bill Clinton auf eine eventuelle regionale Gewalteskalation wurde ferner mit der Notwendigkeit abgestimmt, den Versöhnungsprozess beim Garantieren der israelischen Vorhaben (mit ägyptischer Hilfe) wieder in Gang zu bringen. Die islamistischen Attentate wurden scharf kritisiert. Gleichzeitig wurde versucht, Vertrauen in Yasser Arafat vor der Weltöffentlichkeit zu schaffen. Gefragt über die Erwartungen, die das US-Staatsoberhaupt an den palästinensischen Leiter hinsichtlich seiner Aktivitäten gegen terroristische Aktionen hatte, sagte er: „I felt that we got a very firm and unambiguous response. ... And Chairman Arafat said he would continue to do all he could to combat terrorism, specifically Hamas, but other groups as well. And I am satisfied with the response that he gave, and I believe he will attempt to implement it. ... He understands, I think, clearly that Hamas is his enemy now; that once you become a partner in the peace process you have to fight for peace.“⁷⁸⁰

Ein starker Akzent wurde auf die regionale Schiene gelegt. Am 26. Oktober wurde der israelisch-jordanische Friedensvertrag in der Anwesenheit des amerikanischen Präsidenten in Jordanien unterschrieben – der Letzte unternahm seine erste Nahostreise. Der Vertrag schrieb dem Haschemitischen Regime einen speziellen Bezug auf die heiligen muslimischen Stätten in Jerusalem zu. Yasser Arafat, der durch diese Klausel durch Israel und die USA bloßgestellt worden war und dagegen protestiert hatte, war zu der Unterzeichnung nicht eingeladen worden. Vorher hatte ein Treffen zwischen ihm und Bill Clinton in Kairo stattgefunden. In Bezug auf Jordanien wurde viel mehr als politisch-rhetorische Zufriedenheit in die Tat umgesetzt. Um innere Kritik zu neutralisieren und die Position des Regimes zu stabilisieren, wurden auf

⁷⁷⁹ El Sarraj, Eyad: Spare Thy Neighbor. In: The Jerusalem Report. Jg.IX. Nr.13. 26.Okt.1998. S.26.

⁷⁸⁰ Remarks by President Clinton and President Mubarak in Press Availability in Cairo, October 26 1994. In: <http://www.clintonfoundation.org/legacy/102694-remarks-by-president-and-mubarak-in-cairo.htm> Stand 26.10.1994, abgerufen am 30.06.2006.

Initiative der US-Administration alle jordanischen Schulden in Höhe von 702, 3 Millionen Dollar annulliert. Seit Mitte der 90er Jahre würde die wirtschaftliche und/oder militärische Hilfe für Amman erhöht werden. Damit der israelisch jordanische Handel stimuliert werden kann, wurde die Gründung von israelisch jordanischen industriellen Zonen verabredet, deren Produktion zollfrei in die Vereinigten Staaten exportiert werden durfte.⁷⁸¹

Trotz der Kritik gegen den Besuch eines Staats, der auf der Terrorismusliste des Außenministeriums stand, wählte der Präsident Clinton in seiner Hoffnung, die syrisch israelischen Verhandlungen zu erneuern, Damaskus als den nächsten Halt im Rahmen seines Nahostrundgangs. Erwartet wurde, Hafez al-Assad zu einer entschiedenen Verurteilung der letzten Fälle palästinensischer Gewalt zu motivieren. Während der Pressekonferenz am 27. Oktober brachte Clinton seine unerfüllten Intentionen zur Sprache: „I regret that President Asad did not take the opportunity to say in public what he said to me in private about his deep regret about the loss of innocent lives and particularly the bus bombing [in Tel Aviv].“⁷⁸²

Zuckerbrot-und-Peitsche-Politik wurde auch hinsichtlich Libanons durchgeführt. Ende 1994 wurde eine Serie von Militärtransportwagen und Schützenpanzern sowie andere Militärartikel nach Beirut geliefert.⁷⁸³ Die Vereinigten Staaten setzten ihre Bemühungen fort, Geldgeber für das Land zu finden. Als der libanesische Präsident Elias Hrawi sein mit Bill Clinton geplantes Treffen wegen Berücksichtigung der syrischen Reaktion abgesagt hatte, zog das Weiße Haus seinen Botschafter aus Libanon bis 1996 zurück.⁷⁸⁴

Die Nahostreise von Bill Clinton sollte schließlich die allgemeine Atmosphäre im Nahen Osten am Vorabend des ersten regionalen Wirtschaftsgipfels MENA (Middle East and North Africa Economic Forum) vom 30. Oktober bis 1. November in Casablanca verbessern. Die Vereinigten Staaten waren Mitorganisatoren des Forums und ihre Delegation wurde von Warren Christopher persönlich geleitet. Fast 150 amerikanische Firmen waren in Casablanca eingeladen. Die Unterstützung der USA für die Entstehung einer regionalen Entwicklungsbank wurde bestätigt und durch die israelischen und palästinensischen Vertreter geteilt. Das Treffen schaffte wichtige Voraussetzungen für das Beenden der politischen Isolierung Israels und die regionale Prosperität seiner Ökonomie. Das nächste MENA-Treffen in Amman 1995 wurde von dem US-Außenminister annonciert.

⁷⁸¹ Vgl. Prados, Alfred B.: Jordan: U.S. Relations and Bilateral Issues (US Congressional Research Service: Issue Brief for Congress). S. CRS-9-CRS-14. In: <http://www.fas.org/sgp/crs/mideast/index.html> Stand 19.05.2005, abgerufen am 02.02.2006.

⁷⁸² Zit. in: Human Rights Watch: World Report 1995: Syria. In: http://www.hrw.org/reports/1995/WR95/MIDEAST-11.htm#P682_227841 abgerufen am 30.06.2006.

⁷⁸³ Vgl. Matar, Joseph: Lebanon's Army Steers Clear of Hizballah. In: The Jerusalem Report. Jg.V. Nr.17. 29.Dez.1994. S.32.

⁷⁸⁴ Vgl. Matar, Joseph: A Diplomatic Babel. In: The Jerusalem Report. Jg.VIII. Nr.1 15.Mai.1997. S.27.

Der Casablanca-Gipfel reihte sich vorherigen Initiativen des Weißen Hauses in demselben Sinne an. Als Resultat einer Annäherung der proisraelischen und der proarabischen Lobby nach dem Abschluss der Prinzipienklärung kam es am 30. November 1993 zur Gründung der Builders for Peace, „... deren Ziel es bis zu ihrer Auflösung im August 1997 war, zu Privatinvestitionen im Westjordanland und dem Gaza-Streifen zu ermutigen.“⁷⁸⁵ September 1994 wurde die amerikanisch ägyptische Partnerschaft für wirtschaftliches Wachstum und Entwicklung (U.S.-Egyptian Partnership for Economic Growth and Development) formell eröffnet.⁷⁸⁶

Wie oben illustriert, stand der israelisch palästinensische Verhandlungsprozess Ende 1994 verzögert in der konkreten inhaltlichen Ausführung seiner Vereinbarungen. Erstes Vorhaben der amerikanischen Regierung sollte das Abkommen über den weiteren israelischen Rückzug aus dem Westjordanland und die palästinensischen Wahlen sein. Beides sollte bis Juli vorigen Jahres (1994) vollzogen worden sein.

4.1.3 Das Interimsabkommen vom 28. September 1995

Die USA intensivierten ihre direkte Partizipation in der prozessualen Vorbereitung des Interimsabkommens 1995. Die heftigen Auseinandersetzungen zwischen islamistischen Aktivisten und der PA am Ende 1994 hatten die wachsende Positionierung der Ersten klar gemacht. Umfragen des PSR vom 29.-31. Dezember 1994 stellten außerdem fest, dass 72,3% der Palästinenser zweifelten, ob Israel nach einem aufrichtigen Frieden mit ihnen strebte und nur 38,7% im Allgemeinen für die Fortsetzung der Verhandlungen mit den Israelis standen.⁷⁸⁷ Beides implizierte unmissverständlich eine die amerikanischen Interessen und Israel bedrohende Instabilität der palästinensischen Selbstverwaltung unter Yasser Arafat. Das Jahr 1995 brachte zusätzlich innenpolitische Motive der Regierenden in Washington und in Israel ans Tageslicht. 1996 sollten Wahlen in den Vereinigten Staaten und in Israel stattfinden und Fortschritte im politischen Versöhnungsprozess im Nahen Osten waren als vorteilhaft für die eigene Agenda von Bill Clinton und dem israelischen Premier gedacht.⁷⁸⁸ Außerdem empfand das

⁷⁸⁵ Kaim, Markus: a.a.O. S.22.

⁷⁸⁶ Vgl. U.S. Department of State: Fact Sheet: U.S.-Egyptian Partnership for Economic Growth and Development, May 29 1996. In: <http://dosfan.lib.uic.edu/ERC/bureaus/nea/960529USEgyptianEconomic.html> abgerufen am 01.07.2006.

⁷⁸⁷ Vgl. PSR: Public Opinion Poll Nr.14: Negotiations, PNA and Opposition, Jordanian-Palestinian Relations, Elections, and the Presidency of the PNA, December 29-31 1994. In: <http://www.pcpsr.org/survey/cprspolls/94/poll14a.html#negot> abgerufen am 26.06.2006.

⁷⁸⁸ Quandt, William B.: a.a.O. (2) S.333.

Der Tami Steinmetz Friedensindex wies auf eine Senkung des Vertrauens der israelischen Gesellschaft in den Gesprächen mit den Palästinensern von 54,5% im August 1994 auf 43,7% im Januar 1995 hin (Vgl. The Tami Steinmetz Center for Peace Research: Peace Index 1994 (The Oslo Index). In: <http://www.tau.ac.il/peace/> abge-

Weißes Haus die Verstärkung seiner Rolle in diesem Prozess als wichtig für einen eventuellen Wahlsieg von Jitzhak Rabin, einem zu wie auch immer Abtretungen hinsichtlich der arabischen Gegner bereiten Ministerpräsidenten.

Am 22. Januar verübte Islamischer Jihad ein Selbstmordattentat in der Nähe von Netanya, bei dem 20 israelische Soldaten und 1 Zivilist getötet wurden. Am nächsten Tag stellte der US-Präsident mit Verordnung 12947 die finanziellen Transfers an zehn arabische (inkl. die von Hamas, Islamischem Jihad und Hisbollah) und zwei jüdische (Kach und Kahane Chai) Organisationen vom amerikanischen Boden unter Verbot.⁷⁸⁹ Ein entsprechender Gesetzesentwurf wurde dem Kongress vorgelegt und 1996 als Anti-Terrorism and Effective Death Penalty Act verabschiedet. Amerikanische Pendeldiplomatie mit regionaler Teilnahme und ein Gipfeltreffen in Washington mit Israel, der PLO, Ägypten und Jordanien folgten nach dem Anschlag – die Israelis und Palästinenser nahmen sich den 1. Juli 1995 als die letzte Frist zur Beendigung des Interimsabkommens bzw. zum Starten des nächsten israelischen Rückzugs vor. Hamas verpflichtete sich, sich von militärischen Aktionen bis zu diesem Datum zu enthalten.

Um den israelisch palästinensischen Prozess anzuspornen und das Moment seines Schwungs zu erweitern unternahm Warren Christopher eine Nahostreise am Anfang März. Als Konsequenz wurden Diskussionen zwischen syrischen und israelischen Militärexperten über die gegenseitigen Sicherheitsabmachungen verabredet und dadurch die israelisch syrische Schiene nach monatelanger Pause angeregt. Es wurde berichtet, im Mai wurde ein Übereinkommen in Form eines Nichtpapiers („non-paper“) still getroffen: ein vollständiger israelischer Rückzug aus den Golanhöhen werde gegen einen umfassenden Frieden zwischen den beiden Staaten aufgrund des Prinzips „Land für Frieden“ und der Resolution 242 erfolgen.⁷⁹⁰ US-Anstoß wurde den wirtschaftlichen Gesprächen zwischen Israel und Jordanien gegeben.

Israelische territoriale, u.a. Umfang des Abzugs aus Hebron, und wirtschaftliche Erfordernisse sowie Bedenken Rabins, wie das Sicherheitsvakuum nach einer partiellen Räumung der okkupierten Gebiete gefüllt werden würde, sollten im Wege eines plausiblen Friedens in den kommenden Monaten stehen und den Konflikt in seinen schärfsten Alltagsformen unterhalten. Israel kündigte an, sein nächster Truppenrückzug könne frühestens im April 1996 anfan-

rufen am 29.06.2006). Für die nächste Ministerpräsidentenschaft wollte sich Jitzhak Rabin auf seine persönliche Popularität verlassen. Er setzte sich vehement der (durch seinen parteipolitischen Rivalen Schimon Peres unterstützten) Idee wider, Vorwahlen zum Ministerpräsidentenkandidaten im Rahmen der Arbeiterpartei ins Leben zu rufen.

⁷⁸⁹ Vgl. Katzman, Kenneth: Terrorismus: Middle Eastern Groups and State Sponsors, 2000. In: http://www.d-n-i.net/fcs/crs_terror_aug_2000.htm abgerufen am 02.07.2006.

⁷⁹⁰ Vgl. Makovsky, David u. Hillel Kuttler: Report: Syria Accepts 242 as Basis for Renewed Talks. In: The Jerusalem Post. Int. Ausg. Nr.1891. 1.Febr.1997. S.1.

gen, so dass die für die Sicherheit der jüdischen Siedler im Westjordanland notwendigen Umgehungsstraßen fertig gebaut werden können.⁷⁹¹

Die Aktivitäten von extremen oppositionellen palästinensischen bzw. israelischen Strömungen nahmen in dieser Situation zu. Am 9. April verübte Islamischer Jihad einen Bombenanschlag in der Nähe der israelischen Siedlung Kfar Darom im Gaza-Streifen. Sieben Soldaten und eine Amerikanerin starben bei der Explosion. Mehr als 200 islamistische Anhänger wurden von den palästinensischen Sicherheitskräften gewaltsam eingesperrt und die Abriegelung der okkupierten Territorien wurde in voller Geltung angeordnet. Arafat wurde für diese Maßnahmen in Washington gepriesen. Das US-Nahostteam unternahm aktive diplomatische Runden, um die streitenden Parteien für das Interimsabkommen zurück zu gewinnen.

Im Mai traf die israelische Regierung die Entscheidung, 53 ha Land in Ostjerusalem zu expropriieren. Als die Mitglieder des UN-Sicherheitsrats dabei waren, dies in einer Resolution als illegal zu erklären, legten die Vereinigten Staaten ihr Veto dagegen ein.⁷⁹² Sie blieben bei ihrer Auffassung, das Thema gehörte zur endgültigen Phase der Regelung des Konflikts. Der breite Widerhall der Ereignisse in der arabischen Welt und der internationalen Gemeinschaft sowie ihre innenpolitischen Folgen für den israelischen Premier zwangen diesen, die Konfiszierung für ungültig zu erklären.

Der Vorfall erwies sich als Indiz für das wachsende Selbstbewusstsein des rechten politischen Lagers in Israel. Zwei arabische Parteien in der Knesset hatten zu dem Anlass einen Misstrauensantrag gegen die Regierung eingebracht. Obwohl ideologische Feinde, wollten sich rechte politische Vertreter, zusammen mit dem Likud, dem Misstrauensvotum anschließen, um Jitzhak Rabin von der Macht zu entfernen. Nach der Einmischung von Yasser Arafat wurde die Prozedur von den arabischen Abgeordneten abgebrochen. Konsequenz verhielt sich in dieser Hinsicht auch Bill Clinton – seine Unterstützung für den israelischen Ministerpräsidenten bestand nicht nur in den politischen, wirtschaftlichen und militärischen Initiativen der Administration oder der Enthaltung von solchen, sondern auch in der öffentlichen Vermeidung seines politischen Gegners Benjamin Netanjahu. Als dieser z.B. die US-Hauptstadt am Anfang Februar besuchte, konnte kein Treffen mit dem amerikanischen Staatsoberhaupt aus „Zeitgründen“ realisiert werden.⁷⁹³

Zu Beginn Juni befand sich Warren Christopher aufs Neue in der Region, damit das Datum 1. Juli von den israelischen und palästinensischen Unterhändlern doch beibehalten werden kann und die israelisch syrischen Gespräche stimuliert werden können. Dabei ließ sich Hafez al-

⁷⁹¹ Vgl. Pape, Robert: a.a.O. S.71.

⁷⁹² Vgl. UNO Documentation Centre: Meetings conducted by the Security Council 1995. In: <http://www.un.org/Depts/dhl/resguide/scact1995.htm> abgerufen am 01.07.2004.

⁷⁹³ Vgl. Susser, Leslie: President Clinton Gives Netanyahu the Cold Shoulder. In: The Jerusalem Report. Jg.5. Nr.22. 9.März.1995. S.5.

Assad von dem Wahltermin in Amerika und Israel im bevorstehenden Jahr nicht beeindruckt und konkreter Progress konnte nicht registriert werden. Gleichzeitig vergrößerte sich die Spannung an der Front mit Hisbollah. Nachdem auch die israelisch palästinensische Frist (1. Juli) verpasst worden war, beging Hamas am 24. Juli und 21. August zwei blutige Attentate auf Zivilisten in Tel Aviv und Jerusalem. Unter dem Druck dieser Gewalttaten kehrte Israel zum Verhandlungstisch zurück.⁷⁹⁴

Mit Fort- und Rückschritten wurde Washington Gastgeber und damit politischer Garant bei der Unterzeichnung des Interimsabkommens (Oslo II) am 28. September. Mit ihm wurde die Westbank in drei Zonen geteilt (Vgl. Abb.18). Zone A (ca. 3%) umfasste die von Palästinensern bewohnten Städte, mit Ausnahme von Hebron, wo sie zivile Angelegenheiten und Sicherheitsfragen selbständig regeln konnten. In der Zone B (ca. 24%) – vor allem palästinensische Dörfer, konnte die PA das zivile Leben organisieren und in der Zone C (ca. 60%) war Israel alleine zuständig. Das, was im Gaza-Streifen und zwischen ihm und Jericho schon praktiziert wurde, wurde auf die ganze Westbank übertragen. „Damit hatte die israelische Regierung ... ihre frühere Kontrolle als Besatzungsmacht im Inneren der Gebiete nach außen, an die Übergänge von einer Zone zur anderen, verlagert.“⁷⁹⁵ Bis Ende Dezember 1995 sollte Israel aus den großen palästinensischen Ballungszentren, mit Ausnahme von Hebron, ausziehen. Drei weitere Truppenrückzüge sollten in drei Etappen hinein von je sechs Monaten nach der Inauguration des Palästinensischen Rats erfolgen (bis ins Jahr 1997). Der genaue territoriale Umfang des Rückzugs wurde im Geiste der Zweideutigkeit früherer Übereinkünfte nicht spezifiziert. Die Kontrolle jüdischer religiöser Stätten in Hebron, Nablus und Bethlehem, mitten in der Westbank, blieb in israelischen Händen. Der israelische Ministerpräsident unterstrich in seiner Knessetrede bei der Ratifizierung: „As a Jewish nation, we must, first and foremost, pay attention to the holy places, to our religion, tradition, and culture. We were strict about this in the Interim Agreement.“⁷⁹⁶ Im Januar sollten die Wahlen für das Palästinensische Parlament und den Leiter der Exekutive organisiert werden. Zwei Monate nach der Inauguration des Parlaments sollte die PLO die formell noch nicht vollzogenen Änderungen ihrer Charta unternehmen.

⁷⁹⁴ Vgl. Pape, Robert: a.a.O. S.66.

⁷⁹⁵ Baumgarten, Helga: a.a.O. (2) S.182-183.

⁷⁹⁶ Prime Minister Yitzhak Rabin: Ratification of the Israeli-Palestinian Interim Agreement, The Knesset, October 5, 1995. In: http://www.mfa.gov.il/MFA/MFAArchive/1990_1999/1995/10/PM+Rabin+in+Knesset+Ratification+of+Interim+Agree.htm abgerufen am 03.01.2005.

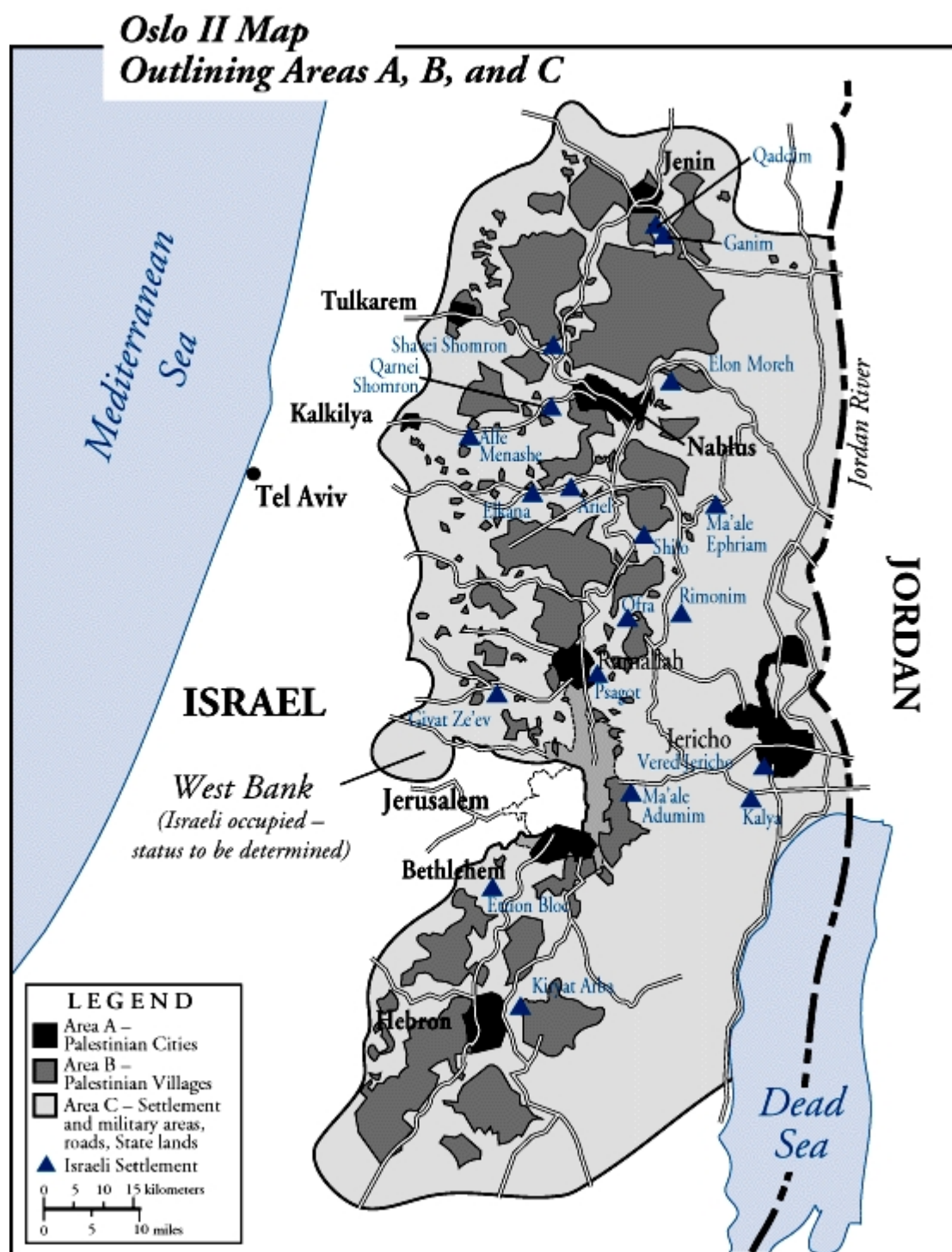


Abb. 18: Das Interimsabkommen vom 28. September 1995 (Oslo II) (Quelle: Foundation for Middle East Peace FMPEP: http://www.fmep.org/maps/map_data/redeployment/oslo_map_1995.html abgerufen am 03.10.2006)

Es erfolgte die Gründung eines trilateralen amerikanisch israelisch palästinensischen Ausschusses, ähnlich wie dieses zwischen den USA, Israel und Jordanien, zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage im Gaza-Streifen und Westjordanland, die Vorbereitung zur Schaffung von gemeinsamen israelisch palästinensischen industriellen Zonen und die Förderung der Kooperation und der ökonomischen Reformen im Nahen Osten zur Anpassung seines wirtschaftlichen Lebens an die Standards und Anforderungen globaler (privater) wirtschaftlicher Akteu-

re. Ein Abkommen zur zollfreien Einfuhr palästinensischer Produktion in die Vereinigten Staaten wurde im kommenden Monat abgeschlossen und 1996 in gesetzlicher Form von Bill Clinton unterschrieben. Vom 29. bis 31. Oktober fand in Amman der nächste regionale Wirtschaftsgipfel MENA in der Anwesenheit von mehr als 125 großen Firmen aus den Vereinigten Staaten wie z.B. Lockheed-Martin, Sprint, AT&T, General Electric usw. Auch hier leitete Warren Christopher die Delegation seines Lands persönlich.⁷⁹⁷ Die bilateralen israelisch arabischen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen wurden mit amerikanischer Kooperation ferner konkretisiert. 1995 wurde die Vorbereitung für den Austausch von Handelsrepräsentanten zwischen Oman und Katar auf der einen Seite und Israel auf der anderen Seite beschleunigt. Die Atmosphäre, die das Interimsabkommen und das Forum in Amman in der Region geschaffen haben, wollte der US-Außenminister als Anreiz für die israelisch syrischen Gespräche nutzen. Am 30. Oktober organisierte er ein Treffen mit Hafez al-Assad.

Den politisch diplomatischen israelisch palästinensischen Verhandlungsprozess unter Berücksichtigung der eigenen Interessen voranzutreiben, überwog die amerikanische Agenda auch im Jahre 1995. Ihn störende, tief verwurzelte Aspekte der Konfliktrealitäten vor Ort wurden von den offiziellen Repräsentanten der Vereinigten Staaten wenig oder gar nicht in der Öffentlichkeit angesprochen. Obwohl das US-Außenministerium Jahresberichte über den Zustand der Menschenrechte in Israel, den palästinensischen Gebieten und ihren arabischen Nachbarländern ausfertigte (darin wurde das amerikanische Botschaftspersonal in den jeweiligen Gebieten gründlich engagiert), verfügte Israel weiter über das Recht, selbst über die (totale) Absperrung der besetzten Gebiete, darum den gesamten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rhythmus des palästinensischen Lebens, zu entscheiden (dabei besetzte Jitzhak Rabin den Posten des Verteidigungsministers). Auch dann, wenn die Abriegelung gerade aufgehoben war, konnte die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung nirgends hingehen. Andauernd erwies sich diese Praxis eben als Kontrollmaßnahme und politisches Druckmittel.⁷⁹⁸ Im Oktober 1994 kündigte das israelische Kabinett an, dass härtere Verhörmethoden in Zukunft zugelassen werden würden.⁷⁹⁹ Der Siedlungsausbau lief ununterbrochen. Sehr viel wurde das Areal von Jerusalem betroffen. Es wurde u.a. spekuliert, der West- und Ostteil der Stadt würden in eine gemeinsame administrativ-territoriale Einheit, Großjerusalem, vereint

⁷⁹⁷ Vgl. Address by Secretary of State Warren Christopher: The Amman Economic Summit: Transforming the Middle East Through a Public-Private Partnership. In: <http://dosfan.lib.uic.edu/ERC/briefing/dossec/1995/9510/951029dossec.html> Stand 8. Juni.1999, abgerufen am 13.07.2006.

⁷⁹⁸ Vgl. Hass, Amira: a.a.O. S.24-26.

⁷⁹⁹ Vgl. Human Rights Watch: World Report 1996: Israeli-Occupied Westbank and Gaza Strip. In: http://www.hrw.org/reports/1996/WR96/MIDEAST-06.htm#P579_124567 abgerufen am 10.07.2006.

werden.⁸⁰⁰ 1995 vermehrte sich die Zahl der israelischen Siedler in den okkupierten palästinensischen Territorien weiter.

In Bezug auf die PA wurden die willkürlichen Arreste (am häufigsten von islamistischen Aktivisten) seitens der überbelegten Sicherheitskräfte, die von Yasser Arafat nicht kontrollierte feindselige Tätigkeit von Fatah-Aktivisten gegenüber Palästinensern auf der Straße, die unrechtmäßigen Strafprozesse und die Erpressung der palästinensischen Medien, die die israelisch palästinensischen Vereinbarungen und das Verhalten der PA kritisierten, von den höchsten Washingtoner Diplomaten verschwiegen. Obwohl die palästinensische Bevölkerung jetzt teilweise Freiheiten genießen konnte, die die Okkupation ihr verwehrt hatte, stabile innere Rechtsgarantien für seine Entwicklung konnte die neue Selbstverwaltung nicht leisten. 1995 wurden die sog. Staatssicherheitsgerichte geschaffen. Außerhalb des existierenden Zivil- und Militärgerichtsystems führten sie ihre Verfahren am meisten nachts und geschlossen durch. Kurze Prozeduren, präsiert von Offizieren ohne gerichtliche Erfahrung und in der Anwesenheit von nicht durch den Angeklagten gewählten Rechtsanwälten gehörten zu ihrem Wesen. Während seines Besuchs in Jericho im März wurden sie vom US-Vizepräsidenten Al Gore als einen wichtigen Schritt zum Aufbau des Vertrauens im Friedensprozess und zum Kampf gegen die Gewalt und den Terrorismus charakterisiert. Der Akzent wurde auch diesmal auf die Verfolgung von militanten Gegnern der Osloer Abkommen gelegt, und nicht auf die Methoden dafür⁸⁰¹ - schon gar nicht auf die Bereitschaft der Bevölkerung in den Tod zu gehen. Anderen arabischen Regimes, die als zentral für das amerikanische Friedensschema erkannt worden waren, wurden genauso wenig die exzessiven Maßnahmen vorgeworfen, denen sie sich für das eigene Überleben oder hinsichtlich der Opposition gegen die Logik der Osloer Verhandlungen bedienten.

Bis Dezember 1994 hatte die vertagte Übergabe der Bereiche Gesundheit, Sozialwesen, Erziehung, Tourismus und direkte Steuern der palästinensischen Administration im Westjordanland stattgefunden. Die Zahl der durch die IDF ermordeten palästinensischen Araber in den besetzten Gebieten sank von 106 im Jahre 1994 auf 42 in 1995, keine wurden innerhalb Israels getötet. 30 israelische Soldaten und 16 Zivilisten wurden zum Opfer palästinensischer Angriffe in Gesamtpalästina.⁸⁰² Dem Interimsabkommen nach begann der israelische Rückzug

⁸⁰⁰ Vgl. The Foundation for Middle East Peace: Building Settlements Quietly. Settlement Report. Bd.6. Nr.1. Januar.1996. In: http://www.fmep.org/reports/vol06/no1/07-building_settlements_quietly.html abgerufen am 11.07.2006.

⁸⁰¹ Vgl. Human Rights Watch: World Report 1996: Israeli-occupied Westbank and Gaza Strip. In: http://www.hrw.org/reports/1996/WR96/MIDEAST-06.htm#P579_124567 abgerufen am 10.07.2006.

⁸⁰² Vgl. B'Tselem: Statistics: Fatalities in the First Intifada. In: http://www.btselem.org/english/Statistics/First_Intifada_Tables.asp abgerufen am 28.11.2003.

aus der Stadt Dschenin in der Westbank im späten Oktober und frühen November. Die direkten Auseinandersetzungen zwischen der israelischen Armee und den Palästinensern sollten dadurch in weiteren Territorien abnehmen und das kommunale Leben da sollte relativ ruhiger werden. Neue palästinensische Gefangene wurden freigelassen, so dass rund 5 000 Personen in israelischen Haftanstalten unmittelbar nach der Unterzeichnung von Oslo II zu zählen waren. Zugleich verschlechterte sich der Lebensstandard in den besetzten Gebieten. Die Investitionen in Israel dagegen vermehrten sich.⁸⁰³

Nach dem Selbstmordanschlag im Januar 1995 ließ Jitzhak Rabin neben der stufenweise orchestrierten Trennung der Arbeitsmärkte dies- und jenseits der Grünen Linie (doch Behalten des Warenflusses – hauptsächlich aus Israel) einen Plan zur Errichtung eines Zauns zwischen Israel und der Westbank als Schutz gegen Terrorismus ausarbeiten.⁸⁰⁴ Grundsätzlich setzte er sich für die Trennung der beiden Völker ein. Er sagte in einem Interview für die israelische Zeitung Ha'aretz im April 1995: „I believe in separation as political philosophy. ... But we won't go back to the 1967 borders and Jerusalem will remain united, Israel's capital.“⁸⁰⁵ Im Widerspruch zu der Annahme, dass die Frage der Grenzen während der Verhandlungen über den endgültigen Status behandelt werden musste, deutete der Ministerpräsident an, dass kein Rückzug zu den Grenzen von 1967 vorgesehen worden war.

In seiner Rede vor der Knesset anlässlich der Ratifizierung der Interimsübereinkunft präsentierte er ausführlicher seine Vorstellung über die permanente Lösung des israelisch palästinensischen Konflikts. In Anbetracht seiner ethnischen Zusammensetzung sollte Israel ein jüdischer Staat mit Anteil der jüdischen Bevölkerung von mindestens 80% sein. Territorial sollte er den Großteil des „Landes Israel“ – so wie es sich während des britischen Mandats ausstreckte, umfassen und die 1967-Grenzen überschreiten. Die Palästinenser sollten eine eigene politische Einheit haben, in der die Mehrheit der arabischen Einwohner im Gaza-Streifen und Westjordanland leben und die sich alleine um deren Existenz kümmert. Sie sollte keinen Status eines Staats bekommen. Jerusalem würde in seinen West- und Ostteilen vereinigt und ausgedehnt werden, damit die israelischen Siedlungen in der Westbank um die Stadt herum anektiert werden können. Siedlungsblöcke am Beispiel von Gush Katif im Gaza-Streifen würden etabliert werden. Keine Siedlungen würden während der Interimsphase zerstört werden und ihr natürliches Wachstum würde nicht gehindert werden. Das Jordan-Tal im breitesten Sinne würde die östliche Sicherheitsgrenze von Israel sein.⁸⁰⁶

⁸⁰³ Vgl. Clawson, Patrick L. u. Zoe Danon Gedal: a.a.O. S.10.

⁸⁰⁴ Vgl. auch Wasserstein, Bernard: a.a.O. S.125.

⁸⁰⁵ Zit. in: Susser, Leslie: Sitting on the Fence. In: The Jerusalem Report. Jg.VI. Nr.1. 18.Mai.1995. S.25.

⁸⁰⁶ Vgl. Prime Minister Yitzhak Rabin: Ratification of the Israeli-Palestinian Interim Agreement, The Knesset, October 5, 1995. In: http://www.mfa.gov.il/MFA/MFAArchive/1990_1999/1995/10/PM+Rabin+in+Knesset+Ratification+of+Interim+Agree.htm abgerufen am 03.01.2005.

Das Interimsabkommen wurde mit 61 gegen 59 Stimmen in der Knesset bewilligt. Um sich auf so eine knappe Mehrheit verlassen zu können, stützte sich Jitzhak Rabin auf die arabischen Abgeordneten – ein Tabubruch für einen „jüdischen“ Staat, der von der Opposition breit und weit instrumentalisiert wurde.⁸⁰⁷ Protestdemonstrationen und -Propaganda gegen den nächsten israelischen Rückzug seitens der Siedlerbewegung oder anderer nationalistischer Strömungen waren eine häufige Erscheinung geworden. Gleichzeitig erwarteten nach einer PSR-Meinungsumfrage vom Ende 1995 ca. 40% aller Siedler die Gründung eines palästinensischen Staats in Judäa und Samarien (Westbank). Ca. 30% waren einverstanden, ihren Wohnort gegen eine angemessene Entschädigung seitens der israelischen Regierung zu verlassen.⁸⁰⁸ Am 30. August 1995 publizierte die israelische Organisation Peace Now die Ergebnisse einer Meinungsumfrage unter den Siedlern in der Westbank: 32% waren bereit gegen eine entsprechende Kompensation die Territorien zu verlassen; weitere 8% neigten dazu, diese Möglichkeit zu berücksichtigen; 25% traten für den Friedensprozess ein.⁸⁰⁹ Nach einer Umfrage der Zeitung Ma'ariv gaben 75,4% der israelischen Soldaten in der Westbank eine niedrige Militärdienstmoral im Mai 1994 an (im Vergleich zu 60% im November 1993).⁸¹⁰ Alle diese Tatsachen wurden von der Regierung unterschätzt/ignoriert und durch die eigene Siedlungspolitik vereitelt – auch nicht vom Weißen Haus als Druckmittel angewandt.

Enttäuschung nach den palästinensischen Attentaten verbreitete sich in der israelischen Gesellschaft als Ganzem. Die tatsächlichen Berührungspunkte der Israelis mit ihren palästinensischen Nachbarn waren im Laufe der Osloer Verhandlungen wenig geblieben. „Infolge der Abriegelungspolitik waren die Palästinensergebiete und ihre Bevölkerung weniger sichtbar, als sie es zu irgendwelcher Zeit seit 1967 gewesen waren. Daraus resultierte eine falsche Wahrnehmung der Realität. Die ... Errichtung der Palästinensischen Autonomiebehörde verstärkte diese Fehleinschätzung. Es wurde allgemein angenommen, daß die israelische Besatzung effektiv beendet sei ...“.⁸¹¹ Einer Meinungsumfrage des JMCC und des Tami Steinmetz Centre for Peace Research der Universität in Tel Aviv vom Ende November/Anfang Dezember 1997 unter israelischen und palästinensischen Befragten zufolge gaben nur 22% der Palästinenser und 32% der Israelis an, persönliche oder Businessbeziehungen zu der anderen Seite in dem Moment oder früher gehabt zu haben.⁸¹² „Dabei versäumte die Regierung unter Yitz-

⁸⁰⁷ Vgl. The Other Israel. Nr.69-70. November/Dezember. 1995. S.3.

⁸⁰⁸ Vgl. PSR: Settler Poll (1): The Future of Israeli Settlement in the West Bank. December 28, 1995. In: <http://www.pcpsr.org/survey/cprspolls/95/setpoll1.html> abgerufen am 30.04.2007.

⁸⁰⁹ Die Ergebnisse dieser Meinungsumfrage wurden zitiert in: The Other Israel. Nr.67-68. August/September. 1995. S.8.

⁸¹⁰ Die Ergebnisse dieser Meinungsumfrage wurden zitiert in: The Other Israel. Nr.65. Februar/März. 1995. S.16.

⁸¹¹ Hass, Amira: a.a.O. S.206.

⁸¹² Vgl. JMCC: Public Opinion Poll No. 24: On Palestinian and Israeli Attitudes Towards the Peace Process, December 1997. In: <http://www.jmcc.org/publicpoll/results/1997/no24.htm> abgerufen am 18.04.2007.

hak Rabin jedoch, das Oslo-Konzept in die Erziehung zu einem staatsbürgerlichen Verständnis zu integrieren – mit dem Ergebnis, daß heute weiterhin viele jüdische Israelis sehr wenig über die Situation der Palästinenser in den besetzten Gebieten informiert sind.⁸¹³ So wurden die politischen Übereinkünfte von vielen Israelis pragmatisch an ihrer persönlichen Sicherheit gemessen und/oder national-ideologisch geladenen Stichworten wie Jerusalem oder „Land Israel“. Die tatsächlichen Ergebnisse der Abkommen für den Gaza-Streifen und die Westbank sollten ihrerseits unter dem abstrakten Konzept „Osloer Friedensverhandlungen“ subsumiert werden.

Während einer Kundgebung des linken Lagers zur Unterstützung des Oslo II am 4. November, der sich der israelische Premier angeschlossen hatte, wurde er vom rechtsextremen religiösen Juden Yigal Amir erschossen.

Die Unterzeichnung des Interimsabkommens wurde nach den Ergebnissen einer PSR-Meinungsumfrage vom Oktober 1995 von 72% der Palästinenser begrüßt. Nur 46% glaubten, dass es einen palästinensischen Staat auf den Weg bringen würde, und nur 50% erklärten sich für die Änderung der palästinensischen Charta – die intensivste Opposition kam aus den Reihen der ausgebildeten Einwohner der okkupierten Territorien und der Flüchtlinge.⁸¹⁴ Das JMCC fand heraus, dass 23,7% der palästinensischen Bevölkerung die Vereinbarung stark akzeptierten und 41,9% dies mit Bedenken taten, bei 72,7% für die Friedensverhandlungen. 43% dachten, keine andere Übereinkunft war unter den herrschenden politischen Verhältnissen zu treffen. 54,8% schenken Jitzhak Rabin keinen Glauben für die Ausführung der Abmachung. 41,3% vertrauten Fatah, 10,7% Hamas, 2,4% Islamischem Jihad und 20,9% keiner politischen Kraft.⁸¹⁵ Nach zwei Jahren Verhandlungen war in den besetzten Gebieten Desillusionierung mit ihnen zu konstatieren, doch ein starker Wunsch für eine politisch diplomatische Lösung. Der amerikanischen Führung konnte nun dieses Potential rationalisieren und auf dessen Boden aufbauen, insbesondere nach der Ermordung von Jitzhak Rabin.

4.2 Die Regierungszeit von Schimon Peres (1995-1996)

Die guten Beziehungen zwischen Washington und der Arbeiterpartei wurden auch während der Regierungszeit von Schimon Peres fortgesetzt. Angesichts der regionalen amerikanischen Diplomatieprioritäten und der Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten im Novem-

⁸¹³ Ries, Matthias: a.a.O. S.159.

⁸¹⁴ Vgl. PSR: Public Opinion Poll Nr.20: Taba Agreement, Elections, Jordanian-Palestinian Relations, Evaluation of PNA, October 1995. In: <http://www.pcpsr.org/survey/cprspolls/95/poll20a.html> abgerufen am 16.07.2006.

⁸¹⁵ JMCC: Public Opinion Poll Nr.10: On Palestinian Attitudes Towards the Taba Agreement and the PNA's Assumption of Authority over West Bank Towns, October 1995. In: <http://www.jmcc.org/publicpoll/results/1995/no10.htm> abgerufen am 16.07.2006.

ber 1996 würde deren Sieg bei den parallel bevorstehenden Wahlen zum Parlament und Ministerpräsidenten in Israel zentral werden.

Nach dem Tod von Jitzhak Rabin deklarierte Bill Clinton seine Entschlossenheit, die Verhandlungen weiter zu unterstützen. Dasselbe Vorhaben signalisierte auch der designierte israelische Premier. Intensiver als sein Vorgänger trat er für die wirtschaftliche Integration des Nahen Ostens in einen großen freien Markt und die komplette politische israelisch arabische Anerkennung ein – dies vor dem Hintergrund fortschreitender Globalisierungs- und Privatisierungsprozesse in der Welt.⁸¹⁶ Demnach befürwortete er den Bau einer fixierten Barriere zwischen Israel und der Westbank nicht, wies dagegen auf die Notwendigkeit von „weichen Grenzen“⁸¹⁷ hin (die noch nicht abgeschlossenen Vereinbarungen mit den Palästinensern und die finanziellen Kosten waren für ihn ein anderes Argument⁸¹⁸). Gleichzeitig unterschieden sich seine persönlichen territorialen Vorstellungen hinsichtlich der Palästinenser nicht wesentlich von denen Rabins.⁸¹⁹

Sowohl der amerikanische Präsident als auch er strebten nun hauptsächlich nach dem Abschließen eines israelisch syrischen Friedensvertrags. Für die Clinton-Administration sollte dadurch das letzte große Hindernis auf dem Weg zur durch die USA gesponserten Versöhnung im Nahen Osten entfernt werden. Vorausgesetzt der ungewissen innenpolitischen Zukunft Israels zeigte sich Hafez al-Asad prinzipiell bereit, Unterhändler zur Verfügung zu stellen. Schimon Peres wollte sich auch auf diesen Track als einen strategischen Wechsel für die Verwirklichung seiner Vision für die gesamte Region, inkl. des Friedens mit Libanon, konzentrieren. Dadurch würde die israelische Regierung ihre Position während der Verhandlungen mit den Palästinensern über den endgültigen Status zusätzlich verstärken können. Im Gegensatz zu Jitzhak Rabin war es ihm wichtig, sich nicht ausschließlich mit den Sicherheitsarrangements mit Syrien zu befassen, sondern alle Komponenten eines möglichen Abkommens gleichzeitig zur Sprache zu bringen – die Tiefe der politisch diplomatischen Beziehungen, der IDF-Rückzug, die Sicherheit und der Zeitplan für Koordinierung der einzelnen Schritte. Öffentlich wurde darüber gesprochen, dass Israel „mindestens vom Großteil der Golanhöhen zurückziehen“⁸²⁰ würde. Der israelische Regierungschef wandte sich an das Weiße Haus an,

⁸¹⁶ Vgl. Peres, Schimon: a.a.O.

⁸¹⁷ Ebd. S.233.

⁸¹⁸ Vgl. Susser, Leslie: Peres again Vetoes Shahal's \$300-million Plan for West Bank Security Fence. In: The Jerusalem Report. Jg.VI. Nr.39. 21.März.1996. S.6.

⁸¹⁹ Peres, Schimon: a.a.O. S.231-236.

⁸²⁰ Vgl. Press Conference with Israeli Prime Minister Shimon Peres and U.S. Secretary of State Warren Christopher, Jerusalem, January 10, 1995. In:

<http://dosfan.lib.uic.edu/erc/briefing/dossec/1996/9601/960110dossec.html> abgerufen am 19.07.2006.

aktiver zu intervenieren.⁸²¹ Die Antwort bestand in mehreren Facilitationsreisen zwischen den Kontrahenten, im Organisieren von zwei Gesprächsrunden in Wye Plantation (USA) im Dezember 1995 und Januar 1996 und dem Vermittlungsversuch zwischen Syrien und der Türkei, ihre Wasserstreitfragen so beizulegen, dass Syrien eine größere Wassermenge von den Flüssen Tigris und Euphrat (auf türkischem Territorium) bekommen kann und Israel seine existierende Wasserquantität aus den Golanhöhen weiter beziehen kann.⁸²² In Anbetracht des Libanons enthielt sich Washington nun von seinem Bestehen, die Gespräche mit diesem Land unabhängig von der israelisch-syrischen Schiene voranzutreiben – dies sollte sich irgendwann in der Zukunft in Relation zu dieser Schiene ergeben⁸²³.

Im Zusammenhang mit den Palästinensern standen die Wahlen für den Legislativrat und den Leiter der PA hoch auf der amerikanischen Agenda. Dadurch würde nicht nur der Osloer Prozess ihre wichtigste Legitimation, nämlich unter der breiten palästinensischen Bevölkerung, erhalten, sondern auch regional und international an Glaubwürdigkeit gewinnen. Im frühen Januar 1996 waren die Vereinigten Staaten ein aktiver Teilnehmer an der Geldgeberkonferenz für die okkupierten palästinensischen Territorien in Paris. Zusätzlich zu den 1993 durch die USA versprochenen 500 Millionen Dollar wurden 71 Millionen Dollar angekündigt. Zu verschiedensten Anlässen wurde Zufriedenheit mit Yasser Arafat ausgedrückt. Er seinerseits bat das US-Nahostteam, bei den Fragen über Hebron, die palästinensischen Häftlinge, die Konfiszierung von palästinensischem Land, die Gespräche über den dauerhaften Status und die israelisch-palästinensischen industriellen Zonen mitzuwirken. Am 20. Januar wurde der PLO-Vorsitzende zum Präsidenten der PA gewählt und die Fatah nahmen mehr als zwei Drittel der Sitze im Legislativrat ein. In ihrer Mehrheit setzten sich die palästinensischen Wähler jubelnd und unmissverständlich (71,66% der Wahlberechtigten gaben ihr Votum ab⁸²⁴) für einen entscheidenden politischen Wandel in Richtung ihrer Unabhängigkeit mit friedlichen Mitteln ein. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch berichtete, dass israelische und palästinensische Behörden den Wahlen und dem Verhandlungsprozess oppositionelle Kräfte durch Einschüchterung und Festnahme zum Schweigen zu bringen versuchten. In Ostjerusalem wurden andererseits Wahlkampfveranstaltungen und in einigen Fällen das Erreichen der

⁸²¹ Zu der Position von Schimon Peres hinsichtlich des israelisch-syrischen Tracks vgl. Remarks by Itamar Rabinovitch, Israeli Ambassador to the US, on the Israeli-Syrian Peace Talks, Washington Institute, January 18, 1996. In:

<http://www.mfa.gov.il/MFA/Peace+Process/Guide+to+the+Peace+Process/Ambassaador+Rabinovitch+on+the+Israeli-Syrian+Peac.htm> abgerufen am 03.01.2006.

⁸²² Vgl. Susser, Leslie: U.S. Bids to Seal Syria-Turkey Water Deal to Boost Peace. In: The Jerusalem Report. Jg. VI. Nr.24. 4.April.1996. S.6.

⁸²³ Vgl. Remarks by Prime Minister Shimon Peres and Secretary of State Warren Christopher, Jerusalem, February 5, 1996. In: <http://dosfan.lib.uic.edu/ERC/briefing/dossec/1996/9602/960205dossec.html> abgerufen am 03.01.2006.

⁸²⁴ Vgl. Central Election Commission – Palestine: The 1996 Presidential and Legislative Elections. In: http://www.elections.ps/pdf/Results_election_1996.pdf abgerufen 01.02.2006.

Wahlurnen durch israelische Sicherheitskräfte verhindert.⁸²⁵ Die PA wollte die Hamas in den Wahlprozess einbeziehen und damit ihre Akzeptanz der post-Oslo-Entwicklungen erreichen. Dies zusammen mit der Aufgabe der militärischen Operationen war Thema ihres Treffens in Kairo im Dezember 1995. Dieselben waren die Motive von Israel und den Vereinigten Staaten, dies zu unterstützen. Hamas lehnte beide Anforderungen ab, boykottierte aber die Wahlen nicht.⁸²⁶

Inzwischen hatte die IDF nach dem Schock der Ermordung Rabins die im Interimsabkommen geplante Räumung der größten palästinensischen Ballungszentren in der Westbank, mit Ausnahme von Hebron, bis Ende Dezember rechtzeitig abgeschlossen. Rund 1000 palästinensische Gefangene wurden auf freien Fuß gesetzt (die Arreste von mutmaßlichen Islamisten und/oder Gegnern der Verhandlungen in den durch Israel weiter kontrollierten Territorien wurden nicht gestoppt). Obwohl die Prinzipienklärung es postulierte, wurde die israelische Zivilverwaltung in den besetzten palästinensischen Gebieten nach der Zusammensetzung des palästinensischen Legislativrats nicht abgeschafft. So kontrollierte Israel auch weiterhin die Einwohnerzahl in den von der PA verwalteten Gebieten, wodurch es die Rückkehr von Palästinensern beschränken und verhindern konnte, die ihr Bleiberecht 1967 verloren hatten.⁸²⁷

Die innenpolitische Machtbasis, über die Schimon Peres in den ersten Monaten seiner Regierungszeit verfügte, übertraf diejenige von Jitzhak Rabin. Das tragische Ereignis am 4. November hatte eine breite Protestwelle dagegen und für die Weiterführung des Osloer Prozesses im Rahmen der israelischen Gesellschaft hervorgerufen. Meinungsumfragen zufolge war der designierte Premier im November und Dezember 1995 zweimal so populär wie Benjamin Netanjahu und drei Viertel der Wähler setzten sich generell für die unterzeichneten Abkommen ein.⁸²⁸ Doch wurden die Verhandlungen über Hebron seitens Israels verzögert. Im Unterschied zu der häufig scharfen Sprache von Jitzhak Rabin bezüglich des religiösen Lagers versuchte Schimon Peres von Anfang an den Dialog mit ihm offen zu halten und mindestens seine Neutralität, wenn nicht Unterstützung, zu erhalten. Der moderate Rabbi Amital wurde als Minister ohne Geschäftsbereich angestellt und Gespräche mit der Nationalreligiösen Partei über ihre Zustimmung zu Oslo II gegen eine de facto Einstellung der Implementierung dieser Vereinbarung bis zu den Wahlen im Herbst wurden eröffnet.⁸²⁹ Ein offizielles detailliertes Regierungskonzept über die Form und den Maßstab der palästinensischen Selbstbestimmung

⁸²⁵ Vgl. Human Rights Watch: World Report 1997: The Israeli-occupied West Bank and Gaza Strip. In: http://www.hrw.org/reports/1997/WR97/ME-06.htm#P317_128438 abgerufen am 19.07.2006.

⁸²⁶ Vgl. Harub, Khalid: a.a.O. S.228.

⁸²⁷ Vgl. Hass, Amira: a.a.O. S.204.

⁸²⁸ Vgl. Israel Fights for Its Soul. In: The Jerusalem Report. Jg.VI. Nr.16. 14.Dez..1995. S.20. Vgl. auch The Tami Steinmetz Center for Peace Research (TSC): Peace Index 1995-1996: <http://www.tau.ac.il/peace/> abgerufen am 18.04.2007.

⁸²⁹ Vgl. The Other Israel. Nr.69-70. Nov-Dez. S.8-9.

angesichts der ursprünglich in der Prinzipienerklärung für spätestens Anfang Mai 1996 vorgesehenen Frist für die Eröffnung der Gespräche über den endgültigen Status der besetzten Gebiete fehlte immer noch. Am 11. Februar kündigte Schimon Peres neue Wahlen für Mai an.

Ende Oktober 1995 war der Führer des Islamischen Jihad Fathi Shikaki von Mossad in Malta erschossen. Am 6. Januar, nach vier Monaten durch Hamas eingehaltenem inoffiziellem „Waffenstillstand“, wurde ihr Aktivist Yahia Ayash durch den israelischen inneren Sicherheitsdienst Shin Bet getötet. „Peres, ..., hatte die „gezielte Tötung“ von Ayash ... genehmigt, um in der Öffentlichkeit den Ruf eines harten Durchgreifers zu gewinnen.“⁸³⁰ Am 25. Februar und 3. und 4. März 1996 antworteten die beiden Organisationen mit Selbstmordanschlägen, bei denen rund 60 Israelis ums Leben kamen. Die Abriegelung der okkupierten Territorien wurde in ihren schärfsten Formen wiederhergestellt. Die israelische Teilnahme an den Verhandlungen mit Syrien in Wye Plantation wurde suspendiert. Die Atmosphäre geschaffen durch die Interimsvereinbarung kehrte sich endgültig um und das Thema Terror geriet, nicht zuletzt durch rechte politische Strömungen in Israel ausgenutzt, ins Zentrum des Wahlkampfes. Die Vereinigten Staaten verurteilten die Attentate. Der bis dahin größte Sicherheits- und Antiterror-Gipfel in der Region wurde in Scharm el-Scheich (Ägypten) in der Anwesenheit von Bill Clinton am 13. März einberufen. Unterstützung für den amtierenden israelischen Ministerpräsidenten wurde demonstriert, wobei Syrien und Iran isoliert bleiben sollten (sie nahmen an der Konferenz nicht teil). Die Abschlusserklärung des Treffens wurde auf den Verhandlungsprozess und die Antiterrorkooperation fokussiert. Fragen wie die Beachtung der Menschenrechte oder der Ausgleich struktureller Asymmetrien in der Region wurden in diesem Zusammenhang außer Acht gelassen.⁸³¹

Seine Nahostreise beendete der US-Präsident mit einem Besuch in Israel, während dessen er 100 Millionen Dollar für Antiterrormaßnahmen zusätzlich zu der jährlichen Militär- und Wirtschaftshilfe für das Land ankündigte.⁸³² Die israelisch palästinensischen Nachrichtendienst austausch und Kooperation bei der Bekämpfung von Kampfzellen von Hamas und Islamischem Jihad sowie die Aufrüstung der palästinensischen Sicherheitskräfte wurden technisch materiell gefördert. Die letzten wurden von Warren Christopher für ihre (häufig unrechtmäßigen) Aktionen gegen mutmaßliche militante Aktivisten infolge der Anschläge im Februar und März gelobt.⁸³³ Angesichts der Härte der andauernden Absperrung der okkupier-

⁸³⁰ Kimmerling, Baruch: a.a.O. S.119-120. Die Hervorhebung gehört zum originalen Text.

⁸³¹ Vgl. Abschlusserklärung des Antiterror-Gipfels vom 13. März 1996 in Scharm el-Scheich. In: Internationale Politik (Europa Archiv). 51.Jg. Nr.9. Sept.1996. S.110-111.

⁸³² Vgl. Kuttler, Hillel: US to Expand Military Cooperation. In: The Jerusalem Post. Int. Ausg. Nr.1901. 12.April.1997. S.32.

⁸³³ Vgl. Secretary of State Warren Christopher, Address to the WINEP Annual Soref Symposium: „Fighting Terrorism: Challenges for the Peacemakers“, May 21, 1996.

ten Territorien wurde auf die israelische Regierung Druck hinter den Kulissen ausgeübt und finanzielle Mechanismen zu deren Kompensierung wurden von Washington gefördert. Der Versuch arabischer Repräsentanten, eine Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zur Verurteilung der erschwerten palästinensischen wirtschaftlichen und sozialen Lage und der israelischen Politik diesbezüglich zu verabschieden, endete erfolglos. Die amerikanische UNO-Botschafterin Madeleine Albright deklarierte während der jeweiligen Sitzung: „The United States regrets that this discussion of Israel’s closure of the West Bank and the Gaza Strip is taking place. It has been our view ... that such a discussion cannot help the peace process.“⁸³⁴ Dabei wiesen die US-Diplomaten die Konfliktparteien weiter auf Rückkehr zu ihren gegenseitigen Beratungen hin.

Am 18. April kamen Yasser Arafat und Schimon Peres zum ersten Mal nach den Selbstmordanschlägen zusammen – es wurde verabredet, dass die Verlegung der IDF-Truppen in Hebron Ende Mai beginnen wird.⁸³⁵ Im April und Mai wurde die Abriegelung leicht gelockert. Reelle Fortschritte bei der Ausführung der israelisch palästinensischen Übereinkünfte waren nicht anzumerken und die Frustration unter der palästinensischen Bevölkerung spitzte sich zu.

Seit Anfang des Jahres 1996 hatte Hisbollah ihre Überfälle auf israelische Militärkonvois vermehrt. Schimon Peres mangelte das Militärimage von Jitzhak Rabin, passte dadurch mit traditionellen Erwartungen von Sicherheit durch Stärke in der israelischen Gesellschaft weniger zusammen und war in dieser Hinsicht oppositionellen Attacken ausgesetzt – etwas, was im Weißen Haus mit Besorgnis verfolgt wurde. In Anbetracht seiner sinkenden Vertrauensquoten nach den Attentaten im März und bestärkt durch das Treffen in Sharm al-Sheikh, beorderte der Premier die Operation „Früchte des Zorns“ (11-26. April) gegen die Hisbollah-Milizen im Südlibanon. Zerstörerische Angriffe wurden in einem breiten Maßstab unternommen, so dass neben militärischen Zielen, wirtschaftliche Infrastruktur, Elektrizitätsleitungen, Straßen und die Zivilbevölkerung im Libanon übermäßig betroffen wurden.

Am 15. April wurde im UNO-Sicherheitsrat über die Lage diskutiert. Das Ergebnis bestand in einer knappen Erklärung seines Vorsitzenden in Form eines Satzes: „The conclusion I think I can reach as President of the Council following this debate is that all who have spoken want the fighting, violence and bloodshed to cease once and for all and believe that the humanitarian needs of the civilian population must be met and that the peace process must continue to

Zu den unrechtmäßigen Maßnahmen der palästinensischen Sicherheitskräfte vgl. Human Rights Watch: World Report 1997: The Israeli-occupied Westbank and Gaza Strip. In: http://www.hrw.org/reports/1997/WR97/ME-06.htm#P317_128438 abgerufen am 07.08.2006.

⁸³⁴ Aussage der US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen Madeleine Albright während der 3652. Sitzung des Sicherheitsrats am 15. April 1996. S. 11. In: <http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/PRO/N96/854/15/PDF/N9685415.pdf?OpenElement> abgerufen am 06.08.2006.

⁸³⁵ Vgl. The Jerusalem Report. Jg.VII. Nr.1. 16.Mai.1996. S.10.

be supported.“⁸³⁶ Erst nach der Katastrophe im libanesischen Ort Kana am 18. April, als israelische Kampfflugzeuge einen UNO-Vorposten (wie behauptet aus Versehen) beschossen und mehr als 100 von sich dort befindenden Flüchtlingen töteten und noch mehr verletzten, unterbrach der Präsident Clinton das Schweigen seiner Administration und rief zum sofortigen Waffenstillstand auf. Warren Christopher und Dennis Ross machten sich auf den Weg in die Region und handelten ein Abkommen zwischen Israel, Hisbollah, Libanon und Syrien am 26. April aus. Hisbollah sollte keine Katjuscha-Raketen gegen Israel abfeuern, Israel sollte keine zivilen Ziele im Libanon attackieren. Beide verpflichteten sich ausdrücklich, Zivilisten nicht anzugreifen. Ohne die Vereinbarung zu überschreiten, sollte das Recht auf Selbstverteidigung für alle Parteien zukünftig gelten. Ein Überwachungskomitee mit Vertretern aus den USA, Frankreich, Syrien, dem Libanon und Israel sollte die Einhaltung der Arrangements beobachten und Streitigkeiten schlichten. Washington würde sich mit dem Wiederaufbauprozess des Libanons engagieren. Nicht an letzter Stelle drückte es seinen Wunsch aus, dass der Verhandlungsprozess zwischen Israel und seinen Nachbarn Syrien und Libanon neu gestartet würde und ein allumfassender Frieden im Nahen Osten verwirklicht werden könnte.⁸³⁷ Der Abzug der israelischen Truppen aus Südlibanon wurde nicht adressiert.

Demnächst erkannte das US-Nahostteam als eine wichtige Aufgabe, das Friedensimage von Schimon Peres vor durch die Offensive enttäuschen Wählern zu retten, wobei seine Zuverlässigkeit als „starkes Staatsoberhaupt“ nicht beeinträchtigt werden sollte. Die Bereitschaft Arafats in jenem Moment, die PLO-Charta trotz der Kritik der arabischen Welt durch den Palästinensischen Nationalrat verändern zu lassen, wurde begrüßt. Am 24. April annoncierte das entsprechende Organ, dass die Artikel des Dokuments, die den Briefen zwischen Arafat und Jitzhak Rabin vom September 1993 widersprachen, nicht länger galten. Ein Rechtsausschuss sollte das Papier neu entwerfen.⁸³⁸ Gleich danach wurde der palästinensische Leiter im Weißen Haus eingeladen. Am 28. April unterzeichneten der israelische Ministerpräsident und der amerikanische Verteidigungsminister Perry eine gemeinsame Erklärung zur Vertiefung der gegenseitigen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Abwehrraketenentwicklung. Bill Clinton kündigte an, die strategische Partnerschaft zwischen den beiden Ländern in Anbetracht der israelischen Sicherheitsbedürfnisse, einschl. der Perspektive eines formellen Sicherheitsver-

⁸³⁶ Vgl. Security Council, 3653rd Meeting, 15 April 1996, S.29. In: <http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/PRO/N96/854/33/PDF/N9685433.pdf?OpenElement> abgerufen am 07.08.2006.

⁸³⁷ Der Text des Abkommens ist abrufbar unter: http://www.monde-diplomatique.fr/cahier/proche-orient/region-libanon-96?var_recherche=cease-fire%20libanon%201996 abgerufen am 06.08.2006.

⁸³⁸ Vgl. Israelisches Außenministerium: Chronology of the Israel-Palestinian Negotiations. In: <http://www.mfa.gov.il/MFA/Peace%20Process/Guide%20to%20the%20Peace%20Process/Israel-Palestinian%20Negotiations> abgerufen am 07.08.2006.

trags, sowie das Erreichen des kompletten nahöstlichen Friedens intensivieren zu wollen.⁸³⁹

Die regionalen Kontakte zwischen Israel und den arabischen Ländern wurden von den US-Diplomaten ferner stimuliert. Im April 1996 stattete Schimon Peres Visite in Oman und Katar ab. Im Mai 1996 wurden israelische Handelsvertretungen in den beiden Staaten geöffnet. Im Frühling 1996 tauschten Tunesien und Israel Vertretungen aus. Im Mai 1996 startete das islamische Land Mauretanien seine diplomatische Mission in Tel Aviv.⁸⁴⁰

Am 5. Mai wurden die israelisch palästinensischen Verhandlungen über den permanenten Status der okkupierten Territorien und Jerusalem formell eröffnet. Im Wahlprogramm der Arbeiterpartei war die Ablehnung eines palästinensischen Staats nicht mehr präsent und die israelische Herrschaft über das palästinensische Volk wurde negiert.⁸⁴¹ Zu jenem Zeitpunkt dominierten die für den 29. Mai beabsichtigten Wahlen die politische Landschaft Israels in vollem Gange. Die USA zeigten sich vorsichtig, was einen eventuellen Sieg von Benjamin Netanjahu anging (der Friedensvertrag mit Jordanien wurde in diesem Sinne auch als gefährdet angesehen), doch sprach Warren Christopher nach den Wahlen von der Notwendigkeit, die Politik seiner Regierung daran anzupassen.⁸⁴²

4.3 Die Regierungszeit von Benjamin Netanjahu (1996-1998)

4.3.1 Der Track I während der zweiten Amtsperiode von Bill Clinton (1997-1998)

Nach dem Wahlsieg von Bill Clinton im November 1996 waren wenige neue Personen im US-Nahostteam zu registrieren. Der Posten der Außenministerin wurde von Madeleine Albright übernommen. Ihrem Buch "Die Autobiographie" nach lautete die zentrale außenpolitische Zielsetzung: „... Politik und Handeln anderer Nationen so zu beeinflussen, daß damit den Interessen und Werten der eigenen Nation gedient ist. Die zur Verfügung stehenden Mittel reichen von freundlichen Worten bis zu Marschflugkörpern.“⁸⁴³ Gleichzeitig bekundete sie starke Aufmerksamkeit für innenpolitische Entwicklungen, insbesondere die Stimmung auf dem Capitol Hill.⁸⁴⁴ Ausgebildete Europa-Spezialistin, standen auf ihrer Nahost-Erfahrungsliste eher politische Engagements und Kontakte. Als außenpolitische Beraterin des Demokratischen Präsidentschaftskandidaten Michael Dukakis wies sie 1988 die Anforderung

⁸³⁹ Vgl. U.S.-Israel Joint Statement, White House, April 30 1996. In:

<http://www.clintonfoundation.org/legacy/043096-joint-statement-us-and-israel.htm> abgerufen am 07.08.2006.

⁸⁴⁰ Vgl. Israelisches Außenministerium: Israel Among the Nations – Middle East-North Africa. In:

<http://www.mfa.gov.il/MFA/Foreign+Relations/Israel+Among+the+Nations/ISRAEL%20AMONG%20THE%20NATIONS-%20Middle%20East%20-%20North%20Afri> Stand 25. Apr. 2003, abgerufen am 01.07.2006.

⁸⁴¹ Vgl. Wahlprogramm der israelischen Arbeiterpartei aus dem Jahre 1996. In:

http://www.mfa.gov.il/MFA/MFAArchive/1990_1999/1998/7/Israel%20Labour%20Party%201996%20Platform-%20Peace%20and%20Secur abgerufen am 25.08.2006.

⁸⁴² Vgl. Broder, Jonathan: Diplomatic Dread. In: The Jerusalem Report. Jg.VII. Nr.4. 27.Juni.1996, S.32.

⁸⁴³ Albright, Madeleine: a.a.O. (2) S.387

⁸⁴⁴ Vgl. Quandt, William B.: a.a.O. (2) S.348-349.

von Jesse Jackson für die Unterstützung eines palästinensischen Staats in der Parteiplattform zurück. 1992 war sie Clintons Kontaktperson für die US-Judengemeinschaft. Während ihres vierjährigen Mandats als Botschafterin bei den Vereinten Nationen (1993-1997) wurde sie mit der Nahostfrage regelmäßig konfrontiert, kommunizierte dabei häufig mit Leitern von jüdischen Organisationen. Ein pro-Israel-Lobbyist: „... this has been very formative. Anyone who is looking for conflict between the United States and Israel is looking in the wrong place.“⁸⁴⁵ Katholisch erzogen, später praktizierende Episkopalkirchenangehörige, erfuhr sie im Januar 1997 von ihren jüdischen Großeltern und deren Tod im Holocaust.⁸⁴⁶ „... in the end, her family history seemed to have less bearing on her Middle East views than did her strong feel for domestic politics, her loyalty to Clinton, and her plausible hope to serve on as secretary of state in a future Gore administration.“⁸⁴⁷ Vielen Erwartungen nach sollte vor allem der Persische Golf im Zentrum ihrer nahöstlichen Bemühungen liegen, es sei denn das Potenzial des israelisch palästinensischen Konflikts sich aktiviert. Die Stelle des Nationalen Sicherheitsberaters wurde dem, bisher mit den israelisch palästinensischen Verhandlungen engagierten, Sandy Berger übergeben. Verteidigungsminister wurde der Republikaner William Cohen, bekannt für seine proisraelischen Abstimmungen im Kongress⁸⁴⁸ und sehr herzlichen Beziehungen zu seinem israelischen Kollegen Jitzhak Mordechai⁸⁴⁹. Martin Indyk kehrte aus Israel zurück und wurde stellvertretender Außenminister für Nahost. Dennis Ross und Aaron Miller behielten ihren Platz im US-Nahostteam.

Bei seiner Wiederwahl erhielt Bill Clinton gute 50 Prozent der Stimmen der arabisch stämmigen Amerikaner⁸⁵⁰ und rund 80 Prozent derjenigen der amerikanischen Juden⁸⁵¹. Enge finanzielle Verknüpfungen zugunsten der jüdischen Wahlkampfesponsoren trugen auch diesmal zu seiner Kampagne bei.⁸⁵² Die Zuschüsse der arabisch stämmigen Amerikaner hielten sich immer noch auf einem niedrigen Niveau.

⁸⁴⁵ Ebd.

⁸⁴⁶ Vgl. Albright, Madeleine: a.a.O. (2) S.287;

⁸⁴⁷ Quandt, William B.: a.a.O. (2) S.349.

⁸⁴⁸ Vgl.Ebd.

⁸⁴⁹ Vgl. O'Sullivan, Arie: Good Chemistry. Defense Minister Yitzhak Mordechai and his American Counterpart William Cohen Enjoy an Unusually Warm Relationship. In: The Jerusalem Post. Int. Ausg. Nr.1946. 21.Febr.1998. S.7.

⁸⁵⁰ Vgl. Zogby, James: The Victories of '96. In: <http://www.aaiusa.org/washington-watch/1310/w111196> Stand 11.11.1996, abgerufen am 02.11.2007.

⁸⁵¹ Vgl. Ben-David, Calev: Not all the President's Jews. In:

<http://www.jpost.com/servlet/Satellite?pagename=JPost/JPArticle/ShowFull&cid=1074013807795> Stand Januar 2004, abgerufen am 13.01.2004; Crotty, William: a.a.O. S.216.(Tabelle); CNN Presidential Election Exit Poll Results, Vote 1996. In: <http://www.cnn.com/ALLPOLITICS/1996/elections/natl.exit.poll/index1.html> Stand 11.06.1996, abgerufen am 01.03.2005.

⁸⁵² Doch erwiesen sich die konkret als proisraelisch registrierten Zuschüsse von PACs und individuellen Beiträgen für Bill Clinton viel geringer im Vergleich zum Republikanischen Kandidaten Bob Dole. Nach Angaben der Organisation Center for Responsive Politics bekam er 1996 7,000 Dollar und Bob Dole 80,500 Dollar. (Vgl. Center for Responsive Politics: Pro-Israel: Top 20 Presidential Candidates. 1996. In:

In den Parlamentswahlen 1996 und 1998 konnten die Republikaner mit 226 bzw. 223 Repräsentanten und je 55 Senatoren in dem jeweiligen Jahr ihre Mehrheit in den beiden Häusern bewahren.⁸⁵³ Die *neokonservativen* Einflüsse verstärkten dadurch ihre Basis im Kongress. Zu der Regierung von Benjamin Netanjahu wurden in diesen Denkkreisen intensive Beziehungen gepflegt. Im Juni 1996 erarbeiteten Richard Perle, Douglas Feith, David Wurmser und andere den Bericht „A Clean Break: A New Strategy for Securing the Realm“ im Auftrag des israelischen Thinktanks Institute for Advanced Strategic and Political Studies.⁸⁵⁴ Es war gedacht als politischer Entwurf für den neuen Ministerpräsidenten.⁸⁵⁵ Eine spezielle Affinität zu ihm hatten in diesem Kontext auch die religiösen Rechten. Seine Regierung war die erste, die in ihren Koalitionsrichtlinien das jüdische Recht auf Gebet an allen für Juden heiligen Plätzen (zumindest rhetorisch) zu garantieren versprach, einschl. auf dem al-Haram ash-Sharif/Tempelberg. (In der Regel war der jüdischen Bevölkerung erlaubt, den Tempelberg zu besuchen ohne dort zu beten.⁸⁵⁶) Während seines Besuchs in Washington 1997 ließ der Premier sein Treffen mit Repräsentanten des Reformjudentums ausfallen, ohne dabei sein Engagement mit Vertretern der protestantischen Gemeinschaft abzusagen.⁸⁵⁷ Im Januar 1998 wurde er, gleich nach seiner Ankunft in den USA und bevor seinem Gespräch mit dem US-

<http://www.opensecrets.org/industries/recips.asp?Ind=Q05&Cycle=1996&recipdetail=P&Mem=N&sortorder=U> abgerufen am 08.03.2005.)

⁸⁵³ Vgl. US-Kongress: Repräsentantenhaus: Sekretariat: Political divisions of the U.S. Senate and House of Representatives from 1867 (40th Cong.) to 2000 (106th Cong.). In: <http://clerk.house.gov/members/electionInfo/1998/Table.htm> Stand 03.01.1999, abgerufen am 07.07.2004.; CNN Election Results 1996: <http://www.cnn.com/ALLPOLITICS/1996/elections/summary.html>, Stand 1996, abgerufen am 04.03.2005

⁸⁵⁴ Vgl. Study Group on a New Israeli Strategy Toward 2000 (The Institute for Advanced Strategic and Political Studies): A Clean Break: A New Strategy for Securing the Realm. In: <http://www.israeleconomy.org/strat1.htm> abgerufen am 04.03.2005.

⁸⁵⁵ Vgl. Ebd.

Dem Bericht nach sollte Israel nun einen Bruch mit dem Osloer Prozess und dem Peres' „New Middle East“ vollziehen und seine Ansprüche auf die Westbank und den Gaza-Streifen wieder geltend machen. Dazu kamen: das Prinzip der Erfüllung von „minimalen Anforderungen“ in Anbetracht der US-Hilfe für die PA, das Recht auf „heiße“ Sicherheitsstrategien in allen palästinensischen Gebieten und Prävention statt Reaktion, Unterminierung von Yasser Arafat, Ersetzung des Grundsatzes „Land für Frieden“ durch denjenigen des „Frieden für Frieden“ bzw. „Frieden durch Stärke“ und „Sich Selbst Verlassen“, Eindämmung von Syrien, inkl. mit militärischen Mitteln, Kooperation mit der Türkei und Jordanien und Absetzung von Saddam Hussein, eine intensivere israelisch-amerikanische Zusammenarbeit in der Entwicklung von Raketenabwehrsystemen – mit anderen Worten Rückkehr zum System des Balance of Power in der Region. Dazu sollte sich Israel wirtschaftlich reformieren. Als erster Schritt wurde die Abschaffung der US-Wirtschaftshilfe betrachtet, gefolgt von massiver Liberalisierung. All dies sollte Israel ermöglichen, sich überlegen im arabisch-israelischen Konflikt zu zeigen.

⁸⁵⁶ Vgl. Halevi, Yossi Klein: The Battle for the Temple Mount. In: The Jerusalem Report. Jg.VII. Nr.11. 3.Okt.1996. S.19.

⁸⁵⁷ Vgl. Broder, Jonathan: Conflicted and Confused. In: The Jerusalem Report. Jg.VII. Nr.26. 1.Mai.1997. S.20-21.

Präsidenten, vom Reverend Jerry Falwell empfangen, der die konservative religiöse Formation Moral Majority leitete.⁸⁵⁸

Seitdem Benjamin Netanjahu an die Macht kam, gewannen die pro-Likud Neigung und die antipalästinensischen Stimmungen im AIPAC⁸⁵⁹ die Oberhand. Bei jeder Gelegenheit versuchte die Gruppe den ohnehin traditionell Israel-freundlichen Kongress zu mobilisieren, um den Premier vor dem Druck der Administration zu schützen. Als ihre wichtigste Errungenschaft betrachtete die Gruppe den im März 1998 von 81 Senatoren unterzeichneten Brief an Bill Clinton, mit dem eventuelle Androhungen gegenüber Israel und den damals lancierten US-Friedensplan verhindert werden sollten. Mehr als 150 Repräsentanten unterzeichneten ähnliche Briefe.⁸⁶⁰ AIPAC unterstützte die amerikanisch israelischen Waffenmodernisierungsprojekte.⁸⁶¹ Häufig spielte AIPAC die Jerusalem-Karte aus.

Nach Angaben des Center for Responsive Politics betrugen alle als „proisraelisch“ deklarierten Kongresswahlkampfsummen von PACs und einzelnen Individuen im Jahre 1996 und 1998 je knapp 6 Millionen Dollar. 1996 wurden 98 Demokraten mit 1 486 492 Dollar und 94 Republikaner mit 771 987 Dollar im neu gewählten Repräsentantenhaus und 20 Demokratische, 1 367 002 Dollar, und 26 Republikanische Senatoren, 976 430 Dollar, finanziert.⁸⁶² 1998 waren das 108 Demokratische, 1 435 357 Dollar, und 88 Republikanische, 678 125 Dollar, Repräsentanten und 24 Demokraten, 1 894 728 Dollar, und 23 Republikaner, 1 179 533 Dollar im Senat.⁸⁶³ Andererseits beliefen sich die gesamten Beiträge der arabischen und muslimischen PACs im Jahre 1996 auf 29 072 Dollar und 1998 auf 89 200 Dollar.⁸⁶⁴

Dabei entsprachen die Aktivitäten der Führung der dominantesten jüdischen Organisationen im Kongress weder den Einstellungen der Mehrheit der amerikanischen Juden noch der all-

⁸⁵⁸ Vgl. Erlanger, Steven: Netanyahu, in U.S., Woos Conservatives. In: The New York Times. Jg.CXLVII. Nr.51,043. 20.Jan.1998. S.A6.

⁸⁵⁹ Vgl. Zogby, James: Why Congress is Out of Control. In: <http://www.aaiusa.org/washington-watch/1347/w081197> Stand 11.08.2007, abgerufen am. 06.03.2005.

⁸⁶⁰ Vgl. Dorf, Matthew: News Analysis: Mixed Signals sent by Jews to Clinton. (The Jewish News Weekly of Northern California) In: http://www.jewishsf.com/content/2-0-/module/displaystory/story_id/8418/edition_id/160/format/html/displaystory.html Stand 10.04.1998, abgerufen am 06.03.2005; Vgl. Dorf, Matthew: After Barak Win, AIPAC reverses opposition to a Palestinian State. (The Jewish News Weekly of Northern California) In: http://www.jewishsf.com/content/2-0-/module/displaystory/story_id/11317/edition_id/217/format/html/displaystory.html Stand 28.05.1999, abgerufen am 06.03.2005

⁸⁶¹ Vgl: Dow, Melvin u. Howard Kohr: Despite Planned Aid cut, Strong Israel-U.S. Partnership Still Crucial. In: Jewish News of Greater Phoenix. Jg.50. Nr.20. 13.Febr.1998. In: <http://www.jewishaz.com/jewishnews/980213/aidcut.shtml> abgerufen am 06.03.2005.

⁸⁶² Vgl. Center for Responsive Politics: Pro-Israel: Money to Congress. 1996. In: <http://www.opensecrets.org/industries/summary.asp?Ind=Q05&recipdetail=A&sortorder=U&Cycle=1996> abgerufen am 14.07.2004.

⁸⁶³ Vgl. Center for Responsive Politics: Pro-Israel: Money to Congress. 1996. In: <http://www.opensecrets.org/industries/summary.asp?Ind=Q05&recipdetail=A&sortorder=U&Cycle=1998> abgerufen am 14.07.2004.

⁸⁶⁴ Vgl. Center for Responsive Politics: Pro-Arab Interests: The Money. In: <http://www.opensecrets.org/news/pro-israel.pro-arab/pro-arab.asp> abgerufen am 14.07.2004.

gemeinen Popularität Clintons. Nach unterschiedlichen Meinungsumfragen sprachen sich zwischen 70 und 80 Prozent der amerikanischen Juden generell für den Osloer Prozess und eine starke US-Rolle in ihm. Vielen war die Idee eines palästinensischen Staats nicht fremd.

Entsprechend der Zusammensetzung des Kongresses wurden die Nuancen seiner Gesetzgebung im Hinblick auf die Region gestaltet. Clinton wurde zu einem härteren Kurs gegenüber dem Irak aufgefordert, was u.a. in der Annahme des Irak Liberation Act 1998 kulminierte. Wider die Bedenken der Administration, die an Fortschritte in den israelisch syrischen Verhandlungen und der Eröffnung von neuen Investitionsmöglichkeiten für US-Firmen in Syrien interessiert war⁸⁶⁵, billigte das Repräsentantenhaus im Juli 1997 den Entwurf eines Gesetzes, der den kompletten Handel mit Syrien verbieten sollte.⁸⁶⁶ Die Wirtschaftshilfe für Ägypten wurde 1999 um 40 Millionen Dollar herabgesetzt, ohne die Militärhilfe zu verändern. Sein Engagement für den Frieden schien dem Capitol Hill umstritten zu sein.⁸⁶⁷ Überlegungen zur Stimulierung des unmittelbaren Handels zwischen den Partnern aus den beiden Staaten spielten dazu eine Rolle.⁸⁶⁸ Der antiisraelische Boykott der arabischen Staaten wurde nachdrücklich kritisiert und Versuche wurden unternommen, seine Abschaffung an die US-Waffenverkäufe in der arabischen Welt zu binden. Nachdem im Jahre 1995 das Gesetz zum Umzug der amerikanischen Botschaft in Israel nach Jerusalem verabschiedet worden war, wurde am 10. Juni 1997 einer unverbindlichen Resolution zum 30. Jahrestag der Wiedervereinigung von Jerusalem zugestimmt.⁸⁶⁹ Das Middle East Peace Facilitation Act von 1993 wurde nach seinem Ablauf im August 1997 durch den Kongress nicht verlängert. Infolgedessen blieb das PLO-Office in Washington bis 6. Dezember 1997 geschlossen. Die geltende Todesstrafe für Landverkäufe an Israelis und Juden im Allgemeinen in den palästinensischen Gebieten und die Korruptionsfälle im Rahmen der Palästinensischen Behörde wurden als Mo-

⁸⁶⁵ Vgl. Human Rights Watch World Report on Syria 1998. In: <http://hrw.org/worldreport99/mideast/syria3.html> Stand 10.03.2005, abgerufen am 10.03.2005; Human Rights Watch World Report on Syria 1999. In: <http://hrw.org/worldreport99/mideast/syria3.html> abgerufen am 10.03.2005;

⁸⁶⁶ Nach einer früheren Klassifizierung wurde Syrien als ein Terrorismus fördernder Staat betrachtet und sollte darum strengen finanziellen Restriktionen seitens der Vereinigten Staaten unterliegen. Die amerikanische Regierung bediente sich dabei einigen Ausnahmeklauseln, die jetzt aufzuheben waren. Doch gelang es der Clinton Administration dies zu verhindern. (Vgl. Zogby, James: Congress Fights US Middle East Peace Efforts. In: <http://www.aaiusa.org/washington-watch/1345/w072897> Stand 28.07.1997, abgerufen am 02.11.2007)

⁸⁶⁷ Vgl. Rodan, Steve: US-Egyptian Ties under Stress. In: The Jerusalem Post. Int. Ausg. Nr.1903. 26.Apr.1997. S.7.

⁸⁶⁸ Vgl. Human Rights Watch World Report on Egypt 1998. In: <http://www.hrw.org/worldreport/Mideast-03.htm#TopOfPage> Stand 10.03.2005, abgerufen am 10.03.2005.; Human Rights Watch World Report on Syria 2000. In: <http://www.hrw.org/wr2k/Mena-03.htm> abgerufen am 10.03.2005; Momani, Bessma: Promoting Economic Liberalization in Egypt: From U.S. Foreign Aid to Trade and Investment. In: Middle East Review of International Affairs. Jg.7. Nr.3. Sept.2003. In: <http://meria.idc.ac.il/journal/2003/issue3/momani.pdf> abgerufen am 09.03.2005.

⁸⁶⁹ Vgl. Zogby, James: The Irresponsible US Congress. In: <http://www.aaiusa.org/washington-watch/1340/w062397> Stand 23.06.1997, abgerufen am 02.11.2007.

tive angegeben. Andere Abgeordnete teilten die von der israelischen Lobby artikulierte Meinung, dass die PLO bzw. PA die Terrorattacken aus derselben Periode initiiert hatte.

Durch zusätzliche Gesetzgebung, initiiert durch die Administration, konnten die Kontakte mit und die Hilfe für die Palästinenser später wieder zustande kommen. Nachdem bei der Geldgeberkonferenz am 30. November 1998 Clinton 400 Millionen Dollar Wirtschaftshilfe für die palästinensische Seite als Wye-Abkommen-Zuschuss zugesagt hatte, weigerte sich das Parlament finanzielle Unterstützung für diese Vereinbarung für das fiskalische Jahr 2000 einzubeziehen. aufs Neue wurden Verhandlungen zwischen ihm und der Regierung durchgeführt und im November 1999 1,2 Milliarden Dollar für die Israelis, 400 Millionen für die Palästinenser, 200 Millionen für Jordanien und 25 Millionen für Ägypten bestätigt.⁸⁷⁰

4.3.2 Verschärfung der regionalen Perspektive des Weißen Hauses

Am Vorabend der zweiten Amtszeit von Bill Clinton waren die von den Vereinigten Staaten in Bezug auf den Irak bzw. den Iran erwarteten Resultate nicht zu registrieren. Saddam Hussein war es gelungen, sein Regime innenpolitisch zu befestigen und erfolgreich gegen die von benachbarten arabischen Staaten „geduldeten“ fremden Interventionen zu propagieren. Das UN-Irak-Embargo hatte verheerende Konsequenzen für die einheimische Bevölkerung nach sich gezogen und weltweite Ablehnung erregt. Nach den Einschätzungen von Denis Halliday, der das als Kompensation gedachte Programm „Öl für Nahrung“ in Bagdad koordinierte und im August 1998 aus Protest zurücktrat, verursachten die Sanktionen den Tod von 500 000 irakischen Kindern bis 1999. „... the program 'remains a largely ineffective response to the humanitarian crisis in the country and has not begun to tackle the underlying infrastructural causes of continuing child mortality and malnutrition'.“⁸⁷¹ Dazu hat die im Kuwaitkrieg unter amerikanischer Führung formierte Alliiertenkoalition mit nahöstlichen Teilnehmern begonnen zu zerfallen, was das US-Sicherheitsschema in der Region bedrohen konnte.

Zum anderen konnten die Sanktionen und der politische Druck der iranischen Wirtschaft Schaden errichten. Bestimmte Zeichen deuteten sogar auf die Geneigtheit des damaligen Präsidenten Rafsandschani mit Washington zu kooperieren. Doch waren die jeweiligen Maßnahmen nicht imstande, das Regime der herrschenden religiösen Oligarchie zu ruinieren und seine regionalen Machtappetite zu beschwichtigen. Mit Ausnahme des Transfers von nicht-konventionellen Waffen an den Iran blieben die USA in ihren Initiativen isoliert. Noch weni-

⁸⁷⁰ Vgl. Mark, Clyde: a.a.O. (2) S. CRS-4.

⁸⁷¹ Zit. in: Gause III, F. Gregory: a.a.O. S.58.

ger ließen sich oppositionelle iranische Gruppen aktivieren und die soziale und politische Situation der einheimischen Bevölkerung verändern.⁸⁷²

Unter solchen Umständen wurden die nahöstlichen Positionen von Washington in Policy-Planning-Gruppen und Regierungsorganen und Gremien als verunsichert empfunden. Das Konzept der „Doppeleindämmung“ geriet in den Mittelpunkt der entfachten Debatte, wurde von vielen neu beleuchtet, von einigen für endgültig ineffektiv erklärt. In diesem Zusammenhang sollten auch die israelisch palästinensischen Gespräche im Laufe des Mandats von Benjamin Netanjahu im Weißen Haus behandelt werden.

Ende 1996 begannen z.B. der CFR und das Nixon Centre die US-Nahostpolitik gründlich zu überprüfen.⁸⁷³ Im Mai 1997 appellierten Zbigniew Brzezinski, Brent Scowcroft und Richard Murphy, die drei zum Zeitpunkt bei der CFR Task Force zum Thema Stabilität und Sicherheit am Golf engagiert, für eine Strategie der „Differenzierten Eindämmung“ in der Region.⁸⁷⁴ Demzufolge sollten die Strafmaßnahmen gegen das Regime von Saddam Hussein klarer zum Vordergrund treten. Empfohlen wurden Milderung der Sanktionsfolgen für das irakische Volk, unumstrittene Unterstützung der Unversehrtheit des irakischen Territoriums, engere Konsultationen mit der Türkei in Anbetracht der ihr angrenzenden kurdischen Gebiete im Nordirak, unterstrichene Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit einem eventuellen Nachfolgeregime und ein eindeutiges Signal, dass jede irakische Überschreitung hinsichtlich Entwicklung von Massenvernichtungswaffen und Bedrohung von Nachbarländern hart bestraft werden würde, ohne militärische Mittel auszuschließen. Dazu sollten multilaterale Konsultationen mit der Golfkriegskoalition geführt werden.

⁸⁷² Es waren nur Israel und Usbekistan, die den sekundären US-Wirtschaftsboykott tolerierten. Japan, Russland, China und Kanada hatten ihn ignoriert und die EU hatte Gegenmaßnahmen angedroht. Amerikanische Verbündete wie die Türkei, Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate hatten sogar ihren Handel mit dem Iran erweitert. Iranische Öl- und Gasprojekte mit den ehemaligen asiatischen Sowjetrepubliken liefen weiter. Häufig erschienen die Sanktionen den US-Alliierten selektiv und dadurch unkonsequent. So zum Beispiel, wurden dem Sudan und dem Iran mit dem Antiterrorist Act vom April 1996 allerlei finanzielle Transaktionen mit amerikanischen Firmen verboten. Doch erhielt Occidental Petroleum die Erlaubnis, ein lukratives Ölgeschäft mit der Regierung in Khartum zu schließen. Genauso genossen China und einige Freunde der USA im Nahen Osten wie Ägypten, Pakistan, Saudi-Arabien und die Türkei blühende Handelsbeziehungen mit Washington, obwohl ihre Menschenrechtsverletzungen wie die vom Iran vom State Department zum Ausdruck gebracht wurden. Parallel dazu warb die amerikanische Diplomatie für die Aufhebung des sekundären arabischen Boykotts gegen Israel, setzte sich aber für ein solches Mittel gegen den Iran. Schließlich verhinderte der ausgewählte Umfang des Embargos bis 1995 nicht den kompletten Handel zwischen den beiden Staaten, so dass sich die USA in den viertgrößten Handelspartner vom Iran verwandelten. Andere westliche Unternehmen dienten als Stellvertreter für die US-Filialen im Ausland und bestimmte iranische Waren konnten den amerikanischen Markt durch Drittpartner erreichen. (Ausführlich vgl. Amuzegar, Jahangir: Adjusting to Sanctions. In: Foreign Affairs. Jg.76. Nr.3. Mai/Juni 1997. S.31-41; Vgl. Presidential Letter to Congress on Iran, Sept. 17. 1997. In: <http://www.clintonfoundation.org/legacy/091797-presidential-letter-to-congress-on-iran.htm> Stand 2005, abgerufen am 15.02.2005.)

⁸⁷³ Vgl. Broder, Jonathan: In for an Overhaul. In: The Jerusalem Report. Jg.VII. Nr.16. 12.Dez.1996. S.31.

⁸⁷⁴ Zur Strategie der 'Differenzierten Eindämmung' Vgl. Brzezinski, Zbigniew u. Brent Scowcroft u. Richard Murphy: Differentiated Containment. a.a.O. S.20-30.

Während Irak für eine kurzfristige und „negativ“ zu behandelnde Gefahr gehalten wurde, sollte mit der geopolitischen Wichtigkeit vom Iran flexibler und auf dauerhafter Basis umgegangen werden. Von ihm direkt geförderte terroristische Attacken gegen amerikanische Bürger sollten vergolten werden, doch ohne alle Kontaktmöglichkeiten zu ignorieren. Kompromisse in Bezug auf das iranische Zivilduklearprogramm und notwendige Inspektionen der Internationalen Atomenergiebehörde vor Ort sollten angesichts der Beschädigung breiter US-Interessen gesucht werden. (Vgl. Kap. 3.2) All die Berücksichtigungen würden nach den drei Autoren die amerikanische Teilhabe an der Formierung der politischen Realitäten in der Region, darunter der israelisch arabischen, beeinflussen.

Strenger zogen neokonservative Policy-Planning-Gruppen die Irak-Iran-Problematik in Erwägung. Für Graham E. Fuller und Ian O. Lesser von der Rand Corporation⁸⁷⁵ sollten eine strategische Partnerschaft mit dem Iran und der, mit anderen Alliierten koordinierte, Sturz von Saddam Hussein zu expliziten Zielen der US-Außenpolitik gemacht werden. Am 26. Januar 1998 wandten sich die Mitglieder des Thinktanks Project for the New American Century⁸⁷⁶ in einem Brief an den Präsidenten Clinton, um die Absetzung von Saddam Hussein mit militärischen Mitteln anzufordern. Vier Monate später wurde ein Brief mit demselben Inhalt für Newt Gingrich, und den Senatsmajoritätsleiter, Trent Lott, vorbereitet.⁸⁷⁷ Die Idee, einen Dialog mit dem Iran zu eröffnen wurde kritisiert. Ihrem Verständnis nach wurde während der Regierungszeit von Bill Clinton die spezielle Beziehung zu Israel geopfert. „Under the Clinton Administration, however, this willingness to meet with the PLO was transformed into a policy of coupling meetings with Israeli official to talks with analogous PA figures. America's once special relationship with democratic Israel has been put aside for one of virtual reciprocity between it and the PLO.“⁸⁷⁸

Konfrontiert mit solcher polarisierten Polemik und entsprechendem innenpolitischem Druck blieb die zweite Clinton-Administration bezüglich des Golfs prinzipiell bei ihrem Status quo orientierten Eindämmungskonzept, veränderte aber einige seiner Aspekte. In Anbetracht des Iraks wurden der Ton der Diplomatie und die Intensität der angewandten Mittel verschärft. Eine schwierige Krise entfaltete sich hier im Zuge 1998, nachdem die Iraker den amerikanischen Mitgliedern des UNO-Inspektionsteams Ende 1997 Spionage vorgeworfen hatten (was

⁸⁷⁵ Vgl. Fuller, Graham E. u. Ian O. Lesser: a.a.O. S.42-52.

⁸⁷⁶ Vgl. Homepage von 'Project for the New American Century' <http://www.newamericancentury.org/index.html>

⁸⁷⁷ Vgl. Project for the New American Century: Brief an den Präsidenten Clinton. In:

<http://www.newamericancentury.org/iraqclintonletter.htm> abgerufen am 04.03.2005; Vgl. Project for the New American Century: Projektbrief an den Speaker of the House, Newt Gingrich, und den Senatsmajoritätsleiter, Trent Lott. In: <http://www.newamericancentury.org/iraqletter1998.htm> abgerufen am 04.03.2005

⁸⁷⁸ Project for the New American Century: Memorandum on the Middle East. In:

<http://www.newamericancentury.org/iraqmar2399.htm> Stand 23.03.1999, abgerufen am 01.03.2005.

sich später bestätigte⁸⁷⁹). Monatlang sollte die Tätigkeit der Inspektoren im Irak verhindert werden. In einer Rede vor der Nationalen Universität für Verteidigung in Fort McNair vom 29. Januar 1998 bestätigte der amerikanische Präsident die Entschlossenheit seiner Regierung, militärische Mittel, wenn notwendig, anzuwenden.⁸⁸⁰ Die Zustimmung zur Verdoppelung der gemäß des Programms "Öl für Nahrung" exportierten irakischen Ölquote wurde begleitet von Manövern zur Verstärkung der US-militärischen Präsenz am Golf und Sondierungsgesprächen mit den anderen Mitgliedern des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen⁸⁸¹. In seinen Irak-Berichten an den Kongress begann Clinton 1998, das persönliche Verhalten von Saddam Hussein immer nachdrücklicher zu problematisieren und für Hilfe für die irakische Opposition zu plädieren. Im Oktober unterschrieb er das Irak Liberation Act, das militärische Hilfe von 97 Millionen Dollar für irakische Oppositionsgruppen vorschrieb. Um ihr Ansehen in der arabischen und muslimischen Welt zusätzlich zu verbessern, vergrößerten die Vereinigten Staaten ihre Waffenverkäufe an arabische Kunden und beschleunigten ihren strategischen Dialog mit Ägypten.⁸⁸² Am 16. Dezember 1998 starteten die USA und Großbritannien die Operation „Desert Fox“ mit dem angekündigten Ziel, irakische Militärobjekte und vermutliche Anlagen zur Produktion von Massenvernichtungswaffen zu bombardieren und Saddam Hussein zur Kooperation mit den UNO-Inspektoren zu zwingen. Seine Machtpositionen zu destabilisieren und die amerikanischen Einflussmöglichkeiten in der Region zu stärken, wurden in der Öffentlichkeit verschwiegen.⁸⁸³ Aus eigenen Kalkulationen, die von Bedrohung der nationalen Sicherheit bis zur Errichtung von Schaden für den israelischen Tourismus zählten, wurde die Entfernung von Saddam von der nahöstlichen Szene auch von israelischen Politikern vom ganzen politischen Spektrum unterstützt.⁸⁸⁴

Was den Iran-Track anbelangt, erklärte sich Washington für die Entspannung der amerikanisch-iranischen Beziehungen und ein tieferes Engagement.⁸⁸⁵ Als positiv wurde die Wahl von Khatami zum Präsidenten im Mai 1997 eingeschätzt. Als Antwort auf von ihm ausgerichtete Versöhnungsbemerkungen schlug Bill Clinton im Dezember 1997 einen Dialogkurs zwischen den beiden Staaten vor. Mit seinen Grußworten an die Muslime weltweit am 29. Januar

⁸⁷⁹ Vgl. BBC News: Saddam's Iraq: Key Events. In: http://news.bbc.co.uk/1/shared/spl/hi/middle_east/02/iraq_events/html/desert_fox.stm abgerufen am 12.02.2005.

⁸⁸⁰ Vgl. Myers, Steven Lee: Clinton Renews Warning. In: The New York Times. Jg.CXLVII. Nr.51,053. 30.Jan.1998. S.A6.

⁸⁸¹ Vgl. Steinberg, Gerald: Saddam May be in for A (nother) Surprise. In: The Jerusalem Post. Int. Ausg. Nr.1983. 9.Nov.1998. S.1.

⁸⁸² Vgl. Susser, Leslie: Everybody's Ally. In: The Jerusalem Report. Jg.IX. Nr.18. 4.Jan.1998. S.18.

⁸⁸³ Vgl. Cohen, Eliot: Air Power against Iraq: An Assessment. (WINEP, PolicyWatch #358: Special Forum Report) In: <http://www.washingtoninstitute.org/templateC05.php?CID=1236> Stand 2005, abgerufen am 12.02.2005.

⁸⁸⁴ Vgl. Susser, Leslie: Target: Saddam. In: The Jerusalem Report. Jg.VIII. Nr.22. 5.März.1998. S.14-17.; Gross, Netty C.: The Kinship. In: The Jerusalem Report. Jg.IX. Nr.3. 25.Mai.1998. S.30.

⁸⁸⁵ Riedel, Bruce: U.S. Policy in the Gulf: Five Years of Dual Containment. In: <http://www.washingtoninstitute.org/templateC07.php?CID=75> Stand 2005, abgerufen am 22.02.2005.

1998 versuchte er eine Brücke zu schlagen. „The United States regrets the estrangement of our two nations. ... We have real differences with some Iranian policies, but I believe these are not insurmountable. I hope that we have more exchanges between our peoples and the day will soon come when we can enjoy once again good relations with Iran.“⁸⁸⁶ Die dortige Regierung signalisierte eine moderatere Rhetorik gegenüber der PA. Während des Weltwirtschaftsforums in Davos im Februar 1998⁸⁸⁷ befürwortete die iranische Vizepräsidentin Masoumeh Ebtekar engere Kontakte mit Israel⁸⁸⁸. Yasser Arafat, Benjamin Netanjahu und Schimon Peres waren unter den eingeladenen Teilnehmern.

Die arabisch israelischen Friedensgespräche sollten auch diesmal als ein wichtiges Kontextelement der, nach eigener Auffassung, produktiven US-Golfpolitik dienen. Die zweite Clinton-Regierung erbt von der ersten das „Linkage“ zwischen breiteren strategischen Berücksichtigungen und politisch diplomatischen Bemühungen, und zwar in einer interdependenten Form.⁸⁸⁹ Die Politik von Benjamin Netanjahu, die arabischen Reaktionen darauf sowie ihre Konsequenzen für die schon unterzeichneten Vereinbarungen zwischen Israel und den Palästinensern bzw. Drittstaaten sollten als ein bedeutendes Element bei der Ausführung der regionalen amerikanischen Ambitionen u.a. der Operation „Desert Fox“ mitgerechnet werden. Dazu wurde das amerikanische Vorhaben deklariert, weiter aktiv und bis zum Erreichen eines umfassenden Friedens zu handeln.

Mittlerweile zeigte sich der russische Außenminister Jevgenij Primakov seit 1996 bereit, die Passivität Russlands im Nahen Osten mit einer proarabischen Neigung durchzubrechen. Im Rahmen der Europäischen Union hat Kanzler Kohl begonnen, vor dem nationalistischen Verhalten von Benjamin Netanjahu abzutreten. Der (proarabische) Einfluss Frankreichs auf die Unionspolitik hinsichtlich der Region am Anfang 1998 ließ sich immer deutlicher unterscheiden.⁸⁹⁰

4.3.3 Zusammenstellung der Likud-Regierung

Am 29. Mai 1996 gewann der Likud-Vorsitzende Benjamin Netanjahu die erste direkte Ministerpräsidentenwahl mit einer Mehrheit von weniger als einem Prozent. Beteiligt am Kabi-

⁸⁸⁶ Zit. in: Clinton Sends Conciliatory Message to Iran. In: The New York Times. Jg.CXLVII. Nr.51,053. 30.Jan.1998. S.A6.

⁸⁸⁷Vgl. dazu World Economic Forum, Middle East and North Africa. In: <http://www.weforum.org/site/knowledgenavigator.nsf/Content/Middle+East+and+North+Africa> Stand 3.10.2003, abgerufen am 26.02.2005; Interview mit Klaus Schwab, Präsident and Gründer des Weltwirtschaftsforums in Al-Ahram Weekly: Globalisation with a Human Face. In: <http://weekly.ahram.org.eg/2000/466/cc4.htm> Stand 27.01-2.02.2000, abgerufen am 28.11.2004.

⁸⁸⁸ Vgl. Aharoni, Orly: 'US Uncertain of What Israel Will Do'. Press Review. In: The Jerusalem Post. Int. Ausg. Nr.1945. 14.Febr.1998. S.6.

⁸⁸⁹ Vgl. Ya'ari, Ehud: The Policy Debate. In: The Jerusalem Report. Jg.VIII. Nr.2. 29.Mai.1997. S.29

⁸⁹⁰ Vgl. Permanent Crisis. In: The Other Israel. Nr.82. Jan.1998. S.2.

nett waren Repräsentanten von vornehmlich rechten, rechtsnationalen und religiösen Parteien, viele von ihnen Anhänger der Idee des „Großen Israels“⁸⁹¹: Likud, Schas, National-Religiöse Partei, Agudat Israel, Degel Hatorah, Third-Way-Partei, Yisrael Ba'aliyah. Als Partei der ImmigrantInnen aus der ehemaligen Sowjetunion stellte Yisrael Ba'aliyah eine Ausnahme von dem gesamten Bild dar. 1992 hatte sie Jitzhak Rabin unterstützt, enttäuscht aber von seiner wirtschaftlichen und sozialen Politik, wechselte sie ihre Präferenz 1996.⁸⁹²

Der größte Teil der orientalischen Juden und russischen Immigranten wählten Netanjahu und Likud bzw. Yisrael Ba'aliyah. „... under the Labor government, the gap between rich and poor in Israel had become more steep than in any Western industrial country except for the U.S.“⁸⁹³ Netanjahu, der sich nachdrücklich für Privatisierung einsetzte⁸⁹⁴, wurde nicht unbedingt als der ideale Kandidat betrachtet, sondern als eine Alternative zum ihnen fremden, aschkenasischen Establishment im Lande. Dem Likud-Führer war es gleichzeitig gelungen, traditionelle Likud-Wähler, die zur Mitte hinneigten und 1992 Jitzhak Rabin unterstützt hatten, wieder zu gewinnen. Um sie zu überzeugen, erklärte er während des Wahlkampfes seine Akzeptanz von den „vollendeten Tatsachen von Oslo“, bestand aber gleichzeitig auf einen „sicheren Frieden“. “In effect, Netanyahu succeeded in putting together an electoral alliance containing two essentially incompatible elements – those who wanted to move ahead with the Oslo process, albeit “slowly” and “cautiously” – and others who sought to roll back the same process, or at least totally freeze it at the point the Labor government left off.”⁸⁹⁵ Inzwischen waren religiöse Verbindlichkeiten in der israelischen Gesellschaft stärker hervorgetreten. Massenhaft votierten die nationalreligiösen und ultra-orthodoxen Juden für Benjamin Netanjahu.

In den Leitlinien der israelischen Regierung vom Juni 1996 wurde das ewige und unbestreitbare Recht des jüdischen Volks auf das „Land Israel“ bestätigt. Die Errichtung eines palästinensischen Staats und das Recht auf Rückkehr arabischer Bevölkerungsteile in irgendeinen Teil des Landes Israel westlich des Jordans waren unakzeptabel. Jerusalem, ganz und ungeteilt, sollte auf alle Zeiten unter der Souveränität Israels verbleiben. Die Siedlungen im Negev, auf den Golanhöhen, im Jordan-Tal und in Judäa, Samarien und im Gaza-Streifen sollten konsolidiert und entwickelt werden. Der Erhalt der israelischen Souveränität über den Golan würde die Grundlage für eine Regelung mit Syrien sein. Die nationale Sicherheit, die Stär-

⁸⁹¹ Vgl. And All Promised Peace... In: The Other Israel. Nr.73. Juni-Juli. 1996. S.7.

⁸⁹² Ebd. S.4.

⁸⁹³ Ebd. S.3.

⁸⁹⁴ Vgl. Limitations of Power. In: The Other Israel. Nr.74-75. Sept.-Okt.1996. S.1.

⁸⁹⁵ Ebd. S.3

kung der israelischen Verteidigungsstreitkräfte und der (militärische) Vorgang gegen den Terrorismus sollten als wichtige Ziele dienen.⁸⁹⁶

Der Ministerpräsident selbst zeigte sich als Exponent zweier sich widersprechender Ideologien – Neo-Liberalismus und radikaler jüdischer Nationalismus. Ein neo-liberales Programm der Privatisierung und Deregulierung konnte nur vor dem Hintergrund des fortschreitenden Friedensprozesses, der Öffnung der Grenzen für Waren und Arbeitskräfte und Anziehung von ausländischen bzw. amerikanischen Investoren verwirklicht werden. Nicht umsonst hatte das israelische Business Schimon Peres und sein „New Middle East“ während der Wahlen 1996 unterstützt. „Entgegen der Erwartungen vieler seiner Wähler hat Netanyahu dann nicht die ‚internationalen Abkommen‘ (das heißt die von Oslo) verworfen, sondern sogar unter US-amerikanischer Schirmherrschaft die Gespräche mit den Palästinensern fortgeführt.“⁸⁹⁷

Eine nationalistische Politik andererseits, verbunden mit Ansprüchen auf die besetzten Gebiete, konnte Israel vom Rest des Nahen Ostens isolieren, die ausländischen Investoren wegschicken und eine aktive Involvierung des Staats im wirtschaftlichen Leben wegen einer eventuellen Kriegsvorbereitung verursachen.

So zeichneten sich bei der Inauguration der neuen Regierung die Macht- und Ideologiekämpfe innerhalb des Likud, im Rahmen der Vielparteikoalition und in der Knesset aus. Eine ideologisch politische sowie sozial-ethnisch-kulturelle und wirtschaftliche Zersplitterung der israelischen Gesellschaft (symbolisiert durch den knappen Wahlsieg Netanjahus) war auch zu differenzieren. Beides implizierte schwankende, doch kompromisslose Entscheidungen der israelischen Track-I-Diplomatie in Hinsicht der regionalen Entwicklungen.

4.3.4 Unterzeichnung des Hebron-Abkommens vom 17. Januar 1997

Die Vereidigung des Kabinetts in Israel am 18. Juni 1996 rief Besorgnis in den arabischen Staaten und Fragezeichen in Washington hervor. Als erste Reaktion nach den Parlamentswahlen erfolgten am Anfang Juni Beratungen zwischen Hosni Mubarak und Hafez al-Assad, zwischen Yasser Arafat, Mubarak und König Hussein und zwischen al-Assad, Mubarak und Kronprinz Abdallah von Saudi-Arabien in Damaskus.⁸⁹⁸ Entmutigt von den Leitlinien der israelischen Regierung erklärten sich die arabischen Staatsleiter bei ihrer Gipfelkonferenz vom 21. bis 23. Juni bereit, die von ihnen bisher unternommenen Schritte bei jeglicher Ab-

⁸⁹⁶ Vgl. Leitlinien der israelischen Regierung vom Juni 1996 (Auszüge). In: Internationale Politik. Nr.9.51.Jg. Sept.1996. S.114-117.

⁸⁹⁷ Kimmerling, Baruch: a.a.O. S.120.

⁸⁹⁸ Vgl. Ries, Matthias: a.a.O. S.228 (Chronologie).

kehr Israels von seinen Zusagen zu überdenken.⁸⁹⁹ Am 25. und 26. Juni machte sich Warren Christopher auf den Weg nach Israel, Ägypten und Saudi-Arabien, um zur Fortsetzung des Osloer Prozesses aufzurufen und die Stimmung in der Region zu beruhigen. Unter dem Zeichen zunehmender Spannung verlief im Juli das erste offizielle Treffen zwischen Bill Clinton und Benjamin Netanjahu. Um Streitigkeiten mit Washington zu vermeiden, versprach der Letzte, mit keinen neuen Siedlungen zu überraschen. Den Vorschlag, die US-Wirtschaftshilfe für Israel schrittweise abzuschaffen, deklarierte er erst bei seinem Eintritt vor den Kongress.⁹⁰⁰ Es war ihm wichtig, Nähe mit der Republikanischen, proisraelischen Mehrheit dort zu demonstrieren.

Kurz vor den Präsidentschaftswahlen im November 1996 bemühte sich Washington neben regionalen Berücksichtigungen aus innenpolitischen Motiven um die Schaffung einer guten Verhandlungsatmosphäre zwischen der PA und dem israelischen Premier. Die amerikanischen Erwartungen konzentrierten sich vornehmlich auf die Frage über den Hebron-Rückzug der israelischen Armee. Der mit der Regierung von Netanjahu besonders gestiegene militärische Wert der Sicherheitskomponente der israelisch palästinensischen Versöhnung wurde dabei vom Weißen Haus bei öffentlichen Aussagen hervorgehoben.⁹⁰¹

Als eine Reihe von guten Gesten am Ende Juli trafen sich Netanjahu und Mubarak in Kairo und der Außenminister David Levy besuchte Yasser Arafat am Grenzübergang Erez. Mit der Mitwirkung des inhaftierten Hamas-Führers Scheich Ahmad Jassen konnte die Leiche eines von Hamas vor einem Jahrzehnt ermordeten israelischen Soldaten lokalisiert werden. Hisbollah gab die Leichen zweier israelischer Soldaten zurück und ließ mehrere libanesische Söldner frei, die für Israel gekämpft hatten. Dagegen wurden Hisbollah-Kämpfer und die Leichen solcher von der israelischen Seite übergeben. Mitte August wurden die israelisch palästinensischen Gespräche wieder aufgenommen.

Substantielle Fortschritte konnten kaum errungen werden. Am Anfang August beschloss die israelische Regierung, den von Rabin deklarierten Baustopp innerhalb der jüdischen Siedlungen im Gaza-Streifen und in der Westbank aufzuheben. Amerikanische, europäische und arabische Proteste folgten. In den nachfolgenden Monaten wurde das Problem der Siedlungen rhetorisch politisch von den USA mehrmals zu Wort gebracht. Die totale Absperrung der palästinensischen Gebiete, die seit den Hamas-Attentaten im Februar 1996 praktiziert worden

⁸⁹⁹ Vgl. Abschlusserklärung der Gipfelkonferenz der arabischen Staats- und Regierungschefs vom 21. bis 23. Juni 1996 in Kairo (Auszüge). In: Internationale Politik. Nr.9.51.Jg. Sept.1996. S.120-124.

⁹⁰⁰ Vgl. Broder, Jonathan: Scrambling for Peace. In: The Jerusalem Report. Jg.VII. Nr.7. 8.Aug.1996. S.36-37.

⁹⁰¹ Vgl. Madeleine, Albright: a.a.O. (2) S.360.

war, wurde für bestimmte Zeitperioden und begrenzte Zahl von Ortschaften außer Kraft gesetzt. Bis zu 50 000 palästinensische Arbeiter konnten zurück zur Arbeit gehen.⁹⁰²

Nach den klaren Andeutungen des Präsidenten Clinton, dass er Netanjahu während seines für Mitte September geplanten Besuchs in Washington nicht empfangen würde bis dieser Yasser Arafat persönlich trifft, fand das erste direkte Gespräch zwischen den beiden in Erez (am Rande vom Gaza-Streifen) am 4. September statt. Bedeutende Resultate waren nicht zu konstatieren. Das amerikanische Staatsoberhaupt blieb bei seinem Treffen mit dem israelischen Premier reserviert. Am 23. September unterzeichnete Clinton ein Gesetz zur Finanzierung gemeinsamer amerikanisch israelischer Rüstungsprojekte z.B. des Raketenabwehrsystems „Arrow“ und anti-Katjuscha-Lasergeräts „Nautilus“.⁹⁰³ Im August war „Arrow 2“ erfolgreich getestet worden und Großbritannien und Länder aus dem Fernen Osten hatten sich bereit erklärt, es zu kaufen.⁹⁰⁴ Dadurch sollte jede „Nationalsicherheitsschwelle“ überschritten werden.

In der Nacht des 23. Septembers erlaubte Netanjahu die Eröffnung eines Touristentunnels unterhalb des al-Haram ash-Sharif/Tempelbergs, einer für die arabischen Bewohner Palästinas heiligen Stätte (Vgl. 2.1.1.3). In den viertägigen Straßenkämpfen, die sich in den okkupierten Territorien verbreiteten, starben 70 Palästinenser und 15 Israelis. Palästinensische Polizisten und israelische Soldaten schossen zum ersten Mal gegeneinander. Bei der Abstimmung einer Resolution des UNO-Sicherheitsrats zur Verurteilung der israelischen Aktionen vom 28. September enthielt sich die amerikanische Administration.⁹⁰⁵ Am 1. und 2. Oktober rief Bill Clinton Arafat, Netanjahu und den jordanischen König Hussein zu einem Treffen zusammen, um die Kommunikation zwischen den Parteien wiederherzustellen – erstes Zeichen einer amerikanisch palästinensischen Annäherung. Der Endeffekt des Washingtoner Gipfels bestand in der Intensivierung der US-Facilitation und deren Übergang in Vermittlungsversuche hinsichtlich einer Vereinbarung über die Stadt Hebron. Mittlerweile hatte Israel zur Verwandlung der US-Teilnahme in einen unabdingbaren Faktor für die Kontakte zwischen den Gegnern beigetragen.

Die Aktivierung der israelisch palästinensischen Gewaltspirale stieß auf die Kritik der arabischen Länder. Nach seinem Einverständnis, eine offizielle Vertretung in Israel zu haben, wei-

⁹⁰² Vgl. Kershner, Isabel: The Nation-Builders. In: The Jerusalem Report. Jg.VII. Nr.16. 12.Dez.1996. S.24-26.

⁹⁰³ Vgl. Broder, Jonathan: Up for Grabs. In: The Jerusalem Report. Jg.VII. Nr.12. 17.Okt.1996. S.34.

⁹⁰⁴ Vgl. Susser, Leslie: Exclusive: Foreign Buyers Lining up for Arrow Missile. In: The Jerusalem Report. Jg.VII. Nr.10. 19. Sept.1996. S.6.

⁹⁰⁵ Vgl. Security Council Resolution Nr.1073 (1996) In: <http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/N96/257/24/PDF/N9625724.pdf?OpenElement> abgerufen am 13.02.2005; Security Council, Record of the 3698th Meeting. In: <http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/PRO/N96/863/21/PDF/N9686321.pdf?OpenElement> abgerufen am 13.02.2005;

gerte sich jetzt Katar entsprechendes Personal zu schicken und suspendierte die Normalisierung der Verhältnisse mit Israel. König Hussein und der ägyptische Außenminister Amre Moussa drückten ihre Enttäuschung von den Handlungen des israelischen Ministerpräsidenten aus. Der Status des dritten Wirtschaftstreffens für den Nahen Osten und Nordafrika (MENA) vom 12. bis 15. November in Kairo wurde disqualifiziert vom „Gipfel“ auf „Konferenz“. Diesen Ereignissen entgegenzutreten, waren die USA an seiner Vorbereitung aktiv beteiligt und Warren Christopher war bei der Eröffnung persönlich präsent. Washington annoncierte, dass die MENA Development Bank bis Ende 1997 operativ sein würde.⁹⁰⁶

Inzwischen hatten die israelischen Behörden ihre Aktivitäten in Ostjerusalem beschleunigt. Die Zerstörung drei zu statistischen Untersuchungen und Kartographie dienender Gebäude, betrachtet als offizielle Offices der PA, deren Präsenz in Jerusalem verboten war, wurde angesagt. Dies wurde von Israel als eine Vorbedingung für ein Treffen zwischen Netanjahu und Arafat und die Besprechung der Hebron-Frage gestellt. Ein Freizeitzentrum für Jugendliche und Behinderte wurde niedergerissen und die Entscheidung getroffen, diejenigen Jahalin-Beduinen zu evakuieren, deren Land notwendig für die Erweiterung der israelischen Siedlung Maale Adumim war.⁹⁰⁷ Am 10. Dezember 1996, dem internationalen Menschenrechtstag, bewilligte die Jerusalemer Stadtverwaltung die Errichtung eines jüdischen Viertels mitten im palästinensischen Ras-al-Amud-Stadtteil.

Am nächsten Tag wurden Ita Tzur und ihr 13-jähriger Sohn nicht weit von ihrer Siedlung Beit El vom PFLP erschossen, und ein palästinensischer Arbeiter in einem israelischen Dorf ermordet. Das erste Unglück verwandelte sich in einen politischen Protest seitens der Siedler. Sie forderten die Regierung auf, Neubauten sofort anzufangen. Netanjahu beschloss die Wiederherstellung der Regierungssubventionen für die Siedler (bei schwankendem sozialem Budget in Israel). Darauf folgten die Attacken der amerikanischen Medien gegenüber dem israelischen Ministerpräsidenten, der Tadelbrief acht ehemaliger US-Außenminister und Nationalsicherheitsberater und der Ausdruck von Unzufriedenheit des inzwischen wieder gewählten Präsidenten Bill Clinton.⁹⁰⁸

Vor dem Hintergrund solcher regionalen und lokalen Realitäten wurde am 17. Januar 1997 das Hebron-Protokoll zwischen Israel und den Palästinensern mit aktiver diplomatischer US-Teilnahme unterzeichnet (Vgl. Abb.19). Die Vereinbarung sah vor, Hebron in zwei Zonen zu teilen. Die israelischen Streitkräfte sollten aus 80% des Stadtgebiets, Zone H-1, spätestens

⁹⁰⁶ Vgl. European Institute for Research on Mediterranean and Euro-Arab Cooperation (MEDEA): MENA Summits and Conferences. In: <http://www.medea.be/?page=2&lang=en&doc=258> Stand April 2003, abgerufen am 19.10.2004; Vgl. Abschlusserklärung der dritten MENA Konferenz In: Internationale Politik (Europa Archiv) 52.Jahr.Nr.8. Aug.1997. S.87-89.

⁹⁰⁷ Vgl. Limitations of Power. In: The Other Israel. Nr.74-75. Sept.-Okt.1996. S.6.

⁹⁰⁸ Vgl. The Imminence of War. In: The Other Israel. Nr.76. Dez.1996. S.3-4.

zehn Tage nach der Unterzeichnung des Protokolls abziehen und volle Verantwortung für die Sicherheit und die öffentliche Ordnung in der Zone H-2 behalten. Rund 120 000 Palästinenser sollten nach diesem Schema mit 500 extrem religiösen jüdischen Bewohnern zusammen leben können. Bill Clinton lobte das Protokoll.

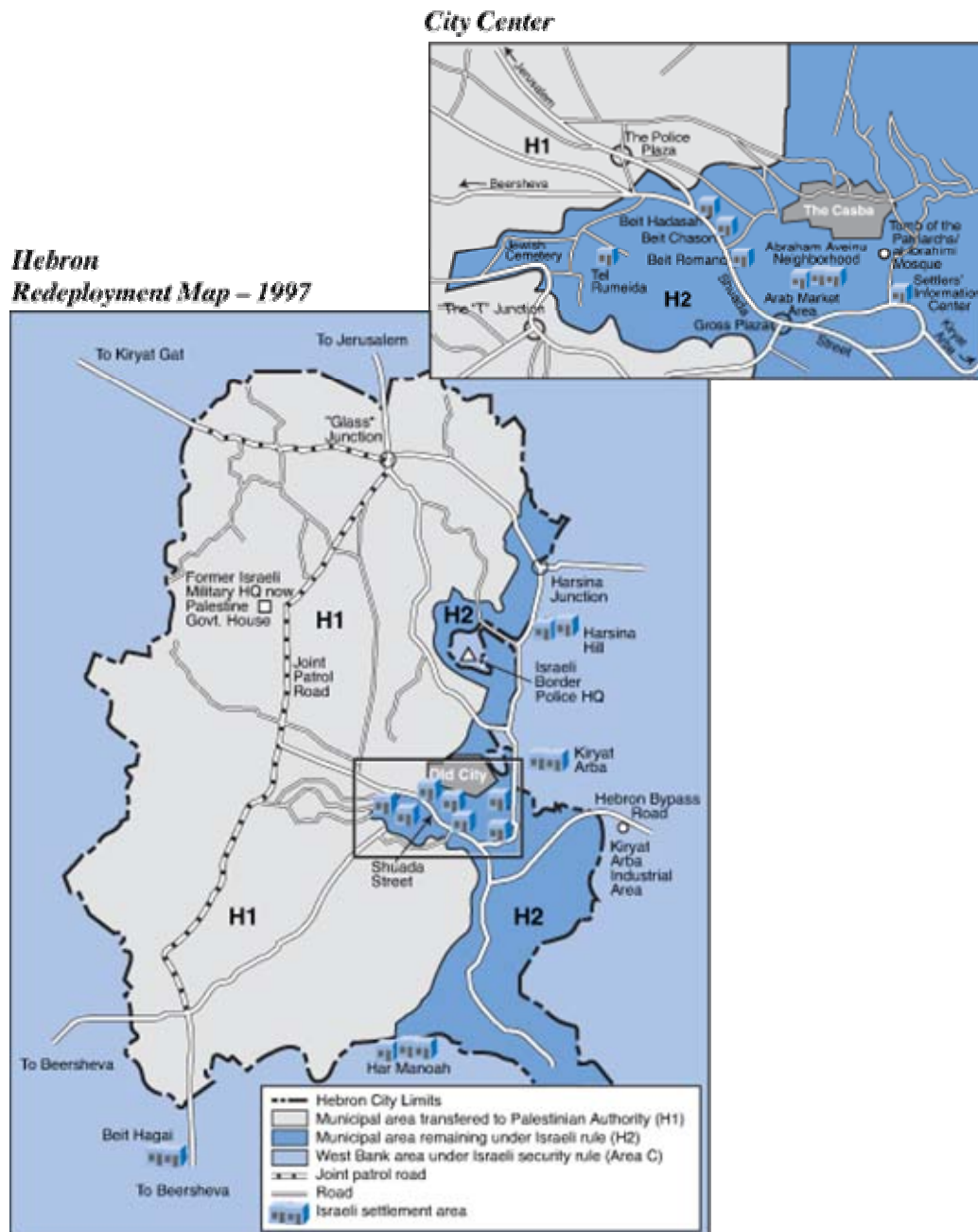


Abb. 19: Das Hebron-Abkommen vom 17. Januar 1997 (Quelle: Foundation for Middle East Peace FMPEP: http://www.fmep.org/maps/map_data/redeployment/hebron_redeployment_map.html abgerufen am 03.10.2006)

In einem von Dennis Ross ausgearbeiteten Endvermerk verpflichteten sich die beiden Parteien zur Weiterführung des Osloer Prozesses, und zwar nach dem von Netanjahu eingeführten Prinzip der Reziprozität. Entsprechend dieses Schemas sollte die palästinensische Seite den Terrorismus bekämpfen, die Israel-feindlichen Artikel der Nationalcharta explizit und konkret revidieren und die Zahl ihrer Polizisten je nach dem Interimsabkommen halten. Israel sollte

die nächste Umgruppierung seiner Truppen in der ersten Woche des März ausführen, palästinensische Gefangenen freilassen, sofort Verhandlungen über den Gaza-Flughafen, den Gaza-Hafen, die „sichere Passage“ zwischen dem Gaza-Streifen und der Westbank und andere wirtschaftliche und sicherheitsbezogene Fragen beginnen und Verhandlungen über den endgültigen Status im Rahmen von zwei Monaten nach der Implementierung des Hebron-Protokolls wiederaufnehmen. „In theory, the reciprocity argument could be used to justify a suspension of the Oslo Accords by either side, but only Israel would stand to gain by doing so at this stage.“⁹⁰⁹

Teil des Hebron-Pakets waren zwei Briefe von Warren Christopher an Benjamin Netanjahu und Yasser Arafat. Im ersten, der veröffentlicht wurde, bestätigte der US-Außenminister das Prinzip der Reziprozität und wies darauf hin, wie wichtig die palästinensischen Bemühungen hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit waren. Gleichzeitig drückten die USA ihre Überzeugung (keine verpflichtende Erwartung) aus, dass alle drei vorgesehenen Phasen des weiteren israelischen Armeerückzugs spätestens bis Mitte 1998 vollzogen würden. (Nach dem Interimsabkommen sollten sie bis September 1997 erfolgen.) Ihr genauer territorialer Umfang wurde auch diesmal nicht festgelegt. Dagegen wurde klar angedeutet, dass Israel selbst dies bestimmen würde.⁹¹⁰ Als Letztes wurde auf das Recht Israels auf „sichere“ und „zu verteidigende“ Grenzen hingewiesen, die direkt mit seinen Nachbarn zu regeln waren, ganz im Unterschied zur Resolution 242 des UNO-Sicherheitsrats, die von „sicheren“ und „anerkannten“ Grenzen sprach.⁹¹¹

Während sich Yasser Arafat für 80% der Westbank unter palästinensischer Kontrolle nach der Beendigung des dritten Rückzugs Israels aussprach, wurde in der israelischen Presse berichtet, dass Netanjahu nicht mehr als 40-50% abzutreten vorhat, ohne die völlige Machtübernahme vonseiten der Palästinenser zuzulassen. Einiges des Gebiets C sollte den Status B erhalten und die Zone A nur die städtischen Ballungsgebiete im Westjordanland umfassen. So William B. Quandt, langjähriger Mitarbeiter des US-Nationalsicherheitsrats und aktiver Teilnehmer bei der Unterzeichnung des israelisch ägyptischen Friedensvertrags: „This would mean that the Palestinian population would remain in enclaves surrounded by Israeli security forces, Palestinian islands in an Israeli sea. ... As this image began to be understood as a real possibility, the word ‘Bantustans’ was increasingly heard ...“.⁹¹² Einige Monate vorher hatte

⁹⁰⁹ Quandt, William: a.a.O. (2) S.346.

⁹¹⁰ Vgl. Ebd.S.347.

⁹¹¹ Vgl. Letter to be provided by U.S. Secretary of State Christopher to Benjamin Netanyahu at the time of signing of the Hebron Protocol. 17 January 1997. In: <http://www.mfa.gov.il/MFA/Peace%20Process/Guide%20to%20the%20Peace%20Process/Letter%20from%20Secretary%20of%20State%20Christopher> Stand 2004, abgerufen am 14.09.2004.

⁹¹² Quandt, William: a.a.O. (2) S.347; Vgl. Makovsky, David: Pullbacks Terms Modified, but no Blank Check. In: The Jerusalem Post. Intern. Ausg. Nr.1890. 25.01.1997. S.3.

Ehud Barak, damals der wahrscheinlichste Nachfolger von Shimon Peres, annonciert, dass 30 bis 40% der Westbank von Israel annektiert würden.⁹¹³

Das israelische Kabinett stimmte mit elf gegen sieben Stimmen für das Hebron-Abkommen. Der Wissenschaftsminister Zeev Benjamin Begin trat aus Protest zurück. Das Protokoll wurde schnell in die Praxis umgesetzt im Unterschied zu den danach folgenden kontinuierlichen Auseinandersetzungen zwischen den jüdischen und arabischen Einwohnern von Hebron. 30 weibliche Gefangene wurden aus der Haft entlassen, wobei 3000 männliche, darunter mehr als 200 Untersuchungshäftlinge ohne ein gerichtliches Verfahren, inhaftiert blieben.⁹¹⁴ Bei dem Weltwirtschaftsforum in Davos wurden Netanjahu und Arafat gezeigt, sich freundlich zu begrüßen.

In Übereinstimmung mit seinem regionalen Programm führte Washington parallele Aktivitäten in Bezug auf die Verhältnisse zwischen Israel und seinen Nachbarn im Norden durch – auch mit dem Ziel, die verzögerten israelisch palästinensischen Verhandlungen zu ermutigen. Im Dezember 1996 organisierten die Vereinigten Staaten die Konferenz der Freunde Libanons. Amerikanische und libanesische Politiker diskutierten zusammen mit 150 Führungskräften von Unternehmen aus den USA und Libanon, wie die privaten Investitionsgewinne in Libanon maximiert werden können und das Land entsprechend stabilisiert werden kann. Die Teilnehmer erklärten sich bereit, mehr als 2,2 Milliarden Dollar für Libanon zur Verfügung zu stellen.⁹¹⁵ In dieser Hinsicht unterstrichen Madeleine Albright und Bill Clinton die Wichtigkeit eines umfassenden Friedens in der Region, dennoch unterstützten sie die Option Netanjahus (im Gegensatz zu Schimon Peres) „zuerst Libanon“ als eine Mindestoption.⁹¹⁶ Ohne eine große religiöse und emotionelle Bedeutung für die Israelis zu haben, hoffte der Ministerpräsident durch die Räumung des Südlibanons seine Popularität zu Hause zu verstärken, ohne auf die Proteste der Siedler zu stoßen. Im Januar 1998 erklärte der Verteidigungsminister Jitzhak Mordechai die offizielle Bereitschaft Israels zur Implementierung der UNO-Resolution 425 (1978)⁹¹⁷. Im April wurde eine entsprechende Kabinettsresolution angenommen. Einen vollständigen Rückzug wollte Israel mit libanesischen bzw. syrischen Sicherheitsgarantien

⁹¹³ Vgl. The Other Israel. Nr.77/78. April.1997. S.3.

⁹¹⁴ Vgl. Ebd. S.2

⁹¹⁵ Vgl. Gemeinsame amerikanisch libanesische Erklärung, Konferenz der Freunde Libanons, 16. Dezember 1996, Washington. In: Internationale Politik (Europa Archiv) 52.Jg. Nr.8. Aug.1997. S.89-91.

⁹¹⁶ Vgl. Secretary of State Madeleine K. Albright and His Excellency Shaikh Hamad Bin Jasim Al Thani, Foreign Minister of Qatar. Washington, DC, April 1, 1998. In: <http://secretary.state.gov/www/statements/1998/980401.html> abgerufen am 06.09.2006.

⁹¹⁷ Vgl. Susser, Leslie: New Approach to a Deal on Lebanon. In: The Jerusalem Report. Jg.VIII. Nr.21. Febr.19.1998. S.22.

verknüpfen. Damaskus, wo Libanon und Syrien als interdependente Optionen aufgefasst wurden, lehnte dies ab.

Mehrfache Einmischungen seitens Martin Indyk, Madeleine Albright und geheime Vermittlungsversuche omanischer und europäischer Repräsentanten erfolgten auf dem israelisch syrischen Track. Das syrische Regime beharrte auf der israelischen Akzeptanz der ungeschriebenen Vereinbarung (Non-Paper) mit der Arbeiterpartei vom Mai 1995, nämlich israelischer Rückzug aus den Golanhöhen gegen einen umfassenden Frieden zwischen den beiden Staaten aufgrund des Prinzips „Land für Frieden“ und der Resolution 242. Der israelische Ministerpräsident setzte sich aber für das Konzept der „Verhandlungen ohne Vorbedingungen“ ein. All dies verlief in der Atmosphäre alltäglicher Beleidigungen und beschleunigter beiderseitiger Militärübungen. Der Außenminister Warren Christopher sandte hier einen Brief, in dem er den unverpflichtenden Charakter des „Non-Papers“ bestätigte. „Christopher said the US remains committed to a letter drafted in 1975 by then-president Gerald Ford recognizing Israeli security concerns on the Golan.“⁹¹⁸ Nach der persönlichen Intervention von Bill Clinton akzeptierte Netanjahu im Februar 1997 die Resolution 242 des UNO-Sicherheitsrats hinsichtlich Syrien, doch mit der Interpretation, dass sie den Verzicht auf einen Teil von, nicht aber das gesamte Territorium der Golanhöhen impliziert.⁹¹⁹ Unter der Regierung von Netanjahu kam es zu keinen weiteren Abkommen zwischen Israel und Syrien.⁹²⁰

Benjamin Netanjahu schien den USA die Entwicklungen auf der israelisch-jordanischen Schiene bzw. die Positionen des jordanischen Monarchen zu gefährden. Um negative Folgen zu verhindern, wurde die militärische und ökonomische Hilfe für dieses Land progressiv erhöht. In den kommenden Jahren beteiligte sich Washington aktiv an der Modernisierung der jordanischen Streitkräfte, der bedeutendsten Stütze des Regimes, und im November 1996 erhielt Jordanien den Status eines wichtigen US-nicht-NATO-Verbündeten (major non-NATO ally), was u.a. die Lagerung von amerikanischen Waffen auf seinem Territorium ermöglichte. Im Juni 1997 wurde der Middle East Peace and Stability Fund mit israelischer und ägyptischer Teilnahme gegründet. Diese zwei Länder verpflichteten sich 1997 und 1998, je 50 Millionen Dollar von ihrer Wirtschaftshilfe seitens der USA Jordanien abzutreten. Allmählich wurde ein Freihandelsabkommen zwischen Amman und Washington ausgearbeitet und 2000 unterschrieben.⁹²¹ Die israelisch-türkische Kooperation wurde weiter stimuliert.

⁹¹⁸ Makovsky, David a. Hillel Kuttler: Report: Syria Accepts 242 as Basis for Renewed Talks. In: The Jerusalem Post. Intern. Ausg. Nr.1891. Febr.1.1997. S.1.

⁹¹⁹ Vgl. Makovsky, David: Netanyahu 'Accepts' that 242 applies to Golan Heights. In: The Jerusalem Post. Intern. Ausg. Nr.1896. March.8.1997. S.3.

⁹²⁰ Vgl. Schiff, Ze'ev: Netanyahu's Failed Historic Opportunity. In: Ha'aretz (English Edition). July.7.1999.

⁹²¹ Vgl. Prados, Alfred B.: a.a.O. (1) S. CRS-9-CRS-14. Stand 19. 05.2005.

Die Handlungen des neuen israelischen Kabinetts verursachten zahlreiche Protestaktionen der israelischen Friedensbewegung. Am 28. September sammelten sich 30 000 Menschen auf dem Appell der Organisation Dor Shalom auf dem Ha'Medinah Platz in Tel Aviv.⁹²² Fast zwei Wochen dauerten die Aktionen zum Jahrestag der Ermordung von Jitzhak Rabin und kulminierten in einer 200 000 Teilnehmer Demonstration auf dem Rabin-Platz am 2. November 1996.⁹²³ Parallel dazu sank die Bereitschaft junger Wehrdienstpflichtigen, ihren Wehrdienst (in Kampfeinheiten) zu leisten.⁹²⁴ Nach 1996 Militärstatistiken: „A quarter of the conscripts joining the army do not complete their three years' service. There is a clear and sharp drop in the conscripts' willingness to join combat units, from 64% in 1989 to 44% in 1996. Of reservists, only half of those who got call-up orders in 1995 actually showed up in their units.“⁹²⁵ Diese Situation in der israelischen Infanterie sollte durch Aktualisierung des IDF-Waffenpotentials kompensiert werden.⁹²⁶

Infolge der israelischen Politik und der Aktivitäten der PA verschärften sich in den palästinensischen Gebieten die alltäglichen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen. (Militärorientierte) Sicherheitsüberlegungen zusammen mit Konkurrenzmotiven des israelischen Business erschwerten jede Art von Warentransport zwischen dem Gaza-Streifen und der Westbank, palästinensische Exporte nach Israel und Europa und ausländische Importe in die besetzten Gebiete. Um Sicherheit für die israelische Seite bei dem stagnierenden Osloer Prozess erbringen zu können, verließ sich die PA weiter auf die exzessive Anwendung von Gewalt. Obwohl Teile der amerikanischen Hilfeprojekte auf die Förderung der Demokratie und des Pluralismus in den palästinensischen Gebieten zielten und die Menschenrechtsberichte des Außenministeriums der Administration bekannt waren⁹²⁷, verzichteten die USA systematisch darauf, Sicherheitsmaßnahmen jeglicher Art dort zu kritisieren. Wie während der Mandate der zwei vorigen israelischen Ministerpräsidenten wurden diese bewilligt. Die israelische Bürokratie und die verspätete ausländische Hilfe für die Palästinenser erschwerten ferner die Lage. Systematisch wurden palästinensische Häuser im Gebiet C und in Jerusalem zerstört oder von Siedlern übernommen und privates palästinensisches Land wurde konfisziert. Als Resultat der

⁹²² Vgl. Limitations of Power. In: The Other Israel. Nr.74-75. Sept.-Okt.1996. S.16.

⁹²³ Vgl. The Imminence of War. In: The Other Israel. Nr.76. Dez.1996. S.11.

⁹²⁴ Vgl. Susser, Leslie: Going Soft? In: The Jerusalem Report. Jg.VII.Nr.9. 5.Sept.1996. S.18.

⁹²⁵ The Imminence of War. In: The Other Israel. Nr.76. Dec.1996. S.6.

⁹²⁶ Vgl. Rodan, Steve: It's not a Game Any More. In: The Jerusalem Post. Intern. Ausg. Nr.1888. 11.Jan.1997. S.8.

⁹²⁷ Der im Januar 1997 veröffentlichte Globale Bericht des US-Außenministeriums bestätigte, dass sowohl die israelischen als auch die palästinensischen Sicherheitskräfte seriöse Menschenrechtsverletzungen im Jahr 1996 begangen hatten. Die Bedingungen in den israelischen und palästinensischen Gefängnissen in den besetzten Gebieten wurden als miserabel qualifiziert. Die gewaltsamen Maßnahmen der PA zur Terrorismusentwurzelung, inkl. Folterungen, die mangelnde Redefreiheit und die Belästigung von palästinensischen Journalisten durch die PA wurden zum Ausdruck gebracht. (Vgl. Kuttler, Hillel: US: Israel, PA Violate Rights. In: The Jerusalem Post. Intern. Ausg. Nr.1892. 8.Febr.1997. S.4.)

Politik von Benjamin Netanjahu gaben im Juni 1997 nur 30% der jüdischen Siedler an, an der Gründung eines palästinensischen Staats in Judäa und Samarien (Westbank) zu glauben. 22,6% würden gegen eine angemessene Entschädigung durch die Regierung umsiedeln.⁹²⁸

Friedensdividenden wurden durch das uneffiziente Funktionieren des administrativen und wirtschaftlichen Mechanismus, bürokratische Prozeduren und die Formierung von korrupten, monopolistischen Strukturen um Yasser Arafat und seinen Vertrauten herum⁹²⁹ verdrängt, so dass die Entwicklung von neuen Unternehmen und entsprechender Infrastruktur nicht genug stimuliert wurde. Die so zugespitzte soziale Kluft in der palästinensischen Gesellschaft stieß auf die Kritik der islamistischen Bewegung, der Menschenrechtsorganisationen und der breiten Bevölkerung in den palästinensischen Territorien. Die Auseinandersetzungen zwischen dem im Januar 1996 gewählten Legislativrat und der Exekutive unter Yasser Arafat erreichten ihren Höhepunkt im Sommer 1998.⁹³⁰

4.3.5 Auf dem Weg zum Wye-River-Memorandum vom 23. Oktober 1998

Die Unterzeichnung des Hebron-Protokolls wurde bald durch die Ereignisse überschattet. Am 26. Februar traf das israelische Kabinett die Entscheidung, die Siedlung Har Homa auf dem Hügel Abu Gneim südlich von Ostjerusalem auf dem Territorium der Westbank zu bauen (Vgl. Abb.20). Die Vereinigten Staaten drückten ihre Enttäuschung aus und bezeichneten den Schritt als einen, der kein Vertrauen entgegenbringen würde.⁹³¹ Im März legten sie zweimal

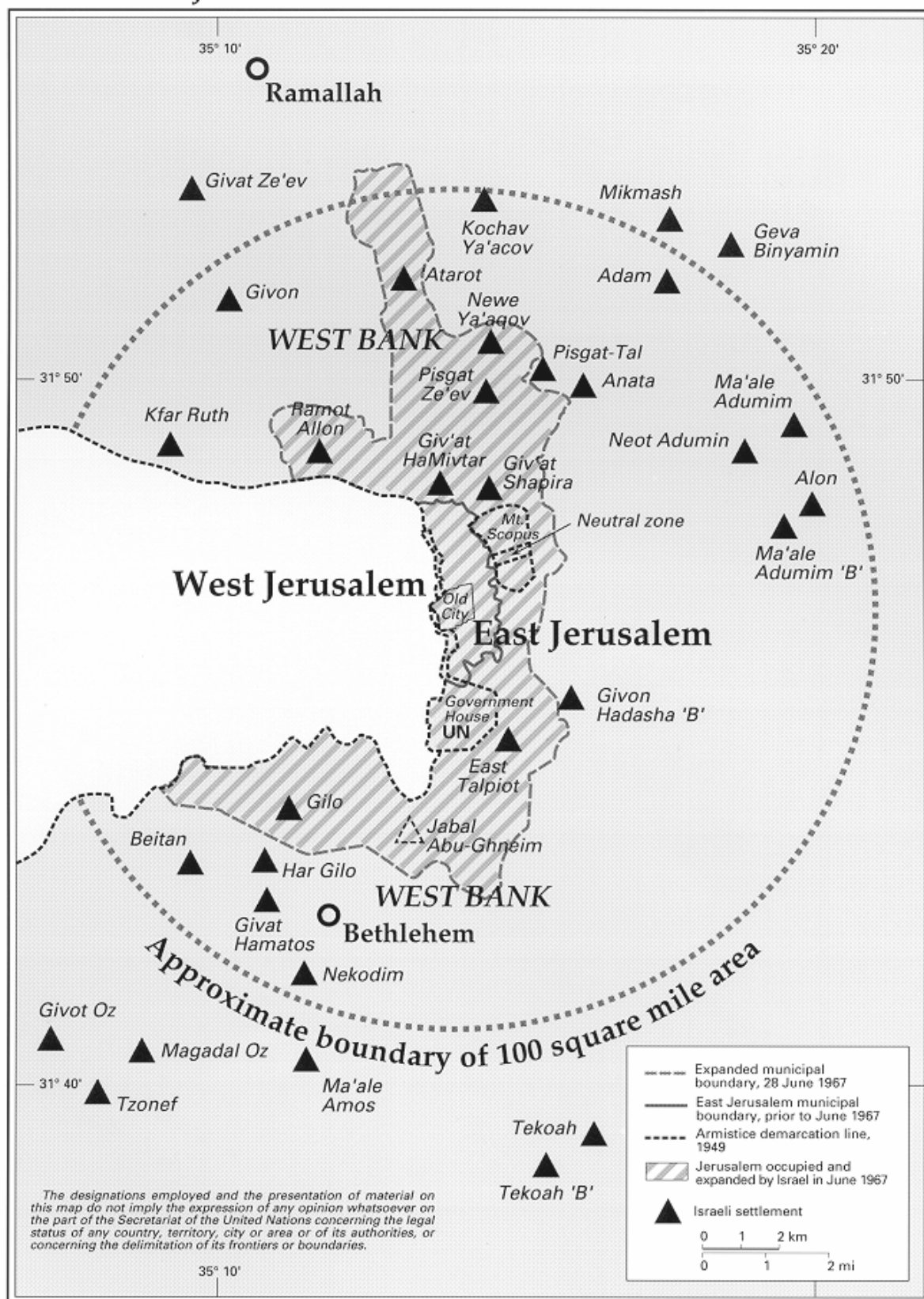
⁹²⁸ Vgl. PSR: Settlers Poll (2): The Future of Israeli Settlement in the Westbank. June 1997. In: <http://www.pcpsr.org/survey/cprspolls/97/setpoll2.html> abgerufen am 30.04.2007.

⁹²⁹ Speziell wurde die berühmt-berüchtigte al-Bahr-Gesellschaft aufgegriffen, die von Arafats engem Vertrauten Muhammad Rashid geleitet wurde. (Vgl. Kershner, Isabel: A National Pastime. In: The Jerusalem Report. Jg.VIII.Nr.2. 29.Mai.1997. S.27.) Bis zu der Ernennung von Salam Fayyad zum Finanzminister im Jahr 2002 unter amerikanischem und europäischem Druck, verfügte Arafat über die ausschließliche Kontrolle über den Fluss der ausländischen finanziellen Hilfe zur PA. Beträchtliche Teile von ihrem Budget wurden nach unterschiedlichen Behauptungen von ihm und seinen Mitarbeitern geheimen Bankkontos gutgeschrieben. (Vgl. Abu Toameh, Khaled: Good Money after Bad. In: Jerusalem Post, Onlineausgabe: <http://www.jpost.com/servlet/Satellite?pagename=JPost/JPArticle/ShowFull&cid=1100147298692&apage=1> Stand 13.11.2004., abgerufen am 14.11.2004; Vardi, Nathan: Auditing Arafat. In Forbes Magazine: http://www.forbes.com/billionaires/free_forbes/2003/0317/049.html Stand 17.03.2003, abgerufen am 14.11.2004.) Die Zeitschrift Forbes klassifiziert Arafat mit einem Vermögen von mindestens 300 Millionen Dollar an 6. Stelle in ihrer Liste der reichsten „Könige, Königinnen und Diktatoren“ für 2003. (Vgl. The World's Richest People 2003 (Forbes Magazine). In: <http://www.forbes.com/2003/02/26/billionaireland.html> Stand 27.02.2003, abgerufen am 14.11.2004.)

⁹³⁰ Erstens kritisierte der Legislativrat die palästinensischen Sicherheitsdienste wegen der massiven Menschenrechtsverletzungen bei ihrer Verfolgung von Gegnern des Osloer Verhandlungsprozesses, vor allem von islamistischen Gegnern. Zweitens bestand der Legislativrat darauf, dass die Exekutive ihre grundsätzliche Verpflichtung einhielt, ihm das jährliche Budget rechtzeitig zur Diskussion und zur Genehmigung vorzulegen. Drittens wurde die wachsende Korruption angesprochen, die sich nicht zuletzt in Regierungskreise eingeschlichen hatte. (Vgl. Baumgarten, Helga: a.a.O. (2) S.189-190)

⁹³¹ Vgl. Makovsky, David u. Jon Immanuel: Gov't Okays Har Homa Project. In: The Jerusalem Post. Intern. Ausg. Nr.1896. 8.März.1997. S.1.

"GREATER" JERUSALEM AREA



Map No. 3996 UNITED NATIONS
June 1997

Department of Public Information
Cartographic Section

Abb. 20: Die Idee von Großjerusalem (Quelle: United Nations Information System on the Question of Palestine UNISPAL:

<http://domino.un.org/unispal.nsf/cf02d057b04d356385256ddb006dc02f/a4af80394a992d1f85256b98006db20d!OpenDocument> abgerufen am 01.06.2004)

ihr Veto gegen eine Resolution des UNO-Sicherheitsrats zur Verurteilung des Vorhabens ein.⁹³²

Trotz palästinensischer Empörung begannen die Erdarbeiten vor Ort am 18. März. Kurz davor hatte König Hussein einen scharfen Brief an Netanjahu geschickt, gefolgt von der scharfen Reaktion des israelischen Ministerpräsidenten. Am 21. März wurde Café Apropos in Tel Aviv durch ein Hamas-Selbstmordattentat erschüttert, das das Leben dreier Frauen kostete und Dutzende verletzte. Israel kündigte an, die Ausführung weiterer Pflichten gegenüber den Palästinensern wegen mangelnder Vernichtung von terroristischen Strukturen in dieser Etappe einzufrieren. Dennis Ross nahm Konsultationen mit den Israelis und Palästinensern auf. Ende des Monats appellierte die Arabische Liga zur Wiederherstellung des Boykotts.

Um die US-Unzufriedenheit zu beschwichtigen und sich an die breite Bevölkerung bzw. die Anhänger einer Verständigung mit den Palästinensern zu wenden, hatte die Regierung (mit 10 gegen 7 Stimmen) für den Abzug der IDF aus 9,1 Prozent als erste Phase des im Interimsabkommen vorgesehenen dreistufigen weiteren israelischen Rückzugs aus dem Westjordanland am 7. März votiert. 7 Prozent der Zone B sollten den Status A erhalten, nur die restlichen 2,1 Prozent sollten aus dem Gebiet C kommen – 2 Prozent als Zone B und 0,1 Prozent als Zone A. Washington billigte den Beschluss, äußerte aber seine Hoffnung für mehrere Abtretungen bei der zweiten und dritten Phase.⁹³³ Die nicht beratene palästinensische Seite lehnte ihn als zu gering ab.

Demnächst hatte Benjamin Netanjahu einseitig die Idee annonciert, sofort mit der Regelung des dauerhaften Status der besetzten Gebiete anzufangen und sie spätestens in neun Monaten auszufertigen. Die palästinensischen Vertreter äußerten ihr Bedenken, dass dadurch weitere für die Interimsperiode geplante Truppenumgruppierungen gespart und unter dem Vorwand der Schwierigkeit der Fragen des endgültigen Status die diesbezüglichen Verhandlungen seitens Israels verzögert werden würden. Der für 1997 erwartete Abschluss der Implementierung des Interimsabkommens, die Verschleppung der Gespräche sowie die allgemeine Krise der israelisch palästinensischen Beziehungen sollten den beiderseitigen Druck der amerikanischen Diplomatie aktivieren. Die USA charakterisierten den Vorschlag als nützlich, drängten dennoch Israel, ihn direkt mit den Palästinensern zu besprechen. Im Laufe des Sommers konzentrierte sich das Weiße Haus auf die Suche nach einer Formel, die die Beschleunigung des endgültigen Abkommens mit dem stufenartigen israelischen Interimsrückzug kombiniert. Füh-

⁹³² Vgl. United Nations Documentation: Meetings conducted by the Security Council in 1997. In: <http://www.un.org/Depts/dhl/resguide/scact1997.htm> abgerufen am 03.03.2005

⁹³³ Vgl. Makovsky, David u. Arieh O'Sullivan: US Promised it Would Support 9% Pullback. In: The Jerusalem Post. Intern. Ausg. Nr.1897. 15.März.1997. S.1-2.

rend sollte dabei die israelische Forderung nach Sicherheit sein. Schritte, die das Vertrauen des anderen, der Palästinenser, unterminierten, sollten vermieden werden.⁹³⁴

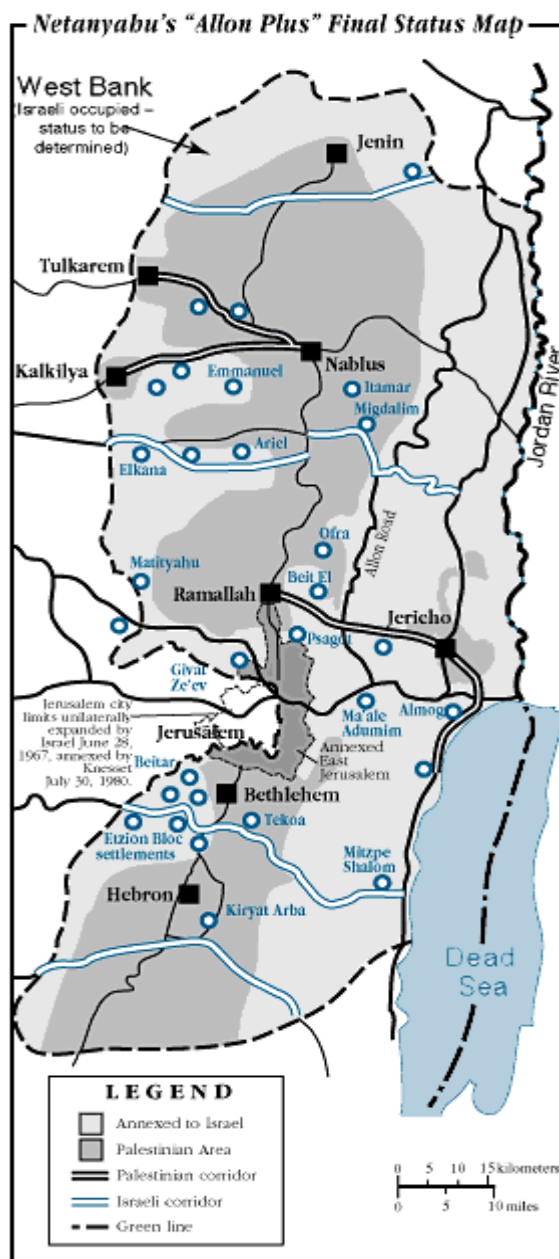


Abb. 21: Der Allon-Plus-Plan von Benjamin Netanjahu (Quelle: Foundation for Middle East Peace FMEP http://www.fmep.org/maps/map_data/redeployment/netanyahus_allon_plus.html abgerufen am 03.10.2006)

*1967 legte der damalige stellvertretende Premierminister Yigal Alon einen Westbank-Teilungsplan vor. Der Jordangraben im Osten, ein breites Gebiet um Ostjerusalem herum und ein aus Jordanien nach Jerusalem führender Landkorridor sollten dem Plan nach unter israelischer Herrschaft bleiben. Die Logik dieses Plans blieb aktuell für Israel alle die Jahre.

Im Juni präsentierte Netanjahu seine Variante für die endgültige Vereinbarung mit den Palästinensern.⁹³⁵ Israel sollte das Gebiet des „Großen Jerusalem“, das Jordan-Tal und den Siedlungsblock Gush Etzion behalten (Vgl. Abb.21)⁹³⁶.

⁹³⁴ Vgl. Secretary of State Madeleine K. Albright, Remarks and Questions&Answers Session at the National Press Club, Washington, D.C., August 6, 1997. In: <http://www.state.gov/www/statements/970806.html> abgerufen am 07.09.2006.

Am 30. Juli und 4. September verursachten zwei Hamas-Selbstmordanschläge den Tod von 20 Israelis und Dutzende wurden verletzt. Die Kritik der palästinensischen Bevölkerung gegen Yasser Arafat wuchs.⁹³⁷ Im August organisierte die PA eine von den Vereinigten Staaten streng verurteilte Konferenz der nationalen Versöhnung mit Partizipation der Hamas und Islamischen Jihads. „Eine radikal-nationalistische Rhetorik auf israelischer Seite und die Verachtung, die man den Palästinensern entgegenbrachte, steigerten deren Gefühl der Entfremdung und trugen dazu bei, dass die Kontrolle über die islamischen Elemente ... immer mehr dahinschwand.“⁹³⁸

Die ins Stocken geratenen israelisch palästinensischen Verhandlungen riefen immer mehr Besorgnis in Washington hervor. Im August kam Dennis Ross in die Region zurück und Madeleine Albright plante ihren ersten Besuch dort vom 10. bis 18. September: Israel, Ramallah, Syrien, Ägypten, Saudi-Arabien, Jordanien, Libanon, Katar, Bahrain und Kuwait. „In an effort to address Palestinian concerns, she spoke of accelerating the talks on interim steps; to respond to Netanyahu’s approach, she spoke of moving quickly to the issues of a final settlement.“⁹³⁹ Trotz ihres Versuchs, einen balancierten Eindruck zu hinterlassen, spitzte die Außenministerin während ihres Aufenthalts in Israel und in den palästinensischen Gebieten die Themen Sicherheit und Terrorbekämpfung zu. Ohne auf Details einzugehen, deutete sie eine aktivere amerikanische Vermittlungsrolle an. Nach ihrer Abfahrt kündigte die israelische Regierung den Bau von 300 Wohneinheiten in der Siedlung Efrat an. Im Endeffekt akzeptierte die US-Außenministerin diese Tatsache mit der Erklärung, dass dies in den schon existierenden Siedlungsgrenzen erfolgen sollte.⁹⁴⁰

Bei ihrer Reise wurde Madeleine Albright in Saudi-Arabien mit Zurückhaltung behandelt, während der ehemalige iranische Staatspräsident Rafsandschani vom König Fahd zu einer Audienz empfangen wurde. Prinz Saud bezeichnete die von den USA gestützte Palästina-Politik Israels als den größten destabilisierenden Faktor im Nahen Osten. Viele arabische Staaten u.a. Ägypten, Libanon und Saudi-Arabien boykottierten die vierte MENA-Konferenz vom 16. bis 18. November 1997 und im nächsten Jahr konnte die überhaupt nicht mehr organisiert werden. Mehrere nahmen stattdessen an einer islamischen Konferenz im Dezember in

⁹³⁵ Das Konzept von Benjamin Netanjahu wurde bekannt unter dem Namen „Allon-Plus-Plan“, einer umfassenderen Version des nach dem Sechs-Tage-Krieg vom damaligen Außenminister Yigal Allon ausgearbeiteten Plans.

⁹³⁶ Vgl. Bushinsky, Jay: PM Unveils Final Status Plan. In: The Jerusalem Post. Intern. Ausg. Nr.1910. 14.Juni.1997. S.1-2.

⁹³⁷ Vgl. Ebd.

⁹³⁸ Kimmerling, Baruch: a.a.O. S.121.

⁹³⁹ Quandt, William: a.a.O. (2) S.350.

⁹⁴⁰ Vgl. Henry, Marilyn: PM Rejects Call for Settlement Freeze. In: The Jerusalem Post. Intern. Ausg. Nr.1926. 4.Okt.1997. S.3.

Teheran teil, bei der sogar Irak zu Gast war.⁹⁴¹ Um die amerikanischen Interessen in der arabischen Welt zu verteidigen, befand sich die US-Außenministerin persönlich bei der Eröffnung des MENA.

Nach einem gescheiterten Attentat des Mossad auf den Hamas-Politiker Chaled Mashal in Amman am 25. September 1997, wurde der geistliche Führer von Hamas, Scheich Ahmed Yassin, auf Bestehen des wütenden Königs Hussein und unter amerikanischem Druck⁹⁴² aus israelischer Haft entlassen. Sowohl zum Jahrestag der Unterzeichnung der Osloer Abkommen als auch zum zweiten Jahrestag der Ermordung von Jitzhak Rabin sammelten sich Zehntausende von Menschen in Israel und demonstrierten gegen die Politik von Netanjahu und für die Fortsetzung der Osloer Verhandlungen. Zu demselben Zeitpunkt erklärte die PA ihre Absicht, nach dem Ablauf der fünfjährigen Interimsperiode 1999, einen palästinensischen Staat ins Leben zu rufen, gegebenenfalls unilateral.⁹⁴³

Nachdem sich Bill Clinton im November geweigert hatte, mit Netanjahu während seines Besuchs in Washington ein Treffen zu veranstalten, gleichzeitig aber Leah Rabin und Schimon Peres im Weißen Haus empfing, kamen Madeleine Albright, das israelische Staatsoberhaupt und Yasser Arafat in Paris zusammen. Die Außenministerin unterstrich die verlorene Zeit und die dringende Notwendigkeit, den Verhandlungsprozess weiter zu treiben. „Her irritation with the Israeli prime minister was noticable.“⁹⁴⁴ Dennoch unterstützte sie seine Idee für eine einzige israelische Truppenumgruppierung vor der endgültigen Vereinbarung anstelle von drei und sprach einen eventuellen US-Plan an.

Am 30. November 1997 nahm das israelische Kabinett eine Resolution an, mit der es der zweiten Phase der israelischen Truppenumgruppierungen prinzipiell zustimmte. Fristen und territoriale Parameter wurden nicht erwähnt. Parallel dazu entwarfen amerikanische Experten eine Sicherheitsabsichtserklärung unter Betrachtung des Reziprozitätsprinzips: die beiden Seiten sollten einander konsultieren bevor sie Gefangenen mit politisch motivierten Verstößen freilassen; Konfiszieren von Waffen im Besitz der eigenen Bürger, die sie gegen die andere Seite nutzen könnten; Schritte gegen den Missbrauch der Religion zum Propagieren von Terrorismus. Israel lehnte das Papier ab, die Palästinenser befürworteten es. „And the Palestinians once again scored a precedent of political cooperation between themselves and the Americans.“⁹⁴⁵ Der US-diplomatische Fokus richtete sich nun auf die Notwendigkeit eines „zweistelligen“ Truppenrückzugs, und zwar von „guter Qualität“ d.h. solches, der die territoriale

⁹⁴¹ Vgl. Chomsky, Noam: a.a.O. S.17-19.

⁹⁴² Vgl. Pape, Robert: a.a.O. S.63.

⁹⁴³ Vgl. Arafat to Declare State in 1999. In: The Jerusalem Post. Intern. Ausg. Nr.1933. 22.Nov.1997. S.3.

⁹⁴⁴ Quandt, William: a.a.O. (2) S.351.

⁹⁴⁵ The Other Israel. Jan.1998. Nr.82. S.5.

Kontinuität der palästinensischen Gebiete nicht verhindern würde.⁹⁴⁶ Weitere trilaterale Treffen in Paris fanden im Dezember statt, all dies vor dem Hintergrund der sich vertiefenden Krise mit dem Irak.

Im Januar 1998 trat der israelische Außenminister David Levy aus Protest gegen die blockierten israelisch palästinensischen Verhandlungen und die soziale Politik der Regierung zurück. Der Verteidigungsminister Jitzhak Mordechai drohte mit demselben, falls kein weiterer Truppenrückzug stattfindet. Zehntausende von Siedlern demonstrierten gegen die Abgabe von Territorium. In der israelischen Presse wurde über Billigung des Baus von 30 000 neuen Wohneinheiten in verschiedenen Siedlungen berichtet.⁹⁴⁷ Am 20. und 22. Januar wurden Netanjahu und Arafat in Washington eingeladen. Der US-Präsident umriss die Grundzüge eines amerikanischen Plans, dessen Einzelheiten im März bekannt wurden: die palästinensischen Sicherheitskapazitäten sollten verbessert werden und Israel sollte 13,1 Prozent sowohl von der Zone C als auch B den Palästinensern übergeben. Die erste Woche im Mai sollten die Gespräche über den endgültigen Status starten. Die Palästinenser akzeptierten die Idee, Netanjahu, für den Madeleine Albright eine ultimative Frist bestimmte, lehnte sie ab. Die Frist verfiel ohne Konsequenzen.⁹⁴⁸

Mit seiner Ankunft in Washington legte Yasser Arafat einen Brief vor, in dem die im April 1996 annullierten Artikel der PLO-Nationalcharta konkret per Nummer ausgezählt worden waren, was einen positiven Widerhall im Weißen Haus fand. Am Ende des Monats und Anfang des nächsten befand sich die US-Außenministerin wieder im Nahen Osten, um für die neue amerikanische Initiative in Israel, den palästinensischen Gebieten, Ägypten und einigen Golfstaaten zu werben sowie Einverständnis für eine härtere Linie gegenüber dem Irak zu gewinnen. Im Juli 1998 wurde zwischen den USA und Ägypten ein strategischer Dialog gestartet.⁹⁴⁹ Im Mai hatte Albright behauptet, dass die beschädigte Glaubwürdigkeit der Vereinigten Staaten in der arabischen Welt sich auf andere Regionen der Welt ausbreite.⁹⁵⁰ Mit der Zeit sprach sie offen von der Frustration ihrer Regierung bezüglich des israelisch palästinensischen Tracks und deutete die eventuelle Beendigung der diplomatischen Missionen an. Während ihres Auftritts vor dem Nationalen Presseklub am 12. Mai erwähnte sie neben den zweifellosen amerikanischen Militärgarantien für Israel und der speziellen Achtung auf dessen

⁹⁴⁶ Vgl. The Other Israel. Jan.1998. Nr.82. S.3.

⁹⁴⁷ Vgl. Keinon, Herb: Squaring the Settlement Circle. In: The Jerusalem Post. Intern. Ausg. Nr.1941. 17.Jan.1998. S.3.

⁹⁴⁸ Vgl. Quandt, William: a.a.O. (2) S.352.

⁹⁴⁹ Vgl. Secretary of State Madeleine K. Albright and His Excellency Amre Mahmoud Moussa, Foreign Minister of Egypt, Washington, D.C., July 10, 1998. In: <http://secretary.state.gov/www/statements/1998/980710.html> abgerufen am 06.09.2006)

⁹⁵⁰ Vgl. U.S. Jewish Leaders Talk Tough to Albright. In: The Jerusalem Report. Jg.IX. Nr.4. 22.Juni.1998. S.6.

Vorziehen beim Präsentieren der US-Ideen im Januar die schwierige Wahl, die die Palästinenser mit ihrer Akzeptanz dieser Ideen getroffen haben.⁹⁵¹

Durch das ganze Jahr 1998 bis zur Eröffnung eines Amtsenthebungsverfahrens im Februar 1999 wurde der politische Alltag in den Vereinigten Staaten von der Bekanntmachung der Beziehung von Bill Clinton mit der Praktikantin im Weißen Haus Monika Lewinsky dominiert. Diese Situation ließ die Intensität der Arbeit seines Nahostteams nicht beträchtlich schädigen. Es wurde spekuliert, dass ein eventuelles Abkommen zwischen den Israelis und Palästinensern ein Beweis für die Glaubwürdigkeit seiner Regierung sein würde. Vermindert wurden die Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die israelische Seite. Die Republikaner auf dem Capitol Hill, die die Ermittlungsprozedur gegen Clinton anspornten, waren enge Verbündete von Benjamin Netanjahu.⁹⁵²

Am 20. Juni 1998 beschloss das israelische Kabinett, die Grenzen der administrativen Verwaltung von Jerusalem zu erweitern. Nun sollten die Siedlungen Givat Zeev und Maale Adumim in der Westbank (Vgl. Abb.20) direkt dem Jerusalemer Bürgermeister d.h. dem israelischen Staat untergeordnet sein, und nicht wie bis dahin der zivilen Verwaltung der okkupierten Territorien.⁹⁵³ Die US-Administration reagierte mit starker Kritik und bezeichnete das Ereignis als außerordentlich provokativ. Zusätzlich konnte die Organisation Peace Now im Dezember 1998 9000 Wohneinheiten im Westjordanland und Gaza-Streifen registrieren, die entweder unbewohnt oder sich im Bauzustand befanden, viel mehr als es die natürliche Siedlergeburtenrate benötigte.⁹⁵⁴ Unterdessen eskalierte die Konfrontation zwischen dem Legislativrat und der PA aufgrund seines auf Misswirtschaft und Korruptionsfälle in den palästinensischen Gebieten hinweisenden Berichts von August 1998.⁹⁵⁵ Die Straßenseinandersetzungen und die Hetzerei zwischen Israelis und Palästinensern in Hebron und in anderen Orten hörten nicht auf.

In dieser Atmosphäre, unter maßgeblichem amerikanischem Druck und bei der persönlichen Vermittlung des Präsidenten Bill Clinton wurde das Wye-River-Memorandum am 23. Oktober 1998 unterschrieben. Im Zusammenhang mit dem Reziprozitätsprinzip sollte Israel seine Truppen aus 13 Prozent des Gebiets C zurückziehen – dies als erste und zweite Phase der Truppenumgruppierung im Sinne des Interimsabkommens. 1 Prozent sollte den Status A er-

⁹⁵¹ Vgl. Secretary of State Madeleine K. Albright, Remarks and Question and Answer Session at the National Press Club, Washington, D.C., May 12, 1998. In: <http://secretary.state.gov/www/statements/1998/980512.html> abgerufen am 07.09.2006.

⁹⁵² Vgl. The Other Israel. Nr.83/84. April/Mai.1998. S.2.

⁹⁵³ Vgl. Bushinsky, Jay: PM Defends L'lem Plan. In: The Jerusalem Post. Intern. Ausg. Nr.1964. 27.Juni.1998. S.2; Rabinovich, Abraham: The Jerusalem Umbrella. In: The Jerusalem Post. Intern. Ausg. Nr.1965. 4.Juli.1998. S.7.

⁹⁵⁴ Vgl. Hirschberg, Peter: Settlement-building Far Outstrips 'Natural Growth' – Peace Now. In: The Jerusalem Report. Jg.IX. Nr.16. 7.Dez.1998. S.4.

⁹⁵⁵ Vgl. Baumgarten, Helga: a.a.O. (2) S.190-192.

halten und der Rest zur Zone B gehören. Drei Prozent davon sollten als Umweltschutzgebiet behandelt werden und de facto unter israelischer Kontrolle bleiben. 14,2 Prozent der bisherigen Zone B sollten in die Zone A übergehen. Die Implementierung sollte spätestens in zwölf Wochen nach dem Inkrafttreten des Memorandums, dem 2. November 1998, vollendet sein. Ein spezieller Ausschuss sollte über die dritte Phase der Truppenumgruppierungen beraten (im Zusammenhang des Briefs des Außenministers Warren Christophers vom 17. Januar 1997). Keine Karten begleiteten das Wye-Dokument. Die Palästinenser verpflichteten sich, Maßnahmen gegen Terrorstrukturen zu ergreifen und mit den Israelis unter US-Garantien in diesem Bereich zu kooperieren. In der Präsenz von Clinton sollten die Mitglieder des PNR noch einmal die Wegstreichung derjenigen Artikel der Palästinensischen Nationalcharta bestätigen, die die Existenz Israels bedrohten. Unmittelbar sollten Verhandlungen über den endgültigen Status anfangen. Darüber hinaus wurden mehrere mündliche und unverpflichtende Abmachungen verabredet. „Unlike Carter at Camp David, Clinton did not remain at the negotiating site each day. On several occasions, he rushed off for fund-raising events on behalf of Democratic candidates.“⁹⁵⁶

Die Ausführung der Wye-Vereinbarungen begann in einem Kontext von gegenseitigem Misstrauen und dem Austausch von Vorwürfen. Nach seiner Rückkehr sollte sich Netanjahu mit der Kritik der sonst von ihm ermutigten Siedlerbewegung, der israelischen Medien und Abgeordneten von allen Seiten des politischen Spektrums auseinandersetzen. Yasser Arafat seinerseits sollte mit der Hamas und einer Bevölkerung, die sich diesmal vorsichtig in ihrer Reaktion zeigte, umgehen.⁹⁵⁷ Kommentatoren bezeichneten nämlich Bill Clinton als den größten „Gewinner“ des Wye-River-Gipfeltreffens. Mit der Unterstützung der sechs von insgesamt sieben Kabinettsministern erfolgte am 20. November der Transfer von 2 Prozent der Zone C in die Zone B in der Nähe der Stadt Jenin und 7,1 Prozent der Zone B in die Zone A (Vgl. Abb.22). 250 palästinensische Gefangene wurden aus der Haft entlassen und der palästinensische Flughafen wurde eröffnet.⁹⁵⁸ In der Euphorie vom Wye-Abkommen blieb die Unterzeichnung eines amerikanisch israelischen Pakts zur Erweiterung der strategischen Verhältnisse und der militärischen, technologischen und diplomatischen Kooperation zwischen den beiden Staaten fast unbemerkt. Israel erhielt neue Garantien für seine Stärke. „In addition, implementation of the new pact does not depend on whether the Wye accord is carried out.“⁹⁵⁹

⁹⁵⁶ Quandt, William: a.a.O. (2) S.353.

⁹⁵⁷ Vgl. Klieman, Aharon: a.a.O. S.128-129.

⁹⁵⁸ Vgl. Harman, Danna: Wye Pullback Underway. In: The Jerusalem Post. Intern. Ausg. Nr.1968. 30.Nov.1998. S.1-2.

⁹⁵⁹ Harman, Danna: US, Israel Upgrade Strategic Relations. In: The Jerusalem Post. Intern. Ausg. Nr.1983. 9.Nov.1998. S.24.

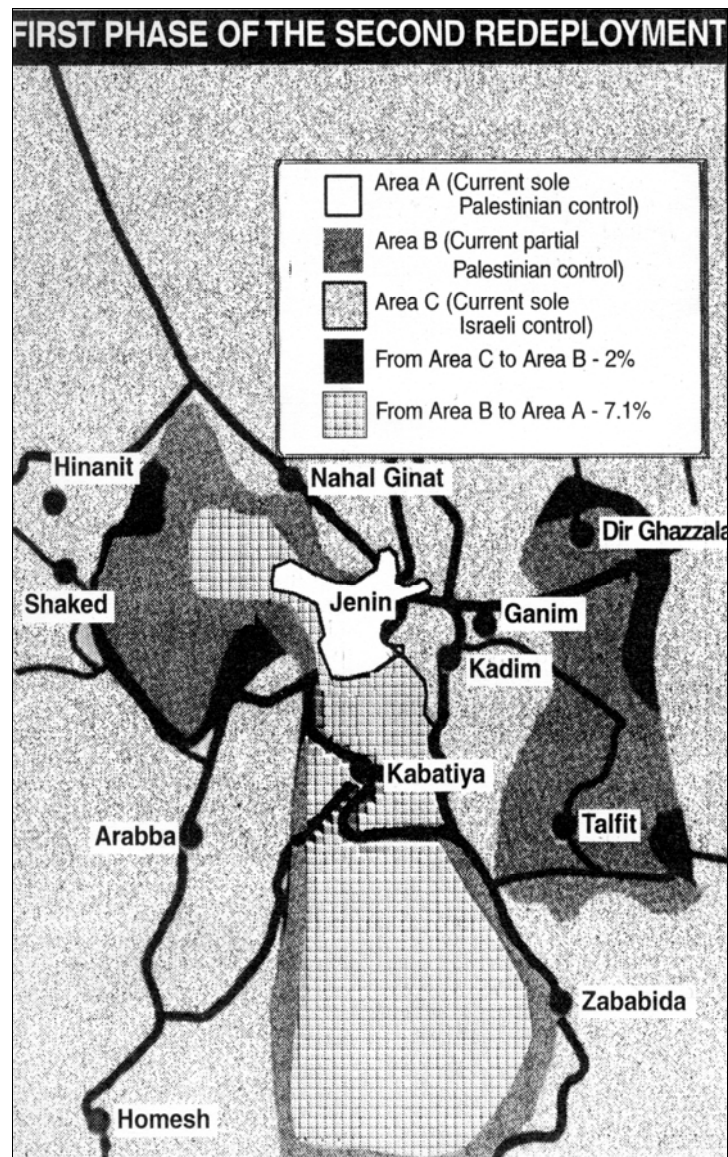


Abb. 22: Die erste Phase der zweiten israelischen Truppenumgruppierung
(Quelle: The Jerusalem Post. Int. Ausg. Nr.1986. 30.Nov.1998. S.2)

Um die beiden Parteien zur Ausführung der Wye-River-Übereinkunft zu stimulieren (und inneren Druck innerhalb ihnen zum Schweigen zu bringen) sowie das internationale Image der USA zu verbessern⁹⁶⁰, wurde von Clinton am 30. November eine Geldgeberkonferenz einberufen. Israel wurden 1,2 Milliarden Dollar und der PA 400 Millionen Dollar zugesichert. Während seiner Visite in Washington anlässlich der Konferenz wurde Arafat zum ersten Mal im Haus von Madeleine Albright in Georgetown eingeladen und der US-Präsident begleitete ihn persönlich zu bestimmten Treffen.⁹⁶¹ Vom 13. bis 15. Dezember 1998 besuchte das US-Staatsoberhaupt Israel und die palästinensischen Gebiete.

Am 14. Dezember widerrief der Palästinensische Nationalrat die entsprechenden Artikel der Palästinensischen Nationalcharta. Die gemeinsame israelisch palästinensische industrielle

⁹⁶⁰ Clawson, Patrick u. Zoe Danon Gedal: a.a.O. S.29.

⁹⁶¹ Vgl. Kershner, Isabel: 'The World Will Never Be the Same Again'. In: The Jerusalem Report. Jg. IX. Nr.18. 4.Jan.1999. S.16.

Zone Karni wurde offiziell eröffnet (als erste US-Firma kandidierte Coca-Cola dort zu operieren).⁹⁶² In seiner Rede im Gaza-Streifen kam Clinton von allen vorherigen US-Präsidenten der palästinensischen Selbstbestimmung am nächsten: „For the first time in the history of the Palestinian movement the Palestinian people and their elected representatives now have a chance to determine their own destiny on their own land.“⁹⁶³ Gleichzeitig war es ihm wichtig, vor einer unilateralen Proklamation eines palästinensischen Staats im Mai 1999 und damit verbundenen Risiken für regionale Unruhen zu warnen.

Am 16. Dezember begann die Ausführung der Operation „Desert Fox“ gegen das irakische Regime. „Now entering into the American fold, the Palestinians would also be expected to toe the line on Iraq, generally to respect U.S. interests in the region and to maintain friendly relations with Jordan, avoiding actions that might destabilize the kingdom.“⁹⁶⁴ Tatsächlich appellierte die PA an alle Demonstranten gegen die Bombardierungen Iraks mit ihren Aktionen aufzuhören. In Erwartung von heftiger Opposition hatte die jordanische Regierung noch im Februar ein allgemeines Verbot von öffentlichen Protesten verhängt. „Now, people feel that peace is being pursued at the expense of democracy and personal freedoms, and they resent it.“⁹⁶⁵ Am 14. Dezember waren neue amerikanische Raketenabwehrsysteme „Patriot“ als Schutzmaßnahme gegen die Entwicklungen im Irak in Israel angekommen.

Benjamin Netanjahu war nicht geneigt, weitere territoriale Zugeständnisse zu unternehmen. Seine Regierung steckte nach dem Wye-Abkommen in einer Krise. Die radikalen Rechten verließen den Likud und gründeten die Nationale Einheitspartei. Der wachsende Verlust an persönlicher Sicherheit für die jüdische Bevölkerung Israels sowie die Unfähigkeit Netanjahus, einen anständigen persönlichen Umgang zu pflegen, trugen auch zum Fall seines Kabinetts bei.⁹⁶⁶ Am 21. Dezember beschloss die Knesset ein Gesetz zu ihrer Selbstaflösung und vorzeitigen

Neuwahlen.

⁹⁶² Vgl. News in Brief. In: The Jerusalem Post. Intern. Ausg. Nr.1990. 28.Dez.1998. S.4.

⁹⁶³ Remarks by the President and Chairman Arafat at Presentation at Luncheon, Gaza City, December 14, 1998. Clinton Foundation. In: <http://www.clintonfoundation.org/legacy/121498-remarks-by-president-and-chairman-arafat-at-luncheon.htm> Stand 2004, abgerufen am 26.09.2004.

⁹⁶⁴ Kershner, Isabel: ‘The World Will Never Be the Same Again’. In: The Jerusalem Report. Jg. IX. Nr.18. 4.Jan.1999. S.16.

⁹⁶⁵ Henderson, Amy: The Trouble with Jordan. In: The Jerusalem Report. Jg.VII. Nr.24. 2.April.1998. S.24.

⁹⁶⁶ Vgl. Kimmerling, Baruch: a.a.O. (1) S.121.

Schlussergebnisse

In der Periode von 1993 bis 1998 zeigte sich die Administration von Bill Clinton sehr interessiert an der Bearbeitung der israelisch palästinensischen Auseinandersetzung. Die Ergebnisse ihrer Beteiligung an den damaligen Verhandlungen erwiesen sich aber als gering, so dass zwischen den beiden Gegnern Frieden nicht sichergestellt und der Ausbruch der zweiten palästinensischen Intifada im Jahre 2000 nicht verhindert werden konnte.

Eine gravierende Asymmetrie mit Israel als topdog und dem palästinensischen Volk als underdog (in der Westbank, im Gaza-Streifen, in Ostjerusalem, auf dem international anerkannten israelischen Staatsgebiet, in Flüchtlingslagern in arabischen Ländern und anderswo zerstreut im Rest der Welt) wurde im Zentrum der Konfrontation zwischen den beiden Konfliktparteien konstatiert. Aus den Aspekten und dem Ernst der für die benachteiligte Seite daraus folgenden Konsequenzen war zu schließen, dass ihr gegenüber Gewalt in ihren drei Ausprägungen – strukturell, direkt und kulturell – lange Jahre ausgeübt wurde. Gewalttätige, einschl. terroristische, Reaktionen seitens der palästinensischen Führung (PLO und Yasser Arafat) waren am Gegenpol der gegenseitigen Gewaltspirale zu registrieren.

In seinem Kern bestand der Konflikt zu Beginn der ersten Amtszeit von Bill Clinton in der dringenden Notwendigkeit des politischen und sozial-ökonomischen Selbstdefinierens der Palästinenser und deren Anerkennung und Tolerierung durch Israel als gleichgestelltes humanes und internationales Subjekt. 1988 hatte sich Arafat öffentlich zur Anerkennung des israelischen Staats und zur Denunzierung der Gewalt und des Terrors bekannt. Erst auf einer solchen Basis würden sich die beiden Parteien für die Form der Beilegung ihrer Auseinandersetzung entscheiden können. Die verschiedenen friedentheoretischen Ansätze variieren hier zwischen der Autonomie und zwei-Staaten-Lösung (dissoziative Methode) und der Entstehung von integrativen Strukturen wie interdependenten Wirtschaftsmodellen, Konföderationen, Föderationen und einheitlichen binationalen Staaten (assoziative Kooperation).

Die eigentümlichen Spezifika des Nahen Ostens begünstigten die Formierung von regionalen und internationalen Projektionen des Konflikts noch bei seiner Entstehung. Diese intensivierten sich nach der Gründung des Staats Israel – zu einer Zeit, wo die amerikanische Politik sich offen für eine stärkere Rolle vor Ort einzusetzen begann. Besonders Besorgnis erregend in Washington war der Wiederhall des palästinensischen Schicksals unter der Bevölkerung in den umliegenden arabischen Staaten – und daraus resultierend das negative Bild Israels und der Vereinigten Staaten dort. Regionale und globale Kalküle der USA konnten hierdurch bedroht werden.

Aufgrund der Analyse der Aussagen und Schwerpunkte seiner Aktivitäten wurde eine beträchtliche *Ambivalenz* der Haltung des Dritten beobachtet. Das Weiße Haus lavierte ständig zwischen Kosten-und-Nutzenkalkülen im Nahen Osten, innenpolitischen Überlegungen und den tatsächlichen Konfliktrealitäten vor Ort. Die Letzten behandelte es den ersten zwei Faktoren als untergeordnet. Ideologische Vorstellungen über die Demokratisierung des Nahen Ostens spielten eine zweitrangige Rolle.

Es wurde festgestellt, dass die eigentlichen Beweggründe hinter der Intervention der USA in Bezug auf die Beendigung des Konflikts Interessen bezogen waren. Wichtige Energieressourcen des Persischen Golfs und Zentralasiens, deren Export und Transport in und aus den beiden Regionen in Richtung Westen und deren Anbieten zu angemessenen Preisen zählten dazu. In einer Zeit zusammenwachsender (neo)liberaler Globalökonomie bemühte sich das US-Staatsoberhaupt außerdem um die Stimulierung von freien Marktmechanismen und die Entwicklung von privatwirtschaftlichen Strukturen im relativ stark staatlich regulierten arabischen Raum zugunsten weltweit agierender (häufig in den Vereinigten Staaten ansässiger) Wirtschaftskräfte. In den beiden Fällen wurde der (militärischen) Sicherheitskomponente eine immense Bedeutung in Washington zugeschrieben, genauso den eigenen Vorteilen gegenüber fremder Konkurrenz in der Region.

Eng verbunden mit dem US-Sicherheitsschema im Nahen Osten war der israelische Staat. Das treue Verhalten arabischer Regierungen wie die Ägyptens, Jordaniens, der Golfstaaten und gegebenenfalls des Libanons wurde auch als wichtig im Weißen Haus betrachtet. Die Regimes in Bagdad, Teheran und Damaskus, die Aktionen der Hamas, des Islamischen Jihads und der Hisbollah, die antiamerikanischen bzw. anti-Status-quo-Stimmungen unter den lokalen Bevölkerungen, die protektionistische arabische Wirtschaftspolitik, die regionalen Boykottmaßnahmen gegen Israel und seine Wirtschaftspartner aus Drittländern und der unüberzeugende Ruf Washingtons als Friedensstifter auf der Nahost- und Weltbühne wurden dagegen mit negativen Konsequenzen durch die USA assoziiert.

Proamerikanische Faktoren sollten also stabilisiert und „unfreundliche“ Tendenzen zur Seite geschoben werden. Führend war dementsprechend die Ermutigung des arabisch israelischen politischen und wirtschaftlichen bilateralen und multilateralen Track-I-Dialogs, speziell die arabische Akzeptanz Israels. Es wurden sogar Kontakte zu dem auf der US-Terrorismus-Liste stehenden Syrien geknüpft (trotz der Missbilligung des Kongresses). Jene arabischen Staaten, die bereit waren, einen Friedensvertrag mit Israel zu unterzeichnen, zwischen den Israelis und den Palästinensern auf irgendwelche Art und Weise zu vermitteln oder die palästinensische Seite finanziell zu fördern, wurden einzeln diplomatisch, finanziell oder militärisch großzügig gefördert.

Weil die PA den israelischen Aufforderungen Folge leistete, wurden ihr 345 Millionen Dollar, diplomatische Aufwertung und technische und materielle Hilfe für ihre Polizeikräfte und Administration zur Verfügung gestellt. Der israelisch palästinensische Nachrichtendiensttausch sowie andere Varianten von Sicherheitszusammenarbeit wurden durch die USA ausdrücklich gepflegt. Allen drei israelischen Ministerpräsidenten Jitzhak Rabin, Schimon Peres und Benjamin Netanjahu wurde mehrmals die Freundschaft der Vereinigten Staaten versichert, so dass sie ihrerseits die entsprechenden Vereinbarungen unterzeichnen konnten. Bill Clinton blieb die israelische Stärke durchaus wichtig.

Washington unternahm den Versuch, innenpolitische Rückwirkungen gegen das Osloer Konzept innerhalb der Konfliktparteien einzudämmen. Die US-freundlichen Regimes in Kairo, Amman, Riad, den kleinen Scheichtümern am Golf und Beirut, Yasser Arafat und die israelischen Premiers wurden für ihre Bereitschaft zur regionalen Zusammenarbeit mehrmals als mutig gepriesen. Es wurde propagiert, dass die Einmischung des Weißen Hauses in den Madrider und Osloer Verhandlungen aus der Intention heraus erfolgte, Prosperität und (das politische Modell der westlichen) Demokratie für die gesamte Region herbeizuführen.

Unter amerikanischem Druck erklärten sich die israelischen Leiter in den 90er Jahren, zumindest rhetorisch, für den Stopp des Siedlungsbaus im Gaza-Streifen und in der Westbank bereit. Bei den US-Kreditgarantien über 10 Milliarden Dollar erfolgten Kürzungen für Summen, die von Israel für solche Bauunternehmen trotz alledem benutzt wurden. Die als proverhandlungsorientiert aufgefasste Arbeiterpartei und ihr Vorsitzender Schimon Peres wurden bei den Parlamentswahlen in Israel 1996 durch die Ankündigung von zusätzlichen 100 Millionen Dollar zur Terrorismusbekämpfung, die Einberufung des bis dahin größten Antiterrororgipfels in Scharm el-Scheich, die stille Duldung der israelischen Operation „Früchte des Zorns“ im Südlibanon und anderswie politisch diplomatisch unterstützt. Nach der Unterzeichnung des Wye-River-Memorandums im Oktober 1998 stattete das amerikanische Staatsoberhaupt Israel und den autonomen palästinensischen Gebieten im Dezember einen persönlichen Besuch ab, um u. a. Kritik von Opponenten in den beiden Lagern zum Schweigen zu bringen. Die offenen Rückwärtsschritte von Benjamin Netanjahu während dessen Regierungszeit wurden direkt und indirekt missbilligt. Defizitäre Friedensaufbaumaßnahmen seitens Yasser Arafat wie Einschränkung der Pressefreiheit, Vernachlässigung von rechtsstaatlichen Normen bei Polizeiausbreitungen, Zulassung von Privilegien für seine engsten Gefolgsleute und Korruption in der PA wurden von den USA selten öffentlich thematisiert. Arafat wurde als jemand betrachtet, der bereit zu Zugeständnissen war.

Stabilisiert vor dem Hintergrund der laufenden israelisch palästinensischen Verhandlungen drückten die arabischen Regierungschefs ihre Verpflichtung zu den Vereinigten Staaten durch

den unverhinderten Ölfluss und die Duldung der US-Straffaktionen gegen den Irak und den Iran aus. Der Besuch Clintons in Palästina im Dezember 1998 sollte ferner den Weg für die Strafoperation „Desert Fox“ gegen Bagdad vor der Öffentlichkeit frei machen. In einzelnen arabischen Hauptstädten und in den palästinensischen Gebieten wurden Proteste gegen diese Operation lokal zurückgeschlagen.

Die positive Verhandlungsatmosphäre erleichterte die Suche nach Möglichkeiten zur Wirtschaftsliberalisierung und Privatisierung im Nahen Osten. Von 1994 bis 1997 fanden regionale Wirtschaftskonferenzen statt, gesponsert durch das Weltwirtschaftsforum, das CFR und das Weiße Haus. Die wirtschaftlichen und politischen israelisch arabischen Verhältnisse sollten gefördert werden bei der Stärkung des privaten Sektors. Dazu zählten auch das Besprechen oder Abschließen von Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen Washington und den Ländern in der Region, die Schritte zur Abschaffung des arabischen Boykotts gegenüber Israel, die Aufnahme von neun Nahoststaaten in die WTO während der 90er Jahre, die Diskussion über eine nahöstliche Freihandelszone, die Bemühungen der Weltbank in den autonomen palästinensischen Territorien zur Entwicklung der staatlichen Infrastruktur und zu ihrer Adaptation an das Funktionieren privatwirtschaftlicher Unternehmen.

Den in der vorliegenden Arbeit benutzten theoretischen Prämissen des Dritten nach stellte er sich *außerdem* als relevant für die Fortsetzung der asymmetrischen Konfliktstruktur heraus. Seine bedingungslose überproportionale militärische und wirtschaftliche Förderung des israelischen Staats zementierte die grundlegenden sozialen Unterschiede zwischen den streitenden Gegnern. Bei den Sitzungen des UNO-Sicherheitsrats in Anbetracht der jeweiligen Problematik zeigten sich die offiziellen Repräsentanten der Vereinigten Staaten weniger kommunikativ und proisraelisch. Politisch rhetorisch vertrat das Nahostteam Clintons häufig die Positionen Israels. Die US-Kritik gegen Israel blieb letztlich auf einer symbolischen Ebene oder fand hinter den Kulissen statt. Die Kürzungen Washingtons bei den fünfjährigen Kreditgarantien für Israel wurden zum größten Teil kompensiert, und die Siedlungstätigkeit wurde dadurch ermutigt. Von Yasser Arafat wurde erwartet, bei bestehenden grundlegenden Konfliktsymmetrien mit militärischer Stärke gegen die ohnehin lange Jahre in gewalttätigen Lebensparametern existierende palästinensische Bevölkerung vorzugehen. Die Menschenrechtsorganisationen waren in der erforschten Periode in sich einig, dass auch regional entscheidende US-Versäumnisse bei der Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen zu registrieren waren.

Politisch praxeologisch betrachtet hat die Administration von Bill Clinton von Elementen aller im theoretischen Teil der Arbeit begründeten *Strategien* und *Mittel* der Intervention des

Dritten Gebrauch gemacht. Die Hauptdeterminanten ihres Verhaltens, die Logik ihrer Planungskonzepte, der persönliche Führungsstil des Präsidenten und die Charakteristiken der Konfliktparteien ließen diese Strategien und Mittel nicht in ihrer Vollständigkeit, Adäquatheit, Anpassungsfähigkeit und Dynamik im Sinne des Erreichens einer *Konfliktlösung* Anwendung finden.

Als positiv sind die konsequenten Anstrengungen des US-Nahostteams einzuschätzen, über die Bedeutung des Friedens für die Region generell aufzuklären. Internationale Unterstützung dafür wurde in weiten Teilen der Welt mobilisiert. Die strukturell bedingte politische Prominenz des amerikanischen Staatsoberhauptes erleichterte den Zugang seiner Botschaften zu verschiedenartigen Medien und Gremien.

Den größten Akzent der Einmischung des Dritten in der angegebenen Forschungsperiode stellten die Guten Dienste und die Facilitation dar. Clinton, sein Außenminister und amerikanische Sondergesandte waren regelmäßig in der Region anwesend oder hatten israelische und arabische Vertreter in den Vereinigten Staaten zu Besuch – etwas, was sich als wichtig für das Einschlagen von Kommunikationsbrücken zwischen den Kontrahenten erwies, den Ausweg aus Verhandlungssackgassen erleichterte und das Erreichte legitimierte (wie auch immer die Ergebnisse zu messen sind). Der Prozess der israelisch palästinensischen (arabischen) Verhandlungen als solcher wurde praktisch dadurch etabliert.

Amerika war aber am Aushandeln der Prinzipienklärung 1993 nicht beteiligt. Ein aktiverer politisch diplomatischer US-Einsatz nach dem Modus der Vermittlung/Mediation erfolgte erst 1998 mit einem Vorschlag, der in der Unterzeichnung des Wye-River-Memorandums im Oktober desselben Jahres resultierte. Die fundamentalen Streitfragen in Palästina wurden nicht angegangen. Kennzeichnend für die offiziellen Vertreter der USA in den 90ern war ihr prinzipieller Verzicht auf einen inhaltlichen Bezug auf diese Fragen und eine eigene allumfassende Friedensvision. Über die Form der palästinensischen Selbstbestimmung, die Grenzen zwischen den Israelis und Palästinensern, die palästinensischen Flüchtlinge, Jerusalem und die israelischen Siedlungen sollten ausschließlich die Konfliktgegner diskutieren.

Im Dezember 2000, zwei Monate vor dem Auslauf seiner zweiten Amtszeit, kündigte Bill Clinton zum ersten Mal einen konkreteren Plan über die endgültige Konfliktbeilegung an. Öffentlich sprach der Präsident von der Gründung eines palästinensischen Staats im Gaza-Streifen und in 94-96% des Territoriums der Westbank. Territoriale israelische Siedlungsblöcke, in denen 80% der Siedler im Westjordanland lebten, durften durch Israel annektiert werden. Das durch Israel in Besitz genommene Land sollte durch Landaustausch von 1% bis 3% kompensiert werden. Darüber hinaus sprach Clinton über das Prinzip der palästinensischen Souveränität in den arabischen Teilen Jerusalems und der israelischen in den jüdischen, die

Wahl von Ostjerusalem (Al-Quds) als palästinensische Hauptstadt und eine internationale und eine befristete israelische Militärpräsenz in der Westbank. Israel sollte das moralische und materielle Leiden der palästinensischen Flüchtlinge als Resultat des 1948-Krieges gestehen. Sie durften ihr Recht auf Rückkehr hauptsächlich im zukünftigen palästinensischen Staat ausüben.⁹⁶⁷ Wichtige (teilweise tabuisierte) Themen wurden von Washington damit auf den Tisch gelegt, wurden aber nicht präzise formuliert und nicht mit einer Karte begleitet. Die Probleme Wasser, wirtschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Völkern, Umwelt, usw. waren im Papier nicht präsent. Vor dem Hintergrund der territorial-politischen Realität in den besetzten Gebieten 7 Jahre nach dem Treffen der Osloer Vereinbarungen sowie früherer israelischer Hinausschiebung der eigenen Pflichten wurden die Vorschläge von den palästinensischen Delegierten als proisraelisch (um eine endgültige Übereinkunft zu sein) erst einmal abgelehnt.⁹⁶⁸ Der Dritte war nicht bereit, starke Garantien für die rechtzeitige Ausführung seines Plans anzubieten. (Schließlich wurden die Parameter Clintons von beiden Seiten mit Vorbehalt entgegengenommen.)

Wirtschaftliche und Beratungshilfe und Follow-up-Mechanismen wurden für die palästinensische (und teilweise israelische) Seite und die anderen regionalen Parteien bei der Implementierung der jeweiligen Abkommen geleistet.

Am mangelhaftesten bekundete das Weiße Haus Aufmerksamkeit für Parität herstellende Aktivitäten. Nach der Vereinbarung der Prinzipien Deklaration nahm Clinton offiziell Kontakte mit der PLO auf, später unterhielt er regelmäßige Verhältnisse zu der PA. Die Wahrnehmung der Palästinenser als Flüchtlinge in den amerikanischen Regierungskreisen transformierte sich dadurch endgültig in eine Art politische Anerkennung, ohne zu einer vollen nationalen Selbständigkeit zu gelangen. In der Tat riet der US-Präsident Yasser Arafat nachdrücklich davon ab, einen Staat unilateral zu proklamieren. Während US-Sprecher jahrzehntelang die israelischen Siedlungen als illegal bezeichnet hatten, qualifizierte sie Clinton als ein „Hindernis auf dem Weg zum Frieden“.⁹⁶⁹ 1994 weigerte sich Madeleine Albright während einer Sitzung des UNO-Sicherheitsrats, die Westbank, den Gaza-Streifen und Ostjerusalem als besetzte Territorien zu bezeichnen – über den Status dieser Gebiete sollten die streitenden Seiten selber beraten. Die Vereinigten Staaten setzten sich für die Erfüllung der UNO-Resolutionen 242 und 338 als Basis für die israelisch palästinensische Konfliktregelung ein, was der offiziellen Ansicht der beiden Konfliktparteien entsprach. Die Logik aller unterzeichneten Vereinbarungen

⁹⁶⁷ Vgl. Clinton Proposal on Israeli-Palestinian Peace, 23.12.2000. In:

http://www.brookings.edu/press/appendix/peaceprocessappen_ab.htm abgerufen am 07.02.2007.

⁹⁶⁸ Zu der ausführlichen palästinensischen Argumentation Vgl. Official Palestinian Response to the Clinton Parameters (and Letter to International Community), 01.01.2001. In: http://www.nad-plo.org/inner.php?view=nego_nego_clinton_nclinton2p&ncss=2 abgerufen am 07.02.2007

⁹⁶⁹ Vgl. Mark, Clyde: a.a.O. (2). S. CRS-6-CRS-13.

von 1993 bis 1998 war dagegen hauptsächlich durch die Bedürfnisse der stärkeren Partei geprägt und (als solche) durch die Vereinigten Staaten begrüßt. Ohne die USA wäre ihre nachfolgende Implementierung wahrscheinlich noch zurückhaltender gewesen, insbesondere durch Israel. Das Zögern Washingtons, sich den israelischen Ministerpräsidenten offen und klar zu widersetzen, machte die amerikanische Rolle auch in diesem Fall nicht balanciert.

Eine unzureichende, gewissermaßen realitätsferne Analyse/Recherche der historischen Wirklichkeit vor Ort und ihrer Mehrdimensionalität setzte praktisch die Aktivitäten des Weißen Hauses voraus. Fünfzig Jahre der Zerstreuung von Hunderttausenden von palästinensischen Flüchtlingen auf der ganzen Welt sowie dreißig Jahre israelische Okkupation, die Spontaneität und Stärke der ersten palästinensischen Intifada (1987-1991), die Bereitschaft von jungen Selbstmordattentätern in den 90er Jahren, sich aus Protest gegen die allumfassenden Schranken des Militärregimes Israels in die Luft zu sprengen, die Tötung von palästinensischen Kollaborateuren durch ihre eigenen Landsleute wurden in Richtung palästinensische Innenpolitikszene verschoben.⁹⁷⁰ Die (exklusive) Anschauung Israels als eines jüdischen Staats (in einer ethnisch national bunten Region) mit allen daraus folgenden Konsequenzen für die israelische Wahrnehmung des „Gegners“ wurde von Bill Clinton publik artikuliert.

Die Überzeugung des Weißen Hauses, einwilligende Verhandlungspartner militärisch aufzupumpen, verstärkte die Militarisierung und verhinderte die tatsächliche Übung einer umfassenden Friedenskultur im Nahen Osten – obwohl das Ende des Kalten Kriegs bestimmte Voraussetzungen dafür geschaffen hatte. Generell wurde die Position des Verhandelnden mit der eines Starken gleichgesetzt.

Erfolgreicher war die Zucker-und-Peitsche-Politik der Vereinigten Staaten hinsichtlich der israelisch-jordanischen Beziehungen, denn es wurde ein Friedensvertrag unterzeichnet. Seine Umwandlung in einen blühenden zwischenstaatlichen Austausch wurde durch die beiden Kontrahenten jedoch nicht erreicht. Auf der israelisch-libanesischen und der israelisch-syrischen Schiene bemühte sich Washington, die Antagonisten Israels zur Beachtung von dessen Positionen zu bewegen. Unter Benjamin Netanjahu gerieten die Gespräche in eine Sackgasse. Allerdings war es dem US-Nahostteam wichtiger, bilaterale Teilverständigungen zwischen Syrien, Libanon, Jordanien und Israel zustande zu bringen, als einen israelisch-palästinensischen Kompromiss zu erreichen. Neben historisch-politischen zeichneten auch herrschaftspolitische (lokal und regional) Argumente und Pragmatismus die Haltung des Tracks I der drei arabischen Länder in ihren Beziehungen zu Washington aus.

⁹⁷⁰ Vgl. Pappé, Ilan: a.a.O. (2)

Die bisher umrissene Auseinandersetzung der USA mit der israelisch palästinensischen Konfrontation wurde mittels eines ausführlichen Durchblicks in die innenpolitischen Gesetzmäßigkeiten der Konsolidierung der außenpolitischen Agenda der US-Regierung weiter erleuchtet. Eine komplexe, plutokratisch untermauerte und oligarchisch strukturierte politische Maschinerie wurde präsentiert. Mit einem publik ausgetragenen Wettkampf zwischen diversen Regierungsinstitutionen, mit der Partizipation von Lobbygruppen, den Medien und der öffentlichen Meinung schloss sich der Kreis der Leitungsmechanismen in den Vereinigten Staaten. Ergänzend wurden globalwirtschaftliche- und politische Trends in den 90er Jahren angeschnitten, vor allem die bestehenden (institutionellen) Zusammenhänge zwischen einem mobilen, sich rasant globalisierenden, am meisten privaten, Weltkapital und den jeweiligen Regierungen. Die Administration Clintons war einer der eifrigsten Unterstützer sowie Akteur dieser (neo)liberalen Realitäten. Das arabische, palästinensische und israelische Business und die entsprechenden politischen Eliten bewilligten die neue Marktalternative und ihre ideologischen Prinzipien. Um die Worte des damaligen Präsidenten der Weltbank James Wolfensohn zu zitieren: „But let me stand back for a minute and observe on the region. ... As a financial and development institution, it is our very strong belief that if we can together work towards a unified market, if we can together bring about the dream of the privatization of peace, we will be on the most solid ground that we can for a better future for our children.“⁹⁷¹

Die Initiativen der amerikanisch jüdischen bzw. israelischen Lobby, der religiös motivierten jüdischen Orthodoxie und der auf andere Art und Weise proisraelisch engagierten amerikanischen Juden sowie die Akzeptanz dieser Mechanismen in den hohen politischen Kreisen in den Vereinigten Staaten waren als eine bedeutsame Determinante für die zu starke proisraelische Nuance der Aktionen Washingtons angenommen. Machtpolitische „linkages“ mit oder gegen die regierende Administration in Amerika wurden hervorgebracht. Ein Beispiel dafür war das oppositionelle Bündnis zwischen den Anhängern neokonservativer intellektueller Kreise und denen der religiösen Rechten im Kongress und seine Verbindungen mit der Likud-Partei in Israel. Gewisse politisch kulturelle Gemeinsamkeiten beider Nationen wurden als Faktor für die israelisch amerikanische Nähe zu Wort gebracht.

Was die persönlichen Leistungscharakteristiken von Bill Clinton betrifft, zeigte er sich im Laufe der israelisch palästinensischen Verhandlungen als sehr wortgewandt, kommunikativ und imstande, mehrere Befürworter für seine Politik zu gewinnen. Die Aufmerksamkeit, die er den drei Religionen Christentum, Judentum und Islam in seinen Reden schenkte, brachte ihm

⁹⁷¹ Ansprache von James D. Wolfensohn, Präsidenten der Weltbank, vor dem Jubilee-Business-Gipfel, Jerusalem, 13-15. Oktober 1998. In: <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/EXTABOUTUS/ORGANIZATION/EXTOFFICEPRESIDENT/EXTPASTPRESIDENTS/PRESIDENTEXTERNAL/0,,contentMDK:20024485~menuPK:232083~pagePK:159837~piPK:159808~theSitePK:227585,00.html> abgerufen am 03.02.2007.

das Vertrauen von palästinensischen, arabischen und jüdischen Partnern entgegen. Gleichzeitig war er ein konfliktscheuer Dritter – bereit, Kompromisse zu suchen, und unfähig, klare Stellungen, speziell im Hinblick auf die stärkere Partei, entschlossen zu beziehen. „Part, at least, of Clinton’s inclination to go slow, to hesitate rather than to confront, seems to have been rooted in his character.“⁹⁷²

Die Regierungsperiode von Jitzhak Rabin zeichnete sich mit mehreren politisch diplomatischen Fortschritten im Vergleich zu der Amtszeit von Benjamin Netanjahu aus. Die regionalen Austausche zwischen Israel und der arabischen Welt intensivierten sich – als ein klares Zeichen für die israelische Akzeptierung im Nahen Osten und vorhandene regionale pragmatische Konfliktbearbeitungspotentiale. Die Israelis und die Palästinenser anerkannten sich gegenseitig und trafen eine Reihe von Übereinkünften. Deren Inhalt und Art und Weise der Implementierung erwiesen sich jedoch als problematisch für die Auseinandersetzung mit dem oben angesprochenen Kern des israelisch palästinensischen Konflikts. Die Erwartung der underdog-Seite bestand in der Verwirklichung eines souveränen, lebensfähigen Staatsgebildes in den 1967 durch Israel okkupierten Territorien Gaza-Streifen, Westbank und Ostjerusalem (22% vom historischen Palästina). Öffentlich plädierte Israel für die Erhaltung seiner territorialen Unversehrtheit, das Garantieren seiner Sicherheit und das Behalten seines jüdischen Wesens. Gleichzeitig deutete es an, nicht hinter die vor-1967-Grenzen zurückkehren zu wollen. Bis zum Jahre 2000 wurde die Gründung eines palästinensischen Staats, wie auch immer sich Israel seine Existenzfähigkeit vorstellte, durch hohe israelische Regierungsvertreter offiziell nicht angesprochen.

Das Prinzip der Zerlegung des Konfliktgegenstands in Einzelteile (*fractionating the conflict*) sowie dessen allgemeine und/oder doppelsinnige Formulierung in den jeweiligen Vereinbarungen setzte sich unter israelischem Druck bei den Verhandlungen durch. Der mit der Kenntnis und Subventionierung der Regierung stattfindende Ausbau von israelischen Siedlungen, sie miteinander verbindenden Straßen und Wasser leitender Infrastruktur, die einseitige Auferlegung von Checkpoints und Entwicklungseinschränkungen anderer Art bezüglich der Palästinenser waren in den okkupierten Territorien in den 90ern häufig zu erleben. Ende 1998 standen der Gaza-Streifen, ohne die sich dort befindenden jüdischen Siedlungen, und einzelne palästinensische Enklaven in der Westbank unter der autonomen Leitung der PA – untergeordnet der militärischen, wirtschaftlichen und außenpolitischen Kontrolle Israels. Nach fünf Jahren deckte die Osloer Formel die israelischen Vorhaben auf. Der palästinensi-

⁹⁷² Quandt, William: a.a.O. (2) S.374.

sche Widerstand sollte auf bürokratische und militärische Weise⁹⁷³ gebrochen werden. Allem Anschein nach sollten die Palästinenser gezwungen werden, dem von Israel gewünschten endgültigen Status zuzustimmen⁹⁷⁴. Möglichst viel (Acker)Land sollte angeeignet und diesem ein jüdischer Charakter zugeschrieben werden.

Die breite Bevölkerung Israels und der okkupierten palästinensischen Territorien reagierte auf den Osloer Prozess – als eine Möglichkeit miteinander zu verhandeln – mit Enthusiasmus. Durch die Wahlergebnisse 1996 erklärte sich der Großteil der Araber im Gaza-Streifen und in der Westbank unmissverständlich für eine friedliche und kompromissbereite Verständigung mit den Israelis. (Auch wenn die palästinensische Diaspora keine Begeisterung für die Osloer Abkommen zeigte, bestand Yasser Arafat auf die Fortsetzung der Gespräche.) Im Rahmen der israelischen Gesellschaft wurde dank der Arbeit der sog. postzionistischen Historiker das Gespür für das Leiden des palästinensischen Volks gewissermaßen erweckt⁹⁷⁵. Die Aktionen der Friedensbewegung in Israel erneuerten sich.

Doch, bei durchschnittlicher Betrachtung der beiden Volksgemeinschaften, unterschieden sie sich in den Details ihrer Vorstellungen von der endgültigen Regelung ihrer Auseinandersetzung. Einer Meinungsumfrage des JMCC und des Tami-Steinmetz-Friedensforschungszentrums an der Universität in Tel Aviv vom Februar 1999 zufolge zeigten sich 60,2% der Israelis und 68,2% der Palästinenser immer noch optimistisch hinsichtlich der Zukunft des israelisch arabischen Verhandlungsprozesses. 52,7% der Palästinenser befürworteten dabei einen palästinensischen Staat im Gaza-Streifen, Westjordanland und in Ostjerusalem als Teil der endgültigen Lösung. 64,5% der Israelis sprachen sich gegen einen palästinensischen Staat in den kompletten Grenzen vor 1967 aus.⁹⁷⁶

Tatsache war/ist, dass die Mehrheit der israelischen Bevölkerung die besetzten palästinensischen Territorien selten oder nie besucht hat. In einer Meinungsumfrage der israelischen Organisation Peace Now vom Juli 2005 (schon 12 Jahre nach der Prinzipienklärung) gaben 87% der Bevölkerung im Rahmen des international anerkannten Territoriums von Israel an, den Gaza-Streifen nie betreten zu haben. 52% waren nie in die Westbank gefahren und ein beträchtlicher Prozentsatz wusste nicht, ob Ariel, Ma'ale Adumim, Ofra oder Kochav Yair Siedlungen waren oder nicht⁹⁷⁷. Dies resultierte in einer Art abstrakter Wahrnehmung der realen palästinensischen Situation sowie der Schritte der eigenen Regierung. Die ideologische

⁹⁷³ Vgl. Hass, Amira: a.a.O. S.203.

⁹⁷⁴ Vgl. Ebd. S.33.

⁹⁷⁵ Vgl. Pappé, Ilan: a.a.O. (4); Vgl. Ders.:a.a.O. (5) S.253-271.

⁹⁷⁶ Vgl. The JMCC: Public Opinion Poll No.30: On Palestinian-israeli Peace Index. February 1999. In: <http://www.jmcc.org/publicpoll/results/1999/no30.htm> abgerufen am 23.04.2007.

⁹⁷⁷ Vgl. Peace Now: Reports: Settlers Positions. In: <http://www.peacenow.org.il/site/en/peace.asp?pi=61&fld=188&docid=1399&pos=1> Stand 19.07.2005, abgerufen am 11.02.2007.

Symbolik von Wörtern wie Jerusalem und Judäa und Samarien (Westbank), die üblicherweise bei Meinungsumfragen oder in der öffentlichen Debatte präsent waren, schien bei vielen Israelis die tatsächliche (historische) Geographie des Konflikts zu versetzen.⁹⁷⁸ Aufgrund desselben Unkenntnis sollte andererseits der Friedensprozess für viele jüdische Bürger Israels im Laufe der Zeit auf dessen Sicherheitsschiene schrumpfen.

Religiöse und religiös-nationalistische Lobbyaktivitäten in Israel und die palästinensischen Selbstmordanschläge erschwerten den Dialog zwischen den Polen, und dadurch die Arbeit des US-Nahostteams, zusätzlich.

Dem israelischen Track I wurde dadurch ermöglicht, die Sicherheitskomponente des Friedens lauter als die anderen Komponenten zu artikulieren bzw. zu überschreiten und so vorhandene kognitive Dissonanzen unter seinen Bürgern zu reduzieren. Die Siedlerbewegung und andere extreme Elemente fühlten sich in der Konsequenz ermutigt. Die Siedlungstätigkeit wurde ferner zuungunsten Regierungsprogramme für sozial schwache, meistens antipalästinensisch gestimmte Bürger auf dem Territorium Israels betrieben (auch seitens der Arbeiterpartei). Dadurch konnten solche Bürger für eine Verständigung mit den Palästinensern nicht gewonnen werden. Eine tief gehende gesellschaftliche Diskussion (Selbstbetrachtung) über die Vergangenheit und Gegenwart des zionistischen Unternehmens in Palästina in Bezug auf seine arabischen Einwohner wurde durch die politische Elite Israels nicht eingeleitet.⁹⁷⁹ Ein allseitiges Friedensbild wurde auf die israelische Bevölkerung nicht dauerhaft übertragen. Enttäuscht von den politisch praxelologischen Folgen des Osloer Prozesses betrachteten die Palästinenser die Intifada bzw. die Gewaltanwendung am Ende der 90er Jahre als eine existierende Option für die Lösung ihrer Probleme. 1998 lag das gegenseitige Vertrauen auf einem niedrigen Niveau.

Erst während der Verhandlungen in Camp David im Sommer 2000 und in Taba im Januar 2001 traute sich der damalige israelische Ministerpräsident Ehud Barak, einen „package deal“ für die endgültige Lösungsformel vorzuschlagen. Wegen Unzulänglichkeiten oder diffuser Formulierungen wollten ihn seine palästinensischen Kontrahenten nicht als einen den Endstatus regelnden Vorschlag akzeptieren.

⁹⁷⁸ Eine Meinungsumfrage von 2002 zeigte, dass 77% der Siedler aus ökonomischen, familiären oder sozialen, und nur 20% aus ideologischen Gründen die besetzten Territorien als ihren Lebensort ausgewählt hatten. 53% der Siedler und 70% der israelischen Bevölkerung in den pre-1967-Grenzen glaubten, dass die Regierung die angemessene Institution in Israel ist, über die Räumung der palästinensischen Gebiete zu entscheiden. 37% waren einverstanden, einer Evakuierungsentscheidung protestfrei zu folgen, 45% wollten mit legalen Mitteln reagieren, 18% waren bereit, sich mit allen möglichen Mitteln einer eventuellen Räumung zu widersetzen. (Vgl. Peace Now: Reports: Settlers Positions towards Withdrawal. In: <http://www.peacenow.org.il/site/en/peace.asp?pi=61&fld=188&docid=545&pos=4> Stand Juli 2002, abgerufen am 28.04.2007)

⁹⁷⁹ Vgl. Pappe, Ilan: a.a.O. (5) S.269-270.

Aus dem Bisherigen ist zu schließen, dass nach den theoretischen Kriterien der Friedens- und Konfliktforschung die Initiativen der amerikanischen Regierung von 1993 bis 1998 nicht als ein Beitrag zu einer *produktiven Konfliktlösung* des israelisch palästinensischen Konflikts angesehen werden können. Ihre Handlungen sind unter Konfliktbewältigung (*conflict management*), Konfliktregelung (*conflict settlement*) und Friedensschaffung (*peacemaking*) zu klassifizieren. Die Schritte, den Konflikt grundsätzlich umzuwandeln, Friedenskonsolidierung (*peacebuilding*) oder Post-Konflikt-Rehabilitation (*post-conflict rehabilitation*) zu organisieren, gelten wegen der unzureichenden US-Befassung mit dem Ausgleich der Asymmetrien der Konfliktstruktur als partiell. Der Anspruch des *topdog*, im Recht zu sein, die israelisch palästinensischen Verhältnisse zu diktieren, wurde verfestigt. Es wurde keine effektive Konfliktprävention vollzogen. Als Clinton seinen Plan im Dezember 2000 vorlegte, war die zweite palästinensische Intifada schon in vollem Gange.

Gehen wir aus der Perspektive des Status quo aus, spiegeln sich in der Beteiligung der USA am Osloer Prozess die herrschenden Machtkonstellationen in der Region, der Welt und in den Vereinigten Staaten in den 90er Jahren wider. Anstatt der Verfolgung von „*politics as usual*“ wird in der vorliegenden Arbeit für eine dringende Notwendigkeit der Zivilisierung des internationalen/globalen Systems plädiert – eine Schlussfolgerung, die bei der Analyse weiterer Konflikte zu beachten ist.

Jene humanen, gewaltfreien und vernunftgeleiteten Stimmen von NichtregierungsaktivistInnen (Track II und III, Vgl. Einleitung) auf allen Seiten, inkl. in den Vereinigten Staaten, für Gerechtigkeit, Versöhnung und Solidarität müssen Gehör finden. Der Schlüssel zur Bearbeitung des Konflikts läge demnach weder nur in der Abschaffung der israelischen Okkupation noch in einer zwei-Staaten-Lösung, einem binationalen Staat oder einer Föderation *per se*. Was die israelischen und palästinensischen Leiter betrifft, geht es hauptsächlich um ihre aufrichtige, gleichgestellte und vorurteilsfreie Verständigung. Die politische Form der Koexistenz der beiden Völker können sie erst dann fixieren. Heute (Anfang 2007) ist nicht nur der formale Verhandlungsprozess zu Ende gegangen. Die gesamte Osloer Atmosphäre ist verloren gegangen.

Die Breite, die Tiefe und die Zielrichtung der amerikanischen Diplomatie wurden in der vorliegenden Arbeit mithilfe eines komplexen theoretischen Rahmens erforscht. Seine Parameter setzen an der Struktur und Intensität des Konflikts an, führen über die innenpolitischen Zusammenhänge und die regionalen und internationalen/globalen Dimensionen der Haltung der dritten Partei hinaus und reichen bis zu deren praktischen Initiativen – all dies beleuchtet durch das Prisma des Konzepts der Zivilisierung des Konflikts und seiner gerechten Lösung.

Mikro- und Makropolitische Faktoren konnten dadurch in eine Synthese zusammentreten. Ein befruchtendes analytisches Verhältnis zwischen Theorie und Empirie wurde gesucht.

Dadurch wurde der Versuch unternommen, das im Rahmen der Friedens- und Konfliktforschung überwiegend *funktional* benutzte Theorem des Dritten *kritisch* zu prüfen und zu entwickeln. Es wurde klar gemacht, dass das Verhalten, die Errungenschaften und die Defizite des amerikanischen Tracks I nicht nur mit dessen Kommunikationsstil, investierten Ressourcen und der Haltung der Konfliktparteien zu erklären sind. Seine Rolle ist nicht pauschal als eine positive Beeinflussung des Konflikts anzusehen. Bei zukünftigen Analysen sind die Interventionen von dritten Parteien also in einem breiteren internationalen/globalen, regionalen sowie innenpolitischen machtpolitischen Kontext zu betrachten. Eine Konfliktkonstellation sowie eine effektive Konfliktlösung sind in ihrer Mehrschichtigkeit (Akteur- und Strukturbezogenheit) aufzufassen. Es sind die dauerhaften und nicht nur die kurzfristigen politisch diplomatischen Konsequenzen der Einmischung des Dritten zu erwägen. Als wichtig sind seine Möglichkeiten zu beachten, Einfluss auf innengesellschaftliche Elemente im Rahmen der heterogenen Konfliktparteien auszuüben – im Einklang mit den Kant'schen moralisch politischen Aufforderungen.

In Anbetracht des führenden Erkenntnisinteresses des gegenwärtigen Vorhabens, nämlich ob und wie sich die Konfliktbearbeitung durch starke staatliche dritte Parteien fördern lässt, wurde die Entschlüsselung und Entideologisierung von ihren Teilnahmemotiven und -gängen ermöglicht.

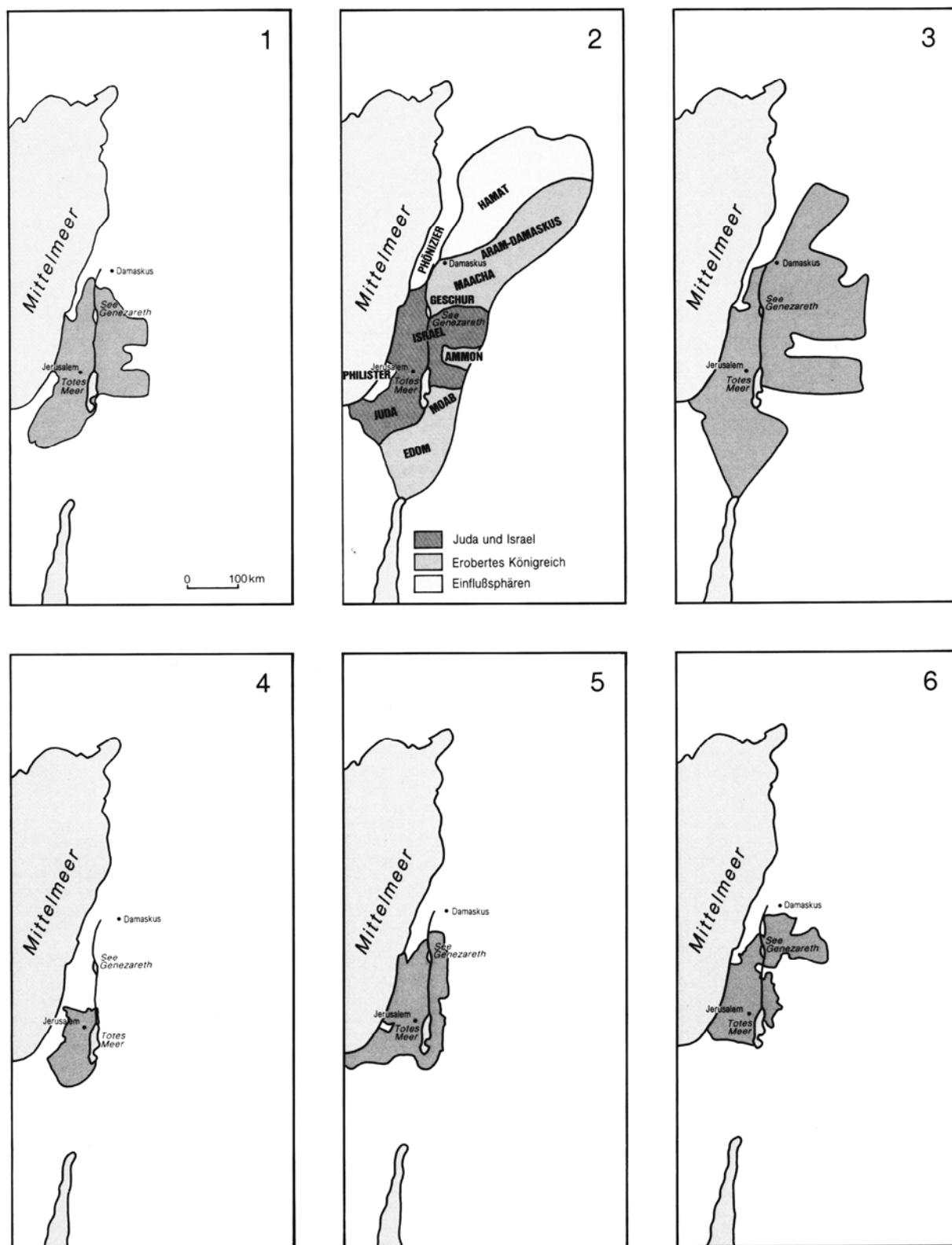
Anhang :**Anhang 1: Abbildung 23**

Abb. 23: Phasen jüdischer Unabhängigkeit in Palästina v. Z.: 1. Zeit der Richter (11. Jh. v. Z.); 2. Davids Königreich (10. Jh. v. Z.); 3. Juda und Israel (10./9. Jh. v. Z.); 4. Juda (6. Jh. v. Z.); 5. Alexander Jannaj (1. Jh. v. Z.); 6. Herodes d. Gr. (1. Jh. v. Z.) (Quelle: Schoeps, Julius H. (Hrsg.): Neues Lexikon des Judentums. Gütersloh/München. 1992. S.267.)

Anhang 2: Abbildung 24

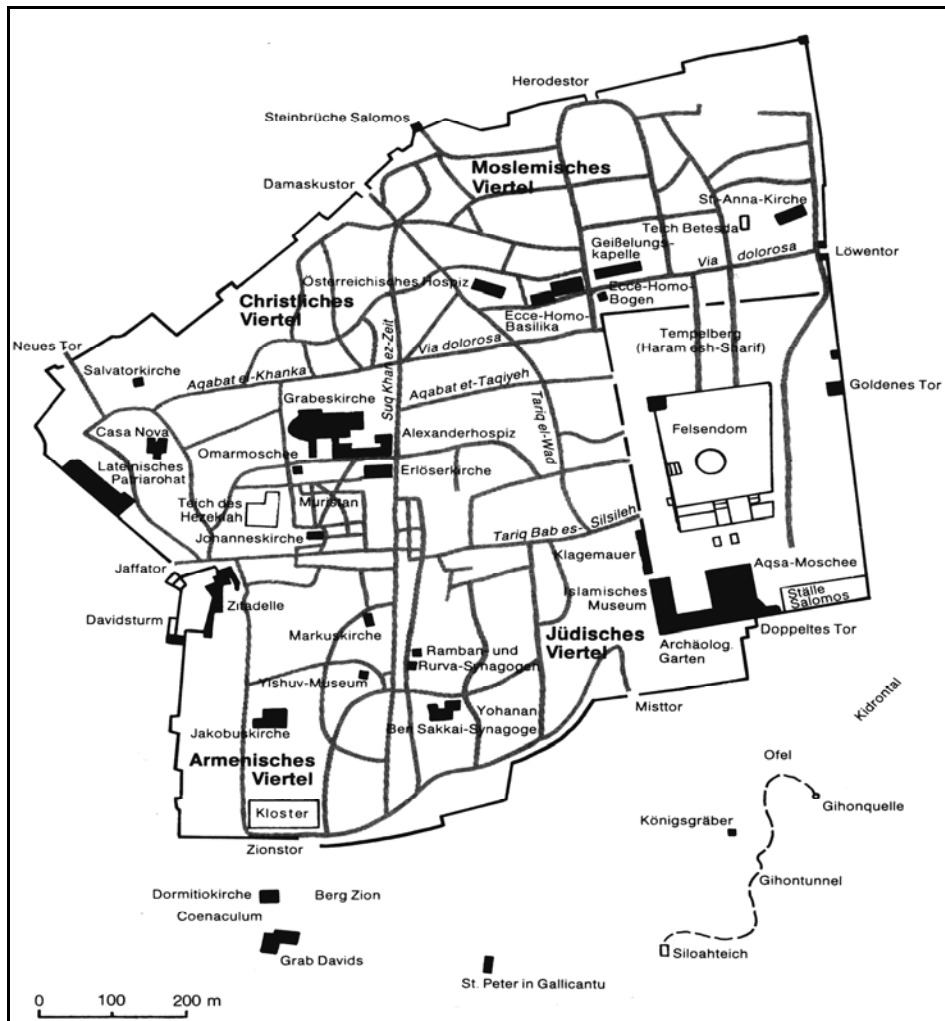


Abb. 24: Jerusalem: Die Altstadt heute (innerhalb der türkischen Mauern) (Quelle: Schoeps, Julius H. (Hrsg.): Neues Lexikon des Judentums. Gütersloh/München.1992. S.227)

Anhang 3: Abbildung 25

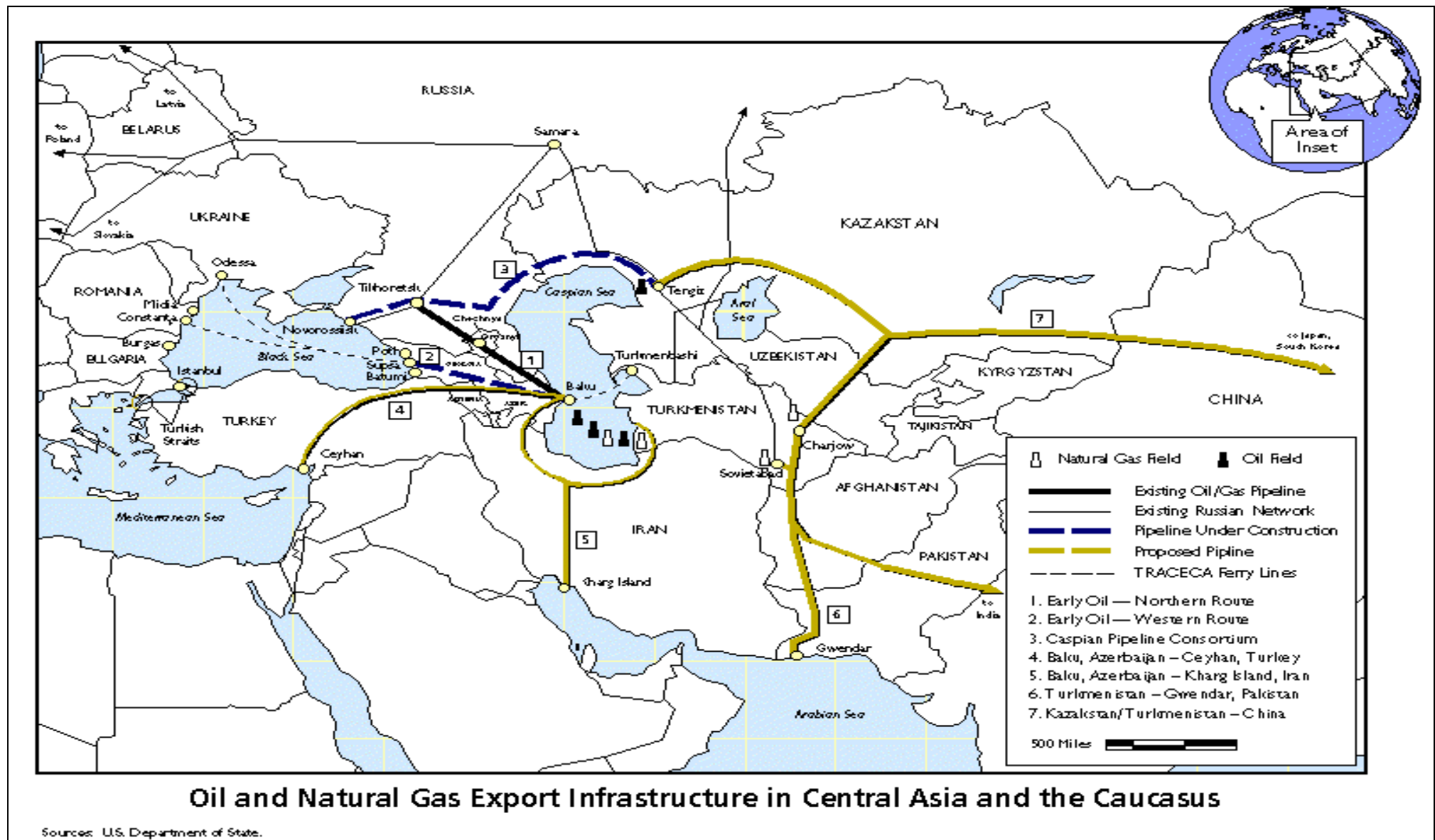


Abb. 25: Öl- und Gastransportwege aus der zentralasiatischen Region des Kaspischen Meers (Quelle: Cohen, Ariel: U.S. Policy in the Caucasus and Central Asia: Building a new „Silk Road“ to Economic Prosperity. (The Heritage Foundation, 24. Juli 1997) In:

<http://www.treemedia.com/cfrlibrary/library/policy/cohenmaps.html#map> Stand 1999, abgerufen am 19.02.2005

Anhang 4: Tabelle 6

Länder	Bruttosozialprodukt (BSP) in Milliarden US-Dollar für 1991	BSP pro Kopf in US \$, 1991	1980-91 durchschnittliche Veränderung des BSP in %	1980-91 durchschnittliche Veränderung des BSP pro Kopf in %
USA	5, 686, 038	22, 560	3, 1	2, 1
Deutschland (vor der Wiedervereinigung)	1, 516, 785	23, 650	2, 3	2, 2
Frankreich	1, 167, 749	20, 600	2, 3	1, 8
Israel	59, 128	11, 330	3, 7	1, 8
Jordanien	3, 881	1, 120	0, 6	- 3, 3
Libanon	Keine Angaben	Zw. 1, 500 und 3,499	Keine Angaben	Keine Angaben
Ägypten	33, 068	620	4, 5	2, 0
Iran	127, 366	2, 320	2, 5	- 1, 1
Saudi-Arabien	105, 133	7, 070 (für 1990)	0, 4	- 4, 2
Vereinigte Arabische Emirate	32, 813	19, 870 (für 1990)	- 1, 8	- 5, 8

Tabelle 6: Israels Wirtschaft im Vergleich zu ausgewählten Ländern (Quelle: The World Bank Atlas. 1992. Washington, D.C. S.18-19, eigene Übersetzung und Modifikation)

In der Tabelle wird deutlich, dass Israel im Vergleich zu anderen Nah- und Mittelostländern, die – wie es selbst – über keine signifikanten Ölvorräte verfügen, eine leistungsfähige Volkswirtschaft am Anfang der 90er Jahre zeigte. Die absoluten Zahlen der öltreichen Länder, nicht aber die langfristigen Trends der Veränderung ihres BSP pro Kopf der Bevölkerung, liegen relativ hoch.

Anhang 5: Tabelle 7

Militärausgaben ^b										
\$ Milliarden (1985 Preise)			\$ Pro Kopf der Bevölk. (1985)		% vom BIP/BSP		Streitkräfte (000)		Reservisten ^c (Schätzung)	Paramil. Kräfte
Land	1985	1992	1985	1992	1985	1992	1985	1992	1992	1992
USA	258, 165	242, 717	1, 079	964	6, 5	5, 3	2, 151. 6	1, 913. 8	1, 784. 1	
Frankreich	20, 780	21, 898	377	385	4, 0	3, 4	476. 6	431. 7	374. 0	94. 6
Deutschland	19, 922	19, 252	262	251	3, 2	2, 4	478. 0	447. 0	904. 7	25. 4
Italien	9, 733	10, 690	170	186	2, 3	2, 0	385. 1	354. 0	584. 0	244. 8
Spanien	3, 969	3, 735	103	93	2, 4	1, 7	320. 0	217. 0	498. 0	64. 6
Portugal	654	874	64	82	3, 1	2, 9	73. 0	58. 3	190. 0	49. 8
Israel	5, 052	3, 984	1, 193	783	21, 2	11, 1	142. 0	175. 0	430. 0	6. 0
Ägypten	4, 143	3, 427	85	60	8, 5	6, 0	445. 0	410. 0	604. 0	374. 0
Marokko	641	692	29	27	5, 4	4, 0	149. 0	195. 5	100. 0	40. 0
Libyen ^f	1, 350	k. A.	359	k. A.	6, 2	k. A.	73. 0	85. 0	40. 0	5. 5
Libanon	k. A.	18	k. A.	7	k. A.	5, 0	17. 4	36. 8	k. A.	7. 0
Jordanien	602	586	172	133	15, 9	11, 2	70. 3	99. 4	35. 0	9. 0
Irak ^{e,f}	12, 868	k. A.	809	k. A.	25, 9	k. A.	520. 0	382. 5	650. 0	24. 8
Iran ^e	14, 223	k. A.	319	k. A.	8, 6	k. A.	555. 0	528. 0	350. 0	57. 0
Saudi-Arabien	17, 693	14, 535	1, 533	1, 371	19, 6	11, 8	62. 5	157. 0	k. A.	11. 0
Kuwait	1, 796	10, 185	1, 050	5, 000	9, 1	62, 4	12. 0	11. 7	19. 0	5. 5

Tabelle 7: Militärausgaben und militärische Personalstärke ausgewählter Länder^a 1985-1992 (Quelle: The International Institute for Strategic Studies: The Military Balance 1993-1994. London. 1993. S.224-228, eigene Übersetzung und Modifikation)

Anmerkungen:

^a Die gesamten Militärausgaben und Militärausgaben pro Kopf der Bevölkerung folgen den jeweiligen nationalen Definitionen und entsprechen den 1985 Preisen und 1985 \$.

^b Einige Militärausgaben umfassen die Ausgaben für die innere Sicherheit; in anderen Fällen sind die letzten zusammen mit den Forschungskosten anderen Ministerien zugerechnet;

^c Generell zählen dazu nur Männer, deren aktive Dienstperiode nicht länger als 5 Jahre ist, es sei denn spezifische Regeln sind in Kraft. (ausschl. Home Guard Kräfte)

^d Ausschl. der Teilzeit- und Reserveparamilitärische Kräfte.

^e Schwierigkeiten bei der Konvertierung der lokalen Währungen macht die Angaben ungenau.

^f Vollständige Angaben für die 1991-93 Periode sind nicht vorhanden. Die Angaben sind für die 1991-92 Periode.

k. A. – keine Angaben

* Angaben bis zum 1. Juni 1993

Das israelische Verteidigungsbudget in absoluten Zahlen zeigt, dass das Land weit hinter den USA, Deutschland und Frankreich oder einigen arabischen Ländern aus der Region, Saudi – Arabien, Kuwait (außerordentlich hohe Angaben wegen des Zweiten Golfkriegs), Iran und Irak steht. Nehmen wir aber die Angaben pro Kopf der Bevölkerung und als Prozentsatz des BIP/PSP konkurrieren die israelischen Militärausgaben mit fast allen diesen Ländern, vorausgesetzt, dass das Ende des Kalten Kriegs eine allgemeine Senkung der Verteidigungslast in der Welt nach sich zog. „Zu den offiziell erfassten Zahlen über die israelische Verteidigungslast, wie immer diese gemessen wird, kommen die sog. verdeckten Verteidigungskosten hinzu, die vor allem wegen der im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung relativ großen Zahl der Soldaten ebenfalls viel höher als in den meisten westlichen Ländern liegen. Zu diesen Kosten gehören insbesondere Produktions- und Erwerbsausfälle durch den Wehrdienst. (...) ... der Bau von Luftschutzräumen in Wohnhäusern, der zu einem großen Teil über den Wohnungspreis finanziert wird. Die „verdeckten Verteidigungskosten“ wurden von israelischen Forschern in den achtziger wie in den neunziger Jahren auf mehr als fünf Prozent des Bruttoinlandproduktes – über die offiziellen Indikatoren hinaus – geschätzt.“⁹⁸⁰

⁹⁸⁰ Informationen zur politischen Bildung. Israel. Geschichte. Wirtschaft. Gesellschaft. Nr. 247. 2. Quartal 1995. S.64.

Anhang 6: Resolution 194 (1948) der UNO-Generalversammlung

United Nations

General Assembly

A/RES/194(III), 11 December 1948

194 (III). Palestine -- Progress Report of the United Nations Mediator⁹⁸¹

The General Assembly,

Having considered further the situation in Palestine,

1. *Expresses* its deep appreciation of the progress achieved through the good offices of the late United Nations Mediator in promoting a peaceful adjustment of the future situation of Palestine, for which cause he sacrificed his life; and

Extends its thanks to the Acting Mediator and his staff for their continued efforts and devotion to duty in Palestine;

2. *Establishes* a Conciliation Commission consisting of three States members of the United Nations which shall have the following functions:

(a) To assume, in so far as it considers necessary in existing circumstances, the functions given to the United Nations Mediator on Palestine by resolution 186 (S-2) of the General Assembly of 14 May 1948;

(b) To carry out the specific functions and directives given to it by the present resolution and such additional functions and directives as may be given to it by the General Assembly or by the Security Council;

(c) To undertake, upon the request of the Security Council, any of the functions now assigned to the United Nations Mediator on Palestine or to the United Nations Truce Commission by resolutions of the Security Council; upon such request to the Conciliation Commission by the Security Council with respect to all the remaining functions of the United Nations Mediator on Palestine under Security Council resolutions, the office of the Mediator shall be terminated;

3. *Decides* that a Committee of the Assembly, consisting of China, France, the Union of Soviet Socialist Republics, the United Kingdom and the United States of America, shall present, before the end of the first part of the present session of the General Assembly, for the approval of the Assembly, a proposal concerning the names of the three States which will constitute the Conciliation Commission;

4. *Requests* the Commission to begin its functions at once, with a view to the establishment of contact between the parties themselves and the Commission at the earliest possible date;

5. *Calls upon* the Governments and authorities concerned to extend the scope of the negotiations provided for in the Security Council's resolution of 16 November 1948 ^{1/} and to seek agreement by negotiations conducted either with the Conciliation Commission or directly, with a view to the final settlement of all questions outstanding between them;

6. *Instructions* the Conciliation Commission to take steps to assist the Governments and authorities concerned to achieve a final settlement of all questions outstanding between them;

7. *Resolves* that the Holy Places - including Nazareth - religious buildings and sites in Palestine should be protected and free access to them assured, in accordance with existing rights and historical practice; that arrangements to this end should be under effective United Nations supervision; that the United

⁹⁸¹ Das Dokument ist abrufbar unter: United Nations Information System on the Question of Palestine
UNISPAL: General Assembly Resolutions:
<http://domino.un.org/UNISPAL.NSF/a06f2943c226015c85256c40005d359c/c758572b78d1cd0085256bcf0077e51a!OpenDocument>

Nations Conciliation Commission, in presenting to the fourth regular session of the General Assembly its detailed proposals for a permanent international regime for the territory of Jerusalem, should include recommendations concerning the Holy Places in that territory; that with regard to the Holy Places in the rest of Palestine the Commission should call upon the political authorities of the areas concerned to give appropriate formal guarantees as to the protection of the Holy Places and access to them; and that these undertakings should be presented to the General Assembly for approval;

8. *Resolves* that, in view of its association with three world religions, the Jerusalem area, including the present municipality of Jerusalem plus the surrounding villages and towns, the most eastern of which shall be Abu Dis; the most southern, Bethlehem; the most western, Ein Karim (including also the built-up area of Motsa); and the most northern, Shu'fat, should be accorded special and separate treatment from the rest of Palestine and should be placed under effective United Nations control;

Requests the Security Council to take further steps to ensure the demilitarization of Jerusalem at the earliest possible date;

Instructs the Conciliation Commission to present to the fourth regular session of the General Assembly detailed proposals for a permanent international regime for the Jerusalem area which will provide for the maximum local autonomy for distinctive groups consistent with the special international status of the Jerusalem area;

The Conciliation Commission is authorized to appoint a United Nations representative, who shall cooperate with the local authorities with respect to the interim administration of the Jerusalem area;

9. *Resolves* that, pending agreement on more detailed arrangements among the Governments and authorities concerned, the freest possible access to Jerusalem by road, rail or air should be accorded to all inhabitants of Palestine;

Instructs the Conciliation Commission to report immediately to the Security Council, for appropriate action by that organ, any attempt by any party to impede such access;

10. *Instructs* the Conciliation Commission to seek arrangements among the Governments and authorities concerned which will facilitate the economic development of the area, including arrangements for access to ports and airfields and the use of transportation and communication facilities;

11. *Resolves* that the refugees wishing to return to their homes and live at peace with their neighbours should be permitted to do so at the earliest practicable date, and that compensation should be paid for the property of those choosing not to return and for loss of or damage to property which, under principles of international law or in equity, should be made good by the Governments or authorities responsible;

Instructs the Conciliation Commission to facilitate the repatriation, resettlement and economic and social rehabilitation of the refugees and the payment of compensation, and to maintain close relations with the Director of the United Nations Relief for Palestine Refugees and, through him, with the appropriate organs and agencies of the United Nations;

12. *Authorizes* the Conciliation Commission to appoint such subsidiary bodies and to employ such technical experts, acting under its authority, as it may find necessary for the effective discharge of its functions and responsibilities under the present resolution;

The Conciliation Commission will have its official headquarters at Jerusalem. The authorities responsible for maintaining order in Jerusalem will be responsible for taking all measures necessary to ensure the security of the Commission. The Secretary-General will provide a limited number of guards to the protection of the staff and premises of the Commission;

13. *Instructs* the Conciliation Commission to render progress reports periodically to the Secretary-General for transmission to the Security Council and to the Members of the United Nations;

14. *Calls upon* all Governments and authorities concerned to co-operate with the Conciliation Commission and to take all possible steps to assist in the implementation of the present resolution;

15. *Requests* the Secretary-General to provide the necessary staff and facilities and to make appropriate arrangements to provide the necessary funds required in carrying out the terms of the present resolution.

* * *

At the 186th plenary meeting on 11 December 1948, a committee of the Assembly consisting of the five States designated in paragraph 3 of the above resolution proposed that the following three States should constitute the Conciliation Commission:

France, Turkey, United States of America.

The proposal of the Committee having been adopted by the General Assembly at the same meeting, the Conciliation Commission is therefore composed of the above-mentioned three States.

Anhang 7: Resolution 242 (1967) des UNO-Sicherheitsrates

United Nations

Security Council

S/RES/242 (1967), 22 November 1967

Resolution 242 (1967) of 22 November 1967⁹⁸²

The Security Council,

Expressing its continuing concern with the grave situation in the Middle East,

Emphasizing the inadmissibility of the acquisition of territory by war and the need to work for a just and lasting peace in which every State in the area can live in security,

Emphasizing further that all Member States in their acceptance of the Charter of the United Nations have undertaken a commitment to act in accordance with Article 2 of the Charter,

1. *Affirms* that the fulfilment of Charter principles requires the establishment of a just and lasting peace in the Middle East which should include the application of both the following principles:

- (i) Withdrawal of Israel armed forces from territories occupied in the recent conflict;
- (ii) Termination of all claims or states of belligerency and respect for and acknowledgment of the sovereignty, territorial integrity and political independence of every State in the area and their right to live in peace within secure and recognized boundaries free from threats or acts of force;

2. *Affirms further* the necessity

- (a) For guaranteeing freedom of navigation through international waterways in the area;
- (b) For achieving a just settlement of the refugee problem;
- (c) For guaranteeing the territorial inviolability and political independence of every State in the area, through measures including the establishment of demilitarized zones;

3. *Requests* the Secretary-General to designate a Special Representative to proceed to the Middle East to establish and maintain contacts with the States concerned in order to promote agreement and assist efforts to achieve a peaceful and accepted settlement in accordance with the provisions and principles in this resolution;

⁹⁸² Das Dokument ist abrufbar unter: United Nations Information System on the Question of Palestine UNISPAL: Security Council Resolutions: <http://domino.un.org/UNISPAL.NSF/d744b47860e5c97e85256c40005d01d6/7d35e1f729df491c85256ee700686136!OpenDocument>

4. *Requests* the Secretary-General to report to the Security Council on the progress of the efforts of the Special Representative as soon as possible.

Adopted unanimously at the 1382nd meeting.

Anhang 8: Resolution 425 (1978) des UNO-Sicherheitsrates

United Nations

Security Council

S/RES/425 (1978), 19 March 1978

Resolution 425 (1978) of 19 March 1978⁹⁸³

The Security Council,

Taking note of the letters from the Permanent Representative of Lebanon 1/ and from the Permanent Representative of Israel, 2/

Having heard the statement of the Permanent Representatives of Lebanon and Israel, 3/

Gravely concerned at the deterioration of the situation in the Middle East and its consequences to the maintenance of international peace,

Convinced that the present situation impedes the achievement of a just peace in the Middle East,

1. *Calls for* strict respect for the territorial integrity, sovereignty and political independence of Lebanon within its internationally recognized boundaries;
2. *Calls upon* Israel immediately to cease its military action against Lebanese territorial integrity and withdraw forthwith its forces from all Lebanese territory;
3. *Decides*, in the light of the request of the Government of Lebanon, to establish immediately under its authority a United Nations interim force for Southern Lebanon for the purpose of confirming the withdrawal of Israeli forces, restoring international peace and security and assisting the Government of Lebanon in ensuring the return of its effective authority in the area, the Force to be composed of personnel drawn from Member States;
4. *Requests* the Secretary-General to report to the Council within twenty-four hours on the implementation of the present resolution.

Adopted at the 2074th meeting by 12 votes to none, with 2 abstentions (Czechoslovakia, Union of Soviet Socialist Republics).4/

Notes

1/ Ibid., documents S/12600 and S/12606.

2/ Ibid., document S/12607.

3/ Ibid., Thirty-third Year, 2071st meeting.

4/ One member (China) did not participate in the voting.

⁹⁸³ Das Dokument ist abrufbar unter: United Nations Information System on the Question of Palestine UNISPAL: Security Council Resolutions: <http://domino.un.org/UNISPAL.NSF/d744b47860e5c97e85256c40005d01d6/e25dae8e3ce54fb5852560e50079c708!OpenDocument>

Anhang 9: Strategiepapier "The Clinton Administration's Approach to the Middle East"

(1993)

The Washington Institute for Near East Policy

Dr. Martin Indyk, National Security Council

"The Clinton Administration's Approach to the Middle East"⁹⁸⁴

Soref Symposium, May 18, 1993

My task is to try to lay out for you the Clinton administration's approach to the Middle East. The broad outlines of that approach were already determined by President Clinton during the campaign: a democracy-oriented foreign policy; a foreign policy that would promote the interests of American business abroad; a foreign policy that would work with our friends and allies in the Middle East -- Israel, Egypt and Saudi Arabia -- to protect American interests in the Middle East and to counter the threats to those interests from radical regimes, be they secular or religious; a foreign policy that would seek to stem the flow of weapons of mass destruction to this volatile region; a foreign policy that would have as a priority the promotion of real and comprehensive peace in the Middle East.

In other words, the "vision thing" was very clear to this president before he came into office. He understands that the Middle East is finely balanced between two alternative futures: one in which extremists, cloaked in religious or nationalist garb, would hold sway across the region, wielding weapons of mass destruction loaded onto ballistic missiles; and the other future in which Israel, its Arab neighbors and the Palestinians would achieve an historic reconciliation that would pave the way for peaceful coexistence, regional economic development, arms control agreements and growing democratization throughout the Middle East.

President Clinton also understands that, in the wake of the demise of the Soviet Union and the Gulf War, the United States stands as the dominant power in the region, uniquely capable of influencing the course of events. By working energetically with America's friends and allies in the region, we hope to be able to tilt the balance in favor of that more peaceful future that the people of the region have longed for but have been too long denied.

The first task we faced was to develop a coherent strategy to achieve these objectives. We reviewed existing policies, analyzed the regional dynamics, engaged in extensive discussions with the various agencies involved in national security affairs and exchanged views with the region's leaders, both during Secretary of State Christopher's trip to the region in February and, subsequently, when President Clinton met with Prime Minister Rabin and President Mubarak. This was a deliberate process -- it took a little time. That review is now all but complete and I would like to take this opportunity to outline the general approach that the Clinton administration will adopt toward the Middle East, highlighting some of the critical elements of our strategy.

Inevitably, there are elements of continuity and elements of change in the Clinton administration's approach. Continuity stems from the fact that many of America's vital interests in the region remain unchanged. Despite the dramatic developments in the global arena in the past four years, we still have an abiding interest in the free-flow of Middle Eastern oil at reasonable prices. We have an abiding interest in reciprocating the friendship of those in the Arab world who seek good relations with the United States. We still have an abiding interest in the security, survival and well-being of the state of Israel. And, because peaceful relations between the inhabitants of the region facilitate the promotion of those interests, we also have an abiding interest in the promotion of a just, lasting, comprehensive and real settlement of the Arab-Israeli conflict.

Changes in policy, on the other hand, stem from the dramatic global and regional developments that are impacting on the region's political dynamics. The end of the Cold War has had profound consequences for the Middle East. The superpowers are no longer competing for influence in this volatile region and that means that the United States no longer needs to view the region through a competitive global prism. For the first time, we can judge developments there more in terms of how they impact on our regional rather than global interests.

For the first time since the 1950s, the U.S. is the unchallenged dominant power in the region and all sides now look to Washington to exert its influence. However, the absence of superpower competition also brings in its

⁹⁸⁴ Das Dokument ist abrufbar unter: The Washington Institute for Near East Policy WINEP: Conference Key-notes: <http://www.washingtoninstitute.org/templateC07.php?CID=61>

wake less influence over the policies of regional powers, let alone over our Cold War European and Japanese allies. And the post-Cold War reality is one of reduced military and economic means to influence events. We are tasked with greater regional responsibilities and yet have less ability to fulfill them.

Second, we can no longer deal with the region in compartments. With the proliferation of ballistic missiles, on the one hand, and the spread of extremism, on the other, conflict or turmoil in one part of the region can have a dramatic impact on events elsewhere. No longer could a war be waged for eight years between two of the region's powers, Iraq and Iran, while the rest of the region went about business as usual. As the Gulf War demonstrated, the missile age in the Middle East has created a situation where Riyadh and Tel Aviv can find themselves under simultaneous Iraqi attack.

Similarly, Iran has demonstrated its regional reach by fishing in troubled waters all the way from the Gulf, through Egypt and Lebanon to Algeria. Its funding, arming and training of Hezbollah and Hamas have gained it an ability to interfere in the Arab-Israeli peace process as well. And its North Korean missiles could provide it with the capability of striking Israel and the Arab states. In short, what happens in the east of the region can now have immediate import for events in the west of the region, and vice versa.

Third, with the end of the Cold War comes a need to redefine the region. Although on the periphery of the Middle East, the newly emerging Muslim states of Central Asia need to be factored into our strategy for the region. And, once we do that, we come to understand the increasingly important role of Turkey in our regional calculations. During the Cold War, Turkey was treated very much as a European power, a partner in NATO's efforts to contain the Soviet Union. Now Turkey is coming to play an important role not only in Central Asia but also in the Middle East. Bordering on Iran, Iraq and Syria, Turkey is already critical to our efforts to contain Saddam Hussein's regime and to maintain the Operation Provide Comfort arrangements for the people of northern Iraq. In short, Turkey is a secular, democratic Muslim nation, a strategically located military and economic power, and a long-time ally of the United States. One of our challenges is to find a way to put these factors to better use in the pursuit of our objectives in the Middle East.

When we make a strategic assessment of the region as a whole, we see three major challenges to American interests. First, we are very fortunate to have inherited an ongoing Arab-Israeli negotiating process, involving the Palestinians, all of Israel's immediate Arab neighbors, as well as the Maghreb and GCC states. The Clinton administration's challenge here is to turn the peace process into peacemaking, achieving an early breakthrough to peace agreements.

Second, as a result of the Iraq-Iran War and the Gulf War, we are also fortunate to inherit a balance of power in the region and a much reduced level of military capability to threaten our interests. The million-man Iraqi army of seventy divisions is no more. The challenge here is to maintain that situation in the face of determined efforts by both Iran and Iraq to rebuild their arsenals, particularly in the nuclear and ballistic missile fields.

Third, in the wake of the collapse of the Soviet Union and the defeat of Iraq, came the collapse of the radical, rejectionist front in the Middle East. But nature -- especially Middle East nature -- abhors a vacuum. With one set of troublemakers down, another set has emerged to take its place. Decades of neglect and dashed hopes for political participation and social justice have nurtured some violent movements cloaked in religious garb that have begun to challenge governments across the Arab world with the potential of destabilizing the region.

We must not oversimplify a complex challenge with differing regional and national wellsprings, and we must not dismiss all religious reformers as extremists. Neither, however, can we afford to ignore that in its resort to violence, some religious extremists have found succor from fundamentalist regimes in Iran and Sudan. Our third challenge is to help the people and governments of the Middle East confront this emerging threat, in part by pursuing peace with vigor, in part by containing extremism throughout the region, and in part by holding out an alternative vision of democratic political development and free market economic development not just for the people of the former Soviet Union, but for the people of the Middle East as well.

Developing a coherent regional strategy which combines all of these considerations is a formidable challenge all on its own for the Clinton administration. Our approach begins with a concept of interdependence between the eastern and western halves of the region: thus, containing the threats posed by Iraq and Iran in the east will impact on our ability to promote peace between Israel and its Arab neighbors in the west; similarly, promoting Arab-Israeli peace in the west will impact on our ability to contain the threats from Iraq and Iran in the east;

and our success in both realms will affect our ability to help friendly governments create a better life for their peoples than that offered by proponents of violence.

A short-hand way of encapsulating the Clinton administration strategy is thus: "dual containment" of Iraq and Iran in the east; promotion of Arab-Israeli peace in the west; backed by energetic efforts to stem the spread of weapons of mass destruction and promote a vision of a more democratic and prosperous region for all the peoples of the Middle East.

Because my time is short, I thought it would be useful to focus on the Clinton administration's approach to the first two branches of our Middle East strategy, leaving to a later date and people more expert than I am, the articulation of policy on the third branch.

Dual Containment In The East

The Clinton administration's policy of "dual containment" of Iraq and Iran derives in the first instance from an assessment that the current Iraqi and Iranian regimes are both hostile to American interests in the region. Accordingly, we do not accept the argument that we should continue the old balance of power game, building up one to balance the other. We reject that approach not only because its bankruptcy was demonstrated in Iraq's invasion of Kuwait. We reject it because of a clear-headed assessment of the antagonism that both regimes harbor towards the United States and its allies in the region. And we reject it because we don't need to rely on one to balance the other.

The coalition that fought Saddam remains together, as long as we are able to maintain our military presence in the region, as long as we succeed in restricting the military ambitions of both Iraq and Iran, and as long as we can rely on our regional allies Egypt, Israel, Saudi Arabia and the GCC, and Turkey -- to preserve a balance of power in our favor in the wider Middle East region, we will have the means to counter both the Iraqi and Iranian regimes. We will not need to depend on one to counter the other. As Secretary of State Christopher has argued, we must not allow our efforts to press Iraq to comply fully with all UN resolutions to divert us from a recognition of the threat that Iran poses to our interests in the Middle East. And, by the same token, we must not allow our concern with the Iranian threat to divert us from our efforts to force Iraqi compliance.

I hope that by now the Clinton administration policy towards Iraq is clearly understood. Simply stated, we seek Iraq's full compliance with all UN resolutions. The regime of Saddam Hussein must never again pose a threat to Iraq's neighborhood. And we are also committed to ensuring Iraq's compliance with UN Resolution 688, which calls upon the regime to end its repression of the Iraqi people.

Some have tried to portray our policy as a softening of previous policy. But by now it should be clear that we seek full compliance for all Iraqi regimes. We will not be satisfied with Saddam's overthrow before we agree to lift sanctions. Rather, we will want to be satisfied that any successor government complies fully with all UN resolutions.

Nor do we seek or expect a reconciliation with Saddam Hussein's regime. The Clinton administration's decision to release the judge advocate general's report, which details the regime's war crimes and crimes against humanity in Kuwait, was but a first step. Now, we have decided to seek the establishment of a UN commission to investigate the charges of war crimes and crimes against humanity in Iraq itself and to assemble the voluminous evidence to back up these charges. Our purpose is deliberate: it is to establish clearly and unequivocally that the current regime in Iraq is a criminal regime, beyond the pale of international society and, in our judgment, irredeemable.

We are also providing stronger backing for the Iraqi National Congress as a democratic alternative to the Saddam Hussein regime. The INC has succeeded in broadening its base to encompass representatives of all three major communities in Iraq: Sunni, Shi'ite and Kurd. It is committed, as are we, to maintaining the territorial integrity of Iraq and to adhering to Iraq's international responsibilities. We are now urging others in the region to accord the INC the recognition and support it deserves.

It should be clear that our quarrel is not with the Iraqi people. Their plight is the responsibility solely of the dictatorship in Baghdad. We are engaged in a UN effort to provide them with humanitarian assistance and to prevent them, as best we can, from falling victim again to Saddam Hussein's brutal repression. That is the purpose of Operation Provide Comfort and the no-fly zones in northern and southern Iraq. That is also the purpose

of UN Resolutions 706 and 712 which provide for much greater humanitarian assistance but which the Iraqi regime refuses to accept. We are now looking, on an urgent basis, at other ways we can assist the Iraqi people. For example, we support proposals to send UN monitors to Iraq to observe human rights violations.

In short, the Clinton administration is intent on ensuring, through the UN resolutions and their enforcement and inspection measures, that as long as the Saddam Hussein regime survives, it will not be in a position to threaten its neighbors or to suppress its people with impunity.

Containing the threat from Iran is a more difficult though no less necessary undertaking. When we assess Iranian intentions and capabilities we see a dangerous combination for Western interests. Iran is engaged in a five-part challenge to the United States and the international community. It is the foremost state sponsor of terrorism and assassination across the globe. Through its support for Hamas and Hezbollah, Iran is doing its best to thwart our efforts to promote peace between Israel, the Palestinians and the Arab states. Through its connections with Sudan, Iran is fishing in troubled waters across the Arab world, actively seeking to subvert friendly governments. Through its active efforts to acquire offensive weapons, Iran is seeking an ability to dominate the Gulf by military means. And, perhaps most disturbing, Iran is seeking a weapons of mass destruction capability including clandestine nuclear weapons capability and ballistic missiles to deliver weapons of mass destruction to the Middle East.

I should emphasize that the Clinton administration is not opposed to Islamic government in Iran. Indeed we have excellent relations with a number of Islamic governments. Rather, we are firmly opposed to these specific aspects of the Iranian regime's behavior, as well as its abuse of the human rights of the Iranian people. We do not seek a confrontation but we will not normalize relations with Iran until and unless Iran's policies change, across the board. We are willing to listen to what Iran has to say, provided that this comes through authoritative channels. However, in the absence of dramatic changes in Iran's behavior, we will work energetically to persuade our European and Japanese allies, as well as Russia and China, that it is not in their interests to assist Iran to acquire nuclear weapons or the conventional means to pose a regional threat. Nor do we believe it is in their interests to ease Iran's economic situation so that it can pursue normal commercial relations on one level while threatening our common interests on another level.

We will pursue this effort of active containment unilaterally, maintaining the counterterrorism sanctions and other measures enacted by previous administrations to encourage a change in Iranian behavior. However, we recognize that success will require multilateral efforts since much of what Iran seeks in order to build up its military power is obtainable elsewhere. In this regard, we will seek to impress upon our allies the necessity for responding to the Iranian threat and the opportunity now presented by Iran's current circumstances.

The necessity to act now derives from the fact that Iran's threatening intentions for the moment outstrip its capabilities. But this moment will not last for long. If we fail in our efforts to modify Iranian behavior, five years from now Iran will be much more capable of posing a real threat to Israel, to the Arab world and to Western interests in the Middle East. The opportunity to act now, on the other hand, derives from the fact that Iran is no longer a good commercial proposition. It is \$5 billion in arrears on its short term international loans and this figure is growing in leaps and bounds. Iran suffers from 30 percent inflation and 30 percent unemployment. In short, Iran is a bad investment in both commercial and strategic terms, not just for the United States but for all responsible members of the international community.

This argument should be compelling for another reason as well. Iran does not yet face the kind of international regime that has been imposed on Iraq. A structural imbalance therefore exists between the measures available to contain Iraq and Iran. To the extent that the international community, as a result, succeeds in containing Iraq but fails to contain Iran, it will have inadvertently allowed the balance of power in the Gulf to have tilted in favor of Iran, with very dangerous consequences. That imbalance therefore argues for a more energetic effort to contain Iran and modify its behavior even as we maintain the sanctions regime against Iraq.

Pursuing Middle East Peace

This effort at dual containment in the Gulf is also lent greater urgency by its impact on the other arm of our policy toward the Middle East -- the pursuit of Middle East peace. The opportunity that we believe exists for Arab-Israeli peacemaking stems in large part from changes in strategic circumstances in the region.

After four decades of trying to settle their conflict by force, Arabs and Israelis have come to recognize that it is time to settle their differences through direct negotiations. But if the balance of power in the region should shift again in favor of radical forces led by Iraq or Iran, this effort is likely to fail as the military option appears more viable to some of the participants in the negotiations.

President Clinton's ability to fulfill his campaign promise to maintain continuity in these peace negotiations was due in large part to the fact that the strategic calculations of the parties to the peace negotiations had not changed in the interregnum between administrations. Indeed, the one new factor that emerged during this period -- the rising tide of religious extremism -- seemed actually to reinforce the interests of all the parties not only in returning to the table, but also in demonstrating that negotiations can produce results. For the Islamic extremists pose a common threat to all the parties engaged in the peace talks, be it Israel, the Palestinians or even Syria.

Nevertheless, bringing the parties back to the table was still no easy task. And the way the Clinton administration pursued this objective has established a precedent for the way we will conduct policy with regard to the negotiations. First, based on our assessment that the negotiations were ripe for breakthroughs on several fronts, we offered to step up America's role in the negotiations by offering to become a "full partner" to all the parties. This, however, remains a contingent offer. We can only be a full partner if the parties themselves are willing to assume their responsibilities. In this regard, returning to the table is not enough. We cannot and will not substitute ourselves for their direct involvement with each other in the give-and-take of negotiations. If they are ready to solve their problems through compromises, which take account of the minimum requirements of the other side, we are ready to act as the facilitator and intermediary. But we will not be the ones to deliver or impose our will.

Second, the president and the secretary of state made it clear that our approach to the negotiations will involve working with Israel, not against it. We are committed to deepening our strategic partnership with Israel in the pursuit of peace and security. Those who genuinely seek a comprehensive and real peace recognize that this cannot be accomplished without Israel undertaking a withdrawal from territory, involving tangible risks to its security. And those who seek real progress should understand that it won't come without this kind of special relationship between the United States and Israel.

Prime Minister Rabin has made it clear that his government is ready to take those risks for peace. But he cannot do that unless Israel is offered real peace in return and unless Israel is secure in the knowledge that the United States stands four-square behind it. That is precisely why, when the prime minister told President Clinton that he was prepared to take risks for peace, President Clinton responded that our role is to minimize those risks. One way we can do that is by fulfilling our commitment to Israel's qualitative military edge. Another way is to establish a partnership in the development and production of high technology goods. That is why the president has already fulfilled his campaign pledge to establish the U.S.-Israel Science and Technology Commission under the chairmanship, on the American side, of Commerce Secretary Ron Brown.

Third, we have demonstrated that we are also prepared to work as full partners with the Arab parties involved in the negotiations. They too will have to take risks for peace and we recognize this. We understand the pressure the Palestinian negotiators are under and the difficulties they have in engaging in negotiations. But to achieve their objectives there can be no substitute for engaging in negotiations about the substance of interim self-government arrangements without knowing the final status of the West Bank and Gaza. They will know, however, that engagement will bring empowerment over their lives and fate for the first time in their troubled history. And they will know that in the third year of the interim period they will be in a position to negotiate the final status issues under the aegis of UN Resolutions 242 and 338. The Syrians need to be willing to commit themselves to real peace with Israel with all that means for ending the conflict, normalizing relations, opening borders, exchanging embassies and establishing commercial relations. If they are ready to engage in negotiations in this way, we are ready to do our part to ensure that a breakthrough to peace is achieved.

Ladies and gentlemen, as you can see from this tour of the Middle East policy horizon, the Clinton administration faces a large agenda and some daunting challenges. A great deal is at stake for the future of the region and for American interests there. At a time when many other issues demand the attention of the president and his national security team, he is nevertheless determined to devote energy to seizing the moment. As President Clinton declared in announcing the dispatch of Secretary of State Warren Christopher to the Middle East on his first mission abroad:

"We cannot impose a solution on the Middle East. Only the leaders of the region can make peace. There is an awesome responsibility. Those who oppose the process, who seek to subvert it through violence and intimidation, will find no tolerance here for their methods. But those who are willing to make peace will find in me and my administration a full partner. This is an historic moment. It can slip away all too easily. But if we seize the opportunity, we can begin now to construct a peaceful Middle East for future generations."

Anhang 10: Der Clinton-Plan (Dezember, 2000)

Clinton Proposal⁹⁸⁵
Meeting with President Clinton
White House, December 23, 2000

Attendance!

US:

President Clinton, Secretary Alright, John Podesta, Samuel Berger, Steve Richetti, Bruce Reidel, Dennis Ross, Aaron Miller, Rob Maley, Gamal Hilal

Palestine:

Sa'eb Erekat, Mohammad Dahlan, Samih Abed, Ghaith Al-Omari.

Israel:

Shlomo Ben Ami, Gild Sher, Penny Medan, Shlomo Yanai, Gidi Grinstein

Minutes:

President Clinton:

Territory:

Based on what I heard. I believe that the solution should be in the mid-90%'s, between 94-96% of the West Bank territory of the Palestinian State.

The land annexed by Israel should be compensated by a land swap of 1-3% in addition to territorial arrangements such as a permanent safe passage.

The Parties also should consider the swap of leased land to meet their respective needs. There are creative ways of doing this that should address Palestinian and Israeli needs and concerns.

The Parties should develop a map consistent with the following criteria:

- * 80% of settlers in blocks.
- * Contiguity.
- * Minimize annexed areas.
- * Minimize the number of Palestinian affected.

Security:

The key lies in an international presence that can only be withdrawn by mutual consent. This presence will also monitor the implementation of the agreement between both sides.

My best judgment is that the Israeli presence would remain in fixed locations in the Jordan Valley under the authority of the International force for another 36 months. This period could be reduced in the event of favorable regional developments that diminish the threats to Israel.

On early warning stations, Israel should maintain three facilities in the West Bank with a Palestinian liaison presence. The stations will be subject to review every 10 years with any changes in the status to be mutually agreed.

Regarding emergency developments, I understand that you will still have to develop a map of the relevant areas and routes. But in dealing what is an emergency, I propose the following definition:

⁹⁸⁵ Das Dokument ist abrufbar unter: Jerusalem Media&Communication Centre JMCC: Documents:
<http://www.jmcc.org/documents/clintonprop.htm>

Imminent and demonstrable threat to Israel's national security of a military nature that requires the activation of a national state emergency.

Of course, the International forces will need to be notified of any such determination.

On airspace, I suggest that the state of Palestine will have sovereignty over its airspace but that two sides should work out special arrangements for Israeli training and operational needs.

I understand that the Israeli position is that Palestine should be defined as a "demilitarized state" while the Palestinian side proposes " a state with limited arms" As a compromise, I suggest calling it a "non-militarized state".

This will be consistent with the fact that in addition to a strong Palestinian security forces. Palestine will have an international force for border security and deterrent purposes.

Jerusalem and Refugees:

I have a sense that the remaining gaps have more to do with formulations than practical realities.

Jerusalem:

The general principle is that Arab areas are Palestinian and Jewish ones are Israeli.

This would apply to the Old City as well. I urge the two sides to work on maps to create maximum contiguity for both sides.

Regarding the Haram/Temple Mount, I believe that the gaps are not related to practical administration but to the symbolic issues of sovereignty and to finding a way to accord respect to the religious beliefs of both sides.

I know you have been discussing a number of formulations, and you can agree one of these. I add to these two additional formulations guaranteeing Palestinian effective control over the Haram while respecting the conviction of the Jewish people.

Regarding either one of these two formulations will be international monitoring to provide mutual confidence.

1- Palestinian sovereignty over the Haram, and Israeli sovereignty over (the Western Wall and the space sacred to Judaism of which it is a part) (The Western Wall and the Holy of Holies of which it is a part).

There will be a fine commitment by both not to excavate beneath the Haram or Behind the Wall.

2- Palestinian sovereignty over the Haram and Israeli sovereignty over the Western Wall and shared functional sovereignty over the issue of excavation under the Haram and behind the Wall as that mutual consent would be requested before any excavation can take place.

Refugees:

I sense that the differences are more relating to formulations and less to what will happen on a practical level.

I believe that Israel is prepared to acknowledge the moral and material suffering caused to the Palestinian People as a result of the 1948 war and the need to assist the international community in addressing the problem.

An international commission should be established to implement all the aspects that flow from your agreement: compensation, resettlement, rehabilitation, etc...

The US is prepared to lead an international effort to help the refugees.

The fundamental gap is on how to handle the concept of the right of return. I know the history of the issue and how hard it will be for the Palestinian Leadership to appear to be abandoning this principle.

The Israeli side could not accept any reference to a right of return that would imply a right to immigrate to Israel in defiance of Israel's sovereign policies and admission or that would threaten the Jewish character of the state.

Any solution must address both needs.

The solution will have to be consistent with the two-state approach that both sides have accepted as a way to end the Palestinian Israeli conflict: the state of Palestine as the homeland of the Palestinian people and the state of Israel as the homeland of the Jewish people

Under the two-state solution, the guiding principle should be that the Palestinian State would be the focal point for Palestinians who choose to return to the area without ruling out that Israel will accept some of these refugees.

I believe that we need to adopt a formulation on the right of return that will make clear that there is no specific right of return to Israel itself but that does not negate the aspiration of the Palestinian people to return to the area.

In light of the above, I propose two alternatives:

1- Both sides recognize the right of Palestinian refugees to return to Historic Palestine, Or,
 2- Both sides recognize the right of Palestinian refugees to return to their homeland.
 The agreement will define the implementation of this general right in a way that is consistent with the two-state solution. It would list the five possible homes for the refugees:

- 1- The state of Palestine.
- 2- Areas in Israel being transferred to Palestine in the land swap.
- 3- Rehabilitation in host country.
- 4- Resettlement in third country.
- 5- Admission to Israel.

In listing these options, the agreement will make clear that the return to the West Bank, Gaza Strip, and areas acquired in the land swap would be right to all Palestinian Refugees.

While rehabilitation in host countries, resettlement in third countries and absorption into Israel will depend will depend upon the policies of those countries.

Israeli could indicate in the agreement that it intends to establish a policy so that some of the refugees would be absorbed into Israel consistent with Israel's sovereign decision.

I believe that priority should be given to the refugee population in Lebanon.

The parties would agree that this is implement resolution 194.

The End of Conflict:

I propose that the agreement clearly mark the end of the conflict and its implementation put and end to all claims. This could be implemented through a UN Security Counsel Resolution that notes that Resolutions 242 and 338 have been implemented and through the release of Palestinian prisoners.

Concluding remarks:

I believe that this is the outline of the fair and lasting agreement.

It gives the Palestinian people the ability to determine their future on their own land, a sovereign and viable state recognized by international community. Al-Quds as its capital, sovereignty over the Haram, and new lives for the refugees.

It gives the people of Israel a genuine end to the conflict, real security, the preservation of sacred religious ties, the incorporation of 80% of the settlers into Israel, and the largest Jewish Jerusalem in history recognized by all as its capital.

This is the best that I can do. Brief your leaders and tell me if they are prepared to come for discussions based on these ideas. If so, I would meet them next week separately. If not, I have taken this as far as I can.

These are my ideas, If they are not accepted, they are not just off the table, they also go with me when I leave office. End

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- Abed, George T. u. Abdelali Tazi: Den Grundstein legen: Eine Fiskalpolitik für die palästinensische Autonomie. In: Finanzierung&Entwicklung. 31.Jg. Nr.3. Sept. 1994. S.14-17.
- Albright, Madeleine: The Testing of American Foreign Policy. In: Foreign Affairs. Jg.77. Nr.6. Nov/Dez. 1998. S.50-64. (1)
- Dies.: Die Autobiographie. 1.Aufl. München. 2003.(2)
- von Alemann, Ulrich u. Erhard Forndran: Methodik der Politikwissenschaft. Eine Einführung in Arbeitstechnik und Forschungspraxis. 3. Aufl. Stuttgart. 1985.
- Al Jazeera online: Nahostnachrichten. In: <http://english.aljazeera.net/NR/exeres/736515E4-37CE-4242-8A5F-854381D9DFEE.htm>
- Al Mashriq online: Tapline. In: <http://almashriq.hiof.no/lebanon/300/380/388/tapline/> abgerufen am 24.04.2006.
- American Israel Public Affairs Committee (AIPAC): <http://www.aipac.org/>
- Amnesty International: Berichte von 1993 bis 1996 (Amnesty International Reports), Fr/M 1993-1996.
- Amuzegar, Jahangir: Adjusting to Sanctions. In: Foreign Affairs. Jg.76. Nr.3. Mai/Juni 1997. S.31-41.
- Ansprenger, Franz: Juden und Araber in einem Land. Die politischen Beziehungen der beiden Völker im Mandatsgebiet Palästina und im Staat Israel. 1.Aufl. München. 1978.
- Barsalou, Judy: For the Record: The Peace Process and the Central Intelligence Agency. In: The Conflict in the Middle East: Analyzing the Present, Prospects for the Future. (The Center for Policy Analysis on Palestine) USA. 2001. S.34-35.
- Bartos, Otomar J.: Modeling Distributive and Integrative Negotiations. In: The Annals of the American Academy of Political and Social Science. Bd.542. Nov.1995. S.48-60.
- Baumgart, Ralf u. Volker Eichener: Norbert Elias zur Einführung. Hamburg. 1991.
- Baumgarten, Helga: Palästina: Befreiung in den Staat. Die palästinensische Nationalbewegung seit 1948. Fr/M. 1991. (1)
- Dies.: Arafat zwischen Kampf und Demokratie. 1. Aufl. München. 2002. (2)
- BBC: Dossier: Nahost (Middle East): http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/default.stm
- BBC: Saddam's Iraq: Key Events. (Chronologie). In: http://news.bbc.co.uk/2/shared/spl/hi/middle_east/02/iraq_events/html/default.stm abgerufen am 30.11.2006.
- Beck, Martin: Defekte Architektur und gesellschaftliche Widerstände – Zur Problematik des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses. In: Die Friedens-Warte. Bd. 76. Heft 2-3. 2001. S.179-210.
- Behar, Moshe: The Peace Process and the Israeli Domestic Policy in the 1990s. In: Socialism and Democracy. Jg.16. Nr.2. In: http://www.sdonline.org/32/israeli_domestic.htm abgerufen am 08.06.2006.
- Beinin, Joel: Pro-Israel Hawks and the Second Gulf War. In: <http://www.merip.org/mero/mero040603.html> Stand 06.03.2003, abgerufen am 01.03.2005.(1)
- Ders.: Der Think Thank für Nahostpolitik. Bushs Außenhirn. In: <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2003/07/11.mondeText.artikel.a0013.idx.7> Stand Nov. 2003. abgerufen am 22.05.2004.(2)

- Bercovitch, Jacob: Introduction: Thinking about Mediation. In: Bercovitch, Jacob (Hrsg.): Resolving International Conflicts. The Theory and Practice of Mediation. Boulder. 1996. S.1-9.
- Ders. u. Allison Houston: The Study of International Mediation: Theoretical Issues and Empirical Evidence. In: Bercovitch, Jacob (Hrsg.): Resolving International Conflicts. The Theory and Practice of Mediation. Boulder. 1996. (eine ähnliche deutsche Fassung dieses Aufsatzes: Bercovitch, Jacob: Mediation in der Staatenwelt. Bedingungen für Erfolg oder Scheitern internationaler Vermittlungsbemühungen. In: Meyer, Berthold: Formen der Konfliktregelung: Eine Einführung mit Quellen. Opladen. 1997)
- Berschel, Holger: Proliferation von Massenvernichtungswaffen im Nahen und Mittleren Osten und Nordafrika. In:
<http://www.weltpolitik.net/Regionen/Naher%20u.%20Mittlerer%20Osten/Gesamtregion/Analysen/Proliferation%20von%20Massenvernichtungswaffen.html> Stand 26.03.2004, abgerufen am 31.10.2007.
- Bertrand, Maurice: UNO. Geschichte und Bilanz. 1.Aufl. Fr/M. 1995.
- Bilder, Richard B.: International Third-Party Dispute Settlement. In: Thompson, W. Scott u. a. (Hrsg.): Approaches to Peace: an Intellectual Map. Washington, D.C. 2. Aufl. 1992. S.191-226.
- Birzeit University: Development Studies Programme: Meinungsumfragedatenbank:
<http://home.birzeit.edu/dsp/opinionpolls/>
- Bishara, Miranda: "Globalization and the Middle East: Growing Together or Growing Apart?" In:
<http://209.196.144.55/html/besharab.html> Stand 2000, abgerufen am 28.11.2004.
- Böckler, Annette (Hrsg.): Buch der Friedenspfade. Die Tora. Berlin. 2001
- Bonacker, Thorsten u. Peter Imbusch: Begriffe der Friedens- und Konfliktforschung: Konflikt, Gewalt, Krieg, Frieden. In: Imbusch, Peter/Zoll, Ralf (Hrsg.): Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung mit Quellen. Bd.1. Opladen. 1996. S.63-103.
- Borch, Christian: Norwegen und die NATO. In: http://www.dep.no/odin/tysk/om_odin/adresser/032005-990112/dok-bn.html Stand 1995, abgerufen am 07.07.2004.
- Bornefeld, Andreas: Israels Siedlungspolitik. Grundlagen des Nahostkonflikts. In:
<http://www.bornpower.de/israel/index.htm> abgerufen am 28.01.2004.
- Botes, Johannes u. Christopher Mitchell: Constraints on Third Party Flexibility. In: The Annals of the American Academy of Political and Social Science. Bd.542. Nov.1995. S.168-184.
- O'Brien, William V.: Law and Morality in Israel's War with the PLO. London. 1991.(1)
- Ders.: The Rule of Law in Small Wars. In: The Annals of the American Academy of Political and Social Science. Bd.541. Sept.1995. S.36-46.(2)
- Enzyklopädie Britannica (Onlineausgabe): <http://www.britannica.com/>
- Brockhaus. Die Enzyklopädie in 24 Bänden. 20. Aufl. Leipzig/Mannheim. 1999.
- Brzezinski, Zbigniew u. Brent Scowcroft u. Richard Murphy: Differentiated Containment. In: Foreign Affairs. Jg.76. Nr.3. Mai/Juni 1997. S.22-30.
- B'Tselem (israelische Menschenrechtsorganisation): <http://www.btselem.org/English/>
- Byman, Daniel u. Kenneth Pollack u. Gideon Rose: The Rollback Fantasy. In: Foreign Affairs. Jg.78. Nr.1. Jan/Febr. 1999. S.24-41.

- Cafruny, Alan W.: Economic Conflicts and the Transformation of the Atlantic Order: the USA, Europe and the Liberalisation of Agriculture and Services. In: Gill, Stephen (Hrsg.): Atlantic Relations: beyond the Reagan Era. New York. 1989. von S.111 bis S.119.
- Carnevale, Peter J. u. Sharon Arad. : Bias and Impartiality in International Mediation. In: Bercovitch, Jacob (Hrsg.): Resolving International Conflicts. The Theory and Practice of Mediation. Boulder. 1996. S.39-53.
- Carnegie Commission on Preventing Deadly Conflict: Preventing Deadly Conflict: Final Report. New York. 1997.
- The Center for Media&Democracy: <http://www.prwatch.org/>
- The Center for Responsive Politics: <http://www.crp.org/>
- The Chabad Lubavitch Centers: <http://www.chabad.org/centers/default.asp?AID=6268>
- Chomsky, Noam: Offene Wunde Nahost. Israel, die Palästinenser und die US-Politik. 1. Aufl. Hamburg. 2002.
- Christison, Kathleen u. Bill: A Rose by Another Name. The Bush Administration's Dual Loyalties. In: <http://counterpunch.org/christison1213.html> Stand 13.12.2002, abgerufen am 01.03.2005.
- CIA: The World Factbook (Onlineausgaben 1993-1999) (elektronisches Archiv der Universität Missouri-St. Louis): http://www.umsl.edu/services/govdocs/alpha_list.html
- Clarke, Duncan L. u. Daniel B. O'Connor u. Jason D. Ellis: Send Guns and Money: Security Assistance and U.S. Foreign Policy. Westport. 1997.
- Clawson, Patrick L. u. Zoe Danon Gedal: Dollars and Diplomacy: the Impact of U.S. Economic Initiatives on Arab-Israeli Negotiations. Washington. 1999.
- Clinton, Bill: Between Hope and History. Meeting America's Challenges for the 21st Century. 1.Aufl. New York. u. a. 1996.
- Clinton Foundation: Onlinearchive. In: http://www.clintonfoundation.org/library_archives.htm abgerufen am 30.11.2006.
- Cohen, Ariel: U.S. Policy in the Caucasus and Central Asia: Building a New "Silk Road" to Economic Prosperity. (The Heritage Foundation, Backgrounder #1132). In: <http://www.heritage.org/Research/RussiaandEurasia/BG1132.cfm> Stand 24.07.2006, abgerufen am 03.12.2006.
- Cohen, Eliot: Air Power against Iraq: An Assessment (WINEP, PolicyWatch #358: Special Forum Report). In: <http://www.washingtoninstitute.org/templateC05.php?CID=1236> Stand 2005, abgerufen am 12.02.2005.
- Cohen, Reymond: Cultural Aspects of International Mediation. In: Bercovitch, Jacob (Hrsg.): Resolving International Conflicts. The Theory and Practice of Mediation. Boulder. 1996. S.107-128.
- Cohler-Esses, Lawrence: Can Barak Heal Israel? In: <http://www.jewishweek.org/news/newscontent.php3?artid=699> Stand 21.05.1999, abgerufen am 06.03.2005.
- Cooper, Joseph (Hrsg.): Appendix: Trends in Public Trust 1952-1998. In: Cooper, Joseph (Hrsg.): Congress and the Decline of Public Trust. Colorado&Oxford. 1999. S.185-214.
- Cordesman, Anthony H.: The Iraqi Crisis: A Chronology of the „War of Sanctions“ (Center for Strategic and International Studies). In: <http://www.newsday.com/media/acrobat/2005-08/18761092.pdf> Stand 02.12.1998, abgerufen am 30.11.2006.
- Coser, Lewis A.: Theorie sozialer Konflikte. Neuwied/Rhein u. a.1965.

- Cottam, Richard: Understanding Negotiation: The Academic Contribution. In: Pew Case Studies in International Affairs. Case 413. Washington, D.C. 1986.
- Council on Foreign Relations: <http://www.cfr.org>
- Council on Foreign Relations: Onlinedebatte über die Region des Kaspischen Meers: <http://www.treemedia.com/cfrlibrary/index.html> Stand 1999, abgerufen am 12.02.2005.
- Cox, Michael: International History since 1989. In: Baylis, John/Smith, Steve (Hrsg.): The Globalization of World Politics. An Introduction to International Relations. 2.Aufl. New York. 2001. S.111-137.
- Cox, Robert W.: Social Forces, States, and World Orders: Beyond International Relations Theory. In: Cox, Robert W., with Timothy J. Sinclair: Approaches to World Order. Cambridge. 1996. S. 85-123. (1)
- Ders.: Gramsci, Hegemony, and International Relations: an Essay in Method. In: Cox, Robert W., with Timothy J. Sinclair: Approaches to World Order. Cambridge. 1996. S.124-143. (2)
- Ders.: Introduction. In: Cox, Robert W.(Hrsg.): The New Realism. Perspectives on Multilateralism and World Order. New York. 1997. S.xv-xxx. (3)
- Crotty, William: Political Parties in the 1996 Election: The Party as Team or the Candidates as Superstars? In: Maisel, L. Sandy (Hrsg.): The Parties Respond. Changes in American Parties and Campaigns. 3.Aufl. Colorado&Oxford 1998. S.202-224.
- de la Cruz, Patricia G. u. Angela Brittingham: The Arab Population: 2000. Census 2000 Brief. (US Census Bureau): In: <http://www.census.gov/prod/2003pubs/c2kbr-23.pdf> Stand Dez. 2003, abgerufen am 13.05.2006.
- Curle, Adam: Making Peace. London. 1.Aufl. 1971
- Czempiel, Ernst-Otto: Der Friede – sein Begriff, seine Strategien. In: Senghaas, Dieter (Hrsg.): Den Frieden denken. 1.Aufl. Fr/M. 1995. S.165-175.
- Davis, Uri: Israel: Utopia Incorporated. London. 1977.
- Deese, David A.: Making American Foreign Policy in the 1990s. In: In: Deese, David A.(Hrsg.): The New Politics of American Foreign Policy. New York. S.262-273.
- Dencik, Lars: Plädoyer für eine revolutionäre Konfliktforschung. In: Senghaas, Dieter (Hrsg.): Kritische Friedensforschung. 1.Aufl. Fr/M. 1988. S.247-270.
- Diwan, Ishac u. Michael Walton: Zur Wirtschaftslage in den Regionen Westbank und Gaza: Vom abhängigen zum autonomen Wachstum. In: Finanzierung &Entwicklung. 31.Jg. Nr.3. Sept. 1994. S.2-6.
- Diwan, Ishac u. Radwan A. Shaban (Hrsg.): Development under Adversity. The Palestinian Economy under Transition. Summary. (Palestine Economic Policy Research Institute (MAS) und die Weltbank). In: [http://lnweb18.worldbank.org/mna/mena.nsf/34031e8758fc6363852567d60064a139/532356f7f08355558525681e005d4718/\\$FILE/engl.pdf](http://lnweb18.worldbank.org/mna/mena.nsf/34031e8758fc6363852567d60064a139/532356f7f08355558525681e005d4718/$FILE/engl.pdf) Stand 31.01.1999, abgerufen am 16.04.2007.
- Druckman, Daniel u. Christopher Mitchell: Flexibility in Negotiation and Mediation. In: The Annals of the American Academy of Political and Social Science. Bd.542. Nov.1995. S.10-23.
- Druckman, Daniel: An Analytical Research Agenda for Conflict and Conflict Resolution. In: Sandole, Dennis J.D/ van der Merwe, Hugo (Hrsg.): Conflict Resolution Theory and Practice. Integration and Application. Trowbridge. 1993. S.25-42.

- Durán, Khalid: Muslims and the U.S. Election of '96. In: <http://www.meforum.org/article/345>
Stand Juni 1997, abgerufen am 28.02.2005.
- Dye, Thomas R.: Who's Running America? The Clinton Years. 6.Aufl. New Jersey. 1995. (1)
Ders.: Top Down Policy Making. New York. 2001. (2)
Ders.: Politics in America. 3.Aufl. New Jersey. 2002. (3)
- Edwards, Lee: The Origins of the Modern American Neoconservative Movement (The Heritage Foundation, Heritage Lecture #811). In: <http://www.heritage.org/Research/PoliticalPhilosophy/HL811.cfm> Stand 21.11.2003, abgerufen am 01.12.2006.
- Ehrenberg, Eckehart: Die Militarisierung der Region im Jahrzehnt der Ölpreisssteigerungen. In: Steinbach, Udo/Robert, Rüdiger (Hrsg.): Der Nahe und Mittlere Osten. Politik. Gesellschaft. Wirtschaft. Geschichte. Kultur. Opladen. 1988. S.271-286.
- Elias, Norbert: Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Bd.1. 1.Aufl. Baden-Baden. 1997.
- Elon, Amos: Jerusalem. Innenansichten einer Spiegelstadt. Reinbek. 1992.
- Encyclopaedia of the Orient (Onlineausgabe): <http://lexicorient.com/e.o/index.htm>
- European Institute for Research on Mediterranean and Euro-Arab Cooperation (MEDEA): MENA Summits and Conferences. In: <http://www.medea.be/?page=2&lang=en&doc=258> Stand April 2003, abgerufen am 19.10.2004;
- Evron, Yair: Israel's Nuclear Dilemma. London. 1994.
- Europa Archiv (ab 1995 Internationale Politik): Dokumente: 48. Jg. 1993.; 51.Jg. Nr. 9. Sept. 1996; Jg.52. Nr.8. August 1997;
- Falke, Andreas: Der Einfluß der Intermediären Institutionen auf die Außenpolitik. In: Jäger, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. München. 1995. S.441-458.
- Federation of American Scientists: <http://www.fas.org/main/home.jsp>
- Fisher, Louis: The Politics of Shared Power: Congress and the Executive. 4.Aufl. Texas. 1998.
- Fisher, Ronald J.: The Social Psychology of Intergroup and International Conflict Resolution. New York. 1990. (1)
Ders.: Methods of Third-Party Intervention (Berghof Handbook for Conflict Transformation – Onlineausgabe). In: http://www.berghof-handbook.net/articles/fisher_hb.pdf Stand 2004, abgerufen am 27.06.2003. (2)
- Fonder, Melanie u. Mary Shaffrey: American Government. Indianapolis. 2002.
- The Forbes Magazine (Onlineausgabe): Special Report: The World's Richest People 2003: Kings, Queens, Despots. In: <http://www.forbes.com/2003/02/26/billionaireland.html> Stand 27.02.2003, abgerufen am 14.11.2004.
- The Foundation for Middle East Peace: <http://www.fmep.org/>
- Fourie, Elsje: The Bush Presidency and the War in Iraq. Part II of a Special Basic Discussion Paper Series: Neoconservatism and US Foreign Policy: A View from Venus. In: <http://www.basicint.org/pubs/Papers/2004nc02.htm> Stand 1.11.2004, abgerufen am 05.03.2005.

- Freedman, Robert O.: U.S. Policy toward the Middle East in Clinton's Second Term. In: Middle East Review of International Affairs. Jg.3. Nr.1. März 1999. In: http://www.ciaonet.org/olj/meria/meria99_freedman01.html abgerufen am 13.03.2005.
- Freund, Wolfgang: Looking into Hamas and Other Constituents of the Palestinian-Israeli Confrontation. Fr/M u.a. 2002.
- Fuller, Graham E. u. Ian O. Lesser: Persian Gulf Myths. In: Foreign Affairs. Jg. 76. Nr.3. Mai/Juni 1997. S.42-52.
- Gabler-Wirtschafts-Lexikon. 13.Aufl. (Nachdruck) Bd.7. Wiesbaden. 1995.
- Galtung, Johan: Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. 1.Aufl. Reinbek. 1975. (1)
- Ders.: Peace, War and Defence. Essays in Peace Research. Bd.2. Copenhagen. 1976. (2)
- Ders.: Peace Problems: Some Case Studies. Essays in Peace Research. Bd.5. Copenhagen. 1980. (3)
- Ders.: Theorien des Friedens. In: Senghaas, Dieter (Hrsg.): Kritische Friedensforschung. 1.Aufl. Fr./M. 1988. (4)
- Ders.: Nonviolence and Israel/Palestine. Honolulu. 1989. (5)
- Ders.: Solving Conflicts: A Peace Research Perspective. Honolulu. 1989. (6)
- Ders.: Cultural Violence. In: Journal of Peace Research. Jg.27. Nr.3. 1990. S.291-305. (7)
- Ders.: The Role of the „Third Party“. In: Peaceful Settlement of Conflict – A Task for Civil Society: „Third Party Intervention“. Loccum Protokolle 9/94. 1.Aufl. Rehburg-Loccum. 1995. S.368 -377. (8)
- Ders.: Peace by Peaceful Means. Peace and Conflict, Development and Civilization. Oslo. 1996. (9)
- Garg, Prem C. u. Samir El-Khoury: Entwicklungshilfe für die Regionen Westbank und Gaza. In: Finanzierung &Entwicklung. 31. Jg. Nr.3.Sept. 1994. S.7-9.
- Garten, Jeffrey B.: Business and Foreign Policy. In: Foreign Affairs. Jg.76. Nr.3. Mai/Juni 1997. S.69-79.
- Gause III, F. Gregory: The Illogic of Dual Containment. In: Foreign Affairs. Jg.73. Nr.2. März/April 1994. S.56-66. (1)
- Ders.: Getting It Backward on Iraq. In: Foreign Affairs. Jg.78. Nr.3. Mai/Juni 1999. S.54-65. (2)
- Gilbert, Martin: Das jüdische Jahrhundert. 1.Aufl. München. 2001.
- Gill, Stephen: Introduction. Some Questions and an Overview of Trends. In: Gill, Stephen (Hrsg.): Atlantic Relations: beyond the Reagan Era. New York. 1989. S.1-13. (1)
- Ders.: Global Structural Change and Multilateralism. In: Gill, Stephen (Hrsg.): Globalization, Democratization and Multilateralism. Houndmills u. a. 1997. S.1-17. (2)
- Ders.: Transformation and Innovation in the Study of World Order. In: Gill, Stephen/Mittelman, James H. (Hrsg.): Innovation and Transformation in International Studies. Cambridge. 1997. S.5-24. (3)
- Gitelson, Alan R. u. Robert L. Dudley u. Melvin J. Dubnick: American Government. 7.Aufl. Boston. 2004.
- Gordon, Neve: Komm' zum Essen, wenn der Krieg vorbei ist. In: <http://www.zmag.de/artikel.php?id=545> Stand 30.03.2003, abgerufen am 08.04.2003. (1)
- Ders.: The Jewish Lobby. In: <http://www.zmag.org/zmag/articles/gordonoct98.htm> Stand Okt.1998, abgerufen am 06.03.2005. (2)

- Grewe, Wilhelm G.: Spiel der Kräfte in der Weltpolitik. Theorie und Praxis der internationalen Beziehungen. Düsseldorf. 1981.
- Gugel, Günther u. Uli Jäger: Gewalt muß nicht sein. Eine Einführung in friedenspädagogisches Denken und Handeln. 1.Aufl. Tübingen. 1994.
- Gutwirth, Jacques: Hassidism and Urban Life. In: The Jewish Journal of Sociology. Jg.38. Nr.2. Dez.1996. S.105-113.
- Guyatt, Nicholas: Another American Century? The United States and the World since 9/11. Dhaka u. a. 2003.
- Gvirtzman, Haim: Maps of Israeli Interests in Judea and Samaria. Determining the Extent of the Additional Withdrawals: The Map of Defense Interests. (Begin-Sadat Center for Strategic Studies, Bar-Ilan University: Security and Policy Studies Nr.34) In: <http://www.biu.ac.il/Besa/books/maps.htm> Stand 08.02.1998, abgerufen am 27.03.2007.
- Ha'aretz: Online- und Druckausgaben – ausgewählt.
- Haass, Richard N.: Think Tanks and U.S. Foreign Policy: A Policy-Maker's Perspective. In: U.S. Foreign Policy Agenda. Jg.7. Nr.3. Nov. 2002. In: <http://usinfo.state.gov/journals/itps/1102/ijpe/pj73haass.htm> Stand Nov. 2002, abgerufen am 21.05.2004.
- Hacke, Christian: Die Politik der Clinton-Regierung im Nahen und Mittleren Osten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 50.Jg. Nr.B49/2000. S.13-18.
- Hamzawy, Amr: Normative Dimensions of Contemporary Arab Debates on Civil Society. In: Hamzawy, Amr (Hrsg.): Civil Society in the Middle East. 1.Aufl. Berlin. 2003. S.10-45.
- The Harry Truman Institute of the Advancement of Peace, Hebrew University of Jerusalem: Meinungsumfragendatenbank: <http://truman.huji.ac.il/polls.asp?page=1&cat=0&in=0>
- Hartmann, Jürgen: Internationale Beziehungen. Opladen. 2001.
- Hartung, William D. u. Frida Berrigan: U.S. Arms Transfers and Security Assistance to Israel. In: <http://www.worldpolicy.org/projects/arms/reports/israel050602.html> Stand Mai 2002, abgerufen am 15.07.2004.
- Harub, Khalid: Hamas: Political Thought and Practice. USA. 2000.
- Hass, Amira: Morgen wird alles schlimmer. Berichte aus Palästina und Israel. München. 2006.
- Hattstein, Markus: Weltreligionen. Köln. 1997.
- Helassa, Abedelhakeem: Internationale Beziehungen der PLO und die Perspektive einer Lösung des Palästina-Problems. Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophischen Fakultät der WWU zu Münster. 2004.
- The Hebron Fund: <http://www.hebron.com/english/>
- Hennig, Kurt (Hrsg. d. dt. Aus.): Jerusalemer Bibellexikon. Neuhausen – Stuttgart. 1990.
- Herman, Margaret G.: Leaders, Leadership, and Flexibility: Influences on Heads of Government as Negotiators and Mediators. In: The Annals of the American Academy of Political and Social Science. Bd.542. Nov.1995. S.148-167.
- Herz, Dietmar u. Julia Steets: Palästina: Gaza und Westbank – Geschichte, Politik, Kultur. München. 2001.
- Hirschmann, Kai: Internationaler Terrorismus. In: Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik. 9. Aufl. Bonn. 2004. S. 253-264.

- Hobden, Stephen u. Richard Wyn Jones: Marxist Theories of International Relations. In: Baylis, John/Smith, Steve (Hrsg.): The Globalization of World Politics. An Introduction to International Relations. 2.Aufl. New York. 2001. S.200-223.
- Hopmann, P. Terrence: Two Paradigms of Negotiation: Bargaining and Problem Solving. In: The Annals of the American Academy of Political and Social Science. Bd.542. Nov.1995. S.24-47.
- Hourani, Albert: Die Geschichte der arabischen Völker. 2.Aufl. Fr/M. 2001.
- Human Rights Watch: World Report (von 1993 bis 1999). In: <http://www.hrw.org/reports/world/reports/>
- Huntington, Samuel P.: The Clash of Civilizations? In: Foreign Affairs: Jg.72. Nr.3. 1993. S.22-49.
- Inbar, Efraim: Great Power Mediation: The USA and the May 1983 Israeli-Lebanese Agreement. In: Journal of Conflict Research. Jg.28. Nr.1. 1991. S.71-84.
- Indyk, Martin: Watershed in the Middle East. In: Foreign Affairs. Jg.71. Nr.1. 1991/92. S.70-93.
- Ders.: The Clinton Administration's Approach to the Middle East. In: <http://www.washingtoninstitute.org/templateC07.php?CID=61> Stand 2005, abgerufen am 02.11.2005.
- Informationen zur politischen Bildung. Israel. Geschichte. Wirtschaft. Gesellschaft. Nr. 247. 2.Quartal. 1995.
- The Institute for Counter-Terrorism, Herzliya (Israel): <http://www.ict.org.il/>
- Institut für Friedenspädagogik Tübingen: Grundwissen zivile Konfliktbearbeitung. In: http://www.friedenspaedagogik.de/themen/konflikt/grundwis/in_grund.htm , abgerufen am 08.01.2003.
- The International Institute for Strategic Studies: The Military Balance 1993-1994; 1994-95 London. 1993; 1994.
- The International Year Book and Statesmen's Who's Who 1994/95. 42. Aufl. East Grinstead. 1994.
- Israel Broadcasting Authority: Englischsprachige TV- und Radionachrichten: <http://www.iba.org.il/>
- Israel Policy Forum: Meinungsumfragendatenbank: <http://www.israelpolicyforum.org/serial.cfm?id=10&Sub=57&dis=11>
- Israelisches Außenministerium (Israeli Ministry of Foreign Affairs): <http://www.mfa.gov.il/mfa/>
- Israelisches Parlament (die Knesset): <http://www.knesset.gov.il/main/eng/home.asp>
- Israelisches Zentralamt für Statistik (Israeli Central Bureau of Statistics): <http://www.cbs.gov.il/engindex.htm>
- Jaber, Hala: Hezbollah: Born with a Vengeance. New York. u. a. 1997.
- Jackson, Robert. H.: The Evolution of International Society. In: Baylis, John/Smith, Steve (Hrsg.): The Globalization of World Politics. An Introduction to International Relations. 2.Aufl. New York. 2001. S.35-50.
- The Jaffee Center for Strategic Studies, Tel Aviv University: Strategic Assessment (Onlineausgaben): <http://www.tau.ac.il/jcss/sa/index.html>
- The Jerusalem Media&Communication Centre (JMCC): Meinungsumfragendatenbank: <http://www.jmcc.org/>
- The Jerusalem Post. Intern. Ausg. Gedruckte Ausgaben von Nr.1887 (4. Jan 1997) bis Nr.1990 (28. Dez. 1998); The Jerusalem Post. (Onlineausgaben): <http://www.jpost.com/>
- The Jerusalem Report: Ausgaben von Jg.IV. Nr.1. 20. Mai 1993 bis Jg.IX. Nr.22 1. März 1999.
- The Jewish News Weekly of Northern California: <http://www.jewishsf.com/>
- The Jewish Virtual Library <http://www.jewishvirtuallibrary.org/>

Journal of Palestine Studies: Plan Dalet Revisited. Special Edition. Jg.XVIII. Nr.1. Herbst 1988.

Heft 69. S.3-70.

Jüdische Agentur für Israel (Jewish Agency for Israel): <http://www.jafi.org.il/education/50/act/bg/bg3.htm>

Jung, Dietrich: Weltgesellschaft als theoretisches Konzept der internationalen Beziehungen. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen. 5.Jg. Heft 2. 1998. S.241-271.

Kaim, Markus: Macht oder Ohnmacht der USA im nahen Osten? Die Politik der Clinton-Administration im israelisch-palästinensischen Konflikt. HSFK-Report 3/1999.

Ders.: Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Palästinenser. In: Jaeger, Kinan/Zimmer-Winkel, Rainer (Hrsg.): Was nun, Palästina? 1.Aufl. Trier. 2002.

Kant, Immanuel: Zum ewigen Frieden. 1795. In: Schneider, Reinhold u. Carl Friedrich von Weizsäcker u. Immanuel Kant: Friede der Welt – Schicksal der Menschheit. Herderbücherei (Hrsg.). Freiburg im Breisgau u.a. 1974. S.113-156.

Kaplan, Robert D.: The Arabists. The Romance of an American Elite. New York. 1995.

Karen, O'Connor u. Larry J. Sabato: American Government. Continuity and Change. New York. 2000.

Kasem, Casy: Arab Americans: Making a Difference. In: [http://www.aaiusa.org/PDF/Cas.Broch.\(AAIF-V\).pdf](http://www.aaiusa.org/PDF/Cas.Broch.(AAIF-V).pdf) Stand 2004, abgerufen am 01.03.2005.

Kassim, Anis F.: The Oslo Process: Just a Solution. In: Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization. Bd. 76. Heft 2-3. 2001. S.241-256.

Katzman, Kenneth: Terrorismus: Middle Eastern Groups and State Sponsors. In: http://www.d-n-i.net/fcs/crs_terror_aug_2000.htm Stand 17.08.2000, abgerufen am 02.07.2006. (1)

Ders.: Iran: Current Developments and U.S. Policy. (US Congressional Research Service: Issue Brief for Congress). In: <http://fpc.state.gov/documents/organization/9576.pdf> Stand 9.04.2002, abgerufen am 22.05.2006.(2)

Ders.: The Persian Gulf States: Post-War Issues for U.S. Policy (US Congressional Research Service: Issue Brief for Congress). In: <http://fpc.state.gov/documents/organization/22873.pdf> Stand 14.07.2003, abgerufen am 07.03.2006. (3)

Ders.: Oman: Reform, Security and U.S. Policy. (US Congressional Research Service: Issue Brief for Congress). In: <http://www.fas.org/sgp/crs/mideast/RS21534.pdf> Stand 28.06.2005, abgerufen am 25.06.2006.(4)

Kelman C., Herbert: Informal Mediation by the Scholar/Practitioner. In: Bercovitch, Jacob/ Rubin, Jeffrey Z. (Hrsg.): Mediation in International Relations. Multiple Approaches to Conflict Management. Basingstoke u. a. 1992. S.64-96.

Khalidi, Rashid u. Phyllis Bennis: Modern Palestine. In: Bahr Lauren S./Johns, Bernard (Hrsg.): Collier's Encyclopedia. Bd.18. New York. 1995. S.364-374.

Khalil Sakakini Cultural Center: Geschichte der palästinensischen Al-Nakba. In: <http://www.alnakba.org/> abgerufen am 01.12.2006.

Kimmerling, Baruch: Politizid. Ariel Sharons Krieg gegen das palästinensische Volk. Kreuzlingen/München. 2003. (Kimmerling, Baruch: Politicide. Ariel Sharon's War Against the Palestinians. London u.a. 2003) (1)

Ders.: Above the Government. In: Ha'aretz (Onlineausgabe). So, 19. Nov. 2006. In:

<http://www.haaretz.com/hasen/spages/788603.html> Stand 19.11.2006., abgerufen am 02.04.2007. (2)

Kissinger, Henry: Diplomacy. New York u.a. 1994.

- Klieman, Aharon: Constructive Ambiguity in Middle East Peace-Making (The Tami Steinmetz Center for Peace Research). Tel Aviv. 1999.
- Knudsen, Christine M. u. I. William Zartman: The Large Small War in Angola. In: The Annals of the American Academy of Political and Social Science. Bd.541. Sept.1995. S.130-143.
- Koppe, Karlheinz: Geschichte der Friedens- und Konfliktforschung. In: Imbusch, Peter/Zoll, Ralf (Hrsg.): Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung mit Quellen. Bd.1. Opladen. 1996. S.19-62.
- Kremp, Werner: Politische Institutionen einst und jetzt. In: Wasser, Hartmut (Hrsg.): USA: Geschichte-Politik-Gesellschaft-Wirtschaft. 3.Aufl. Opladen. 1996. S.95-116.
- Kriesberg, Louis: Formal and Quasi-Mediators in International Disputes: An Exploratory Analysis. In: Journal of Peace Research. Jg.28. Nr.1. 1991. S.19-27. (1)
- Ders.: International Conflict Resolution. The U.S.-USSR and Middle East Cases. Ann Arbor. 1992.(2)
- Krippendorff, Ekkerhart (Hrsg.): Friedensforschung. 4. Aufl. Köln. 1974. (1)
- Ders.: Kritik der Außenpolitik. 1.Aufl. Fr/M. 2000. (2)
- Kristol, William u. Robert Kagan: Toward a Neo-Reaganite Foreign Policy. In: Foreign Affairs. Juli/August 1996. In: <http://www.carnegieendowment.org/publications/index.cfm?fa=view&id=276> Stand 1996, abgerufen am 02.11.2007.
- Krysmanski, Hans Jürgen: Soziologie des Konflikts. Materialien und Modelle. Reinbek.1971.(1)
- Ders.: Hirten & Wölfe. Wie Geld- und Machteliten sich die Welt aneignen oder: Einladung zum Power Structure Research. 1.Aufl. Münster. 2004.(2)
- Kum, M. Joseph: African Interstate Conflict: A Perceptual Approach. In: Journal of Peace Research. Jg.27. Nr.4. 1990. S.445-460.
- Kuttab, Daoud: Succession Politics in Palestine. In: <http://www.amin.org/look/amin/en.tp!/?IdLanguage=1&IdPublication=7&NrArticle=12243&NrIssue=1&NrSection=3> Stand 5.11.2004, abgerufen am 03.12.2006.
- Lake, Antony: Confronting Backlash States. In: Foreign Affairs. Jg.73. Nr.2. März/April 1994. S.45-55.
- Lamy, Steven L.: Contemporary Mainstream Approaches: Neo-realism and Neo-liberalism. In: Baylis, John/Smith, Steve (Hrsg.): The Globalization of World Politics. An Introduction to International Relations. 2.Aufl. New York. 2001. S.182-199.
- Lapidoth, Ruth: Israel und die Palästinenser: Einige rechtliche Aspekte. In: Die Friedens-Warte. Bd. 76. Heft 2-3. 2001. S.211-240.
- Lasensky, Scott: Underwriting Peace in the Middle East: U.S. Foreign Policy and the Limits of Economic Inducements. In: Middle East Review of International Affairs. Jg.6. Nr.1. März. 2002. In: <http://meria.idc.ac.il/journal/2002/issue1/jv6n1a7.html> abgerufen am 30.01.2007.
- Lederach, J.P.: Building Peace. Sustainable Reconciliation in Divided Societies. Washington, D.C. 1997.
- Lewis, Bernard: Rethinking the Middle East. In: Foreign Affairs. Jg.71. Nr.4. Herbst.1992. S.99-119.
- Luft, Gal: A Shortcut for Russian Oil to Asia. In: <http://www.iags.org/n0331044.htm> Stand 31.03.2004, abgerufen am 24.04.2006.
- Lukacs, Yehuda (Hrsg.): The Israeli-Palestinian Conflict: A Documentary Record. Cambridge. u. a. 1992.
- Lewis, Bernard: Rethinking the Middle East. In: Foreign Affairs. Jg.71. Nr.4. 1992. S.99-119.

- Maier, Johann u. Peter Schäfer: Kleines Lexikon des Judentums. Bd. 16. Stuttgart/Konstanz. 1981.
- Mallat, Chibli: Clinton's Foreign Legacy in Perspective. In:
<http://www.mallat.com/articles/foreign%20in%20perspective.htm> Stand Mai 2000, abgerufen am 10.03.2003.
- Mandelbaum, Michael: The Bush Foreign Policy. In: Foreign Affairs. Jg.70. Nr.1. 1991. S.5-22.
- Mandell, Brian: The Limits of Mediation: Lessons from the Syria-Israel Experience, 1974-1994. In: Berco-
 vitch, Jacob (Hrsg.): Resolving International Conflicts. The Theory and Practice of Mediation. Boulder. 1996.
 S.129-149.
- Mann, Michael: Globalizations: an Introduction to the Spatial and Structural Networks of Globality. In:
<http://www.sscnet.ucla.edu/03F/soc197h-1/Globalizations.htm> Stand Herbst 2003, abgerufen am 05.12.2006.
- Mark, Clyde: Palestinians and the Middle East Peace: Issues for the United States (US Congressional Re-
 search Service: Issue Brief for Congress). In: <http://www.iwar.org.uk/news-archive/crs/11283.pdf> Stand 14.06
 2002 (1); Aktualisierte Ausgabe in: <http://helsinki.usembassy.gov/pdffiles/IB92052.pdf> Stand 10.01.2005 (2);
 Aktualisierte Ausgabe in: <http://www.au.af.mil/au/awc/awcgate/crs/ib92052.pdf> Stand 26.04.2006 (3); alle
 drei Seiten abgerufen am 09.03.2005.
- Ders.: Lebanon (US Congressional Research Service: Issue Brief for Congress). In:
<http://fpc.state.gov/documents/organization/24055.pdf> Stand 25.08.2003, abgerufen am 11.12.2006. (4)
- Ders.: Israeli-United States Relations (US Congressional Research Service: Issue Brief for Congress). In:
<http://www.fas.org/sgp/crs/mideast/> Stand 16.03.2005, abgerufen am 12.01.2006. (5)
- Ders.: Israel: U.S. Foreign Assistance. (US Congressional Research Service: Issue Brief for Congress). In:
<http://www.adc.org/IB85066.pdf> Stand 17.10.2002, abgerufen am 22.05.2006. (6)
- Ders.: Egypt-United States Relations (US Congressional Research Service: Issue Brief for Congress). In:
<http://fpc.state.gov/documents/organization/25431.pdf> Stand 10.10.2003, abgerufen 31.05.2006. (7)
- Massad, Joseph: Blaming the Israel Lobby. It's US Policy that Inflames the Arab World. In:
<http://www.zmag.org/content/showarticle.cfm?SectionID=107&ItemID=10010> Stand 29.03.2006, abgerufen
 am 11.04.2007.
- McArthur Shirl: A Conservative Total for U.S. Aid to Israel: 91 Billion and Counting. In:
http://www.therevival.co.uk/palestine/usaid_to_israel.htm Stand 10.03.2005, abgerufen am 10.03.2005
- Meggle, Georg: Was ist Terrorismus? In: Kronfeld-Goharani, Ulrike (Hrsg.): Friedensbedrohung Terrorismus.
 Ursachen, Folgen und Gegenstrategien. 2005. S.15-36. In: [http://www.uni-
 leipzig.de/~philos/meggle/&publikationen/2005g.pdf](http://www.uni-leipzig.de/~philos/meggle/&publikationen/2005g.pdf) abgerufen am 26.02.2007
- Mejcher, Helmut: Die Anfänge des Nahostkonflikts, 1897-1920. In: Die Friedens-Warte. Bd. 76. Heft 2-3.
 2001. S.147-178.
- Menzel, Ulrich: Zwischen Idealismus und Realismus. Die Lehre von den internationalen Beziehungen. 1.Aufl.
 Fr/M. 2001.
- Meyer, Berthold: Entstehung und Austragungsformen von Konflikten, Hindernisse bei ihrer Regelung und
 Strategien, diese zu überwinden. In: Meyer, Berthold (Hrsg.): Formen der Konfliktregelung. Eine Einführung
 mit Quellen. Opladen. 1997. S.19-53. (1)
- Ders.: Aus der Traum? : das Scheitern des Nahost-Friedensprozesses und seine innenpolitischen Hintergrün-
 de. (HSFK-Report; 2001, 2). Fr/M. 2001. (2)

- Meyers, Reinhard: Weltpolitik in Grundbegriffen: Ein lehr- und ideengeschichtlicher Grundriß. Düsseldorf. Bd.1 1979. (1)
- Ders.: Konfliktregelung und Friedenssicherung. Kurseinheiten 1 und 2. Fernuniversität in Hagen. 1993. (2)
- Ders.: Begriff und Probleme des Friedens. Grundwissen Politik. Bd.11. Opladen. 1994. (3)
- Miall, Hugh u. Oliver Ramsbotham u. Tom Woodhouse: Contemporary Conflict Resolution. The Prevention, Management and Transformation of Deadly Conflicts. Cambridge. 1999.
- Mitchell, C. R.: The Structure of International Conflict. Chippenham, Wiltshire. 1981.(1)
- Ders.: Classifying Conflicts: Asymmetry and Resolution. In: The Annals of the American Academy of Political and Social Science: Resolving Regional Conflicts: International Perspectives. Bd.518 Nov.1991. S.23-38.(2)
- Mickel, W. (Hrsg.): Handlexikon zur Politikwissenschaft. Ulm. 1986.
- Migdalovitz, Carol: Turkey: Issues for U.S. Policy (US Congressional Research Service: Issue Brief for Congress). In:
<http://www.fas.org/man/crs/RL31429.pdf#search=%22CRS%20Report%20for%20congress%20%22Turkey%203A%20Issues%20for%20U.S.%20Policy%22%2022%20may%202002%22> Stand 22.05.2002, abgerufen am 29.08.2006. (1)
- Ders.: The Middle East Peace Talks (US Congressional Research Service: Issue Brief for Congress). In:
<http://www.american taskforce.org/CRS/IB91137.pdf> Stand 08.08.2003, abgerufen am 11.12.2006. (2)
- Ders.: Morocco: Current Issues (US Congressional Research Service: Issue Brief for Congress). In:
<http://www.fas.org/sgp/crs/mideast/RS21579.pdf> Stand 11.01.2005, abgerufen am 11.12.2006. (3)
- Momani, Bessma: Promoting Economic Liberalization in Egypt: From U.S. Foreign Aid to Trade and Investment. In: Middle East Review of International Affairs. Jg.7. Nr.3. Sept.2003. In:
<http://meria.idc.ac.il/journal/2003/issue3/momani.pdf> abgerufen am 09.03.2005.
- Le Monde diplomatique: Online- und (deutsche) Druckausgaben – ausgewählt.
- Le Monde diplomatique (Hrsg.): Atlas der Globalisierung. Berlin. 2003.
- Moore, John Norton (Hrsg.): The Arab-Israeli Conflict. Documents. Bd.3. Princeton. 1974.
- Morris, Benny: Righteous Victims: A History of the Zionist-Arab Conflict, 1881-2001. 2. Aufl. New York. 2001.
- Murden, Simon W.: Islam, the Middle East, and the New Global Hegemony. Boulder (USA) u.a. 2002.
- Nashashibi, Karim u. Oussama Kanaan: Welche Handelsregelungen für die Westbank und Gaza? In: Finanzierung &Entwicklung. 31. Jg. Nr.3.Sept. 1994. S.10-13.
- Neue Zürcher Zeitung (Onlineausgabe): Dossier: Der Konflikt im Nahen Osten:
<http://www.nzz.ch/dossiers/nahost/index.html> ; Neue Zürcher Zeitung. Int. Ausg. (gedruckte Ausgaben) – ausgewählt.
- New Outlook. Middle East Magazine. Ausgaben von Jg.35. Nr.1 Jan/Febr. bis Jg.36. Nr.1. Jan/Febr. 1993. – ausgewählt.
- North, Douglass C.: Corporation. In: Encyclopedia Americana. Int. Ausg. Bd.8. New York. 1965. S.2-15.
- Nye, Joseph S. Jr. : Understanding International Conflicts. United States. 2000.
- Nieuwenhuijze, C.A.O.: Sociology of the Middle East. A Stocktaking and Interpretation. Leiden. 1971.

- Ney, Joseph S. Jr.: Understanding International Conflicts. United States. 2000.
- The New York Times: Ausgaben von Jg.CXLVII. Nr.51,039. 16. Jan. 1998 bis Jg.CXLVII. Nr.51,054. 31. Jan. 1998.
- Nolan, Cathal J.: The Longman Guide to World Affairs: Terrorism + State terrorism. New York. 1995. S.285.+S.369.
- North, Douglas C.: Corporation. In: Encyclopedia Americana. Int. Ausg. Bd.8. New York. 1965. S.2-16.
- Nussbaum, Bruce: The Hijacking of the GOP (Book Commentary on Lind, Michael: Up from Conservatism. Why the Right is Wrong for America). In: <http://www.businessweek.com/1996/36/b349128.htm> Stand 14.06.1997, abgerufen am 04.03.2005.
- Nüsse, Andrea: Muslim Palestine: the Ideology of Hamas. Amsterdam. 1998.
- Osman'czyk, Edmund Jan: Encyclopedia of the United Nations and International Agreements. 3.Aufl. Bde. 1-4. London. 2003.
- The Other Israel (Newsletter of the Israeli Council for Israeli-Palestinian Peace): Ausgaben von Nr.61 (Mai 1994) bis Nr.87 (Februari 1999).
- Os we Schalom (Religiöse Zionisten für Stärke und Frieden) Informationsblatt Nr.17(1993), Nr.18(1994), Nr.19(1995), Nr.20(1996), Nr.21(1997).
- Paenson, Isaak: Handbuch der Terminologie des Völkerrechts (Friedensrecht) und der Internationalen Organisationen. München. 1993.
- Paffenholz, Thania: Designing Transformation and Intervention Processes. In: Austin, Alex/Fischer, Martina/Ropers, Norbert (Hrsg.): Transforming Ethnopolitical Conflict. The Berghof Handbook. Wiesbaden. 2004. S.151-169.
- Palestine Facts (Onlineinformation über die Entwicklung des israelisch arabischen Konflikts): <http://palestinefacts.org>
- Palestine-Israel Journal: Ausgaben von Nr.1 Winter 1994 bis Nr.3 1999 – ausgewählt.
- Palästinensisches Zentralamt für Statistik (Palestinian central Bureau of Statistics): <http://www.pcbs.gov.ps/>
- Palästinensische Zentralwahlkommission (Central Elections Commission-Palestine): <http://www.elections.ps/english.aspx>
- The Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs: <http://www.passia.org/index.htm>
- The Palestinian Center for Policy and Survey Research: Meinungsumfragedatenbank: <http://www.pcpsr.org/survey/survey.html>
- Palmieri, Ivano u. Pietro Palumbo u. Giovanni Zuanazzi: Der Mensch in der Geschichte. Demokratien, Diktatoren und Visionäre. Das 20. Jahrhundert. München. 2000.
- Pape, Robert A.: Dying to Win. The Strategic Logic of Suicide Terrorism. New York. 2005.
- Pappe, Ilan: Britain and the Arab-Israeli Conflict, 1948-1951. New York. 1988: Vgl. Book Review by Mary C. Wilson. In: Journal of Palestine Studies. Jg.XIX. Nr.2. Winter 1990. Heft 74. S.110-112. (1)
- Ders.: Die Dämonen von 'Al Nakbah'. In: <http://www.zmag.de/artikel.php?id=138> Stand 17.05.2002, abgerufen am 29.01.2007. (2)

- Ders: Power and History in the Middle East: A Conversation with Ilan Pappé. In: Logos. A Journal of Modern Society and Culture. Jg.3. Heft 1. Winter 2004. In: http://www.logosjournal.com/issue_3.1.pdf abgerufen am 29.01.2007. (3)
- Ders.: Power and History in the Middle East: A Conversation with Ilan Pappé. In: Logos. A Journal of Modern Society & Culture. Jg.3. Nr.1. Winter. 2004. In: <http://www.logosjournal.com/pappe.htm> abgerufen am 11.02.2007. (4)
- Ders.: A History of Modern Palestine. One Land, Two Peoples. 2. Aufl. Cambridge. 2006. (5)
- Ders: Ilan Pappé on How Israel was Founded on Ethnic Cleansing. In: Socialist Worker online. Heft 2011. 29.07.2006. In: http://www.socialistworker.co.uk/article.php?article_id=9307#top abgerufen am 29.01.2007. (6)
- Ders.: The Ethnic Cleansing of Palestine. Oxford. 2006: Vgl. verschiedene Rezensionen des Buches unter: <http://www.ilanpappe.org/books.html> abgerufen am 30.05.2007 (7)
- Peace Now (israelische Friedensorganisation): <http://www.peacenow.org.il/site/en/homepage.asp>
- Peres, Schimon: Die Versöhnung. Der neue Nahe Osten. 1. Aufl. Berlin. 1993.
- Perthes, Volker: Die Nahostpolitik der USA: Klare Interessen, unklare Politik? In: Klein, Uta/ Thränhardt, Dietrich (Hrsg.): Gewaltspirale ohne Ende? Konfliktstrukturen und Friedenschancen im Nahen Osten. Schwalbach/Ts. 2002. S.67-80.
- Pfaff, William: The Question of Hegemony. In: Foreign Affairs. Jg.80. Nr.1. Jan/Febr.2001. In: <http://www.cfr.org/about/mediacenter/bush-putin/fa-pfaff.html> abgerufen am 10.03.2005.
- Pfetsch, Frank R.: Internationale Politik. Stuttgart u.a. 1994.
- Ders. u. Peter Billing: Datenbuch nationaler und internationaler Konflikte. 1.Aufl. Baden-Baden. 1994.
- van der Pijl, Kees: Restructuring the Atlantic ruling Class in the 1970s and 1980s. In: Gill, Stephen (Hrsg.): Atlantic Relations: beyond the Reagan Era. New York. 1989. S.62-87. (1)
- Ders.: Transnational Class Formation and State Forms. In: Gill, Stephen/Mittelman, James H. (Hrsg.): Innovation and Transformation in International Studies. Cambridge. 1997. S.118-133. (2)
- Pina, Aaron D.: Palestinian Factions (US Congressional Research Service: Issue Brief for Congress). In: <http://www.fas.org/sgp/crs/mideast/RS21235.pdf> Stand 08.06.2005, abgerufen am 11.12.2006.
- PLO-Verhandlungsabteilung (PLO Negotiations Affairs Department): <http://www.nad-plo.org/>
- Prados, Alfred B.: Jordan: U.S. Relations and Bilateral Issues (US Congressional Research Service: Issue Brief for Congress). In: <http://fpc.state.gov/documents/organization/23180.pdf> Stand 23.07.2003; aktualisierte Ausgabe in: <http://www.fas.org/sgp/crs/mideast/index.html> Stand 19.05.2005, beide Seiten abgerufen am 02.02.2006. (1)
- Ders.: Syria: U.S. Relations and Bilateral Issues (US Congressional Research Service: Issue Brief for Congress). In: <http://www.iwar.org.uk/news-archive/crs/25429.pdf> Stand 10.10.2003, abgerufen am 11.12.2006. (2)
- Ders.: Saudi Arabia: Current Issues and U.S. Relations. (US Congressional Research Service: Issue Brief for Congress.) In: <http://www.fas.org/sgp/crs/mideast/IB93113.pdf> Stand 24. Febr. 2006, abgerufen am 07.03.2006. (3)
- Princen, Tom: Camp David: Problem-Solving or Power Politics as Usual? In: Journal of Peace Research. Jg.28. Nr.1/1991. S.57-69.

- Project for the New American Century (US-Thinktank): <http://www.newamericancentury.org/>
- Punamäki, Raija-Leena: Relationships between Political Violence and Psychological Responses among Palestinian Women. In: Journal of Peace Research. Jg.27. Nr.1 1990. S.75-85.
- Quandt, William B.: The Middle East in 1990. In: Foreign Affairs. Jg.70. Nr.1. 1991. S.49-69. (1)
- Ders.: Peace Process. American Diplomacy and the Arab-Israeli Conflict since 1967. Harrisonburg. 2001. (2)
- Rabin, Lea: Ich gehe weiter auf seinem Weg. Erinnerungen an Jitzhak Rabin. Ueberreuter, Korneuburg. 1997.
- Rafalovich, Israel: Nuclear Middle East. In:
<http://www.weltpolitik.net/Regionen/Naher%20u.%20Mittlerer%20Osten/Nahostkonflikt/Analysen/Nuclear%20Middle%20East.html> Stand 19.12.2003, abgerufen am 27.04.2006.
- Rappoport, David C.: Terrorism. In: Encyclopedia of Violence, Peace, Conflict. Bd.3. USA. 1999. S.497-509.
- Reimann, Cordula: Assessing the State-of-the-Art in Conflict Transformation. In: Austin, Alex/Fischer, Martina/Ropers, Norbert (Hrsg.): Transforming Ethnopolitical Conflict. The Berghof Handbook. Wiesbaden. 2004. S.41-66.
- Riedel, Bruce: U.S. Policy in the Gulf: Five Years of Dual Containment. In:
<http://www.washingtoninstitute.org/templateC07.php?CID=75> Stand 2005, abgerufen am 22.02.2005.
- Ries, Matthias: Oslo – Tor zum Frieden in Nahost? 1.Aufl. Niederhausen. 2000.
- Robert, Rüdiger: Nahostkonflikt. In: Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik. 8.Aufl. Opladen. 2000. S.307-316.
- Robinson, William I. u. Jerry Harris: Towards a Global Ruling Class?: Globalization and the Transnational Capitalist Class. In: The Journal of Science and Society. Jg.64. Nr.1 Frühling 2000. S.11-54. In:
<http://www.geocities.com/trewin.geo/transnational.html> abgerufen am 10.07.2005.
- Rode, Reinhard: Die amerikanische Wirtschaft. Binnenentwicklung und Außenverflechtung. In: Wasser, Hartmut (Hrsg.): USA: Geschichte-Politik-Gesellschaft-Wirtschaft. 3.Aufl. Opladen. 1996. S.165-190.
- Rodman, Peter W.: Middle East Diplomacy after the Gulf War. In: Foreign Affairs. Jg.70. Nr.2. 1991. S.1-18.
- Rohde, David W.: Partisanship Leadership and Congressional Assertiveness in Foreign and Defense Policy. In: Deese, David A.(Hrsg.): The New Politics of American Foreign Policy. New York. S.76-101.
- Rokach, Livia: Israel's Sacred Terrorism: A Study Based on Moshe Sharett's Personal Diary, and Other Documents. (AAUG Information Paper Series: No. 23) 3. Aufl. 1986. In:
<http://www.chss.montclair.edu/english/furr/essays/rokach.html> abgerufen am 22.09.2001.
- Ropers, Norbert: Friedliche Einmischung. Strukturen, Prozesse und Strategien zur konstruktiven Bearbeitung ethnopolitischer Konflikte. Berghof Report Nr. 1. In: <http://www.berghof-center.org/uploads/download/br1d.pdf> Stand Okt. 1995, abgerufen am 26.10. 2007. (1)
- Ders.: Streitbeilegung, friedliche. In: Volger, Helmut (Hrsg.): Lexikon der Vereinten Nationen. München. 2000. S.507-512. (2)
- Rosenau, James N.: Imposing Global Orders: a Synthesised Ontology for a Turbulent Era. In: Gill, Stephen/Mittelman, James H. (Hrsg.): Innovation and Transformation in International Studies. Cambridge. 1997. S.220-235.

- Rubin, Barry: China's Middle East Strategy. In: Middle East Review of International Affairs. Jg.3. Nr.1. März. 1999. In: <http://meria.biu.ac.il/journal/1999/issue1/jv3n1a4.html> Stand 01.12.1999, abgerufen am 30.05.2006.
- Rupert, Mark: Globalisation and Contested Common Sense in the United States. In: Gill, Stephen/Mittelman, James H. (Hrsg.): Innovation and Transformation in International Studies. Cambridge. 1997. S.138-152.
- Ryner, Magnus: Nordic Welfare Capitalism in the Emerging Global Political Economy. In: Gill, Stephen/Mittelman, James H. (Hrsg.): Innovation and Transformation in International Studies. Cambridge. 1997. S.19-49.
- Said, Edward W.: Das Ende des Friedensprozesses. dt. Ausg. Berlin. 2002.
- Ders.: Orientalism 25 Years Later. Worldly Humanism v. the Empire-Builders. In: http://www.amin.org/eng/edward_said/2003/aug06.html Stand 6.08.2003, abgerufen am 19.05.2006.
- Ders.: Gedanken zum Orientalismus. Für eine Kultur der Einfühlung. In: Le Monde diplomatique. dt. Ausg. 09/9 Jg. Sept. 2003.
- Samhan, Helen: Arab Americans. In: <http://www.aaiusa.org/foundation/358/arab-americans> Stand 21.04.2006, abgerufen am 01.11.2007.
- Schlesinger Jr., Arthur: Back to the Womb? Isolationism's Renewed Threat. In: Foreign Affairs. Jg.74. Nr.4. Juli/Aug 1995. S.2-8.
- Schmid, Herman: Friedensforschung und Politik. In: Senghaas, Dieter (Hrsg.): Kritische Friedensforschung. 1.Aufl. Fr/M. 1971. S.25-54.
- Schmidt, Claudia: US-Dominanz im Nahen und Mittleren Osten. In: Naher Osten – Ferner Frieden? Probleme des Friedens: politische Schriftenreihe. 1.Aufl. Idstein. 1997. S.65-67.
- Schneider, Reinhold: Der Friede der Welt. In: Schneider, Reinhold u. Carl Friedrich von Weizsäcker u. Immanuel Kant: Friede der Welt – Schicksal der Menschheit. Herderbücherei (Hrsg.). Freiburg im Breisgau u.a. 1974. S.15-93.
- Schneider, William: From Foreign Policy to "Politics as Usual". In: Deese, David A.(Hrsg.): The New Politics of American Foreign Policy. New York. S.ix-xvii.
- Schoeps, Julius H. (Hrsg.): Neues Lexikon des Judentums. Gütersloh/München. 1992.
- Scholte, Jan Aart: The Globalization of World Politics. In: Baylis, John/Smith, Steve (Hrsg.): The Globalization of World Politics. An Introduction to International Relations. 2.Aufl. New York. 2001. S.13-32.
- Schössler, Dietmar: Krieg und bewaffneter Gruppenkonflikt. In: Tauras, Olaf/Meyers, Reinhard/Bellers, Jürgen (Hrsg.): Internationale Politik. Reihe Politikwissenschaft III. Hamburg. 1994. S.241-258.
- Schwelien, Michael: Tanz am Abgrund. Über das schwierige Verhältnis zwischen Amerika und Israel. In: Die Zeit. 53. Jg. Nr.21. 14. Mai 1998. S.10.
- Seidelmann, Reimund: Souveränität. In: Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik. 8.Aufl. Opladen. 2000. S.392-397.
- Senghaas, Dieter: Konfliktformationen im internationalen System. 1.Aufl. Fr/M. 1988.
- Senghaas-Knobloch, Eva: Subjektivität in der internationalen Politik. Über das Zusammenspiel persönlicher und institutioneller Faktoren in der Konfliktverarbeitung. In: Berthold, Meyer (Hrsg.): Formen der Konfliktregelung: Eine Einführung mit Quellen. Opladen. 1997. S.134-144.

- Shapiro, Edward S.: The Ordeal of Success: American Jewry Since World War II. In: American Jewish History. Jg. LXXXI. Nr.1. 1992-93. Herbst 1993. S.81-100.
- Shaw, John: Many Analysts Say Neoconservatives Driving U.S. Foreign Policy Agenda. In: http://www.washdiplomat.com/04-02/a3_04_02.html Stand Febr. 2004, abgerufen am 04.03.2005.
- Sharp, Gene: The Intifada and Nonviolent Struggle. In: Journal of Palestine Studies. Jg.XIX. Nr.1. Herbst 1989. Heft 73. S.3-13.
- Sharp, Jeremy M.: Qatar: Background and U.S. Relations (US Congressional Research Service: Issue Brief for Congress). In: <http://www.fas.org/man/crs/RL31718.pdf> Stand 17.03.2004, abgerufen am 11.12.2006.
- Shell, Kurt L.: Kongreß und Präsident. In: Adams, Willi Paul/Lösche, Peter (Hrsg.): Länderbericht USA. Schriftenreihe. Bd. 357. Bonn. 1998. S.207-248.
- Shlaim, Avi: Collusion across the Jordan: King Abdullah, the Zionist Movement, and the Partition of Palestine. New York. 1988. Vgl. Book Review by Mary C. Wilson. In: The American Historical Review. Jg. 95. Nr.1. Febr. 1990. S.220-221; Vgl. Book Review by Ann M. Lesch. In: Journal of Palestine Studies. Jg.XIX. Nr.2. Winter 1990. Heft 74. S.108-110.
- Ders.: The Iron Wall. Israel and the Arab World. New York u.a. 2000.
- Simonis, Udo Ernst: Weltumweltpolitik. In: Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik. 8. Aufl. Opladen. 2000. S.525-537.
- Sinclair, Timothy J.: Beyond International Relations Theory: Robert W. Cox and Approaches to World Order. In: Cox, Robert W. with Timothy J. Sinclair: Approaches to World Order. Cambridge. 1996. S.3-18. SIPRI Yearbook. World Armaments and Disarmament. 1992, 1993. New York.
- Spiegel Online: Dem Gaza-Streifen geht das Wasser aus. In: <http://www.spiegel.de/wissenschaft/erde/0,1518,272608,00.html> Stand 05.11.2003, abgerufen am 05.11.2003.
- Special Report: Policymaking for a New Era. (recommendations adapted from a memorandum to the president-elect from a bipartisan commission co-sponsored by the Cranegie Endowment for International Peace and the Institute for International Economics) In: Foreign Affairs. Jg.71. Nr.5. 1992/93. S.175-189.
- Spiegel Online: Dossier Nahostkonflikt: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,k-729,00.html>
- The Statistical Yearbook. Statistical and Historical Annual of the States of the World for the Year 1920, 1922, 1925, 1927, 1946, 1948, 1949, 1950. London.
- Steinbach, Udo: Ideengeschichte im Zeichen von Kolonialismus, Unabhängigkeitsbewegung und Modernisierung. In: Steinbach, Udo/ Robert, Rüdiger (Hrsg.): Der Nahe und Mittlere Osten. Politik. Gesellschaft. Wirtschaft. Geschichte. Kultur. Opladen. 1988. S.135-184.(1)
- Ders.: Israelisch-Arabischer Konflikt. In: Steinbach, Udo/ Robert, Rüdiger (Hrsg.): Der Nahe und Mittlere Osten. Politik. Gesellschaft. Wirtschaft. Geschichte. Kultur. Opladen. 1988. S.639-662.(2)
- Stewig, Reinhard: Natürliche und historisch-sozio-ökonomische Grundlagen der Raumstruktur. In: Steinbach, Udo/Robert, Rüdiger (Hrsg.): Der Nahe und Mittlere Osten. Politik. Gesellschaft. Wirtschaft. Geschichte. Kultur. Opladen. 1988. S.15-28.
- Strange, Susan: Territory, State, Authority and Economy: a New Realist Ontology of Global Political Economy. In: Cox, Robert W. (Hrsg.): The New Realism. Perspectives on Multilateralism and World Order. New York. 1997. S.3-19.

Study Group on a New Israeli Strategy Toward 2000 (The Institute for Advanced Strategic and Political Studies): [A Clean Break: A New Strategy for Securing the Realm](#). In: <http://www.israeleconomy.org/strat1.htm> abgerufen am 04.03.2005.

Swirski, Shlomo u. Ety Konor-Attias u. Alon Etkin: Government Funding of the Israeli Settlements in the West Bank, Gaza Strip and Golan Heights in the 1990s of Local Governments, Home Construction, and Road Building. (Adva Center: Budget Analysis Project Reports). In: <http://www.adva.org/settele/settel.htm> Stand 27.01.2002, abgerufen am 07.06.2006.

The Tami Steinmetz Center for Peace Research (TSC): Peace Index 1994-2006: <http://www.tau.ac.il/peace/>
Thompson, W. Scott u. a. (Hrsg.): Approaches to Peace. An Intellectual Map. 2. Aufl. Washington, D.C. 1992.

Tibi, Bassam: Eliten und Elitenwandel. In: Steinbach, Udo/ Robert, Rüdiger (Hrsg.): Der Nahe und Mittlere Osten. Politik. Gesellschaft. Wirtschaft. Geschichte. Kultur. Opladen. 1988. S.287-294.

Thune, Henrik u. Stale Ulrikson: Norway as an Allied Activist – Prestige and Pennance through Peace (Norwegian Institute of International Affairs, Paper No.637, December 2002). In: <http://www.nupi.no/IPS/filestore/637.pdf> Stand Dez. 2002, abgerufen am 07.07.2004.

Tierney, John T.: Congressional Activism in Foreign Policy: Its Varied Forms. In: Deese, David A.(Hrsg.): The New Politics of American Foreign Policy. New York. S.102-129.

Timm, Angelika: Israeli Civil Society: Historical Development and New Challenges. In: Hamzawy, Amr (Hrsg.): Civil Society in the Middle East. 1.Aufl. Berlin. 2003. S.85-124.

Touval, Saadia: Mediator's Flexibility and the U.N. Security Council. In: The Annals of the American Academy of Political and Social Science. Bd.542. Nov.1995. S.202-212.

United Nations Special Commission on Iraq (UNSCOM): Chronology of Main Events 1991-1999. In: <http://www.un.org/Depts/unscom/Chronology/chronologyframe.htm> abgerufen am 12.02.2005.

US-Agentur für Energie (Energy Information Administration): <http://www.eia.doe.gov/>

US-Handelsrepräsentant (Office of the United States Trade Representative): <http://www.ustr.gov/index.html>

USAID/Services Group u. the World Bank: Stagnation or Revival. Israeli Disengagement and Palestinian Economic Prospects. Part II Industrial Estates. In:

<http://siteresources.worldbank.org/INTWESTBANKGAZA/Data%20and%20Reference/20326344/Technical%20Paper%20II.pdf> Stand 02.12.2004, abgerufen am 10.12.2006.

US-AußenministerInnen (U.S. Secretary of State): Onlinearchiven: <http://www.state.gov/secretary/former/>

US-Außenministerium (US Department of State): Report „Patterns of Global Terrorism“ 1993, 1994, 1995, 1996-1999. In: <http://dosfan.lib.uic.edu/ERC/arms.html#counter> Stand März 2003, abgerufen am 25.04.2006

US-Kongress: Repräsentantenhaus: Sekretariat (U.S. House of Representatives: Office of the Clerk): <http://clerk.house.gov/>

US-Kongress: Onlinebibliothek Thomas (The Library of Congress Thomas): <http://thomas.loc.gov/>

US-Verteidigungsministerium (U.S. Department of Defense): Chronology from Desert Storm to Desert Fox. In:

http://www.defenselink.mil/specials/desert_fox/timeline.html abgerufen am 12.02.2005.

- Van Teeffele, Toine: Israelis Better at Manipulating Media. In: <http://english.aljazeera.net/NR/exeres/0944B35C-4811-4F44-88EF-F96684DF85F7.htm> Stand 08.12.2003, abgerufen am 07.05.2006.
- Vardi, Nathan: Auditing Arafat. In: http://www.forbes.com/billionaires/free_forbes/2003/0317/049.html Stand 17.03.2003, abgerufen am 14.11.2004.
- Verdross, Alfred u. Bruno Simma: Universelles Völkerrecht: Theorie und Praxis. 1.Aufl.. Berlin. 1976.
- Vereinte Nationen: Allgemeine elektronische Dokumentensammlung (UN Documentation Centre): <http://www.un.org/documents/index.html>
- Vereinte Nationen: Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit (UN Department of Public Information): The Question of Palestine. Brochure/DPI/2157/Rev.1. : <http://www.un.org/Depts/dpi/palestine/>
- Vereinte Nationen: Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten: besetzte palästinensische Gebiete (UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs: Occupied Palestinian Territory): <http://ochaonline2.un.org/Default.aspx?alias=ochaonline2.un.org/oPt>
- Vereinte Nationen: Entwicklungsprogramm (UNDP): Human Development Report 1994. New York. 1994.
- Vereinte Nationen: Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East UNRWA): <http://www.un.org/unrwa/>
- Vereinte Nationen: Informationssystem zur Palästina-Frage (United Nations Information System on the Question of Palestine UNISPAL) : <http://unispal.un.org/unispal.nsf>
- Vereinte Nationen: Nachrichtendienst: Fokus Nahost (UN News Centre: The Middle East) <http://www.un.org/apps/news/infocusRel.asp?infocusID=70&Body=Palestin&Body1=>
- Vieux, Steve: Godfather of the American Right (Book Review Kristol, Irving: Neoconservatism: Autobiography of an Idea). In: <http://www.wpunj.edu/~newpol/issue23/vieux23.htm> abgerufen am 04.03.2005.
- Vogt, R. Wolfgang: Ist Gewalt zivilisierbar? Zur kritisch-reflexiven Friedenstheorie der Zivilisierung. In: Vogt, R. Wolfgang (Hrsg.): Gewalt und Konfliktbearbeitung. Befunde – Konzepte – Handeln. 1.Aufl. Baden-Baden. 1997. S.11-53.
- Volger, Helmut: Souveränität. In: Albrecht, Ulrich/ Volger, Helmut (Hrsg.): Lexikon der Internationalen Politik. München. 1997. S.466-470.
- de Vries, Michiel: Interdependence, Cooperation and Conflict: An Empirical Analysis. In: Journal of Peace Research. Jg.27. Nr.4/1990. S.429-444.
- Waage, Hilde Henriksen: Peacemaking Is a Risky Business: Norway's Role in the Peace Process in the Middle East, 1993-96 (International Peace Research Institute, Oslo: Report) In: http://www.prio.no/page/Publication_details/9429/45139.html (Schlussfolgerungen des Berichts) abgerufen am 07.07.2004.
- The Washington Institute for Near East Policy: <http://www.washingtoninstitute.org/templateI01.php>
- The Washington Report on Middle East Affairs: <http://www.washington-report.org/index.htm>
- Wasser, Hartmut: Die Rolle der Ideologie in den Vereinigten Staaten. In: Wasser, Hartmut (Hrsg.): USA: Geschichte-Politik-Gesellschaft-Wirtschaft. 3.Aufl. Opladen. 1996. S.39-68.

- Wasserstein, Bernard: Israel und Palästina. Warum kämpfen sie und wie können sie aufhören. München. 2003.
- Wellmann, Arend: Konflikt, Gewalt und Krieg in der „gewaltfreien Konfliktbearbeitung“ – Anmerkungen aus kritischer Perspektive. In: Vogt, Wolfgang R. (Hrsg.): Gewalt und Konfliktbearbeitung. Befunde – Konzepte – Handeln. 1. Aufl. Baden-Baden. 1997. S.116-130.
- Weltbank (The World Bank): Publications & Reports on West Bank and Gaza:
<http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/MENAEXT/WESTBANKGAZAEXTN/0,,m enuPK:294391~pagePK:64026187~piPK:141126~theSitePK:294365,00.html>
- Weltbank: Jahresbericht von 1993 bis 1995. Fr/M.
- Weltbank: World Tables 1994. Baltimore u.a. 1994.
- Welthandelsorganisation (The World Trade Organisation): <http://www.wto.org/>
- Welthandelsorganisation: Social Indicators of Development 1991-1992. World Bank. Baltimore/London. 1992.
- Weltwirtschaftsforum (The World Economic Forum): <http://www.weforum.org/en/index.htm>
- Wersich, Rüdiger B.(Hrsg.): USA Lexikon. Berlin. 1995.
- Wikipedia-Onlineenzyklopädie: <http://de.wikipedia.org/wiki/Hauptseite>
- Wilkinson, Paul: Terrorism. In: World Encyclopedia of Peace. Bd.2. Exeter. 1986. S.451-458.
- Wilterdink, Nico: Die Zivilisationstheorie im Kreuzfeuer der Diskussion. In: Gleichmann, Peter u. a. (Hrsg.): Macht und Zivilisation. Materialien zu Norbert Elias' Zivilisationstheorie. Bd. 2. 1. Aufl. Fr./M. 1984. S.280-304.
- Windmiller, Marshall: The Israeli Lobby and the Peace Process. A Chronology. In:
<http://www.middleeast.org/marshall1.htm> abgerufen am 01.12.2006.
- Wöhlert, Torsten: Ehrlicher Makler? In: <http://www.freitag.de/2000/31/00310801.htm> Stand 28.07. 2000.
abgerufen am 22.05.2004.
- Wolfrum, Rüdiger (Hrsg.): Handbuch Vereinte Nationen. 2. Aufl. München. 1991.
- The World Bank Atlas 1971, 1986, 1990, 1992. Washington, D.C.
- The World Bank: Social Indicators of Development 1991-1992. Baltimore u. a. 1992.
- WorldIQ.com-Onlineenzyklopädie: <http://www.wordiq.com/>
- Yesh Gvul (Organisation israelischer Kriegsdienstverweigerer) http://www.yeshgvul.org/index_e.asp
- Youngs, Tim: Developments in the Middle East Peace Process 1991-2000. House of Commons Library: Research Paper 01/08, 24 January 2001.
- Zartman, William I. u. Saadia Touval: International Mediation: Conflict Resolution and Power Politics. In: Journal of Social Issues. Jg. 41. Nr.2. 1985. S.27-45.
- Zartman, William I.: Conflict and Resolution: Contest, Cost, and Change. In: The Annals of the American Academy of Political and Social Science: Resolving Regional Conflicts: International Perspectives. Bd.518. Nov.1991. S.11-22.
- Zogby, James: Washington Watch (Onlineanalysen der innenpolitischen Zusammenhänge der US-Nahostpolitik). In: <http://www.aaiusa.org/washington-watch/archive>

Zoll, Ralf: Friedens- und Konfliktforschung als Studiengang. In: Imbush, Peter/Zoll, Ralf (Hrsg.):
Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung mit Quellen. Bd.1. Opladen. 1996. S.162-174.

Lebenslauf

Ich, Boryana Aleksandrova, wurde am 22. 11. 1976 in Jambol (Bulgarien) geboren. Von 1983 bis 1986 besuchte ich die Grundschule in Jambol, anschließend dort und in Plovdiv (Bulgarien) die Mittelschule. Von 1990 bis 1995 war ich Schülerin am Deutschsprachgymnasium in Plovdiv mit Englisch als zweiter Fremdsprache. Von 1995 bis 2000 studierte ich Internationale Beziehungen an der Sofioter Universität "Sv. Kliment Ohridski" in Bulgarien, wo ich den Magister erlangte. Das Thema meiner Magisterarbeit lautete "Methoden zur Konfliktregelung: der Fall von Israel und den Palästinensern (1993-1998)".

Vom Februar bis September 2001 arbeitete ich als Forschungsassistentin/Praktikantin im Regionalbüro des Hochkommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) in Sofia. Seit dem Wintersemester 2001/2002 promoviere ich an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster mit Hauptfach Politikwissenschaft und Nebenfach Soziologie. Während meines Promotionsaufenthaltes in Deutschland beteiligte ich mich an den Aktivitäten der Mediengruppe von Amnesty International im Bezirk Münster-Osnabrück (2001-2002), der regionalen Gruppe des globalisierungskritischen Netzwerkes ATTAC in Münster (2004-2008) und des akademischen Klubs der bulgarischen Studenten „Paisii“ in Münster (2006).

Münster, den 28.04. 2008

Boryana Aleksandrova